

Carina Simon

Heinz Brauweiler



**Eine politische Biographie im Zeichen
des antidemokratischen Denkens**

Dissertation

Heinz Brauweiler
Eine politische Biographie im Zeichen
des antidemokratischen Denkens

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades der
Doktorin der Philosophie (Dr. phil.)

eingereicht im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
an der Universität Kassel

vorgelegt von
Carina Simon

2016

Disputation am 22.5.2017

Danksagung

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, einigen Menschen meinen Dank auszusprechen, ohne deren Hilfe die Abgabe meiner Doktorarbeit nur schwer vorstellbar gewesen wäre.

An erster Stelle danke ich meinen Betreuern Professor Dr. Winfried Speitkamp und Professor Dr. Jens Flemming. Letzterer hat mich von Beginn meines Studiums an begleitet. Ohne Professor Dr. Flemming wäre meine Begeisterung für das Studium der Geschichte und die Entscheidung für eine Dissertation nie in dem Maße vorstellbar gewesen. Er hat mir immer mit Rat und Tat zur Seite gestanden, mir geholfen, auch wenn es einmal schwerere Phasen gab. Darüber hinaus danke ich Herrn Professor Dr. Dietmar Hüser und Herrn Professor Dr. Friedhelm Boll sowie den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Fachbereichs Geschichte der Universität Kassel, hier ganz besonders Silke Stoklossa-Metz. Darüber hinaus möchte ich mich bei Dr. Christian Wolfsberger (†) und Gerd Lamers vom Stadtarchiv Mönchengladbach für ihre Hilfe bedanken; sowie bei allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der verschiedenen Archive und Bibliotheken, die ich zu Recherchezwecken aufgesucht habe.

Weiterhin danken möchte ich der B. Braun Melsungen AG für ihre finanzielle Unterstützung im Rahmen meines Stipendiums, was mir über einen langen Zeitraum ein sorgenfreies Arbeiten ermöglichte.

Danken möchte ich vor allem meiner Familie, hier vor allem meinen Eltern, Hella und Alexander Simon und meinem Bruder Christopher Simon. Ihr habt immer bedingungslos an mich geglaubt und hinter mir gestanden. Dass die Arbeit nun fertig ist, habe ich eurer unermüdlichen Unterstützung, Liebe und Zuversicht zu verdanken, die mir sehr viel bedeutet und für die ich euch unendlich dankbar bin.

Oftmals werden die letzten Meter einer Dissertation bis zur Abgabe als mit die schwierigsten bezeichnet. Sebastian Dworschak hat maßgeblich dazu beigetragen, dass ich auch auf der Zielgeraden die nötige Ausdauer und Motivation behielt. Dafür danke ich dir von ganzem Herzen.

Darüber hinaus gilt mein Dank allen Verwandten, Freunden und Kollegen, die mich immer unterstützt haben, mit denen ich mich fachlich austauschen konnte, die bedingungslos ihre Hilfe beim Lektorieren der Arbeit anboten, die mir aber auch die Möglichkeit zum Abschalten und Ablenken gaben. Dank gebührt auch den Menschen, die ich durch mein Dissertationsprojekt kennenlernen durfte, hier vor allem Yvonne Leuvelde, die mir fern der Heimat immer ein

Zuhause gegeben hat. Darüber hinaus gilt mein Dank Dr. Claudia Kemper und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Kommission für Zeitgeschichte, Bonn, insbesondere Dr. Andreas Burtscheidt und Professor Dr. Karl-Joseph Hummel. Dr. André Postert danke ich herzlichst für seine hilfreiche Kritik, den fachlichen Austausch und die kritische Lektüre meines Manuskripts.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1 Annäherung an den Forschungsgegenstand	1
2 Vorstellung Heinz Brauweiler	3
3 Methodisches Vorgehen	6
4 Quellenlage und Forschungsstand	8
1. Heinz Brauweiler und die Zentrumspartei	15
1.1 Brauweilers politische Sozialisation im Zentrumsstreit	16
1.2 Exkurs: Die „Benigni Affäre“	23
1.3 Der Gewerkschaftsstreit und Brauweilers Verhältnis zur Arbeiterschaft	27
1.4 Der Beginn des Ersten Weltkriegs als Anstoß zum politischen und gesellschaftlichen Neubeginn	32
1.5 Die Politik des Reichskanzlers Bethmann Hollweg	36
2. Brauweilers Distanzierung vom Zentrum	48
2.1 Die Wende	48
2.2 Die Friedensresolution vom Juli 1917	50
2.3 Die Radikalisierung Brauweilers in der Anti-Erzberger Kampagne	55
2.4 Die Gründung der Vaterlandspartei	66
2.5 Exkurs: Der „Fall Erzberger“	73
3. Brauweilers katholisch-konservative Sammlungsbewegung	78
3.1 Die Düsseldorfer Oktoberkonferenz 1918	78
3.2 Der Plan zur Gründung einer unabhängigen katholischen Zeitschrift	91
3.3 Brauweilers endgültige Distanzierung vom Zentrum	98
3.4 Die Gründung der Christlichen Volkspartei	101
3.5 Der Ketteler Bund	106
3.6 Exkurs: Die Westdeutsche Verlags- und Treuhandgesellschaft	116
4. Der Versuch einer interkonfessionellen Sammlung	123
4.1 <i>Der Bund der Arbeit</i>	124
4.2 <i>Die Malstatt</i>	131
4.3 <i>Die Blätter für ständischen Aufbau</i>	136
4.4 Die Vereinigung für ständischen Aufbau	140
4.5 Die Besprechungen zur Vereinigung für ständischen Aufbau	145
4.6 Die Gründung der Vereinigung für ständischen Aufbau	154

5.	Brauweiler in jungkonservativen Kreisen.....	158
5.1	Organisation und Einstellung der Jungkonservativen	159
5.2	Das Politische Kolleg	171
5.3	Vom theoretischen Erziehungskonzept zur praktischen Umsetzung: Die Ruhrkrise als Antrieb zur Diktatur und die Auflösung des jungkonservativen Konsenses ...	177
5.4	Die Diktatur als „letztes Rettungswerk“ Deutschlands.....	181
5.5	Brauweilers Entlassung aus dem Politischen Kolleg und die Gründung der Arbeitsstelle für Spar- und Wirtschaftspolitik.....	192
5.6	Der Herrenklub.....	198
5.7	Exkurs: Die Versammlung im Herrenhaus 1925	203
6.	Brauweilers „Gastspiel“ im Stahlhelm	208
6.1	Die Entwicklung des Stahlhelms bis 1926.....	208
6.2	Die zunehmende Politisierung des Stahlhelms ab 1926.....	210
6.3	Der Weg Brauweilers zum Stahlhelm	216
6.4	Das Stahlhelm Volksbegehren	221
6.5	Das Volksbegehren gegen den Youngplan	230
6.6	Nach dem Volksbegehren	246
6.7	Die Stadtler-Attacke im Kaiserhof.....	253
7.	Brauweiler als Wanderer zwischen den Welten	265
7.1	Die Gründung der Politischen Arbeitsstelle und Brauweilers Festhalten am Präsidialkabinett Brüning	265
7.2	Die Ernennung Franz von Papens zum Reichskanzler und die Arbeit der Politischen Arbeitsstelle	270
8.	Brauweiler im Nationalsozialismus.....	277
8.1	Art und Umfang der Kritik Brauweilers am nationalsozialistischen System.....	278
8.2	Aktive Unterstützung des NS-Systems	279
8.3	Brauweilers nationalsozialistische Überzeugung.....	282
9.	Brauweiler nach 1945 – ein Nachspiel	288
	Resümee	293
	Quellen- und Literaturverzeichnis	296

Einleitung

1 Annäherung an den Forschungsgegenstand

Die Zerstörung der Weimarer Demokratie ist oftmals in engem Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus analysiert und interpretiert worden. Die Erforschung des nationalsozialistischen Aufstiegs, die in ihm verankerten Machtkonstellationen und dessen organisatorisches und massenwirksames Auftreten entwickelten sich zu den Hauptforschungsgebieten zeitgenössischer Geschichtsschreibung. Darüber hinaus wurde teilweise vernachlässigt, dass der Nationalsozialismus, der sich in Deutschland erst Ende der 1920er Jahre zu einer Massenbewegung entpuppte und bis dato eher eine Randerscheinung war, auf einen bereits stark kultivierten antidemokratischen Boden zurückgreifen konnte. Ob bewusst oder unbewusst wurden die national eingestellten, konservativ und antidemokratisch denkenden Kräfte zu dessen maßgebenden Wegbereitern. Seit 1917/18 arbeiteten diese verstärkt daran, die sich entwickelnde, junge Demokratie in ihren Grundfesten zu erschüttern und ihr eine antidemokratisch strukturierte und elitär geprägte Alternative entgegenzustellen. Dadurch wurde der noch in der Entwicklung befindliche, demokratische Staat nicht nur unterhöhlt, sondern auch dessen geistige Grundlagen in Frage gestellt.¹ Auch wenn damit nicht jeder Antidemokrat automatisch zum Nationalsozialisten wurde, begünstigte dies deren Aufstieg. Doch wer genau waren die antidemokratisch denkenden Kräfte, wo und wie organisierten sie sich?

Auch wenn es sich in der bisherigen Forschung mittlerweile herumgesprochen hat, dass sich das vordergründig im Konservatismus beheimatete, antidemokratisch denkende Milieu nicht nur auf die einflussreichen Parteien und Verbände, wie die Deutschnationale Volkspartei, den Stahlhelm, den Reichslandbund oder den Alldeutschen Verband beschränkte, sondern dass dieser Begriff als eine Klammer für die vielen verschiedenen, gegen die Republik gerichteten Kräfte zu sehen ist, die sich mit den ab 1917/18 einsetzenden Entwicklungen nicht abfinden wollten, fehlt es bis dato dennoch an dem, was man eine gesättigte Gesamtdarstellung des antidemokratischen Denkens nennen könnte.² Dafür müsste man die einzelnen organisatorischen Gruppierungen und die verschiedenen konservativen Milieubspaltungen genauer ins Auge fassen, in denen antidemokratische Überzeugungen verhaftet waren und gesellschaftliche Ordnungsmodelle entworfen wurden. Eine besondere Schwierigkeit stellt

¹ Sontheimer, Kurt: „Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 5 (1957), Heft 1, S. 42-62, hier S. 50.

² Hier muss darauf hingewiesen werden, dass antidemokratisches Gedankengut kein Alleinstellungsmerkmal der Konservativen war, sondern zum Beispiel ebenso bei den kommunistischen Parteien. Ist in dieser Arbeit die Rede von den Antidemokraten, so ist damit jedoch der Antidemokratismus der konservativen Rechten gemeint.

hierbei nicht etwa die Unübersichtlichkeit an Überzeugungen der Antidemokraten dar – hier waren sie relativ einheitlich – viel schwieriger ist es, die Vielschichtigkeit ihrer Sammlungsformen zu überblicken, die vor allem durch ihre netzwerkartigen Verknüpfungen und unerschöpflichen Querverbindungen untereinander bestachen.

Die ohnehin bestehende Vielschichtigkeit des antidemokratischen Lagers, dessen Vorläufer bereits weit in das 19. Jahrhundert hineinreichten, sollte sich im Anschluss an den Ersten Weltkrieg nochmals deutlich ausdifferenzieren. In diesem Zusammenhang kam es zu der Herausbildung eines neuen Nationalismus, der zwar ebenso dem antidemokratisch denkenden Lager zuzurechnen war, sich gleichzeitig jedoch elementar von diesem unterschied, beispielsweise durch die Ablehnung monarchischer Strukturen.³ Die Rede ist hierbei oftmals von den Jungkonservativen, die als einflussreiche Ideengeber des antidemokratischen Lagers galten. Abseits der großen Organisationen und Parteien entwarfen sie im Halbschatten der Öffentlichkeit ihre eigenen Modelle einer alternativen Neuordnung zum bestehenden System mit dem Ziel, die Grundlagen einer alternativen, antiparlamentarischen Gesellschaftsordnung zu etablieren. Organisatorisch gründete sich die jungkonservative Bewegung auf einem dichten und schwer greifbaren Netzwerk, das aus einer Vielzahl mal mehr, mal weniger formeller Personenverbände, konspirativ anmutender Gesprächskreise und Debattierklubs bestand. Trotz ihrer Verbundenheit zur konservativen Denkrichtung kollidierten sie mit den restriktiven Bedingungen und reaktionären Einstellungen der herkömmlichen Parteien, Interessenverbände und Vereine. Im Gegensatz zu anderen außerparlamentarischen Organisationen, wie beispielsweise dem Jungdeutschen Orden oder dem Stahlhelm, waren die Klubstrukturen der Jungkonservativen überwiegend örtlich ungebunden und besaßen oftmals nicht mehr als 50 bis 100 Mitglieder.⁴

Da eine Analyse dieses mehr als komplexen Netzwerkes für eine Gesamtdarstellung des antidemokratischen Denkens als unerlässlich gilt, ist gerade in den letzten Jahren eine breite Forschung entstanden, die sich weniger an der Erfassung des großen Ganzen und der Nachzeichnung komplexer Entwicklungslinien und Wirkungszusammenhänge orientiert, sondern die tiefer in das Herzstück des antidemokratischen Lagers vorzudringen bestrebt ist.⁵ Nichtsdestotrotz erfordert es noch eine Menge an Vorfeldforschung, die sich vor allem auch auf die Beleuchtung derjenigen Akteure aus der zweiten und dritten Reihe des

³ Breuer, Stefan: „Neuer Nationalismus in Deutschland“, in: Backes, Uwe (Hrsg.): Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln 2003, S. 53-77.

⁴ Postert, André: Von der Kritik der Parteien zur außerparlamentarischen Fundamentalopposition. Die jungkonservative Klub-Bewegung in der Weimarer Republik und ihre Auflösung im Nationalsozialismus, Baden-Baden 2014, S. 13.

⁵ Postert, 2014. Hübner, Christoph: Die Rechtskatholiken, die Zentrumsparterie und die katholische Kirche in Deutschland bis zum Reichskonkordat von 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Scheiterns der Weimarer Republik, Berlin 2014.

antidemokratischen Lagers konzentrieren muss. Standen diese bis dato oftmals im Schatten wortmächtiger Protagonisten wie Alfred Hugenberg, den Brüdern Ernst und Friedrich Georg Jünger, Eduard Stadtler, Martin Spahn oder Arthur Moeller van den Bruck, ist der Anspruch auf eine vollständige Erschließung des antidemokratischen Denkens ohne deren Beleuchtung nahezu unmöglich.

2 Vorstellung Heinz Brauweiler

Der Jurist, Zentrumspolitiker, Gesellschaftsutopist und überzeugte Antidemokrat Heinz Brauweiler (1885-1976) zählt zu genau diesen Männern aus der zweiten Reihe des antidemokratischen Milieus, der in der bisherigen Forschung nur wenig Berücksichtigung gefunden hat.⁶ Die biographische Aufarbeitung seiner Person stellt dennoch einen wesentlichen Baustein für das Gesamtverständnis antidemokratischer Denkweisen dar, die Brauweiler als Mitglied verschiedener Organisationen und Milieus maßgeblich mit beeinflusste.

Der zeitliche Schwerpunkt der hier vorliegenden Biographie über Heinz Brauweiler konzentriert sich auf die Phase zwischen 1910 und 1945 und spannt inhaltlich einen Entwicklungsbogen von seiner Zeit als konformem Mitglied der katholischen Zentrumspartei hin zum rechtskonservativen und antidemokratischen Oppositionellen, der seine Präsenz in außerparlamentarischen Bündnissen und Vereinigungen – später auch z.T. in den breiteren Kreisen des Nationalsozialismus – als Grundlage für die Durchsetzung seiner eigenen, teils utopisch anmutenden Vorstellungen einer besseren Gesellschaftsordnung nutzte.

Der Aufbau der Arbeit gliedert sich in neun Kapitel, die chronologisch angeordnet sind. In Bezug auf die Entwicklung Brauweilers, die vor allem in Zusammenhang mit seinem kontinuierlichen Appell an die Einführung einer gesellschaftlichen und politischen Ordnungsalternative, seinem Taktieren gegenüber der Arbeiterschaft und seinem beharrlichen Vorgehen gegen das parlamentarische System zu sehen ist, wird dieser Aufbau dem Forschungsgegenstand am meisten gerecht.

Zu Beginn der Arbeit wird Brauweilers beruflicher Werdegang in der Zentrumspartei thematisiert (Kapitel 1). Die Nähe zum politischen Katholizismus resultierte vordergründig aus seiner Überzeugung, hier das einzig aussichtsreiche Instrument zur Umsetzung seiner Hoffnung auf eine christlich-konservativ strukturierte Gesellschaftsordnung finden zu können. Diese sollte Brauweiler zufolge nicht nur auf einer, dem meritokratischen Prinzip ähnelnden,

⁶ Bild Heinz Brauweilers (Vorderseite des Buches), StMG, NI Brauweiler, 15/13/143. Der komplette Nachlass von Heinz Brauweiler wird im Stadtarchiv Mönchengladbach archiviert. Einen Lebenslauf findet man hier in StMG, NI Brauweiler, 15/13/167 und einen autobiographischen Lebenslauf in StMG, NI Brauweiler, 15/13/124. Erwähnung findet Brauweiler vor allem bei: Postert, 2014. Hübner, 2014 oder Petzinna, 2000.

natürlichen Ungleichheit der Bevölkerung beruhen, sondern vor allem auch die immer mächtiger werdenden Parteien eindämmen und sich gegen die Fundierung der Staatsverfassung auf dem Volkswillen aussprechen.⁷

Stand diese Forderung dem politischen Katholizismus ohnehin diametral gegenüber, sollte die 1917 von dem Zentrumspolitiker Matthias Erzberger eingebrachte Friedensresolution die Distanz Brauweilers zur Zentrumspartei endgültig besiegeln (Kapitel 2). Sein daran anschließender Versuch, das *Düsseldorfer Tageblatt* als Parteiorgan des Zentrums für sein Vorhaben einer konservativen Umorientierung und den Boykott gegen den mit der Friedensresolution einhergehenden Linksdrift der Zentrumspartei einzuspannen, endete ergebnislos mit der Selbstentlassung Brauweilers aus seinem bis dato ausgeführten Amt des Chefredakteurs.

Bereits zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich bei Brauweiler ein fundamentaler politischer Gesinnungs- und damit einhergehender Milieuwechsel ab. Dessen Konstante bildete die Ablehnung der Weimarer Demokratie. Dieser Wandel bestand anfänglich vor allem in seiner wesentlich radikaleren Forderung nach einer gesellschaftlichen bzw. politischen Neuordnung auf Grundlage des Katholizismus und mündete schließlich in einen progressiven Aufruf zur außerparlamentarischen und interkonfessionellen Sammlung der rechtskonservativen Kräfte in Deutschland (Kapitel 3 & 4).⁸ Diese Sammlungsbewegung sollte sich trotz wechselnder gesellschaftlicher und politischer Einflüsse als Brauweilers kontinuierliche Bestrebung erweisen, die er losgelöst von der parteipolitischen Umklammerung nicht nur auf rechtskatholischer Grundlage, sondern auch durch seine Hinwendung zum jungkonservativen Kreis um Arthur Moeller van den Bruck durchzusetzen versuchte (Kapitel 5). Die Vorstellungen der Jungkonservativen deckten sich weitgehend mit denen Brauweilers. So zum Beispiel im Hinblick auf die strikte Ablehnung der Weimarer Demokratie, deren Etablierung mit allen Mitteln boykottiert wurde, aber auch bezüglich der Forderung nach einer ständestaatlichen Neuordnung für die deutsche Nachkriegsgesellschaft, zu deren entschiedenstem Vertreter Brauweiler wurde. Diese, zur damaligen Lage Deutschlands konträre Vorstellung, die Brauweiler immer stärker forcierte und in zahllosen Artikeln sowie in seinem 1925 erschienen Buch „Berufsstand und Staat“ ausarbeitete, machte ihn zum Vordenker einer

⁷ Zur Frage der Arbeiterbewegung in Deutschland s. u. a.: Müller, Dirk H.: Arbeiter – Katholizismus – Staat, Der Volksverein für das katholische Deutschland und die katholischen Arbeiterorganisationen in der Weimarer Republik, Bonn 1996.

⁸ Siehe hierzu u. a.: die Gründung des Ketteler Bundes in: StMG, NI Brauweiler, 15/13/133.

„neuen, alten Moderne“, die das mittelalterliche Ständekonzept in die gegenwärtige Zeit zu transferieren versuchte.⁹

Zeitgleich mit dem Erscheinen seines Buches, das trotz aller Komplexität nur wenig konkrete Umsetzungsmöglichkeiten einer realistischen Ordnungsalternative anheimstellte, wurde Brauweiler für den Frontkämpferbund Stahlhelm aktiv (Kapitel 6). Hier stieg er innerhalb weniger Monate zum politischen Berater des ersten Stahlhelmführers Franz Seldte auf. Interne Differenzen mit dem zweiten Bundesführer Theodor Duesterberg zwangen Brauweiler ab 1931 jedoch dazu, von allen aktiven Geschäften zurückzutreten. Stattdessen wandte er sich vorerst wissenschaftlichen Tätigkeiten zu, so z.B. bei der Hochschule für Politik, bei der er 1932 die Leitung der Abteilung für Innenpolitik übernahm (Kapitel 7).

Im Folgenden soll der hier dargestellte Werdegang Brauweilers über die verschiedenen Stufen seiner rechtskonservativen Entwicklung, begonnen beim Zentrumsstreits, über seine Tätigkeit beim *Düsseldorfer Tageblatt*, der Hinwendung zum Jungkonservatismus und schließlich zum Rechtskonservatismus beim Stahlhelm, in den verschiedenen Kapiteln in Form einer politischen Biographie dargestellt werden. Von außen betrachtet erscheint Brauweiler hierbei als „Wanderer zwischen den Welten“, der sich als Folge seiner enttäuschten Erwartungen über die politische Entwicklung innerhalb der Weimarer Republik immer wieder neuen Artikulationsfeldern zuwandte, um dem, in der Entwicklung begriffenen, demokratischen System eine rechtskonservative Ordnungsalternative entgegensetzen zu können.

In diesem Zusammenhang kam Brauweiler auch in Kontakt mit den Nationalsozialisten, was sich nicht zuletzt aus seiner Anstellung beim Stahlhelm, der Nähe zu Franz Seldte und seiner daraus hervorgehenden Anstellung im Reichsarbeitsministerium ergab (Kapitel 8). Kritisch zu überprüfen bleibt, in wie weit Brauweiler aufgrund seines antidemokratischen Denkens auch zu einem Unterstützer des nationalsozialistischen Regimes wurde. Diese Fragestellung sowie die Entwicklung Brauweilers dorthin bilden wesentliche Teile der hier vorliegenden Arbeit und werden vor allem im achten Kapitel anhand dreier Kriterien analytisch untersucht. Darüber hinaus ermöglicht die Reflexion seiner Person – auch über die Zeit des Kriegs hinaus (Kapitel 9) – und sein wechselnder Kontakt zu Teilen des antidemokratischen Milieus einen weiteren Baustein zur Schließung der nach wie vor bestehenden Forschungslücken innerhalb des komplexen antidemokratischen Lagers.

⁹ Die Beschreibung einer „neuen, alten“ Moderne spielt auf die Tatsache an, dass der ständische Gesellschaftsgedanke keinesfalls ein neues Phänomen der deutschen Geschichte darstellte, sondern bereits im Mittelalter vorherrschend war. Brauweilers Vorstellung beschreibt den Versuch, diese mittelalterliche Gesellschaftsform in die „moderne“ Zeit zu transferieren und sie an die gegenwärtigen Gegebenheiten anzupassen.

3 Methodisches Vorgehen

Die vorliegende Arbeit bedient sich der Methode einer politischen Biographie. Die Biographie als Forschungsmethode war lange Zeit umstritten.¹⁰ Gerade in den letzten Jahren kam es jedoch zu einer regelrechten Renaissance der Biographik. Diese bestand nicht etwa in der Rückkehr zum traditionellen Biographiebild, sondern in einer Art Neuauflage, die durch einen grundlegenden Funktionswandel ausgelöst wurde. Die Biographie sollte durch die Kontextualisierung des biographischen Inhalts über das bloße Erzählen von Geschichte hinausgehen. Hierfür galt es nicht nur neue Forschungsparameter einzuführen, sondern auch die bisher vorherrschenden engen Traditionslinien aufzuweichen und auf neue Schwerpunkte auszurichten.¹¹

Diese Schwerpunktverschiebung bestand zum einen in der Aufhebung der personellen Beschränkung und der Hinwendung zu multiperspektivischeren Interpretationsansätzen. So kam es zur Erstellung sogenannter Gruppen-, Sozial- und Kollektivbiographien, die eine seit den 1980er Jahren entstandene Untergattung der Biographik darstellten und auf eine Verbindung zwischen der Individual- und Sozialgeschichtsschreibung ausgerichtet waren.¹² Exemplarisch kann hier das Werk von Claudia Kemper erwähnt werden, die sich dem Thema Jungkonservatismus in Form einer Netzwerkbiographie genähert hat. Den inhaltlichen Zugang suchte Kemper hier nicht über die Darstellung eines bestimmten individuellen und personifizierten Forschungsgegenstands, sondern über eine breitbandig angelegte Analyse der über 140 Mitglieder des jungkonservativen Kreises, die durch ihre gesamtheitliche Darstellung das Gesicht des Jungkonservatismus in seiner Funktion als Netzwerk wiedergeben sollte.¹³

Das Erstellen solcher Netzwerkbiographien erfüllt den Anspruch, die zu untersuchende Person nicht mehr länger herausgelöst aus ihrem gesellschaftlichen und politischen Kontext zu begutachten, wie es bis dato oftmals der Fall war. Stattdessen geht man immer stärker dazu über, sich dem Forschungsgegenstand zu nähern, indem man diesen in einen übergeordneten Zusammenhang zu den ihm nahestehenden Vereinigungen, Parteien oder Einrichtungen stellt. Das ermöglicht eine facettenreichere Herangehensweise an den zu Biographierenden, der als Bestandteil seiner historischen Lebensumwelt aufgefasst wird und diese damit „zur individuiert sozialen Struktur“ aufwertet.¹⁴ Auch wenn die Gegenüberstellung der individuellen Person und

¹⁰ Siehe Bödecker, Hans Erich: Biographien schreiben. Göttingen 2003, S. 14; Taylor, Henry McKean: Rolle des Lebens. Die Filmbiographie als narratives System, Marburg 2002, S. 48.

¹¹ Alt, Peter-Andre: Mode ohne Methode? Überlegungen zu einer Theorie der literaturwissenschaftlichen Biographik, in: Klein, Christian: Grundlagen der Biographik, Theorie und Praxis des biographischen Schreibens, Stuttgart 2002, S. 32.

¹² Schweiger, Hannes: „Die soziale Konstituierung von Lebensgeschichten. Überlegungen zur Kollektivbiographik“, in: Fetz, Bernhard: Die Biographie: Zur Grundlegung ihrer Theorie, Berlin 2009, S. 317-352.

¹³ Kemper, Claudia: Das "Gewissen" 1919-1925: Kommunikation und Vernetzung der Jungkonservativen, München 2011.

¹⁴ Bödecker, 2003, S. 20.

der übergeordneten Struktur hier erstmal widersprüchlich wirkt, müssen diese Begriffe nicht als Gegensatz, sondern als interdependente Ergänzung verstanden werden, die sich gegenseitig bedingen und aufeinander aufbauen. Es wird berücksichtigt, dass die einzelnen Lebensläufe auch immer an bestimmte historische Erfahrungen, gesellschaftliche Verhältnisse und politische Systeme gebunden sind, das Verhalten des Einzelnen demnach also immer auch als Reaktion auf die gesellschaftlichen oder politischen Verhältnisse seiner Zeit verstanden werden muss. In diesem Zusammenhang ist es gelungen, ein neues Interesse am „duldenden, strebenden und handelnden Menschen“ zu erwecken und das Genre der Biographik wieder stärker auf die historiographische Bühne zurückzuholen.¹⁵

Eine nach wie vor ernstzunehmende Schwierigkeit, die beim Anfertigen einer Biographie besteht, ist der von James Moore bezeichnete „psychological trespass“. Dieser Ausdruck steht stellvertretend für das Risiko des Biographen, dessen selbst aufgebaute Identifikation mit dem Forschungsgegenstand zu wenig reflektiert zu betrachten und die eigenen Empfindungen und Ansichten auf diesen zu projizieren.¹⁶ Zwar muss und soll bei der Anfertigung einer Biographie auch immer eine thematische Vorauswahl sowie eine inhaltliche Schwerpunktsetzung durch den Biographen vorgenommen werden, dieser darf jedoch nicht dazu verleitet werden, die eigenen Maßstäbe und Empfindungen in Bezug auf den Forschungsgegenstand zur richtungweisenden Interpretationsgrundlage zu erheben. Es gilt stattdessen die eigene Einstellung zum Forschungsgegenstand zu hinterfragen und so objektiv wie möglich zu halten.

Eng verknüpft mit der hier verdeutlichten Herangehensweise, wonach der zu Biographierende nicht mehr ausschließlich über einen individuellen, sondern einen gesamtheitlicheren Zugang analysiert wird, der sowohl politische als auch gesellschaftliche Kontexte einbezieht, ist das interdisziplinäre Vorgehen. So reicht es nicht mehr aus, sich dem Forschungsgegenstand über einen rein biographischen Zugang zu nähern, es gilt auch andere Bereiche der Geschichtsschreibung, wie die Politik-, Ideen- oder Kulturgeschichte einzubeziehen, um eine übergreifende Darstellung zu ermöglichen. Neben den hier bereits erwähnten Paralleldisziplinen tritt die Emotionsgeschichte immer stärker in den Vordergrund. Die Bedeutung von Emotionen und deren Einfluss auf Entscheidungs- und Handlungsprozesse ist in der Geschichtswissenschaft lange Zeit unterschätzt und vernachlässigt worden. Mittlerweile hat sich dies jedoch gewandelt. Unter der Fragestellung „Emotionen als Gegenstand der Forschung“ wurde in den letzten Jahren immer mehr an Vorfeldforschung betrieben, was den

¹⁵ In den letzten Jahren entstanden eine ganze Reihe an Biographien, s. u.a.: Longerich, Peter: Heinrich Himmler. Biographie, München 2008; Siemann, Wolfram: Metternich. Stratege und Visionär. Eine Biografie, München 2016.

¹⁶ Moore, James: Metabiographical reflections on Charles Darwin, in: Shortland, Michael & Richard Yeo: Telling lives in science. Essays on scientific biography, New York 1996, S. 272.

emotionalen Ansatz zu einem immer bedeutenderen Bestandteil der Geschichtswissenschaft aufwertet.¹⁷

Die Wahl einer politischen Biographie über Heinz Brauweiler soll in diesem Zusammenhang als Beispiel der innovativen Biographik und deren Wandel in den letzten Jahren gesehen werden. Zwar wurde Brauweiler in der gängigen Forschungsliteratur bis dato nur peripher behandelt, die Vielseitigkeit seiner politischen und gesellschaftlichen Betätigungsfelder und sein unentwegtes Streben danach, der demokratischen Entwicklung ein gesellschaftliches und politisches Alternativmodell in Form einer christlich-konservativen Ordnungsalternative entgegenzustellen, ermöglicht es – neben rein biographischen Analysen – jedoch auch andere Bereiche der Geschichtsforschung einzubeziehen. So werden, im Zuge der biographischen Aufarbeitung Brauweilers, auch viele verschiedene Milieus und politische Modelle näher ins Auge gefasst und damit ein Überblick über die Sozialstruktur des antidemokratischen Lagers während der Weimarer Republik, in Ansätzen auch darüber hinaus, gegeben.¹⁸

Im Kapitel 8 stellt sich die Frage der Rolle Brauweilers im Nationalsozialismus. Das Thema wird anhand unterschiedlicher Fragestellungen untersucht und weicht damit von dem bisher chronologischen Aufbau ab. So kann eine gezieltere Auseinandersetzung mit dem Grad der Partizipation Brauweilers in den Reihen der Nationalsozialisten ermöglicht und außerdem der Frage nachgegangen werden, ob und wenn ja, wie tiefgehend eine Identifikation mit den Theorien und Praktiken der Nazis wirklich vorlag.

4 Quellenlage und Forschungsstand

Zur politischen Biographie Heinz Brauweilers kann auf verschiedene Quellen zugegriffen werden.

4.a Archivalische Quellen

Stadtarchiv Mönchengladbach: Der zentrale Quellenbestand ist dabei der archivierte Nachlass Brauweilers im Stadtarchiv Mönchengladbach. Hierhin wurde er zwischen 1963 und 1983 übergeben. Die Laufzeit des Nachlasses beginnt mit dem Jahr 1907 und endet 1975.¹⁹

¹⁷ Plamper, Jan: Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte, München 2012.

¹⁸ Alt, Peter-Andre: "Mode ohne Methode? Überlegungen zu einer Theorie der literaturwissenschaftlichen Biographik", in: Klein, 2002, S. 32.

¹⁹ Die Übergabe des Nachlasses erfolgte in zwei Etappen. So wurde der erste Teil 1963 an die Stadt Mönchengladbach verkauft. Hierbei handelte es sich schwerpunktmäßig um die sozialwissenschaftliche Sammlung Brauweilers. Der zweite, größere Teil seines Nachlasses wurde 1976 erst an die katholisch-sozialwissenschaftliche Zentralstelle, später dann an das Stadtarchiv Mönchengladbach übergeben. Zu den Jahren 1907 bis 1914 findet sich nur sehr wenig Quellenmaterial im Nachlass.

Allgemeinhin kann festgehalten werden, dass der Nachlass mit insgesamt 11 Regalmetern – davon 195 bearbeitete und weitere unbearbeitete Archivkartons – sehr umfangreich und informativ ist. Dennoch stellten sich einige Schwierigkeiten bei der Bearbeitung ein:

Zum einen ist über die Jahre 1885-1907 kein Material im Nachlass zu finden, weshalb die Darstellung der Kinder-, Jugend- und Studienjahre Brauweilers nur peripher in dieser Arbeit berücksichtigt werden konnte. Zum anderen ist der Nachlass nur zu ca. 2/3 verzeichnet. Nach ausführlicher Begutachtung konnte jedoch festgehalten werden, dass sich das unverzeichnete Drittel hauptsächlich auf ein Sammelsurium unzähliger Zeitungs- und Buchausschnitte beläuft, die vordergründig aus der Zeit zwischen 1950 und 1970 stammen und nur wenig aufschlussreich in Bezug auf die weitere Analyse der Person Brauweilers sind. Wenn überhaupt indizieren sie sein nach wie vor bestehendes Interesse an einer konservativ geprägten Ordnungsalternative zum bestehenden demokratischen System, dem Brauweiler bis zu seinem Lebensabend ablehnend gegenüber stand.

Vereinigte Westfälische Adelsarchive und Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz: Für die frühen Jahre Brauweilers, in denen er dem rechtskatholischen Flügel der Zentrumspartei angehörte, sind die Bestände der Vereinigten Westfälischen Adelsarchive in Münster von großer Bedeutung. Hier insbesondere die Nachlässe Ferdinand Freiherr von Lüninck, Engelbert Freiherr von Kerckerinck zur Borg oder Hermann Graf zu Stolberg-Stolberg Westheim.²⁰ Die hier genannten Vertreter des rheinisch-westfälischen Adels standen mit Brauweiler vordergründig während der Jahre 1916-1925 in engem Kontakt, in denen sie maßgeblich seine Loslösung vom parteikonformen und in der Zentrumspartei organisierten Konservatismus begleiteten und ihn mal mehr mal weniger stark bei der Gründung parteiunabhängiger Organisationen und Versammlungen, wie dem *Bund der Arbeit*, der *Malstatt* oder dem Ketteler Bund unterstützten. Hier ist vor allem die enge Verbindung zu Ferdinand von Lüninck zu nennen, der einen reichhaltigen schriftlichen Austausch mit Brauweiler pflegte.²¹ In dieser frühen Phase seiner Entwicklung wäre aufgrund der hier noch bestehenden Nähe zur Düsseldorfer Zentrumspartei der Nachlass Wilhelm Marx von großem Interesse gewesen, der in seiner Position als stellvertretender Vorsitzender der rheinischen Zentrumspartei und Parteivorsitzender in Düsseldorf nicht nur hinsichtlich der dort stattfindenden Entwicklung der Zentrumspartei, sondern auch in Bezug auf die Anstellung Brauweilers beim *Düsseldorfer Tageblatt* einen großen Einfluss auf dessen Entwicklung übte.

²⁰ Archiv Ostwig, Best. Nachlass Ferdinand von Lüninck; LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Archiv Westheim, Best. Nachlass Hermann & Josef Graf zu Stolberg-Stolberg, LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Nachlass Engelbert Freiherr von Kerckerinck zur Borg.

²¹ Archiv Ostwig, Best. Nachlass Ferdinand von Lüninck.

Leider konnte sein Nachlass durch den Einsturz des Stadtarchivs Köln nicht mehr eingesehen werden. In diesem Zusammenhang musste auf den von Hugo Stehkämper bearbeiteten „Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx“ zurückgegriffen werden, ebenso wie auf die im Stadtarchiv Düsseldorf verfügbaren Akten über die örtliche Zentrumspartei. Diese waren jedoch nur wenig aufschlussreich.²² Ein Bestand speziell für den Rheinischen Landesverband der Zentrumspartei existiert nicht.

Zum Thema Vaterlandspartei, deren Gründung 1917 in einem engen Wirkungszusammenhang mit der Entwicklung Brauweilers stand, sind die Bestände des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz von großem Nutzen. So liegt hier ein Teil des Nachlasses von Wolfgang Kapp, der in unmittelbarem Zusammenhang mit der Vaterlandspartei und der von ihr ausgehenden Radikalisierung zu sehen und von daher auch für die Betrachtung Brauweilers von Interesse ist.²³

Bundesarchiv: Für die daran anschließenden Jahre, in denen Brauweiler sich endgültig von den Parteien löste und sich der jungkonservativen Bewegung zuwandte, sind vor allem die im Bundesarchiv Koblenz hinterlegten Nachlässe Martin Spahns und die im Bundesarchiv Berlin archivierten Bestände des Politischen Kollegs und des Juniklubs von großer Bedeutung.²⁴ Diese geben sowohl Aufschluss über die Gründung, Finanzierung, Arbeit und Mitgliederzusammensetzung der jeweiligen (jung-)konservativ geprägten Vereinigungen, sie werfen auch ein Licht auf die Rolle Brauweilers. So lassen sich hier nicht nur eine Vielzahl an Kursplänen und handschriftlichen Vorlesungsskripten Brauweilers finden, sondern auch eine Menge persönlicher Korrespondenzen.

Für seine Zeit beim Stahlhelm zwischen 1925 und 1931 sind ebenfalls die Bestände des Bundesarchivs Berlin zu nennen, wo der Stahlhelmbestand verwaltet wird.²⁵ Dieser gibt nicht nur einen detaillierten Überblick über den Aufbau des Stahlhelms, also über dessen Finanzierung, Strukturierung und Leitung, sondern verfügt auch über eine große Anzahl persönlicher und geschäftlicher Korrespondenzen, die neben internen Vorgängen auch über das Verhältnis des Stahlhelms zu anderen Organisationen der Weimarer Zeit Aufschluss geben. So u.a. zu den verschiedenen Parteien, hier allen voran der Deutschnationalen Volkspartei und den Nationalsozialisten, aber auch zu außerparlamentarischen Vereinigungen wie dem Herrenklub, dem Wehrwolf oder den zahlreichen Studenten- und Jugendbünden. Aufgrund seiner

²² Stehkämper, Hugo: Der Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx, Köln 1968.

²³ GStA PK, VI. HA Familienarchive und Nachlässe, Nachlass Kapp, W.

²⁴ Bundesarchiv Koblenz, Teilnachlass Martin Spahn, N 1324; Bundesarchiv (BArch), Bestand Politisches Kolleg (BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/...).

²⁵ Bundesarchiv (BArch), Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V. (BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/...).

einflussreichen Stellung als Chefredakteur der Stahlhelmzeitung und politischem Berater des ersten Stahlhelmführers Franz Seldte verfügt Brauweiler im Stahlhelmbestand nicht nur über eigene, ihm zugeordnete Aktenbestände mit eigenem Schriftverkehr, er taucht auch immer wieder in verschiedenen Korrespondenzen und Berichten auf, was es ermöglicht, für diese Zeit ein relativ geschlossenes Bild seiner Aktionen zu entwerfen.

4.b Zeitungen und Zeitschriften

Neben den archivalischen Quellen zählt des Weiteren auch die Vielzahl an Zeitungs- und Zeitschriftenliteratur zum wesentlichen Quellenfundus. Bedenkt man, dass während der hier dargestellten Zeit 1910-1945 etwa 4000 verschiedene Zeitungen und Zeitschriften existierten, davon ein nicht unbeachtlicher Teil allein für die konservative Richtung, kann erahnt werden, welchen Stellenwert die Sichtung der Printmedien für die Interpretation des Gesamtzusammenhangs wie auch für die Darstellung Brauweilers einnimmt, zumal Brauweiler selbst als Chefredakteur mehrerer Zeitungen im rheinisch-westfälischen Raum tätig war und hier eine große Anzahl an Artikeln und Artikelreihen publizierte. Zu erwähnen ist hier nicht nur das *Düsseldorfer Tageblatt* oder die *Kölnische Volkszeitung*, sondern auch seine Beiträge in der *Centrums-Parlaments-Korrespondenz*, den *historisch-politischen Blättern*, dem *Hochland*, der *Tat*, dem *Gewissen*, dem *Ring* oder der *Europäischen Revue*. Neben dem Stadtarchiv Düsseldorf und dem Landesarchiv Nordrhein-Westfalen bietet vor allem das Zeitungsarchiv im Westhafenspeicher Berlin eine große Auswahl an relevanten Zeitungen und Zeitschriften.

4.c Sekundärliteratur

Über das antidemokratische Denken und die damit zusammenhängenden Begriffe „Konservatismus“ und „Jungkonservative Bewegung“ lässt sich eine Fülle an Sekundärliteratur für die Erstellung einer politischen Biographie über Heinz Brauweiler finden.²⁶ Nichtsdestotrotz besteht im Bereich der konservativen Organisations- und Milieugeschichte, vor allem während der Weimarer Republik, noch Nachholbedarf.²⁷ So gibt es bis dato weder eine aktuelle Publikation zum Stahlhelm oder der DNVP noch zur Zentrumspartheigeschichte.²⁸ Darüber hinaus fehlen vor allem biographische Ansätze weitestgehend, beispielsweise für die beiden Hauptakteure des Stahlhelms, Franz Seldte und Theodor Duesterberg. Zwar sind seit 1945 zum Thema Stahlhelm zwei wesentliche Monographien von Alois Klotzbücher und

²⁶ Ishida, Yuji: Jungkonservative in der Weimarer Republik. Der Ring-Kreis 1928-1933, Frankfurt am Main 1988; Klemperer, Klemens von: Konservative Bewegung zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, Wien 1967, etc.

²⁷ Poster, 2014 oder auch Kemper, 2011 haben mit ihren Werken hier bereits sehr gut vorgelegt.

²⁸ Bösch, Frank: Das konservative Milieu: Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900-1960), Göttingen 2002.

Volker Berghahn erschienen, diese beschäftigen sich jedoch ausschließlich mit dem Stahlhelm als Gesamtphänomen und sparen die Beleuchtung der zentralen Charaktere gänzlich aus.²⁹ Darüber hinaus existiert weder für die Mitglieder des katholischen Adel- oder Agrarierflügels, noch für die Mitglieder des jungkonservativen Lagers – mit Ausnahme einer beschränkten „Protagonistenforschung“ (Arthur Moeller van den Bruck, Ernst Jünger oder Edgar Julius Jung) – ausreichend biographisches Material.³⁰

Allgemeinhin erfolgte die bisherige Aufarbeitung des antidemokratischen Denkens in einer wellenartigen Bewegung. Hierbei war die erste Forschungswelle im Zuge der initialen historiographischen Vergangenheitsbewältigung, also zwischen 1950-1970 anzusiedeln. In diesen Zeitabschnitt fällt nicht nur das Handbuch über „Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932“ von Armin Mohler, das bis dato in sechs überarbeiteten Auflagen erschienen ist und durch seine klare und transparente Strukturierung besticht, sondern auch das 1962 von Kurt Sontheimer herausgegebene Werk „Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik“ oder die von Klemens von Klemperer 1957 veröffentlichte Monographie mit dem Titel „Konservative Bewegung zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus“.³¹ Diese Werke waren vor allem darauf ausgelegt, das weitgesteckte und viel verzweigte, antidemokratische Denken in seiner Komplexität zu beleuchten und in bestehende Traditionslinien einzuflechten. Hier ist u.a. auch das 1970 erschienene Buch von Dirk Stegmann „Die Erben Bismarcks“ zu nennen, dessen Titel bereits die darin enthaltene Eingliederung des antidemokratischen Denkens in die Wertehorizonte des Wilhelminismus andeutet.³² Generell begünstigend wirkte hier vor allem die immer detailliertere Konservatismusforschung, die sich nicht nur mit dessen Ausführungen auf politischer Basis auseinandersetzte, hier also zum Beispiel mit dem in der Deutschnationalen Volkspartei vertretenen politischen Konservatismus, sondern auch mit der Definition des Begriffs selbst, der als Oberbegriff für Abwandlungen wie den Jungkonservatismus und damit elementar für das Verständnis desselbigen zu sehen ist.³³

²⁹ Klotzbücher, Alois: Der politische Weg des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der „Nationalen Opposition“ 1918-1933, Tübingen 1965; Berghahn, Volker: Der Stahlhelm: Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966.

³⁰ Schwierskott, Hans-Joachim: Arthur Moeller van den Bruck und die Anfänge des Jungkonservatismus in der Weimarer Republik. Eine Studie über Geschichte und Ideologie des revolutionären Nationalismus, Göttingen 1960.

³¹ Mohler, Armin: Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932: Ein Handbuch, Basel 1949; Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962; Klemperer, Klemens von: Konservative Bewegung zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, Wien 1967.

³² Stegmann, Dirk: Die Erben Bismarcks, Parteien und Verbände in der Spätphase des wilhelminischen Deutschlands, Sammlungspolitik 1897-1918, Köln 1970.

³³ S. z.B.: Greiffenhagen, Martin: „Das Dilemma des deutschen Konservatismus“, in: Wendt, Siegfried: Gesellschaft in Geschichte und Gegenwart, Beiträge zu sozialwissenschaftlichen Problemen; eine Festschrift für Friedrich Lenz, Berlin 1961.

Die zweite Forschungswelle erstreckt sich von der Mitte der 80er bis zu den frühen 90er Jahren. Hier sind sowohl das Werk von Stefan Breuer über die „Anatomie der konservativen Revolution“ zu nennen, als auch das von Yuji Ishida, der mit der Veröffentlichung seines Werkes „Jungkonservative in der Weimarer Republik. Der Ring-Kreis 1928-1933“ die entscheidende Schaltzelle der Jungkonservativen schildert.³⁴ Auch zu einzelnen Teilaspekten wurde während dieser zweiten Forschungswelle erstmals ausführlich Stellung bezogen, so u.a. zu der Analyse des Intellektuellenbegriffs durch Louis Dupeux in seinem 1992 veröffentlichten Werk „La Revolution conservatrice allemande sous la Republique de Weimar“.³⁵ Mit der von Gabriele Clemens veröffentlichten Biographie über den, dem rechten Zentrumsparteilager angehörenden Martin Spahn wurden allmählich auch einzelne Aspekte im Bereich des politischen Katholizismus erarbeitet.³⁶ Hinzuzufügen sind u.a. die personifizierte Analyse über „Katholische Intellektuelle in der Weimarer Republik“ von Ulrich Bröckling, zu der mit Carl Schmitt auch ein dem jungkonservativen Lager zugehöriger Charakter fällt und das Werk von Wilfried Loth „Katholiken im Kaiserreich“.³⁷

Zu Beginn der Jahrtausendwende lässt sich eine dritte Forschungswelle ausmachen, die sich durch eine Vielzahl an Neuerscheinungen sowohl über das antidemokratische Denken als auch die Beleuchtung einzelner thematischer Zusammenhänge auszeichnet.³⁸ Hier zu nennen ist vor allem Berthold Petzinnas Werk „Erziehung zum deutschen Lebensstil“, das bereits vorhandene Grundlagenforschungen aufgreift und diese um die Analyse der jungkonservativen Schulungseinrichtungen und den dort vermittelten Inhalten erweitert.³⁹ Des Weiteren fallen in diese dritte Forschungswelle sowohl die Veröffentlichungen von Walter Schmitz und Clemens Vollnhals zum Thema „Völkische Bewegung, Konservative Revolution, Nationalsozialismus, Aspekte einer politischen Kultur“ als auch die Werke von Ascan Gossler oder Hans Christof

³⁴ Ishida, 1988.

³⁵ Dupeux, Louis: La Revolution conservatrice allemande sous la Republique de Weimar, Paris 1992.

³⁶ Clemens, Gabriele: Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik, Mainz 1983.

³⁷ Breuer, Stefan: Anatomie der konservativen Revolution, Darmstadt 1993; Pfahl-Traugher, Armin: „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998; Clemens, Gabriele: Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik, Mainz 1983; Loth, Wilfried: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Bonn 1984; Dupeux, Louis: La Revolution conservatrice allemande sous la Republique de Weimar, Paris 1992; Bröckling, Ulrich: Katholische Intellektuelle in der Weimarer Republik. Zeitkritik und Gesellschaftstheorie bei Walter Dirks, Romano Guardini, Carl Schmitt, Ernst Michel und Heinrich Mertens, München 1983.

³⁸ Hier stellvertretend zu nennen sind folgende Veröffentlichungen: Woods, Roger: The conservative revolution in the Weimar Republic, London 2006; Reidegeld, Eckart: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, Bd.1: Von den Ursprüngen bis zum Untergang des Kaiserreichs 1918, Wiesbaden 2006; Graf, Rüdiger: Die Zukunft der Weimarer Republik, Krisen und Zukunftsaneignung in Deutschland 1918-1933, München 2008; Grunewald, Michel & Uwe Puschner: Das katholische Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1871-1963), Bern 2006.

³⁹ Petzinna, Berthold: Erziehung zum deutschen Lebensstil. Ursprung und Entwicklung des jungkonservativen „Ring“- Kreises 1918-1933, Berlin 2000.

Kraus, die sich beide mit der Erforschung der publizistischen Netzwerke des konservativen Lagers befassen.⁴⁰

Gerade in den letzten drei Jahren hat sich die Forschung um den Jungkonservatismus nochmals entscheidend vertieft. So erschien 2010 die von André Schlüter herausgegebene Biographie über „Arthur Moeller van den Bruck: Leben und Werk“, 2011 das bereits erwähnte Buch von Claudia Kemper über „Das Gewissen“ und 2012 die Publikation von Volker Weiß, der unter dem Titel „Moderne Antimoderne“ auf die Entwicklung des revolutionären Konservatismus als Gegenspieler zur Moderne eingeht und diese symbolisch durch die Darstellung Arthur Moeller van den Brucks widerspiegelt.⁴¹ 2014 ist die Dissertation von André Postert erschienen, die nicht nur Aufschluss über die Netzwerkstrukturen der Jungkonservativen gibt, sondern auch erstmals ausführlich die Beziehung der Jungkonservativen zum Nationalsozialismus beleuchtet.⁴²

⁴⁰ Schmitz, Walter & Clemens Vollnhals: Völkische Bewegung, Konservative Revolution, Nationalsozialismus, Aspekte einer politischen Kultur, Dresden 2005; Gossler, Ascan: Publizistik und konservative Revolution, Münster 2001; Kraus, Hans-Christof: Konservative Zeitschriften zwischen Kaiserreich und Diktatur, fünf Fallstudien, Berlin 2003.

⁴¹ Schlüter, André: Arthur Moeller van den Bruck: Leben und Werk, Köln 2010; Kemper, Claudia: Das "Gewissen" 1919-1925 : Kommunikation und Vernetzung der Jungkonservativen, München 2011; Weiss, Volker: Moderne Antimoderne. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus, Paderborn 2012.

⁴² Postert, André: Von der Kritik der Parteien zur außerparlamentarischen Fundamentalopposition. Die jungkonservative Klub-Bewegung in der Weimarer Republik und ihre Auflösung im Nationalsozialismus, Baden-Baden 2014.

1. Heinz Brauweiler und die Zentrumspartei

Heinz Brauweiler wurde 1885 als Sohn des katholischen, königlichen Oberlandvermessers Georg Wilhelm Josef Brauweiler und dessen Ehefrau Christine, geborene Holm, in Mönchengladbach geboren.⁴³ Nach dem Studium der Juristerei in Bonn, der Ablegung der Ersten Juristischen Prüfung 1906 in Köln und anschließender Promotion in Erlangen zum Thema „Der Vermögensbegriff im Privat- und Strafrecht“ wurde Brauweiler für die Zentrumspresse tätig und übernahm zwischen 1908 und 1920 Hauptschriftleiterpositionen bei verschiedenen Zeitungen.⁴⁴ Die Zentrumspresse galt als elementar für den Zusammenhalt im katholischen Milieu und konnte bereits auf eine lange Tradition zurückblicken. So erschien die Zeitschrift *Der Katholik* schon 1821, die *historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland* ab 1838. Während der Zeit des Kulturkampfes verdreifachte sich die Zahl der katholischen Zeitungen von 126 im Jahr 1870 auf 446 im Jahr 1912, wobei der überwiegende Teil katholischer Druckerzeugnisse im Rheinland entstand.⁴⁵

Nach Ablegung der ersten juristischen Prüfung wählte der mittlerweile promovierte Brauweiler den Beruf des Hauptschriftleiters und begann seine journalistische Arbeit beim *Wuppertaler Volksblatt*. Außerdem war er für die *Centrums-Parlaments-Correspondenz* (kurz: *CPC*) tätig, für die er ab 1908 als erster politischer Mitarbeiter im Berliner Büro angestellt wurde.⁴⁶ 1911 bekam Brauweiler den Chefredakteursposten der *Westdeutschen Volkszeitung* in Hagen, bevor er im September 1913 schließlich die Redaktion des *Düsseldorfer Tageblatts* übernahm, das er bis 1920 leiten sollte. Das *Düsseldorfer Tageblatt* war im rheinisch-westfälischen Raum eines der einflussreichsten publizistischen Organe der Zentrumspartei. Erschienen war es erstmalig am 6. Oktober 1867 unter dem Namen *Düsseldorfer Sonntagsblatt* unter der Führung des Kaplans Franz August Münzenberger. 1871 umbenannt in *Düsseldorfer Volksblatt* entwickelte sich die zuvor dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung um die Jahrhundertwende schließlich zu einer Tageszeitung mit einer Auflage von bis zu 10.000 Exemplaren täglich. Seit dem 15. Juni 1904 erschien die Zeitung schließlich unter der Bezeichnung *Düsseldorfer Tageblatt* mit einer Spitzenaufgabe von bis zu 24.000 Ausgaben.⁴⁷

⁴³ Heinz Brauweiler: Heinrich Josef Brauweiler, am 1.1.1885 in Mönchengladbach geboren, Umzug am 29.9.1913 von Hagen nach Düsseldorf; 13.4.1915: Belgienpass; 17.10.1925: abgemeldet nach Berlin, verheiratet mit Christine geb. Quester, 1. Kind: 21.8.1909 Maria, Steglitz, 2. Kind: 13.8.1911 Helen, Hagen, 3. Kind: 25.8.1912 Hildegard, Hagen, 4. Kind: 17.2.1914, Karl-Heinz, Düsseldorf, 5. Kind: Josephine 20.4.1916 Düsseldorf. S. hierzu die im Nachlass hinterlegte Personenbeschreibung Brauweilers im Stadtarchiv Mönchengladbach sowie seinen kurzen Lebenslauf. Lebenslauf des Dr. jur. Heinz Brauweiler, ohne Datum, StMG, NI Brauweiler, 15/13/166.

⁴⁴ Brauweiler, Heinz: *Der Vermögensbegriff im Privat- und Strafrecht*, Erlangen 1910.

⁴⁵ Nipperdey, Thomas: *Religion im Umbruch, Deutschland 1870-1918*, München 1988, S. 30.

⁴⁶ Die CPC war der erste politische Nachrichtendienst des Zentrums, der vertrauliche politische Nachrichten an die zentrumsinternen Zeitungen und Zeitschriften herausgab. S. Heinen, Ernst: *Zentrumspresse und Kriegszieldiskussion*, Köln 1962, S. 16.

⁴⁷ 1930 wurde das *Düsseldorfer Tageblatt* schließlich an den Pötz-Konzern der Vereinigten Niederrheinischen Zeitungen verkauft. Stump, Wolfgang: *Geschichte und Organisation der Zentrumspartei in Düsseldorf*, Düsseldorf 1971, S. 105.

Brauweilers Verbundenheit zum Katholizismus und dessen politischer Vertretung, der Zentrumspartei, resultierte vordergründig aus seiner Überzeugung, nur im politischen Katholizismus die Basis einer konservativ geprägten Gesellschaftsordnung finden zu können. Diese Überlegung wurde sowohl vor dem Hintergrund der sich zunehmend politisierenden Gesellschaft als auch den Auswirkungen des Kulturkampfes zu einer immer wichtigeren Grundsatzformel. Zwar zählte Brauweiler nicht zu jener Generation von Katholiken, die den Kulturkampf aktiv miterlebt hatte, das daraus hervorgehende, mangelnde Einigkeitsbewusstsein unter den Katholiken und deren anhaltende parteipolitische Schwächung standen seinem Wunsch nach einer Stärkung des Katholizismus jedoch diametral entgegen. Seine Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten als Journalist wollte er deshalb für eine einheitlichere Ausrichtung des Katholizismus nutzen.

1.1 Brauweilers politische Sozialisation im Zentrumsstreit

Der Kulturkampf wurde seitens der deutschen Regierung unter Bismarck gegen die katholische Kirche unter Papst Pius IX. geführt. Ziel Bismarcks war es, eine gesetzlich verankerte Trennung von Kirche und Staat zu etablieren und den Primat der Kirche zu beenden.⁴⁸ Obwohl der Kulturkampf 1878 durch Papst Leo XIII. formal beendet wurde, blieben die Katholiken gesellschaftlich isoliert. Dies fiel vor allem durch die nach wie vor bestehende Inferiorität im Bereich Bildung und gesellschaftlicher Stellung auf.⁴⁹ So stellten die Katholiken im Jahr 1911/12 nur 27,5 % aller reichsdeutschen Studenten und gerade mal ein Fünftel der höheren Beamten.⁵⁰

Auf diese Entwicklung setzte im katholischen Lager mit der 1870 gegründeten Zentrumspartei schließlich eine deutliche Politisierung ein, die sich nicht nur gegen den, den Staat beherrschenden Liberalismus richtete, sondern auch die kirchlichen Rechte und Freiheiten sichern wollte. Des Weiteren entwickelte sich ein ausgeprägtes, katholisches Verbandswesen, das die „organisierte Geltendmachung der katholischen Lebensbereiche“ auf gesellschaftlicher und sozialer Ebene forderte.⁵¹ In Anbetracht der Tatsache, dass es 1914 allein 1.270 katholische Gesellenvereine gab, die Arbeitervereine 513.000 Mitglieder zählten und der Volksverein für das katholische Deutschland, der als Dachverband der Katholiken galt, bis 1914 800.000

⁴⁸ Beispiele für die im Kulturkampf erlassenen Gesetze waren das 1871 erlassene Gesetz zur „Aufhebung der katholischen Abteilung im Preußischen Kultusministerium“, die 1872 erfolgte „Beseitigung der Schulaufsichtsgesetze“ oder das 1878 folgende „Verbot der Tätigkeit des Jesuitenordens“. Die 1873 erlassenen „Maigesetze“ forderten schließlich eine totale Beschränkung des kirchlichen Einflusses, z.B.: durch die Vorschreibung der Zivilehe.

⁴⁹ Loth, Wilfried: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984, S.18.

⁵⁰ S. Hürten, Heinz: Deutsche Katholiken 1918-1945, Paderborn 1992, S. 16/17. Die letzte Volkszählung vor dem Krieg 1910 ergab, dass 36,39 % der Bevölkerung katholisch waren. Ihnen gegenüber standen 61,59 % Protestanten. Hürten, 1992, S. 13.

⁵¹ Clemens, 1983, S. 9/10; Ritter, Emil: Der Weg des politischen Katholizismus in Deutschland, Breslau 1934, S. 285.

Mitglieder vorweisen konnte, verdeutlichte die Entwicklung hin zu einem Verbandskatholizismus.⁵²

Mit der hier angesprochenen Politisierung verband sich eine stärkere Rückbesinnung auf die Werte des Katholizismus. Diese Entwicklung wollte Brauweiler dafür nutzen, den Stellenwert der Katholiken in der deutschen Gesellschaft zu stärken und diese zu einem gleichwertigen und festen Bestandteil einer deutschen Volksgemeinschaft zu machen.⁵³

Die Volksgemeinschaft war ein in den Diskursen des Kaiserreichs entwickeltes gesellschaftspolitisches Ideal, mit dem den anhaltenden sozialen und politischen Konflikten eine verbindende und einheitsstiftende Kraft gegenüber gestellt werden sollte. Maßgeblich geprägt wurde der Begriff durch das 1887 von Ferdinand Tönnies veröffentlichte Werk „Gemeinschaft und Gesellschaft“, das beide Begriffe erstmalig voneinander getrennt betrachtete. Galt die Gemeinschaft hier vor allem als Kollektiv, in dem der Einzelne als Teil des großen Ganzen gesehen wurde und sich am übergeordneten Gemeinschaftswillen orientierte, beschrieb der Begriff Gesellschaft eine stärkere Orientierung am Einzelwillen und weniger am Gemeinwohl.⁵⁴ War die Verwendung des Begriffs Volksgemeinschaft zu jenem Zeitpunkt noch weitgehend politisch neutral, wurde er im Zuge des aus Sicht vieler Zeitgenossen fehlenden Nationalgefühls und mit Beginn des Ersten Weltkriegs immer stärker für politische Zielsetzungen instrumentalisiert. Für Brauweiler entwickelte er sich zunehmend zu einer Umschreibung für die Eingliederung der Katholiken in das Volksganze – ein Schritt, der aus Sicht Brauweilers nicht nur eine umfassende Erneuerungsbewegung des Katholizismus, sondern auch eine Öffnung des katholischen Lagers voraussetzte. Seiner Meinung nach reichte es nicht mehr aus, sich einzig und allein auf das katholische Glaubensbekenntnis zu verlassen. Vielmehr trat er dafür ein, den Anschluss an die modernen Verhältnisse zu finden und sich stärker in die Gemeinschaft einzuordnen; eine Aufgabe, für die die katholische Kirche hinsichtlich „ihrer Praxis und ihrer Seelenführung“ jedoch noch nicht die richtigen Methoden gefunden zu haben schien.⁵⁵ Nur wenn es gelänge, den Katholizismus von seiner Kirchentreu abzubringen und stattdessen stärker für die modernen Bedürfnisse in kultureller, ökonomischer

⁵² Nipperdey, Thomas: Religion im Umbruch, Deutschland 1870-1918, München 1988, S. 25. Die Verbände bestimmten die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse gerade während des Kaiserreichs entscheidend mit, stellten sie doch eine „halb-politische Organisation des Volkes“ dar, „die quer zu einer Aufteilung nach Parteien stand“, mit denen sie in immer größere Konkurrenz traten. S. Nipperdey, Thomas: Interessenverbände und Parteien in Deutschland, in: Wehler, Hans-Ulrich: Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1968, S. 375.

⁵³ S. Birke, Adolf M.: Nation und Konfession. Varianten des politischen Katholizismus im Europa des 19. Jahrhunderts in: Historisches Jahrbuch, Nr. 116, 1996, Freiburg/München, S. 396.

⁵⁴ Tönnies, Ferdinand: Gemeinschaft und Gesellschaft, Abhandlungen des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturform, Leipzig 1887.

⁵⁵ Vortrag, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

und politischer Hinsicht zu öffnen, hielt Brauweiler die Nationalisierung der Katholiken und damit deren erfolgreiche und unumstößliche Integration in die Gesellschaft für möglich.

Mit dieser weniger politischen als vielmehr ideellen Motivation gehörte Brauweiler in das Lager der Reformkatholiken, die durch eine Öffnung dem Katholizismus den Anschluss an die moderne Zeit erleichtern und die Katholiken als gleichwertige Staatsbürger in die preußisch-protestantisch dominierte Gesellschaft eingliedern wollten. Brauweilers Nähe zur Zeitschrift *Hochland*, deren Herausgeber Carl Muth ebenfalls zu den überzeugten Reformkatholiken zählte, unterstützte diese Zielsetzung.⁵⁶ Den geforderten Anschluss an die Moderne setzte Brauweiler jedoch keinesfalls mit Demokratisierung gleich – wie das beispielsweise für Zentrumspolitiker wie Matthias Erzberger zutraf, der sich 1909 für ein Zusammengehen mit den Liberalen und für eine weitgehende Parlamentarisierung der Reichsverfassung aussprach.⁵⁷ Brauweiler, der trotz aller Reformorientierung konservativer Dogmatiker blieb, versuchte sich zwar offen gegenüber modernen Einflüssen zu zeigen, gleichzeitig hielt er aber strikt an der Vorstellung eines christlich-konservativ geprägten Staatsaufbaus fest.

In Zusammenhang mit der Frage nach der zukünftigen Entwicklung des politischen Katholizismus wurde Brauweiler gleich zu Beginn seiner journalistischen Laufbahn Teil jenes Konflikts innerhalb des katholischen Milieus, der als Zentrumsstreit bezeichnet und von Zeitgenossen als die „größte Krise“ titulierte wurde, die der „Katholizismus je gesehen hatte.“⁵⁸ Der Zentrumsstreit ereignete sich in Folge der von Papst Pius X. angeregten „Integralismusdebatte“, die als Gegenbewegung zum Reformkatholizismus fungierte. Der Reformkatholizismus forderte eine nationalere Haltung der Katholiken und eine gelockerte Bindung an die Glaubenslehren.⁵⁹ Da die Integralen hierdurch eine zu starke Modernisierung und kirchliche Untreue befürchteten, bildete sich bereits um die Jahrhundertwende eine Gegenbewegung um Papst Pius X., die seitens der römischen Kurie unterstützt wurde. Für Pius waren die Modernisten die zügellosen und willkürlich handelnden Erben der Reformatoren des 16. Jahrhunderts, denen am Glauben nur wenig gelegen war und die stattdessen alles in Unordnung brachten. Mit der Veröffentlichung der *Pascendi dominici gregis* (1907) und dem *Antimodernisteneid* (1910) verschärfte sich der Gegensatz zwischen Integralisten und Reformkatholiken merklich und mündete schließlich in einen langatmigen Konflikt, der vor

⁵⁶ Zum Thema Reformkatholizismus s. Ferber, Walter: Deutsche Reformkatholiken, Sachseln, 1980 oder Nipperdey, Thomas: Religion im Umbruch zur Moderne 1870-1918, München 1988.

⁵⁷ Clemens, 1983, S. 43.

⁵⁸ Emgert, Theodor: „Die Krisis im deutschen Katholizismus“, in: Der Tag, Nr. 203, 31.8.1909.

⁵⁹ Auch wenn der Zentrumsstreit bereits 1909 durch die Erklärung der Partei, sich zu einem politischen, nichtkonfessionellen Charakter zu bekennen, formell geschlichtet war, sollten die Auseinandersetzungen bis zum Kriegsbeginn 1914 anhalten.

allem in Deutschland scharf geführt wurde und deren „Protagonist“ die katholische Zentrumspartei war.⁶⁰

Für die neue Polarisierung machte Brauweiler den mangelnden Rückhalt in einer „homogenen, berufsständischen Wählerschaft“ verantwortlich. Während sich die Sozialdemokraten auf die Arbeiter oder die Freikonservativen auf das Industriebürgertum als Stammwählerschaft berufen konnten, war das Zentrum auf ein „anderes Gemeinschaftsband angewiesen: nämlich auf das kirchenpolitische Bekenntnis“ anstelle einer interessengeleiteten Programmatik.⁶¹ Diese Tatsache implizierte ein rein taktisch und nicht grundsätzlich orientiertes Vorgehen im Sinne einer Politik des Ausgleichs zwischen den divergierenden Interessen. Hatte die Religion während des Kulturkampfes noch ausgereicht, um den Zusammenhalt der Katholiken zu garantieren und die Interessendivergenzen auszugleichen, reichte die hiervon ausgehende Integrationskraft mittlerweile jedoch nicht mehr aus, um die abnehmende Kirchlichkeit und die durch die Industrialisierung bedingte Klassenbildung aufzuhalten.⁶² Für Brauweiler kristallisierte sich hierdurch ein anhaltender Erosionsprozess innerhalb des katholischen Milieus heraus, der durch die abnehmenden Wählerstimmen für das Zentrum bestätigt wurde.⁶³ Die schwindenden Wählerstimmen führten schließlich zu besagtem Zentrumsstreit über den weltanschaulichen und politischen Charakter der Partei und der damit zusammenhängenden Frage, ob man sich weiterhin als katholische Partei profilieren oder in Anbetracht sinkender Mitgliederzahlen stärker in Richtung einer konfessionsübergreifenden, christlichen Volkspartei entwickeln sollte.⁶⁴

An dieser Frage schieden sich die Geister, und es kam zur Herausbildung zweier gegensätzlicher Positionen.⁶⁵ Julius Bachem, der Chefredakteur der *Kölnischen Volkszeitung* wurde dabei zum Sprachrohr der sogenannten „Kölner Richtung“.⁶⁶ Diese stand sowohl für eine konfessionelle Zusammenarbeit mit den Protestanten als auch für die Überwindung der Verteidigungsstellung des Zentrums und der damit einhergehenden Aufgabe des katholischen Festungscharakters. Statt sich auf den Katholizismus festzulegen, sollte mit einer allgemein-

⁶⁰ Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Bd.7, Aalen, 1968, S. 180/81.

⁶¹ Brauweiler, Heinz: „Das Zentrum nach dem Krieg“, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/164.

⁶² Hehl, Ullrich: „Die Zentrumspartei und ihr Weg vom Reichsfeind zur parlamentarischen Schlüsselstellung im Kaiserreich und der Republik“, in: Dunk, Hermann Walther: Auf dem Weg zum modernen Parteienstaat, zur Entstehung, Organisation und Struktur politischer Parteien in Deutschland und den Niederlanden, Melsungen 1986, S. 97f.

⁶³ In den 1870er Jahren hatten noch 80 % der Katholiken für das Zentrum gestimmt. Diese Zahl sollte bis 1912 auf 60 % und während der Weimarer Republik sogar auf unter 50 % absinken. S. Lepsius, Rainer, M.: „Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft“, in: Ritter, Gerhard (Hrsg.): Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 69.

⁶⁴ Hatte es das Zentrum bei den Reichstagswahlen 1874 noch auf eine Gesamtstimmenzahl von 28 % geschafft, sank der Stimmenanteil bis zu den Wahlen 1912 auf 16,4 %. Im Zuge dieser Wahl verlor das Zentrum die Position der stärksten Fraktion an die Sozialdemokraten.

⁶⁵ Gemeint sind hierbei die Kölner und die Trierer Richtung. Daneben gab es auch noch eine dritte Richtung, die „von den Intellektuellen des akademischen Neuzentrums“ gebildet wurde und wesentlich determinierter als die Kölner Richtung auftrat.

⁶⁶ Gemeinsam mit Bachem agierten hier auch der Mitbegründer des Volksvereins für das katholische Deutschland Franz Hitze und dessen Mitarbeiter August Pieper.

christlichen Parteibasis der Brückenschlag zwischen Protestanten und Katholiken erreicht werden und die Partei für beide Konfessionen zugänglich sein. In seinem programmatischen Artikel „Heraus aus dem Turm“ forderte Bachem die Katholiken dazu auf, ihre bis dato aufrechterhaltene Verschlossenheit aufzugeben und sich gegenüber anderen politischen Einflüssen zu öffnen, um politisch erfolgreich zu bleiben und langfristig mobilisieren zu können.⁶⁷ Statt sich weiterhin im „Turm zu verbarrikadieren“, sollten „wir uns vor demselben aufpflanzen und in immer weiterem Umkreis mit den Mitteln, welche die Gegenwart uns in die Hand gibt, für das Programm der politischen Zentrumspartei eintreten.“⁶⁸ Die programmatische Schwerpunktveränderung weg vom konfessionellen hin zum politischen (nationalen) stand hierbei politisch-praktisch für die Gegenwehr gegen den revisionistischen und intransigenten Kurs des ultramontanen Zentrums lagers, das in der Kölner Richtung eine Verletzung der katholischen Glaubensgrundsätze sah.

Unter Führung des Trierer Abgeordneten Hermann Roeren und Hans Georg Graf von Oppersdorff bildete sich als Gegenpol zu Köln die Trierer Richtung, die sich zum Integralismus Pius X. bekannte und sich gegen jegliche Modernisierungstendenzen des Katholizismus aussprach. Auf Ebene der politischen Vertretung war hiermit vor allem auch die Öffnung gegenüber nicht-katholischen Einflüssen ausgeschlossen, die Roeren durch die Festlegung auf eine Interessenvertretung im Einklang mit der katholischen Weltanschauung kategorisch blockierte.⁶⁹

Für Brauweiler repräsentierten die antimodernistischen Positionen der Trierer Richtung die bisweilen problematische Stellung des katholischen Volksteils in der deutschen Nation. In Anlehnung an die Kölner Richtung sprach er sich deshalb deutlich für eine politische Modernisierung des Katholizismus aus, dessen Vertreter sich nicht mehr länger zum eigenen „Gefangenen im konfessionellen Turm“ machen, sondern sich stattdessen für die verschiedenen politischen und vor allem auch konfessionellen Ansichten der unterschiedlichen Milieus öffnen sollten.⁷⁰

⁶⁷ In der Kölnischen Volkszeitung lässt sich eine Vielzahl an Artikeln finden, die für eine Modernisierung des Katholizismus eintraten. So z.B.: „Zu welchem Zweck?“, Nr. 643, 1.8.1909; „Politik und Konfession“, Nr. 635, 29.7. 1909 oder „Sprengpulver für das Zentrum“, Nr. 629, 27.7.1909.

⁶⁸ Bachem, Karl: „Wir müssen aus dem Turm heraus“, in: Historisch-Politische Blätter für das katholische Deutschland, Nr.137, 1.3.1906.

⁶⁹ Abg. Roeren: Zuschrift an die Kölnische Volkszeitung, zur Erklärung der Motive des Vorgehens bei der Osterdienstagsversammlung, in: Kölnische Volkszeitung, Nr. 635, 29.7.1909. Bei der sogenannten Koblenzer Konferenz Anfang August 1909, bei der Vertreter sowohl der Kölner als auch Trierer Richtung versammelt waren, wurde schließlich eine Resolution beschlossen, deren wesentlichster Punkt die Zurückweisung des Vorwurfs war, dass man aus dem Zentrum eine einseitig konfessionelle Partei machen wolle. „Nach Annahme der Resolution verließen die Versammlungsteilnehmer der Kölner Richtung sofort den Saal.“ „Koblenz Tagung“, in: Trierische Landeszeitung Nr. 180, 10.8.1909. Seitens der Kölner Richtung sollte die Koblenzer Konferenz eine Lawine der Entrüstung lostreten, die sich im Folgenden vom Boden der Kölnischen Volkszeitung vornehmlich gegen die Reichstagsabgeordneten Roeren und Bitter richtete.

⁷⁰ In Anlehnung an: Bachem, Karl: „Wir müssen aus dem Turm heraus“, in: Historisch-Politische Blätter für das katholische Deutschland, Nr. 137, 1.3.1906.

Zwar stand auch für Brauweiler fest, dass jeder Katholik seine politische Arbeit im Einklang mit der katholischen Weltanschauung machen müsse, dies durfte aber nicht bedeuten, dass eine christliche Weltanschauung im politischen Sinne nicht möglich sei. In diesem Zusammenhang vertrat er eine ähnliche Meinung wie der „Moral-Theologe“ und das Zentrumsparteimitglied Professor Joseph Mausbach, der sich in seinem Buch „Die katholische Moral und ihre Gegner“ dafür aussprach, dass das Wort „christlich“ bei einer für Katholiken und Protestanten gemeinsamen Tätigkeit im öffentlichen Leben beizubehalten sei und „dabei die wirklich vorhandene Übereinstimmung in christlichen Glaubens- und Sittenlehren, wie wir sie vor allem zwischen Katholiken und positiven Protestanten freudig antreffen“, bejaht werden müsse.⁷¹ Brauweiler bezeichnete eine solche Entwicklung als Gewinn für das Ansehen des Christentums, da die Weltanschauung zwar als ein Motiv für die Gründung einer Partei und den Beitritt zu ihr gesehen werden könne, „niemals aber als wesensbestimmend“.⁷²

Für die kommende Arbeit des Zentrums bedeutete das, dass ein konfessioneller Einschlag zwar vorhanden bleiben, gleichzeitig jedoch daran festgehalten werden sollte, dass das Zentrum auf der Grundlage des geltenden Staatswesens gebildet worden war, was für Brauweiler die einzige parteiliche Existenzberechtigung darstellte. In dem Artikel „Ein offenes Wort zur Lage“ vom Oktober 1910 machte er seine Haltung nochmals deutlich.⁷³ Hier schrieb er, dass „das Zentrum zwar eine Partei der Katholiken“ sei, also eine katholische Partei, dabei jedoch ganz auf dem Boden des modernen Staatslebens stehe und somit von vornherein dazu verpflichtet sei, „nicht nur Katholiken in seinen Reihen aufzunehmen, sondern auch Protestanten“.⁷⁴ Statt der von den Integralen erhobenen Forderung einer Priorität auf der Vertretung christlicher Glaubensansätze und der Betonung der Geschlossenheit des Katholizismus, propagierte Brauweiler das Primat der Nation. Die überkonfessionelle Gemeinwohlorientierung stand für ihn dabei im Vordergrund einer jeden politischen Tätigkeit und war von daher auch für jeden Menschen, egal welcher Partei oder Konfession er angehörte, auszuführen.⁷⁵

In diesem Zusammenhang plädierte Brauweiler dafür, die „vergiftende Zwietracht“ des Zentrumsstreits, der immer breitere Furchen in das katholische Lager geschlagen hatte, durch die Öffnung begrenzter Wertehorizonte und durch die Arbeit im Sinne eines gemeinschaftlichen nationalen Gedankens zu beenden. Einen aus der Beharrung auf die eigene

⁷¹ Mausbach, Joseph: Die katholische Moral und ihre Gegner, Köln 1921.

⁷² „Ein offenes Wort zur Lage von einem deutschen Katholiken“, 22 & 23.10.1910, StMG, NI Brauweiler, 15/13/173.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Diese Meinung vertrat auch Martin Spahn, der Sohn des Zentrumsabgeordneten Peter Spahn, der ebenso für ein gemeinschaftliches Auftreten eintrat, vgl. ebd.

⁷⁵ „Ein offenes Wort zur Lage von einem deutschen Katholiken“, 22 & 23.10.1910, StMG, NI Brauweiler, 15/13/173.

Interessenvertretung entstandenen „Luxus“ könne sich Deutschland nicht leisten.⁷⁶ Gleichzeitig rief er zu einem entschiedenen Vorgehen gegen „Quertreiber“ auf, die „allesamt nur rumnörgeln aber keine praktische Arbeit leisten“ und eher die Auflösung des Zentrums hinzunehmen gewillt seien, als sich in den Dienst weltlicher Fragen zu stellen.⁷⁷

Zu diesen „Quertreibern“ zählte Brauweiler neben Oppersdorff und Roeren auch den Priester und Kirchenhistoriker Umberto Benigni, der einer der entschiedensten Antimodernisten war und sich zum spiritus rector der integralen Bewegung entwickelte.⁷⁸ Von Rom aus betrachtete Benigni die deutschen Modernisierungsbestrebungen mehr als kritisch und ging schließlich dazu über, einen konspirativen Gegenschlag gegen die tief sitzende „modernistische Krisis in Deutschland“ und die „Antiklerikalisierung der deutschen Katholiken“ vorzubereiten.⁷⁹ Hierfür konnte er auf ein breites Netzwerk aus Priestern und Laien zurückgreifen, die ihn bei der Aufdeckung modernismusverdächtiger Machenschaften bereitwillig unterstützten – so auch Oppersdorff, dem hier jedoch lediglich die Funktion eines „unwissenden Werkzeugs“ zukam.⁸⁰

Brauweiler entwickelte sich zukünftig zu einem entschiedenen Gegenspieler Benignis.⁸¹ Er recherchierte in den Geheimberichten der *Agence Internationale Roma* und stieß dabei nicht nur auf persönliche Aktenstücke Benignis, sondern auch auf schriftlich festgehaltene Unterredungen des verstorbenen Kardinal Kopp mit Graf Oppersdorff, die äußerst aufschlussreich hinsichtlich der Nachverfolgung integralistischer Ansätze in Deutschland waren. Die Ergebnisse seiner Rechercharbeiten, bei denen ihm u.a. ein befreundeter Geistlicher aus Düsseldorf, Rektor Hubertus Hoener half, veröffentlichte Brauweiler ab 1914 im *Düsseldorfer Tageblatt*.⁸²

⁷⁶ Brauweiler, Heinz: „Gracchi de seditione querentes“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 319, 19.11.1913, StMG, NI Brauweiler, 15/13/90. Ähnlich appellierte hier auch der Vorstand des Augustinusvereins, bestehend aus Eduard Huesgen, Lambert Lensing und Paul Weilbacher, die nach außen hin „den leisesten Schein“ des Bruches der „vollen Geschlossenheit“ des deutschen Katholiken verhindern wollten und alle dem Augustinus Verein angeschlossenen Blätter aufforderten, „in der gegenwärtigen politisch so bewegten Zeit [...] verwirrende Auslassungen“ in der Presse ganz zu unterbinden. S. General Sekretariat des Augustinus Vereins, 15.6.1909, StMG, NI Brauweiler, StMG 15/13/9.

⁷⁷ „Die Krise im Zentrum“, in: *Kölnische Volkszeitung*, Nr. 345, 27.8.1911.

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Bachem, 1968, S. 316; Benigni, Umberto: „Hommes et choses de l'Allemagne“, Ende September 1911.

⁸⁰ „Vorweg ist zu bemerken; wenn an der internationalen Organisation, die unter dem Namen der integralen Bewegung auftrat, auch einzelne deutsche Katholiken beteiligt waren, so darf es als sicher erachtet werden, daß diese für die politischen Ziele derselben nur als unwissendes Werkzeug tätig waren (Kardinal Kopp, Graf Oppersdorff, Geheimrat Roeren)“, S. Abschrift Betreff: integrale Bewegung, Expose für Herrn von der Lancken (Chef der politischen Abteilung bei dem Generalgouverneur in Belgien), Ende April 1915, StMG, NI Brauweiler, StMG, 15/13/37-38.

⁸¹ Die schärfste Anklage gegen das Treiben Benignis kam von Erzbischof Mignot von Albi, der Benigni als „Großmeister dieser Demoralisierungskampagne“ bezeichnete. Bachem, 1968, S. 302.

⁸² Hierzu zählen die Veröffentlichungen der Indizierung Wackers, des badischen Zentrumsführers und der Hirtenbrief des Bischofs Archi von Como, sowie Brauweilers Artikel vom 11.6.1914, 25.2.1914 und 14.7.1914 im *Düsseldorfer Tageblatt*. Diesbezügliche Berichterstattung findet sich auch in der *Münchener Allgemeinen Zeitung*, der *Täglichen Rundschau* und der *Süddeutschen Conservativen Correspondenz*. Sekundärliteratur zu diesem Thema findet man u.a. bei: Viviano, B.T: Book reviews: Modernismus und Antimodernismus im Dominikanerorden. Zugleich ein Beitrag zum 'Sodalitium Pianum' (Quellen und Studien zur neueren Theologiegeschichte 2) by Otto Weiss, Regensburg 1998; oder auch Wolf, Huber: „In wilder zügelloser Jagd nach Neuem“: 100 Jahre Modernismus und Antimodernismus in der katholischen Kirche, München 2009.

1.2 Exkurs: Die „Benigni Affäre“

Umberto Benigni war unter der Regentschaft Pius' X. als Untersekretär der „Kongregation für die außerordentlichen Angelegenheiten der Kirche“ zuständig und galt als entschiedener Reformismusgegner.⁸³ Über den Privatsekretär Pius', Monsignore Gianbattista, schaffte Benigni es sogar, Einfluss auf den Papst zu nehmen und diesen in seiner antimodernistischen Einstellung zu bestärken.⁸⁴ Seine unmittelbare Nähe zur Kurie und seine einflussreiche Stellung nutzte er für die 1909 erfolgte Gründung der „Sodalitium Pianum“ – eine Organisation, deren Sinn und Zweck darin bestand, sämtliche modernistischen Verschwörungen und Netzwerke zu denunzieren und aufzulösen. Sie glich einer Art Geheimbund, bestehend aus etwa 50 Priestern, die zum Großteil aus dem französischen Katholizismus stammten.

Benigni galt nicht nur als organisatorischer Kopf des Integralismus, er erarbeitete auch eine Programmatik für die integrale Bewegung, von der jedoch „nicht ein Wort öffentlich gesprochen“ werden sollte.⁸⁵ Unter anderem hieß es hierin, dass man „ganz und gar gegen den Interkonfessionalismus, den religiösen Neutralismus und Minimalismus in der katholischen Organisation“ sei und überhaupt gegen alles, „was gegen die Lehre, die Überlieferung, die Disziplin und das Empfinden der integralen römischen Katholiken“ verstoße.⁸⁶ Den „Hauptherd des religiösen Modernismus“ sah Benigni in Deutschland und hier vor allem ausgehend von Leuten wie dem Historiker und Journalisten Hermann Cardauns, dem Gründer der Monatsschrift *Hochland* Carl Muth, Pfarrer Johannes Mumbauer, dem Hochschulprofessor Martin Spahn oder dem Zentrumsolitiker Julius Bachem.⁸⁷ Ihnen warf er vor, eine „neuprotestantische, modernistische, antipapistische“ Linksrichtung zu vertreten.⁸⁸ Die Bedeutung dieses, nach dem vermeintlichen Urheber der Linksrichtung, Carl Bachem, benannten „Bachemismus“ wird deutlich, wenn man die von Benigni 1911 veröffentlichte *Facta lonquntur* betrachtet. Hier hieß es, dass der „Bachemismus“ nicht nur auf den größten Teil des Episkopats, den Klerus, die Vereine, die Presse (hier neben der *Kölnischen Volkszeitung* vor allem auch das *Düsseldorfer Tageblatt*) und das Zentrum übergegangen sei, sondern auch auf die „sogenannten katholischen Universitäten München und Würzburg und das deutsche Milieu

⁸³ Eine vollständige Biographie Umberto Benignis steht aus. Einige biographische Angaben lassen sich der Seite „Katholisches. Info“ entnehmen, dem Magazin für Kirche und Kultur. Nardi, Guiseppo: „Msgr. Umberto Benigni und der antimodernistische Kampf des Sodalitium Pianum, auf: www.Katholisches.info/.../msgr-umberto, 12.März 2014, Zugriff erfolgt am 11.12.2014.

⁸⁴ Weiß, Otto: „Der katholische Modernismus. Begriff – Selbstverständnis – Ausprägung – Weiterwirken, in: Wolf, Hubert: Antimodernismus und Modernismus in der katholischen Kirche, München 1998, S. 107-140.

⁸⁵ Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei, Bd. VII, Aalen 1968, S. 311.

⁸⁶ Aus der Korrespondenz des Msgr. Benigni und anderen Integralen mit dem Advokaten Jonckx in Gent.

⁸⁷ Das Hochland war eine monatlich erscheinende katholische Zeitschrift, die 1903 von Carl Muth gegründet und von 1903 bis 1932 und 1935-1939 unter dessen Hauptschriftleitung herausgegeben werden sollte.

⁸⁸ Götz, Roland: „Charlotte im Tannenwald“ in: Weitlauff, Michael & Peter Neuner: Für euch Bischof - mit euch Christ. Festschrift für Friedrich Kardinal Wetter zum siebzigsten Geburtstag, St. Ottilien 1998. Neben den oben genannten zählte Benigni auch Peter Hertling, Adolf Gröber, Wilhelm Marx, Franz Xaver Schädler und Peter Spahn zu den Vertretern der Kölner Richtung. Hermann Roeren, Fleischer, Graf Oppersdorff, Georg Heim und „wohl auch Erzberger“ stattdessen zu den „im katholischen Sinne denkenden und handelnden“.

der Universität Freiburg“.⁸⁹ Da es in „Deutschland keine organisierte, katholische Verteidigung gegen die innere Gefahr“ gäbe, oblag es folglich den Mitgliedern der „Sodalitium Pianum“, alle Theologen, Priester oder Politiker, die im Verdacht des Modernismus standen, zu beobachten und im Zweifelsfall bei der Kurie anzuzeigen. Mit diesem Aufruf richtete Benigni sich vor allem an die Katholiken im neutralen Ausland, die er mit seinen Ansichten zu einem Festhalten am integralistischen Katholizismus animieren wollte.⁹⁰

Brauweilers Vorgehen gegen die Integralen folgte zum einen dem ideellen Motiv, die ohnehin gefährdete Einheit und Stärke des deutschen Katholizismus vor weiteren Spaltungen zu bewahren. Daneben bewegte ihn aber auch eine politisch strategische Motivation. So trat es „bald genügend zu Tage, dass die eigentlichen Führer der integralen Bewegung, die vornehmlich in Frankreich und Italien sassen, im Grunde eine politische Aufgabe mit religiösen Mitteln verfolgten, nämlich den Kampf gegen Deutschland“.⁹¹ Diese „Wühlarbeit der Integralen“, die hierbei die konfessionelle Ebene mit einer nationalen Komponente verknüpfte, war für Brauweiler bereits seit Jahren offensichtlich geworden und erhielt zu Beginn des Ersten Weltkriegs besondere Präsenz.⁹² Die Rede war von der Arbeit der französischen Radikalen, die bereits seit 1903 erste bedenkliche Anzeichen einer sichtbar geänderten Tonart in den religiösen Zeitschriften Frankreichs durchblicken ließen und diese Tendenz mit der Eingliederung des *L'Univers* in die nationalistische „Action française“ auch nach außen hin demonstrierten.⁹³ 1911 sollte die „Action française“ schließlich tonangebend sein und fortan nicht nur über die Rechtgläubigkeit der eigenen Kirchenleute entscheiden, sondern vor dem Hintergrund des beginnenden Weltkriegs auch immer heftiger gegen die deutschen Katholiken vorgehen. Als besonders radikal galten hierbei vor allem Abbé Emmanuel Barbier und Kanonikus Delaseus, die von Lille aus die integrale Bewegung Frankreichs steuerten.⁹⁴ In der von ihnen angeregten Kriegsschrift „La guerre allemande et le catholicisme“, die, unter Mithilfe des Redakteurs des ultramontanen *L'Univers*, Francois Veuillot, 1915 schließlich veröffentlicht wurde, wurden die Deutschen als „theoretische und praktische Gegner“ des Katholizismus bezeichnet.⁹⁵ Des

⁸⁹ Benigni, Umberto: *Facta Ionquntur*, Dezember 1911; Bachem, 1998, S. 318.

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ Abschrift Betreff: integrale Bewegung, Expose für Herrn von der Lancken, Ende April 1915, NI Brauweiler, StMG, 15/13/37-38.

⁹² Bericht Brauweilers über die Brüsselreise, 26.Mai 1915, StMG, NI Brauweiler, 15/13/37-38.

⁹³ Die *L'Action française* war eine seit dem 1. August 1899 erschienene Zeitschrift, die zum Sprachrohr des sogenannten Comite d'action française wurde. Dieses war ein Konglomerat verschiedener Mitglieder der äußersten Rechten Frankreichs, die nicht nur als extrem nationalistisch, sondern auch extrem katholisch, antisemitisch und deutschfeindlich galten. Während des Ersten Weltkriegs zählte zu ihren Hauptzielen die Zerstörung Deutschlands und die Verbreitung eines antihumanitären, antidemokratischen und konterrevolutionären Fundamentalismus, der daneben auch durch einen ausgeprägten Antisemitismus und eine starke Orientierung an korporativistischen Vorstellungen und der Verherrlichung von Gewalt hervorstach. S. Zobel, Andreas: *Frankreichs extreme Rechte vor dem Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der „Action française“*. Ein empirischer Beitrag zur Bestimmung des Begriffs Präfaschismus, Berlin 1982, S. 331ff.

⁹⁴ Die Biographie zu Abbe Emmanuel Barbier wurde 2005 von Maurice Brillaud und Yves Chiron unter dem Titel „l'abbé Emmanuel Barbier (1851-1927)“ veröffentlicht.

⁹⁵ Die Integralisten verfügten zunächst über keine eigenen Publikationsorgane, weshalb sie damit begannen, ihnen nahestehende Blätter für ihre Zwecke einzuspannen. So wurden für den deutschsprachigen Raum Die Schildwache, der Gal, die Trierer Petrus Blätter und das

Weiteren als Nutznießer des Weltkriegs, den sie „als Vernichtungskampf gegen den Katholizismus“ angezettelt haben sollten.⁹⁶

Für Brauweiler richteten sich Äußerungen wie diese nicht nur gegen die deutschen Katholiken – laut des französischen Historikers Georges Goyau waren sie in einen „vorchristlichen germanischen Götterglauben“ zurückgefallen – sondern auch gegen die Deutschen insgesamt.⁹⁷ In diesem Zusammenhang spielte Russland eine zentrale Rolle. So stammten die verfügbaren Gelder des mittellosen Benigni von Baron Southoff, einem Agenten der russischen Regierung in Rom. Dessen Bestreben war es, Benigni dazu zu bringen, seinen Einfluss bei der Kurie geltend zu machen, um der russischen Regierung auf Kosten der kirchlichen Interessen außenpolitische Dienste zu leisten.⁹⁸ Ziel dieses Tauschgeschäfts war es, nicht nur eine einflussreichere Rolle Russlands in der Polenfrage zu erlangen, sondern auch die russische Einflussnahme auf das seit 1912 zur Diskussion stehende serbische Konkordat.⁹⁹ Mit diesem wollte sich die wachsende katholische Bevölkerung Serbiens von dem seit 1699 bestehenden österreichischen Protektorat befreien. In diesem Zusammenhang witterte Russland eine Möglichkeit, „schärfere anti-österreichische Spitzen“ durchsetzen zu können und so den Einfluss Wiens auf die inneren Angelegenheiten Serbiens und damit eines den Russen nahestehenden Verbündeten zu minimieren.¹⁰⁰

Brauweiler war fest davon überzeugt, dass die restlose „Aufdeckung all dieser Machenschaften und Zusammenhänge in der ganzen katholischen Welt eine grosse Wirkung tun und die gedachte Hetzarbeit der französischen Katholiken [...] empfindlich stören“ würde.¹⁰¹ Bei seinen Rechercharbeiten wurde er schließlich auf den Namen eines bekannten Advokaten im belgischen Gent, Adolphe Jonckx, aufmerksam. Dieser galt als „besonders eingeweihter Vertrauensmann“ Benignis, mit dem er bereits seit 1908 in engem Kontakt stand. Gleichzeitig unterhielt Jonckx auch „nähere Beziehung“ zu Agent Southoff, was den Verdacht nahelegte,

Österreichisch Katholische Sonntagsblatt wegweisend. In Frankreich La Vigie, und besagter L'Universe und in Italien die Unitá Cattolica. S. Metzger, Franziska: Die Schildwache, eine integralistisch-rechtskatholische Zeitung 1912-1945, Freiburg 2000, S. 21.

⁹⁶ Als Grundlage für die vermeintlich fehlgeschlagene Entwicklung im deutschen Katholizismus galt der Kulturkampf. Sein Ziel war es, den deutschen Katholizismus zu nationalisieren, „indem man ihn von Rom trennte, um ihn als gelehriges Werkzeug in der Hand des Kaisers und des Reiches zu machen. Das Mittel ist fehlgeschlagen, aber das Ergebnis ist in seiner Weise erreicht worden“.

⁹⁷ Langer, Albert: Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, Paderborn 1985, S. 98. George Goyau war ein französischer Historiker und Essayist, der ab 1894 für die „Revue des deux mondes“ in Paris vordergründig Artikel und Essays in Bezug auf die katholische Geschichte publizierte.

⁹⁸ Hierbei verwies Brauweiler auf einen Artikel aus der Augsburger Postzeitung, Nr. 49, 1.3.1912, in welchem dieser Korruptionsvorwurf aufgegriffen worden war und unwiderlegt blieb. Brauweiler sah das als Beweis für die Wahrhaftigkeit der erhobenen Anschuldigungen und forcierte vom Boden des Düsseldorfer Tageblatts ausgehend weitere Nachforschungen.

⁹⁹ Das serbische Konkordat wurde 1914 zwischen dem Vatikan und Serbien abgeschlossen, mit dem Ziel, die serbischen Katholiken dem österreichischen Protektorat zu entziehen, das bereits im Frieden von Karlowitz 1699 festgelegt und im Folgenden immer wieder bestätigt worden war. Damit war der Donaumonarchie also seit jeher ein erheblicher Einfluss auf die serbischen Katholiken eingeräumt worden, was vor dem Hintergrund der wachsenden katholischen Gemeinde in Serbien und den innen- und außenpolitischen Machtverschiebungen vor und im Übergang zum Ersten Weltkrieg nicht mehr länger hingenommen werden wollte. Boeckh, Katrin: Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg: Kleinstaatenpolitik und ethnische Selbstbestimmung Balkan, München 1996, S. 313.

¹⁰⁰ „Bericht“ Brauweiler, 12.3.1915, StMG, NI Brauweiler, 15/13/37-38.

¹⁰¹ Ebd.

dass in dessen Besitz wichtiges Material über die integrale Bewegung und die Verstrickungen zwischen Benigni und der russischen Regierung zu finden sein würde.¹⁰² Die Spur zu Jonckx hatte sich aus den Nachforschungen Brauweilers in Bezug auf die integrale Bewegung ergeben, die er bereits in Zusammenhang mit dem Zentrumsstreit kritisch beäugt und die ihn 1914 schließlich zur Veröffentlichung der zwischen Januar bis Juli 1914 erschienenen Enthüllungsartikel über die „Sodalitium Pianum“ motiviert hatte. Als Hauptquellen wurden die Mitteilungen Jonckx an den Abbé Brims in Brüssel angegeben.¹⁰³ Brauweiler erhoffte sich von der Ansicht weiteren Materials aus dem Privatbesitz Jonckx mehr Einblick in die integrale Angelegenheit, bei der er, nach eigener Aussage, bis dato ganz allein und ohne wirkliche Beweise gestanden hatte.¹⁰⁴

Aus diesem Anlass hatte sich Brauweiler im April 1915 mit dem Chef der politischen Abteilung bei dem Generalgouverneur in Belgien, Baron Oscar von der Lancken, in Verbindung gesetzt, den er zu weiteren Besprechungen in Brüssel treffen wollte. In dem von Brauweiler verfassten Bericht über seine Reise nach Belgien hieß es: „Wir begaben uns am 18. [Mai] morgens nach Gent. Feldpolizeikommissar Dürr gab uns 3 Beamte mit, die die Hausdurchsuchung bei Jonckx vornehmen sollten, wir gingen als ‚Hilfsorgane‘ mit, ohne dass die Beamten noch Jonckx wussten, wer wir waren. Jonckx war sehr freundlich und entgegenkommend. Hubertus Hoener erklärte, dass es sich darum handle, Material über die Persönlichkeit des Barons Southoff, der in Verdacht stehe, ein Agent der russischen Regierung zu sein, zu suchen und deshalb die gesamte integralistische Korrespondenz beschlagnahmt werden müsse. Er gab bereitwillig alles Material heraus.“¹⁰⁵

Die Hausdurchsuchung führte zur Sicherstellung von mehreren hundert Briefen, Denkschriften und Dokumenten, die zwar in einer Art Geheimsprache und mit gefälschtem Datum, Namen und Ort verfasst waren, dennoch mithilfe eines von Jonckx herausgegebenen Schlüssels entziffert werden konnten.¹⁰⁶ Hieraus ergaben sich neben den bereits aufgeführten Informationen auch „bemerkenswerte Belege für die finanziellen Unterstützungen, die Jonckx von Benigni und anderen erhalten hatte, sowie weitere Belege für die Beziehung Jonckx zu

¹⁰² „Bericht“ Brauweiler, 12.3.1915, StMG, NI Brauweiler, 15/13/37-38.

¹⁰³ Abbé Brims hatte mit dem Düsseldorfer Geistlichen und Seelsorger am St. Josephs Krankenhaus, Hubertus Hoener, in freundschaftlicher Verbindung gestanden. Auf diesem Weg war Hoener an das Material gekommen, dessen Aufklärung er zusammen mit Brauweiler vornehmen wollte.

¹⁰⁴ Bei einer im Frühjahr 1914 stattfindenden Sitzung des Augustinusvereins erklärte Brauweiler dem besorgten Julius Bachem gegenüber, dass er „im Falle eines Prozesses die nötigen Zeugen nennen könne“. S. hierzu einen Brief Brauweilers an Prof. Poulat, 14.8.1969, StMG, NI Brauweiler, 15/13/37-38.

¹⁰⁵ „Bericht“ Brauweiler, Düsseldorf, 26.5.1915, StMG, NI Brauweiler, 15/13/37-38.

¹⁰⁶ So wurde Oppersdorff als Radow bezeichnet, Kopp als Cajus, Benigni als Charles oder Jonckx als Junius. Zusätzlich zu dem übermittelten Schlüssel hatte Jonckx eine weitere wertvolle Hilfe dadurch gegeben, dass er „manche mit dem Vermerk ‚a bruler‘ versehene Schriftstücke aufbewahrt und für mehrere undatierte Briefe die Kuverts mit dem Poststempel aufgehoben hatte“. „Bericht“ Brauweiler, Düsseldorf, 26.5.1915, StMG, NI Brauweiler, 15/13/37-38.

anderen Mitgliedern der integralen Bewegung: Henri Delassus, Maignan, Fournelle, Kaufmann, Thompson usw. Ferner ließen sich einzelne Vermittleradressen und die Originale vieler vertraulicher Dokumente beschlagnahmen, u.a. die geheime Satzung und Regeln der „Sodalitium Pianum“ und „Sodalitium Borromaea“, die ‚Paulus Informationen‘, der Bericht über die Unterredung Kopp – Oppersdorff, Denkschriften über Volksverein, Zentrum, Jesuiten usw.“.¹⁰⁷

Nach Genehmigung des Auswärtigen Amtes Ende Juni 1915 wurde Brauweiler und Hoener die Mitnahme des Materials genehmigt sowie die daran anschließende Bearbeitung überantwortet.¹⁰⁸ Das Ergebnis war ein relativ vollständiges Bild der publizistischen Tätigkeit der integralistischen Bewegung. Diese bestand hauptsächlich in einem ausführlich angelegten Überwachungs- und Beschattungssystem, das über eine eigene Personalakte für jeden Prälaten verfügte. Darüber hinaus gab das durchgesehene Material auch Aufschluss über weitere beteiligte Personen der integralistischen Bewegung, wie Cardinal de Lai, den ersten Geheimsekretär des verstorbenen Papstes Bressan, Merry del Val, Vives y Tuto und Unterstaatssekretär Pacelli.¹⁰⁹ Über Southoff ging hieraus hervor, dass dieser 1913 mit Benigni, den er vertraulich als „un de nos principaux amis“ bezeichnete, in Gent gewesen war.¹¹⁰

Mit der Übernahme des Papstamtes durch Benedikt XV kam die integrale Bewegung bereits 1914 zum Erliegen. Die Recherchen Brauweilers hatten einen nicht unerheblichen Beitrag zur Aufklärung und Erhellung der integralen Aktionen leisten können.¹¹¹

1.3 Der Gewerkschaftsstreit und Brauweilers Verhältnis zur Arbeiterschaft

Der Gewerkschaftsstreit war ähnlich wie der Zentrumsstreit Teil der Modernisierungskrise innerhalb des deutschen politischen Katholizismus, der sich zunehmend auf der Ebene der bürgerlich dominierten Zentrumsmehrheit und der sich immer deutlicher isolierenden katholischen Arbeiterschaft abspielte.¹¹² Diese hatte im Zuge der industriellen Hochkonjunktur ein steigendes Unabhängigkeitsstreben entwickelt, welches sich nicht nur in der anhaltenden Artikulation eigener Interessen widerspiegelte, sondern auch in der zunehmenden Bildung

¹⁰⁷ „Bericht“ Brauweiler, Düsseldorf, 26.5.1915, StMG, NI Brauweiler, 15/13/37-38.

¹⁰⁸ Ein vollständiger Bericht des beschlagnahmten Materials mit Anmerkungen Brauweilers zur Entschlüsselung der Bezeichnungen und Begriffe findet sich im StMG, NI Brauweiler, 15/13/40.

¹⁰⁹ Merry del Val (1865-1930) war Kurkardinal der römisch-katholischen Kirche und arbeitete im Zuge des Modernismusstreits eng mit Umberto Benigni zusammen. Jose de Calasanz Felix Santiago Kardinal Vives y Tuto (1854-1913) war ein konservativer Kurienkardinal und Eugenio Pacelli (1876-1958) erst Untersekretär Gasparri ab März 1911 und ab 1914 Nachfolger Umberto Benignis. Während des Ersten Weltkriegs wurde er zum Apostolischen Nuntius der Nuntiatur in München ernannt. Vom März 1939 bis Oktober 1958 war er schließlich Papst der katholischen Kirche.

¹¹⁰ Niederschrift vom Herbst 1915 nach der erneuten Untersuchung der in Gent gefundenen Papiere, S. StMG, NI Brauweiler, 15/13/37-38.

¹¹¹ Benedikt XV war von 1914-1922 Papst. Er engagierte sich nicht nur während des Ersten Weltkriegs in humanitärer Hinsicht, sondern beendete auch die Machenschaften der Antimodernisten im Gegensatz zu seinem Vorgänger Pius X.

¹¹² Loth, 1984, S. 277.

eigener Organisationen wie z.B. dem Arbeiterverein oder Gewerkschaften.¹¹³ In den Augen vieler konservativ eingestellter Zentrumsmitglieder war damit ein „demokratischer Ansturm“ entfacht, dem man dringend Einhalt gebieten müsse, wollte man nicht riskieren, die tradierten Kräfteverhältnisse innerhalb des Zentrums zu konterkarieren. In diesem Zusammenhang gewannen die innerparteilichen Spannungen zunehmend an Intensität und führten zu einer Polarisierung, die sich in der Herausbildung zweier sich feindlich gegenüber stehender Lager offenbarte: der Mönchengladbacher und der Berliner Richtung.

Zur Hauptstütze der Mönchengladbacher Richtung entwickelte sich der Volksverein für das katholische Deutschland. Dieser, 1890 in Köln gegründete und wenig später nach Mönchengladbach übergesiedelte Verein, zu dessen wichtigsten Vertretern u.a. Franz Hitze, August Pieper, Heinrich Brauns oder Adam Stegerwald zählten, fungierte als Ersatz für die bis dato fehlenden organisatorischen Strukturen der Zentrumsparlei. Seine Haupttätigkeit war auf die Erwachsenenbildung ausgerichtet und hierbei im Speziellen auf die Schulung fähiger Führungskräfte für die katholischen Arbeitervereine und die christlichen Gewerkschaften. Von diesem Vorgehen erhoffte man sich zum einen die Erstellung eines wirksamen Gegengewichts zur Sozialdemokratie, die ab den Reichstagswahlen 1890 einen sprunghaften Anstieg an Wählerstimmen für sich verbuchen konnte.¹¹⁴ Zum andern aber auch die anhaltende Überrepräsentanz der Bauern und des alten Mittelstandes zugunsten der unterrepräsentierten Arbeiterschicht ausgleichen zu können.

Darüber hinaus wurde die Mönchengladbacher Richtung zur wesentlichsten Verfechterin des Interkonfessionalisierungsgedankens; also der Forderung, die christliche Religion als wahre Grundlage von Staat und Gesellschaft anzuerkennen und die konfessionelle Neutralität selbst bei katholisch geprägten Organisationen einzuführen. Zwar war diese laut Erklärung der Christlichen Werksvereine von 1899 bereits schriftlich fixiert worden, der zufolge die Gewerkschaften als rein wirtschaftliche, also nicht religiös geprägte Organisation anzusehen seien. Die Herausbildung der Berliner Richtung offenbarte jedoch, dass dieser Vorsatz nicht unverändert bleiben sollte.

¹¹³ S. Schauff, Johannes: Die Deutschen Katholiken und die Zentrumsparlei, eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871, Köln 1928, S. 74. Die erste christliche Gewerkschaft wurde 1894 von katholischen Bergarbeitern im Ruhrgebiet gegründet und entwickelte sich parallel zu den christlichen Arbeitervereinen. Zum Thema christliche Gewerkschaften vgl. Schneider, Michael: Die christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982, Loth, 1984 oder auch Müller, Dirk H.: Arbeiter, Katholizismus, Staat – Der Volksverein für das katholische Deutschland und die katholische Arbeiterorganisationen in der Weimarer Republik, Bonn 1996.

¹¹⁴ Die Ergebnisse der Reichstagswahlen zwischen 1890 und 1912 zeigten, dass die Sozialdemokraten zwischen 1890 und 1912 von 19,8 % auf 31,7 % der Stimmen bei den Wahlen 1903 und schließlich auf ganze 34,8 % der Stimmen bei den Wahlen 1912 ansteigen konnten. S. Historische Ausstellung des Deutschen Bundestags, Wahlen im Kaiserreich 1871-1918, https://www.bundestag.de/blob/190454/782a532c7e19aa9cd5119e62ca77a260/wahlen_kaiserreich-data.pdf, Zugriff erfolgte am 3.7.2013. S. auch Ritter, Gerhard A.: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918, München 1980.

Die Berliner Richtung berief sich auf eine rein katholische Arbeitervertretung, die Disziplinierung ihrer Emanzipationsbestrebungen und die Propagierung eines geschlossen auftretenden Katholizismus, der auch seitens der christlichen Gewerkschaften vertreten werden sollte.¹¹⁵ Hier wirkte u.a. der Verband der katholischen Arbeitervereine mit Sitz in Berlin maßgeblich mit. Unter Anleitung Kardinal Kopps und der Unterstützung Franz von Savignys und Kardinal Nörbers trat man hier für die ausschließliche Förderung der katholischen Interessenvertretung innerhalb der Gewerkschaften und die Berufung auf das katholische Glaubensbekenntnis ein. Den Bestrebungen der Arbeiterschaft wurde mit Ablehnung begegnet; so u.a. im Herbst 1910, als die Nachricht durchdrang, dass man von Rom aus „einen Schlag gegen den Volksverein“ vornehmen wolle, mit dem Ziel, diesen in „selbstständige Diözesenvereine“ aufzulösen.¹¹⁶ Angedroht wurde auch ein Verbot gegen die geplante Einberufung eines Kongresses der süd- und westdeutschen Arbeitervereine in Frankfurt, mit dem ein letztendliches Zusammentreffen erfolgreich verhindert werden sollte.¹¹⁷

Der anhaltende Konflikt um die Emanzipationsbestrebungen im deutschen Katholizismus und die betonte Zurückhaltung der Zentrumspartei führte schließlich zu einer zunehmenden Unzufriedenheit seitens der katholischen Arbeiterschaft. Zwar wurde immer wieder betont, dass das Zentrum den sozialen Wünschen und Bedürfnissen der christlich geprägten Arbeiterschaft am meisten entsprechen würde, nichtsdestotrotz sollte es im Folgenden zu einem anhaltenden Vertrauensverlust seitens der Arbeiter kommen, der u.a. anhand der gehäuften Übertritte von den christlichen zu den freien Gewerkschaften offensichtlich wurde. Zwar ist es schwer nachzuverfolgen, zu wie viel Prozent genau das Wachstum der freien Gewerkschaften durch einen Zustrom christlicher Gewerkschafter begünstigt wurde, aufgrund der folgenden Zahlen konnte eine Interdependenz jedoch nur schwer negiert werden. So wuchsen die freien Gewerkschaften im Zeitraum zwischen 1909 und 1913 von 1.832.000 auf 2.548.000 Mitglieder, die Mitgliederzahlen der christlichen Gewerkschaften sanken zwischen 1911 und 1913 von 350.000 auf 342.000 und fielen 1914 schließlich auf 218.197 zurück.¹¹⁸

¹¹⁵ Die Berliner Richtung plädierte zunehmend für die Herausbildung rein katholischer Gewerkschaften. Erzbischof Nörber warf der Mönchengladbacher Richtung vor, das Wort „christlich“ in Zusammenhang mit dem Ausbau der Gewerkschaften nur als leeren Schall und als Aushängeschild zu gebrauchen, um „für die Sozialdemokratie jene Kreise zu organisieren, die einstweilen noch auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bleiben wollten“. Zitiert nach: Schneider, Michael: Die christlichen Gewerkschaften: 1894 -1933, Bonn 1982, S 167.

¹¹⁶ Loth, 1984, S. 239 & 275.

¹¹⁷ Ebd. Hier wird von den Bemühungen der katholischen Arbeiterschaft berichtet, die für den Dezember 1910 einen Kongress in Frankfurt geplant hatten. Bei diesem Zusammentreffen der west- und süddeutschen Arbeitervereine sollte über ein breitenwirksames Auftreten der Arbeiter nach außen diskutiert werden.

¹¹⁸ Loth, 1984, S. 274. Die evangelischen Arbeiter hatten keine geschlossene und einheitliche Einstellung gegenüber den Gewerkschaften, sondern konnten gemäß der Resolution Franz Behrens und Adam Stegerwalds frei „über den Anschluß an eine bestimmte Organisationsform“ entscheiden. Viele Sympathien wurden u.a. der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften entgegengebracht, für die sich sowohl der Württembergische als auch der Badische Landesverband stark einsetzten. Aber auch die gelben Gewerkschaften hatten auf evangelischer Seite viele Sympathisanten, so beispielsweise den Bochumer Evangelischen Arbeiterverband.

War die Existenz der christlichen Gewerkschaften damit in hohem Maße durch den Gegensatz zur Sozialdemokratie bestimmt, wurde die Sorge immer vordergründiger, dass die Führung der Arbeiterkräfte – damit folglich ein wesentlicher Pfeiler des politischen Katholizismus – an die Sozialdemokraten übergehen könnte.

In dieser Auseinandersetzung sprach Brauweiler sich deutlich für die Mönchengladbacher Richtung aus. Von einer forcierten Öffnung des Katholizismus erhoffte er sich, den in Folge des Kulturkampfes geschädigten Katholizismus auf ein unabhängiges und starkes Fundament zu stellen und die Erosion der katholischen Wählerschaft zu einem Stillstand zu bringen.¹¹⁹ Initial wollte er sich diesem Ziel durch den Aufruf zur Zusammenarbeit im nationalen Sinne nähern. Demzufolge sollte es nicht mehr länger um die Vertretung von Partikularinteressen bestimmter Wählerschichten oder Berufsgruppen gehen, sondern um konfessionell übergeordnete Zielsetzungen, denen sich alle Parteikräfte, ungeachtet ihrer sozialen oder gesellschaftlichen Stellung unterordnen können sollten.¹²⁰

Hierdurch erhoffte sich Brauweiler, die katholische Arbeiterschaft wieder verstärkt auf die katholischen Belange einzuschwören, die aufgrund der anhaltenden Diskriminierungen „allen Schwung, alle Begeisterung in den katholischen Angelegenheiten“ verloren zu haben schien und stattdessen immer stärker in eine Resignation trieb, die „den Wechsel zur sozialistischen Arbeiterbewegung geradezu herausforderte“.¹²¹ Aufgrund dieser Abwanderungsbewegung befürchtete Brauweiler nicht nur eine Schwächung des gesamtgesellschaftlichen Einflusses des Katholizismus, sondern auch, dass dem sozialdemokratischen Gegenspieler gleichzeitig zu weiterem Aufschwung verholfen werden könne. War Brauweiler sich folglich über das Aktionspotential der katholischen Arbeiterschaft und deren Bedeutung für die Durchsetzung der eigenen Ziele bewusst, schien der schwindende Einfluss des politischen Katholizismus durch ein bloßes Buhlen um Wählerstimmen nicht anzuhalten. Dadurch würde das Zentrum auf einen willkürlichen Status degradiert werden, dessen politische Existenz einzig und allein vom guten Willen der Wählerschaft abhängig sein würde.

¹¹⁹ Der hier erwähnte Einflussverlust lässt sich anhand der Reichstagswahlergebnisse verdeutlichen. Während das Zentrum 1877 noch bei 24,8 % der Stimmen lag, sank die Zahl bei den entscheidenden Reichstagswahlen 1912 auf 16,4 %. Die Tatsache, dass die SPD im gleichen Zeitraum einen horrenden Sprung von 9,1 % auf 34,8 % der Stimmen vollzog, beweist, dass deren Aufstieg auf dem Rücken der anderen Parteien ausgetragen wurde. Hier also, wenn auch marginal, auch auf dem des Zentrums. S. Historische Ausstellung des Deutschen Bundestags, Wahlen im Kaiserreich 1871-1918

https://www.bundestag.de/blob/190454/782a532c7e19aa9cd5119e62ca77a260/wahlen_kaiserreich-data.pdf, Zugriff erfolgte am 3.7.2013.

¹²⁰ In dem im Februar 1912 in der Westdeutschen Volkszeitung veröffentlichten Artikel „Einige notwendige Fragen“ schrieb Brauweiler bezüglich des Vorwurfs der rein katholischen Interessenvertretung durch die christlichen Gewerkschaften, dass „es eine Unwahrheit“ sei, „für die nachgerade nicht einmal mehr die bona fides in Anspruch genommen werden kann, daß die katholischen Gewerkschaften weiterhin für ihre Person und ihr persönliches Verhalten in den gewerkschaftlichen Angelegenheiten die Gehorsamspflicht gegenüber der Kirche anerkennen [...]“. Die Forderung stellen, daß auch die Organisationen als solche eine Gehorsamspflicht gegenüber der katholischen Kirchengewalt anerkennen sollen, bedeutet das Verlangen, daß die evangelischen Mitglieder aus den christlichen Gewerkschaften ausscheiden“. Brauweiler, Heinz: „Einige notwendige Fragen“, in: Westdeutsche Volkszeitung, Februar 1912, StMG, NI Brauweiler, 15/13/7.

¹²¹ Loth, 1984, S. 273.

Die Befürchtung, dass eine wachsende Anzahl deutscher Arbeiter, „deren Platz entsprechend ihrer Erziehung und Gesinnung [eigentlich] im christlichen Arbeiterlager sein müsse, allmählich im sozialdemokratischen Lager“ landen könnte, brachte Brauweiler schließlich zu der Einsicht, dass ein geändertes Auftreten gegenüber der katholischen Arbeiterschaft unausweichlich sei.¹²² So kam es seiner Meinung nach vor allem darauf an, eine stärkere Integration der Arbeiter in die parteiliche Arbeit zu erreichen und die Gehorsamspflicht gegenüber der katholischen Kirchengewalt zu lockern, um auf diesem Weg die christlichen Gewerkschaften als Gegengewicht zu den freien Gewerkschaften auch für nicht-katholische Mitglieder weiterhin interessant zu halten und die Arbeiter damit nachhaltig an die Grundsätze der christlichen Wertevermittlung zu binden.

In diesem Zusammenhang hatte das Festklammern der Integralen an der Gehorsamspflicht der Katholiken und deren Ablehnung gegenüber den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter für Brauweiler einen regelrecht schädigenden Effekt, von dem nicht nur das Zentrum, sondern längerfristig auch der Katholizismus generell betroffen sein würde.

Den Gedanken der Volksgemeinschaft, der an der Schwelle zum Ersten Weltkrieg im Rahmen der „Ideen von 1914“ eine ganz neue Präsenz gewinnen sollte, sah Brauweiler als guten Ausgangspunkt, bestehende Defizite auszuräumen.¹²³ Indem der Volksbegriff zu einem Symbol einer übergeordneten und alles umfassenden Gemeinschaft erklärt wurde, schien nicht nur ein wirksames Mittel gegen den aufstrebenden Sozialismus gefunden, der Brauweiler zufolge nur Partikular- statt Allgemeininteressen vertrat, sondern gleichzeitig auch das Fundament für eine gesellschaftliche Neuordnung im christlich-konservativen Sinne geschaffen, um die bestehenden Klassen-, Bildungs- und Konfessionsgegensätze zu neutralisieren und republikanischen Tendenzen vorzubeugen.¹²⁴

Dabei zeichnete sich Brauweilers weiteres Vorgehen durch eine nahezu uneingeschränkte Unterstützung des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg aus. Entgegen der Stimmen des konservativ eingestellten Zentrumsflügels unterstützte Brauweiler ihn in seinem Versuch, die unterschiedlichen Kräfte durch eine über den Parteien stehende Politik auf einen einheitlichen Nenner zu bringen. Schloss dieses Vorhaben auch eine Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei ein, trat Brauweiler so lange für das Konzept einer

¹²² Stegerwald, Adam: Neue Aufgaben der katholischen Arbeiter- und Jugend-Vereine, Essen 1911, S. 7. Hier gefunden bei: Haffert, Claus: Die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands in der Weimarer Republik, Essen 1994, S. 50.

¹²³ Die „Ideen von 1914“ stellten einen alternativen Ordnungsentwurf des konservativen und nationalistisch eingestellten Bildungsbürgertums dar, der als Reaktion auf den beginnenden Weltkrieg und als Gegenwehr gegen die bis dato geführten gesellschaftlichen Debatten über Religion, Kultur oder Politik erwogen wurde. S. hierzu Bruendel, Steffen: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003, S. 16/17; Siefert, Rolf Peter: Die konservative Revolution: fünf biographische Skizzen (Paul Lensch, Werner Sombart, Oswald Spengler, Ernst Jünger, Hans Freyer), Frankfurt am Main 1995, S. 181.

¹²⁴ Kemper, Claudia: Das "Gewissen" 1919-1925 : Kommunikation und Vernetzung der Jungkonservativen, München 2011, S. 140ff.

partieverbindenden Arbeit ein, wie sich das Zentrum uneingeschränkt auf die Verteidigung der katholisch-konservativen Interessen konzentrierte. Erst als das Gleichgewicht zwischen der Aufrechterhaltung der konservativen Ansichten und den Zugeständnissen an die politischen Gegner, also die demokratischen Kräfte, im Verlauf des Sommers 1917 durch die Friedensresolution und den Linksschwenk der Zentrumspartei ins Wanken geriet, setzte bei Brauweiler eine Wende ein. Offensichtlich wurde diese durch seinen wesentlich radikaleren Appell zu einer stärkeren Geschlossenheit der Katholiken und seinen sukzessiven Rückzug von der Zentrumspartei, in der, seiner Meinung nach, die falschen Kräfte am Werk waren.

1.4 Der Beginn des Ersten Weltkriegs als Anstoß zum politischen und gesellschaftlichen Neubeginn

Der Erste Weltkrieg wurde auf bürgerlich-konservativer Seite nicht nur als Gelegenheit für die endgültige Festigung des Obrigkeitsstaats und eigener Herrschaftsansprüche gefeiert, sondern vor allem auch als „Akt der Erlösung“ und Befreiung von dem vorherrschenden, verknöcherten System.¹²⁵ In der Vergangenheit hatten anhaltende Zwistigkeiten zwischen den parteipolitischen Lagern eine gesellschaftliche und politische Stagnation begünstigt und damit die Vertretung der eigenen Interessenpolitik und die Arbeit auf Parlamentsebene zusehends blockiert.¹²⁶ Zwar hatten die Parteien keinerlei Einfluss auf die Regierungsbildung, konnten aber durch die Bildung einer Reichstagsmehrheit Gesetzesvorlagen der Regierung ablehnen. Exemplarisch kann hier auf die Finanzreform 1909 verwiesen werden, an der der sogenannte Bülow-Block zerfiel.¹²⁷ Es folgte eine auffällige innenpolitische Polarisierung, die den Antagonismus zwischen den konservativ-agrarischen und bürgerlich-liberalen Parteien intensivierete.

Auch in den Reihen der Zentrumspartei wurde der Erste Weltkrieg begeistert begrüßt. Thomas Nipperdey konstatierte hierzu, dass der „deutsche Katholizismus einhellig und emphatisch zur nationalen Sache [stand] und am enthusiastischen Aufbruch der Nation vollen Anteil [nahm]. Nationalisierung und nationale Integration wurde nun offenkundig“.¹²⁸ Die positive Einstellung zur Nation resultierte vor allem aus der Vorgeschichte der Zentrumspartei sowie des deutschen

¹²⁵ Über die Wirkung des beginnenden Ersten Weltkriegs gingen die Meinungen in der Forschung auseinander. So wurde auf der einen Seite von einer alle Volksschichten umfassenden Euphorie und Begeisterung gesprochen, auf der anderen Seite diese Annahme aber immer wieder durch den Verweis auf die Zurückhaltung weiter Volkskreise negiert. Hierbei war es vor allem die SPD, die in Berlin zu Antikriegsdemonstrationen aufrief. Auch Teile der ländlichen oder im Grenzgebiet lebenden Bevölkerung sahen dem Krieg alles andere als euphorisch entgegen. S. hierzu u.a.: Verhey, Jeffrey: Der "Geist von 1914" und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000; Kruse, Wolfgang: Die Kriegsbegeisterung im Deutschen Reich zu Beginn des Ersten Weltkrieges, in: Ders.: Der Erste Weltkrieg, München 2014, S. 180-196.

¹²⁶ Nipperdey, 1992, S. 748f.

¹²⁷ Der Bülow-Block war ein Regierungsbündnis bestehend aus Konservativen, Nationalliberalen und Linksliberalen als Abwehrbündnis zu Zentrum und Sozialdemokratie

¹²⁸ Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte, Bd.1: Arbeitswelt und Bürgergeist. München 1990, S. 457.

Katholizismus generell.¹²⁹ Dessen nationale Verlässlichkeit war in der Vergangenheit immer wieder in Frage gestellt und schließlich als Hauptargument für den Beginn des Kulturkampfes instrumentalisiert worden. War in diesem Zusammenhang der Versuch unternommen worden, die Schmälerung des katholischen Einflusses über den Vorwurf der nationalen katholischen Unzuverlässigkeit zu erreichen, sollte 1914 mit diesem Vorurteil aufgeräumt und dem Katholizismus zu politischer Akzeptanz und Anerkennung verholfen werden. Im Beginn des Weltkriegs sah man die Möglichkeit, nationale Loyalität zu demonstrieren und sich über diesen Weg einen festen Platz innerhalb der protestantisch-preußisch dominierten Gesellschaft zu sichern.

Der Krieg wurde aber nicht nur als nützlich für die Außenwahrnehmung der Partei gesehen, sondern auch als Heilmittel für deren mangelnden inneren Zusammenhalt, der sich in Folge des Zentrums- und Gewerkschaftsstreits und des damit zusammenhängenden wachsenden Unabhängigkeitsstrebens der katholischen Arbeiterschaft ergeben hatte. Identifizierte sich das Zentrum während der Augusttage 1914 nahezu geschlossen mit dem Hochgefühl des nationalen Aufbruchs, vermochte die integrative Kraft des „Augusterlebnisses“ interne Differenzen kurzfristig zu überdecken. Bald entzündeten sich jedoch erneute Konflikte. Die Polarisierung zwischen einem eher demokratischen, stärker an den Interessen der Arbeiterschaft orientierten und dem konservativen Parteiflügel konnte nicht aufgehoben werden. In der Kriegszielfrage erreichten die Auseinandersetzungen schließlich ihren Höhepunkt.¹³⁰

Für Brauweiler bedeutete die 1914 stattfindende „feierliche Erhebung des deutschen Volkes“ nicht nur die Loslösung „von den Banden der materiellen Interessen“, sondern auch die Freisetzung einer „idealen Kraft“, von der er sich die Korrektur der fehlerhaften politischen Entwicklungen erhoffte.¹³¹ Den Weltkrieg bezeichnete er dabei als „reinigendes Gewitter“, das „das deutsche Volk von allem Unreinen und Ungesunden befreien“ sollte, „das es zu vergiften drohte“.¹³² Hierunter verstand er die Ausbreitung demokratischer Grundideen, die für ihn „die schlechtesten aller Zeiten“ waren, dennoch aber unaufhaltsam in die Mitte der Gesellschaft

¹²⁹ van Dülmen, Richard: „Der deutsche Katholizismus und der Erste Weltkrieg“, in: Francia 2, 1974, S. 347-76.

¹³⁰ Loth, 1984, S. 277ff. Das Zentrum wurde hier bereits zur Schaubühne eines Konflikts, der bald schon das gesamtheitliche politische Lager spalten sollte. Stand diese Auseinandersetzung vor allem in engem Zusammenhang mit dem Anwachsen der Sozialdemokratie, zeichnete sich hier bereits ein Konflikt ab, der für den weiteren politischen Verlauf von großer Bedeutung sein sollte. So wurde u.a. die Herausbildung einer nationalen Opposition angestoßen, die sich in Abgrenzung zu den demokratischen Entwicklungen und im weiteren Verlauf der Weimarer Republik immer mehr radikalisierte. Dieser nationalen Opposition sollte sich auch Brauweiler immer zugehöriger fühlen – eine Entwicklung, die im weiteren Verlauf der Arbeit ausführlich dargestellt wird.

¹³¹ Hier muss angemerkt werden, dass Brauweiler vom Kriegsdienst freigestellt war, was ihm im Nachhinein immer wieder Vorwürfe als Kriegsdienstverweigerer oder Drückeberger einbringen sollte, z.B.: in: „Stahlhelm rettet Brüning“, in: Der Nationale Sozialist, 8.4.1930, BArch, Alldeutscher Verband, R 8048/269, Bl. 12.

¹³² „Kriegsgedanken eines Daheimgebliebenen“, 10.11.1914, StMG, NI Brauweiler, 15/13/173. Dieselbe Äußerung erhebt Martin Spahn in seinem Artikel „Was ist heute Demokratie“ von 1916 in: Ders.: Deutsche Lebensfragen, München 1914. S. hierzu auch: Clemens, 1983, S. 55.

transportiert wurden.¹³³ Zwar verwies er darauf, dass in zahllosen Artikeln, Abhandlungen und Büchern die demokratisch-parlamentarische Regierungsform als eine Art Zusicherung angepriesen wurde, um im übertragenen Sinne „die Völker von der Not zu befreien, für ehrgeizige Pläne und Launen der Herrscher ihr Blut opfern zu müssen“, die „Probe aufs Exempel“ offenbarte seiner Meinung nach jedoch das Gegenteil. So sei es seitens der politischen Vertreter in den letzten Jahren zu einem abnehmenden Interesse an den Belangen der Volksgemeinschaft gekommen und stattdessen zu einer immer stärkeren Fokussierung auf die eigenen, parteipolitischen Ziele.¹³⁴ Diese Entwicklung führte Brauweiler maßgeblich auf die stetig einflussreichere Sozialdemokratie zurück. Deren Forderungen nach einer festen Organisationsform, mehr politischem Mitspracherecht und parteipolitischer Vertretung begünstigte bei der Arbeiterschaft nicht nur den Gedanken, sich den geltenden Obrigkeitsverhältnissen zu widersetzen, sondern förderte gleichzeitig auch die Etablierung der von Brauweiler abgelehnten demokratischen Grundsätze.

Statt sich weiterhin der „immer wieder kehrenden Predigt von der parlamentarisch-demokratischen Regierungsform“ hinzugeben, die Brauweiler für einen Trugschluss hielt, da der „Kampf der Parteien über dem Wohl von Land und Bevölkerung“ stünde, trat er stattdessen für eine politische Umorientierung ein.¹³⁵ Hatte er sich hierfür anfänglich auf die Aufrechterhaltung des monarchischen Führungsprinzips als Gegenentwurf zum Parlamentarismus berufen, begann er parallel dazu, Pläne einer staatlichen Erneuerung im katholisch-konservativen bzw. christlich-konservativen Sinne zu entwickeln, die ein aussichtsreiches Fundament für eine kommende Neuordnung darstellen sollten.¹³⁶

Die Tatsache, dass Brauweiler den Gedanken einer Neuorientierung sowohl aus seiner Position als Katholik als auch als Konservativer heraus betrachtete, resultierte aus seiner Überzeugung,

¹³³ „Kriegsgedanken eines Daheimgebliebenen“, 10.11.1914, StMG, NI Brauweiler, 15/13/173.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Dies schreibt er in einem späteren Brief an Wolfgang Stump, indem es hieß: „[...] daß ich seit 1914 immer wieder auf die notwendige politische Umorientierung hingewiesen habe“. Deutlich wurde dieser Appell in verschiedenen Artikeln, die er vorrangig im Düsseldorfer Tageblatt veröffentlichte. So beispielsweise der Entwurf von 1916, der Jubiläumsaufsatz 1917, die großen Aufsatzreihe 1918 und zuletzt der Artikel „Vor dem Reichsparteitag“ von 1919. S. StMG, NI Brauweiler, 15/13/163/64.

¹³⁶ Die Verteidigung des monarchischen Prinzips macht Brauweiler sowohl in einem Artikel vom 18. Juli 1917 deutlich, in dem er schrieb, dass „wir vielmehr wollen, daß der Kaiser im Reich und die Landesfürsten in den Bundesstaaten das ungeschmälerte Recht behalten.“ in: Brauweiler, Heinz: „Regierung und Volk“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 196, 18.7.1917. In einem weiteren Artikel hieß es, dass er das deutsche Volk nicht für fähig für eine parlamentarische Ausrichtung halte, „sondern daß gemäß der deutschen Veranlagung eine monarchische Führung gebraucht werde“. S. Brauweiler, Heinz: „Das Zentrum nach dem Krieg“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 267, 6.10.1917. Die bis 1917 bestehende Hinwendung zum monarchischen Prinzip war nicht etwa auf eine bestehende reaktionäre Einstellung zurückzuführen, sondern Brauweilers Bestreben, durch eine feststehende, konservativ eingestellte Führungsperson an der Spitze der Gesellschaft die drohende Hinwendung zum Parlamentarismus aufzuhalten. Zwar distanzierte er sich bald von dem monarchischen Gedanken, so zum Beispiel in seinem Artikel „Vor dem Reichsparteitag“ vom September 1919, (Artikel in: StMG, NI Brauweiler, 15/13/168), dennoch tauchte der Gedanke eines deutschen Führertums bei Brauweiler immer wieder auf und wurde zu einem bestimmenden Thema seiner späteren politischen und gesellschaftlichen Neugliederungsvorschläge. So beispielsweise in der Befürwortung einer Art Führungsschicht, die aus den tüchtigsten Köpfen der Gesellschaft bestehen sollte. Mitte der 20er Jahre konkretisierte sich seine Vorstellung dahingehend, dass eine einzelne Führungsperson das Zepter in der Hand halten sollte. S. „Führung“ in: Blätter für ständischen Aufbau, Nr. 32, 28.12.1921.

dass nur in Verbindung beider Richtungen die wesentlichen Bestandteile für die von ihm forcierte Neuorientierung enthalten seien. Zum verbindenden Schlüsselbegriff wurde hier die katholische Soziallehre, die den in der Zentrumsparlei vertretenen politischen Katholizismus „unbestreitbar“ mit der konservativen Staatsauffassung verband.¹³⁷ Diese Verbundenheit hatte sich bereits während der Epoche der Romantik als eine Gegenwehr gegen die Französische Revolution herauskristallisiert. Der Gründungsvater des Zentrums, Ludwig Windthorst, hatte diese Verbindung schließlich aufgegriffen und sie zur ideellen Grundlage der Zentrumsparlei erklärt, die er als fest konservative Fraktion beschrieb.¹³⁸

Zu dieser Aussage berechtigten vor allem die gemeinschaftlichen antiliberalen und antiindividualistischen Wertevorstellungen, die sowohl im Katholizismus als auch im Konservatismus verankert waren und neben der Forderung nach einer elitären Führung auch die Vertretung des volksgemeinschaftlichen Gedankens und die Ablehnung der Staatsomnipotenz beinhalteten. So wurde der Staat hier zwar als Eigenwert bejaht, daneben aber auch die Daseinsberechtigung anderer Gewalten anerkannt. Darüber hinaus war es auch das organische und hierarchische Denken, das Brauweiler zu einem Verfechter des christlich-konservativen Gedankens machte. Hiervon erhoffte er sich, das von ihm bemängelte mechanische Gleichheitsstreben und den vermeintlich zerstörerischen Individualismus einzuschränken, der sich einhergehend mit dem Erstarren der Sozialdemokratie immer offensiver seinen Weg zu bahnen schien. In diesem Zusammenhang appellierte Brauweiler daran, nicht allen Menschen per se ein gleiches Maß an Freiheit und Rechten zuzugestehen, sondern stattdessen eine natürliche, gesellschaftliche Ungleichheit zu fördern, der sich jeder Mensch im Hinblick auf das Gemeinwohl unterzuordnen habe.¹³⁹

Standen damit wesentliche Kriterien eines christlich-konservativen Staatsaufbaus als Gegenentwurf zur Demokratie fest, wollte Brauweiler seine Arbeit auf dem „wichtigen Lebensgebiet“ beginnen, „auf dem wir, als Folge der Trennung in verschiedene Glaubens- und Religionsbekenntnisse ernste Zwistigkeiten und Feindschaften“ haben heranwachsen sehen.¹⁴⁰ Gemeint waren damit der Friede und die Einigkeit unter den Konfessionen, die Brauweiler von den Protestanten bedroht sah. Diese Annahme verdeutlichte, dass er trotz Forderung des Konfessionsfriedens offensichtlich selbst in der konfessionellen Spaltung gefangen war und

¹³⁷ S. auch die Verbindung zur katholischen Soziallehre, die dem Ständegedanken sehr nahe stand und an dessen Wiederbelebung im 19. Jahrhundert sie einen großen Anteil hatte. Eglau, Hans Otto: Fritz Thyssen. Hitlers Gönner und Geisel, Berlin 2003, S. 156.

¹³⁸ Ähnlich hatten sich auch die Zentrumsführer Hermann von Mallinckrodt oder Peter Reichensberger geäußert.

¹³⁹ Greiffenhagen, Martin: Das Dilemma des deutschen Konservatismus, in: Gesellschaft in Geschichte und Gegenwart, eine Festschrift für Friedrich Lenz, Berlin 1961, S. 198. Ähnlich wurde dieser Zusammenhang in der christlichen Soziallehre betont, so zum Beispiel in der Enzyklika „Rerum Novarum“ von Papst Leo XIII, die als Lösung der Arbeiterfrage vor allem die Gleichheit unter den Menschen ablehnte, [...] um ein friedvolles Miteinander garantieren zu können.

¹⁴⁰ Brauweiler, Heinz: „Kriegsgedanken eines Daheimgebliebenen“, 10.11.1914, StMG, NI Brauweiler, 15/13/173.

dabei wenig Bereitschaft zur Objektivität zeigte. Seiner Meinung nach waren es die Protestanten, die in einem ständigen Zustand des Misstrauens den Katholiken gegenüber lebten, was Brauweiler damit begründete, dass viele „evangelische Volksgenossen nie ein richtiges Bild von ihren katholischen Brüdern gehabt“ hätten oder hätten haben wollen. Stattdessen warf er ihnen vor, „in Unkenntnis und feindseliger Gesinnung gegen alles, was katholisch hiess“, zu leben. Da die Katholiken „schon durch ihre Stellung als Minderheit zur grösseren Rücksichtnahme gezwungen“ seien und „durchweg ein ähnliches Verhalten gegenüber den Protestanten niemals gezeigt“ hätten, rief Brauweiler nunmehr dazu auf, die „Vorurteile und Abneigungen gegen die Katholiken und gegen das katholische Bekenntnis“ zu berichtigen und zu mildern.¹⁴¹ Bevor man sich dieser Aufgabe stellen konnte, mussten vermeintlich bestehende Missstände im katholischen Lager vorab aus der Welt geschaffen werden, die während des Gewerkschafts- und Zentrumsstreits zwischen Arbeitern und bürgerlichem Mittelstand aufgetreten waren. Der zu Beginn des Weltkriegs verkündete Burgfrieden, hinter dem alle parteilichen, gesellschaftlichen oder konfessionellen Unterschiede zurücktreten sollten, markierte für Brauweiler eine erste aussichtsreiche Grundlage für einen „wahren inneren Frieden“, den er als die „schönste Frucht der Kriegsnot und der Siegesfreude“ bezeichnete und der für ihn nichts anderes als einen Wiederaufbau im christlich-konservativen Sinne bedeuten konnte.¹⁴² Seine euphemistische Einschätzung des Burgfriedens wirkte hierbei wie eine bloße Phrase, die, ähnlich wie bei vielen anderen Zeitgenossen, eine Worthülle für die Ausbreitung eigener Zielsetzungen darstellte. Auch wenn Brauweiler sich nach außen hin offen zeigte, war er innerlich verhaftet in katholisch-konservativen Ansichten, die er um jeden Preis durchsetzen wollte. Diese Verbissenheit sollte sich auch im weiteren Verlauf immer wieder zeigen und zu einem Hauptmerkmal seines politischen und ideologischen Wirkens werden.

1.5 Die Politik des Reichskanzlers Bethmann Hollweg

In diesem Zusammenhang sah Brauweiler die „Politik der Diagonale“ des Reichskanzlers Bethmann Hollweg als optimal an, da der hiervon ausgehende Appell an eine umfassende parteiliche Neutralität und ein einheitliches Zusammenstehen die gesellschaftlichen Divergenzen überdecken und in den Dienst der gemeinsamen nationalen Sache stellen würde. Auch hier bot die Offenheit des Politikbegriffs wieder optimale Voraussetzungen für eigene, interpretative Spielräume.

¹⁴¹ Brauweiler, Heinz: „Kriegsgedanken eines Daheimgebliebenen“, 10.11.1914, StMG, NI Brauweiler, 15/13/173.

¹⁴² Brauweiler, Heinz: „Kriegsgedanken eines Daheimgebliebenen“, 10.11.1914, StMG, NI Brauweiler 15/13/173; Brauweiler, Heinz: „Krieg und Frieden unter den Konfessionen“, in: Allgemeinen Rundschau. Wochenschrift für Politik und Kultur, Nr. 49, 5.12.1914.

Bethmann Hollweg war 1909 durch Wilhelm II. zum Reichskanzler ernannt worden. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Bernhard von Bülow, der mit Hilfe wechselnder Mehrheiten regierte, vermied es Bethmann Hollweg, seine Politik auf eine bestimmte Parteienkonstellation zu stützen.¹⁴³ Er betonte stattdessen die Notwendigkeit „gemeinsamer alle Kräfte vereinender Arbeit“.¹⁴⁴ Aufgrund der bestehenden Interessengegensätze konnte ein solcher Vorsatz nur durch eine überparteiliche Politik, basierend auf einer Regierung des formlosen Vertrauens funktionieren. Diese setzte die Gefolgschaft der einzelnen Parteien voraus und durfte sich auf kein bestimmtes politisches Programm festlegen. Dass eine solche politische Ambition in Anbetracht der bereits vor dem Krieg vorherrschenden gesellschaftlichen Antagonismen früher oder später scheitern musste, war abzusehen. So war es nicht nur im Zuge der Industrialisierung, sondern auch den damit einhergehenden gesellschaftlichen und sozialpolitischen Veränderungen zu starken Polarisierungen innerhalb der deutschen Gesellschaft gekommen. Diese resultierten vordergründig aus dem Kampf zwischen den Konservativen, die nicht bereit waren, ihre Position an der Spitze des vordemokratischen Herrschaftssystems zu teilen oder einzuschränken und der sich zunehmend politisierenden Arbeiterschaft, die sich von der aristokratisch-autoritären Bevormundung durch stärkere demokratische Strukturen befreien wollte und ein Mehr an staatspolitischer Mitverantwortung und Mitspracherecht beanspruchte.¹⁴⁵ Dieser gesellschaftliche Antagonismus sollte durch den „bedrohlichen“ Wahlsieg der noch immer als Reichsfeind stigmatisierten und ausgegrenzten Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen 1912 verstärkt werden. Mit einem Wahlergebnis von 34,8 % der Stimmen war es den Sozialdemokraten nicht nur gelungen, zur stärksten Partei im Reichstag aufzusteigen, sondern darüber hinaus auch der bis dato dominierenden Rechtsfront aus Großindustrie, konservativen Parteien, Mittelstand und Agrarflügel ein politisch bedeutsames Gegengewicht entgegenzustellen. Die dadurch entstandenen neuen Mehrheitsverhältnisse im Reichstag führten dazu, dass der „schwarz blaue Block“ aus Zentrum und Konservativen keine Mehrheit mehr zustande bringen konnte, das Zentrum seine bis dato gehaltene Position als stärkste Fraktion im Reichstag aufgeben musste und die SPD als stärkste Opposition einen neuen Stellenwert in der Politik einnahm.¹⁴⁶ Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts ausgehend von Schwerindustrie und Landwirtschaft zu

¹⁴³ Außenpolitisch gesehen stand Bernhard von Bülow vor allem für eine ausgeprägte Kolonialpolitik. Innenpolitisch verhielt er sich hingegen wenig stringent, sondern versuchte, seine Ziele mithilfe wechselnder Mehrheiten zu erreichen.

¹⁴⁴ Bülow dankte „Seiner Majestät, dem Kaiser und König“ in einem Brief vom 28.8.1910 für die bisher geleisteten, „äußerst wertvollen Bemühungen“, die er weiterentwickeln und sie zur „wertvollen Stütze unserer Politik“ machen wollte. Telegramm Bülow an seine Majestät den Kaiser und König, 28.08.1910, BArch, NI Bethmann Hollweg, N 1549/1.

¹⁴⁵ Nipperdey, Thomas: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961, S. 271ff und Müller, Dirk H.: Arbeiter – Katholizismus – Staat, Der Volksverein für das katholische Deutschland und die katholischen Arbeiterorganisationen in der Weimarer Republik, Bonn 1996, S. 385.

¹⁴⁶ Halder, Winfried: Innenpolitik im Kaiserreich 1871-1914, Darmstadt 2003, S. 85.

Versuchen gekommen war, gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, stellte die Verschiebung des politischen Schwergewichts nicht nur in Anbetracht des bevorstehenden Kriegs eine Herausforderung für die deutsche Politik dar.

Die Propagierung des Verteidigungskriegs hatte es anfänglich zwar vermocht, die bestehenden Divergenzen zu überdecken, die alten Gegensätze brachen jedoch ab dem Spätherbst 1914 wieder auf, die durch die ungeklärte Frage der Kriegsziele, die ambivalente Behandlung der Sozialdemokraten und die zweifelhafte Ankündigung innenpolitischer Reformen zusätzlich verstärkt wurden.¹⁴⁷ War die Wunschvorstellung Bethmann Hollwegs, den „eisernen Ring der Entente“ durch das Zusammentreten der Bevölkerung und der von ihr ausgehenden einheitlichen Volkskraft aus sprengen zu können, damit endgültig illusorisch, entschloss er sich dazu, seine bereits vor dem Krieg geführte „Politik der Diagonale“ im Anschluss an den von Kaiser Wilhelm II. verkündeten Burgfrieden fortzusetzen.¹⁴⁸ Dass dieses Vorhaben nur einen Drahtseilakt bedeuten konnte, ging aus dem Immediatbericht des Leiters der Reichskanzlei, Friedrich Wilhelm von Loebell vom 22.11.1915 hervor. In diesem hieß es, dass sich die Regierung nicht „ganz nach rechts [...] legen“ könne, „weil dann der unbedingt notwendige Versuch zu einer Eingliederung der Sozialdemokratie in das nationale, politische Leben unterbleiben müsste.“ Gleichzeitig wurde jedoch auch davor gewarnt, sich ganz nach links zu orientieren, „weil die demokratischen Zugeständnisse ihre Grenze an den staatlichen und verfassungsmäßigen Notwendigkeiten finden müssen“.¹⁴⁹ Stattdessen verfolgte Bethmann Hollweg eine Politik des ständigen Taktierens zwischen rechts und links.¹⁵⁰

Die Diskussion um die Kriegskredite stellte die größte Bewährungsprobe für die „Politik der Diagonale“ dar. Da der Reichstag das Budgetrecht hatte, demnach also das Parlament über die Zusammensetzung des Haushaltsetats entschied und die SPD ein Gegner des Krieges war, glich die Kriegskreditfrage jedes Mal aufs Neue einem Vabanquespiel. Entgegen aller Befürchtung sollten die Sozialdemokraten am 4. August 1914, mit der Begründung, das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich lassen zu wollen, geschlossen für die Annahme der Kredite stimmen. Hiervon versprachen sie sich nicht nur ihre nationale Zuverlässigkeit unter Beweis stellen zu können, sondern auch, sich über diesen Weg aus ihrer nationalen Isolation zu befreien, mit der sie seit der Antisozialistenpolitik Bismarcks immer wieder konfrontiert

¹⁴⁷ Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962, S. 116.

¹⁴⁸ Neitzel, Sönke: Weltkrieg und Revolution 1914-1918/19, Bonn 2008, S. 81ff.; Llanque, Markus: Die Regierung Bethmann Hollweg, in: Ders.: Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg, Berlin 2000, S. 158ff.

¹⁴⁹ Immediatbericht von Loebells vom 22.11.1915, zitiert nach: Llanque, 2000, S. 161. Stegmann, Dirk: Die Erben Bismarcks, Parteien und Verbände in der Spätphase des wilhelminischen Deutschlands; Sammlungspolitik 1897-1918, Köln 1970, S. 485.

¹⁵⁰ Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf: Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 255.

waren.¹⁵¹ Mit ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten war der Weg für den Burgfrieden freigemacht und die SPD, zum großen Unmut der konservativen Parteien, zum gleichberechtigten Partner einer gemeinsamen Politik erklärt worden, die Bethmann Hollweg zufolge frei von inneren Gegensätzen und parteilichen Schranken sein und sich stattdessen gemeinschaftlich für die nationale Sache einsetzen sollte.¹⁵² Obwohl die Finanzierung des Kriegs vorerst gesichert schien, stellte sich jedoch die Frage, wie die Zustimmung der Sozialdemokraten auch im Falle eines nicht so schnell, wie anfangs noch prognostizierten Kriegsendes gesichert werden könne.

Zum Schlagwort wurde hier die durch die Reichsregierung angekündigte Neuorientierung für die unmittelbare Nachkriegszeit. Inhaltlich bestand diese in einer Reihe innerer Reformen, die vordergründig auf eine Modernisierung des Obrigkeitsstaates ausgerichtet waren, gleichsam aber auch ein Zugehen auf die Sozialdemokraten ermöglichen sollten.¹⁵³ Ziel war es, neben deren Zustimmung zu den Kriegskrediten, auch die langfristige Versöhnung der Arbeiterschaft mit dem Staat zu erreichen und auf diesem Wege die SPD in eine nationale Arbeiterpartei umzugestalten, die sich dauerhaft und vor allem freiwillig auf den Boden der Nation stellen sollte.¹⁵⁴ Dieses politische Vorgehen erinnerte an die „weiche Phase“, die Ende des 19. Jahrhundert von der herrschenden Klasse praktiziert wurde und darauf fokussiert war, der revolutionären Arbeiterbewegung durch Konzessionen anstelle brutaler „Gewalt“ zu begegnen.¹⁵⁵ Obwohl dieses Vorhaben zum damaligen Zeitpunkt nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatte, ließ man es auf einen erneuten Versuch ankommen – eine Notwendigkeit, die sich aus der aktuellen, innenpolitischen Situation heraus ergab. In diesem Zusammenhang ist die Überlegung des Staatssekretärs des Inneren, Clemens Delbrück, anzuführen, der in einem Brief an Bethmann Hollweg vom 13.9.1914 schrieb, dass „wir es vor dem deutschen Vaterland nicht verantworten können, wenn wir nicht den Versuch machten, als Preis des Kriegs eine Reform der Sozialdemokratie nach der nationalen und monarchischen Seite anzubahnen“.¹⁵⁶

¹⁵¹ Nipperdey, 1990, S. 782; Huber, Ernst Rudolf: „Die Bismarcksche Reichsverfassung im Zusammenhang der deutschen Verfassungsgeschichte“, in: Schieder, Theodor & Ernst Deuerlein: Reichsgründung 1870/71, Tatsache, Kontroversen, Interpretationen, Stuttgart 1970, S.182-184.

¹⁵² Nipperdey, 1990, S.782 ff.

¹⁵³ Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Bd.7, Aalen, 1968, S. 237.

¹⁵⁴ Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht: Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands 1914/18, Düsseldorf 1962, S. 426.

¹⁵⁵ Mit der sogenannten Umsturzvorlage 1894 wurde innerhalb des Zentrums die Bereitschaft angefeuert, an einer erneuten Verschärfung der Sozialistengesetzgebung mitzuwirken, was die Mithilfe des Zentrums bei der Durchsetzung einer „weichen“ Politik vorab beendete. Fricke, Dieter (Hrsg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahr 1945, Berlin 1970, S. 891.

¹⁵⁶ Zechlin, Egmont: „Friedensbestrebungen und Revolutionsversuche; deutsche Bemühungen zur Ausschaltung Russlands im Ersten Weltkriege“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" B 25/61, 21 Juni 1961. Der Reichskanzler musste hierbei eine doppelte Strategie verfolgen, da es nicht nur um die „lebensnotwendige“ Einbeziehung der SPD als solche ging, sondern auch darum, die Radikalisierung des linken SPD Flügels aufzuhalten. Dieser von Karl Liebknecht angeleitete Teil hatte sich bereits 1914 gegen die Bewilligung der Kriegskredite ausgesprochen und die Burgfriedenspolitik als ungeeignet bezeichnete, um die Demokratisierung voranzutreiben. Ihm angehörende Politiker wie Haase, Bernstein, Kautsky oder Ledebour, der der deutschen Regierung vorwarf, „keinen Kampf zur Abwehr der Feinde und zur Befreiung des deutschen Volkes zu führen, sondern einen Kampf um die Macht, um die Weltherrschaft für den deutschen Kapitalismus“, sorgte für eine zusätzliche Verschärfung der Dichotomie innerhalb des

Einen ersten Ansatzpunkt zur Gewinnung der SPD sah Delbrück dabei in der Beseitigung der gegen die Sozialdemokraten bestehenden Ausnahmebestimmungen auf dem Gebiet der Verwaltung.¹⁵⁷

Auf Seiten der Konservativen wurde die Politik des begrenzten Entgegenkommens Bethmann Hollwegs kritisch betrachtet, da man den Sozialdemokraten vorwarf, die ohnehin angespannte Situation für die Ausnutzung der eigenen Interessen zu instrumentalisieren. In diesem Zusammenhang entwickelte sich eine regelrechte konservative Oppositionsbewegung gegen Bethmann Hollweg, die auch seitens des Zentrums unterstützt wurde. Neben dem mangelnden Durchsetzungsvermögen des Reichskanzlers und seiner fehlenden Determiniertheit kritisierte man von Seiten der Konservativen vor allem den fahrlässigen Umgang mit der Sozialdemokratie, deren politische Isolation weiterhin aufrechterhalten werden sollte.¹⁵⁸

Daneben wurde Bethmann Hollweg auch wegen seiner fehlenden Festlegung auf eine imperialistische Außenpolitik kritisiert.¹⁵⁹ Als Wortführerin kristallisierte sich hierbei die Kriegszielmehrheit des Reichstags heraus, die sich vom konservativen, über das nationalliberale bis hin zum Zentrumslager erstreckte und bereits seit Kriegsbeginn für einen Siegfrieden mit weitreichenden Annexionen eingetreten war. Hiervon versprach man sich vor allem nicht nur die Aussicht auf eine dauerhaft gesicherte Stellung Deutschlands, sondern auch eine Abhilfe hinsichtlich der tiefgreifenden politischen und sozialen Differenzen, die sich innerhalb der Gesellschaft zuzuspitzen begannen und sich immer stärker mit der Frage der Kriegsziele verwoben. Ab dem Frühjahr 1915 sollte sich die Frage des außenpolitischen Vorgehens durch die beginnende Diskussion um den uneingeschränkten U-Boot Krieg nochmals entscheidend verschärfen. Auslöser hierfür war die Tatsache, dass Bethmann Hollweg trotz der sich zuspitzenden Lage an seinem Widerstand gegen die Radikalisierung des

sozialdemokratischen Lagers. Diese spielte sich zwischen der burgfriedlichen Mehrheit, die auf eine Einlösung der Reformversprechen hoffte und der Opposition ab. Um einer Verschlimmerung der Lage vorzubeugen, blieb Bethmann Hollweg hier als einziges Mittel die Stärkung des rechten, kooperationsbereiten, nationalen Flügels in der Sozialdemokratie, was er durch seine Politik des begrenzten Entgegenkommens z.B. durch die Gesetzesvorlage zur Liberalisierung des Reichsvereinsgesetzes von 1908 versuchte. Diese Reformvorlage, versprach Bethmann Hollweg, sollte Bestandteil einer ganzen Reihe innerer Reformen werden, die im Rahmen einer groß angekündigten Politik der Neuorientierung sofort nach Ende des Kriegs umgesetzt werden sollten. S. hierzu: Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands, 1914/18, Düsseldorf 1962, S. 426 oder auch Llanque, 2000, S. 40/41.

¹⁵⁷ So sollten zukünftig Sozialdemokraten in Gemeinde-, Schul- und sonstigen Ehrenämtern bestätigt werden. Außerdem wurde das Verbot, sozialdemokratische Schriften und Zeitungen auf Bahnhöfen und im Heer zu verkaufen, aufgehoben. S. hierzu: Rietzler, Kurt & Karl Dietrich Erdmann: Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, Göttingen 2008, S. 215, Anm. 2.

¹⁵⁸ Das Zentrum stimmte u.a. der Verlängerung der Sozialistengesetze zu, ab 1890/91 konnte eine weitere Ebene der antisozialistischen Einstellung im Zentrum beobachtet werden, die sich vordergründig durch die stärkere Zusammenarbeit mit dem Episkopat ergab. Im Folgenden entwickelte sich eine immer stärkere und engere Verbindung mit den Konservativen, z.B.: 1908 während der Daily-Telegraph Affäre und der Reichsfinanzreform 1909.

¹⁵⁹ Hatte Bethmann Hollweg es bis zum Jahreswechsel 1915/16 geschafft, die Kritik an seiner Person in Grenzen zu halten, begann sich die Haltung des Zentrums im Zuge der Frage um den uneingeschränkten U-Boot Krieg im Frühjahr 1916 endgültig zu verändern. So nahm der Druck auf den Reichskanzler, der in Fragen der Kriegszielpolitik aufgefordert wurde, Stellung zu beziehen, ausgehend von den konservativen Zentrumskräften Gröber und Spahn immer mehr zu und resultierte darin, dass sich im Herbst 1916 die Mehrheitsverhältnisse zu Ungunsten des Reichskanzlers verschoben hatten. Zwar wurde die offene Kanzlerkrise auf Anraten Erzbergers unterbunden, dennoch wurde dem Reichskanzler mit der Zentrumsresolution vom Oktober 1916 die endgültige Entscheidungsgewalt in der Kriegszieführung entzogen und in die Hände der Obersten Heeresleitung gelegt. S. Loth, Winfried: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands. S. 302ff., sowie Morsey, Rudolf: Die deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966, S. 57.

Kriegs sowie der Fortsetzung der „Politik der Diagonale“ festhielt und jegliche Konkretisierung zum weiteren militärischen Vorgehen verweigerte. Seine Einstellung, die die Mitglieder der Kriegszielmehrheit als klare Absage an die eigene Interessenlage empfanden, führte dazu, dass sich immer weitere Kreise gegen Bethmann Hollweg zu mobilisieren und dessen Sturz zu befürworten begannen.¹⁶⁰ Es wurde zunehmend darauf gedrängt, dass „der Herr Reichskanzler zum Wohl des Vaterlandes und der deutschen Zukunft einem anders gearteten Manne den Platz“ räumen sollte, da das „gesamte deutsche Volk der Politik des Reichskanzlers ohne Vertrauen gegenüber stehen würde“.¹⁶¹

Wie vehement das Bestreben war, Bethmann Hollweg lieber heute als morgen vom Kanzlerposten stürzen zu sehen, verdeutlichte die Denkschrift des Generallandschaftsdirektors Wolfgang Kapp „Die nationalen Kreise und der Reichskanzler“.¹⁶² Hierin hieß es, dass „gerade in den treuesten Kreisen des Volkes, sprich: der nationalen Rechten, eine lebhafteste Missstimmung und tiefgreifendes Misstrauen gegen den Reichskanzler vorherrsche, weil nämlich die Führung es auf allen Gebieten an Entschlossenheit und Klarheit des Willens fehlen“ lasse.¹⁶³

Die Fehde gegen Bethmann Hollweg sollte sich im Zuge der Debatte um die Freigabe der Kriegszieldiskussion nochmals verschärfen, da der Kanzler zwar eine deutsche Hegemonialstellung befürwortete, umfassende annexionistische Vorstellungen jedoch nach wie vor zurückwies. Der immer aggressiver werdenden Reaktion seitens der Kriegszielmehrheit versuchte Bethmann Hollweg mit dem Verbot jeglicher medialer Diskussion um die Kriegsziele entgegenzuwirken. Nichtsdestotrotz sollten die kritischen Stimmen nicht verebben, weshalb

¹⁶⁰ Hierbei wurde vor allem Alfred von Tirpitz, der spätere Mitbegründer der Vaterlandspartei, zum Wortführer gegen Bethmann Hollweg und dessen Politik. Im Verlauf des Weltkriegs sollten sich die Angriffe gegen den Reichskanzler extrem häufen. So wurde auf Initiative des Alldeutschen Verbandes 1915 in München der „Volks-Ausschuß für die rasche Niederkämpfung Englands“ gegründet, dessen Zielsetzung verschärfte auf den Sturz Bethmann Hollwegs ausgerichtet war. Daneben wurde der „Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden“ 1916 gegründet, der eine Vielzahl von Mitgliedern aus der 1915 erfolgten Intellektuelleneingabe in sich vereinte. Loth, 1984, S. 304ff.

¹⁶¹ S. Kapp, Wolfgang: „Die nationalen Kreise und Reichskanzler“ vom 20. Mai 1916, Reinschrift, Entwurf und Abänderungen, zwei Reinkonzepte mit Korrekturen (Mai 1916), GStA PK, VI. HA Familienarchive und Nachlässe, Nachlass Kapp, W., Nr. 738. Zum Vorwurf wurde dem Reichskanzler nicht nur die „Preisgabe des völkischen Ansehens“ gemacht, sondern auch sein zögerliches Verhalten in Bezug auf den Beginn des uneingeschränkten U-Boot Kriegs. Hatte man sich in diesem Zusammenhang Anfang 1916 noch auf den gemeinsamen Konsens geeinigt, dass dieser zu gegebener Zeit geführt werden solle, zerbrach diese Einmütigkeit vor dem Hintergrund der gescheiterten Somme Offensive im Herbst 1916. Die bereits in Zusammenhang mit den innenpolitischen Differenzen offensichtlich gewordene politische Polarisierung war eng mit der Frage der Kriegsziele verquickt. Plädierte die Reformmehrheit bestehend aus FVP, SPD und Zentrum hier klar gegen den U-Boot Krieg und für die Arbeit an einem Verständigungsfrieden, sah man auf Seiten der Kriegszielmehrheit bestehend aus Konservativen, Nationalliberalen und Teilen des Zentrums in der Hinhaltenaktik Bethmann Hollwegs nicht nur die Ausbremsung der eigenen Expansionspolitik, sondern auch die Begünstigung des englischen Aushungerungsplans, der Deutschland mit aller Härte im Kohlrübenwinter 1916/17 treffen sollte.

¹⁶² Kapp, Wolfgang: „Die nationalen Kreise und Reichskanzler“ vom 20. Mai 1916, Reinschrift, Entwurf und Abänderungen, zwei Reinkonzepte mit Korrekturen (Mai 1916), GStA PK, VI. HA Familienarchive und Nachlässe, Nachlass Kapp, W., Nr. 738.

¹⁶³ Zitiert nach Hagenlücke, Heinz: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs, Düsseldorf 1997, S. 125ff. S. Kapps Denkschrift „Die nationalen Kreise und der Reichskanzler“, GStA PK, VI. HA Familienarchive und Nachlässe, Nachlass Kapp, W., Nr. 738. Kuno von Westarp hatte dem Reichskanzler bereits 1915 im Zuge der Konzessionen an die SPD gedroht, auf seinen Sturz hinzuwirken, sollte dieser seinen Kurs der Unterstützung des Unabhängigkeitsstreben der SPD nicht endlich stoppen.

Bethmann Hollweg sich, trotz der selbst verhängenen Zensur, im Mai 1916 für den Gang an die Öffentlichkeit entschied, um seine Position offiziell zu verteidigen.¹⁶⁴

Entgegen der Kritik vieler Konservativer, die Bethmann Hollweg als einen, „jedem starken Druck weichenden politischen Charakter“ bezeichneten und der Tatsache, dass „der Streit um den Kanzler“ im Zuge der innen- und vor allem auch außenpolitisch akuten Situation „nun richtig entbrannt“ war, vertrat Brauweiler einen abweichenden Standpunkt.¹⁶⁵ So stellte er sich, trotz der prophezeiten Drohung noch „dickhäutige Ablehnung“ für sein Verhalten zu erfahren, hinter Bethmann Hollweg und dessen Politik, die er als „vorbildlich und verdienstlich“ beschrieb.¹⁶⁶

Bereits wenige Tage nach der Veröffentlichung seines Leitartikels „Der Reichskanzler und die Parteien“, in welchem Brauweiler lobende Worte für Bethmann Hollweg fand, erreichte ihn ein mahnender Brief seines Parteikollegen Martin Spahn.¹⁶⁷ Mit Spahn, der ähnlich wie Brauweiler zum Lager der Reformkatholiken zählte, verband Brauweiler bereits seit dem Zentrumsstreit ein kollegiales Verhältnis, das nun jedoch auf eine Bewährungsprobe gestellt werden sollte. So machte der ehemalige Reichstagsabgeordnete des Zentrums keinen Hehl aus seinem Unmut über das Verhalten Brauweilers, dessen Unterstützungsbereitschaft für einen „linksliberal-sozialistisch“ eingestellten Kanzler er einfach nicht verstehen, geschweige denn teilen könne.¹⁶⁸ Für Spahn war Bethmann Hollweg nichts weiter als das Abbild eines „unfesten politischen Charakters“, den er für den fortschreitenden Sieg der demokratischen Denkweise verantwortlich machte. Des Weiteren auch für das Zusammenschmieden der Entente, was Spahn vordergründig einem Mangel an auswärtigen Zielen zuschrieb.¹⁶⁹ Das „einzig bleibende“ an Bethmann Hollweg sah Spahn darin, „dass er sich heute gegen diesen und morgen gegen den anderen wendet“.¹⁷⁰ Von einem solchen Auftreten sah er besonders für die Katholiken eine große Gefahr ausgehen, da diese „von fast allen Ämtern des öffentlichen Einflusses“ ausgeschlossen und dadurch mit einem erheblichen Einflussverlust konfrontiert seien. Spahn bestätigte, dass nach seiner Auffassung, eine politische Aktion gegen den Reichskanzler zu forcieren sei. Da er hierfür auf Unterstützung sowohl durch den rechten Zentrumsflügel, als

¹⁶⁴ Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands 1914-1918, Düsseldorf 1977, S. 244 ff.; Thimme, Friedrich: Bethmann Hollwegs Kriegsreden, Stuttgart und Berlin 1919, S. 90-129.

¹⁶⁵ Clemens, 1983, S. 57; Spahn an Brauweiler, 6.10.1916, StMG, NI Brauweiler, 15/13/165.

¹⁶⁶ „Zentrum und Reichskanzler“, in: Rheinische Zeitung, 24.8.1916, StMG NI Brauweiler, 15/13/165.

¹⁶⁷ Brauweiler, Heinz: „Der Reichskanzler und die Parteien“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 163, 11. Juni 1916.

¹⁶⁸ Spahn an Brauweiler, 25.8.1916, StMG, NI Brauweiler, 15/13/165.

¹⁶⁹ Der Vater Martin Spahns, Peter Spahn, zählte neben Fraktionsmitgliedern wie Gröber ebenfalls zum reaktionären Flügel des Zentrums. S. Fricke, Dieter (Hrsg.): Die bürgerlichen Parteien, Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Leipzig 1970, S. 904.

¹⁷⁰ Spahn an Brauweiler, 25.8.1916, StMG, NI Brauweiler, 15/13/165. Als Eckdaten dieser Traditionslinie verwies er u.a. auf die 1909 beginnende Verständigungspolitik, den 1911 genehmigten Panthersprung, die Verhandlungen mit Russland und die seit 1913 anhaltenden Verständigungsversuche mit England.

auch die Nationalliberalen und die Konservativen angewiesen war, entsetzte es ihn umso mehr, dass seine Pläne durch Personen aus dem eigenen politischen Lager konterkariert wurden.¹⁷¹ Offensichtlich war diese Aussage eine Anspielung auf Brauweiler, den er in einem weiteren Brief vom Oktober 1916 „herzlichst“ dazu aufforderte, „mit seinem Aufruf zur Unterstützung des Reichskanzlers“ künftig vorsichtiger zu sein, „da weder das Vaterland noch der Katholizismus hiervon einen besonderen Nutzen“ hätten, sondern „Schiffbruch zu erleiden“ drohten.¹⁷²

Auch wenn Brauweiler in einem Antwortschreiben an Spahn zusicherte, dessen Kritikpunkte begrenzt teilen zu können, wich er dennoch nicht von seiner Meinung ab. Nach wie vor hielt er die auf Bethmann Hollweg einprasselnde Welle der Kritik für unrechtmäßig und sogar gefährlich. Er erklärte, dass Äußerungen dieser Art der Entente den Nachweis liefern würden, „daß die ursprüngliche Einmütigkeit und Geschlossenheit des deutschen Volkes längst durch einen wilden Kampf widerstreitender Meinungen und schroffer Gegensätze“ verdrängt worden sei.¹⁷³ Innenpolitisch habe der Reichskanzler durch sein offenes Bekenntnis als „Kanzler der Neuorientierung“ viele Unterstützer verloren, da manche „heute noch hochmögenden Kreise dies als gefährlich für die eigene Machtstellung“ empfanden. Den von Spahn monierten Einflussverlust der Katholiken führte Brauweiler auf die „Propaganda“ der Presse zurück, die durch die Veröffentlichung der Kanzlerkritik Misstrauen im deutschen Volk, also auch im Katholizismus schüre und damit jeglichen Einheitsgedanken im Keim ersticke.¹⁷⁴ Statt sich weiterhin von diesem Misstrauen abhängig zu machen, appellierte Brauweiler daran, dem Kanzler dafür zu danken, dass er sich „von den Fesseln der parteimäßigen Einengung befreien“ wolle, da die „hundertprozentige Abhängigmachung und das ständige Abwägen parteitaktischer Interessen und Gestaltungen einen „Rückfall in das alte Parteienelend“ bedeuten würde.¹⁷⁵ In der Hoffnung, dass auch „unsere Außenpolitik [mittlerweile] eine scharfe und richtige Linie“ gefunden habe, sprach Brauweiler sich schließlich dafür aus, die Reichsleitung in innen- und außenpolitischen Fragen weiterhin unterstützen zu wollen, da „während des Kriegs einfach nichts anderes übrig“ bliebe.¹⁷⁶

Brauweilers Appell, den Reichskanzler zu unterstützen, war das Ergebnis einer rein taktischen Überlegung.¹⁷⁷ Diese basierte auf seiner Überzeugung, dass die „verheißende Neugestaltung

¹⁷¹ S. Clemens, 1983, S. 57/58.

¹⁷² Spahn an Brauweiler, 6.10.1916, StMG, NI Brauweiler, 15/13/165 & Spahn an Brauweiler, 8.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/165.

¹⁷³ Brauweiler, Heinz: „Die wichtigste Aufgabe des Reichstags“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 269, 8.10.1916.

¹⁷⁴ Ebd.

¹⁷⁵ Brauweiler an Spahn, 4.10.1916, BArch, NI Spahn, 1324/71.

¹⁷⁶ Ebd.

¹⁷⁷ Brauweiler, Heinz: „Der Reichskanzler und die Parteien“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 163, 11.6.1916. Das Festhalten an der Politik des Reichskanzlers wird auch in weiteren Artikeln im Tageblatt deutlich, zum Beispiel in Brauweiler, Heinz: „Reichskanzler Bethmann-

unserer inneren Politik“ in zunehmendem Maße durch die endgültige Haltung der stetig stärker werdenden Sozialdemokratie“ und „immer weniger durch den Einfluss der konservativen Kräfte bestimmt sein“ würde.¹⁷⁸ Hatte Brauweiler bis dato gehofft, durch die Stärkung des Katholizismus den aufstrebenden Sozialdemokraten den Wind aus den Segeln nehmen zu können, hatte sich das politisch-soziale Gefälle in Folge der Reichstagswahlen von 1912 nachhaltig zugunsten des linksorientierten Parteienspektrums verschoben. Das bedeutete nicht nur eine stärkere Hinwendung zu demokratischen Ansichten, sondern auch eine schwindende Aussicht auf einen konservativen Staatsaufbau, den Brauweiler mit der kommenden Neuorientierung etablieren wollte.¹⁷⁹

Brauweilers anfänglicher Optimismus, diese Entwicklung kraft des vereinenden Burgfriedens aufhalten zu können, sollte parallel zum ausbleibenden Sieg sowie ernsthafter Versorgungsmängel und der zunehmenden Kriegsmüdigkeit bröckeln.¹⁸⁰ Stattdessen machte sich die ernüchternde Erkenntnis breit, dass der Einfluss der konservativen Kräfte weiterhin zugunsten der Sozialdemokraten schrumpfte – eine Entwicklung, die durch das „Selbstständigkeitserwachen“ der Arbeiterschaft Unterstützung finden sollte.¹⁸¹ In Folge der schlechten Verhältnisse forderten diese ein stärkeres Mitspracherecht durch Abgeordnete aus den eigenen Kreisen. Diese Forderung sah Brauweiler vor allem durch die Sozialdemokraten motiviert. Seiner Meinung nach sahen diese in den kursierenden Unruhen eine willkommene Einladung, die Arbeiter verstärkt an sich zu binden und für die Unterstützung ihrer eigenen Interessenspolitik einzuspannen. Dafür schreckten sie auch nicht zurück, in fremden parteilichen Gefilden um Unterstützung für die eigenen Zwecke zu werben. Folglich schloss dies auch eine stärkere Hinwendung zur katholischen Arbeiterschaft ein, die sich trotz bestehender Milieugrenzen über den Weg der freien Gewerkschaften bereitwillig auf eine stärkere Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten einzulassen schien.¹⁸²

Hollweg“, in: Düsseldorf Tageblatt, Nr. 331, 29.11.1916. In diesem Artikel hebt Brauweiler hervor, dass der Reichskanzler den Ausspruch „Ich kenne keine Parteien, ich kenne nur noch Deutsche“ zum Programm gemacht hat. Die Politik Bethmann Hollwegs sieht Brauweiler als sehr vorausschauend an, da „Bethmann Hollweg es verstanden hat, der Verteidigungsfront des deutschen Volkes die feste innere Stütze zu geben und diese zu sichern“, in: ebd.

¹⁷⁸ Brauweiler, Heinz: „Der Reichskanzler und die Parteien“, in: Düsseldorf Tageblatt, Nr. 163, 11.6.1916. S.: Bachem, Julius: „Der Reichskanzler und die Parteien“, in: Der Tag, Nr. 142, 20.6.1916. In diesem Artikel schrieb Bachem, dass er entgegen der Kritik von konservativer Seite „vollständig den Ausführungen des Hauptredakteurs des Düsseldorf Zentrumsorgan, Dr. Brauweiler,“ zustimme, der bemerkte, dass „man die Entwicklung der Sozialdemokratie nur ihr selbst überlassen und die eigene Meinung nicht davon abhängig machen soll“. S. dazu: Brauweiler, Heinz: „Rosen und Dornen am Reichstagsstrauch“, in: Düsseldorf Tageblatt, März 1915 und auch „Zentrum und Reichskanzler“ in: Rheinische Zeitung, Nr. 192, 24.8.1916, StMG, NI Brauweiler, 15/131/165.

¹⁷⁹ Loth, 1984, S. 290.

¹⁸⁰ Schildt, Axel: Der deutsche Konservatismus - Kontinuitäten und Brüche im 20. Jahrhundert, in: Grunewald, Michel [Hrsg.]: Le milieu intellectuel conservateur en Allemagne, sa presse et ses réseaux (1890-1960) = Das konservative Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890-1960), Bern 2003, S. 34; Nolte, 2000, S. 160.

¹⁸¹ Loth, 1984, S. 290.

¹⁸² Loth, 1984, S. 291ff.

Um dieser Entwicklung vorbeugen zu können, forcierte Brauweiler eine Art „Appeasementpolitik“, bei der die Arbeiter über den Weg eines begrenzten Entgegenkommens zur konservativen Staatsbejahung erzogen werden sollten.¹⁸³ Brauweiler versprach sich hiervon nicht nur eine Kursänderung weg von demokratisch geprägten Ansichten hin zu einer konservativen Ordnungsalternative, sondern auch die Minimierung von Arbeitskämpfen, ein Garant für die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit und einen stärkeren Zusammenhalt im politischen Katholizismus.¹⁸⁴ Zur Umsetzung seines Vorhabens bot sich ein klassenübergreifendes Zweckbündnis an, das vom Arbeiter bis zum Aristokraten auf der Grundlage eines gemeinsamen Bekenntnisses zum volksgemeinschaftlichen Gedanken basieren sollte. Nur so glaubte Brauweiler, die tiefgreifenden politischen und ideellen Auseinandersetzungen innerhalb der Gesellschaft beilegen, das Abrücken vom Gedanken einer dauerhaften Demokratisierung des Reiches erreichen und schließlich die allgemeine Einschwörung auf das christlich-konservative Wertesystem durchführen zu können, zu dem die linken „formaldemokratischen“ Ansätze aufgrund der Propagierung eines neuen Individualismus in unvereinbarem Gegensatz stünden.¹⁸⁵

Zwar hätte die Bewilligung der Kriegskredite als Zeichen einer bereitwilligen Zusammenarbeit seitens der Sozialdemokraten gewertet werden können, für Brauweiler repräsentierte diese Tatsache jedoch keine geänderte Sinnesart der Sozialdemokraten, sondern eine rein taktische Überlegung, die sich aus dem Druck der Kriegsnot ergab. Seiner Meinung nach hatte es ausschließlich die Zentrumsparlei, „als eine der wenigen Parteien überhaupt begriffen, daß die Kriegserfahrung ein Umlernen und ein Eingeständnis bedeutete, nicht immer auf dem richtigen Weg gewesen zu sein“.¹⁸⁶ Konnte nur eine solche Erkenntnis den Anstoß für die Bereitschaft zu einer ertragreichen politischen und sozialen Kooperation im Sinne des Gemeinwohls darstellen, brachte ihn die immer wieder gegebene Androhung der Nichtbewilligung der

¹⁸³ Ähnliche Gedanken waren bereits unter Bismarck präsent gewesen, der gemäß dem Prinzip von „Zuckerbrot und Peitsche“ versuchte, eine Politik des gezielten Entgegenkommens durchzuführen. Durch die Verkündung von Sozialreformen sollte es gelingen, die Arbeiterschaft an den monarchischen Staat zu binden und sie von der Sozialdemokratie wegzuziehen, deren Rechte und Freiheiten durch die Sozialistengesetze erheblich eingeschränkt wurden. S. hierzu: Schmidt, Manfred G.: Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, Wiesbaden 2005, S. 21-34.

¹⁸⁴ Die Problematik in Hinblick auf die stark anwachsende christliche Arbeiterschaft und die Schwierigkeit, diese auch dauerhaft beim Zentrum und deren Vertretung durch die christlichen Gewerkschaften halten zu können, hatte August Pieper bereits in einem Bericht des Büros für Sozialpolitik zum Ausdruck gebracht. In diesem Zusammenhang äußerte sich auch Adam Stegerwald, der bei einer Konferenz führender Zentrumsmitglieder vom September 1915 davor warnte, dass der Anhang der christlichen Gewerkschaften nach dem Ende des Weltkriegs an die Sozialdemokratie verloren gehen könne.

¹⁸⁵ Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands, 1914/18, Düsseldorf 1962, S. 426. Der Begriff „Formaldemokratie“ stammt eigentlich aus dem sozialdemokratischen Lager und beschrieb hier eine Art Übergangsform zum Sozialismus bzw. zur sozialen Demokratie. S. hierzu: Hunkel, Andreas: Eduard Dietz (1866-1940) - Richter, Rechtsanwalt und Verfassungsschöpfer, Heidelberg 2008, S. 105/106; sowie Heller, Hermann: Gesammelte Schriften 1: Orientierung und Entscheidung, Tübingen 1992, S. 267 und 326. Brauweiler benutzte den Begriff „Formaldemokratie“, um die Unfähigkeit der gegenwärtigen Demokratiebestrebungen zu verdeutlichen, die seiner Meinung nach die wahren, deutschen Bedürfnissen verkannten und stattdessen westlichen Vorbilder nacheiferten.

¹⁸⁶ Brauweiler, Heinz: „Kriegsgedanken eines Daheimgebliebenen“, 10.11.1914, StMG, NI Brauweiler, 15/13/173.

Kriegskredite zu der Überzeugung, dass von einer ernsthaft geänderten Einstellung der Sozialdemokraten keine Rede sein könne.

Einen ersten Ansatzpunkt für seinen Plan einer „Appeasement“ Politik sah Brauweiler in der von Seiten der Arbeiterschaft geforderten Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts. Ähnliche Diskussionen waren in Zentrumskreisen schon seit längerem geführt worden und hatten bereits für eine erhebliche Polarisierung gesorgt.¹⁸⁷ Während sowohl der Volksverein für das katholische Deutschland als auch die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands und die christlichen Gewerkschaften zu entschiedenen Befürwortern eines solchen Schritts zählten, lehnte der agrarisch-konservativ geprägte Flügel die Wahlrechtsreform mit der Begründung ab, dass diese nichts anderes als ein „Mittel zur Versklavung der Bürger“ sei.¹⁸⁸

Der Ruf nach einer Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts als symbolischer und praktischer Schritt zu einer sukzessiven Gleichberechtigung der Arbeiterschaft bestand seitens der Sozialdemokratie und den Linksliberalen schon seit den 1870er Jahren und fand zunehmenden Anklang in den Reihen der katholischen Arbeiterschaft. Dass die letztendliche Durchführung der Wahlrechtsreform dennoch immer wieder scheiterte, war vor allem auf den Widerstand der konservativen Eliten zurückzuführen, die die parlamentarische Vertretung entsprechend der Kopfzahl als Einbuße für die Wahrung ihrer eigenen Interessen im preußischen Abgeordnetenhaus empfanden. Zwar hatte man sich auch innerhalb des Zentrums zur Durchführung einer Wahlrechtsreform bereit erklärt, diese Zusicherung entsprang jedoch nicht der Bereitschaft zu einem ernst gemeinten Entgegenkommen, sondern eher einer Art Hinhalte- und Besänftigungstaktik gegenüber der aufbegehrenden Arbeiterschaft.¹⁸⁹

Entgegen der Ansicht vieler Mitglieder der Düsseldorfer Ortsgruppe, die in der geforderten Wahlrechtsreform eine Erpressungsmaßnahme des Proletariats sahen, war Brauweiler überzeugt, hiermit einen günstigen Ansatzpunkt für die von ihm geforderte emotionale Einbindung der Arbeiterschaft gefunden zu haben. Folglich erklärte er die Modernisierung des

¹⁸⁷ Die mangelnde Bereitschaft, eine Wahlrechtsreform durchzuführen, war ein Merkmal, das Anfang des 20. Jahrhunderts im gesamten konservativen Lager verbreitet war, hier sowohl seitens der Industrie, vor allem der Schwer-, Export- und Fertigungindustrie, als auch in agrarischen Kreisen, beispielsweise beim Bund der Landwirte und dem Großgrundbesitz. Ähnlich kritisch beurteilte man die Situation auch bei den bürgerlichen Parteien und dem gewerblichen Mittelstand. S. Stegmann, 1970, S. 121ff. Das Zentrum zeigte im Laufe der Jahre ein ambivalentes Verhalten gegenüber einer Wahlrechtsreform. So hatte es um die Jahrhundertwende selbst noch für eine Reform des Dreiklassenwahlrechts gestimmt, um weitere Einflüsseinbußen durch die Abwanderung katholischer Arbeiter zu vermeiden. Hier entpuppte sich vor allem Franz Hitze zu einem der entschiedensten Befürworter einer Reform. Doch trotz der Tatsache einer prinzipiellen Bereitschaft, eine Wahlrechtsreform ernsthaft zu erörtern, sollte deren Umsetzung immer wieder aufgrund der Gegensätze zwischen den demokratischen, bürgerlichen und kirchlichen Interessen scheitern. S. Loth, 1984, S. 138.

¹⁸⁸ Hehl, Ulrich von: Wilhelm Marx in: Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein, 186, Bonn 1983, S. 126/27.

¹⁸⁹ Diese Taktik sollte im Frühjahr 1917 jedoch an ihre Grenzen stoßen. Zu diesem Zeitpunkt war man an einen Patt gekommen, der die Aufrechterhaltung der nach unten orientierten Klassenschranken nicht mehr länger möglich machte. Wollte man die weitere Bewilligung der Kriegskredit nicht gefährden, musste der Ankündigung Wilhelms II Folge geleistet werden, der in seiner Osterbotschaft vom 7.4.1917 den Beginn einer neuen Zeit versprach, in der für das Klassenwahlrecht kein Raum mehr vorhanden sein würde.

Wahlrechts zur „vornehmsten Aufgabe der neuen Zeit“.¹⁹⁰ Bereits im Februar 1916 veröffentlichte er einen großen Artikel im Tageblatt, in dem er sich zur Frage einer Wahlrechtsreform äußerte. Hier bezeichnete er das Dreiklassenwahlrecht als „das rückständigste der ganzen Welt“ und trat dafür ein, dass Preußen ein Verhältniswahlrecht nicht versagt werden dürfe.¹⁹¹ Auch wenn Brauweiler sich hier – ähnlich wie in Bezug auf den Burgfrieden und die Politik der Diagonale – erst reformwillig und kooperativ zeigte, war seine Bereitschaft zur Unterstützung auch im Falle der Wahlrechtsreform jedoch nicht uneigennützig zu sehen. Deutlich wurde das an seiner Ablehnung, das Reichstagswahlrecht auf Preußen zu übertragen, das Brauweiler als Fremdgewächs westlicher Vorbilder bezeichnete.¹⁹² Neben der Herrschaft von Berufspolitikern, der falschen Wahlkreiseinteilung und der „mechanischen Gleichheit“ aller Wähler kritisierte Brauweiler am Reichstagswahlrecht die Tatsache, dass der Wahlbetrieb in den Händen politischer Parteien nicht als wahrer Volkswille, sondern als „politische Vergewaltigung des Wählers“ betrachtet werden müsse, denen nur noch die Wahl zwischen den ihnen von der Partei vorgesetzten Kandidaten bliebe.¹⁹³ Dementsprechend gehe es also nicht mehr um die Verkörperung des wahren Volkswillens, sondern ausschließlich um die Vertretung egoistischer Parteieninteressen, die den Wähler zur Marionette ihres machtexpansiven Strebens degradieren würden.¹⁹⁴

Stattdessen forderte Brauweiler die Ausschaltung der Zwischenglieder der politischen Parteien, die sich auf ihre eigentlichen Aufgaben der Gesetzgebung und Verwaltung zurück besinnen sollten, sowie die Einführung des Verhältniswahlrechts mit extra Alters- und Familienstimmen. Damit sollte es jedem Wähler ermöglicht werden, „aus 1000 Kandidaten einen Mann des absoluten Vertrauens wählen“ zu können und somit alle politischen Strömungen und Kräfte zur Geltung zu bringen.¹⁹⁵ Von einer auf dem Verhältniswahlrecht basierenden Volksvertretung versprach Brauweiler sich die Aufhebung des zwanghaften Parteibetriebs, ein realeres Bild des wirklichen Volkswillens, eine höhere Wahlbeteiligung und natürlich auch die Gunst der Arbeiterschaft für die konservativen Wertehorizonte zu sichern.

¹⁹⁰ „Ein Beitrag zur Wahlrechtsdebatte“, in: Düsseldorfener Tageblatt, Nr. 51, 20.2.1916. Zur Haltung des Düsseldorfener Ortsverbandes der Zentrumsparterie siehe auch Patemann, Reinhard: Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964, S. 171.

¹⁹¹ „Ein Beitrag zur Wahlrechtsdebatte“, in: Düsseldorfener Tageblatt, Nr. 51, 20.2.1916.

¹⁹² Ähnlich zeigte sich die Einstellung bei Justizrat Bewerunge, der die Forderung einer Wahlrechtsreform als reine Erpressung bezeichnete und auch Brockmann, der einen solchen Schritt sogar als Gefahr für die christliche Kultur interpretierte.

¹⁹³ „Ein Beitrag zur Wahlrechtsdebatte“, in: Düsseldorfener Tageblatt, Nr. 51, 20.2.1916; Brauweiler, Heinz: „Ein Vorschlag zur Wahlrechtsreform“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/217.

¹⁹⁴ In diesem Zusammenhang veröffentlichte Brauweiler eine Vielzahl an Artikeln, in denen er das Wahlrecht thematisierte. So beispielsweise den Artikel „Ein Vorschlag zur Wahlrechtsreform“, in: Reichskartell-Korrespondenz, Nr. 8, 28.4.1917. Weitere Beiträge zur Wahlrechtsfrage in: StMG, NI Brauweiler, 15/13/217.

¹⁹⁵ „Ein Beitrag zur Wahlrechtsdebatte“, in: Düsseldorfener Tageblatt, Nr. 51, 20.2.1916; Delbrück, Hans: Regierung- und Volkswille. Eine akademische Vorlesung, Berlin 1914.

Verfolgte Brauweilers Festhalten an der vereinheitlichenden Politik des Reichskanzlers bis Anfang 1917 noch das Ziel der Etablierung einer korporativen Volksgemeinschaft zu Gunsten konservativer Denkmodelle und Strukturen, sollte sich seine Einstellung gegenüber Bethmann Hollweg und dessen Politik der Diagonale jedoch bald schon ändern.

2. Brauweilers Distanzierung vom Zentrum

Ab dem Frühjahr 1917 war das Zentrum nicht nur mit der drohenden Gefahr eines stagnierenden U-Boot Kriegs, dem Kriegseintritt der USA, der zunehmend schlechteren Versorgungslage und der lähmenden Kriegsmüdigkeit Österreich-Ungarns konfrontiert, sondern auch mit dem Ultimatum der Sozialdemokraten, die, wohl wissentlich um ihre Schlüsselposition hinsichtlich der Kriegskreditvergabe, die sofortige Einleitung eines Verständigungsfriedens forderten. Während sich das Zentrum unter dem Druck der „innenpolitischen Gefahr“ immer bereitwilliger auf einen Kurs des Entgegenkommens einließ und innenpolitische Zugeständnisse machte, setzte bei Brauweiler eine gegenläufige Entwicklung ein.¹⁹⁶ Diese zeigte sich sowohl innen- als auch außenpolitisch als wesentlich radikaler im Vergleich zu seiner bis dato eher ausgleichenden Einstellung. Zwar hielt er nach wie vor an seiner Forderung fest, die „Flut von Angriffen und die zum Teil erbitterte Feindschaft“ von rechts und links gegen den Reichskanzler zu unterlassen, da sie „zur Aufwühlung im deutschen Volk führen und den Mut der Feinde stärken“ würde, die immer akuter werdende Bedrohung des eigenen Landes führte jedoch zu einer deutlichen Distanzierung vom Kurs Bethmann Hollwegs.¹⁹⁷

2.1 Die Wende

In diesem Zusammenhang nahm Brauweiler erstmals zu den von der Kriegszielmehrheit geforderten Annexionen Stellung – ein Thema, dem er sich bisher neutral gegenüber gezeigt hatte. Zwar sprach er sich auch jetzt nicht explizit für annexionistische Forderungen aus – der Aufwand stand hierbei für ihn nicht im Verhältnis zum Nutzen – jedoch wies sein Eintreten für sogenannte „Sicherungen“ in eine ähnliche Richtung. Diese sollten überall dort zum Einsatz kommen, wo es die Belange Deutschlands erforderlich machten, so zum Beispiel beim Schutz des Siedlungs- und Bauernlandes, was vor allem in Bezug auf die heikle Ernährungslage immer notwendiger wurde.¹⁹⁸ Brauweiler zeigte sich hier besonders besorgt, da nicht nur die Vorräte

¹⁹⁶ Brauweiler, Heinz: „Kämpfen und siegen – die Forderung des Tages“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 58, 27.2.1917.

¹⁹⁷ „Die Gefahren, die der Krieg bringt. Bericht über ein Schreiben des Freiherrn von Gebattel“ in: Düsseldorfer Volksblatt, 25.5.1917.

¹⁹⁸ S. hierzu: Brauweiler, Heinz: „Die Mobilmachung des Volkes“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 342, 10.12.1916 sowie Brauweiler, Heinz: „Unsere Friedensziele III“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 110, 22.4.1917.

rasant zur Neige gingen, sondern „das nächste Erntejahr auch noch weitaus größere Schwierigkeiten bringen“ konnte. Die Frage nach ausreichender Anbaufläche wollte er demnach um jeden Preis gesichert wissen.¹⁹⁹ Erst wenn sich auf diesem Wege nicht der notwendige „Erfolg im eigenen Interesse“ einstellen sollte, würde er annexionistische Gebietserwerbungen als stärksten Ausdruck der Sicherungen befürworten, um Deutschland nicht als „dummen Michel“ oder „Tölpel“ dastehen zu lassen.²⁰⁰ Dieses differenzierte Vorgehen hinsichtlich der Annexionsfrage stellte für Brauweiler einen wesentlichen Schritt dar, mit dem die Sicherung der eigenen Interessen bei gleichzeitiger Wahrung des Charakters eines Verteidigungskriegs aufrechterhalten werden konnte.²⁰¹

Auch hinsichtlich innenpolitischer Entwicklungen nahm Brauweiler einen offensiveren Standpunkt ein. Hatte er bisher immer wieder an den Gedanken der Volksgemeinschaft und die verbindende Arbeit appelliert, grenzte er sich mittlerweile klar von der Favorisierung einer „gemeinschaftlichen, parteiverbindenden Arbeit“ unter Mitwirkung der Sozialdemokraten ab. Als Begründung führte er an, dass von diesen eine so „gefährliche Stimmungsmache“ ausgehe, dass deren unbändigem Herrschaftsverlangen zukünftig schärfer entgegengetreten werden müsse.²⁰² Seines Erachtens nach diene deren Auftreten einzig und allein „eitlen und machtlüsternden Parteiführern“, nicht jedoch dem Volkswohl.²⁰³ Besonders kritisierte er das Ultimatum der Sozialdemokraten für einen Verständigungsfrieden, das die ohnehin bestehenden Unruhen innerhalb der Arbeiterschaft auf die Spitze treiben und über parteipolitische und konfessionelle Milieugrenzen hinaus für eine elektrisierende Stimmung innerhalb der Bevölkerung sorgen würde. Den Auslöser dafür, dass es den Sozialdemokraten gelungen war, eine derart einflussreiche und bestimmende Position zu erreichen, sah Brauweiler in dem Beginn der Russischen Revolution im Februar 1917.²⁰⁴ Diese „bedrohlichste aller Revolutionen“, bei der die Duma das „willfährige Werkzeug Englands“ darstellte, hatte, Brauweiler zufolge, einen scheinbar alternativlosen Prozess der Entfremdung der Arbeiterschaft vom herrschenden System eingeleitet, der nunmehr auch unter der deutschen Arbeiterschaft eine Welle der Solidarität auslöse.²⁰⁵

¹⁹⁹ Neben der Sicherung von ausreichend Anbaufläche ging es Brauweiler auch darum, ein besseres Preisverhältnis zu erreichen. Gelingen konnte dies nur über den Weg der gerechten Lebensmittelverteilung zwischen Stadt- und Landbevölkerung und der Eindämmung des Schleichhandels, der nur über den Weg der Freiwilligkeit der Landwirte und der Stadtbevölkerung erzielt werden konnte. Brauweiler, Heinz: „Die Ernährungsschwierigkeiten“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 64, 4.3.1917.

²⁰⁰ Brauweiler, Heinz: „Unsere Friedensziele I“, in: Düsseldorfer Tagblatt, Nr. 101, 13.4.1917.

²⁰¹ Hierbei war der Hauptgegenspieler England, mit dem auf gar keinen Fall „ein vorzeitiger und fauler Frieden“ geschlossen werden durfte. S. Brauweiler, Heinz: „Unsere Friedensziele I“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 101, 13.4.1917.

²⁰² Brauweiler an Peter Spahn, 30.4.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/165.

²⁰³ Brauweiler, Heinz: „Einige notwendige Bemerkungen“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 97, 8.4.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/217.

²⁰⁴ Brauweiler an Peter Spahn, 30.4.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/165.

²⁰⁵ Brauweiler, Heinz: „Die Revolution in Russland“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 77, 17.3.1917.

Mit der im Juli 1917 durch den Zentrumsolitiker Matthias Erzberger proklamierten Friedensresolution sollten sich Brauweilers Hoffnungen auf den Aufbau einer gestärkten Volksgemeinschaft sowie die daran anschließende Etablierung einer christlich-konservativen Ordnungsalternative endgültig zerschlagen. So war hierdurch einerseits die Einleitung eines Verständigungsfriedens besiegelt, andererseits auch die Bildung des interfraktionellen Ausschusses bestehend aus SPD, Fortschrittlicher Volkspartei und Zentrum, was für Brauweiler eine deutliche Schwerpunktverschiebung zur politischen Linken bedeutete. Das Zentrum, als ursprünglich konservative Partei schien diese Entwicklung jedoch bereitwillig mitzutragen. Darüber hinaus bewirkte die Friedensresolution den Rücktritt des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, der für Brauweiler, trotz beginnender Zweifel als Garant für die Wahrung der konservativen Interessen und der außenpolitischen Standhaftigkeit gegolten hatte.²⁰⁶

Die Kehrtwende des Zentrums von einer katholisch-konservativen Interessenvertretung zu einer „Kollaborateurin“ des liberal-demokratisch eingestellten politischen Lagers markierte für Brauweiler eine regelrechte Zäsur.²⁰⁷ Infolgedessen schwächte sich nicht nur sein Glaube an die eigene Partei nachhaltig ab, sondern auch seine Hoffnungen, den Aufbau einer wahren Volksgemeinschaft als Grundlage für sein Ziel einer politischen und gesellschaftlichen Neuordnung im katholisch-konservativen Sinne vom Boden der Partei aus vornehmen zu können. Seine Enttäuschung und sein Ärger fokussierten sich dabei auf Matthias Erzberger, den Brauweiler zum Verursacher dieser Situation erklärte.

2.2 Die Friedensresolution vom Juli 1917

Matthias Erzberger war 1903 mit gerade mal 28 Jahren von der Zentrumsparlei als Abgeordneter für Württemberg aufgestellt worden und als einer der jüngsten Abgeordneten im Reichstag bereits seit 1909 für eine demokratische Linie eingetreten. Ähnlich wie der dem linken Zentrumsflügel angehörende Joseph Wirth stand auch Erzberger für die jüngere Generation von Zentrumsfraktionsmitgliedern, die einen neuen Politikertypus repräsentierten. Dieser lehnte die althergebrachten, unbeliebten Honoratiorenpolitiker wie Peter Spahn und

²⁰⁶ Forster, Bernhard: Adam Stegerwald (1874-1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter. Zentrumsolitiker. Mitbegründer der Unionsparteien, Düsseldorf 2003, S. 174. In diesem Zusammenhang kam nicht nur seitens des Düsseldorfener Tageblatts Kritik an dem Vorgehen gegen Bethmann Hollweg auf, sondern auch von der, in Dortmund erscheinenden Tremonia, in der man den innenpolitischen Zwist auf das Schärfste verurteilte und stattdessen dazu aufrief, dass „in dieser Zeit [...] die Krone, die verantwortlichen Minister und der Reichstag Hand in Hand arbeiten“ müssten. Die Germania maß der Reichskanzler-Debatte hingegen nur eine nebensächliche Bedeutung bei und bezeichnete stattdessen die Tatsache als vordergründig, „dass das deutsche Volk durch den Reichstag eine unzweideutige Willenskundgebung über die Kriegszielpolitik geben“ solle. S. Brauweiler, Heinz: „Das Zentrum und der Reichskanzler“, in: Düsseldorfener Tageblatt Nr. 191, 13.7.1917. Dem gegenüber stand die Kölnische Volkszeitung, die sich nur wenig betrübt über den Rücktritt Bethmann Hollwegs zeigte. Dies ging u.a. aus dem, am selben Tag veröffentlichten Artikel hervor, in dem es hieß, dass der Kanzler ein Unglück für Deutschland sei, da er die Interessen des deutschen Volkes nicht mit der nötigen Kraft vertreten habe. S. Kölnische Volkszeitung, Nr. 543, 14.7.1917.

²⁰⁷ Das zumindest schildert Brauweiler rückblickend in einem schriftlichen Austausch mit dem Historiker Wolfgang Stump. S. Schriftverkehr zwischen Stump und Brauweiler im November 1967, StMG, NI Brauweiler, 15/13/164.

Felix Porsch ab und verkörperte stattdessen das Bild eines Berufspolitikers, der auf Parlamente und Parteien, statt auf konservative Führungseliten und Autoritäten setzte.²⁰⁸

Am 6. Juli 1917 trat Erzberger plötzlich und auch für die eigene Fraktion unerwartet vor der im Reichstag versammelten parteipolitischen Öffentlichkeit für einen Verständigungsfrieden und ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie in einem Interfraktionellen Ausschuss ein. Als Begründung führte er an, dass auf eine Offensive nicht mehr gesetzt werden könne.²⁰⁹ Wörtlich hieß es: „Der Frieden kann nicht mehr mit dem Schwert diktiert werden, deshalb muss der Krieg auf politisch-diplomatischem Weg beendet werden. [...] Von dem Standpunkt des Verteidigungskriegs ist eine Einigung des deutschen Volkes nicht zu erreichen. Wir streben einen Frieden des Ausgleichs an. Uns treibt nicht Eroberungssucht. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietswerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigung unvereinbar.“²¹⁰ Erzberger warnte davor, dass die Engländer bereits auf die innere Uneinigkeit in Deutschland zählten, die zur letztendlichen Entzweiung und damit zur Niederlage der Deutschen führen würde.²¹¹ Als einzige Möglichkeit, diesem Schicksal zu entgehen, erachtete er die Rückkehr zum Gedanken von 1914, der das Vaterland gegen fremde Angriffe verteidigen, Eroberungspläne dabei jedoch zurückstellen sollte.²¹²

Obwohl Erzberger einen Verständigungsfrieden lange Zeit abgelehnt hatte, drängte er nunmehr auf selbigen.²¹³ Hierfür ausschlaggebend war seine Überzeugung, dass Deutschland einen vierten Kriegswinter mit den USA als zusätzlichem Gegner nicht überstehen würde. Daran hatte auch der Beginn des U-Boot Kriegs nichts ändern können, dessen Misslingen für ihn bereits nach wenigen Wochen offensichtlich wurde.²¹⁴ Hinzu kam die Offenbarung des österreichischen Außenministers Ottokar Czernin vom April 1917, der Erzberger bei einem Zusammentreffen über den baldigen Zusammenbruch der Donaumonarchie berichtete.²¹⁵ Sprachen die außenpolitischen Entwicklungen bereits klar für eine baldige Friedensresolution, stellte die zunehmende Kriegsmüdigkeit an der Heimatfront, die nicht nur aus der mangelhaften

²⁰⁸ Morsey, Rudolf: Die deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966.

²⁰⁹ Auf einer Sitzung des Reichsausschusses am 12. Oktober 1917 machte Erzberger seine Bedenken bezüglich einer Siegchance beim U-Boot Krieg erneut deutlich, s. Freiherr von Schönberg-Thammenhain: „Streng vertraulich! An die Mitglieder des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei“, 13.11.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

²¹⁰ Erzberger vor dem Reichstag, 6.7.1917, BArch, NI Erzberger, N 1097/18.

²¹¹ Ebd.

²¹² In den ersten Kriegsmonaten hatte im Zentrum noch relative Einigkeit über die Annexionsfrage bestanden. So hatte Erzberger bereits 1914 ein Annexionsprogramm verfasst, das nicht nur die Annektierung Belgiens beinhaltete, sondern auch die des französischen Küstengürtels, dem Eisenerzlager von Longwy-Briey. Darüber hinaus wurde hier die Schaffung eines großen Nationalstaats in Zentralafrika gefordert. Im weiteren Verlauf des Krieges sollte diese Einigkeit jedoch zerfallen. S. Bachem, Karl: „Das Zentrum im ersten Weltkrieg“, in: Ders.: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Bd.7, Aalen 1968, S. 903ff.

²¹³ In einem Brief an Falkenhayn hatte Erzberger im September 1914 noch geschrieben, dass ein Frieden erreicht werden müsse, „der unsere militärische Hoheit in Deutschland sichert“. S. Erzberger an Falkenhayn, 2.9.1914, BArch, NI Erzberger, N 1324/27.

²¹⁴ S. Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962, S. 208.

²¹⁵ S. Epstein, 1962, S. 193ff; „Patriot in der Gefahr“, in: Die Zeit, Nr. 34, 18.8.2011.

Ernährungslage resultierte, sondern auch aus den immer stärker auseinandergehenden Interessengegensätzen der Parteien gegen- und untereinander, schließlich die ausschlaggebende Legitimation für Erzberger dar.

Hierbei waren es vor allem die anhaltenden Unruhen in den Reihen der Arbeiterschaft, deren parteiübergreifende Forderungen nach inneren Reformen und einer gesamtheitlichen Neuorientierung zwischen April und Juli 1917 auf ein Höchstmaß angestiegen waren.²¹⁶ Hatte Erzberger im Mai 1914 noch geschrieben, dass „das größte Problem, das der inneren Politik des Reiches gestellt [war], die Zertrümmerung der gewaltigen Macht der Sozialdemokratie“ sei, wofür Rechte, Zentrum und Nationalliberale den Kampf mit aller Entschiedenheit aufnehmen müssten und in einem Brief an Carl Bachem vom Juni 1916, dass „die Politik Bethmann Hollwegs auf die SPD zuzugehen, ganz verfehlt [sei]“, hatte sich seine Meinung im Sommer 1917 geändert.²¹⁷ Als wichtigste innenpolitische Aufgabe bezeichnete er nun die „Aufrechterhaltung und Stärkung der Einigkeit des Volkes“, die alle parteipolitischen Lager inklusive der Sozialdemokraten einschließen sollte.²¹⁸ Dreh- und Angelpunkt war hier vor allem die Entscheidung über die Kriegskreditzahlungen, deren nächste Rate Ende Juni 1917 angestanden hätte. Machten die Sozialdemokraten ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten von der sofortigen Beendigung des U-Boot Krieges, der Aufklärung über die Kriegsziele und dem letztendlichen Beginn demokratischer Reformen abhängig, würde eine Ablehnung den glatten Verlust des Krieges bedeuten.²¹⁹ Durch seine am 6. Juli 1917 im Reichstag gehaltene aufsehenerregende Rede konnte Erzberger diese Bedrohung nochmals abwenden. Neben der Ankündigung der Friedensresolution sicherte er hier auch die seit langem versprochene und bis dato nicht realisierte Reformierung der deutschen Verfassung zu, die mit Hilfe einer konsequenten Demokratisierung erfolgen sollte.²²⁰ Bei dieser „organischen Neuordnung“ sollte das Zentrum zum parlamentarischen und politischen Gleichgewicht zwischen der Rechten und der Linken und damit unentbehrlich für die parlamentarische Balance gemacht werden.²²¹ In der nur wenige Stunden auf die Bildung des Interfraktionellen Ausschusses folgenden Sitzung konnte Friedrich Ebert schließlich bekanntgeben, dass „in Fragen der Neuorientierung Einigkeit darüber“ bestünde, daß die Regierung eine Erklärung über die Gewährung des freien Wahlrechts abgeben und eine Vorlage dazu so schnell wie möglich eingebracht werden solle.

²¹⁶ Nipperdey, 1990, S. 815.; Longerich, Peter: Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik; Handbuch zur Geschichte, Hannover 1995, S. 26f.

²¹⁷ Schenck, Guntram von: „Erzberger – Wegweiser für die Zukunft“, November 2008, auf: www.guntram-von-schenck.de, Zugriff erfolgte am 13.10.2014; Epstein, 1962, S. 113.

²¹⁸ Loth, 1984, S. 307/08.

²¹⁹ Hehl, Ullrich von: Wilhelm Marx: 1863-1946: eine politische Biographie, Mainz 1987, S. 106; Loth, 1984, S. 327, Anm. 5.

²²⁰ Ribhegge, Wilhelm: Preussen im Westen, Kampf um den Parlamentarismus in Rheinland und Westfalen, 1789-1947, Münster 2008, S. 281.

²²¹ Den Wunsch nach einer organischen Neuordnung hatte Erzberger bereits 1916 geäußert.

Damit war „eine vollständig neue parlamentarische und politische Situation“ herbeigeführt, mit der die ideologischen Schranken zur SPD erstmals durchbrochen waren.²²²

Zählte die SPD damit zu den hauptsächlichen Profiteuren der Friedensresolution, traf Erzbergers Vorstoß bei der Zentrumsparterie auf heftige Kritik. So war hiermit nicht nur sein eigens aufgestelltes Expansionsprogramm negiert, das beispielsweise das Niederdrücken Belgiens, die Schwächung Russlands und die Annexion von Longwy-Briey vorsah.²²³ Die Friedensresolution bedeutete auch eine Verschiebung der bis dato geltenden Machtverhältnisse und damit in den Augen der konservativ eingestellten Zentrumsmitglieder einen Verrat an der katholischen und nationalen Wertevermittlung. So sei hiermit offiziell eine Linksbewegung eingeleitet worden, die der Sozialdemokratie ein entscheidendes Mitspracherecht einräumen würde.²²⁴ Dass die über Jahrhunderte gewachsene Vorherrschaft in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Hinsicht nunmehr den konservativen Führungseliten durch eine „proletarische Masse“ aus der Hand genommen zu werden drohte, ließ Erzberger nicht nur bei den Rechtsparteien, sondern auch beim konservativen Flügel seiner eigenen Partei in einem negativen Licht dastehen.²²⁵ Die Tatsache, dass sein Name mit dem durch die Friedensresolution eingeleiteten Linksdraft verbunden war – im weiteren Verlauf auch noch mit dem Waffenstillstand von Compiègne 1918 und der anschließenden Annahme des Versailler Vertrags, der als Schanddiktat galt – machte den „Geburtshelfer der Demokratie“ nach Ansicht seines Biographen Klaus Epstein sogar zum „meist gehassten Deutschen der letzten hundert Jahre“.²²⁶

Nichtsdestotrotz wurde bei der am 19. Juli stattfindenden Reichstagsabstimmung die Bildung einer demokratischen Mitte mit 216 Stimmen von SPD, Zentrum und FVP gegen 126 Stimmen von USPD, Nationalliberalen und Konservativen beschlossen. Zwar waren die meisten Fraktionsmitglieder des Zentrums nicht wirklich überzeugt von der Notwendigkeit der Resolution, da sie in ihr die Ablösung der christlichen Wertevertretung sahen, „doch trotz schwerer Bedenken“ schien die ernüchternde Lage Deutschlands und der drohende Verlust der

²²² Mit dem Ziel, die innere Gärung, die sich innerhalb der Partei abzeichnete aufzuhalten, hatte die MSPD Leitung bereits seit längerem mit dem Gedanken der Kriegskreditverweigerung gespielt, der durch Erzbergers Einbringung der Friedensresolution gerade noch mal zuvorgekommen werden konnte. Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf: Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974, S. 303.

²²³ Hagenlücke, Heinz: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs, Düsseldorf 1997.

²²⁴ Schenck, Guntram von: „Erzberger – Wegweiser für die Zukunft“, November 2008, auf: www.guntram-von-schenck.de, Zugriff erfolgte am 13.10.2014.

²²⁵ Morsey, Rudolf: Die deutsche Zentrumsparterie 1917-1923, Düsseldorf 1966, S. 274.

²²⁶ Epstein, Klaus: Der interfraktionelle Ausschuss und das Problem der Parlamentarisierung 1917-1918, in: Historische Zeitschrift, Nr. 191, 1960, 562-584, sowie: „Matthias Erzberger“, in: Morsey, Rudolf (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts, Bd.1, Mainz 1973, S. 103-112, hier S. 103.

katholischen Arbeiterschaft an die SPD keine andere Option mehr offen zu lassen.²²⁷ Bei der Reichsausschusssitzung vom 23. und 24. Juli 1917 trat die rechte Opposition zwar nochmals in aller Schärfe gegen die Friedensresolution auf, die Überzeugungsarbeit Erzbergers bewirkte jedoch, dass die Delegierten schließlich geschlossen für die Annahme der Resolution gewonnen werden konnten.²²⁸ Dieser Schritt bedeutete die endgültige innerparteiliche Schwerpunktverschiebung hin zum demokratisch eingestellten Flügel der Zentrumspartei und darüber hinaus auch das endgültige Umschwenken vom Lager der Kriegszielmehrheit, bestehend aus Zentrum, Konservativen und Nationalliberalen hin zu einer Reformmehrheit aus Zentrum, SPD und Fortschrittlicher Volkspartei.²²⁹

Die Bereitschaft des Zentrums der Friedensresolution zuzustimmen und sich damit freiwillig mit der „Erzfeindin“ zu solidarisieren, die „in Zukunft für uns gefährlicher denn je“ werden sollte, führte Brauweiler auf die „gefährliche Stimmungsmache“ der SPD zurück.²³⁰ Seiner Meinung nach schien diese nicht nur den Reichskanzler, sondern auch die Zentrumspartei eingewickelt zu haben.²³¹ Anfangs setzte Brauweiler noch auf den neuen Reichskanzler Georg Michaelis, der der Friedensresolution zwar zustimmte, allerdings nur so, wie er sie verstünde. Brauweilers Hoffnung, Michaelis könne eine „Demokratisierung im deutsch-rechtlichen“, also christlich-konservativen Sinne durchführen und damit eine zu stark westlich geprägte demokratische Ausrichtung verhindern, sollte durch die Absetzung des Reichskanzlers am 1. November 1917 jedoch ebenso zerschlagen werden.²³²

Der Eintritt des Zentrums für einen Verständigungsfrieden und die daran anschließende Hinwendung der Partei zum westlich orientierten Parlamentarismus war für Brauweiler eine tiefe Enttäuschung und führte im Folgenden zu seiner wesentlichen Radikalisierung. Diese zeichnete sich durch seine zunehmend antidemokratischere und nationalistischere Einstellung aus. Zur Zielscheibe wurde dabei nicht die Zentrumspartei, da Brauweiler zu diesem Zeitpunkt

²²⁷ Ribhegge, Wilhelm: Preussen im Westen, Kampf um den Parlamentarismus in Rheinland und Westfalen, 1789-1947, Münster 2008, S. 281; siehe außerdem Kritische Online-Edition der Nuntiaturbericht Eugenio Pacellis (1917-1929); URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/6041 Dokument Nr. 225, Zugriff erfolgte am 5.9.2011.

²²⁸ Morsey, Rudolf: Die deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966, S. 63; Fischer, 1962, S. 555.

²²⁹ Gutsche, Willibald: „Bethmann Hollweg und die Politik der Neuorientierung. Zur innenpolitischen Strategie und Taktik der deutschen Reichsregierung während des ersten Weltkrieges“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 13,2, 1965, S. 209-254, hier S. 228ff.

²³⁰ Brauweiler, Heinz: „Ein Beitrag zur Kennzeichnung der Stimmung in den Kreisen der Zentrumspartei“, Juli 1917, in: Düsseldorf Tageblatt, Nr. 197, 19.7.1917.

²³¹ Brauweiler an Pfarrer Grünter, 6.2.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/170. Weitere Artikel bezüglich der Ablehnung der SPD sind zum Beispiel „Ein Beitrag zur Kennzeichnung der Stimmung in den Kreisen der Zentrumspartei“ vom Juli 1917, in dem es hieß: „Es muß mit aller Schärfe und weithallend darauf hingewiesen werden, daß die deutschen Katholiken und insbesondere die deutschen Zentrumsleute von einem (Scheidemann) Frieden nichts wissen wollen. Spahn, Fehrenbach, Stegerwald und Giesberts (dessen Meinung sich jedoch bald ändern sollte) haben dies abgelehnt.“ In: Düsseldorf Tageblatt, Nr. 197, 19.7.1917. Bereits in einem Artikel vom 17. Dezember 1916 hatte Brauweiler gegen „Scheidemann und Konsorten“ Stellung genommen, denen er vorwarf im Zuge des Friedensangebots der Entente nicht genug Unterstützung geleistet zu haben, worauf Scheidemann Brauweilers Festhalten am Siegfrieden als „Großmannsallüren eines Emporkömmlings“ bezeichnete, in: Düsseldorf Tageblatt, Nr. 349, 17.12.1916.

²³² Georg Michaelis war vom 14. Juli bis 31. Oktober 1917 Reichskanzler. Die Tatsache, dass er sich sowohl den Bedingungen der Friedensresolution als auch der Forderung nach inneren demokratischen Reformen widersetzt, brachte ihm bald den Unmut der Mehrheitsparteien ein, ermutigte Brauweiler aber gleichzeitig, in ihm einen einflussreichen Gegenspieler gegen die gegenwärtigen Entwicklungen gefunden zu haben.

noch davon überzeugt war, nur auf Grundlage der parteilichen Strukturen gute Ausgangsbedingungen für die Etablierung einer christlich-konservativen Nachkriegsordnung zu haben. Seine Kritik richtete sich nach wie vor primär gegen Matthias Erzberger, den Brauweiler zur Wurzel allen Übels erklärte.²³³ Besonders schwer wog für ihn die Tatsache, dass Erzberger sich bis kurz vor der entscheidenden Julisitzung des Reichstags noch gegen eine sofortige Neuorientierung der Partei ausgesprochen hatte, deren „alte[n] Parteirahmen“ er für „dehnbar genug“ hielt. Der Parteileitung gegenüber hatte er hier sogar zugesichert, jegliche Vorstöße gegen den politischen Kurs des Zentrums bei besagter Reichstagssitzung unterbleiben lassen zu wollen. Die Tatsache, dass er sich im entscheidenden Moment dennoch „plötzlich und für die eigene Fraktion vollkommen unerwartet“ für eine Friedensresolution und einen Frieden ohne Annexionen ausgesprochen hatte, stellte für Brauweiler einen schweren Verrat an den Grundsätzen der Partei sowie des Katholizismus generell dar.²³⁴

2.3 Die Radikalisierung Brauweilers in der Anti-Erzberger Kampagne

Da Brauweiler die „neuesten Leistungen Erzbergers“ nicht mehr länger schweigend hinnehmen wollte, begann er damit, eine Protestbewegung gegen Erzberger und die Friedensresolution zu initiieren.²³⁵ Diese sollte in Form einer innerparteilichen Opposition die rechten Kräfte im Zentrum sammeln und zu einer Bewahrung der alten Zentrumsgrundsätze und dem Aufbau einer christlich-konservativen Ordnung beitragen. Brauweiler erhoffte sich, eine Art Gegenbewegung zum „neuen“, scheinbar demokratiefreundlichen Kurs der Partei ins Leben rufen zu können, die den „auf die schiefe Bahn geratenen Katholizismus“ mittels einer stark rechtskonservativen und antidemokratischen Ausrichtung wieder auf die „eigentlichen katholischen Grundwerte“ zurückführen sollte.²³⁶

Die von Brauweiler gegen Erzberger erhobenen Vorwürfe richteten sich sowohl gegen innen- als auch außenpolitische Aspekte und gingen teilweise bereits aus den Grundsätzen hervor, die Brauweiler im April 1917 in einer großen Artikelserie über „Unsere Friedensziele“ im *Düsseldorfer Tageblatt* publiziert hatte.²³⁷ Getreu dem Motto „wir haben den Frieden nicht nötiger als unsere Feinde“ hatte er hier bereits gefordert, sich auf keinen Verständigungsfrieden einzulassen. „In Anbetracht der Entbehrungen die Frauen, Männer und Kinder hinnehmen

²³³ Vortrag, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

²³⁴ „Zur Lage“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 187, 9.7.1917.

²³⁵ Ebd.

²³⁶ Der sogenannte Rechtskatholizismus – eine Milieubewegung innerhalb des Katholizismus – hatte sich zwar kontinuierlich seit den 1870er Jahre in verschiedenen Stufen entwickelt, erhielt aber durch die Friedensresolution und Matthias Erzberger einen entscheidenden Auftrieb. Zum Thema Rechtskatholizismus s. u.a. Clemens, Gabriele: Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik, Mainz 1983; Gründer, Horst: Rechtskatholizismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Rheinlande und Westfalen, in: *Westfälische Zeitschrift*, Nr. 134, 1984, S. 107-155; „Zur Lage“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 187, 9.7.1917.

²³⁷ S. hierzu die Artikel „Unsere Friedensziele I-V“ in: StMG, NI Brauweiler, 15/13/165.

mussten und der Tatsache, daß ein lodernder Haß gegen das deutsche Volk“ bestand, welcher darauf abzielt, es „auszulöschen“, sei es stattdessen unerlässlich, eine starke und sichere Stellung zu gewinnen, damit es die Feinde niemals wieder wagen würden, „einen gleichen Kampf vom Zaun zu brechen“.²³⁸

Das letztendliche Scheitern der Bemühungen um einen Siegfrieden war für Brauweiler gleichbedeutend mit einem deutschen Schuldeingeständnis, was vor dem Hintergrund seiner Überzeugung, in einem „aufgezwungenen Verteidigungskampf“ zu stehen, wie eine freiwillige Zustimmung zu einem „faulen Frieden“ wirkte, der Deutschland um die „Früchte seiner Opfer und Anstrengungen“ bringen würde.²³⁹ Wäre bei dem deutschen Friedensangebot vom Dezember 1916, welches Brauweiler als „glänzenden Schachzug“ beschrieb, noch eine Verständigung möglich gewesen, konnte 1917 seiner Meinung nach nur noch die Abrechnung mit den Feinden erfolgen. In Einklang mit der Einstellung des *Tageblatts* befürwortete Brauweiler deshalb die Aufrechterhaltung des Kampfes und Entschädigungen für die durch die Gegner verursachten Leiden auf deutscher Seite.²⁴⁰ Darüber hinaus rief er auch zu einem Festhalten am uneingeschränkten U-Boot Krieg auf, den er den schwindenden Erfolgsaussichten zum Trotz, als „Markstein in der Geschichte des Weltkriegs“ bezeichnete und als einzige Möglichkeit, den verbissenen Gegner England in „die Knie zwingen zu können“.²⁴¹ Gerade den Engländern lastete Brauweiler „die Blutschuld für diesen furchtbaren Krieg“ an, was ihn zu der „unbesiegbare[n] Entschlossenheit“ brachte, „gegen England auch das letzte zu wagen“.²⁴²

Die Ansicht Erzbergers, dass Deutschland einen vierten Kriegswinter nicht überstehen würde, teilte Brauweiler nicht und bezeichnete sie als Lüge. Er gab an, „aus zuverlässiger Quelle“ zu wissen, dass die Situation nicht so ausweglos sei, wie von Erzberger geschildert, weshalb die, durch die Friedensresolution ausgelöste „trübe und kopfhängerische“ Stimmung auch mit allen Mitteln bekämpft werden müsse.²⁴³ In einem von Brauweiler am 29. Juli 1917 veröffentlichten Artikel hieß es dementsprechend: „Deutschland kann nicht drei Jahre diesen Heldenkampf geführt haben, um im vierten zu unterliegen. Dann wäre kein Sinn mehr im Weltgeschehen.“²⁴⁴

²³⁸ Brauweiler, Heinz: „Unsere Friedensziele I“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 101, 13.4.1917.

²³⁹ Brauweiler, Heinz: „Unsere Friedensziele IV“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 145, 27.5.1917.

²⁴⁰ Brauweiler, Heinz: *Kriegsgedanken eines Daheimgebliebenen*, StMG, NI Brauweiler, 15/13/173.

²⁴¹ Brauweiler, Heinz: „Der 1. Februar“ in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 2, 2.1.1917; Brauweiler, Heinz: „Die Mobilmachung des Volkes“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 342, 10.12.1916.

²⁴² Brauweiler, Heinz: „Unsere Friedensziele IV“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 145, 27.5.1917.

²⁴³ Brauweiler an Giesberts, 10.9.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174. Brauweiler machte aus seiner Forderung nach einer Aufrechterhaltung des Siegfriedensgedankens keinen Hehl. So u.a. in seinem Artikel „Mene Tekel“ vom 28. März 1919, in welchem er schrieb, sich immer klarer gegen den Defätismus stellen zu wollen, da „ein verlorener Krieg Deutschland in die viel härtere und ewig dauernde Schuld knechtschaft des Ententekapitalismus bringen würde“. S. *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 87, 28. März 1919.

²⁴⁴ Brauweiler, Heinz: „An der Schwelle zum vierten Kriegsjahr“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 207, 29.7.1917.

Rückte Brauweiler mit derartigen Äußerungen nah an das Lager der Alldeutschen heran, verurteilte er neben der Einführung eines „Verzichtfriedens“ und der damit einhergehenden Schwächung Deutschlands vor den Augen der Feinde auch die Einleitung des demokratischen Regierungssystems, das er aufs schärfste ablehnte.²⁴⁵ Zwar hatte Brauweiler selbst lange Zeit eine Verfassungsreform im „gesunden demokratischen“ Sinne gefordert, die enthaltenen Ziele ließen jedoch erneut erkennen, dass es hierbei vor allem um die Durchsetzung eigener Vorstellungen im Sinne einer „konservativen Neuordnung der Verhältnisse“ ging. Hierzu zählten die stärkere Anteilnahme des Volkes an der Regierung, der Einsatz der Tüchtigsten in leitenden Regierungsstellen und das Losreißen von der „egoistischen und sich streitenden Parteienvertretung“ bei gleichzeitiger Stärkung der katholischen Interessenvertretung und des allgemein befürworteten Gemeinschaftsgefühls.²⁴⁶ Die durch Erzberger ausgelöste Entwicklung sah Brauweiler zu stark auf die politischen Forderungen der SPD ausgerichtet, die für ihn „nicht mit den Lebensinteressen der Zentrumspartei“ zu vereinbaren waren.²⁴⁷ Den Sozialdemokraten ginge es schließlich nicht darum, die Bevölkerung stärker am politischen Geschehen zu beteiligen, sondern ausschließlich um die Durchsetzung „egoistischer Parteieninteressen“ und die „brutale Herrschaft der Mehrheit“.²⁴⁸ Das von Scheidemann und Co. gegebene Versprechen nach mehr Mitentscheidungsrecht und Volkssouveränität bezeichnete Brauweiler folglich als reine Verschleierungstaktik, mit der man die Bevölkerung für das Aufkrotzieren des parlamentarischen Machtapparats gefügig machen wollte.

Nicht weiter verwunderlich war die Tatsache, dass Brauweiler vor allem von der Bildung des interfraktionellen Ausschusses die „größte Gefahr“ ausgehen sah, den er als „wohlüberlegte[n] Schritt der sozialdemokratischen Führer“ zur Errichtung einer Demokratie westlichen Vorbilds bezeichnete.²⁴⁹ Das Zentrum, das hierin die neue Mitte einer großen Koalition mit dem Freisinn und den Sozialdemokraten bildete, sah Brauweiler damit gezwungen, die Politik des ständigen Taktierens zwischen rechts und links weiter aufrechtzuerhalten, die die Partei bereits seit langem innerlich zu zerreißen drohte.²⁵⁰ Da es sich in der Vergangenheit erwiesen hatte, dass das katholische Bekenntnis nicht allein Garant für die Überdeckung innerparteilicher Divergenzen sein konnte, forderte Brauweiler deshalb dazu auf, die Partei schnellstmöglich aus der ihr aufgezwungenen Mittelstellung zu befreien und diese stattdessen wieder auf die

²⁴⁵ Im Gegensatz zum Verzichtfrieden forderten die Alldeutschen weitreichende Annexionspläne und eine wesentlich repressivere Politik.

²⁴⁶ Brauweiler, Heinz: „Regierung und Volk“, in: Düsseldorf Tageblatt, Nr. 196, 18. Juli 1917.

²⁴⁷ Brauweiler, Heinz: „Die Krise“, in: Düsseldorf Tageblatt, Nr. 288, 18.10.1917; ebenso Brauweiler, Heinz: „Regierung und Volk“, in: Düsseldorf Tageblatt, Nr. 196, 18.7.1917; Brauweiler, Heinz: „Zur Lage“, in: Düsseldorf Tageblatt, Nr. 187, 9.7.1917.

²⁴⁸ Brauweiler, Heinz: „Regierung und Volk“, in: Düsseldorf Tageblatt, Nr. 196, 18.7.1917; Brauweiler, Heinz: „Die Plattform des Zentrums“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/168.

²⁴⁹ Brauweiler, Heinz: „Vor dem Reichsparteitag 28.9-5.10.1919“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/168.

²⁵⁰ Brauweiler, Heinz: „Die Plattform des Zentrums“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/168; Brauweiler, Heinz: „Das Zentrum im neuen Deutschland“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/164.

christlich-konservativen Werte als einzig „wahre[r] Grundlage“ des politischen Katholizismus zurückzubedenken. Nur so sah Brauweiler eine reale Möglichkeit, eine konservative Neuordnung als Gegenentwurf zu den vermeintlich falschen Vorbildern westlicher Demokratien nach Kriegsende etablieren zu können.²⁵¹

Als westliche Vorbilder bezeichnete Brauweiler vor allem die demokratischen Strukturen in England und Frankreich. Diese kritisierte er vordergründig für ihren ausufernden Kapitalismus, dessen einziges Ziel es sei, „sich zu bereichern und [sich] imperialistisch weiter auszudehnen“.²⁵² „Statt sich die fremden Eitergewächse fernzuhalten“, sei das deutsche Volk im Begriff, sich durch die Verfechtung der Friedensresolution „selbst das Grab zu graben, in welchem dessen Glück und Zukunft hinein sinken sollte“. Dies schien in den feindlichen Ländern wohl bereits gelungen, „wo heute Diktaturen der kapitalistischen Gewalt und der technischen Übermacht herrschten“.²⁵³ Der Sozialdemokratie müsse der Vorwurf gemacht werden, dass sie durch die Favorisierung des parlamentarischen Systems „aus dem Begriff Kapitalismus ein ödes Schlagwort“ gemacht und damit den „schädlichen Gedanken“ einer demokratischen Neuordnung westlich-kapitalistischer Prägung in das deutsche Volk eingepflanzt habe.²⁵⁴ Statt der SPD durch eine starke Politik, beruhend auf den eigenen konservativen Vorstellungen Einhalt zu gebieten, habe das Zentrum, geleitet von einem „falschen Optimismus“, diese in ihren „absurd anmutenden“ Forderungen nach Demokratisierung und einem Verzichtfrieden à la Scheidemann sogar noch bereitwillig unterstützt. Diese Entwicklung, die Brauweiler maßgeblich für „die bestehenden, unleugbar vorhandenen Gegensätze auch im Zentrum“ verantwortlich machte, könnten demnach also nur als eindeutiger Erfolg der sozialdemokratischen Machtbestrebungen und als Niederlage für alle konservativ Denkenden und ihr Werteverständnis angesehen werden.²⁵⁵

In diesem Prozess repräsentierte Erzberger für Brauweiler schließlich die freiwillige Kapitulation des Zentrums, sich dem schädigenden, kapitalistischen Geist vorbehaltlos zu unterwerfen.²⁵⁶ Wäre die Einbringung einer Friedensresolution von einem Mann wie

²⁵¹ Zur „wahren Grundlage“ des Zentrums s. unter Anderem: Brauweiler, Heinz: „Vor dem Reichsparteitag 28.9-5.10.1919“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/ 168; Brauweiler, Heinz: „Die Plattform des Zentrums“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/168.

²⁵² Brauweiler, Heinz: „Das Hindernis des Friedens“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 312, 11.11.1917.

²⁵³ Brauweiler, Heinz: „Einige notwendige Bemerkungen“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 97, 8.4.1917.

²⁵⁴ Brauweiler, Heinz: „Kapitalismus und Krieg“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 316, 15.11.1917. Die Ablehnung gegenüber den westlichen Demokratievorstellungen machte Brauweiler 1918 in seinem Artikel „Was wir wollen“ deutlich, in dem er sich zur „Verwirklichung der deutschen Demokratie“ bekannte, diese jedoch nicht mit den westlichen Vorstellungen der Demokratie“ in Verbindung brachte, sondern als verbindendes Element einzig und allein den Freiheitsbegriff sah. S. Brauweiler, Heinz: „Was wir wollen“, 24.11.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/173.

²⁵⁵ Brauweiler, Heinz: „Vor dem Reichsparteitag“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/168, S.3. Ähnlich ablehnend wie Brauweiler verhielt sich auch Brockmann bezüglich eines Zusammengehens mit der SPD, der auf der Sitzung des Reichsausschusses sagte, dass „die Zentrumsfraktion jetzt Arm in Arm mit der Sozialdemokratie [...] vor der ganzen Welt aufmarschierte und das die Zentrumsleute und die deutschen Katholiken dies nicht vergessen würden“.

²⁵⁶ Als einer von Erzbergers bedeutendsten Widersacher galt der DNVP Politiker Karl Helfferich, der vom Boden der DNVP aus „Erfüllungspolitikern“ wie Erzberger, Wirth oder auch Walther Rathenau offiziell den Kampf ansagte. Die von Helfferich erstellte Broschüre

Scheidemann, der als Sozialdemokrat bereits seit langem auf einen unverzüglichen Friedensschluss drängte, erwartungsgemäß, wog die Tatsache, dass hier ein Mann aus dem eigenen politischen Lager am Werk war, für Brauweiler besonders schwer.²⁵⁷ Dementsprechend rief er in einem Artikel vom 18. Juli dazu auf, diesem Weg nicht länger Folge zu leisten, da die „weitere Demokratisierung unseres Verfassungslebens [...] schädlich und gefährlich“ sei. Stattdessen müsse eine Volksvertretung eingesetzt werden, „die weiß was sie will“.²⁵⁸

Die Tatsache, dass nur einen Tag nach der Veröffentlichung seines Artikels die Resolution zum Verständigungsfrieden im Reichstag mehrheitlich angenommen wurde, empfand Brauweiler als Legitimation, seinen Unmut mittels einer Kampagne gegen die Politik Erzbergers auszuweiten. Hierfür setzte er das *Düsseldorfer Tageblatt* als öffentlichen Austragungsort ein, das sich im Folgenden zu einer regelrechten Hochburg des rechten bürgerlichen Flügels in Düsseldorf entwickeln sollte.²⁵⁹ Zum Düsseldorfer Kreis, der sich zunehmend vom Rest der Partei zu separieren begann, zählten hochrangige Personen des rheinischen Zentrumsflügels. So u.a. der stellvertretende Vorsitzende der Geschäftsleitung der Zentrumspartei und Vorsitzende des Verlags des *Düsseldorfer Tageblatts*, Joseph Bewerunge und der Landtagsabgeordnete des preußischen Abgeordnetenhauses Dr. Lambert Brockmann, der gleichzeitig auch Vorsitzender der Geschäftsleitung der Zentrumspartei, Besitzer des *Tageblatts* und Mitglied in dessen Aufsichtsrat war und außerdem eine extrem reaktionäre Einstellung vertrat.²⁶⁰ Des Weiteren waren der spätere Vorsitzende der Christlichen Volkspartei Bernhard Deermann, das Aufsichtsratsmitglied des *Tageblatts* Hecker, Oberlehrer Landvogt, Prof. Hülskötter, der ehemalige Chefredakteur des *Tageblatts* Eduard Hüsgen, der Vorsitzende des örtlichen Volksvereins für das katholische Deutschland Hans-Karl Rosenberg, Anton Diehl oder auch Hans Eisele zu nennen, der Korrespondent der *Kölnischen Volkszeitung* und Freund

„Fort mit Erzberger“ von 1919 führte schließlich zu einer von Erzberger initiierten Beleidigungsklage. Helfferich ging hier jedoch bis auf eine kleine Geldstrafe fast unbehelligt heraus, was maßgeblich zum Rücktritt Erzbergers aus seinem Amt als Reichsfinanzminister beitrug. Daneben gab es auch eine Vielzahl andere Mitglieder der rechten Opposition, wie zum Beispiel Eduard Stadler, die Erzberger ebenso ablehnend gegenüberstanden.

²⁵⁷ Brauweiler, Heinz: „Zur Lage“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 187, 9.7.1917.

²⁵⁸ Brauweiler, Heinz: „Regierung und Volk“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 196, 18.7.1917.

²⁵⁹ Im Gegensatz zur Presse der Sozialdemokratie waren die einzelnen Organe der Zentrumspresse nicht im Parteibesitz, sondern gehörten einzelnen Personen oder Gesellschaften. Ihre Zugehörigkeit zur Zentrumspartei ergab sich also ausschließlich über den Weg ihrer Anerkennung als Parteiorgan. Das erleichterte die Instrumentalisierung einzelner Zeitungen für eben solche Aktionen, wie die gegen Erzberger geführte Kampagne im *Tageblatt*. Förderlich war auch, dass Dr. Lambert Brockmann, bis 1930 im Besitz des *Tageblatts*, eine antirepublikanische Einstellung vertrat, was nicht nur durch seine Position als Vorstandsmitglied der 1917 gegründeten Deutschen Vaterlandspartei offensichtlich wurde, sondern auch durch seine 1925 erfolgte Gegenwehr gegen die Kandidatur Wilhelm Marx zum Reichspräsidenten. S. zum Thema Presse des Zentrums: Dussel, Konrad: *Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert*, Münster 2004, S. 143 oder auch Stöber, Rudolf: *Deutsche Pressegeschichte: Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Konstanz 2005.

²⁶⁰ Der spätere Reichskanzler Wilhelm Marx war tief entsetzt über die Entwicklung des Zentrums in Düsseldorf und dass ausgerechnet sein eigener Düsseldorfer Ortsverband eine Hochburg des Widerstands gegen die Zentrums politik auf Reichsebene wurde. In seinem Tagebuch schrieb er, dass „der rechte Parteiflügel und namentlich Rechtsanwalt Brockmann, maßgeblich unterstützt durch das *Düsseldorfer Tageblatt*, [...] sich gar nicht beruhigen“ wollten; sie standen „nach wie vor auf dem [Siegfriedens-] Standpunkt der *Kölnischen Volkszeitung* und hatten in der Person des abtrünnigen Erzbergers nun einen willkommenen Sündenbock gefunden“. Hehl, Ullrich von: *Wilhelm Marx: Eine politische Biographie*, Mainz 1987, S. 110ff.

Brauweilers, der ähnlich überzeugt davon war, dass Erzberger „das Unglück unserer Partei und Fraktion“ werden würde.²⁶¹

Auch von Seiten des rheinisch-westfälischen Adels sollte Brauweiler viel Unterstützung für seine Anti-Erzberger Kampagne erhalten, deren Vertreter in Männern wie Spahn, Stadtler oder Brauweiler die jungen Kräfte erkannten, die die Linkswendung des Zentrums aufhalten und stattdessen eine alternative Neugliederung implementieren würden.²⁶² Zu nennen waren hier u.a. namhafte Vertreter wie Graf von Schönburg-Glauchau, Ino von Twickel, Engelbert Freiherr von Kerckerinck zur Borg oder der Vorsitzende des Rheinischen Bauernvereins, Clemens Freiherr von Loë-Bergerhausen.²⁶³ Von Loë lobte Brauweiler dafür, dass er „der Katze eine so laute und deutliche Schelle“ umgehängt habe, „[...] daß ihre guten und beherzigenswerten Worte überall im Lande und beim Bürgerstand wohl verstanden und gewürdigt werden“.²⁶⁴

Dass die Unterstützung für Brauweiler gerade aus den Reihen des rheinisch-westfälischen Adels kam, erklärte sich aus dessen enger Verbindung zu den ursprünglichen Werten der Zentrumspartei. Im Gegensatz zum ostelbischen Junkertum, das sich frühzeitig der deutsch-konservativen Partei angeschlossen hatte, resultierte diese Nähe noch aus Kulturkampfzeiten.²⁶⁵ Die von Erzberger eingeleitete Friedensresolution schürte die Angst des Adels, seine über Jahrhunderte hinweg gewachsene Position an der Spitze der deutschen Gesellschaft durch den plötzlichen Linksruck und die damit verbundene Verschiebung des innerparteilichen

²⁶¹ S. Eisele an Brauweiler, 31.7.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174. Neben den hier aufgezählten Mitgliedern des Düsseldorfer Kreises erhielt Brauweiler auch von zahlreichen anderen Herren des rheinisch-westfälischen Bürgertums Zustimmung, so u.a. von dem Rechtsanwalt Felix Joseph Klein, der die Reaktion des Tageblatts für die hier vertretene Anti-Erzberger Haltung beglückwünschte und 20 Mark überwies, „damit die Verbreitung ihrer Gedanken weitesten Kreisen zugänglich“ gemacht werden könne. Auch Leutnant Fester äußerte Zustimmung, der den Vertretern des Verzichtfriedens vorwarf, Deutschland lächerlich zu machen. Darüber hinaus auch Rechtsanwalt Nuß, der Generalsekretär der Westfälischen Zentrumspartei Brand, Professor Krebs, Tacke, der Redakteur der Sächsischen Volkszeitung von Laven und der Landesbank Obersekretär Jünemann, etc. S. Briefverkehr zwischen 1917/1918 bezüglich der Anti-Erzberger Kampagne, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174. In seinem Bestreben gegen den Verzichtfriedensgedanken vorzugehen, erhielt Brauweiler auch viel Zustimmung von der Kriegsfrent, „wo die Aktion des Düsseldorfer Tageblatts weite Kreise“ zog. So u.a. vom Hauptquartier Charleville-Mézières, wo man das „gefährliche Gerede Erzbergers Leid“ war und es für richtig hielt, wenn nicht nur die Zentrumsführer, sondern auch das gesamte, deutsche Volk darauf aufmerksam gemacht würde. Oder auch seitens der Flandrischen Front, wo die „öffentliche Brandmarkung Erzbergers durch einige geschätzte Vertreter der Partei“ gelobt wurde. Der Verfasser des Briefs betonte, dass die Entbehrungen, die die Soldaten auf sich genommen haben, nicht umsonst gewesen sein dürften, und dass „jeder Eingeweihte weiß, daß der Krieg mindestens noch 6 Monate dauern wird und muß, um zu einem befriedigenden Ende zu kommen“. S. Feldpostbrief von der flandrischen Front von einer Fußartillerie-Bataillon an den Vorsitzenden der Zentrumspartei in Düsseldorf Landrat Adams, 30.9.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174. In einem wenige Wochen darauf folgenden Brief schrieb der Verfasser, dass „das Düsseldorfer Tageblatt uns oft in seiner freien, deutschen Meinungsäußerung gefallen hat“. Er bat Brauweiler persönlich darum, dass das Wort Friede in keiner Druckzeile außer im Hinblick auf die russische Friedensfrage zum Vorschein kommen möge. Brief von der flandrischen Front Otto Griese an Brauweiler, 15.1.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

²⁶² Malinowski, Stephan: Vom König zum Führer. Deutscher Adel und Nationalsozialismus, Berlin 2003, S. 387.

²⁶³ Freiherr Ino von Twickel verurteilt in einem politischen Referat mit dem Titel „Politisches Wollen und Wirken der Zentrumspartei in Westfalen“ die Linkswendung der Zentrumspartei, die diese seit der Erzbergerschen Friedensresolution vollzogen hatte. Als Konsequenz der Tatsache, dass Erzberger „für einen faulen Frieden ohne Einwände“ arbeitete und das Reichstagswahlrecht immer unvermeidbarer wurde, sah von Twickel die nationale Haltung des Zentrums gefährdet und rechnete sogar mit einer Splitterung der Partei. LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Archiv Westheim, Best. Nachlass Josef Graf zu Stolberg-Stolberg, Nr. 617.

²⁶⁴ Freiherr von Loë an Brauweiler, 13.11.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

²⁶⁵ Jones, Larry E.: "Catholic Conservatives in the Weimar Republic. The Politics of the Rhenish Westphalian Aristocracy, 1918-1933", in: German History 18, 2000, S. 60-85.

Schwerpunkts verlieren zu können.²⁶⁶ In diesem Zusammenhang setzte bei den adligen Vertretern ein Radikalisierungsprozess ein, der sich nicht nur gegen Erzberger richtete, sondern in zunehmendem Maße auch gegen die Arbeiterschaft, die Städte und das mobile Kapital.²⁶⁷

Neben den Vertretern des Adels war es auch der „freundschaftliche“ Kontakt Brauweilers zu den Vertretern christlicher Gewerkschaften, der ihm Unterstützungsbereitschaft gewiss werden ließ.²⁶⁸ Deren Vorsitzender, Adam Stegerwald, plädierte ebenso dafür, die weitere Einflussstärkung der Sozialdemokraten und der freien Gewerkschaften einzudämmen, da er eine Gefährdung für den Bestand der katholischen Arbeiterschaft befürchtete.²⁶⁹ Zwar trat er dafür ein, erstmal abzuwarten, „wie der Karren in der Zentrumsparterie läuft“, dennoch war Stegerwald, ähnlich wie Brauweiler, ein bekennender Gegner Erzbergers, dessen Juli-Aktion „alles zu wünschen übrig“ ließ.²⁷⁰ Vertrat damit auch Stegerwald den Wunsch nach einer stärkeren rechtskonservativen Orientierung des Zentrums, plädierte er 1920 sogar für eine christlich-nationale Parteineugründung.²⁷¹ Als Begründung führte er an, dass nur so eine Rückkehr der Partei zu ihrem ursprünglichen Kurs möglich sei. Neben Stegerwald pflichtete auch der Vertreter der katholischen Arbeitnehmerbewegung und Redakteur des Zentralblatts der christlichen Gewerkschaften, Theodor Brauer, den Ansätzen Brauweilers bei. Dieser hatte Brauweiler schon im März 1917 von „grauenhaften Verhetzungen im Volk“ berichtet und betont, dass es an der Zeit sei, „andere Töne“ anzuschlagen - „vor allem wo die Sozialdemokratie im Volk ganz merklich an Vertrauen und Anhängerschaft“ zunähme.²⁷²

Von Seiten der Presse sollte es neben dem *Tageblatt*, als einem der wesentlichsten Organe des rheinischen Zentrums, eine Anzahl anderer Blätter geben, die der Friedensresolution und der Politik Erzbergers ablehnend gegenüberstanden. Hier zu nennen waren u.a. das *Westfälische Volksblatt*²⁷³, das *katholische Volksblatt*, die *Sächsische Volkszeitung*²⁷⁴, der *Regensburger*

²⁶⁶ Obwohl der Adel den Krieg mit großem National- und Vaterlandsbewusstsein begrüßt hatte, sollte sich sein Verhältnis zur Zentrumsparterie mit der Friedensresolution deutlich abkühlen, was vor allem auf den hierdurch ausgelösten Linksruck der Partei zurückzuführen war. War der Monarch ein Schutzpatron für den Adel gewesen, der seine Rechte in der Gesellschaft schützte, führte die Hinwendung zur parlamentarischen Demokratie in Anbetracht der minoritären Stellung des Adels zu erheblichen Bedenken und der Angst, die traditionell erworbenen Vorrechte nicht aufrechterhalten zu können. Keinemann, Friedrich: Vom Krummstab zur Republik. Westfälischer Adel unter preußischer Herrschaft 1802-1945, Bochum 1997, S. 365ff. und Malinowski, 2003, S. 385ff.

²⁶⁷ Bergmann, Klaus: „Das Land steht rechts!“ Das agrarische Milieu, in: Lehnert, Detlef & Klaus Megerle: Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 181ff.

²⁶⁸ Brauweiler an Stump, 20.11.1967, StMG, NI Brauweiler, 15/13/165.

²⁶⁹ Stump, Wolfgang: Geschichte und Organisation der Zentrumsparterie in Düsseldorf 1917-1933, Düsseldorf 1971, S. 22; Stegerwald, Adam: „Wie denkt unser Volk“, in: Düsseldorf Tageblatt, Nr. 140, 22.5.1917.

²⁷⁰ Forster, Bernhard: Adam Stegerwald (1874-1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter Zentrumspolitiker Mitbegründer der Unionsparteien, Düsseldorf 2003, S. 174/75.

²⁷¹ Forster, 2003, S. 175; Hürten, 1962, S. 93.

²⁷² Brauer an Brauweiler, 13.6.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/165.

²⁷³ Ernst Heinen bezeichnet das Westfälische Volksblatt hier als „Gesinnungsgenossen“, da dieses ebenso gegen die Friedenskundgebung, sowie die Politik Erzbergers ankämpfe. Heinen, Ernst: Zentrumspresse und Kriegszieldiskussion unter besonderer Berücksichtigung der „Kölnischen Volkszeitung“ und der „Germania“, Köln 1962, S.157.

²⁷⁴ Die Sächsische Volkszeitung war das Organ des sächsischen Zentrums und fest in den Händen der dortigen Adelskreise. Ebenso wie im Düsseldorf Tageblatt kritisierte man hier das Verhalten Erzbergers, der als schädigend für die Partei bezeichnet wurde. In diesem Zusammenhang äußerte sich der sächsische Zentrumsführer Freiherr von Schönberg-Thammenheim wie folgt: „Viele Parteigenossen können die Wandlung in der Haltung der Reichstagsfraktion bezüglich der Annahme der Resolution nicht mitmachen.“ S. Heinen, 1962, S. 136. Auch

*Anzeiger*²⁷⁵ oder die *Stuttgarter Blätter*.²⁷⁶ Hatte anfangs auch die *Kölnische Volkszeitung*, das wichtigste Organ des politischen Katholizismus im Rheinland, zu den Gegnern der Erzberger Politik gezählt, änderte sich deren Kurs entgegen des heftigen Widerspruchs ihres Berliner Korrespondenten Hans Eisele, nach dem Eintritt Franz Xaver Bachems in die Redaktionsleitung.²⁷⁷ Dieser Meinungsumschwung war vor allem dem Bestreben der Redaktionsleitung geschuldet, die Einigkeit innerhalb des Katholizismus zu wahren und der drohenden Spaltung vorzubeugen. Eisele zeigte sich enttäuscht über diese Entwicklung und beneidete Brauweiler darum, ein „eigenes Organ“ zu haben, in dem er seiner Meinung Ausdruck verschaffen konnte.²⁷⁸

Den Auftakt der Anti-Erzberger Kampagne bildete der Anfang September im *Tageblatt* veröffentlichte Artikel „Caveant Consules“.²⁷⁹ Hier richtete sich Brauweiler nicht nur gezielt gegen Erzberger persönlich, sondern auch gegen die Mitglieder des Reichsausschusses der Zentrumsparlei, die er für die Zustimmung zur Friedensresolution kritisierte. Niemals verziehen werden dürfe diese Handlung, die nichts weiter als eine „Kundgebung von Schwäche“ darstelle, mit der die Stimmung im Volk endgültig niedergedrückt und damit das „Übel“ noch schlimmer gemacht worden sei.²⁸⁰ Schon bald würde sich zeigen, wie „brüchig diese zufällig gewordene Reichstagsmehrheit in Wahrheit“ sei, die „nicht als wirkliche Regierungsmehrheit“ betrachtet werden dürfe. Erstmals sollte Brauweiler in diesem Artikel auch Kritik an Bethmann Hollweg äußern. Ihm warf er vor, den Siegeswillen nicht klar genug gefördert zu haben.²⁸¹

Am 26. September 1917 erschien im *Tageblatt* schließlich ein groß aufgemachter Aufruf, den Brauweiler als eine Art Aufklärungsbericht verstanden haben wissen wollte. Zu dessen Unterzeichnern zählte eine Vielzahl angesehener Düsseldorfer Zentrumsmitglieder wie Lambert Brockmann, der Stadtverordnete Max Liertz, Jakob Hecker und Clemens Adams

der Chefredakteur Laven, der als engster Mitarbeiter von Schönberg galt, unterstützte Brauweiler und lud diesen zu einem Treffen in Berlin ein, wo wichtige Fragen bezüglich Erzberger besprochen werden sollten.

²⁷⁵ Der Regensburger Anzeiger entwickelte sich zu einem der wichtigsten Organe der Bayrischen Volkspartei, die sich nach der Linkswendung des Zentrums von diesem abzuwenden und ab 1918 endgültig eigene Wege zu gehen begann. Der Schriftleiter des Regensburger Anzeigers, Dr. F. Wetzel bat Brauweiler in einem Brief vom 8.4.1918 um eine nähere Zusammenarbeit, da nur durch Vernetzung eine angemessene Parteipresse möglich sei. Wetzel an Brauweiler, 8.4.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

²⁷⁶ Brauweiler, Heinz: „Versuch der Sammlung rechtsgerichteter Katholiken“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/157.

²⁷⁷ Franz Xaver Bachem ersetzte in dieser Position Julius Bachem, der während des Zentrumsstreits die Kölner Richtung verkörperte. Hans Eisele, der zum rechten Zentrumsflügel gehörte und als treuester Parteigänger Karl Helfferichs galt, wurde zu einem engen Weggefährten Brauweilers, den er maßgeblich bei seinem Eintreten gegen Matthias Erzberger unterstützte. Zwar hielt Julius Bachem noch bis zum September 1917 bedingungslos an Eisele fest, doch mit der Hinwendung der K.V. zum linken Flügel der Partei ab Juli 1917 wurde Eisele für die Redaktion nicht mehr länger tragbar. Enttäuscht von der Entwicklung des Zentrums sollte sich Eisele ab 1918 der Bayrischen Volkspartei zuwenden, wo er zeitweilig die amtliche Bayrische Pressestelle leitet, in: Lau, Matthias: Pressepolitik als Chance: staatliche Öffentlichkeitsarbeit in den Ländern der Weimarer Republik, Berlin 2002, S. 62-65. Siehe auch Lehnert, Detlef & Klaus Megerle (Hrsg.): Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, S. 171ff. Des Weiteren auch Heinen, 1962, S. 232ff.

²⁷⁸ Heinen, 1962, S. 121; Eisele an Brauweiler, 10.9.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

²⁷⁹ Heinen, 1962, S. 124, Anm. 70; Brauweiler, Heinz: „Caveant Consules“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 245, 5.9.1917.

²⁸⁰ Brauweiler, Heinz: „Caveant Consules“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 245, 5.9.1917.

²⁸¹ Brauweiler, Heinz: „Die Schwäche des Reichstags“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 249, 9.9.1917.

sowie der Stadtdechant Franz Sasse.²⁸² Inhaltlich wurde hier über die angebliche Fehlleistung der Friedensresolution aufgeklärt, die nicht grundsätzlich, sondern wegen der von ihr ausgehenden „kopfhängerischen und trüben Stimmung, die dadurch im Volk verursacht wurde“, von vornherein hätte abgelehnt werden müssen.²⁸³ Weiterhin wurde zur offenen Proklamation des Siegfriedensgedankens aufgerufen. Lange Zeit hatte dieser als unzweifelhaft sicheres Element der Zentrums politik gegolten, bis Erzberger „wie ein Blitz aus heiterem Himmel“ im Reichstag „einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen“ gefordert hatte. War eine solche Erklärung nur geeignet, „unseren Truppen den frischen Angriffsgeist zu lähmen und die Zuversicht der Feinde zu stärken“, appellierten die Unterzeichnenden an die Reichstagsfraktion, sich dem Auftreten Erzbergers zu widersetzen. Als Begründung wurde genannt, dass dessen Politik „unserem Vaterland und unserer katholischen Kirche und damit auch unserer alten bewährten Zentrums partei zum unermesslichen Schaden gereichen muß.“²⁸⁴ Die vermeintlich negativen Folgewirkungen der Erzberger Politik hatten sich „in den letzten Wochen weiterer Kreise der Zentrumsanhänger bemächtigt“ und lagen und lasteten seitdem wie „ein schwerer Druck“ auf allem.²⁸⁵ So war es nicht nur im Rheinland, sondern ebenso in Westfalen, Hessen-Nassau, Schlesien und Bayern [...] zu Unruhen gekommen, deren Zustandekommen Brauweiler in einem Kommentar vom 30.9. mit der „Art und Weise des Auftretens des Abgeordneten Erzbergers“ erklärte.²⁸⁶ Dass dieser für sich das Recht in Anspruch nahm, überhaupt noch zu reden, empfand Brauweiler als „sachlich wirklich unverständlich“, da die Reichstagsresolution ihre Berechtigung bereits durch die Zurückweisung der Friedensresolution der Entente verwirkt habe.²⁸⁷

Sollten der oben aufgeführte Septemberruf und der daran anschließende Kommentar Brauweilers „der Polemik gegen Erzberger die Krone“ aufsetzen, wurde die im *Tageblatt* propagierte Antistimmung von der Parteiführung als „extrem störend für das Band zwischen Reichstagsfraktion und Wählerschaft“ bewertet.²⁸⁸ Kritik kam u.a. von dem Vorsitzenden des Augustinusvereins, Lambert Lensing, der bereits am 15.9.1917 eine Untersuchung gegen das *Tageblatt* einleiten wollte. Diese Forderung rechtfertigte er damit, dass das *Tageblatt*, neben dem *Stuttgarter Blatt*, die Zeitung sei, die vornehmlich zur Zuspitzung der Streitfrage in

²⁸² „Erklärung“, in: Düsseldorf er Tageblatt, Nr. 266, 26.9.1917.

²⁸³ S. auch Brauweiler an Giesberts, 10.9.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

²⁸⁴ Brockmann an Marx, 27.9.1917, in: Stehkämper, Hugo: Der Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx, Köln 1968.

²⁸⁵ „Erklärung“, in: Düsseldorf er Tageblatt, Nr. 266, 26.9.1917.

²⁸⁶ „Eine Erklärung der Zentrumsfraktion des Reichstags“, in: Düsseldorf er Tageblatt, Nr. 270, 30.09.1917.

²⁸⁷ Ebd.

²⁸⁸ Mohren an Brauweiler, 26.9.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174. Johan Mohren war der Schriftleiter der Wacht. Er bezeichnete Brauweiler nicht nur als „kleinlich“, sondern fühlte sich auch vom Tageblatt getäuscht. Seine anfängliche Hoffnung, dass das Tageblatt in seiner Bedeutung für das katholische Deutschland aufsteigen werde, hatte sich nicht erfüllt. S. auch „Gegenerklärung“, in: Düsseldorf er Tageblatt, Nr. 273, 3.10.1917; Giesberts an Brauweiler, 8.9.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

Deutschland beitrüge und damit die Geschlossenheit des Zentrums aufs Spiel setze.²⁸⁹ Auch das langjährige Mitglied der Reichstagsfraktion und des preußischen Abgeordnetenhauses Johannes Giesberts begann das Auftreten des *Tageblatts* immer kritischer zu beurteilen. Zwar hatte er dem Vorgehen Erzbergers anfangs selbst ablehnend gegenübergestanden, in Anbetracht der Tatsache, dass das Zentrum jedoch immer weiter auseinanderzubrechen drohte und die Reichstagsfraktion für die Annahme der Resolution gestimmt hatte, lenkte er ein und entschied sich zur Unterstützung Erzbergers. Bei einer späteren Reichstagskonferenz bezeichnete Giesberts dessen Absichten sogar als „nützlich für Volk und Vaterland“.²⁹⁰ Brauweiler hielt er dementsprechend dazu an, das ständige Traktieren gegen die Friedensresolution und die damit zusammenhängende Verbreitung falscher Tatsachen unverzüglich zu stoppen.²⁹¹ Stattdessen riet Giesberts Brauweiler dazu, „die zunehmende Unterstützung für Erzberger von Seiten der Reichstags- und Parteimehrheit“ im Hinblick auf die Beeinflussung der Volksstimmung endlich als gegeben anzuerkennen.²⁹²

Auf Druck des linken Zentrumsflügels wurde am 3.10.1917 schließlich eine Gegendarstellung zum Septemberruf des Düsseldorfer Kreises veröffentlicht. Neben verschiedenen Gewerkschaftsfunktionären zählten hier vor allem auch Männer des Kleinbürgertums zu den Unterzeichnern.²⁹³ Erklärte Absicht der Gegendarstellung war es, sich von der einseitigen Politik des rechten Zentrumsflügels zu distanzieren und die hiervon ausgehende Gefahr für die ohnehin wacklige Parteieinheit deutlich zu machen. In diesem Zusammenhang wurde auf den Vorwurf bestehender Differenzen zwischen Reichsausschuss und Reichstagsfraktion bezüglich der Abstimmung über die Friedensresolution angespielt, die der rechte Zentrumsflügel

²⁸⁹ Lensing an Brauweiler, 4.9.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/170. Der Vorsitzende des Augustinus-Vereins, Lambert Lensing (1881 - 1928), war Gründer und Vorsitzender der Dortmunder Tremonia. Wie bereits bei seiner Arbeit für das Augustinusblatt verfolgte er auch in Zusammenhang mit der gegenwärtigen Situation einen deeskalierenden Kurs. In der Tremonia schrieb er, dass das Wichtigste derzeit sei, Ruhe zu bewahren. S. Tremonia, Nr. 254. 15.9.1917; Heinen, 1962, S.134. Brauweiler selbst hatte früher eine Vielzahl an Artikeln für den Augustinus-Verein veröffentlicht. Seine Tätigkeit bezog sich jedoch vordergründig auf den Zeitraum zwischen 1909 und 1912. Hier erschienen u.a. die Artikel: „Zeitungskorrespondenz und Nachdruckverbot“ in: Augustinus-Blatt. Vereins-Blatt des Augustinus-Vereins zur Pflege der katholischen Presse, Nr. 11, November 1909. Des Weiteren „Die Novelle zum Urheberrechtsgesetz und die Presse“, in: Ebd. Nr. 5, Mai 1910.

²⁹⁰ Rede des Abgeordneten Giesberts vor den Anwesenden der Reichstagskonferenz 1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

²⁹¹ Giesberts an Brauweiler, 8.9.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

²⁹² In einer „Klarstellung der parlamentarischen Kriegszielaktion“ vom 14.7.1917 verwies Giesberts nochmals eindringlich darauf, dass Erzberger keinen Verzichtfrieden initiieren wollte, „sondern einen Verständigungsfrieden, der den Lebensinteressen Deutschlands und seiner Verbündeten vollauf gerecht wird“. S. Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 192, 14.7.1917. In einem Antwortschreiben vom 10.9.1917 reagierte Brauweiler darauf, indem er in der Resolution enthaltenen Forderungen für das eigene Volk zwar als nützlich beschrieb, die Tatsache, „dass die Feinde dadurch jedoch eine andere Ansicht über Deutschland“ bekämen, konnte seiner Meinung nach nur als „Irrwahn“ bezeichnet werden. Brauweiler an Giesberts, 10.9.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174. In einer offiziellen Erklärung der Zentrumsfraktion vom 16.12.1917 wurde auf den Vorwurf, Erzberger habe mit seiner Forderung nach einem Verständigungsfrieden eigentlich einen Verzichtfrieden gemeint, aufgeräumt. So wurde hier nochmals betont, dass ein „Verständigungsfrieden nicht identisch mit einem Verzichtfrieden“ sei und Erzberger sich in seiner Ankündigung der Friedensresolution auch deutlich von einem Verzichtfrieden distanziert habe. Er betonte, dass es nicht darum ginge, einen Frieden um jeden Preis zu forcieren und hatte diese Aussage nochmals unterstrichen, indem er vorgab, sowohl an Belgien festhalten zu wollen, dass nicht völlig aufgegeben werden sollte und auch an dem Erzbecken von Briey, das der Industrie nach wie vor zu Gute kommen sollte. S. Loth, 1984, S. 327/328.

²⁹³ In das Lager der Gewerkschaftsfunktionäre zählten u.a. Heinrich Schaffrath, Christoph Schmitz, Ferdinand Brauer oder Bernhard Stöber. Aus dem Kleinbürgertum hatten z.B.: der Polsterer Viktor Baesch, der Maler Hans Berghoff oder der Anstreicher Cornelius Komen unterschrieben. S. „Gegenerklärung“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 273, 3.10.1918.

ebenfalls in seinem bereits erwähnten Septemberruf konstatiert hatte.²⁹⁴ Hier hatte es geheißt, dass zwischen der Annahme der Friedensresolution durch die Reichstagsfraktion am 19.7.1917 und der vom Reichsausschuss der Zentrumspartei am 23./24.7.1917 in Frankfurt angenommenen EntschlieÙung, bei der die anwesenden Delegierten für die Annahme der Friedensresolution gestimmt hatten, ein „gewaltiger Unterschied“ bestanden habe. Denn während die Friedensresolution des Reichstags einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung anstrebe, mit dem „erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar“ seien, war im Wortlaut der Erklärung des Reichsausschusses angeblich ein Frieden gefordert, der Deutschland politische Sicherung und wirtschaftliche Weiterentwicklung versprach.²⁹⁵ War es damit für den Düsseldorfer Kreis eindeutig, dass Erzberger die Reichstagsfraktion getäuscht hatte, indem er einen Verständigungsfrieden versprach, in Wahrheit aber einen Verzichtfrieden meinte, wurde dieser Vorwurf von den Unterzeichnern der Gegenerklärung negiert.²⁹⁶ Sie argumentierten, dass die Frankfurter Beschlussfassung der Reichstagsfraktion keine „Desavouierung“ der Zustimmung zur Friedensresolution sei, sondern lediglich eine Erläuterung. Diese decke sich zwar „nicht wortwörtlich mit der Friedensresolution des Reichstags“, meine aber dennoch dasselbe, nämlich einen Frieden der Verständigung und des Ausgleichs. Die Annahme durch die Reichstagsfraktion sei demnach zurecht erfolgt.²⁹⁷ Die Tatsache, dass der Reichskanzler Michaelis, sowie die Vertreter der Obersten Heeresleitung, Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff, sich einverstanden mit der Stellungnahme der Reichstagsmehrheit gezeigt hatten, entkräftete jede nachträgliche Aburteilung.²⁹⁸

Da die Kritik des rechten Zentrumsflügels als Kritik an der gesamten Reichstagsfraktion verstanden wurde, forderte man die „Parteifreunde“ schließlich dazu auf, der Zentrumsfraktion

²⁹⁴ „Erklärung“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 266, 26.9.1917.

²⁹⁵ „Erklärung“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 266, 26.9.1917.

²⁹⁶ „Erklärung der Zentrumsfraktion des Reichstags“ in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 270, 30.09.1917; Loth, 1984, S. 327/328.

²⁹⁷ „Gegenerklärung“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 273, 3.10.1918. Auf diese Aussage reagierte Brockmann in einer Erklärung vom 6.10. Marx gegenüber damit, dass der Entschluss zur Annahme der Resolution im Reichstag nicht der Meinung der Parteimehrheit entsprechen würde. Stattdessen warf er vor, dass „19/20 der [bei er Abstimmung] Anwesenden aus der Arbeiterschaft [stammten], die sich bereitwillig ins Schlepptau der Sozialdemokraten hatten nehmen lassen,“ [...] alle anderen hingegen bereits frühzeitig gegangen waren und demzufolge auch gar nicht mehr die Möglichkeit gehabt hatten, sich zu dem Zusatz der Resolution zu äußern, der erst am letzten Ende der Tagung hinzugefügt wurde. Die Zustimmung zu der Friedensresolution repräsentierte folglich also nur die Meinung des demokratischen Flügels der Partei. Brockmann hatte Marx bereits in einem vorangegangenen persönlichen Schreiben davon unterrichtet, dass es seine „unerschütterliche Überzeugung sei, daß die Politik des Herrn Abgeordneten Erzbergers unserem Vaterland und unserer katholischen Kirche und damit auch unserer alten, bewährten Zentrumspartei zum unermesslichen Schaden gereichen muß“. Brockmann an Marx, 27.09.1917, in: Stehkämper, Hugo: Der Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx, Köln 1968. Justizrat Dr. Liertz, der die Erklärung vom 30.09 ebenfalls unterzeichnet hatte, erwiderte auf die Gegenerklärung vom 3.10., dass mit Verdächtigungen dieser Art umgehend aufgehört werden sollte. S.

„Erwidern“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 277, 7.10.1917.

²⁹⁸ Als direkte Reaktion äußerte sich Landesbank-Obersekretär Jünemann, der Brauweiler in einem Brief vom 4.10. schrieb, dass es ihm „eine Wohltat“ sei, „dass das Düsseldorfer Tageblatt so entschieden Stellung gegen das unerhörte Treiben des Abgeordneten Erzberger bezog. [...] Die gestern erfolgte Gegenerklärung deren Unterzeichner lediglich Vorspannpferde der auf die extreme Berliner Richtung schwörenden Geistlichkeit zu sein scheinen, ändert nichts an der Tatsache, dass die Folge des unverantwortlichen Gebarens des Herrn Erzberger und seiner wenigen Getreuen, schon deutlich in die Erscheinung zu treten beginnt“. Und auch Freiherr von Schönberg-Thammenhain äußerte seine Zustimmung zum Septemberruf bereits am 3.10., indem er Brauweiler darüber informierte, dass man in Sachsen der gleichen Meinung sei. Seiner Meinung nach hatte sich Brauweiler mit dieser Aktion „einen großen Verdienst“ erworben. Thammenhain an Brauweiler, 3.10.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

das volle Vertrauen auszusprechen und „sich vom Düsseldorfer Kreis zu distanzieren“.²⁹⁹ Schließlich seien hier Kreise am Wirken, die sich offensichtlich nicht mit den angekündigten Veränderungen auf innenpolitischem Gebiet abfinden konnten.³⁰⁰

Wurde diese Forderung bei der Anfang Oktober 1917 stattfindenden Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses und des Zentralwahlkomitees der Düsseldorfer Zentrumspartei nochmals eindringlich bekräftigt, sollte die Öffnung des *Düsseldorfer Tageblatts* für die Aufrufe der extrem nationalistischen und rechtskonservativen Vaterlandspartei dem hier propagierten Einigkeitsbewusstsein der Düsseldorfer Zentrumspartei abermals widersprechen.³⁰¹

2.4 Die Gründung der Vaterlandspartei

Die Vaterlandspartei, die Fritz Fischer als die wichtigste innenpolitische Reaktion auf die Friedensresolution bezeichnete, wurde im Oktober 1917 von Wolfgang Kapp und Alfred von Tirpitz als Sammlungsbewegung der nationalistischen und antidemokratischen Rechten gegründet.³⁰² Die Idee einer Partei als Sammelbecken der nationalen Kräfte war eine bereits seit langem bestehende Forderung. Präsent geworden war sie im Zuge der Entstehung des neuen Nationalismus der 1880er Jahre und der sich daraus ergebenden Dichotomie zu dessen ursprünglich liberaler Ausrichtung.³⁰³ Pläne zur Gründung einer konservativen Mittelstandspartei hatten der spätere Gründer des Reichslandbundes Martin Schiele oder auch Freiherr von Gebtsattel bereits frühzeitig erwogen. Inhaltlich sollte es vor allem darum gehen, eine Frontstellung zur Arbeiterbewegung herzustellen und einen imperialistischen Charakter nach außen zu vertreten. Mit der 1916/17 erfolgten national-politischen Spaltung der Gesellschaft in Fragen der Kriegsziel- und Friedensdiskussion sollten diese bis dato nicht realisierten Pläne an Aktualität gewinnen und durch den engeren Zusammenschluss zwischen schwerindustriellem und agrarischem Lager auf eine noch breitere gesellschaftliche Basis

²⁹⁹ „Gegenerklärung“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 273, 3.10.1917.

³⁰⁰ S. ebd.; sowie Heinen, 1962, S. 131/32.

³⁰¹ Heinen, 1962, S. 158; Brauweiler, Heinz: „Das Zentrum nach dem Krieg“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 276, 6.10.1917, Stump, 1971, S. 20.

³⁰² Fischer, 2013 (Neuaufgabe von 1961), S. 556/57.

³⁰³ Hömig, Herbert: *Konservatismus im Umbruch, Wandlungen des Denkens zwischen Reichsgründung und Widerstand*, Aachen 1991, S. 11ff. Diese dichotome Entwicklung des Nationalismus beruhte auf der ab den 1880er Jahren immer offensiver werdenden Frontstellung der konservativen und liberalen Kräfte, die unterschiedliche Ansichten in Hinblick auf die Nationalisierung des Deutschen Reiches vertraten. War die nationale Bewegung bis dato eher von den liberalen Kräften getragen worden, gab die innenpolitische Herausbildung einer mehr und mehr sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung, sowie die härteren Auseinandersetzungen der Nationalitäten in Europa generell den Anstoß für den Versuch seitens der Konservativen, den Nationalbegriff den liberalen Kräften stärker zu entleeren und auf die eigenen konservativen Bedürfnisse umzumünzen. Sollte diese Entwicklung im Zuge des ersten Weltkriegs, wie bereits gesagt, zugunsten eines einheitlichen Nationalgefühls zurückgestellt werden, brach der Konflikt in der Mitte des ersten Weltkriegs erneut aus und blieb auch während der Weimarer Republik existent. Er erfuhr hier sogar eine weitere Ausdifferenzierung, die u.a. durch die Unterteilung des rechten Nationalismus in einen mehr traditionellen und einen neuen Nationalismus bestand. Hierbei ist der Alldeutsche Verband maßgeblich beteiligt gewesen, der „eine Schamierfunktion zwischen beiden Formen des Nationalismus“ darstellte. Hering, Rainer: *Die Alldeutschen Blätter* in: Grunewald, 2006, S. 428.

gestellt werden.³⁰⁴ Zum Schlagwort wurde hier der Begriff der „nationalen Opposition“, die neben dem Festhalten am Siegfriedensgedanken, die Aufgabe haben sollte, eine breite Rechtsfront als Gegengewicht gegen den abwartenden Kurs der Regierung zu etablieren. Nachdem der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, bereits im März 1916 zum Zusammenschluss der „nationalen Opposition“ aufgerufen hatte, folgte nur wenige Wochen später die Konstituierung des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden.³⁰⁵ Dieses Bündnis bestehend aus dem Bund der Landwirte, Vertretern der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und des Centralverbands Deutscher Industrieller (CDI) setzte sich für den Beginn des uneingeschränkten U-Boot Kriegs ein, sowie für die Freigabe der Kriegszieldiskussion und den Sturz Bethmann Hollwegs. Die 1917 ins Leben gerufene Vaterlandspartei stellte schließlich die erste außerparlamentarische Blockbildung der nationalen Rechten dar.³⁰⁶

Die Ziele der Vaterlandspartei bestanden vordergründig in der Auflehnung gegen die Friedensresolution und dem von der Reichstagsmehrheit beschlossenen Verständigungsfrieden sowie der Sammlung der rechtskonservativen Elemente der Gesellschaft als Gegenbewegung zur anhaltenden „Zersplitterung der nationalen Kräfte“.³⁰⁷ Die Mitglieder der Vaterlandspartei rekrutierten sich zu einem überwiegenden Anteil aus Kreisen des nationalistisch-konservativen Bürgertums, den wirtschaftlichen und nationalen Verbänden, sowie den Mitgliedern des rheinisch-westfälischen Adels. In diesen Kreisen hatte man sich bereits bei der Diskussion um den uneingeschränkten U-Boot Krieg Anfang 1917 und der Frage eines Verständigungs- oder Siegfriedens auf die Seite des annexionsfreudigen Flügels der bürgerlichen Imperialisten gestellt.³⁰⁸ Namhafte Vertretern waren hier z.B. Carl Duisberg, Ernst von Borsig, Wilhelm von Siemens, Alfred Hugenberg, Graf Schönburg-Glauchau, Hermann Graf Stolberg-Stolberg und Ino Freiherr von Twickel, der in seinem politischen Referat „Politisches Wollen und Wirken der Zentrumspartei in Westfalen“ den Beitritt zur Vaterlandspartei als „zweckmäßig“

³⁰⁴ Grunewald, 2006, S. 428.

³⁰⁵ Claß prägte den Begriff der „nationalen Opposition“ bereits 1904 in seinem Buch „Strom“ und griff damit die Bestrebung der Sammlung der nationalen Kräfte auf, die bereits im 19. Jahrhundert im konservativen Lager entstanden war. Claß verfolgte den Plan der nationalen Opposition während des Ersten Weltkriegs weiter, nachdem alle bisherigen Ansätze dazu gescheitert waren. So beispielsweise 1916 mit dem Vorstoß, eine Zusammenfassung der nationalen Verbände zu einem ‚Deutschen Volksrat‘ ins Leben zu rufen, dem sich jedoch bereits dessen zum Vorsitzenden bestimmte Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg versagte. S. Stegmann, Dirk: Die Erben Bismarcks, Parteien und Verbände in der Spätphase des wilhelminischen Deutschlands; Sammlungspolitik 1897-1918, Köln 1970, S. 493. Ab diesem Zeitpunkt sollten sich die Versuche der Zusammenfassung einer nationalen Oppositionsfront häufen und auch wesentlich radikalieren, was sich durch die Ersetzung des nationalen Begriffs durch den völkischen zeigte. Die hier bereits deutlich zum Tragen gekommene Radikalisierung, die vermehrt auch auf antisemitische Denkmuster zurückgriff, stellte für die Machtergreifung der Nationalsozialisten eine gute Grundlage für ihren eigenen Machtaufbau dar. Hering, Rainer: Die Alldeutschen Blätter“, in: Grunewald, 2006, S. 432ff.

³⁰⁶ Eley, Geoff: Reshaping the German right: radical nationalism and political change after Bismarck, New Haven 1980, S. 341.

³⁰⁷ Flemming, Jens: Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie: ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890-1925, Bonn 1978, S. 136.

³⁰⁸ Loth, 1984, S. 288.

bezeichnete.³⁰⁹ Des Weiteren genannt werden konnten Clemens Freiherr von Loë-Bergerhausen, der die Vaterlandspartei in Kontrast zur Gründung des Flottenvereins stellte, den die Zentrumspartei ebenfalls abgelehnt hatte oder Adolf von Schönberg-Thammenhain, der seinen Beitritt provokativ in einem offiziellen Schreiben an die Mitglieder des Reichsausschusses der Zentrumspartei bekannt gab.³¹⁰ Der bemerkenswert hohe Anteil Adliger war mit deren ablehnender Haltung gegenüber den 1917 um sich greifenden Demokratisierungsbestrebungen zu erklären, von denen man eine erhebliche Beschneidung der eigenen Rechte und des Einflusses befürchtete. Mit der Vaterlandspartei als „Sammelbecken aller Verfechter extremer Kriegsziele“ erhoffte man sich, ein Gegengewicht zu dieser Entwicklung bilden zu können und die drohende „Ausschaltung“ des rechten Zentrumsflügels zu verhindern.³¹¹ Auch in den Reihen der Vaterlandspartei richtete sich besondere Ablehnung gegen Erzberger, dessen Friedensresolutionstext als unvereinbar mit den geltenden Obrigkeitsverhältnissen gesehen und aus diesem Grund strikt abgelehnt wurde.

Auch wenn die Namensgebung auf eine Parteineugründung hätte schließen lassen können, gab sich die Vaterlandspartei strikt antiparteilich und außerparlamentarisch. Stattdessen bezeichnete man sich als Podium für einen unabhängigen Meinungs austausch.³¹² Obwohl die Gründer der Vaterlandspartei sämtliche Konkurrenz zu den bestehenden Parteien leugneten, stießen die programmatisch verankerten mittelständischen, antisozialistischen und antiparlamentarischen Ideologien bald schon auf extreme Gegenwehr, die neben der Sozialdemokratie und der Fortschrittlichen Volkspartei auch aus dem Zentrums lager kam. Bereits am 18.10.1917 wurde eine Entschlie ßung des Reichsausschusses der Zentrumspartei öffentlich gemacht, in der die Zentrumsmitglieder dazu aufgefordert wurden, „neuen Parteigründungen fernzubleiben“.³¹³ Damit war unzweifelhaft die Vaterlandspartei gemeint, deren Mitgliedern vorgeworfen wurde, den Streit der Parteien zum Boykott der Friedensbemühungen und zur Aufrechterhaltung der annexionistischen Siegfriedensforderungen auszunutzen und darüber hinaus die Einigung des deutschen Volkes durch die ständige Aushöhlung der Reichstagsmehrheit zu verhindern.

³⁰⁹ Twickel, Ino von: „Politisches Wollen und Wirken der Zentrumspartei in Westfalen“ LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Archiv Westheim, Best. Nachlass Hermann Graf zu Stolberg-Stolberg, Nr. 617.

³¹⁰ S. von Schönberg-Thammenhain: „An die Mitglieder des Reichsausschusses der deutschen Vaterlandspartei“, 13.11.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174. Der Vaterlandspartei traten vor allem Vertreter aus dem evangelisch norddeutschen Bürgertum bei, was auf die mangelnde Kommunikation des katholischen Charakters nach außen zurückzuführen ist. S. Hagenlücke, Heinz: „Formverwandlung der Politik in Deutschland im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik“, in: Mommsen, Hans (Hrsg.): Der erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung, Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik, Köln 2000, S. 107-124, hier S. 113.

³¹¹ Fischer, 1962, S. 556; Freiherr von Loë-Bergerhausen an Hermann Graf zu Stolberg-Stolberg vom 19.09.1917, in: LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Archiv Westheim, Best. Nachlass Hermann Graf zu Stolberg-Stolberg, Nr. 158. Hier schrieb er, dass „wenn der rechte Flügel sich gegen die demokratische Führung der Zentrumspartei auflehnen würde, dieser einfach ausgeschaltet werden würde.“

³¹² Freiherr von Loë-Bergerhausen an Hermann Stolberg-Stolberg vom 19.09.1917, in: LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Archiv Westheim, Best. Nachlass Hermann Graf zu Stolberg-Stolberg, Nr. 158.

³¹³ „Eine Entschlie ßung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei“, 6.10.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

Entgegen der abweisenden Haltung der Zentrumspartei und den ablehnenden Worten des Düsseldorfer Parteivorsitzenden Wilhelm Marx wurde wenige Tage nach ihrer Konstituierung am 7.10.1917 dennoch ein Werbeauftrag der Vaterlandspartei im *Düsseldorfer Tageblatt* abgedruckt. Dieser war von einer erheblichen Anzahl rechtskonservativer Zentrumsparteimitglieder aus dem rheinisch-westfälischen Raum unterzeichnet.³¹⁴ Die Tatsache, dass sich das *Tageblatt* ab diesem Zeitpunkt immer stärker für eine Unterstützung der Vaterlandspartei einsetzte, war kein ausschließliches Anzeichen eines monetären Nützlichkeitsdenkens – was man hätte vermuten können, bedenkt man, dass die Vaterlandspartei allein im Dezember 1917 111.000 Mark in Zeitungsinserate investierte. Hingegen bestätigte die Gründung einer Düsseldorfer Ortsgruppe ein persönliches Interesse des Düsseldorfer Kreises an der Programmatik der Vaterlandspartei, die u.a. die Rückkehr zum konservativen und nationalen Gedanken versprach – „begrüßenswerte Ansätze“, die mit Beitrittserklärungen namhafter Vertreter des Düsseldorfer Kreises, wie z.B.: dem Besitzer des *Düsseldorfer Tageblatts*, Lambert Brockmann, honoriert wurden.³¹⁵ Weitere Unterstützer wurden: Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, Dietrich Schäfer, Gottfried Traub, der Industrielle Wilhelm von Siemens, Ulrich von Hassel, Carl Pfeiffer, Franz von Reichenau, Kommerzienrat Ernst Schweckendieck und Prof. Otto Hoffmann, der sogar zu einem Mitglied des erweiterten Vorstands ernannt wurde.³¹⁶ Auch Bewerber unterstützte die Vaterlandspartei, der die Führung durch Matthias Erzberger und Philipp Scheidemann als unerträglich bezeichnete. Kritik an seiner Entscheidung versuchte er vorzubeugen, indem er etwaige Verbindungen zwischen der Vaterlandspartei und der alldeutschen Kriegszielbewegung negierte. In einem Brief an den späteren Parteivorsitzenden Karl Trimborn unterrichtete Joseph Bewerber diesen darüber, dass „der Beitritt der Düsseldorfer Zentrumspartei zur DVLP“ erfolgt sei und es diesmal nicht „laue Parteigenossen oder Eigenbrötler“ seien, „sondern solche, welche stets treu und fest zur Partei gestanden haben“.³¹⁷

Im Gegensatz zu oben genannten Herren, trat Brauweiler der Vaterlandspartei nicht bei.³¹⁸ Zu groß war seine Enttäuschung über die Entwicklung des Zentrums und zu vehement sein

³¹⁴ Als Vorläufer dieses Abdrucks galt der Septemberruf 1917, den u.a. schon Adams, Bewerber, Brockmann, Friedrich, Liertz, Hecker, Prälat Sasse, etc. unterzeichnet hatten, um ihren Unmut gegen die Friedensresolution deutlich zu machen. Auch im Falle des hier genannten Oktoberrufs trat man in Zusammenhang mit der Vaterlandspartei geschlossen auf. S. Hagenlücke, Heinz: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs, Düsseldorf 1997, S. 324/25.

³¹⁵ In einem Brief an den Vorstand der Vaterlandspartei berichtete Brockmann, dass er es als Ansporn betrachte, „katholische Kreise an die Arbeit der Vaterlandspartei heranzuziehen“. S. Brockmann an den Vorstand der Vaterlandspartei, GStA PK, N1 Kapp, I HA, Rep. 92/ 578. (Altsignatur)

³¹⁶ Hagenlücke, 1997, S.164.

³¹⁷ Zitiert nach Hagenlücke, 1997, S. 324/25, Anm. 188.

³¹⁸ Im Zuge der Recherchen Wolfgang Stumps anlässlich seines Buches Geschichte und Organisation der Zentrumspartei in Düsseldorf 1917-1933 teilte Brauweiler diesem schriftlich mit, der Vaterlandspartei nie als Mitglied angehört zu haben und erklärte diese Entscheidung mit deren Festhalten an den Kriegszielforderungen. Diese hatte er, entgegen der Ansicht des Historikers Heinz Hagenlücke, der Brauweiler zu einem ausgewiesenen Mitglied der Kriegszielbewegung erklärte, schon Monate zuvor verworfen. Einzig und allein die „Parole zum Durchhalten“ hatte ihn zur Unterstützung motiviert, die seit Erzbergers Vorstoß im Reichstag zu einem seiner Hauptziele wurde, da er

Bestreben, sich künftig von sämtlichen Parteien fernzuhalten. Trotz seiner ablehnenden Haltung gegenüber einem Beitritt bezeichnete er die Gründung der Vaterlandspartei jedoch als eine „willkommene Reaktion gegen die systematische Flau- und Mießmacherei“, die Brauweiler als ernsthafte Bedrohung der Widerstandskraft des Volkes ansah.³¹⁹ Seine Unterstützungsbereitschaft zeigte er durch die bereitwillige Öffnung des *Tageblatts* u.a. für Beitritts- und Werbeaufträge der Partei. In Zusammenhang mit den politischen Entwicklungen – der Friedensresolution, den Widerstandsversuchen der „nationalen Opposition“ und seinem persönlichen Festhalten an dem Gedanken einer konservativ geprägten Alternative zum demokratischen System – sollte sich Brauweiler immer weiter radikalisieren und die Vaterlandspartei bereitwillig unterstützen. Seine Haltung sollte zur weiteren Verbitterung der Zentrumsfraktion beitragen, die das *Tageblatt* bald als „Tummelplatz der Agitationen der Vaterlandspartei“ bezeichnete.³²⁰ So warf man Brauweiler und Konsorten vor, „jegliches Gefühl von Parteidisziplin verloren zu haben“ und damit die weitere Spaltung des Zentrums bereitwillig zu provozieren.³²¹

Doch statt eines Einlenkens hielt Brauweiler an der Unterstützung der Vaterlandspartei fest, die als der institutionalisierte Auftakt der sich 1919 in der Nationalen Vereinigung sammelnden „nationalen Opposition“ galt.³²² Fest von ihren „lößlichen Zielen“ überzeugt, empfand Brauweiler es sogar als schweres Unrecht, wenn „den Zentrumsleuten aus der Unterstützung [der Vaterlandspartei] ein Vorwurf“ gemacht werden würde, da die Parteien durch den ständigen Zwist untereinander ihren Anhängern keine andere Wahl als den Beitritt ließe.³²³

befürchtete, dass der „Defätismus unsere Lage“ wesentlich verschlimmern könnte. S. Brauweiler an Stump, 29.11.1967, StMG, NI Brauweiler, 15/13/164. In wie weit hier Brauweiler seine Einstellung rückblickend beschönigt, ist zwar nicht sicher nachzuvollziehen, dennoch kann festgehalten werden, dass es in all seinen Artikeln und Publikationen vordergründig um die Aufrechterhaltung des Siegfriedensgedankens ging und Annexionen bei ihm ein äußerstes Mittel zum Zweck darstellten. S. u.a. die Artikelreihe „Unsere Friedensziele I-V“, die im Düsseldorfer *Tageblatt*, zwischen dem 13.4.1917 und dem 24.6.1917 publiziert wurden. Zum Thema Annexionen s. auch Brauweilers Artikel „Die Mobilmachung des Volkes“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 342, 10.12.1916 etc. beide in StMG, NI Brauweiler, 15/13/165.

³¹⁹ „Alldeutsch?“ in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 33, 2.2.1918.

³²⁰ „Der Reichstag und das preußische Volk“ in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 345, 13.10.1917.

³²¹ Heinen, 1962, S. 145ff. Hier zitiert werden kann u.a. Max Scheler, der in Bezug auf die Frage der Neuorientierung für einen christlichen Solidarismus eintrat, um den Gegensatz zwischen Kapitalismus und Kommunismus überbrücken zu können und der versuchte, Brauweiler zu einem Abrücken von der Vaterlandspartei zu bewegen. Ihm gegenüber sagte er: „Wenn wir keinen Verständigungsfrieden finden, sind wir verloren.“ S. Scheler an Brauweiler, 1.9.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/170. In diesem Zusammenhang war es für den mehrheitlichen Zentrumsflügel besonders unverständlich, dass gerade aus den eigenen Parteikreisen der ohnehin gefährdeten Einheit Steine in den Weg gelegt wurden. So äußerte man Kritik sowohl in der Germania als auch der Tremonia. In einem am 21.10.1917 veröffentlichten Artikel hieß es, dass „gerade in der schicksalsschweren Zeit die Fraktionshaltung zum Ausgangspunkt einer geradezu gefährlichen und verderblichen Agitation gegen das Zentrum gemacht worden sei. Das traurigste bei der Sache ist, daß sogar Zentrumsabgeordnete des preußischen Landtags sich dazu missbrauchen lassen, um dem rollenden Zentrumswagen Knüppel in die Speichen zu werfen“. Tremonia, Nr. 281, 12.10.1917. Bezüglich der weiteren Kritik an der Unterstützung der Vaterlandspartei von Seiten des Zentrums siehe auch: „Der Reichstag und das preußische Volk“ in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 345, 13.10.1917.

³²² Stegmann, Dirk: „Zwischen Repression und Manipulation : konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918; ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP“, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Jg. 12, 1972, S. 351-432.

³²³ Ähnlich wie Brauweiler beurteilte auch Eisele die Situation, der Brauweiler bereits maßgeblich bei seinem Eintreten gegen Erzberger unterstützte und ebenso die Vaterlandspartei protegierte. In einem Brief an Brauweiler drückte er sein Unverständnis darüber aus, „daß es verpönt ist, der Vaterlandspartei beizutreten, daß es aber gestattet ist, Mitglied beim Volksbund für Freiheit zu werden“. Eisele an Brauweiler, 14.1.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174. Der Volksbund für Freiheit war eine ebenfalls 1917 gegründete Organisation, die sich als Gegenbewegung zur Vaterlandspartei verstand und neben der Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts vor allem die Parlamentarisierung des politischen Systems forderte. Brauweiler, Heinz: „Zentrum und Vaterlandspartei“ in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 316, 15.11.1917.

Darüber hinaus waren die Parteien „Einrichtungen, die auf Friedensverhältnisse berechnet sind“, was die Unterstützung außerparlamentarischer Organisationen, also auch der Vaterlandspartei, für den Kriegsfall legitimiere. Den Vorwurf, Werbung für die Vaterlandspartei im *Tageblatt* zu machen, entkräftet Brauweiler mit seinem Appell an die Meinungsfreiheit.³²⁴ Sie mache es schließlich notwendig, die „ehrliche Meinung aller zur Sprache bringen zu müssen und zu dürfen, [...] da Maulkorbpolitik nur den Widerstreit schärft.“³²⁵ Brauweiler zufolge dürfe der Begriff Parteidisziplin nicht überspannt werden, da auch „andere Meinungen zu Wort“ kommen müssten, selbst wenn diese nicht zwangsläufig den Parteiansichten entsprächen.³²⁶ Als Antwort erfolgte wenige Monate später ein, vom örtlichen Zentrumsvorsitzenden Wilhelm Marx in Kraft tretendes, endgültiges Werbeverbot für die Vaterlandspartei im *Düsseldorfer Tageblatt*.³²⁷

In den folgenden Monaten sollte sich die ohnehin schon angespannte Situation zwischen Brauweiler und der Zentrumsparterie weiter verschlechtern. Grund dafür war nicht nur sein Eintreten für die Vaterlandspartei, sondern auch die nach wie vor bestehende Stimmungsmache gegen Erzberger. So beispielsweise in einem Anfang Januar 1918 veröffentlichten Artikel, in welchem Brauweiler die Parteiöffentlichkeit wiederholt vor der vorsätzlichen Schwarzfärberei Erzbergers warnte, die fälschlicherweise als Vorwand zur Einleitung des Verständigungsfriedens instrumentalisiert worden sei.³²⁸ Verärgert über sich wiederholende Angriffe und Beschuldigungen reagierte man seitens der Zentrumsfraktion lediglich mit einem kurzen Kommentar, der sämtliche getätigten Anschuldigungen kurzerhand als „unwahr“ erklärte. Dieser Schritt wurde von der mehrheitlichen Zentrumspresse begrüßt. So fanden u.a. die *Schlesische Volkszeitung*, der *Oberschlesische Kurier* und auch die *Trierische Landeszeitung* lobende Worte für die Reaktion der Zentrumsfraktion. In einer am 21.1.1918 stattfindenden Sitzung des Fraktionsvorstands wurde schließlich öffentlich bekannt gegeben, dass man seitens der Partei jede weitere Beschäftigung mit dem *Düsseldorfer Tageblatt* von

³²⁴ Brauweiler rechtfertigte sein „Vergehen“ damit, dass er lediglich die Pflicht und das Recht der Pressefreiheit wahrgenommen habe: „Die ehrliche Meinung aller muss und darf zur Sprache gebracht werden [...] man muss auch andere Meinungen ertragen lernen.“ S. Brauweiler, Heinz: „Zentrum, Tageblatt und Vaterlandspartei“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 305, 4.11.1917. Am 15.11.1917 schrieb Brauweiler ebenfalls im *Düsseldorfer Tageblatt*, dass „Meinungsfreiheit die oberste Priorität sein muss und keinem zum Vorwurf gemacht werden darf, wenn er sich aus vaterländischer Pflicht der DVLP zuwendet und sich in inneren Gegensatz zur Zentrumsparterie stellt“. S. Brauweiler, Heinz: „Zentrum und Vaterlandspartei“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 316, 15.11.1917.

³²⁵ Die Freiheit der Presse wurde bereits auf dem 1. Reichsparteitag als „unabweisbares Erfordernis“ proklamiert, da eine authentische und glaubwürdige Berichterstattung nur auf dem Weg einer freien Presse behaupten werden konnte. Brauweilers abweichende Einstellung mit dem Appell an die Pressefreiheit zu rechtfertigen, unterlag von daher also einer taktischen Überlegung. Stump, 1971, S. 106.

³²⁶ Brauweiler, Heinz: „Zentrum und Vaterlandspartei“ in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 316, 15.11.1917.

³²⁷ Hübner, Christoph: *Die Rechtskatholiken, die Zentrumsparterie und die katholische Kirche in Deutschland bis zum Reichskonkordat von 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Scheiterns der Weimarer Republik*, Berlin 2014, S. 96.

³²⁸ Brauweiler, Heinz: „Der Propanz“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 12, 12.1.1918.

nun an unterlassen wolle. Eine solche Aussage kam einer öffentlichen Aberkennung des Charakters des *Düsseldorfer Tageblatts* als einem Zentrumsorgan gleich.³²⁹

Brauweiler, der nach wie vor fest davon überzeugt war, dass sich „auf die Dauer [...] die Wahrheit nicht verheimlichen“ lassen würde, nutzte den Einspruch Erzbergers gegen die Ostpolitik des Reichskanzlers Hertling im Mai 1918, um seinen mittlerweile fast ein Jahr andauernden Kampf gegen Erzberger wieder aufzurollen. Zu diesem Zeitpunkt schaltete sich erstmals auch die *Kölnische Volkszeitung* ein, die sich Anfang Mai öffentlich dafür aussprach, „alles, was die Einigkeit zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung stört [...], mit aller Sorgfalt“ fernhalten zu wollen.³³⁰ War durch das Auftreten der *Kölnischen Volkszeitung* ein heftiger Eklat vorprogrammiert, der nicht auf die Person Erzbergers beschränkt bleiben sollte, sondern diesen zum Synonym der seit langem immer stärker divergierenden Zentrums politik stilisierte, sah der Düsseldorfer Kreis in dieser Entwicklung eine willkommene Einladung, den Kampf gegen Erzberger zu verschärfen.³³¹ So beispielsweise mit einer groß angelegten und von zahlreichen Vertretern des Düsseldorfer Kreises unterzeichneten Erklärung, die am 19.5.1918 im *Tageblatt* erschien.³³² In aller Deutlichkeit wurde hier der Ausschluss Erzbergers aus dem Hauptausschuss gefordert, da dieser der „Zentrumsfraktion bisher nur Peinlichkeiten“ bereitet habe und seine Politik von daher nicht mehr länger die der Partei sein dürfe. Stattdessen wurde ein „neuer Geist“ gefordert, der „auf Grundlage des Christentums aufgebaut ist. [...] Nur dann kann eine Neuordnung entstehen, nach der alle sich sehnen“.³³³

Da die nicht enden wollende Kritik an der Politik Erzbergers das Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Wählerbasis zusehends stärker erschütterte und das Zentrum mit immer größeren Wählerstimmeneinbußen konfrontiert war, berief die Reichstagsfraktion für den 9.6.1918 eine Sitzung ein, mit dem Ziel, das Verhältnis zwischen Partei und Zentrums presse zu verbessern. Bei dieser Sitzung wurde seitens der Reichstagsfraktion dazu aufgefordert, die öffentliche Austragung von Meinungsverschiedenheiten in der Zentrums presse zu vermeiden. Nur so

³²⁹ Der komplette Schlagabtausch wurde Anfang Januar im *Tageblatt* veröffentlicht. So u.a. in der Nummer 11, 11.1.1918, Nr. 15, 15.1.1918 und Nr. 21, 21.1.1918. Die Möglichkeit, einer Zeitung ihren Charakter als Parteiorgan des Zentrums aberkennen zu können, wurde offiziell jedoch erst auf dem Zentrums parteitag 1920 eingeführt. S. Stöber, Rudolf: *Deutsche Pressegeschichte: Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Konstanz 2005.

³³⁰ *Kölnische Volkszeitung*, Nr. 364, 366 und 368. Neben der *Kölnischen Volkszeitung* sollte sich auch das *Westfälische Volksblatt* einschalten, das die Politik Erzbergers als Auslöser für etwaige Spaltungstendenzen innerhalb der Zentrums partei betrachtete und hier den Bogen eindeutig überspannt sah. Ebenso urteilte der *Münsterische Anzeiger*, der für mehr Zurückhaltung von einem Vertreter der Fraktion plädierte. S. „Zentrum und Erzberger“, *Düsseldorfer Tageblatt*, Mai 1918.

³³¹ Brauweiler hatte bereits am 2.5.1918 einen Artikel im „Tag“ veröffentlicht, der unter der Überschrift „Innere, Äußere und Parteipolitik“ die vermeintliche Fehlerhaftigkeit der Friedensresolution nochmals aufgriff.

³³² Zu den Unterzeichnenden zählten u.a. Landrat Adams, Bewerunge, Brockmann, Dr. Deermann, Dr. Friedrich, Prof. Hülskötter, Justizrat Liertz, Dr. Landvogt, Reichskartellsekretär Hüsges oder Justizrat Schmitz, sowie weitere Herren aus dem Bürgertum. S. „Erklärung“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 138, 19.5.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

³³³ „Erklärung“ in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 138, 19.5.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

könne „das Band zwischen Reichstagsfraktion und der Wählerschaft“ wieder gefestigt und „nach außen und innen“ das Bild der Geschlossenheit verkörpert werden.³³⁴

2.5 Exkurs: Der „Fall Erzberger“

Als Reaktion auf die Juni-Beschlussfassung der Reichstagsfraktion, bei der die Ursache der bestehenden Differenzen und der abnehmenden Wählerzahlen u.a. dem Konflikt zwischen Presse und Partei zugewiesen wurde, richtete Brauweiler sich Ende Juni mit einem „streng vertraulichen“ Aufruf „an die Mitglieder des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei“. Mit dem Vorsatz, die „Differenzen zwischen dem Tageblatt und dem Reichstagszentrum“ aufklären zu wollen, negierte Brauweiler hierin den Vorwurf der Reichstagsfraktion, dass ein bestehendes Missverhältnis zwischen Presse und Partei für die schlechten Wahlergebnisse des Zentrums verantwortlich sei. Stattdessen müsse man die Schuld hierfür einzig und allein bei Erzberger suchen, der mit seinem politischen Alleingang nicht nur das Zentrum, sondern die Deutschen generell in die gegenwärtige Krise gestürzt habe.³³⁵

Um den Mitgliedern der Reichstagsfraktion das „Unvermögen“ und die „Heimtücke“ Erzbergers vor Augen zu führen, griff Brauweiler einen Zwischenfall vom Januar 1917 auf.³³⁶ Gemeint war hiermit eine Auseinandersetzung um die Veröffentlichung einer unzensierten „Mitteilung aus Berlin“, welche Anfang Januar 1917 an den *Nieuwe Rotterdamsche Courant*, die *Daily News* und den *Daily Telegraph* mit der Bitte um Abdruck weitergegeben worden sein sollte. In diesem Schreiben war von einem deutschen Friedensangebot die Rede, dass mit den Worten „Die deutsche Regierung wünscht den Frieden, um den wirtschaftlichen Untergang des Landes zu vermeiden“, begann. Sogar zu „leidlichen Bedingungen“ hieß es, sei man bereit, weshalb es für England günstig sei, „den jetzigen Augenblick zu benutzen“ und nicht weiter abzuwarten, da Deutschlands Friedensbedingungen später „erheblich härter sein“ würden.³³⁷ Für Brauweiler waren diese Zeilen gleichbedeutend mit der Preisgabe der bis dahin für die Feinde nicht zu ersiehenden Notlage der Deutschen. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Kaiser in seinem Januar-Aufruf gerade erst den „unerschütterlichen Kampf- und Siegeswillen des deutschen Volkes“ deutlich hervorgehoben hatte, der Deutschland „einen sicheren, die Entwicklungsfreiheit garantierenden und ehrenhaften Frieden bringen“ sollte,³³⁸ waren diese Aussagen für Brauweiler ein Art Freifahrtschein, das militärische Druckmittel des

³³⁴ Auf diesen Aufruf äußerte sich die Schriftleitung des Westfälischen Volksblattes, vertreten durch Abels und Ailinger, die der Fraktion vorwarfen, dass diese nur von den eigentlichen Problem ablenken wolle, indem sie die Schuld für die Parteiwirren allein der Parteipresse zuschob. „An den Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags“, 18.6.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

³³⁵ „An die Mitglieder des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei“, 13.11.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

³³⁶ Ebd.

³³⁷ Abschrift ohne Verfasser und Empfänger, vermutlich aber Brauweiler an Lensing, 12.1.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/170.

³³⁸ Schneider, Michael: Die Christlichen Gewerkschaften, 1894-1933, Bonn 1982, S. 391.

U-Boot Kriegs von Seiten der Alliierten nicht allzu ernst zu nehmen, da die „Wilhelmstrasse diesen ohnehin nicht zulassen“ würde.³³⁹

Brauweiler machte seinen Kontrahenten Erzberger für diesen Vorfall verantwortlich. Er sollte besagten Artikel, angeblich „im Auftrag der deutschen Regierung“, dem Rotterdamer Korrespondenten Dr. van Blankensteyn zugespielt haben. Van Blankensteyn war Auslandskorrespondent für die niederländische Zeitung *Nieuwe Rotterdamsche Courant* in Berlin, wo er von 1909 bis 1920 lebte.³⁴⁰ Aufgrund seiner Funktion stand er in engem Kontakt mit Erzberger, der für das deutsche Propagandabüro im neutralen Ausland verantwortlich war und demnach auch van Blankensteyn mit Informationen versorgt haben musste.³⁴¹ Brauweiler war überzeugt, hier auf eine Konspiration zwischen Erzberger und van Blankensteyn gestoßen zu sein, den Erzberger mit der Verbreitung des besagten Schreibens auch in der englischen Presse beauftragt haben sollte.³⁴² Die Motivation Erzbergers für ein solches Verhalten führte Brauweiler auf dessen Festklammern an seinen Friedensresolutionsplänen und der Einführung des parlamentarischen Systems zurück, das ihm angeblich bereits seit 1909 vorschwebte und das in Anbetracht der außenpolitisch schwierigen Situation in greifbarer Nähe lag. Mit diesem Ziel vor Augen habe Erzberger dann den Verrat am deutschen Volk bereitwillig durchgeführt, als er sich im Juli 1917 die Zustimmung des Reichstags zur Friedensresolution mit der Darstellung eines übermächtigen englischen Gegners sicherte, der aufgrund des „Erzbergerschen Informationsdienstes“ bereits selbstsicher und siegesgewiss auf die innere Uneinigkeit in Deutschland zählen konnte.³⁴³

Als erhärtenden Beweis für diesen Vorwurf verwies Brauweiler auf eine monatliche Extrazahlung an van Blankensteyn im Wert von 600 Mark, die dieser zusätzlich zu seinem Gehalt bezogen habe und die Brauweiler als eine Art Belohnung für die geleisteten Dienste interpretierte.³⁴⁴ Ein weiterer Beweis war die Aussage eines „Herren“, der Brauweiler gegenüber „wörtlich“ schrieb: „Den famosen Blankensteyn habe ich bei Erzberger kennen

³³⁹ Abschrift ohne Verfasser und Empfänger, vermutlich aber Brauweiler an Lensing, 12.1.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/170; „An die Mitglieder des Reichsausschusses der deutschen Zentrumsparterie“, 13.11.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

³⁴⁰ Van Blankensteyn war 1914/15 in die Kritik geraten, da er angeblich eine „anti-deutsche“ Berichterstattung praktizierte. Aufgrund guter Beziehungen zu einem Offizier des Generalstabs hatte Blankensteyn die Möglichkeit, eine Reise an die Ostfront mitzumachen von der er sich seine Rehabilitierung erhoffte. Des Weiteren verfügte er über gute Beziehungen zu Politikern in Berlin, unter denen er viele „anonyme Informanten“ hatte. Erzberger sollte in diesem Falle jedoch einer seiner „wertvollsten Verbindungen“ darstellen.

³⁴¹ Mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs ging die Pressearbeit auf das Militär über. So wurde hier extra eine eigene Nachrichtenabteilung (IIIb) eingerichtet, die sich in die Untergruppen Presse, Propaganda, Nachrichtendienst und Abwehr untergliederte. Ab 1915 wurde die Abteilung Presse jedoch separiert und als Kriegspresseamt unter der Leitung von Major Eberhard Deutelmoser der OHL unmittelbar unterstellt, wo sie sich immer stärker zu einer Art Geheimdienst des Militärs entwickelte, der vor allem auch für die eigenen Propagandazwecke herangezogen wurde. S. Wilke, Jürgen: Pressepolitik und Propaganda: historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg, Köln 1997, S. 83ff.

³⁴² Die Kriegsberichterstattung im Ausland war einer besonders starken Zensur unterworfen. Van Blankensteyn hatte jedoch zu Vermittlungszwecken die Erlaubnis, Korrespondenzen aus Deutschland auch nach England zu übermitteln.

³⁴³ Abschrift ohne Verfasser und Empfänger, vermutlich aber Brauweiler an Lensing, 12.1.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/170.

³⁴⁴ Brauweiler an Schönburg, 3.12.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/170.

gelernt. Er hat mir ihn damals als einen Mann vorgestellt, der ihm besonders gute Dienste leiste und der viel zu ihm komme.“³⁴⁵

Die Anfrage Brauweilers nach einer persönlichen Aussprache mit Erzberger über besagten „Zwischenfall“ lehnte dieser strikt ab. Schließlich stünde Brauweiler hier keinerlei Richteramt zu. Stattdessen hatte Erzberger Lambert Lensing beauftragt, die Kommunikation mit Brauweiler abzuwickeln.³⁴⁶ Dieser informierte Brauweiler in einem Schreiben vom 5.9.1918 darüber, dass Erzberger mehrfach beteuert habe, kein Vertrauensmann von van Blankensteyn zu sein und vor allem auch kein abgekartetes Spiel zur Erschleichung der Friedensresolution gespielt zu haben.³⁴⁷ Statt sich mit dieser Erklärung, die Blankensteyn auch bestätigte, zufriedenzugeben, forderte Brauweiler, in einem Anflug von Überheblichkeit, eine eidliche Vernehmung Erzbergers, der dieser Forderung jedoch ebenso wenig wie einem persönlichen Zusammentreffen mit Brauweiler nachkommen sollte. Anstatt es auf der erneuten Ablehnung Erzbergers beruhen zu lassen, interpretierte Brauweiler diese als ein offensichtliches Schuldeingeständnis und eine Bestätigung, dass Erzbergers „Enthüllungen über die wirkliche militärische und politische Lage“ mit Vorsatz und in vollem Bewusstsein über die Konsequenzen durchgeführt worden seien.³⁴⁸

Trotz des hier aufgeführten Rechtfertigungsversuchs für seine Ablehnung Erzberger gegenüber und seiner wiederholten Beteuerung, dass er es als Chefredakteur des *Tageblatts* „immer als Ehre betrachtet [hatte], der Partei in Düsseldorf und auch der des Reiches als Parteiorgan zu dienen, und immer versuchte, den Zielen und Vorstellungen des Zentrums gerecht zu werden“, sollte sich Brauweiler jedoch auch weiterhin mit dem „erbittertsten Widerstand der Massen“ konfrontiert sehen.³⁴⁹ Dieser kam mittlerweile auch vermehrt von Seiten der katholischen

³⁴⁵ „An die Mitglieder des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei“, 25.6.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

³⁴⁶ Der komplette Briefverkehr zwischen Lensing und Brauweiler, sowie Brauweilers Analyse seines ‚Fall Erzberger‘ ist in seinem Nachlass zu finden. S. StMG, NI Brauweiler, 15/13/170.

³⁴⁷ Erzberger an Lensing, 5.9.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/170. Auf ein gleiches Ergebnis lässt sich schließen, wenn man sich die späteren Memoiren von Blankensteyn anschaut. In denen wird die Veröffentlichung der Artikel mit den Überschriften „The real motives“ und „Kaiser’s peace motives Germany faces economic ruin: foolin the people“ erwähnt. Van Blankensteyn schrieb jedoch, dass die einzige Motivation für sein Handeln der Wunsch nach einem baldigen Frieden gewesen war, wofür der Friedensvorschlag vom Dezember 1916 als letzte Chance gesehen wurde, nicht jedoch Berechnung im Sinne Erzbergers zugunsten der Einführung seiner Friedensresolution. Des Weiteren erklärt van Blankensteyn, dass er für das Erscheinen dieser Artikel allein verantwortlich war, da er für eine glaubwürdige Berichterstattung eingetreten war. Hiervon versprach er sich weitaus größere Vorteile, als von den voreingenommenen Artikeln aus der deutschen Presse. Zwar beschrieb van Blankensteyn auch Erzberger als einen Vertreter des ehrlichen Wortes, die Veröffentlichung der besagten Artikel war jedoch selbst Erzberger einen Schritt zu weit gegangen. Zwar war dieser ebenso an der Unterstützung der Alliierten für das Friedensangebot 1916 interessiert, die Offenlegung der schlechten deutschen Lage empfand er jedoch als empörend, da er befürchtete, die Alliierten könnten ihre Kriegaanstrengungen dadurch noch intensivieren. Um den Gegnern so schnell wie möglich den Wind aus den Segeln nehmen zu können, informierte Erzberger van Blankensteyn im Juni 1917 über sein Vorhaben der Friedensresolution, deren Vollzug er nach einem Gespräch mit dem Mitglied der Operationsabteilung der OHL, Max Bauer, als unausweichlich bezeichnete. Einzig und allein Michaelis sollte ihm dabei im Weg stehen, der innerlich ein Gegner der Friedensresolution war. S. Dr. Blankensteyn, Markus van: ein Nederlands dagbladdiplomaat, SDU, Den Haag 1999.

³⁴⁸ „Zur Lage“ in: Düsseldorfener Tageblatt, Nr. 187, 9.7.1917.

³⁴⁹ „An den Parteivorstand“, 21.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/165. Auch wenn Brauweiler für sein Vorgehen gegen Erzberger immer wieder Zustimmung von einflussreicher Seite erhalten hatte, wie zum Beispiel von Freiherrn von Schönberg-Thammenheim, der Brauweiler „seine Hochachtung für das Vorgehen gegen Erzberger“ aussprach oder dem Generalsekretär der westfälischen Zentrumspartei, Brand, der ähnlich wie der Vorsitzende des rheinischen Bauernvereins, Clemens von Loë-Bergerhausen, viele Gemeinsamkeiten mit Brauweiler

Arbeiterschaft, die vor allem Brauweilers offenes Verhältnis gegenüber der Vaterlandspartei kritisierte.³⁵⁰

In Folge dessen sah Brauweiler nicht nur seinen Versuch gescheitert, das *Tageblatt* vor einem Abrutschen auf den linken Kurs zu bewahren, er fühlte sich auch immer stärker von seinen Kompetenzen als Journalist und Chefredakteur entbunden. So ging es mittlerweile nicht mehr darum, eine, laut seinem Verständnis, authentische Berichterstattung zu betreiben, die auch das „Recht der Kritik gegenüber der Fraktion“ einräumen müsse, sondern darum, jede Gesinnungsänderung der Partei oder aber auch nur einzelner einflussreicher Parteikreise bedingungslos zu akzeptieren und dass obwohl „große Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind und sie sind vorhanden speziell in Düsseldorf“.³⁵¹

Im Herbst 1918 realisierte Brauweiler schließlich, mit einem weiteren Festhalten am *Düsseldorfer Tageblatt* zwangsläufig in eine Sackgasse zu geraten.³⁵² Da er nicht bereit war, seine politische Überzeugung zugunsten der Meinung der Parteimehrheit aufzugeben, akzeptierte er, dass er gegen den Einfluss der demokratischen und konsolidierenden Kräfte im Zentrum nichts ausrichten konnte.³⁵³ Ändern konnte daran auch das Kriegsende nichts, von dem er sich ursprünglich nicht nur „eine wirkungsvolle Zentrumspolitik“ versprochen hatte, die durch einen geeinten Katholizismus bestechen sollte, sondern auch die Etablierung einer christlich-konservativen Ordnungsalternative. Eine solche hatte er bereits seit jeher forciert und war dafür sogar lange Zeit bereit gewesen, eine Politik unter Einbeziehung der Sozialdemokraten in Kauf zu nehmen. Die Tatsache, dass mit der Festigung des demokratischen Staatsaufbaus alle Hoffnungen darauf endgültig zu scheitern drohten, brachte ihn schließlich dazu, seine Aktivität im *Tageblatt* erheblich zu reduzieren. Ende 1918 schlug er dem

feststellte, fühlte er sich in seiner Verantwortung als Journalist zusehends stärker eingeschränkt. Neben Loë-Bergerhausen und Brand hatte sich vor allem auch Spahn auf die Seite Brauweilers gestellt, der ebenfalls gegen Erzberger opponierte.

³⁵⁰ Die Einstellung der katholischen Arbeiterschaft gegenüber der Vaterlandspartei war geteilt. Während Stegerwald mit der Gegenbewegung der Vaterlandspartei, dem Volksbund für Freiheit und Vaterland, sympathisierte, konnte er dennoch nicht offen gegen die Vaterlandspartei Stellung beziehen, da „einzelne, vor allem protestantische Führer der Christlichen Gewerkschaften“ mit den Zielen der Vaterlandspartei konform gingen. S. Forster, Bernhard: Adam Stegerwald (1874-1945), Christlich-Nationaler Gewerkschafter Zentrumspolitiker Mitbegründer Unionsparteien, Düsseldorf 2003, S. 184.

³⁵¹ In einem späteren Briefverkehr mit Wolfgang Stump nahm Brauweiler Stellung zu den „Spannungen“ zwischen ihm und der Düsseldorfer Zentrumspartei, die er hauptsächlich in seiner kritischen Stellungnahme gegenüber Erzberger und dessen Politik begründet sah, gegen die er seit 1917 „einen scharfen Kampf“ führte. Brauweiler an Stump, StMG, NI Brauweiler, 15/13/164.

³⁵² „Die Abirrung des Reichstagszentrums von den katholischen Grundsätzen“, in: *Düsseldorfer Tageblatt* (Angabe Nummer fehlt), Frühjahr 1918.

³⁵³ „An den Parteivorstand“, 21.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/165. In diesem Aufruf erläuterte Brauweiler die Zwistigkeiten zwischen dem Zentrum und dem *Tageblatt*. Die Vorwürfe, die die Partei gegen das *Tageblatt* richtete, waren unter anderem der Haltung des *Tageblatts* bei der Juliresolution 1917 geschuldet, die als „regelrechter Kampf gegen das Reichstagszentrum“ beschrieben wurde, ebenso wie der Wahlrechtsfrage und die Stellungnahme zur Vaterlandspartei. Diese Differenzen führte Brauweiler jedoch auf die mangelnde Diskussion zwischen Partei und *Tageblatt* zurück und die Tatsache, dass im Zentrum stets die Meinung der Mehrheit ausgiebig besprochen und auf abweichende Meinungen keine Rücksicht genommen wurde.

Aufsichtsrat schließlich vor, die „Leitung der Redaktion des Tageblatts anderen Händen anzuvertrauen“.³⁵⁴

Brauweilers Verhalten in Bezug auf Erzberger war eine Reaktion auf den eingeleiteten Gesellschaftswandel vom wilhelminischen Obrigkeitsstaat zur parlamentarischen Demokratie. Auf diesen Wandel hatte Brauweiler bis zum Sommer 1918 noch vom Boden des *Düsseldorfer Tageblatts* aus zu reagieren versucht, das er zum Mittelpunkt einer katholisch-konservativen Sammlungsbewegung innerhalb der Zentrumspartei machen wollte.³⁵⁵ Doch aufgrund des „feindlich auftretenden Widerstands“ der Partei, die in einer Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses im Oktober 1918 festlegte, dass die „politische Einstellung des Organs [endgültig] zu missbilligen sei“ und „die Partei von nun ab einen stärkeren Einfluss auf die Redaktion der Zeitung üben sollte“, schien sein Ziel vom Boden der Partei aus unerreichbar.³⁵⁶ Hatte man seines Erachtens im Juli 1917 versäumt, das Machtstreben der Sozialdemokraten einzuschränken, „weil man unter deren Druck geraten war“, müsse man nunmehr die faulen Früchte dieses Fehlverhaltens ernten und sich eingestehen, dass die nächsten Wahlen wohl eine Katastrophe befürchten ließen.³⁵⁷

Trotz seiner zunehmenden Entfremdung trat Brauweiler nicht aus dem Zentrum aus, wie etwa Max Buchner oder Friedrich Graf von Galen, er trat auch keiner anderen Partei bei, wie der 1918 als „Zufluchtsort der Konservativen“ gegründeten DNVP. Stattdessen versuchte er außerhalb der Partei einen Gegenpol zur zentrumsinternen Demokratisierungsbewegung ins Leben zu rufen, unter dessen Schirm er die verstreut liegenden katholisch-konservativen Kräfte für eine Gegenbewegung zu dem von Erzberger eingeleiteten Demokratisierungskurs sammeln und den Aufbau einer neuen christlich-konservativen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung vorbereiten wollte.³⁵⁸ Hierfür wurde der Gedanke an eine groß angelegte Verfassungsreform immer präsenter, die auf seine bereits bestehenden Vorstellungen zurückgreifen sollte, wie die appellierende Hinwendung zum volksgemeinschaftlichen Gedanken und dem organischen Staatsaufbau, sich jedoch durch eine endgültige Distanz zu seinem in der Zentrumspartei

³⁵⁴ Schriftliche Darlegung Brauweilers über seinen Weg zum Düsseldorfer Tageblatt und seine antiparlamentarische Haltung, StMG, NI Brauweiler, 15/13/170. Über Brauweilers Rückzug vom Tageblatt informierte auch der Chefredakteur des Westfälischen Volksblattes Ailinger, der ebenso von einem Umschwenken des Tageblatts berichtete und dass Brauweiler hier nicht mehr als Verantwortlicher zeichnete. In diesem Zusammenhang beschrieb er die Friedensresolution als Produkt der Arbeiterschaft, während die gebildeten Kreise auf seiner Seite stehen würden. S. Abels und Ailinger an Brauweiler, 16.7.1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

³⁵⁵ Petzinna, 2000, S. 65.

³⁵⁶ Stump, 1971, S. 27; „An einen lieben Freund“, 5.6.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

³⁵⁷ Schriftliche Rechtfertigung Brauweilers, Oktober 1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/170.

³⁵⁸ Ebenso wie Brauweiler waren auch Spahn und Buchner gegen den Linkschwenk der Zentrumspartei. Max Buchners Übertritt zur DNVP war maßgeblich durch seine Motivation bestimmt, das Zentrum dem nationalen Gedanken zu entfremden und es auf den Boden einer monarchischen Ordnung zu stellen. Ähnlich wie Buchner hatte auch Brauweiler anfangs an der Monarchie festgehalten, seine Meinung dann jedoch im Laufe der ersten Kriegswochen wieder revidiert und stattdessen eine Neuordnung der Verhältnisse gefordert, die weder an der Demokratie noch an der Monarchie festhalten sollte. Zu Max Buchner s. Flemming, Jens: „Vollprozentige Katholiken; Max Buchner, die Gelben Hefte und der Rechtskatholizismus“, in: Grunewald, Michel: „Das katholische Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke, Bern 2006, S. 338-363.

begründeten ideellen und politisch moderaten Ursprung auszeichnete. Diese Entwicklung, die für Brauweiler untrennbar mit dem Namen Erzberger zusammenhing, der ihn „gegen die zunehmende Wendung des Zentrums zur Demokratie immunisiert“ hatte, sollte seinen Weg in das antidemokratisch geprägte Fahrwasser der rechtsoppositionellen Kräfte ebnen, denen er sich ab diesem Zeitpunkt zunehmend zugehörig fühlen sollte.³⁵⁹

3. Brauweilers katholisch-konservative Sammlungsbewegung

Das folgende Kapitel beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Brauweilers Forderung einer außerparlamentarischen Sammlung, die bei ihm als Reaktion auf die Entwicklungen in der Zentrumspartei zu sehen ist. Ging es ihm inhaltlich vor allem darum, eine Alternative zum demokratischen Parteienstaat von Weimar zu finden, versuchte er dies durch außerparlamentarische Vereinigungen, wie den Ketteler Bund oder die Gründung unabhängiger Zeitschriften zu realisieren, die sich neben ihrem Drang nach politischer Unabhängigkeit noch stark durch Brauweilers Verbundenheit zum Katholizismus auszeichneten.

3.1 Die Düsseldorfer Oktoberkonferenz 1918

Die Antipathie gegen Erzberger war nicht etwa ein Alleinstellungsmerkmal Brauweilers oder des Düsseldorfer Kreises. Sie war ein weit verbreitetes Phänomen in konservativen Kreisen, das den Initiator der Friedensresolution und Geburtshelfer der parlamentarischen Demokratie immer wieder zur Zielscheibe teils extrem radikaler Anfeindungen machte. Im Januar 1919 fielen die Ressentiments mit den Verhandlungen über den Versailler Friedensvertrag und mit den Vorbereitungen zur Reichstagswahl zusammen, bei denen Erzberger als wichtigster Verbindungspfeiler zwischen SPD und Zentrumspartei agierte. Der dadurch endgültig ausgelöste staats- und verfassungsrechtliche Strukturwandel, der unter Beteiligung des Zentrums einen Übergang von der konstitutionellen zur parlamentarischen Demokratie darstellte, entfesselte das Vorgehen der konservativen Kräfte gegen Erzberger endgültig und ließ ihn persönlich als „Sündenbock“ für den Bruch des Siegfriedensgedankens und die daran anschließende Niederlage dastehen.³⁶⁰ Zu den Hauptgegenspielern Erzbergers zählten Karl

³⁵⁹ In einem Briefwechsel mit dem Historiker Wolfgang Stump (Geschichte und Organisation der Zentrumspartei in Düsseldorf 1917-1933, Düsseldorf 1971) gab Brauweiler eine Retrospektive über sein Verhältnis zu Erzberger und die Auseinandersetzungen mit der Zentrumspartei zwischen 1917/18. Ihm schreibt er, dass die Spannungen zur Zentrumspartei im Wesentlichen in seiner kritischen Stellungnahme gegenüber Erzberger und dessen Politik seit 1917 begründet waren. Repräsentativ für seine Einstellung Erzberger gegenüber erklärt er den Artikel „Zuschrift aus Zentrumskreisen“, der in der Kölnischen Volkszeitung veröffentlicht wurde. S. Schriftverkehr zwischen Stump und Brauweiler im November 1967, StMG, NI Brauweiler, 15/13/164.

³⁶⁰ Nachdem am 29.2.1918 die OHL unter Beteiligung führender Repräsentanten des Kaiserreichs an ein sofortiges Waffenstillstandsangebot an Wilson appelliert hatte, wurde am 3.10. Prinz Max von Baden zum Reichskanzler gewählt, der unter Beteiligung der Mehrheitsparteien, Zentrum, SPD und Fortschrittlicher Volkspartei eine sofortige Parlamentarisierung des Deutschen Reichs einleiten wollte. Dieser Schritt, in der Oktoberreform vom 28.10.1918 fixiert, löste einen staats- und verfassungsrechtlichen Strukturwandel durch den Übergang von der

Helfferrich, Kuno Graf Westarp und Friedrich Hussong, die ihn in einer groß angelegten Pressekampagne nicht nur als „Volksverderber“, sondern auch als „Verräter“ titulierte und zu einem entschiedenen Vorgehen gegen seine Person aufriefen, da sie nur so die demokratische Entwicklung aufhalten zu können glaubten.³⁶¹

Auch Brauweiler war unverändert voller Vorbehalte gegen Erzberger, trotz merklicher Distanz zum Zentrum. Da es seine "Anti-Erzberger" Kampagne nicht vermocht hatte, die „Gefahr der Demokratie“ zu bannen, „die durch Massenstimmung, gleiches Wahlrecht und die von der Sozialdemokratie geschürte Klassenspaltung einen sinnvollen Verfassungszustand unmöglich“ machte, drängte sich bei Brauweiler schließlich eine entscheidende Frage auf.³⁶² Welcher andere Weg konnte das deutsche Volk in einen Verfassungszustand führen, „der für die innere Befriedung und äußere Kraftentfaltung neue starke Sicherheiten“ generieren konnte?³⁶³ Die „einzige Heilungschance“ versprach Brauweiler sich von einer kompletten „Reorganisation der Gesellschaft“. Diese sollte jedoch weder kapitalistischen noch sozialistischen Vorbildern folgen, da beide eine zu starke, kulturschädigende Wirkung aufwiesen, sondern alternativ einem „Dritten Weg“.³⁶⁴

In der Zwischenkriegszeit stellte die Suche nach jenem "Dritten Weg" als alternativer Moderne für die innere Neugestaltung Deutschlands einen weit verbreiteten Diskussionsansatz innerhalb der Nachkriegsgesellschaft dar.³⁶⁵ Inhaltlich ging es dabei vor allem um einen Mittelweg zwischen den antagonistischen Systemen Kapitalismus und Sozialismus, auf die sowohl liberale, als auch korporativistische und interventionistische Alternativen erwogen wurden.³⁶⁶ Berief sich die liberale Ausrichtung hier vordergründig auf die Abgrenzung zwischen zentraler Planwirtschaft und monopolistischem Kapitalismus, verteidigte der interventionistische Ansatz demgegenüber ein Primat der Politik; politische Ziele sollten grundsätzlich vorrangig behandelt werden. Die korporativistische Ausrichtung dezentralisierte den Wirtschaftsprozess durch die

konstitutionellen zur parlamentarischen Demokratie aus. S. Riedel, Hannspeter: Der Rätegedanke in den Anfängen der Weimarer Republik und seine Ausprägung in Art. 165 WRV, Frankfurt am Main 1991, S. 109/10.

³⁶¹ Fulda, Bernhard: Press and Politics in the Weimar Republic, Oxford 2009.

³⁶² Vortrag 6.10.1918, STMG, NI Brauweiler, 15/13/130. Siehe in Fortsetzung der Oktoberkonferenz auch den Vortrag Brauweilers vom 17.11.1918, in: StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

³⁶³ Brauweiler, Heinz: Denkschrift bezüglich Vorarbeiten und Gründung, 23.6.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

³⁶⁴ „Vertrauliches“ Exposé, StMG, NI Brauweiler, 15/13/127.

³⁶⁵ Bezüglich der Überlegungen zu einem Dritten Weg siehe Keller, Thomas: Deutsch- französische Dritte-Weg-Diskurse, München 2001, S. 391ff. Im Zuge seines Vergleichs zwischen deutschen und französischen Dritte-Weg-Diskursen verwendet Keller hier den Begriff der „alternativen Modernisierung“. Diese markiert für ihn einen Abgrenzungsbegriff für all diejenigen, die „aus dem unmittelbaren Produktionsprozess durch Modernisierung ausgegliedert“ waren und sich stattdessen alternativen Ideen und Visionen bezüglich der gesellschaftlichen und politischen Neugestaltung zuwandten. Die Herausbildung von Dritten Wegen, die er auch als „Experimente“ bezeichnet, markiert für Keller also ein ganz natürliches und logisch bedingtes Nebenprodukt der Modernisierung der Zwischenkriegszeit. S. hierzu auch: Lüdders, Marc: Die Suche nach einem Dritten Weg, Beiträge der deutschen Nationalökonomie in der Zeit der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 2004, S. 257.

³⁶⁶ S. Lüdders, 2004, S. 88ff.

Aufteilung auf die jeweiligen Unternehmen und „intermediären Verbände“, die unabhängig von staatlichen Eingriffsbefugnissen agieren sollten.

Brauweiler galt als wesentlicher Vertreter des korporativistischen "Dritte Weg"-Gedankens, der sich (aufbauend auf der werksgemeinschaftlichen Idee) an kein bestimmtes gesellschaftliches oder politisches System koppelte, sondern sich an dem „Prinzip der wahren Freiheit in Politik, Wirtschaft und Sozialleben“ orientierte.³⁶⁷ Diese "wahre Freiheit" sollte durch Lossagung von den politischen Parteien realisiert werden – ein Appell, den Brauweiler bereits während des Weltkriegs geäußert hatte und der sich zu einem seiner wesentlichsten Leitgedanken entwickeln sollte. Vordergründig richtete sich Brauweilers antiparteiliche Haltung gegen die Sozialdemokraten und den von ihnen propagierten Individualismusgedanken. Hatte Brauweiler diesem bereits mit seinen Ansätzen zur Wahlrechtsreform und dem damit implizierten begrenzten Entgegenkommen auf die in den freien Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft beizukommen versucht, war es bis dato dennoch nicht gelungen, die Verfestigung des demokratischen Systems und den Machtzuwachs der Parteien aufzuhalten.³⁶⁸ Aus diesem Grund kam Brauweiler zu der Überzeugung, dass eine Reorganisation nicht durch partielle Veränderungen, sondern nur durch eine übergreifende Ordnungsalternative konservativ-katholischer Prägung in gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht ermöglicht werden könne. Seine Überlegungen führten zu der im *Düsseldorfer Tageblatt* veröffentlichten Artikelreihe „Neuorientierung“. Bereits hier hatte sich Brauweiler sowohl für die Rückbesinnung auf sogenannte "mittelalterliche Grundsätze" ausgesprochen, als auch für die rechtliche Anerkennung der Berufsstände und den antikapitalistischen Aufbau einer neuen christlichen Wirtschaftsordnung.³⁶⁹

Nachdem seine Ansätze zu einer Ordnungsalternative im Vorjahr gescheitert waren, erachtete er die zeitlichen Umstände im Herbst 1918 als vorteilhafter. So hatte der Weltkrieg die Verbindungen mit der früheren Sozial- und Wirtschaftsordnung nicht gänzlich zerschnitten, dennoch erheblich geschwächt. Das machte die „Umstellung der Gleise, in denen der Parteiwagen fährt [...] unendlich viel leichter als im Frieden [...], wo man gezwungen war, die Verbindung mit den vergangenen Tagen zu halten, auch wenn man sie manchmal gern etwas weniger betont hätte“.³⁷⁰

³⁶⁷ Hilger, Marie-Elisabeth: „Kapital, Kapitalis, Kapitalismus“, in: Brunner, Otto; Conze, Werner & Reinhart Koselleck: *Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart 1982, S. 454. Der werksgemeinschaftliche Gedanke tritt zu diesem Zeitpunkt bei Brauweilers Ausführungen noch nicht in Erscheinung, sondern entwickelt sich erst im Zuge seiner stärkeren Beschäftigung mit dem ständestaatlichen Aufbau.

³⁶⁸ Vgl. dazu den Briefwechsel mit Philipp Schmidt. Der komplette Briefwechsel befindet sich im StMG, NI Brauweiler, 15/13/186.

³⁶⁹ S. hierzu die Artikelserie „Neuorientierung“, die zwischen 1917 und 1918 im *Düsseldorfer Tageblatt* veröffentlicht wurde. StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

³⁷⁰ Brauweiler, Heinz: „Neuorientierung I“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 206, 27.7.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

Um die „zweifelloso vorhandenen und sehr zahlreichen und wertvollen Kräfte“ vereinen zu können, „die augenblicklich durch die vorherrschenden, ganz links gerichteten Kreise niedergehalten“ wurden, griff Brauweiler den Gedanken einer antidemokratischen und rechtskonservativ ausgerichteten Sammlungsbewegung auf.³⁷¹ Diese sollte mittels einer „langfristigen, geistigen Beeinflussung und Erziehung der Partei bzw. der breiten Masse des katholischen Volksteils“ die führenden Köpfe im Zentrum bündeln und vom „alten Schaukelsystem [...] mit Unterstützung bald der rechten bald der linken“ hin zu einer Rückbesinnung auf den ursprünglichen katholisch-konservativen Weg führen.³⁷²

Der Aufruf zur Sammlungs- oder Blockbildung war kein neuartiger Ansatz Brauweilers, sondern hatte schon zur Zeit des Kaiserreichs ein weit verbreitetes Machtinstrument dargestellt, das vor allem seitens der konservativen und völkischen Kräfte aus sozioökonomischen und politischen Bestrebungen heraus eingesetzt wurde. Maßgeblich geprägt wurde der Sammlungsbegriff durch den preußischen Finanzminister Johannes von Miquel, der diesen 1897 als Bezeichnung für die Verbindung zwischen Landwirtschaft und Schwerindustrie nutzte. Im Folgenden sollte sich diese zweckgebundene Koalition als Hüterin autoritär-monarchischer Strukturen etablieren und schließlich als Bollwerk gegen den demokratischen Wandel und zur Abwehr der vermeintlich sozialdemokratischen Gefahr fungieren.³⁷³ Vor allem das Vereinswesen wurde zu einer konstituierenden Keimzelle. Außerhalb der Parteien bemühte man sich hier verstärkt um die Eindämmung der liberal- und sozialdemokratischen Einflüsse und die Sammlung der nationalen Kräfte. Zielten die Sammlungsbewegungen der Vorkriegszeit, wie beispielsweise der Alldeutsche Verband (1891) oder der Kolonial- (1882) und Flottenverein (1898) als Strukturelemente sozialer Polarisierung, auf einen expansionistischen, nationalistischen und pangermanischen Kurs ab, waren die auf den Ersten Weltkrieg folgenden Neugründungen verstärkt auf die Zerstörung des deutschen Nachkriegsstatus und die Suche nach alternativen Gesellschaftsformen ausgerichtet.³⁷⁴ Hier zu nennen sind insbesondere paramilitärische Organisationen oder Veteranenverbände wie

³⁷¹ Brauweiler, Heinz: „Vereinigung für ständischen Aufbau. Denkschrift bezüglich Vorarbeiten und Gründung“, 23.6.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

³⁷² „An einen lieben Freund“, 5.6.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

³⁷³ Stegmann, Dirk: Die Erben Bismarcks, Parteien und Verbände in der Spätphase des wilhelminischen Deutschlands; Sammlungspolitik 1897-1918, Köln 1970. Stegmanns Werk basiert auf der Darstellung einer Kontinuitätslinie der rechten Sammlung, in die sich u.a. auch die Vaterlandspartei einreichte. In einem Zeitraum zwischen 1879 und 1918 konstatiert Stegmann unterschiedliche Phasen der Sammlungspolitik, die hierbei größtenteils eine einheitliche Motivation vorweisen, bestimmte Klasseninteressen zu bewahren sowie das ökonomische, soziale und politische System, das gegen das aufkommende „prevailing system of political and ideological fragmentation“ abgegrenzt werden sollte.

³⁷⁴ Der Alldeutsche Verband bestand von 1891 bis 1939 und galt während des Kaiserreichs als einer der einflussreichsten Agitationsverbände des völkischen Spektrums. Programmatisch wurden vor allem nationalistische und expansionistische Ziele vertreten. Hatten die Alldeutschen während des Ersten Weltkriegs wohl ihre „Blütezeit“, sollte sich ihr Einfluss bis zu ihrer Auflösung 1939 immer weiter reduzieren. Für weitere Informationen zum ADV s. Hartwig, Edgar: „Alldeutscher Verband (ADV) 1891-1939, in: Fricke, Dieter (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, I, Leipzig 1983, S. 13-47 oder auch Hering, Rainer: Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890-1939, Hamburg 2003.

Stahlhelm, Wehrwolf oder Jungdeutscher Orden.³⁷⁵ Den unmittelbaren Auftakt einer nationalen Sammlungsbewegung bildete die Vaterlandspartei, die als Indikator für den beginnenden Auflösungsprozess des alten Parteiensystems zu sehen war.³⁷⁶

Im Gegensatz zur Vaterlandspartei, die Brauweiler selbst aktiv unterstützt hatte und die die rechtsstehenden Kräfte aus allen politischen Lagern vereinte, stellte die von Brauweiler und seinem Parteikollegen Martin Spahn für den 6.10.1918 einberufene Düsseldorfer Oktoberkonferenz das erste außerparlamentarische Zusammentreffen des ausschließlich rechten Zentrumsflügels dar.³⁷⁷ Spahn hatte schon seit längerem appelliert, die Linksflügel des Zentrums mittels der Herausgabe einer politisch konservativen Zeitschrift auf einem konservativ geprägten Kurs zu halten. Bereits 1915 hatte er diesbezüglich Kontakt zu Adam Stegerwald aufgenommen, der ähnlich wie Spahn ein Gegner Erzbergers und dessen Parlamentarisierungstendenzen war.³⁷⁸ Von der Einberufung der Oktoberkonferenz versprach sich Brauweiler nunmehr die personelle Grundlage für besagte Sammlung zu legen. In diesem Zusammenhang hatte Spahn sich bereits Anfang September mit der Bitte an Brauweiler gewandt, für die geplante Sammlungsbewegung ein Programm auszuarbeiten.

Die Tatsache, dass Spahn sich hierbei gerade an Brauweiler richtete, hatte zweierlei Gründe. Erstens verband beide ein seit langem bestehendes, kollegiales Verhältnis, das durch die offene Kritik am gegenwärtigen politischen Zentrumskurs und der Person Erzberger noch weiter intensiviert wurde; Erzberger machten beide gleichermaßen für eine Abweichung vom konservativen Kurs verantwortlich.³⁷⁹ Zum anderen war Brauweiler auch ein entschiedener Verfechter einer katholisch-konservativen Ordnungsalternative, die er nicht nur während der "Anti-Erzberger"-Kampagne, sondern bereits während des Zentrums- und Gewerkschaftsstreits deutlich gefordert hatte. Hatte er bis 1917 noch einen eher defensiven Kurs vertreten, indem er die genannten Prinzipien auf dem Weg der Öffnung und Kooperationen zu erreichen versuchte, nahm Brauweiler ab 1918 eine stärker autoritär-konservative Position ein, die sich mit den Vorstellungen Spahns größtenteils deckte.³⁸⁰ Um den zu erwartenden kritischen Stimmen

³⁷⁵ Schmidt, Gustav: Innenpolitische Blockbildung am Vorabend des Ersten Weltkriegs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 20, 1972.

³⁷⁶ Stegmann, Dirk: Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897-1918. Köln 1970, S. 511.

³⁷⁷ Vgl. Stadler, Eduard: Als politischer Soldat, 1914-1918, Düsseldorf 1936, S. 147.

³⁷⁸ S. hierzu Forster, Bernhard: Adam Stegerwald (1874-1945), Christlich-Nationaler Gewerkschafter Zentrumspolitiker Mitbegründer Unionsparteien, Düsseldorf 2003, S. 143ff. Hier ging es vordergründig um die Besprechungen zwischen Stegerwald, Spahn und Brauer vom Frühsommer 1915 zum Thema der Gründung einer Zeitschrift im Rahmen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Ähnliches berichtet Gabriele Clemens in ihrer Biographie über Martin Spahn. S. Clemens, 1983, S. 91/92.

³⁷⁹ Zwischen Spahn und Erzberger war es bereits 1909/10 zu einer Kollision gekommen. In diesem Jahr hatte Erzberger versucht, Spahn an dem Eintritt in die Reichstagsfraktion zu hindern, da er durch diesen eine zu große Rechtsorientierung der Partei befürchtete. S. Clemens, 1983, S. 43ff.

³⁸⁰ Spahn hatte Brauweiler bereits bei der Anti-Erzberger Kampagne unterstützt, da es ihm ebenfalls ein Anliegen war, „an dem Kampf gegen Erzberger festzuhalten“. S. Briefverkehr zwischen Spahn und Brauweiler von 1916/17, in: StMG, NI Brauweiler, 15/13/165 und 15/13/170 und auch Petzinna, 2000, S. 66/67.

seitens der Zentrumspartei von vornherein entgegenwirken zu können, machten die Initiatoren der Oktoberkonferenz gleich zu Beginn deutlich, dass diese „nicht als angreifende Tendenz gegen die Zentrumspartei verstanden werden sollte, sondern als Sammlung rechtsgerichteter Katholiken [...], die mit der Radikalisierung, wie sie derzeit im katholischen Lager stattfindet, nicht einverstanden sind und vielmehr in der Pflege der alten christlich-konservativen Grundgedanken das Heil für Kirche und Vaterland erblicken“.³⁸¹

Bei der Auswahl der Konferenzteilnehmer galt es zunächst die „für die Haltung der Zentrumspartei notwendigen Wirtschaftsgruppen“ zu integrieren, da diese gleichsam auf eine Destabilisierung der parlamentarischen Entwicklung hinarbeiteten und außerdem über die nötigen Mittel zur Finanzierung einer außerparlamentarischen Sammlungsbewegung und ein gut aufgestelltes, personelles Netzwerk verfügten.³⁸² Folglich waren Gespräche mit „führenden Industriellen, evtl. je einem von den beiden großen Verbänden, und einem führenden Mittelständler“ geplant. Darüber hinaus sollten Männer aller großen berufsständischen Organisationen auf katholischer Seite zusammengeführt werden – so z.B. die christliche Arbeiterbewegung und die Landwirtschaft. Einladungen wurden sowohl an Beyer, Brockmann, Liertz, Stadtler oder Brauer verschickt, als auch an Graf Schönburg, Freiherr Kerckerinck zur Borg und Freiherr von Schorlemer-Lieser. Spahn verfügte über gute Kontakte zu einflussreichen Persönlichkeiten aus Industrie und Landwirtschaft und eine Vielzahl der geladenen Herren waren Brauweiler bereits seit der "Anti-Erzberger"-Kampagne bekannt: hauptsächlich rechtsgerichtete Vertreter der Düsseldorfer Zentrumspartei und des Adels, die sich neben der Bewahrung der Werteideale auch eine Garantie für die Verteidigung ihrer gesellschaftlich exponierten Stellung erhofften. Nachdem das propagandistische Vorgehen gegen Erzberger sowohl die demokratische Entwicklung wie auch die Entwertung des Konservatismus nicht aufhalten können, sollte die Düsseldorfer Oktoberkonferenz eine erste aussichtsreiche Gelegenheit zur Durchsetzung einer Ordnungsalternative im katholisch-konservativen Sinne darstellen, die man seitens des konservativen Zentrumsflügels bereitwillig nutzen wollte.

Zu einem der bedeutendsten Unterstützer der Düsseldorfer Pläne entwickelte sich der ehemalige preußische Landwirtschaftsminister und Vorsitzende der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, Clemens Freiherr von Schorlemer-Lieser. Dieser hatte bereits Ende Mai 1918 einem Mitglied der Vaterlandspartei geschrieben, dass er „das Zentrum aus der

³⁸¹ Protokoll der Düsseldorfer Oktoberkonferenz, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

³⁸² Spahn an Schorlemer, LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Nachlass Engelbert Freiherr von Kerckerinck zur Borg (Bor.NEK), Nr. 138. Hier schreibt Spahn, dass die „Finanzierung des Unternehmens“ noch unklar ist.

Umarmung des Fortschritts und der Sozialdemokratie“ befreien wollte und das „energische Auftreten“ seitens des *Düsseldorfer Tageblatts* und Brauweilers begrüße.³⁸³ Aus diesem Grund erklärte sich Schorlemer-Lieser schon vor der Konferenz dazu bereit, die Sammlung der rechtskonservativen Kräfte und die Etablierung einer „katholisch-konservativen Ordnungsalternative“ finanziell unterstützen zu wollen.³⁸⁴ Zwar hatte er sich anfangs noch unentschlossen darüber gezeigt, ob jetzt überhaupt schon der „echte Moment“ gekommen sei, um den rechten Zentrumsflügel zu sammeln, da er den „demokratischen Gedanken noch zu sehr in allen Köpfen rumspuken“ sah, da der „deutsche Michel [jedoch] aus der Stumpfsinnigkeit so bald wie möglich erwachen“ sollte, entschloss er sich aller Skepsis zum Trotz, die Pläne Brauweilers und Spahns zu unterstützen.³⁸⁵ Ähnlich argumentierte auch Freiherr von Schönberg, der sich ebenfalls gegen die vermeintliche „Erosion der katholischen Werte“ im Zentrum einsetzen wollte. In einer groß angelegten Sammlungsbewegung sah er die Möglichkeit, den „radikalen Strömungen, die den katholischen Volksteil mit zu reißen drohten, eine Gegenbewegung“ entgegenzusetzen zu können.³⁸⁶

War damit also eine personelle Grundlage für eine tiefer gehende Zusammenarbeit geschaffen, enthielt das von Brauweiler ausgearbeitete Programm bereits erste Ansätze zur Umsetzung und Gestaltung einer Ordnungsalternative im katholisch-konservativen Sinne. Dieses wurde bei der Oktoberkonferenz schließlich den anwesenden Herren des rechten Zentrumsflügels vorgestellt, „ganz unverbindlich und lediglich als ein Versuch [...] der sowohl der Ausarbeitung wie der Kritik und entsprechenden Berichtigung seiner Zuhörer bedurfte“.³⁸⁷

Einleitend ging Brauweiler auf die Ursachen für das Eindringen demokratischer Bestrebungen in die Zentrumspartei sowie den damit zusammenhängenden Einflussverlust des politischen Katholizismus ein. Diese sah er vordergründig in der theoretischen und praktischen Abkehr vom Christentum aus dem privaten und öffentlichen Leben. Hatte es früher einmal geheißen, „das katholische Volk sei die stärkste Schutzmacht für jeden und alles, für die Rechte der Monarchie und der Kirche, für die Interessen der Ordnung und des gesamten Besitzes“, habe das heutige „Leben außerhalb der Kirche keine Beziehung mehr zur Religion“ und damit das

³⁸³ Schorlemer-Lieser an ein Mitglied der Vaterlandspartei, 28.5.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/174.

³⁸⁴ Schorlemer-Liesers ursprünglicher Plan, die Zeitschrift *Germania* zu reformieren, die allgemein hin als Pro-Erzberger Blatt angesehen wurde und die Schorlemer durch seine finanzielle Zuwendung unabhängig von den „Irrgängen der Erzbergerschen Politik“ machen wollte, scheiterte. Brauweiler stellte anschließend über Spahn Kontakt zu Schorlemer her, der ihm bereits im September 3000 Mark als Startkapital für sein geplantes Zeitschriftenprojekt überwies. Schorlemer an Brauweiler, 5.9.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

³⁸⁵ Schorlemer-Lieser an Spahn, BArch, NI Spahn, 1324/109.

³⁸⁶ Freiherr von Schönberg an Spahn, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

³⁸⁷ In einem Schreiben vom 7.9.1918 hatte Spahn Brauweiler darum gebeten, „ein großzügiges Programm“ vorzubereiten. Spahn an Brauweiler, 7.9.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130. S. hierzu auch: Diehl, James M.: „Von der Vaterlandspartei zur Nationalen Revolution“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 33, 1985, Heft 4 und Eley, Geoff: *From Unification to Nazism – reinterpreting the German past*, Boston 1986, S. 110ff.

Eindringen feindlicher Einflüsse erst möglich gemacht.³⁸⁸ Als negativer Typus dieser Entwicklung galt Brauweiler der Großstadtmensch. Dessen religiöse Entfremdung führte er darauf zurück, dass er sein Leben ausschließlich in der Berufsarbeit und in der Beschäftigung mit Wissenschaft und Politik sähe und „die Erholung und das Vergnügen nicht mehr als dem religiösen Namen“ unterstellt empfände. Infolgedessen würden „Kirche und Religion nicht mehr als die Zentralkraft und der Zentralpunkt seines ganzen Lebens“ anerkannt und erlebt. Gleiches gelte für Kaufmänner, Gewerbetreibende, Beamte und Arbeiter.³⁸⁹

In diesem Zusammenhang schien vor allem die Omnipotenz des Staates der Kirche jeglichen freien Lebensraum abzusprechen. Folglich müsse, laut Brauweiler, die Grundlage der kommenden Friedensarbeit vordergründig in der Reaktivierung der katholischen Werte, der Anwendung der christlichen Sittenlehre und der Durchdringung aller Lebensbereiche mit dem christlichen Geist bestehen. Nur so könne der Aufbau einer neuen "gesunden" staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung gelingen.³⁹⁰

War damit seine Zielsetzung klar, verglich Brauweiler den Weg dorthin mit einer „fundamentalen Erziehungsaufgabe“, der zufolge der Mensch, vom Arbeiter bis zum Intellektuellen, wieder zu einem christlichen Leben erzogen werden müsse. Nur wenn es gelänge, „zunächst in dem katholischen Volke selbst den Geist [zu wecken]“, könne hiervon ausgehend „die Wiedergeburt“ und damit einhergehend auch die „gesamtheitliche Neuorientierung“ der Bevölkerung realisiert werden.³⁹¹ Die hier angesprochene „gesamtheitliche Neuorientierung“ bestand für Brauweiler hauptsächlich in dem Aufbau einer staatlich- und parteiunabhängigen Gesellschaftsordnung. Deren Hauptgebiet sollte das Wirtschaftsleben sein, das derzeit vollkommen vom „atomisierenden Geist des Individualismus“ zerfressen sei und deshalb „eine[r] reine[n] Unordnung [...]“ gleiche, „in die die Zwangsgewalt des Staates mehr oder minder eingreift“.³⁹² Was Brauweiler stattdessen forderte, war die Abkehr vom kapitalistischen Wirtschaftsgeist und vom Liberalismus, der die „Arbeiter wie Waren“ behandle und deshalb unvereinbar mit dem christlich-konservativen Staatsideal sei.³⁹³ Darüber hinaus müssten die unrechtmäßigen Eingriffe der staatlichen Zwangsgewalt in die Abläufe der Wirtschaft unterbunden werden. Mit dieser Forderung richtete

³⁸⁸ Vortrag, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

³⁸⁹ Ebd.

³⁹⁰ Vortrag, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130. Ähnliche Gedanken hatte Brauweiler bereits 1915/16 entwickelt, s. dazu: StMG, NI Brauweiler, 15/13/175. Der Begriff des „staatlichen“ ist hier in klarer Distanz zu dem vorherrschenden Staatsmodell während der Weimarer Zeit zu sehen, sondern eher als eine Art Neologismus Brauweilers hinsichtlich seiner Vorstellungen über den kommenden Staatsaufbau im christlich-konservativen und antiparteilichen Sinne.

³⁹¹ Vortrag, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

³⁹² Ebd.

³⁹³ Brauweiler, Heinz: „Neuorientierung I“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 206, 27.7.1918.

sich Brauweiler besonders an die Sozialdemokraten, die seiner Meinung nach das eigentlich "unpolitische" Volk bloß über den Weg der wirtschaftlichen Interessen für eigene parteiliche Ziele politisieren würden.

Ein auf christlich-katholischer Grundlage ruhendes Wirtschaftssystem sollte die Einmischung des Staates in die Gesellschaft zukünftig zurückdrängen und die Interessen aller Beteiligten befriedigen.³⁹⁴ Dazu bedurfte es einer Anknüpfung an die „alte katholische Lehre und Moral“, in der Grundsätze wie Brüderlichkeit, Selbstüberwindung, Allgemeinwohlorientierung bereits verankert waren. Daher hoffte Brauweiler auf den „Sieg des [...] christlichen Sozialismus“ – der die deutsche Bevölkerung aus einer Zeit der Zerrissenheit in eine Zeit der Versöhnung führen würde.³⁹⁵ Die Wirtschaft sollte als Repräsentantin der Gesellschaftsordnung selbstständig neben die staatliche Ordnung treten, um so den „Despotismus der Staatsallmacht“ aufzuhalten und die Trennung von Politik und Ökonomie zu gewährleisten.³⁹⁶

Zur Umsetzung dieser Forderung verwies Brauweiler auf den Ständegedanken, der die Vorherrschaft der Klassenorganisation durch ständische Bindung zurückdrängen sollte. Für Brauweiler war der Ständegedanke nicht nur „die beste und dem deutschen Wesen [...] am meisten gemäße“ Verfassungsform, darüber hinaus erkannte er in ihm auch das einzig mögliche Fundament für den Aufbau einer christlich-konservativen Neuordnung und die Revitalisierung des Katholizismus.³⁹⁷

Der Ständegedanke war nicht neu in Zentrumskreisen. Schon im 19. Jahrhundert hatten sich bekannte Zentrumsfiguren wie Franz Hitze, Wilhelm Emmanuel von Ketteler, Hermann von Mallinckrodt, Ludwig Windthorst, Peter und August Reichensperger oder Carl Fürst zu Löwenstein für die Prinzipien des ständischen Gedankens ausgesprochen: organische Entwicklung, hierarchische Gesellschaftsgliederung, das Recht des Staates und der sozialen Ordnung sowie die Verbindung von Tradition und Fortschritt.³⁹⁸ Diese Überzeugungen basierten vor allem auf der bestehenden Verbundenheit des ständischen Gedankens zu Teilen der katholischen Soziallehre, in der seit jeher die organische, das Volk als Einheit auffassende

³⁹⁴ „Auf dem Weg zum Sozialismus“, Sonderabdruck aus dem Düsseldorfer Tageblatt, 23.-26.5.1918, Nr. 141-144, StMG, NI Brauweiler, 15/13/164.

³⁹⁵ Ebd.

³⁹⁶ Denkschrift für Frhr. von Wangenheim: Arbeitsplan der Vereinigung für ständischen Aufbau, 12.7.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

³⁹⁷ In seinem Buch Berufsstand und Staat beschrieb Brauweiler das Julierlebnis als ausschlaggebenden Punkt der Erkenntnis, dass die Entwicklung hin zur parlamentarischen Herrschaft sich rasant in Bewegung gesetzt hatte. Zwar hatte der ständische Gedanke 1917 für ihn noch nicht die Präsenz, die er ein Jahr später haben sollte, wurde jedoch innerhalb dieses Zeitraums zu einem immer wesentlicheren Faktor seines politischen und journalistischen Wirkens. Brauweiler, Heinz: „Gemeinde – Staat – Reich“, in: Bozi, Alfred & Alfred Riemann: Die Einheit der nationalen Politik, Stuttgart 1925, S. 73; Brauweiler, Heinz, 1925, S. 91ff & 105ff.

³⁹⁸ Carl Fürst zu Löwenstein war einer der einflussreichsten Vertreter des katholischen Adelsflügels. In Bezug auf den ständischen Gedanken vertrat er die Ansicht, dass eine „wahre, gesunde Volksvertretung erst erreicht werden wird, wenn sich die Berufsstände gesellschaftlich wieder in Berufskörperschaften organisiert haben und wenn diese neuorganisierte Gesellschaft eine berufsgenossenschaftliche Interessenvertretung haben wird“. Zitiert nach Stegmann, 1970, S. 118.

Staatsanschauung verankert war.³⁹⁹ Darüber hinaus war es für Brauweiler klar, dass es nur der konservativ denkende Mensch vermochte, ständisch zu denken. Aus diesem Grund versprach er sich gerade in Zentrumskreisen große Unterstützung für den Ständegedanken, da er hier das konservative Element besonders verankert sah und die Verbindung zur christlichen Soziallehre eine gute Voraussetzung darstellte.⁴⁰⁰

In den auf den Ersten Weltkrieg folgenden ständischen Theorien wiesen vor allem die politisch-philosophische Lehre des Universalismus und der Solidarismus ein relativ geschlossenes Bild der Ständegesellschaft vor.⁴⁰¹ Bestand die Gemeinsamkeit beider Konzepte insbesondere in der Trennung zwischen Politik und Ökonomie, zeigten sich jedoch auch eine Reihe von Unterschieden. Der Universalismus entwarf eine romantisch-konservative Ständelehre, die – basierend auf der katholischen Soziallehre – sowohl auf ein idealisiertes Mittelalterbild zurückgriff als auch metapolitische Prinzipien der Ganzheitlichkeit und der organischen Volksgliederung beschwor. Gedacht war hierbei an die Gründung einzelner Gemeinschaften, die je nach ihrer geistigen Schaffenskraft zu einer „werthierarchischen Ordnung“ zusammengefasst werden sollten. Der *spiritus rector* der universalistischen Ständelehrer, Othmar Spann, kreierte hierbei zum einen den „Wirtschaftsstand“, bestehend aus „niederen Handarbeitern, höheren Arbeitern und Wirtschaftsführern“, an dessen Spitze ein wirtschaftliches Ständehaus stehen sollte. Dieses war neben dem Staat für die zentrale Lenkung der einzelnen Wirtschaftsglieder verantwortlich. Zum anderen sollte es den „Politischen Stand“ geben, unterteilt in einen „Stand mit Kriegerum und Beamtentum“ sowie den „Priesterstand oder die Kirche“. Hier bestand die Aufgabe darin, sowohl die „geistigen Arbeiter“, den „schöpferischen Lehrstand“ und die „Staatsführer“ unter sich zu sammeln.⁴⁰²

Der Solidarismus berief sich auf eine eher nationale Basis und konzentrierte sich im Gegensatz zum Universalismus stärker auf das Individuum, dessen Beitrag zum Gesamtwohl und die darin implizierte Minimierung von Interessenkonflikten.⁴⁰³ Kriegserlebnis und Fronterfahrung wurden Ausgangspunkte für die Propagierung einer sogenannten "wahren Volksgemeinschaft",

³⁹⁹ Auf die Kompatibilität zwischen Katholizismus und Ständegedanke verwies auch Martin Spahn, S. Spahn, Martin: „Das preußische Wahlrecht und die ständische Neugliederung der Nation“, in: Hochland, Nr. 15, 1918, S. 561-580, hier: S. 579ff. ebenso wie Heinz Brauweiler, 1925, S. 91ff. und 105ff. Für die Beziehung zwischen katholischer Soziallehre und Ständegedanke s. auch: Eglau, Hans Otto: Fritz Thyssen: Hitlers Gönner und Geisel, Berlin 2003, S. 156.

⁴⁰⁰ S. Brauweiler, 1925, S. 107; Stegmann, 1970, S.117/18.

⁴⁰¹ Bohn, Sascha: Die Idee vom deutschen Ständestaat. Ständisch, Berufsständische und Korporative Konzepte zwischen 1918 und 1933, Hamburg 2011; Lüdders, 2004, S. 160ff. Trotz dieses relativ geschlossenen Bildes gab es dennoch keine genauen Anleitungen zur Umsetzung des ständischen Systems. Diese Tatsache betonte auch Brauweiler in seinem Werk Berufsstand und Staat. Hier heißt es: „Das Wort „Lösungsprogramm“ will in Anführungszeichen gelesen werden. Es will nicht sein ein „unfehlbares“ Rezept zur Heilung der kranken Zeit, gar der Entwurf einer Urkunde für eine neue, eine „ständische Verfassung. Das wäre ein unfruchtbares und törichtes Beginnen. Es genügt, die Triebkräfte sichtbar zu machen, die unsere innerstättliche Entwicklung bestimmen, die Hilfskräfte zu zeigen, mit denen eine den Staat erneuernde Politik arbeiten könne (...).“ Brauweiler, Heinz: Berufsstand und Staat. Betrachtungen über eine neuständische Verfassung des Deutschen Staates, Berlin 1925, S. 12.

⁴⁰² Lüdders, 2004, S. 162.

⁴⁰³ Clemens, 1983, S.135/136.

die die Grundlage des ständischen Solidarismus darstellte. Dieser Ansatz wurde neben Max Hildebert Boehm, Gerhard Albrecht, Karl Vorwerk oder Eduard Stadtler auch von Brauweiler vertreten, der zu den führenden Ständetheoretikern seiner Zeit zählte.⁴⁰⁴ Die Schaffung eines solidarischen Gemeinschaftsbewusstseins sah Brauweiler als einzige Möglichkeit, einen „Damm“ gegen die „von den Parteien geschürte Massenstimmung aufzuwerfen“, um so der Klassenspaltung und dem vermeintlich partikularistischen Parteidenken eine "bindende Kraft" gegenüber stellen zu können.⁴⁰⁵ Dementsprechend sollte der ständische Gedanke eine verbindende Plattform darstellen, auf die sich alle diejenigen Volkskräfte stellen sollten, „die ein wirtschaftspolitisches Ideal zeigten, das werbekräftiger ist, als das sozialdemokratische, in dem es sich auf die Bedürfnisse der menschlichen Natur und auch die wahren Interessen der Arbeiterklasse einstellt und in seiner Durchführung einen Zustand schaffen kann, in dem alle zufrieden sind“.⁴⁰⁶

Überlegungen zur praktischen Einführung des Ständesystems hatte Brauweiler bereits im Artikel „Einige notwendige Bemerkungen“ im April des Vorjahres veröffentlicht.⁴⁰⁷ Hier erinnerte er an das System der Selbstverwaltung in Anlehnung an den „großen Staatsmann Freiherr vom Stein“ und fragte, ob es nicht „an der Zeit“ sei, dessen „Pläne wieder aufzunehmen“.⁴⁰⁸ Bereits Anfang des 19. Jahrhunderts hatte Freiherr vom Stein die Erneuerung des preußischen Staates durch eine zeitgemäßere Form einer ständischen Gliederung gefordert. Diese sollte als Gegensatz zu Demokratie und absolutistischen Tendenzen fungieren. Der Rückgriff auf Steins Theorien erfreute sich 1918/19 großer Beliebtheit und wurde auch von Brauweiler zu einem zentralen Orientierungspunkt.⁴⁰⁹ Die von vom Stein angestrebte, ständisch strukturierte Selbstverwaltung beschrieb Brauweiler als besten Ansatz einer staatlich-gesellschaftlichen Neuordnung, da sie in Anlehnung an die mittelalterliche Reichsverfassung „wirkliche Freiheit und wirkliche Rechte“ des Einzelnen gewähre und damit gegen den Kollektivismus gerichtet sei.⁴¹⁰

Auch wenn Brauweiler das Mittelalter immer wieder als „goldenes Zeitalter Europas“ bezeichnete, wollte er, entgegen der bei Anhängern des romantisch-konservativen Staatsideals

⁴⁰⁴ Mohler, Armin & Karlheinz Weißmann: Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932, ein Handbuch, Graz 2005, S. 118.

⁴⁰⁵ Vereinigung für ständischen Aufbau. Geschäftsstelle, Denkschrift betr. Vorarbeiten und Gründung, 23.6.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134. Der Begriff der Volksgemeinschaft hatte nach 1918 als Reaktion auf die gesellschaftlichen und ökonomischen Umbrüche und dem daraus resultierenden Bedürfnis nach Sicherheit und Ordnung einen vollkommen neuen Stellenwert erhalten.

⁴⁰⁶ Vortrag, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁴⁰⁷ Brauweiler, Heinz: „Einige notwendige Bemerkungen“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 97, 8.4.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/217.

⁴⁰⁸ Vortrag, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁴⁰⁹ S. u.a. Clemens, 1983, S. 138ff.

⁴¹⁰ Frühe Vorbilder des ständestaatlichen Gedankens leiteten sich von der Zeit des Übergangs vom Feudalismus zum modernen Verfassungsstaat ab. Was speziell Brauweiler am mittelalterlichen Ständegedanken faszinierte, war die angeblich geringere Einmischung des Staates in staatsunabhängige Bereiche, wie beispielsweise die Wirtschaft, gleichwohl muss jedoch hinzugefügt werden, dass der mittelalterliche Staatsbegriff einer anderen Definition unterworfen war.

weit verbreiteten Ansicht, jedoch keine Rückkehr zur mittelalterlichen, feudalen und auf Geburtsständen beruhenden Ständegesellschaft.⁴¹¹ Viel eher ging es ihm darum, den damaligen Geist und den im Mittelalter vorherrschenden deutschen Rechtsstaatsgedanken an die gegenwärtigen Verhältnisse anzupassen.⁴¹² Die Verwendung des Ständebegriffs fungierte in diesem Zusammenhang vor allem als Polemik gegen das gegenwärtige System, die modernen Begriffen wie ‚Parteiwesen‘ und ‚Parlamentsabsolutismus‘ eine natürliche Gliederung sowie das Prinzip der Selbstverwaltung entgegenhalten sollte.⁴¹³

In Anbetracht der vorherrschenden arbeitsteiligen und sich immer mehr spezialisierenden Gesellschaft konnten die „neuen Stände“ für Brauweiler nur Berufsstände sein, die sich dem Wort entsprechend aus der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe bilden sollten. Diese Reorganisation zielte darauf ab, alle Menschen ihrer Qualifikation, nicht jedoch ihres gesellschaftlichen Ansehens nach in ihren jeweiligen gemeinschaftsbildenden Berufsstand einzugliedern und damit in den Dienst des Allgemeinwohls zu stellen. Der Beruf wurde als verbindendes Element betrachtet, aus dem heraus sich ein standesspezifisches Sonderbewusstsein entwickeln sollte. Die hier implizierte „Weckung des sozialen Geistes“ sollte schließlich als Gegengewicht zur befürchteten Enthierarchisierung der Gesellschaft und der damit zusammenhängenden Individualisierung fungieren.⁴¹⁴

Eine der vordergründigen Motivationen Brauweilers für die Vertretung des standesspezifischen Bewusstseins resultierte aus seinen bisher vergeblichen Bemühungen, die Arbeiterschaft seinen Zielen und Vorstellungen gemäß in den Staat einzuordnen.⁴¹⁵ Das ein solcher Schritt bisher noch nicht gelungen war, führte Brauweiler nicht etwa auf den Umstand zurück, dass bis dato geltende Gesellschafts- und Wertevorstellungen das Unabhängigkeitsstreben der Arbeiter behindert hatten. Viel wahrscheinlicher schien ihm die Tatsache, dass sie „in ihrem Kern [...] noch Klassen- und nicht Standesbewegung“ waren; also an der Forderung nach mehr politischer Partizipation festhielten, anstatt sich dem Gemeinwohl unterzuordnen. Im Aufbegehren der Arbeiterschaft sah er nicht etwa den aufrichtigen Wunsch nach stärkerer politischer Aktivität, sondern ganz unpolitische und basale Motive, die auf Absicherung des eigenen familiären Lebensstandards zielten. Galt es folglich „die Seele des Arbeiters“ psychologisch für die

⁴¹¹ Brauweiler, Heinz: „Neuorientierung VIII“, in: Düsseldorfer Tageblatt, 1918, StMG, NI Brauweiler 15/13/120.

⁴¹² In einer Notiz von 1967 erläutert Brauweiler, dass das vordergründige Problem bei der Etablierung des Ständegedankens die Bezeichnung als Stand war, die viele zu stark an das Mittelalter erinnerte. Hinzu fügt er, dass es allerdings auch nie Bemühungen gab, dieses Missverständnis aufzuklären. Brauweiler; Heinz: Vom Zunftwesen im Mittelalter. Notiz vom 25.8.1967, StMG, NI Brauweiler, 15/13/176.

⁴¹³ Ebd.

⁴¹⁴ S. Stegmann, 1970, S. 118/119 oder Bösch, Frank: Das konservative Milieu: Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900-1960), Göttingen 2002, S. 103. „Vertrauliches“ Expose, Mitte Februar 1919, StMG, NI Brauweilers, 15/13/127.

⁴¹⁵ Petzinna, 2000, S. 92-93; Vortrag, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

Etablierung einer neuen Gesellschaftsordnung zu gewinnen, sah Brauweiler im berufsständischen Gedanken hierfür eine optimale Voraussetzung.⁴¹⁶ Zum einen sollte der Arbeiter als gleichberechtigtes Glied einer Gemeinschaft anerkannt sein, zum anderen seine wirtschaftliche Befreiung durch die feste Einbindung in einen Betrieb erfolgen, der „ihm eine sichere Existenzgrundlage, die Möglichkeit eines gesunden Familienlebens und eines mäßigen Lebensgenusses“ gewährleisten würde.⁴¹⁷ Mit diesen Vorzügen war gleichzeitig die Pflicht verbunden, „den Teil der Gesamtarbeit des Volkes, der ihr besonderes Arbeitsgebiet ausmacht, so zu leiten, dass die Interessen der Gesamtheit ihr volles Recht finden“.⁴¹⁸

Mit diesen wortmächtigen Erklärungsansätzen, die wenig konkrete Umsetzungsvorschläge bereithielten, versprach die Etablierung des berufsständischen Systems für Brauweiler gleich einen doppelten Erfolg. Durch die berufsständische Reorganisation würde es nicht nur gelingen, dem Parlamentarismus eine wirksame und insbesondere überparteiliche Ordnungsalternative entgegenzustellen – ein Anliegen, das Brauweiler immer vehementer zu verteidigen begann – es wäre auch ein ganz neues Bewusstsein für den Sinn „wahrer“ Volksgemeinschaft im konservativen Sinne geschaffen, die Brauweiler als wesentlichsten Bestandteil jeglicher gesellschaftlicher Veränderung proklamierte.

Als „Krönung“ der berufsständischen Ordnung stellte Brauweiler sich die Herausbildung eines sogenannten Wirtschaftsrats vor, der gleichermaßen zu einer Revitalisierung der verlorengegangenen Aufgabenteilung zwischen Volk und Staat beitragen sollte.⁴¹⁹ Als Vorbild dieser Idee galt der Ansatz Bismarcks, der mit seiner Überlegung eines Volkswirtschaftsrats nicht nur einen grundsätzlichen Wandel im Bereich der Wirtschaftspolitik forciert hatte, sondern auch einen ersten Versuch, die Entscheidungsbefugnisse des Parlaments zu umgehen.⁴²⁰

Erste vorhandene Ansätze zur Verwirklichung einer berufsständisch aufgebauten Gesellschaftsordnung sah Brauweiler bereits vielfach vorhanden: so u.a. in den „Berufskammern, den freien Berufsorganisationen, dem neu erwachsenen Geiste der solidarischen Arbeiterpflicht gegenüber den Berufsgenossen und der Volksgesamtheit, in der Landwirtschaft, in der Industrie und in der Arbeiterschaft“.⁴²¹ Diese frühen Sprossen galt es nun zu pflegen, um sie zu ihrer vollen Blüte kommen zu lassen. Hatte die Zentrumsparterie mit

⁴¹⁶ Petzinna, 2000, S. 92/93, Vortrag, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁴¹⁷ Vortrag, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁴¹⁸ Ebd.

⁴¹⁹ Protokoll der Düsseldorfer Oktoberkonferenz, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁴²⁰ Pflanze, Otto: Bismarck. Der Reichskanzler, Leinen 1998, S. 303; Gall, Lothar: Bismarck. Der weiße Revolutionär, Berlin 2002, S. 604.

⁴²¹ Vortrag, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

ihren Netzwerken und Strukturen bis dato den Kristallisationspunkt für Brauweilers Aktivitäten dargestellt, sorgten die zunehmenden Spannungen zwischen Brauweiler und der Reichstagsfraktion bezüglich der Erzberger-Politik, die Tatsache, dass das Zentrum die wesentliche Stütze des interfraktionellen Ausschusses bildete und Brauweilers radikale Forderung nach einer antiparlamentarisch-ständestaatlichen Neuordnung für eine schnell voranschreitende Entfremdung zwischen ihm und der Partei. Da ihm zukünftig wesentliche Kommunikationsorgane und parteiinterne Netzwerke verwehrt bleiben sollten, galt es, die eigene Kommunikation über andere Kanäle abzuwickeln. Neben dem Austausch über unterschiedliche Themen im Bereich der Tagesfragen sollte so vor allem die Beratung über das weitere Vorgehen bezüglich des berufsständischen Aufbaus gewährleistet werden.⁴²²

Aus diesem Grund wurde als Fazit der Oktoberkonferenz einmütig festgehalten, dass zur Umsetzung des von Brauweiler vorgestellten Arbeitsprogramms eine „Gesellschaft für Anhänger“ als ausführendes Organ ins Leben gerufen werden sollte.⁴²³ Zusätzlich dazu wurde die Gründung einer Verlagsgesellschaft beschlossen und die Herausgabe der eigenen parteiunabhängigen Zeitschrift *Aufbau* als organisatorischem Mittelpunkt der rechtskonservativen Sammlungsbewegung.⁴²⁴ Ein solches Vorgehen stellte einen erfolgversprechenden Ansatz dar: Brauweiler hoffte, die eigenen politischen Entwürfe gemeinsam mit Gleichgesinnten weiter ausarbeiten zu können und über die Werbung neuer Mitglieder anschließend auch auf indirektem Wege in die Parteimitte vorzustoßen.

3.2 Der Plan zur Gründung einer unabhängigen katholischen Zeitschrift

Konkrete Überlegungen zur Gründung einer unabhängigen, politischen Zeitschrift für das katholische Lager hatte Brauweiler im Juni 1918 in einem Brief an seinen „lieben Freund“ Martin Spahn ausgeführt; dieser kritisierte ebenso wie Brauweiler die mangelnde politische und weltanschauliche Selbstständigkeit der katholischen Presse und plante ebenfalls seit langem die Herausgabe einer politischen Zeitschrift.⁴²⁵ Ihm schrieb Brauweiler, dass „die Politik, die die Reichstagsfraktion unter Führung Erzbergers“ verfolge, zu einer schweren Parteikrise führe, weshalb es „die wichtigste Aufgabe“ sei, eine Vertretung des katholischen Volksteils außerhalb des Zentrums zu etablieren.⁴²⁶ Da die dafür in Frage kommenden Kreise „äußerst verstreut“ schienen, schlug Brauweiler seinem Freund die Gründung einer parteiunabhängigen Zeitschrift

⁴²² Plan zur Gründung einer politischen Zeitschrift, Frühjahr 1914, StMG, NI Brauweiler, 15/13/166.

⁴²³ Die Gründung von Freundeskreisen war eine gängige Methode zur Finanzierung von Publikationsorganen oder Kampforganisationen. S. hierzu Petzold, Joachim: Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978, S. 103.

⁴²⁴ Vortrag, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁴²⁵ Dies berichtete Brauweiler in seinem 1916 veröffentlichten Artikel über die „Zukunftsaufgaben der katholischen Presse“. Hier schrieb er, dass besonders Martin Spahn oft die Klage erhoben habe, dass politische Dinge grundsätzlich unter taktischen Gesichtspunkten gesehen würden. S. StMG, NI Brauweiler, 15/13/218, Brief an einen „lieben Freund“, 4.6.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁴²⁶ Brief an einen „lieben Freund“, 4.6.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

vor, die sich offen in den „Dienst einer katholisch-konservativen Politik“ stellen sollte. Für dieses Vorhaben Teile der existierenden Zentrumspresse einzuspannen, hielt Brauweiler für wenig sinnvoll, da er mit diesen Bemühungen bereits beim *Düsseldorfer Tageblatt* gescheitert war.⁴²⁷

Aus diesem Grund entwickelte er das Konzept zur Zeitschrift *Aufbau*, die parallel zum *Düsseldorfer Tageblatt* die Werbearbeit für die Verbreitung der konservativen Sammlung im katholischen Lager und die „praktische Umarbeitung des konservativen Staatsideals und des deutschen Staats- und Rechtsgedankens“ stützen sollte.⁴²⁸ Ein detailliertes Programm fehlte. Das Organ sollte zunächst die Funktion einer Austauschplattform übernehmen, für all diejenigen, die sich mit dem christlich-konservativen Staatsideal identifizierten und die „Erneuerung der Welt durch den Geist des Christentums“ anstrebten. Der *Aufbau* war demnach nicht für die breite Masse bestimmt; dafür schienen „die Probleme noch zu ungeklärt“, die aufnahmebereite Geistesverfassung nicht vorhanden. Vielmehr galt es, die führenden Kreise des katholischen Volksteils zu adressieren, die berufen und gewillt waren, „die Erziehung der breiten Massen“ zu Brauweilers Programm zu übernehmen.⁴²⁹ Angesprochen waren hier also alle konservativ denkenden Männer, die sich dementsprechend nicht nur aus dem Zentrums-, sondern auch aus dem national-liberalen und christlich-sozialen Lager zusammenfinden sollten. Nur durch die Vereinigung aller konservativ denkenden Kräfte schien für Brauweiler die Umsetzung eines katholisch-konservativen Programms möglich zu sein, das sowohl die Entpolitisierung der Wirtschaft, die Entmachtung des Parlaments, die Abtrennung der Parteien von ökonomischen Interessen und die Politisierung des Katholizismus beinhalten sollte.⁴³⁰

Überlegungen zur Gründung einer von der Parteipresse unabhängigen Zeitschrift hatte Brauweiler bereits im Zusammenhang mit dem Zentrums- und Gewerkschaftsstreit erwogen.⁴³¹ Sollte der Kriegsbeginn vorerst zu einem Stillstand der Planungen führen, wurden diese vor dem Hintergrund der zunehmenden Öffnung des Zentrums für demokratische Einflüsse und dem verstärkten Unabhängigkeitsstreben der katholischen Arbeiterschaft jedoch nach Ende des Kriegs wieder reaktiviert.

⁴²⁷ Brief an einen „lieben Freund“, 4.6.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁴²⁸ Vortrag, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁴²⁹ Ebd.

⁴³⁰ Protokoll der Düsseldorfer Oktoberkonferenz, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler; 15/13/130.

⁴³¹ In einer schriftlichen Begründung führte Brauweiler aus, dass es unumgänglich sei, die „Verständigung zwischen den Angehörigen der grossen christlichen Bekenntnisgemeinschaften“ in Form einer „ernsten und offenen Aussprache“ zu ermöglichen. Da diese Aufgabe von den Tageszeitungen nicht mehr übernommen werden konnte, lag die Gründung eines unabhängigen Organs nahe, das in den „Dienst höherer Ziele“ gestellt werden sollte. Es galt eine Kontakt- und Austauschplattform für alle konservativ denkenden Kräfte der Gesellschaft zu schaffen. Neben aktuellen Tagesfragen sollten hier auch offene Aussprachen über „die staatswirtschaftlichen und handelspolitischen Fragen und die verwickelten sozialpolitischen und sozialrechtlichen Probleme“ geführt werden. Plan zur Gründung einer politischen Zeitschrift, Frühjahr 1914, StMG, NI Brauweiler, 15/13/166.

In einer Denkschrift mit der Überschrift „Zukunftsaufgaben für die katholische Presse“ vom November 1916 griff Brauweiler die nach wie vor ungelöste Problematik einer fehlenden Verständigungsplattform für die Katholiken auf, die vor dem Hintergrund der auf den Krieg folgenden „großen Aufgaben und der schweren Kämpfe“ von noch größerer Bedeutung als bisher sein würde.⁴³² Die katholische Presse sah Brauweiler zu stark von der Meinungsmache der beiden großen katholischen Zeitungen – *Germania* und *Kölnische Volkszeitung* – beeinflusst, die für ihn nicht „parteiöffizös“, sondern in „Wahrheit Privatunternehmen“ waren. Was ihm vorschwebte war eine sowohl vom Anzeigengeschäft als auch vom parteilichen Überwachungsapparat unabhängige Zeitschrift, die sich auf den Katholizismus stützen, „über das Gebiet der rein politischen Arbeit jedoch hinausgreifen sollte“.⁴³³ Die Herausgabe einer solchen Zeitschrift war dabei nur im Rahmen der generellen Stärkung der mittleren Presse möglich, die für den Bereich der katholischen Presse nahezu fehlte. War diese bei den liberalen, sozialistischen oder konservativen Parteien weitaus stärker ausgeprägt, musste man für das katholische Lager gerade im Bereich des politisch-kulturellen Lebens deutliche Defizite einräumen. Als Ursache dieser Entwicklung sah Brauweiler die Tatsache, dass „auf unserer Seite alles auf Autorität und Disziplin eingestellt ist und gar zu gern jede selbstständige Regung als eine Gefahr – ein aus der Reihe tanzen“ ausgelegt werde.⁴³⁴ Dies galt insbesondere für die Presse, wo statt eigenständiger Handlungsspielräume und mehr Mitspracherecht viel zu sehr parteitaktische Überlegungen vorzuherrschen schienen; mit der Folge einer großen Starrheit und fehlender Flexibilität gegenüber politischen Gegebenheiten.

In einem Brief an Carl Muth, dem Chefredakteur der Zeitschrift *Hochland*, machte Brauweiler seinem Ärger über diese Entwicklung Luft. Hier schrieb er, es sei ein Jammer „dass wir kein Organ haben, in welchem die unbedingt notwendige unabhängige Aussprache geführt werden könne“.⁴³⁵ Auch wenn der Katholizismus seit jeher die einheitsstiftende Grundlage des Zentrums dargestellt hatte, wurde es mit der Fortdauer des Kriegs immer schwieriger, einen internen Interessenausgleich vornehmen zu können. In diesem Zusammenhang schien die Schaffung einer vom Glauben unabhängigen Plattform unumgänglich.⁴³⁶

In einem im Februar 1917 veröffentlichten Artikel „Unsere Aufgabe“ konkretisierte Brauweiler seine Vorstellung von einer katholischen Zeitschrift, die weit über das Tätigkeitsgebiet der

⁴³² Brauweiler, Heinz: Zukunftsaufgaben für die katholische Presse, November 1916, StMG, NI Brauweiler, 15/13/166.

⁴³³ Mit dem Anzeigenwesen war im 19. Jahrhundert ein ganz neuer Geschäftszweig entstanden, der die Tagespresse in immer größere Abhängigkeit zu den Anzeigenverkäufen bringen sollte.

⁴³⁴ Brauweiler, Heinz: Zukunftsaufgaben für die katholische Presse, November 1916, StMG, NI Brauweiler, 15/13/166.

⁴³⁵ Brauweiler an Muth, 22.11.1916, StMG, NI Brauweiler, 15/13/173. Brauweiler wollte seinen Artikel „Das Zentrum im neuen Deutschland“ in der Zeitschrift *Hochland* veröffentlichen. Die Tatsache, dass dieser Artikel nicht im Tageblatt erschien, ließ auf Brauweilers Interesse an einem vordergründig katholischen Publikum schließen.

⁴³⁶ Brauweiler an Muth, 22.11.1916, StMG, NI Brauweiler, 15/13/173.

politischen Parteien hinausgreifen sollte.⁴³⁷ Da diese ihre Arbeitsbereiche und zum Teil auch ihre Arbeitsmethoden durch die parlamentarischen Rechte und Aufgaben bestimmt sah, war das Erscheinen einer unabhängigen Zeitschrift vor dem Hintergrund der „Liquidation des Kriegs und der anschließenden Friedensarbeit [...] so dringend notwendig, wie nie zuvor. Nunmehr schien der richtige Zeitpunkt gekommen zu sein, sich mit den Gemeinschaftsinteressen aller Katholiken auseinanderzusetzen und das neue Fundament zu schaffen [...], das zwar an Altes anknüpfen, aber von einem neuen Geist geleitet werden“ sollte.⁴³⁸ Dieser „neue Geist“ sollte alle vorhandenen Kräfte heranziehen und nutzbar machen und eine offene Aussprache ermöglichen, die Brauweiler für die zukünftige Gestaltung des neuen deutschen Reiches unumgänglich hielt. Bereits zu diesem Zeitpunkt hatte er sich an Martin Spahn gewandt, den er in seine Pläne einweihte und der seine Mitarbeit bereitwillig zusicherte.⁴³⁹

Auch wenn die Planung über die vergangenen Jahre schon weit vorangeschritten war, sollten dennoch fast eineinhalb Jahre vergehen, bis man bei der Düsseldorfer Besprechung im Oktober 1918 durch den Beschluss zur Gründung der Zeitschrift *Aufbau* einen ersten realistischen Zeitpunkt zur Umsetzung fand.

Durch den plötzlichen militärischen Zusammenbruch und die revolutionären Umstürze wurde das Vorhaben jedoch erneut im Keim erstickt. Da „das Erscheinen [der Zeitschrift, wie ursprünglich geplant] zum 1. Januar durch die jetzigen Umständen unmöglich gemacht wurde“, wurden sowohl der bei der Oktoberkonferenz für den 10.11. vereinbarte Termin für die Konstituierung der Verlagsgesellschaft verschoben, als auch der Erscheinungstermin der Zeitschrift auf den 1. April 1919.⁴⁴⁰

Um weiteren Zeitverlust zu vermeiden, blieben die Initiatoren der Konferenz – Brauweiler und Spahn – nicht untätig und vereinbarten eine Anschlussbesprechung für den 17. November 1918, wo man im kleinen Kreis weitere Planungsschritte besprechen wollte.⁴⁴¹ Hier führte Brauweiler aus, wie er sich „speziell für das politische Gebiet die Aufgabe der Zeitschrift“ vorstellte: sie sollte das Zentrum zurück auf den rechten Kurs führen und die Voraussetzung für die

⁴³⁷ Unsere Aufgabe – Vertraulicher Entwurf, Februar 1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/173.

⁴³⁸ Ebd.

⁴³⁹ Spahn informierte Brauweiler darüber, seinen Vater, den Reichstagsabgeordneten Peter Spahn, in die Planung für das anstehende Zeitschriftenprojekt einbeziehen zu wollen. Dieser kritisierte ebenso wie Martin Spahn und Heinz Brauweiler die Linksorientierung des Zentrums. Trotz seiner prinzipiell konservativen und monarchistischen Einstellung trat er als Mitglied der Weimarer Nationalversammlung für eine Kooperation mit der SPD und die Annahme des Versailler Vertrags ein. Brauweiler an Spahn, 14.2.1917, BArch, NI Spahn, 1324/71.

⁴⁴⁰ Vortrag, 17.11.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁴⁴¹ Brauweiler an Spahn, 14.2.1917, BArch, NI Spahn, 1324/71.

Etablierung einer neuen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ordnung im christlich-konservativen Sinn schaffen.⁴⁴²

Bevor man allerdings damit beginnen konnte, die angesprochenen Neugestaltungsansätze zu konkretisieren, war es für Brauweiler unerlässlich, vorab die für den deutschen Zusammenbruch vermeintlich verantwortlichen Missstände zu benennen. Diese lagen für ihn sowohl bei der Außenpolitik Bismarcks, als auch in den Machtstrukturen des friderizianischen Preußens, dem amoralischen Erwerbsstreben der merkantilistisch eingestellten Kapitalisten und dem wilhelminischen Willen zur Großmachtpolitik. Hatte es aufgrund dieser Faktoren, Brauweiler zufolge, ohnehin zum Zusammenbruch kommen müssen, empfand er die Rückkehr zum praktischen Christentum als denkbare Vorbild für den Neuaufbau der staatlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Ordnung. Die Anwendung demokratischer Formen war dabei keinesfalls ausgeschlossen. Vielmehr hielt es Brauweiler sogar für „töricht“, „wollte man den demokratischen Gedanken bekämpfen, der demokratischen Bewegung sich widersetzen“.⁴⁴³ Stattdessen forderte er dazu auf, sich offen und ehrlich zur Demokratie zu bekennen, die „geistige Demokratie“ zu fordern und die „deutsche Demokratie“ zum Sieg zu führen.⁴⁴⁴

Ähnlich wie es bereits 1917 in Zusammenhang mit Erzberger der Fall gewesen war, verfolgte Brauweiler auch hier wieder eine ganz eigene Vorstellung von Demokratie, die mitnichten dem Bild des westlichen Parlamentarismus entsprach.⁴⁴⁵ Statt auf dem Prinzip der Volkssouveränität – wo Brauweiler eher Staatsomnipotenz und „wirtschaftliche Abhängigkeit der Masse von einigen wenigen“ vermutete – war die von ihm favorisierte „wahre geistige Demokratie“ auf dezentralisierte Selbstverwaltung und Berufung der vermeintlich Tüchtigsten ohne Rücksicht auf Geburt und Schulbildung gerichtet. Außerdem bedurfte es der Reaktivierung eines katholischen Geistes, um so wieder „eine starke katholische Interessenvertretung“ zu ermöglichen.⁴⁴⁶ Die Realisierung dieser Aufgabe glich einem langen und schwierigen

⁴⁴² Brauweiler an Spahn, 4.6.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130; Vortrag, 17.11.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁴⁴³ Vortrag, 17.11.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁴⁴⁴ Ebd. Das antidemokratische Denken nach 1918 richtete sich nicht per se gegen alle demokratischen Formen. Gefordert wurde vielmehr eine „wahre Demokratie“ beruhend auf dem „wahren Volkswillen“, die die falschen Vorstellungen von der sich in der Entwicklung befindlichen Weimarer Demokratie nach westlichem Vorbild und dem Liberalismus ablegen sollte. S. Gusy, Christoph: Demokratisches Denken in der Weimarer Republik“, Baden-Baden 2000. Der Zusatz „wahr“ sollte den Gegensatz zu den Entwicklungen in der Weimarer Republik hervorheben und die eigenen Ziele stärker hiervon abgrenzen. Entsprechende Bezeichnungen findet man u.a. bei Max Hildebert Böhm und auch Wilhelm von Oertzen, der mit seiner Version vom „wahren Staat“ seine Vorstellungen bezüglich einer Alternative zum Weimarer Parteienstaat verdeutlichte. Oertzen bezeichnete diesen als „Unterordnung der eigenen Interessen der Allgemeinheit“ und als „Rückkehr zum Paternalismus“. S. hierzu: Flemming, Jens: „Führersammlung“, „politische Schulung“ und „neue Aristokratie“. Die „Herrengesellschaft Mecklenburg“ in der Weimarer Republik. in: Führer, Karl Christian: Eliten im Wandel, gesellschaftliche Führungsschichten im 19. und 20. Jahrhundert; für Klaus Saul zum 65. Geburtstag, Münster 2004, S 138.

⁴⁴⁵ „Das Ziel und der Weg“, in: Blätter für ständischen Aufbau, Nr. 1, 5.1.1921.

⁴⁴⁶ Ebd.

moralischen Erziehungswerk; den demokratisch-republikanischen Kräften attestierte Brauweiler dementsprechend fehlende Nachhaltigkeit und Kurzsichtigkeit.

Von Seiten des Zentrums wurde das Unabhängigkeitsstreben Brauweilers und dessen Stimmungsmache gegen die Partei kritisch betrachtet. Seine im November erneut geäußerten Forderungen nach einer Rückkehr zum ursprünglichen Zentrumsgedanken und der Aufruf zum Kampf gegen die "Formaldemokratie" wurden schließlich für die anhaltenden Spannungen im Zentrumslager verantwortlich erklärt, ebenso wie für den Verlust an Wählerstimmen im Kreis Düsseldorf.⁴⁴⁷ Bei den Reichstagswahlen 1920 hatte das Zentrum immerhin mehr als 15 % der Stimmen verloren, ein niederschmetterndes Ergebnis, für das die Partei die Haltung des *Tageblatts* und Brauweiler verantwortlich machte.⁴⁴⁸ Die Tatsache, dass die wenig später erfolgende Gründung der Christliche Volkspartei Zulauf gerade auch vom Düsseldorfer Zentrumsflügel erhalten sollte, sprach dafür, dass die Vermutung der Reichstagsfraktion keineswegs unbegründet war.⁴⁴⁹ Zwar vertrat das Düsseldorfer Zentrum nach wie vor mehrheitlich den Kurs der Reichstagsfraktion, nichtsdestotrotz wurde diese Entwicklung sehr ernst genommen und führte schließlich zu der Drohung, dem *Düsseldorfer Tageblatt* den Charakter als Zentrumsorgan abzuerkennen.⁴⁵⁰

Die Distanzierung vom *Tageblatt* veranlasste Brauweiler schließlich dazu, sich endgültig von Partei und Zeitung loszusagen.⁴⁵¹ Mit der Begründung, dass ihm „ein erfolgreiches Arbeiten durch die Situation unmöglich gemacht wurde“, sollte er 1920 in letzter Konsequenz schließlich seinen Wunsch auf Selbstentlassung vom Chefredakteursposten des *Tageblatts* mit der Begründung beim Parteivorstand einreichen, kein Hindernis „für die glückliche Entwicklung des *Tageblatts*“ sein zu wollen.⁴⁵²

⁴⁴⁷ Kemper, 2011, S. 330.

⁴⁴⁸ Petzinna, 2000, S. 66.

⁴⁴⁹ Bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 erzielte die Christliche Volkspartei einen ersten Erfolg, als sie in Zusammenarbeit mit der ihr nahestehenden Bayrischen Volkspartei (BVP) und der hessischen Rechtspartei eine „christlich-föderalistische Reichswahlliste“ aufstellte. Die annähernd 65.000 Stimmen resultierten hauptsächlich aus den Wahlbezirken Düsseldorf, Koblenz, Trier, Köln und Aachen – Also aus Hochburgen des Zentrums.

⁴⁵⁰ Auf dem ersten Reichsparteitag 1920 wurde beschlossen, dass nur diejenigen Zeitungen und Zeitschriften als Zentrumsorgane gewertet werden sollten, die von der zuständigen Parteiorganisation anerkannt wurden. Die Ermächtigung, einer Zeitung den Charakter als Zentrumsorgan abzuerkennen, wurde ebenso auf diesem Parteitag besprochen. S. Koszyk, Kurt: Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil III, Berlin 1972, S. 301/02.

⁴⁵¹ Im Zuge der Überlegungen von Papens über die Besetzung des Redakteursposten für die innere Politik bei der Germania im September/Oktober 1925 wurde der Austritt Brauweilers aus dem Düsseldorfer *Tageblatt* aufgrund von Unstimmigkeiten nochmals aufgerollt. In einem an Papen gerichteten Schreiben hieß es: „Insbesondere die Arbeitervereine und Gewerkschaften verlangten immer dringlicher einen Skalp und so musste der Verlag schliesslich Herrn Dr. Brauweiler kündigen, oder auch, was ich nicht so genau weiß, Herr Dr. Brauweiler hat unter diesem Druck seinen Posten zur Verfügung gestellt.“ Hierfür ist ein Brief Brauweilers an Justizrat Bewerunge vom März 1920 aufschlussreich, in dem Brauweiler diesen um seine Entlassung bat, da ihm „ein erfolgreiches Arbeiten [...] unmöglich gemacht“ wurde. S. Schreiben vom 21. März 1920 an Justizrat Bewerunge und Schreiben an Franz von Papen vom 28.9.1925, StMG, NI Brauweiler, 15/13/170.

⁴⁵² Brauweiler an Bewerunge, 21.3.1920, StMG, NI Brauweiler, 15/13/170. Sowie Brief an einen „lieben Freund“, 4.6.1916, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

Die 1918/19 erfolgten politischen Entwicklungen auf Reichsebene und der damit in engem Zusammenhang stehende Werdegang des Zentrums beendeten Brauweilers Hoffnung, vom Boden einer parteiunabhängigen Zeitschrift, wie dem *Aufbau*, die Zentrumspartei zu gesellschaftlichen und politischen Umgestaltungsmaßnahmen bewegen zu können. Zu groß war, seiner Meinung nach, der Teil der Reichstagsfraktion, der die Stimmung in der Zentrumspartei verkannte, indem er sich für Erzberger einsetzte und zu gering die Aussicht, diesen Teil zu einem Umdenken und vor allem zu einem Abrücken von der Reichstagskoalition bewegen zu können, die Brauweiler als Produkt „vernunftrepublikanischer“ Überlegungen ansah.

Neben den großen Widerständen seitens der Zentrumspartei – von Brockmann bereits frühzeitig von Seiten der Arbeiterschaft wie auch von einer Vielzahl anderer „lokaler schulischer, politischer oder kirchlicher Organisationen“ prognostiziert – stagnierte das *Aufbau*-Projekt auch wegen der schwierigen Beschaffung des notwendigen Betriebskapitals. Trotz Brockmanns beschwichtigender Worte, bei der Finanzierung seien „keine Schwierigkeiten“ zu erwarten, wurden die Finanzierungsfragen dennoch bald zum eigentlichen Hauptproblem.⁴⁵³ Ähnlich wie bei der "Anti-Erzberger"-Kampagne und der Oktoberkonferenz konnte Brauweiler sich zwar wieder auf die Zuverlässigkeit des Agrarierflügels verlassen; hier erkannte man in der Zeitschrift eine gute Möglichkeit für all diejenigen Parteikräfte, die – enttäuscht vom Zentrum – sich außerhalb der Partei über „grundsätzliche Problem der Gegenwart“ verständigen wollten. Deren finanzielle Zuwendung reichte jedoch nicht aus, um den *Aufbau* langfristig lebensfähig zu halten.⁴⁵⁴

Eine zusätzliche Belastung entstand durch die plötzliche Erkrankung Martin Spahns, der maßgeblich an der Errichtung der Zeitschrift *Aufbau* beteiligt und vor allem für die Anwerbung neuer Unterstützer verantwortlich war. Hatte dieser, wie auch schon bei der Düsseldorfer Oktoberkonferenz, die wesentlichen Kontakte zu den verschiedenen Interessengruppen, viele auch aus dem Bereich der Industrie, hergestellt, sollte die Tatsache, dass er plötzlich „gesundheitlich ganz daneben“ war, den weiteren Ausbau der Zeitschrift enorm behindern. Zwar äußerte sich der Schüler Spahns, Anton Diehl, Brauweiler gegenüber optimistisch, indem er schrieb, die Hoffnung zu haben, dass Spahn durchhalte und dann wieder den „Kopf aus dem Wasser stecken“ würde.⁴⁵⁵ Diese beschwichtigenden Aussichten verhinderten jedoch nicht,

⁴⁵³ Brockmann an Brauweiler, 9.9.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁴⁵⁴ Hier u.a. ein Brief von Schönberg-Thammenhain, der sich, „obwohl bereits anderweitig stark in Anspruch genommen“ dazu bereit erklärte, sich mit 5000 Mark am ‚Aufbau‘ zu beteiligen. S. Schreiben Freiherr von Schönberg-Thammenhain an Brauweiler, 10.11.1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131.

⁴⁵⁵ Diehl an Brauweiler, 18/20.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

dass das *Aufbau*-Projekt aufgrund innerer Schwierigkeiten, wie mangelnder Finanzierung, Spahns Krankheit sowie externer Ereignisse, wie der Novemberrevolution, der Einberufung der Nationalversammlung oder der Einführung des Versailler Vertrags, in immer weitere Ferne rückte.

3.3 Brauweilers endgültige Distanzierung vom Zentrum

Auch wenn das entstandene Machtvakuum im „Traumland der Waffenstillstandsperiode“ durchaus aussichtsreich für gesellschaftliche oder politische Veränderungen war, löste der Zusammenbruch der alten politischen Ordnung nicht nur bei Brauweiler selbst, sondern auch in der Zentrumsparlei eine tiefe Verunsicherung aus.⁴⁵⁶ Worauf es nun ankam, war das schnelle Fällen von Entscheidungen, um dem verfassungslosen Zustand und dem anhaltenden Chaos ein unverzügliches Ende zu setzen.⁴⁵⁷ Die Zentrumsvertreter forcierten deshalb eine stärkere Zusammenarbeit mit Parteien, die für die Einberufung der Nationalversammlung plädierten; also insbesondere der SPD, die trotz des weltanschaulich-politischen Gegensatzes, der sich gerade in den Bereichen von Schul- und Kirchenpolitik zeigte, immer attraktiver für eine temporäre Zusammenarbeit angesehen wurde.⁴⁵⁸

Auch Brauweiler, der ab April 1917 deutlich gegen eine Politik des Entgegenkommens gegenüber der SPD aufgetreten war und deren demokratische Bestrebungen bekämpfte, kam im Winter 1918/19 zu der Überzeugung, dass keine andere Wahl als eine temporäre Kooperation mit den Sozialdemokraten bliebe, wenn man den endgültigen „Zerfall des Reiches“ verhindern wollte.⁴⁵⁹ Entgegen seiner bisherigen Einstellung trat er in dem Artikel „Das deutsche Volk kann nicht warten“ vom 15. Dezember 1918 dafür ein, dass „schnellstens eine Nationalversammlung und eine Volksregierung einberufen werden müsse, um den Annexionsgelüsten der Entente entgegenzutreten“, den Aufbau des Reichs voranzutreiben und die „Einhaltung von Ruhe und Ordnung im Reich“ zu gewährleisten. Aufgrund der aufgewühlten Situation durch die revolutionären Bestrebungen seitens der radikalen Linken war ihm sogar eine vorübergehende Regierung „unter Ebert und Scheidemann“ recht; „Hauptsache sie war stark“ genug, die revolutionären Strömungen aufzuhalten.⁴⁶⁰

Hatte Brauweiler die Ankündigung der Wahlen zur allgemeinen Nationalversammlung in diesem Zusammenhang noch als Chance auf die Eröffnung eines christlichen Widerstands

⁴⁵⁶ Troeltsch, Ernst: *Spektatorbriefe: Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22*, Tübingen 1924, S. 69.

⁴⁵⁷ Meyer, Thomas: *Stand und Klasse, Kontinuitätsgeschichte korporativer Staatskonzeptionen im deutschen Konservatismus*, Opladen 1997, S. 178.

⁴⁵⁸ Schneider, Michael: *Die christlichen Gewerkschaften: 1894-1933*, Bonn 1982, S 393ff.

⁴⁵⁹ Brauweiler, Heinz: „Das deutsche Volk kann nicht warten“, in: *Düsseldorfer Tageblatt*, Nr. 349, 15.12.1918.

⁴⁶⁰ Ebd.

gegen die Revolution gesehen und es als „unsere Aufgabe“ betrachtet, „diesen Widerstand aufzunehmen, ihn zu organisieren, die Wähler – alle Männer und Frauen über 20 Jahre – aufzuklären und sie für ein Programm der Ordnung und des Aufbaus zu gewinnen“, sollte die am 19. Januar 1919 gebildete Reichstagskoalition weit hinter seinen Erwartungen zurückbleiben.⁴⁶¹ Diese schien „keinen Hauch einer neuen Zeit“ zu versprühen, sondern weiterhin einen für das Zentrum und das katholisch-konservative Spektrum vermeintlich nachteiligen Kurs zu begünstigen. Offensichtlich war es der SPD gelungen, ihre Vorstellungen einer demokratischen Neuordnung in eine dauerhafte Staatsform zu überführen. Für Querdenker wie Brauweiler und deren Hoffnung auf sozial-politische Ordnungsalternativen – wie der berufsständischen Gliederung – war kein Platz mehr.⁴⁶²

Nachdem am 7. Mai 1919 auch noch der von den Ententemächten ausgehandelte Wortlaut des Versailler Friedensvertrags an die deutsche Delegation übergeben wurde (für Brauweiler „das schmachvollste Dokument der Weltgeschichte“), war seine Hoffnung auf eine konservative Umerziehung vom Boden der Partei aus endgültig verfliegen.⁴⁶³ So wurde den Deutschen hiermit nicht nur die alleinige Schuld am Kriegsausbruch zugewiesen. Deutschland wurde auch dazu verpflichtet, erhebliche Gebietsabtretungen und vor allem Reparationszahlungen zu leisten; das Land schien Brauweiler in die Rolle eines „Lohnsklaven“ gepresst, um die „völlige staatliche und wirtschaftliche Vernichtung“ herbeizuführen.⁴⁶⁴ Die Unterzeichnung des Friedensvertrags am 28. Juni 1919 bezeichnete Brauweiler rückblickend als die „traurigste Zeit des deutschen Volkes“.⁴⁶⁵ War man „in weiten bürgerlichen Kreisen“ der Meinung gewesen, dass der völlige staatliche Zusammenbruch nur durch die temporäre Machtbeteiligung der Sozialdemokraten hätte aufgehalten werden können, betrachtete Brauweiler die gesamten Verhandlungen um einen Verständigungsfrieden mittlerweile als einziges „Narrenspiel“, dem viel eher die Bezeichnung als Gewaltfrieden gebühren würde.⁴⁶⁶

In diesem Zusammenhang markierten die Novemberereignisse für ihn den eigentlichen Beginn der „schlimmsten Weltrevolution“, bei der „die sozialistische Bewegung, die von der SPD getragen wurde, gegen die neuständischen, den Staatssozialismus ablehnenden Kräfte“

⁴⁶¹ Unsere Aufgabe – Vertraulicher Entwurf, Februar 1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/173.

⁴⁶² „Das Traumland der Waffenstillstandsperiode, wo jeder sich ohne die Bedingungen und realen Sachfolgen des bevorstehenden Friedens die Zukunft phantastisch, pessimistisch oder heroisch ausmalen konnte, ist geschlossen. Gibt es eine Hilfe, so liegt sie vorerst in Arbeit und Ordnung (...) und dann in einer sittlichen und geistigen Erneuerung von Grund aus und in allen Klassen, Ständen, Parteien und Gruppen.“ S. Zitat in: Troeltsch, Ernst, 1924, S. 69.

⁴⁶³ Brauweiler, Heinz: „Die großen Lügner“ in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 105, 4.5.1919.

⁴⁶⁴ Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 109, 8.5.1919.

⁴⁶⁵ Brauweiler, Heinz: „Vom 7. November zum 7. Mai“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 110, 9.5.1919.

⁴⁶⁶ Ebd.; Clemens, 1983, S. 85/86. Brauweiler hielt lange Zeit an dem Siegfriedensgedanken fest. In diesem Zusammenhang erhob die sozialdemokratische Presse sogar Anklage gegen das Düsseldorfer Tageblatt, das beschuldigt wurde, „während des Ersten Weltkriegs zum Durchhalten bis zum äußersten“ aufgerufen zu haben. Ähnlich argumentierte der USPD Stadtverordnete Dr. Erdmann, der das Düsseldorfer Tageblatt bei einer Stadtverordnetenversammlung vom 18.11.1919 als eines der „kriegswütigen Blätter“ bezeichnete. Stump, 1971, S. 107, Anm. 11.

kämpfe.⁴⁶⁷ Im Januar 1919 sei diese Weltrevolution schließlich zur vollen Entfaltung gekommen, indem sie den definitiven Bruch mit dem alten System durch die Einführung des „reinen Parlamentarismus“ eingeleitet und damit das definitive Ende der in der Entstehung begriffenen Volkseinheit verschuldet habe.⁴⁶⁸ Damit war für Brauweiler der letzte Hoffnungsschimmer, das durch den Burgfrieden entstandene Nationalgefühl im Sinne einer christlich-konservativen Neuordnung nutzen und darüber eine Rückkehr zur konservativen Ordnung erreichen zu können, endgültig erloschen.

Schuld am Ausbruch dieser „Weltrevolution“, die Brauweiler als „Revolution des 4. Standes“ bezeichnete, gab er vor allem „der Masse der vom Kapital abhängigen“, von denen er eine zunehmend „zerstörerische Kraft“ ausgehen sah.⁴⁶⁹ Deren soziale und wirtschaftliche Unzufriedenheit hatte seines Erachtens nicht nur den Verlust des Ersten Weltkriegs hervorgerufen, sondern auch das Eindringen der neumodisch-demokratischen Einflüsse bedingt.⁴⁷⁰ Die Vorstellung einer politisierten und haltlosen, nur auf die Durchsetzung der eigenen Interessen beschränkten Herrschaft der proletarischen Masse war Brauweilers größte Sorge, der er bereits bei der Düsseldorfer Oktoberkonferenz Ausdruck verliehen hatte.⁴⁷¹ Da Beamte, Akademiker und maßgebliche Teile des Katholizismus im neuen System politisch an den Rand gedrängt schienen, sah er sie dem Willen der Masse hilflos ausgesetzt.⁴⁷² Gemäß des demokratischen Prinzips konnte es nunmehr einer proletarischen Majorität gelingen, sich über eine Minorität zu erheben, die in der ursprünglichen Ordnung noch an der Spitze der Gesellschaft und aller Entscheidungsbefugnis gestanden hatte. Für Brauweiler kam das einer Entwurzelung der althergebrachten Hierarchie gleich, die nur durch die Artikulation eigener bürgerlich-akademischer „Standes- und Klasseninteressen“ und der weiteren Eingliederung der Arbeiterschaft in die Gesellschaft aufgehoben werden könne.⁴⁷³ Hatte Brauweiler eben dieser Forderung während des Weltkriegs noch mit einer "Appeasement Politik" beizukommen versucht, indem er durch ein begrenztes Entgegenkommen den Arbeiter an die eigenen politischen Vorstellungen einer konservativen Neuordnung binden und wenig später bei der Oktoberkonferenz dessen bereitwillige Unterordnung mittels der Eingliederung in die

⁴⁶⁷ Brauweiler. Heinz: „Akademiker und Politiker - ausgearbeitete Fassung des Referats im Düsseldorfer Philisterzirkel“, 18.12.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130. Sowie Brauweiler, Heinz: „Der Sinn der Revolution“, in: Blätter für ständischen Aufbau, 9.11.1920.

⁴⁶⁸ Dieser Ansicht widersprach der Spitzenkandidat des Zentrums für den Wahlkreis Düsseldorf-Ost, Reichsminister Giesberts, bei einer Kundgebung vom 27.7.1919, indem er sagte, dass die Revolution „das Kind des Zusammenbruchs“ sei, nicht umgekehrt und das die republikanische Staatsform die „einzige Möglichkeit“ staatlicher Fortexistenz für Deutschland sei. S. Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 189, 28.7.1919.

⁴⁶⁹ Vortrag, 17.11.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁴⁷⁰ Brauweiler, Heinz: „Das soziale Grundproblem“, in: Blätter für ständischen Aufbau, Nr. 7, 16.11.1920.

⁴⁷¹ Petzinna, 2000, S. 92.

⁴⁷² Brauweiler. Heinz: „Akademiker und Politiker - ausgearbeitete Fassung des Referats im Düsseldorfer Philisterzirkel“, 18.12.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁴⁷³ Ebd.

Berufsstände forcieren wollte, sollte ihn die Suche nach den immer noch fehlenden Methoden für eine gesellschaftliche Integration der Arbeiterschaft auch nach 1918/19 nachhaltig beschäftigen.

3.4 Die Gründung der Christlichen Volkspartei

In diesem Zusammenhang weckten die Überlegungen zur Gründung der Christlichen Volkspartei (kurz: CVP) Brauweilers Aufmerksamkeit, die aus den Planungen einer neuen christlich-konservativen Parteialternative resultierte und eine Abspaltungsbewegung des rechtskonservativen Zentrumsflügels darstellte. Dieser Flügel war weder gewillt, den angestoßenen Linksschwenk der Partei noch den von Erzberger eingeschlagenen Demokratisierungskurs zu akzeptieren. Nichtsdestotrotz wollte man den Kontakt zur Parteibasis nicht gänzlich abstreifen, sondern stattdessen „das wahre, alte Zentrum bewahren“.⁴⁷⁴

Vorüberlegungen zu einer Christlichen Volkspartei gingen sowohl auf den ersten Versuch der Gründung einer interkonfessionellen und christlichen Volkspartei 1918 zurück, deren Basis sich hauptsächlich auf die christliche Gewerkschaftsbewegung bezog.⁴⁷⁵ Zum anderen aber auch auf die Ausführungen Hermann von Lünincks, die er im Sommer 1919 Graf Anton von Spee gegenüber in einem vertraulichen Schreiben schilderte. Hier hieß es, dass eine Lösung für die anhaltende Verfälschung der katholischen Gesinnung weder durch die „blosse Arbeit innerhalb der Parteiorganisationen, noch durch die Bildung einer katholisch-konservativen Partei oder den Anschluss an die Deutschnationalen“ herbeigeführt werden könne. Der einzige, „einigermassen, allmählichen Erfolg versprechende gangbare Weg zum Ziel“ lag für Lüninck in der Bildung einer nach Wahlkreisen, politischen Kreisen und Gemeinden festgelegten Organisation unter der Bezeichnung „altes Zentrum“. Diese Organisation sollte fortan als eine Art Reformbewegung – aus nur wenigen führenden Männern der Intelligenzia – eine Ergänzung zur eigentlichen Parteibasis darstellen. Die Aufgabe des „alten Zentrums“ sollte sein, „in engster Zusammenarbeit mit den personalkundigen, rechtsstehenden, ehemaligen Zentrumsabgeordneten und den Führern der landwirtschaftlichen Organisationen für die einzelnen Wahlkreise eine Anzahl Kandidaten ausfindig zu machen, welche grundsätzlich auf dem Zentrumsboden stehen“, die Anerkennung gewisser Prinzipien für ihre politische Arbeit jedoch zur uneingeschränkten *conditio sine qua non* erklären sollten. Diese Prinzipien

⁴⁷⁴ Schlemmer, Martin: Los von Berlin: Die Rheinstatebestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg, Köln 2007.

⁴⁷⁵ Adam Stegerwald hatte schon frühzeitig Überlegungen zu einer christlich-nationalen Sammlungspartei angestellt, mit der er der Sozialdemokratie, hier vor allen den freien Gewerkschaften ein Gegengewicht entgegenstellen wollte. Innerhalb der Partei traf er jedoch nicht auf die gewünschte Zustimmung. Das Zentrum war bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 ebenfalls unter der Bezeichnung Christliche Volkspartei angetreten.

bestanden für Lüninck vor allem in dem „unbedingten Eintreten für Wahrheit, Recht und Freiheit, der Ablehnung jeglicher Opportunitätspolitik, dem Schutz der berechtigten kirchlichen Ansprüche [...], der monarchischen Staatsverfassung [...], sowie dem christlichen Solidarismus [...]. In Anbetracht der baldigen Reichstagswahlen, die für den Juni 1920 angesetzt waren, sollte der Leiter der Wahlkreiseinteilung „altes Zentrum“ die Aufnahme der eigens ausgewählten Kandidaten auf die Parteilisten an aussichtsreichen Stellen“ durchsetzen.⁴⁷⁶ Für den Fall, dass dieser Forderung von Zentrumsseite aus nicht nachgekommen werden würde, forderte Lüninck mit aller Macht die Organisation einer eigenen Partei, „Das alte Zentrum – christlich soziale Volkspartei“, deren Ausbau über das ganze Land hinweg erfolgen solle.⁴⁷⁷

Da sich das Zentrum im Zuge der Vorbereitung für die Reichstagswahlen im Sommer 1920 mit immer mehr unzufriedenen Wählern konfrontiert sah, fühlte sich Hermann von Lüninck zunehmend motiviert, seinen bereits angedrohten Oppositionskurs zu realisieren. So sprach er sich dafür aus, „die Verwirklichung der eigenen Grundsätze auf neuen selbstständigen Wegen“ anzustreben, für die er notfalls auch die endgültige Spaltung des Zentrums in Kauf zu nehmen gewillt sei. Diese Ansicht verdeutlichte Lüninck in einem, Anfang Januar 1920, in der Zeitschrift *Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland* veröffentlichten Artikel mit der programmatischen Überschrift „Das Zentrum am Scheideweg“. Hier hieß es, dass „wenn es die Überzeugung nicht schafft, [...] das Zentrum nach rechts zu zwingen“, nur noch die „Angst helfen“ könne und sich das Zentrum demzufolge in eine „christlich-demokratische Volkspartei“ und eine „katholisch-konservative Partei“ spalten müsse.⁴⁷⁸ Während erstere dem eingeschlagenen Kurs folgen würde, oblag es der letzteren, sich der strikten Verteidigung religiöser und kultureller Werte des Katholizismus zu widmen, gerade auch gegenüber dem vermeintlich jüdisch-sozialistischen Einfluss mutmaßlicher Gewerkschaftsfunktionäre.⁴⁷⁹

Bei einer am 13. April stattfindenden Sitzung der Anhänger der rheinischen Zentrumspartei im Bürgersaal zu Köln sollten die Möglichkeiten zur „inneren Reform des Zentrums“ näher ausgeleuchtet werden. Die nicht unbeachtliche Anzahl von Teilnehmern – etwa 200 – bewies das rege Interesse, das dieser Frage seitens der rheinischen Zentrumsanhänger entgegengebracht wurde. Unter den Anwesenden befanden sich neben einer Anzahl Adliger –

⁴⁷⁶ Vertrauliches Schreiben Hermann von Lüninck an Anton Spee, Juni 1919, Archiv Ostwig, Best. Nachlass Hermann von Lüninck, Nr. 330.

⁴⁷⁷ Ebd.

⁴⁷⁸ Hermann von Lüninck: „Das Zentrum am Scheideweg“ in: *Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland*, Nr. 165, 1920, S. 555-572.

⁴⁷⁹ Die Spaltung von Parteien war ein, in der Weimarer Republik weit verbreitetes Phänomen und ließ sich u.a. sowohl bei den Sozialdemokraten beobachten als auch beim Zentrum, von dem sich 1918 die Bayrische Volkspartei abspaltete.

wie beispielsweise Fürst Salm, Baron von Loë-Bergerhausen, Baron Dietrich von Nagel, Freiherr von Elverfeld oder Hermann und Ferdinand von Lüninck – auch Vertreter des akademischen Mittelstands und des Klerus – wie zum Beispiel der Bonner Kirchenhistoriker Heinrich Schrörs, Pfarrer Kruchen, der Kirchenvikar Arnold Joseph Rosenberg und auch Heinz Brauweiler.⁴⁸⁰ Er war vom Sitzungsleiter, Oberlehrer Bernhard Deermann, persönlich zur Teilnahme an der Kölner Besprechung eingeladen worden.⁴⁸¹

In seinen protokollarischen Aufzeichnungen bezeichnete Brauweiler das Zusammentreffen als „Sammlung der Unzufriedenen“; was er vor allem auf das Fehlen eines politischen Programms der Zentrumsparlei nach seinen Maßstäben zurückführte.⁴⁸² Diesen Mangel, von Brauweiler seit langem kritisiert, hatte er bereits bei der Oktoberkonferenz zu einem der Hauptdiskussionspunkte erklärt. Da es nach wie vor weder gelungen war, die Stellung des Zentrums zur Monarchie und zur Republik oder zur Frage des Einheitsstaates eindeutig zu klären und auch die eigenen kulturpolitischen Belange noch offen geblieben waren, wurden bei der Aprilversammlung schließlich eigene Richtlinien aufgestellt.⁴⁸³ Sie sollten als Leitfaden für eine christlich-konservative Politik dienen.⁴⁸⁴ Inhaltlich wurden hier Einhaltung der religiösen Glaubensfreiheit, wirtschaftlicher Neuaufbau im christlichen Sinne, Aufbau christlicher Berufsstände, Rückführung der Staatsomnipotenz und Vertretung des bundesstaatlich-föderalistischen Prinzips gefordert.⁴⁸⁵

Nachdem die Kölner Besprechung Mitte April 1920 einen letzten Einwirkungsversuch in Richtung einer inneren Kursänderung der Zentrumsparlei dargestellt hatte, führte die erneute Erfolglosigkeit dieses Appells und der anhaltende Widerstand der Zentrumsparlei schließlich zur Gründung der Christlichen Volkspartei für alle diejenigen, die sich nicht mehr länger mit dem gegenwärtigen Zentrumskurs zufrieden geben wollten. Die konstituierende Sitzung der Christlichen Volkspartei erfolgte am 3. Mai 1920; das Amt des Vorsitzenden übernahm der Düsseldorfer Oberlehrer Deermann.⁴⁸⁶

⁴⁸⁰ Rosenberg sollte nach der Gründung der CVP seine Unterstützung wieder zurückziehen. Er warf der CVP vor, dass diese die „größte Verunglimpfung von Erzberger und dem Zentrum“ sei, was von Deermann jedoch als „schlichtweg unwahr“ abgetan werden sollte. S. „Die Kölner Richtlinien“, Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 150, 4.5.1920. Die enge Beziehung Brauweilers zu den Kreisen des rheinisch-westfälischen Adels resultierte bereits aus Zentrumszeiten und der 1918 erfolgten Düsseldorfer Oktoberkonferenz.

⁴⁸¹ Deermann an Brauweiler, 9.4.1920, StMG, NI Brauweiler, 15/13/162. Deermann war zum einen auf Brauweiler aufmerksam geworden durch die Empfehlung des Barons von Loë-Bergerhausen, der ausdrücklich betonte, Brauweiler bei einem derartigen Projekt dabei haben zu wollen. Zum anderen bestand eine Vielzahl ideeller Parallelen, die sich zwischen der angedachten Reformarbeit und Brauweilers bisherigem politischem Kurs ergaben.

⁴⁸² Protokollarische Aufzeichnungen Brauweilers zur „Versammlung in Cöln am 13.4.1920“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/162.

⁴⁸³ Brauweiler, Heinz: Ohne Titel, Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 20, 20.1.1920.

⁴⁸⁴ Einladung zu einer Sitzung am Dienstag, den 13. April 1920, nachmittags gegen 3 Uhr, im Vortragssaal der Bürgergesellschaft zu Köln. Zweck; Innere Reform des Zentrums, StMG, NI Brauweiler, 15/13/162.

⁴⁸⁵ „Richtlinien einer christlichen Politik“ in: Aufruf! An unsere christlichen Gesinnungsgenossen in Stadt und Land, StMG, NI Brauweiler, 15/13/162.

⁴⁸⁶ Auf einer Fraktionssitzung des Zentrums am 1. Juli 1920 wurde bezweifelt, ob die Wahl Deermanns überhaupt rechtsgültig sei, da er als Kandidat einer Partei, die in keinem Wahlkreis ein Mandat erreicht hatte, ausschließlich aufgrund seiner Verbindung mit einer anderen Partei in den Reichstag gewählt worden war. Hatte sich diesbezüglich bereits Martin Spahn im Verfassungsausschuss der Nationalversammlung per

Der inhaltliche und organisatorische Aufbau der Christlichen Volkspartei wurde in einem auf die Sitzung folgenden Aufruf vorgestellt.⁴⁸⁷ Von einer Reihe an Unterstützern unterzeichnet, galt dieser als erste öffentliche Stellungnahme der Christlichen Volkspartei. Hier hieß es, dass die Anhänger der Zentrumsparlei in den letzten Jahren mit wachsender Sorge „die Richtung unserer Parteipolitik beobachtet haben“. Da man nicht dazu bereit sei, ruhig zuzusehen, wie im Zentrum eine Linksrichtung zur Herrschaft gelänge, die eine Umorientierung im Sinne liberal-sozialistischer Tendenz bedeutete, appellierte man an die „entschlossene Rückkehr zum alten Zentrum der Mallinckrodt und Windhorsts“ und an die entschiedene Einhaltung „christlicher Prinzipien als Leitstern für unsere gesamte politische Arbeit“.⁴⁸⁸ Trotz der Versicherung, hierfür weder eine „Sprengung, noch eine Auflösung, noch ein Verschwinden des Zentrums“ anvisieren zu wollen, wurden die Machenschaften der „Sammlungspartei der Antidemokraten des Zentrums“ von der Partei als Bedrohung aufgefasst.⁴⁸⁹ Mehr als kritisch wurden sie beäugt.⁴⁹⁰

Dennoch sollte die Christliche Volkspartei bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 einen ersten Erfolg erzielen. Hier stellte sie in Zusammenarbeit mit der ihr nahestehenden Bayrischen Volkspartei (BVP) und der hessischen Rechtspartei eine „christlich-föderalistische Reichswahlliste“ auf: annähernd 65.000 Stimmen kamen zusammen, hauptsächlich errungen in den Wahlbezirken Düsseldorf, Koblenz-Trier und Köln-Aachen.⁴⁹¹

Der sich anfänglich abzeichnende Zuspruch war für Brauweiler ein guter Indikator, um sein Engagement für die CVP zu verstärken. Aufgrund seiner „ausserordentlich wissenschaftlichen und schriftstellerischen Kraft“ war er vom Vorsitzenden Deermann bereits Mitte April beauftragt worden, die Herausgabe einer Korrespondenz – die sogenannten *Mitteilungsblätter der Christlichen Volkspartei* – zu übernehmen.⁴⁹² Deren Sinn lag nicht nur in der Werbung für

Gutachten für die Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Wahl Deermanns ausgesprochen, sollte der Reichswahlausschuss die Wahl ebenso als gültig bezeichnen. S. Morsey, Rudolf und Karsten Ruppert: Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumsparlei 1920-1925, Mainz 1981, S. 30.

⁴⁸⁷ „Richtlinien einer christlichen Politik“ in: Aufruf! An unsere christlichen Gesinnungsgenossen in Stadt und Land, StMG, NI Brauweiler, 15/13/162.

⁴⁸⁸ „Aufruf! An unsere christlichen Gesinnungsgenossen in Stadt und Land“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/162.

⁴⁸⁹ Ebd.

⁴⁹⁰ Carl Bachem bezeichnete die CVP als „buntes Durcheinander von Leuten, die einfach unzufrieden mit dem Zentrum“ sind. S. Morsey, Rudolf: Die Deutsche Zentrumsparlei 1917-1923, Düsseldorf 1966, S. 315, Anm. 26.

⁴⁹¹ Unter der Führung Georg Heims konstituierte sich die Bayrische Volkspartei im November 1918. Nachdem es anfänglich zu einer Fraktionsgemeinschaft mit dem Zentrum gekommen war, sollte sich dieses Bündnis ab 1920 entzweien, da die BVP nicht mehr länger mit dem Einfluss Erzbergers konform gehen sollte. Über die Verbindung zwischen CVP und BVP gibt ein Schreiben des bayrischen Finanzministers Speck Aufschluss. Dieser telegraphierte am 29.5.1920 an den Gesandten in Paris, Mayer-Kaufbeuren, dass „mit christlicher Rheinlandparlei nur Reichslistenverbindung zur Verwertung von Reststimmen für christliche Parteien“ bestünde, „da Verhandlungen mit Zentrum wegen Mandatszähl scheiterten“. Legationsrat von Prittitz schrieb am 30. Mai 1920, dass die „Aufstellung gemeinsamer Reichswahllisten Bayrischer Volkspartei mit vom Zentrum abgesplitteter rheinisch christlicher Partei und nassauischer Rechtspartei“ erfolgt sei, nachdem „Einigung über gemeinsame Reichsliste zwischen Bayern und Zentrum misslungen“ war. S. Morsey, 1966, S. 316, Anm. 33.

⁴⁹² Deermann an Brauweiler, 29.4.1920, StMG, NI Brauweiler, 15/13/162.

die eigene Sache, sondern auch in der Durchsicht der Hauptzeitungen auf „Angriffe und Entstellungen“ gegen die CVP, um so frühzeitig reagieren zu können.⁴⁹³

Gegenwehr kam natürlich primär von der Zentrumsparlei, die keine Gelegenheit zur Kritik ausließ. Ihre Abwehrhaltung resultierte vordergründig aus den Stimmenverlusten, die sie bei der Reichstagswahl u.a. in den Wahlkreisen Köln-Aachen, Oppeln und Düsseldorf-West hinzunehmen hatte, also in genau den Bezirken, in denen die CVP ihre neuen Anhänger rekrutierte. Seitens des Zentrums kommentierte man diese Einbußen u.a. als „Wahlfaulheit“ und auch als „Verwirrungen“ seitens der Zentrumswähler.⁴⁹⁴ Die CVP galt in der Zentrumspresse als Sammlungspartei der Antidemokraten, die anstelle des Zentrums viel eher mit der sogenannten Rheinstaatenbewegung in Verbindung gebracht werden müsse.⁴⁹⁵

Auf die *Mitteilungsblätter der Christlichen Volkspartei* folgte ab dem 1. Oktober schließlich die Herausgabe der Wochenschrift *Stadt und Land. Mitteilungen aus der christlichen Volkspartei*. Zeitgleich zu seinem journalistischen Einsatz für die Presse der CVP wurde Brauweiler auch zu deren Ortsgruppenführer in Düsseldorf ernannt, wo das Zentrum, wie erwähnt, die stärksten Stimmeneinbußen zu verzeichnen hatte. Dementsprechend war hier die härteste, direkte Konfrontationen zu erwarten.⁴⁹⁶

Brauweilers Einsatz für die Christliche Volkspartei, der er selbst nicht als Mitglied angehörte, resultierte vor allem aus seiner Hoffnung, die Rückkehr zum alten Zentrumsdenken vom Boden einer christlich fundierten „Oppositionseinrichtung“, wie eben der CVP, aus erreichen zu können und das, obwohl er sich zuvor bereits klar vom Zentrum distanziert hatte. Neben den ideellen waren es gerade auch die personellen Verknüpfungen, insbesondere zum Adel und zu Teilen des Mittelstands, die seine engagierte Teilnahme begründeten. Schon die Düsseldorfer Oktoberkonferenz hatte hierfür erste Grundlagen gelegt und als Sammelbecken für Brauweilers Bestrebungen fungiert.

Seine Hoffnung mittels der CVP eine Alternative zum vermeintlich falschen Kurs des Zentrums gefunden zu haben, sollte sich jedoch bald aufgrund der abnehmenden Wählerstimmen für die CVP zerschlagen. Bessere Aussichten versprach hingegen der ein Jahr später gegründete Ketteler Bund. Dessen Programmatik sollte nicht nur auf die Stärkung des Katholizismus zielen

⁴⁹³ Deermann an Brauweiler, 29.4.1920, StMG, NI Brauweiler, 15/13/162.

⁴⁹⁴ Morsey, 1966, S. 323.

⁴⁹⁵ Jones, Larry Eugen: „Catholics on the Right. The Reich Catholic Committee of the German Nationals People's Party 1920-1933“, in: *Historisches Jahrbuch*, Nr. 126, 2006, S. 227f.

⁴⁹⁶ Jones bezeichnet Brauweiler hier als maßgebliche Figur, die zusammen mit Ferdinand von Lüninck und Clemens von Loë-Bergerhausen die Grundlage der CVP geschaffen haben sollte. Jones, Larry Eugen: „Catholics on the Right. The Reich Catholic Committee of the German Nationals People's Party 1920-1933“, in: *Historisches Jahrbuch*, Nr. 126, 2006, S. 228f. Hingegen sieht Hübner die Rolle Brauweilers bei der Gründung der CVP weitaus weniger aktiv. Hübner, Christoph: *Die Rechtskatholiken, die Zentrumsparlei und die katholische Kirche in Deutschland bis zum Reichskonkordat von 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Scheiterns der Weimarer Republik*, Berlin 2014, S. 207.

– eine Forderung, die Brauweiler bereits im Arbeitsprogramm zur Oktoberkonferenz deutlich gemacht hatte – sondern auch auf den Ausbau eines christlich-konservativen Fundaments als Grundlage des neuen Staatsaufbaus.

3.5 Der Ketteler Bund

Die Gründung des Ketteler Bundes im Mai 1921 resultierte aus der oppositionellen Haltung seiner Initiatoren Heinz Brauweiler und Ferdinand Freiherr von Lüninck zum politischen Kurs des Zentrums. Hatte Brauweiler bei dem Zusammentreffen in Düsseldorf im Oktober 1918 noch fest daran geglaubt, die eigenen politischen Vorstellungen über den Umweg der außerparteilichen Zirkelbildung indirekt in die Zentrumspartei einbringen zu können, hatte sich diese Hoffnung aufgrund der anhaltenden Diskrepanzen mit dem Reichstagszentrum nunmehr endgültig zerschlagen. Nachdem es auch vom Boden der Christlichen Volkspartei nicht gelungen war, dem Modernisierungsprozess des Zentrums ein ernstzunehmendes konservatives Gegengewicht entgegenzuhalten, musste der strikt überparteilich agierende Ketteler Bund als Ausdruck der Enttäuschung über diese Entwicklung aber auch über die eigene parteipolitische Initiative Brauweilers interpretiert werden.

Programmatisch stand die Vertretung einer ständischen Ordnungsalternative im Vordergrund ebenso wie die Rückführung der rechtsgerichteten Elemente in der Partei, die mittlerweile in „demokratisch-republikanischem und liberal-sozialdemokratischem Fahrwasser schwammen“ und die Grundsätze der katholischen Sozialbewegung vernachlässigten.⁴⁹⁷ In Fortsetzung der Düsseldorfer Überlegungen zu einem umfassenden Erziehungskonzept begriff sich der Ketteler Bund als eine Art „Führerschulung“.⁴⁹⁸ Von deren Boden aus sollten die fähigsten Mitglieder des rechten Zentrums lagers dazu befähigt werden, die Stärkung des katholisch-konservativen Gedankens und die Verbreitung der Grundsätze der katholischen Staats- und Gesellschaftslehre vorzunehmen, um anschließend auf die Urteils- und Willensbildung des katholischen Volkes einwirken zu können.⁴⁹⁹ Hatte sich der Gedanke einer oppositionellen Sammlungsbewegung bei der Düsseldorfer Konferenz vordergründig noch auf eine Zeitschrift als organisatorischem Mittelpunkt bezogen, so war es nun Ziel, einen „Kreis interessierter Katholiken zu einem Zusammenschluss zu bringen“.⁵⁰⁰ Die Gründung von Ortsgruppen, geleitet von den im Ketteler

⁴⁹⁷ Lüninck an Josef Graf zu Stolberg-Stolberg, 24.5.1921, LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Archiv Westheim, Best. Nachlass Josef Graf zu Stolberg-Stolberg, Nr. 332.

⁴⁹⁸ Aufruf zum Ketteler Bund“ in: Görres-Korrespondenz für Zentrumswähler und Zentrumspreste, StMG, NI Brauweiler, 15/13/224, Juni 1921.

⁴⁹⁹ Kemper, 2011, S. 330.

⁵⁰⁰ Lüninck an Nagel, 27.4.1921, Archiv Ostwig, Best. Nachlass Ferdinand von Lüninck, Nr. 830.

Bund geschulten Führungskräften, sollte die Vernetzung und den internen Austausch erleichtern.⁵⁰¹

Ähnlich wie Brauweiler war auch Ferdinand Freiherr von Lüninck ein Vertreter der rechtskatholischen und rechtsoppositionellen Gruppe, der sich 1920 zwar noch zur Reichstagswahl für das Zentrum hatte aufstellen lassen, er vertrat jedoch ebenfalls die Ansicht Brauweilers, dass eine Neuordnung der gesellschaftspolitischen Verhältnisse nur über die Errichtung einer nach Ständen gegliederten Gesellschaftsorganisation erfolgen könne.⁵⁰²

Zu einer ersten engeren Zusammenarbeit zwischen Lüninck und Brauweiler war es bereits im Dezember 1919 gekommen. Zu diesem Zeitpunkt hatte Lüninck Brauweiler seinen seit längerem gehegten Plan zur „Erneuerung des Zentrums im grundsätzlich gläubig-christlichen und deutsch-demokratischen Sinne“ und zur Gründung einer Christlichen Vereinigung vorgestellt, für alle diejenigen, die sich nicht mehr länger mit der eingeschlagenen Richtung der Partei abfinden wollten.⁵⁰³ Waren die volksparteilichen Bestrebungen mit dem ausbleibenden Erfolg der Christlichen Volkspartei gescheitert, so galt es nun, die begonnene Arbeit endgültig auf parteiunabhängigem Boden fortzuführen. Hierfür sollte der als Oppositionseinrichtung zum Zentrum gedachte Ketteler Bund auf Grundlage des dort praktizierten Erziehungskonzeptes Gleichgesinnte für eine gewinnbringende Zusammenarbeit rekrutieren.⁵⁰⁴ Schon der Name des Bundes ließ keinen Zweifel an dessen Programmatik zu, die gemäß seines „Patrons“ Freiherr von Ketteler nur eine „Vereinigung katholischer Männer“ sein konnte, die die „katholische Staats- und Gesellschaftslehre sowie die Stärkung der deutschen Volksgemeinschaft“ propagierte und auf die Meinungs- und Willensbildung des katholischen Volksteils einwirken sollte.⁵⁰⁵ Brauweilers Interesse für Ketteler resultierte vor allem aus dessen Kampfstellung gegen den "Staatsabsolutismus" und seinen verfassungspolitischen Bestrebungen, die auf Selbstvertretung der Stände zielten.⁵⁰⁶ Auch Ketteler lehnte die Erneuerung der mittelalterlichen Ständegesellschaft ab. Stattdessen forderte er die Selbstregierung der

⁵⁰¹ Die Aufgabe des Ketteler Bundes, Mai 1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/133.

⁵⁰² Ferdinand von Lüninck repräsentierte einen Teil des Rechtskatholizismus, der zwischen Kaiserreich, Weimarer Republik und Nationalsozialismus hin- und hergerissen war. Zusammen mit Brauweiler und anderen kämpfte er u.a. im Ketteler Bund für die Wiederaufrichtung der konservativen Zentrumsgrundsätze und gegen den, durch die Friedensresolution erfolgten Linksdrift. Im Gegensatz zu Brauweiler hielt Lüninck an der Wiederherstellung der Monarchie fest. 1923 übernahm er den Westfalenbund, den er 1924 in den Stahlhelm überführte, bei dem er bis 1928 eine führende Position hatte. Von 1933 bis 1938 war er Oberpräsident für Westfalen und arbeitete für Adolf Hitler. Wieder eingetreten in den Militärdienst trat er Ende 1943 jedoch dem Kreis um Carl Friedrich Goerdeler bei. Nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 wurde von Lüninck zum Tode verurteilt und hingerichtet. S. Tepe, Karl: „Ferdinand von Lüninck“, in: Aretz, Jürgen, Morsey, Rudolf & Anton Rauscher: Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Main 1997, S. 41-56.

⁵⁰³ Hatte Hermann von Lüninck bereits etwaige Ansätze zur Gründung eines „alten Zentrums“ zwei Jahre zuvor erwogen, sollte der Ketteler Bund die Grundlagen und Wertehorizonte des alten Zentrums schließlich aufgreifen und sie, in Abgrenzung zu den gegenwärtigen linken Tendenzen des Zentrums, offen verkörpern.

⁵⁰⁴ Kemper, 2011, S. 330.

⁵⁰⁵ Satzung des Ketteler Bund, 3.5.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/133.

⁵⁰⁶ Brauweiler, Heinz: Berufsstand und Staat. Betrachtungen über eine neuständische Verfassung des Deutschen Staates, Berlin 1925, S. 106.

Gesellschaft durch Rückkehr zur sogenannten "organischen Gliederung" in Familie, Gemeinden und Provinzen – und erst dann innerhalb des staatlichen Systems. So wurde Ketteler zum Synonym für Brauweilers Ansichten, die er im Programm des Ketteler Bundes zusammenfasste.⁵⁰⁷

Dass der Bund als Parallelbewegung zur Zentrumspartei entstanden war, verdeutlichte bereits, dass dem Zentrum die ursprüngliche Aufgabe der Interessenvertretung des katholischen Volksteils endgültig abgesprochen wurde. Statt in einer Partei sollten nun im Ketteler Bund „alle Anhänger des alten ursprünglichen Zentrumsgedankens“ in Form einer großen Sammlungsbewegung zusammengeführt werden. Nur über diesen Weg schien „eine wirksame Beeinflussung der gegenwärtigen Politik“ realisierbar.⁵⁰⁸ Auch wenn eine Parteinuugründung nahegelegen hätte, distanzierte man sich bereits im Aufruf zur Gründungsversammlung des Bundes klar von jeglichen „parteilichen Bestrebungen oder der Teilnahme an Wahlkämpfen“, da die Initiatoren „von der Aussichtslosigkeit eines solchen Unternehmens vollkommen überzeugt“ waren.⁵⁰⁹ Eher ging es um die Bildung von sogenannten Gesinnungs- und Arbeitsgemeinschaften, die – der Tagespolitik entrückt – einen erzieherischen Auftrag, nämlich „die außerparteiliche Schulung der Mitglieder“, vornehmen sollten.⁵¹⁰ Im Vordergrund stand die Verteidigung des „katholischen Programms durch dick und dünn“ und der Versuch, das katholische Milieu wieder auf das so ausgelegte Christentum auszurichten.“⁵¹¹

Vor der Gründung des Bundes war es am 3. Mai 1921 in Hagen zu einem ersten Zusammentreffen der Kritiker der offiziellen Zentrumspolitik gekommen. Auslöser waren Überlegungen des Zentrumsabgeordneten Goldmann-Haspe, der bereits zu Jahresbeginn dem CVP Vorsitzenden Deermann gegenüber die Möglichkeiten der Gründung einer christlichen Organisation für Westfalen erläutert hatte, als deren Grundlage die Christliche Volkspartei fungieren sollte. Hier hieß er, dass „sobald die Zeit zum Schritt gekommen“ sei, „die Geistlichkeit, Lehrerschaft und die Kreisvertretung der Zentrumspartei der Kreise Olpe, Meschede, Iserlohen und Hagen“ durch ein Rundschreiben aufgeklärt und zur Mitarbeit an besagter Organisation für Westfalen angehalten werden sollten.⁵¹² Dieser Zeitpunkt schien im April 1921 erreicht zu sein.

⁵⁰⁷ Brauweiler, Heinz: Berufsstand und Staat. Betrachtungen über eine neuständische Verfassung des Deutschen Staates, Berlin 1925, S. 106.

⁵⁰⁸ Satzung des Ketteler Bund, 3. Mai 1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/133.

⁵⁰⁹ Ebd.

⁵¹⁰ „Ein Ketteler Bund“, in: Duisburger Volkszeitung, Nr. 184, 4.5.1921.

⁵¹¹ „Aufruf des Ketteler Bundes“, in: Görres-Korrespondenz für Zentrumswähler und Zentrumsprese, Juni 1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/133.

⁵¹² Goldmann an Deermann, 11.1.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/162.

Da sich der Aufruf zur Teilnahme an der Hagener Konferenz nicht an ein Massenpublikum richtete, sondern an einen kleinen, ausgewählten Kreis, belief sich die Zahl der Anwesenden auf 47 Personen.⁵¹³ Sie stammten meist aus dem adligen, agrarischen oder klerikalen Lager. So waren u.a. Paul Richter, Karl Auffenberg, Paul Lejeune-Jung, Wolfgang Freiherr von Böselager, Kurt Biermann, Richard Vetter, Kaplan Höninger, das frühere Zentrumsmitglied Theodor Oehmen, Anton Diehl, Chefredakteur Ailinger, Eduard Stadtler, Goldmann-Haspe und von adlig-agrarischer Seite Joseph Freiherr von Plettenburg, Josef Graf zu Stolberg-Stolberg, Graf von Westphalen, Herrmann und Engelbert Freiherrn von Kerckerinck zur Borg unter den Teilnehmern.⁵¹⁴

In seinem Eröffnungsreferat machte Brauweiler die maßgeblichen Punkte für die kommende Arbeit deutlich: Im Vordergrund stünde die Herbeiführung eines Einstellungswandels der Katholiken zur politischen Arbeit – die nämlich schien mittlerweile hauptsächlich von Schlagworten wie Klassenorganisationen oder Parteipolitik bestimmt – und die Rückbindung des politischen Katholizismus an die so verstandenen Ursprünge christlicher Staats- und Gesellschaftslehre. Im Rahmen eines vorgegeben Erziehungskonzepts sollte zur Überzeugung gefunden werden, dass „wir als Katholiken auch in der Politik zuerst Katholiken sein müssen und dass wir die Pflicht haben, jeder an seiner Stelle und in seinem Einflussbereich katholische Politiker zu sein“.⁵¹⁵ Nur so, darauf hatte Brauweiler schon bei der Düsseldorfer Rede 1918 und in den „Richtlinien der christlichen Politik“ einhellig insistiert, schien eine Rückbesinnung auf katholische Werte und Traditionen erreichbar, die ansonsten im Strudel von westlicher Demokratievorstellung und Sozialismus unterzugehen drohten. Deshalb wurde die Gründung des Ketteler Bundes beschlossen; zu dessen Vorstand wurden Brauweiler, Lüninck und Pfarrer Busche ernannt.

Der Bund sollte strukturell auf Ortsgruppen beruhen, die als Kontaktplattformen für die Anwerbung neuer Mitglieder zuständig waren und so die Stärkung der katholischen Sammlungsbewegung garantieren sollten. Für die Bildung der einzelnen Ortsgruppen fanden sich alsbald Interessenten: So z.B. Kurt Biermann, der aus seiner Position als ehemaligem Mitglied des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“ andere ehemalige Mitglieder rekrutierte oder auch Anton Diehl und Martin Spahn, der die Bildung einer Mainzer Ortsgruppe

⁵¹³ Petzinna, 2000, S. 71.

⁵¹⁴ Paul Lejeune-Jung, (1882-1944), Vertreter der Rechtskatholiken, er distanzierte sich deutlich von der Zentrumspartei und deren republikanischem Kurs, wurde 1924 für die DNVP in den Reichstag für den Wahlkreis Breslau gewählt und gehörte zu den gemäßigten Kräften in der DNVP.

⁵¹⁵ Punkte für Hagen, StMG, NI Brauweiler, 15/13/133.

vorschlug.⁵¹⁶ Um den Ketteler Bund auf exklusivem Niveau halten und ihn vor "fremdartigen Weltanschauungen" schützen zu können, sollte die Entscheidung über die Aufnahme neuer Mitglieder in den Ketteler Bund ausschließlich beim Vorstand liegen.⁵¹⁷

Wie schon bei der Düsseldorfer Oktoberkonferenz wurde auch dem Ketteler Bund ein publizistisches Organ zur Seite gestellt, das den Austausch der Ortsgruppen untereinander gewährleisten sollte. Hatte Lüninck anfangs daran gedacht, die *Görres-Korrespondenz* für diese Zwecke einzuspannen, um sie so „auf feste Füße“ zu stellen, änderte sich seine Meinung bereits nach nur wenigen Wochen.⁵¹⁸ Zwar bezeichnete er die *Görres-Korrespondenz* als „wirksamsten Wegbereiter der Aktion“. Er befürwortete allerdings eine Namensänderung, da die *Görres-Korrespondenz* sich an „Zentrumsleser- und presse“ richtete, was für den Adressatenkreis des Ketteler Bundes nicht zuträglich sein konnte.⁵¹⁹ Schließlich entschied man sich für die Gründung eines eigenen, publizistischen Organs, dem *Korrespondenz-Blatt des Ketteler Bundes*, das ab Juli 1921 monatlich erschien.

Im Juni 1921 trat der Ketteler Bund erstmals – entgegen der Vorbehalte des Josef Graf zu Stolberg-Stolberg, der vor einem überstürzten Vorpreschen warnte und sich stattdessen zurückhaltend für die Eingliederung des Bundes in die katholische Aktion aussprach – mit einem Aufruf in der *Görres-Korrespondenz* an die Öffentlichkeit.⁵²⁰ Darin hieß es, der Ketteler Bund wende sich an alle katholischen Männer, „die ohne Rücksicht auf ihre politische Stellungnahme zur Verteidigung und Durchführung der Grundsätze der katholischen Staats- und Gesellschaftslehre“ stünden. So schien es „in der jetzigen Zeit der Kompromisse“ notwendig, „ein Programm der katholischen Grundsätze aufzubauen“, das den „ganzen staatsrechtlichen und gesellschaftlichen Anschauungen, die aus dem Bunde von rationalistischer Aufklärung (Rousseau) und Staatsabsolutismus herausgewachsen“ waren und „mit der Revolution auch in Deutschland zum vollen Sieg gebracht“ wurden, den Kampf ansagen sollte. Was die Welt nach Ansicht der Urheber des Bundes jetzt brauchte, war „die Wiederaufrichtung der völlig erschütterten Autorität [...] die ihre Rechtsquelle nur in Gott haben konnte“.⁵²¹

⁵¹⁶ Bereits im Anschluss an die Düsseldorfer Oktoberkonferenz hatte sich der Stellvertreter und Schüler Spahns, Anton Diehl, an Brauweiler gewandt, um ihn für den Plan einer katholisch fokussierten Sammlungsbewegung zu begeistern: „Überlegen sie sich mal diese Zukunftsmusik. Was es heißen würde, im Sinne Kettelers und Lensings, ex fantibus, den zur Verfügung stehenden eine Bewegung zu machen, Einfluß zu erhalten, [...] damit wäre die Basis glücklich verbreitert.“ s. Diehl an Brauweiler, 20.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁵¹⁷ Erläuterung Pfarrer Buschen, ohne Datum, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁵¹⁸ Lüninck an Josef Graf zu Stolberg-Stolberg, 25.4.1921, LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Archiv Westheim, Best. Nachlass Josef Stolberg-Stolberg, Nr. 332.

⁵¹⁹ Ebd.

⁵²⁰ Josef Graf zu Stolberg-Stolberg an Brauweiler, 12.5.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/133.

⁵²¹ „Aufruf zum Ketteler Bund“ in: *Görres-Korrespondenz für Zentrumswähler und Zentrumspresse*, StMG, NI Brauweiler, 15/13/224, Juni 1921.

Betont wurde, es sei nicht die Aufgabe des Bundes „Politik zu machen, sondern politische Führer zu schulen [...] und auf das ganze katholische Volk einzuwirken, damit es sich zu den Grundsätzen der katholischen Staats- und Gesellschaftslehre bekennen und zu ihrer Durchführung verhelfen könne“.⁵²²

Auch wenn man sich seitens des Bundes von jeglichem Versuch einer Parteineugründung distanzierte, empfand man dessen Entstehung von Zentrumsseite aus als ernstzunehmende Bedrohung. Die parteipolitische Neutralitätsbeteuerung des Bundes erachtete man als vorgeschobene Besänftigungstaktik, anstelle realer Maxime.⁵²³ Der Befürchtung, weitere Zentrumsmitglieder an den Ketteler Bund verlieren zu können, versuchte man durch die öffentliche Diffamierung des Bundes entgegenzuwirken. So hieß es beispielsweise in einem Artikel in der *Rheinischen Monatspost*, dass der Ketteler Bund nichts weiter als eine „harmlos klingende Façon“ sei und die Existenz zahlreicher katholischer Organisationen – wie z.B. der *Volksverein für das katholische Deutschland* – eine Neugründung wie den Ketteler Bund unsinnig mache.⁵²⁴

Um der Gefahr einer weiteren Abspaltungsbewegung vom Zentrum vorzubeugen, was sowohl durch die Bayerische Volkspartei als auch die Christliche Volkspartei mittlerweile offensichtlich geworden und für die Zentrumsparterie mit Verlust von Wählerstimmen einher gegangen war, wurde deshalb auf der am 13.5.1921 stattfindenden Provinzialausschusssitzung der Zentrumsparterie eine Resolution erlassen: sie verbot schlichtweg den Beitritt zum Ketteler Bund als einer „Vereinigung des rechtesten Flügels des Zentrums“.⁵²⁵ Damit war eine Doppelmitgliedschaft im Zentrum und dem Ketteler Bund nunmehr auch per Resolution kategorisch ausgeschlossen.

Bereits vor Verabschiedung der oben genannten Resolution war es zu Auseinandersetzungen hinsichtlich einer Mitgliedschaft von Zentrumsparteriemitgliedern im Ketteler Bund gekommen. So u.a. im Fall des örtlichen Parteivorsitzenden Goldmann. Nachdem der westfälische Zentrumsparterieführer Brand von Brauweiler eine offizielle Erläuterung der Ziele des Ketteler Bundes gefordert hatte, war Goldmann seitens der Parteiführung dazu angehalten worden,

⁵²² „Aufruf zum Ketteler Bund“ in: Görres-Korrespondenz für Zentrumswähler und Zentrumspresse, StMG, NI Brauweiler, 15/13/224, Juni 1921.

⁵²³ So hieß es seitens des Generalsekretariats der Westfälischen Zentrumsparterie, dass man sich bereits „im Hinblick auf die Zusammensetzung der Gründungsversammlung“ gezwungen sehe, sich mit dem Ketteler Bund auseinanderzusetzen. Brand an Brauweiler, 14.5.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/133.

⁵²⁴ Weitere Kritik äußerte auch die Duisburger Volkszeitung, die die Einberufung Brauweilers und Lünincks zur Gründungsversammlung als verfehlt titulierte. Ihnen wurde vorgeworfen, dass es bekannt sei, „wie ernsthaft und gründlich seit langem an dem Programm gearbeitet wird, das die Zentrumsparterie, die eines eigenen Programms bisher entbehrt, sich geben will.“ Dass beide dennoch das Ziel der Gründung des Ketteler Bundes verfolgten, wurde als weitere „Gefahr der Zersplitterung“ des Zentrums angesehen und als Hindernis für eine gemeinschaftliche Arbeit. S. „Gemeinschaftsarbeit“, in: Duisburger Volkszeitung, 30.4.1921 sowie „Ein Ketteler Bund“, in: Duisburger Volkszeitung, 4.5.1921.

⁵²⁵ S. hierzu: Resolution der Provinzialausschusssitzung, 14.5.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/133.

seinen Austritt aus dem Ketteler Bund schnellstmöglich zu erklären. Zwar versuchte Goldmann zu beschwichtigen, indem er vorgab, aus bloßen Informationsgründen dem Ketteler Bund beigetreten zu sein. Da man es seitens der Partei jedoch ablehnte, überhaupt irgendwelche Berührungspunkte mit dem Bund zuzulassen, wurde die Anfrage Goldmanns kommentarlos abgeschmettert. Um sein Mandat halten zu können, stimmte Goldmann schließlich im Provinzialausschuss der Resolution vom 13. Mai zu und bat Brauweiler und Lüninck ihn offiziell von der Mitgliederliste zu streichen.⁵²⁶

Der hier deutlich zum Vorschein gekommene Widerstand der Partei wurde von einer Reihe von Zentrums Presseorganen unterstützt; u.a. von der *Kölnischen Volkszeitung*, die den Ketteler Bund bereits vor seiner eigentlichen Gründung als vollkommen verfehlt bezeichnete. Als Rechtfertigung wurde angeführt, dass die Verantwortlichen im Ketteler Bund anstelle eines Aufrufs zur stärkeren „gemeinschaftlichen“ Arbeit lieber die weitere Zersplitterung der Parteien, in erster Linie auch dem Zentrum proklamieren würden.⁵²⁷ Eine Feststellung, die sich retrospektiv als zutreffend herausstellte, wenn man bedenkt, dass die Einheit des politischen Katholizismus durch Abspaltungsbewegungen wie die der BVP mittlerweile ohnehin auf wackligem Fundament stand.

Aus diesem Grund sollte sich die zunächst milde Gegenwehr gegen die Gründung des Bundes schnell wesentlich radikalieren. Deutlich zum Ausdruck kam dies durch Bezeichnungen des Bundes als „Häuflein Missvergnügte“ oder „Sonderbündelei“.⁵²⁸ Neben der oben genannten Angst vor einer weiteren Zersetzung des Zentrums war ein weiterer wesentlicher Grund für die vehemente Ablehnung die Mitgliedschaft von Nichtzentrumsleuten im Ketteler Bund – wie Prinz Ratibor, dem katholischen Flügel der DNVP zugehörig und stellvertretend für die Öffnung des Bundes zu den Rechtsparteien, zu denen die Zentrumspartei als Stütze der Republik im Gegensatz stand.⁵²⁹ Diese Angelegenheit griff ein Artikel vom 19. Mai 1921 auf. Hierin wurden die Gründer des Bundes scharf dafür kritisiert, dass sie „statt durch tatkräftige Mitarbeit innerhalb der Partei eine Besserung wirklicher oder vermeintlicher Missstände

⁵²⁶ Die Bedenken gegenüber einer offiziellen Teilnahme am Ketteler Bund äußerte Goldmann gegenüber Brauweiler in einem Schreiben vom 19.5.1921, s. StMG, NI Brauweiler, 15/13/ 133. Trotz seiner „Abkehr“ vom Ketteler Bund bot Goldmann Brauweiler und Lüninck an, inkognito eine eigene Ortsgruppe zu gründen, s. Goldmann an Höninger, 1.6.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/133. Kaplan Höninger bereitete das großes Misstrauen, da er befürchtet, Goldmann könnte ein Informant der Zentrumspartei sein. Zwar machte er gegenüber Brauweiler deutlich, dass er Goldmann für den Ketteler Bund nicht verlieren wolle, dennoch ging er präventiv vor, indem er vorschlug, den Termin für die Gründungsversammlung des Ketteler Bundes auf den Zeitraum zu legen, in dem Goldmann wesentlich verhindert sei. S. Brauweiler an Höninger, Mai 1921, sowie „Vertrauliches Schreiben Höninger an Brauweiler, Juli 1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/133.

⁵²⁷ „Gemeinschaftsarbeit“, in: Duisburger Volkszeitung, 30.4.1918.

⁵²⁸ Zeitungsartikel: „Der Kettelerbund“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 116, 19.5.1921 und Duisburger Volkszeitung, 4.5.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/133.

⁵²⁹ Karl Prinz von Ratibor und Corvey (1860-1931) war Oberpräsident in der preußischen Provinz Westfalen 1911-1919. Er galt als Vertreter der katholischen Richtung in der DNVP.

herbeizuführen, lieber nach außen gingen, um sich mit Parteien und Personen zu umgeben, die der Zentrumspartei direkt feindlich gegenüberstehen“.⁵³⁰

Brauweiler fand in diesem Artikel besonders häufige Erwähnung. So wurde er nicht nur für sein Engagement im Ketteler Bund generell kritisiert, sondern vor allem für seinen Wankelmut bezüglich seiner politischen Einstellung. Diese schien er, im Gegensatz zu Männern wie Lüninck oder Josef Stolberg, so beliebig oft auszuwechseln, „wie andere Sommer- oder Winterüberzieher.“ Hatte er im Zuge der „politischen Orgien und Quertreibereien des Grafen Oppersdorff“, der vor 1914 während des Zentrumsstreits mit seinem Integralismus einen regelrechten religiösen Fundamentalismus betrieben hatte, noch zu den „extremsten Gegnern der antimodernistischen Bewegung“ gezählt, interpretierte der Verfasser des Artikels die Gründung des Ketteler Bundes und die darin enthaltene strenge Ausrichtung auf den Katholizismus als ein ebenso antimodernistisches und integrales Abbild der Oppersdorff-Bewegung.⁵³¹ Die Tatsache, dass der Ketteler Bund nicht nur dem Namen nach für ein katholisches Bündnis stand, sondern Protestanten per Satzung der Zutritt zu selbigem sogar versagt wurde, stand in Widerspruch zu der Meinung, die Brauweiler noch bis 1916 vertreten hatte. Das wurde als Anzeichen einer rechtskatholischen Entwicklung aufgefasst, die 1917 ihren Lauf genommen hatte und mit der Gründung des Ketteler Bundes weiter vertieft wurde.⁵³²

Aller Kritik zum Trotz hielt Brauweiler an der Arbeit des Bundes fest und intensivierte diese sogar noch, indem er bei einer internen Besprechung am 4. August 1921 zur Gründung einer eigenen Ortsgruppe in Düsseldorf aufrief.⁵³³ Anlässlich dieser Konferenz – zu der neben Justizrat Max Liertz, Landesrat Clemens Adams, Jakob Hecker oder Oberschullehrer Landvogt auch Joseph Beyerling eingeladen war – hielt Brauweiler eine Eröffnungsrede, in der er seine „persönlichen Gedanken zur Aufgabe des Ketteler Bundes“ den Anwesenden darlegte. Diese bestanden vordergründig in dem Studium der katholischen Grundsätze und deren Anwendung auf das Staats- und Gesellschaftsleben, was seiner Meinung nach nur funktionieren könne, wenn es gelänge, dem Katholizismus wieder zu seiner alten Präsenz zu verhelfen.⁵³⁴

⁵³⁰ Gemeint war auch hier die Mitgliedschaft des Prinzen und das dadurch bedingte Hineinwirken der Deutschnationalen Volkspartei, die „die deutliche Hoffnung artikuliert hatte, eine Zersplitterung der Zentrumspartei nach dem Muster der Christlichen Volkspartei in die Wege leiten zu wollen“. (ohne Verfasser): „Der Kettelerbund“, in: Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 116, 19.5.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/133.

⁵³¹ Hans Georg von Oppersdorff war ein katholischer Politiker und Vertreter der integralistischen „Berliner Richtung“ innerhalb des Katholizismus. In Gegensatz stand er vor allem zu Martin Spahn, der als Vertreter der modernen Richtung einen schädigenden Einfluss auf den in der Zentrumspartei vertretenen Katholizismus hatte. (Ohne Verfasser): „Der Kettelerbund“, Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 116, 19.5.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/133. Siehe hierzu auch Kapitel 1 in diesem Buch zum Thema „Heinz Brauweiler und die Zentrumspartei“.

⁵³² Rechtskatholische Strömungen innerhalb des politischen Katholizismus existierten bereits seit dem Kaiserreich. Nach dem Ersten Weltkrieg verschmolzen diese weitgehend mit der nationalistischen Rechten der Weimarer Republik. Gabriele Clemens: „Rechtskatholizismus zwischen den Weltkriegen“, in: Langer, Albrecht (Hrsg.): Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800. München u. a. 1985, S.111/112. Ferber, Walter: „Zur Ideengeschichte des politischen Rechtskatholizismus“, in: Hochland, Nr. 62, 1970, S. 218-229.

⁵³³ Einladungsliste, 4.8.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/133.

⁵³⁴ Referat zur Gründung Ortsgruppe Düsseldorf, 4.8.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/133.

In diesem Zusammenhang griff Brauweiler auf Teile des Arbeitsprogramms der Konferenz vom Oktober 1918 zurück; wieder einmal stellte er die Begriffe „Persönlichkeit“ und „Masse“ einander gegenüber. Empfund sich die Persönlichkeit als eigenständig handelndes Subjekt in der Welt, musste der Massenmensch geführt werden, da er nicht „denkt und erlebt“, sondern „glaubt und folgt“.⁵³⁵ Dieser Massenmensch schien nur dann gut, „wenn der Glaube richtig und der Führer gut ist.“ Im Gegensatz zum Mittelalter, wo das Verhältnis zwischen Glaube und Führung noch ausgeglichen gewesen zu sein schien, war das für Brauweiler derzeit nicht mehr der Fall. Aufgrund dessen entkräftete er die Aussage, dass „der Katholizismus als autoritäres System sicher sei vor dem Eindringen falscher demokratischer Vorstellungen“.⁵³⁶ War die Mehrheit der Katholiken dem Glauben entfremdet und demnach offen für Einflüsse, die einem falschen Glauben folgten, rief Brauweiler die Konferenzteilnehmer schließlich dazu auf, sich dieser Masse entgegenzustellen und ihrer Führungspflicht nachzukommen, da nur so der Massenmensch für ein verträgliches Zusammenleben gewonnen werden könne.⁵³⁷ Mit diesem Appell brachte Brauweiler nicht nur seine Intention nach einer Stärkung des Katholizismus auf den Punkt, sondern auch seine Hoffnung, dass hierdurch die Ausbreitung demokratischer Einflüsse endlich aufgehalten werden könnte.

Die divergierenden Ansichten über den Ketteler Bund von externer und interner Seite bezeichnete Brauweiler als vollkommen normal – fasste diese sogar als gutes Zeichen auf. So konnte es seiner Meinung nach nur über den Weg der Auseinandersetzung und der Diskussion gelingen, die „Probleme“ des demokratischen Zeitalters zu lösen, das er als maßgeblich vom Willen der breiten Masse, anstelle der zu wahrer Führung berufenen Persönlichkeiten bestimmt sah.

Zwar konnte Lüninck Brauweiler die Unterstützung des Kölner Kardinals Schulte für den Ketteler Bund zusichern; das animierte ihn dazu, auch die übrigen Bischöfe und den päpstlichen Nuntius in Berlin zu informieren und um Unterstützung zu bitten.⁵³⁸ Aber zusätzlich zu den Schwierigkeiten von Seiten der Partei stieß der Ketteler Bund schon bald auch auf Widerstände aus den eigenen Reihen, die sich in den selbst gewählten Strukturen des Bundes begründeten. So sollte sich der Vorsatz der Einflussnahme auf die Politik des Zentrums und den hier vertretenen katholischen Volksteilen vom Boden eines reinen „Weltanschauungsträgers“, wie

⁵³⁵ Referat zur Gründung Ortsgruppe Düsseldorf, 4.8.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/133.

⁵³⁶ Ebd.

⁵³⁷ Referat zur Gründung Ortsgruppe Düsseldorf, 4.8.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/133.

⁵³⁸ Karl Joseph Schulte war von 1930 bis 1941 Erzbischof von Köln. Persönliche Anschreiben gingen auch an die Kardinäle von München und Breslau, sowie die Bischöfe von Münster, Trier, Mainz und Fulda. In einem Briefverkehr mit Josef Graf zu Stolberg-Stolberg berichtete Lüninck, dass sich die Geistlichen auf seine Anfrage und Erläuterung bezüglich des Ketteler Bundes äußerst begeistert gezeigt hatten. S. LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Archiv Westheim, Best. Nachlass Josef Graf zu Stolberg-Stolberg, Juni 1921, Nr. 328.

dem Ketteler Bund, als äußerst schwierig erweisen und die eigentliche Arbeit des Bundes für die katholische Sache erschweren.⁵³⁹ Was die Vertreter des Zentrums seit langem in Frage gestellt hatten, nämlich die Möglichkeit, politischen Einfluss bei gleichzeitiger parteipolitischer Neutralität ausüben zu können, hatte sich im Verlauf der ersten Wochen nach der Gründung des Bundes bereits als berechtigter Zweifel erwiesen.

Um den Bund vor einem vorzeitigen Scheitern zu bewahren, wurde nach präventiven Wegen gesucht: Landsberg schlug vor, sich von der Ablehnung der parteipolitischen Betätigung zu distanzieren, „da dem Ketteler Bund ansonsten nur sehr geringe Erfolgsaussichten propheet werden könnten.“⁵⁴⁰ Alternativ sollte entweder eine eigene katholische Partei gegründet werden – wie Lüninck dies bereits seit längerem gefordert hatte – oder aber ein Anschluss an die DNVP erfolgen, da die „Ansichten zwischen beiden zum größten Teil Übereinstimmung zeigen würden und der katholische Flügel der DNVP dadurch verstärkt werden könnte“.⁵⁴¹ Auch Görres sprach sich für eine stärkere Politisierung des Ketteler Bundes aus, der sich „kein Bild davon machen konnte“, wie sonst „aktiv in die Politik eingegriffen werden und zum alten Zentrumsgedanken zurückgekehrt“ werden könne.⁵⁴² In dem Bewusstsein, dass ein Eingehen auf diese Vorschläge das komplette Konzept des Bundes zunichtemachen würde, kam eine ernsthafte Diskussion über derartige Überlegungen nicht zustande.

Doch auch wenn der Bund sich an seine programmatischen Vorsätze hielt und durch Schaffung des Korrespondenzblattes sowie Gründung von Ortsgruppen seinen außerparlamentarischen Ansprüchen nachkam, blieb das eigentliche Ziel – die Beeinflussung des katholischen Milieus und dessen mehrheitliches Bekenntnis zur katholischen Staats- und Gesellschaftslehre – weiterhin unerreicht.⁵⁴³ Die Bestrebung, neue Mitglieder für den Ketteler Bund zu werben, hatte sich nach dem proklamierten Beitrittsverbot der Zentrumspartei und der anfänglichen großen Kritik, die dem Ketteler Bund von Seiten der Presse entgegengebracht worden war, nicht in dem gewünschten Maße entwickelt. Für den ausbleibenden Erfolg des Ketteler Bundes machte Josef Graf zu Stolberg-Stolberg zum einen die übereilte Veröffentlichung des Programms verantwortlich. So seien „viele, die das Programm eigentlich hätte ansprechen sollen, nicht im Bilde über Kettelers Politik“ und wüssten demnach auch gar nicht, wofür der Name Ketteler eigentlich stehe. Neben der übereilten Herangehensweise sah Stolberg-Stolberg aber auch „in Brauweiler eine immer größere Gefahr für den Bund“, der ihm bereits bei der Konferenz am 4.

⁵³⁹ Brief Görres an Lüninck, indem er schrieb, dass ihm unklar sei, „wie der Ketteler Bund in politische Angelegenheiten eingreifen will, wenn er nur „Weltanschauungsträger ist“, s. Görres an Lüninck, 19.6.1921, Archiv Ostwig, Best. Nachlass Ferdinand von Lüninck, Nr. 824.

⁵⁴⁰ Landsberg an Lüninck, 21.7.1921, Archiv Ostwig, Best. Nachlass Ferdinand von Lüninck, Nr. 824.

⁵⁴¹ Ebd.

⁵⁴² Görres an Lüninck, 5.7.1921, Archiv Ostwig, Best. Nachlass Ferdinand von Lüninck, Nr. 824.

⁵⁴³ Petzinna, 2000, S. 73.

August 1921 unangenehm aufgefallen war.⁵⁴⁴ Als Hauptvorwurf nannte er Brauweilers Verfechtung des ständischen Gedankens, der für ihn einen konkreten Eingriff in das politische System und damit eine gefährliche politische Agitation darstellte, die abschreckend auf potentielle neue Mitglieder wirken könne.

Diese kritische Einstellung Brauweiler gegenüber war kein Ergebnis der Zusammenarbeit beim Ketteler Bund, sondern bereits bei einem vorangegangenen, ebenfalls auf die katholischen Belange ausgerichteten Projekt, der "Westdeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft" (im Folgenden: WVTG), existent gewesen. Ähnlich wie im Ketteler Bund sollte hier die überparteiliche Verbreitung des katholischen Gedankenguts weiterverfolgt werden.

3.6 Exkurs: Die Westdeutsche Verlags- und Treuhandgesellschaft

Die Gründer der "Westdeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft" verfolgten das Ziel, über die Teilhabe an Zeitschriften und Zeitungen zur Stärkung einer katholisch-konservativen Politik beizutragen. Dies schien besonders notwendig, da man auf katholischer Seite trotz zahlenmäßig ansehnlicher Presseverbreitung und modernem Verlagswesen weder über ein massentaugliches Organ verfügte noch über ein leistungsfähiges Verlagsunternehmen, das die Pflege der konservativ katholischen Grundsätze und Ideen in kulturpolitischer Hinsicht hätte übernehmen können.⁵⁴⁵ Da die Zentrumspresse mit über 300 Zeitungen auch organisatorisch sehr zersplittert war, sollte über den Weg einer stärkeren Vereinheitlichung und Zusammenarbeit sowohl in ökonomischer als auch ideeller Hinsicht eine wirksamere, mediale Pressevertretung des politischen Katholizismus erreicht werden.⁵⁴⁶

Erste Vorbereitungen für die Gründung einer solchen Verlagsgesellschaft lassen sich auf den Spätsommer 1920 zurückdatieren: Ferdinand von Lüninck und Brauweiler tauschten sich über die Möglichkeit eines journalistischen Büros aus und richteten ihr Hauptaugenmerk auf das *Westfälische Volksblatt*, *Düsseldorfer Tageblatt*, *Deutsche Reichszeitung* und *Rheinischen Merkur*.⁵⁴⁷ Anlass für ihre Überlegungen war zum einen der pragmatische Wunsch, eine Stütze für die Arbeit der Christlichen Volkspartei aufzubauen. Zum anderen wurde die neue große Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften ab dem 1. April 1920 unter Kooperation von Matthias Erzberger – dem prominenten Befürworter stärker parlamentarisch-demokratisch ausgerichteter Arbeit – herausgegeben. Das bedeutete einen akuten Handlungsbedarf, um der republikanischen Fraktion innerhalb des Zentrums entschieden entgegenzutreten. Die

⁵⁴⁴ LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Archiv Westheim, Best. Nachlass Josef Graf zu Stolberg-Stolberg, Juni 1921, Nr. 328.

⁵⁴⁵ Aufruf Friedrich Wetzels, dem Direktor der Verlagsanstalt Tyrolia, Fachverlag für Theologie, Anfang Oktober 1920, Archiv Ostwig, Best. Nachlass Ferdinand von Lüninck, Nr. 824.

⁵⁴⁶ Düssel Konrad: Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004, S. 144.

⁵⁴⁷ Brauweiler an Spahn, 1.9.1918, BArch, NI Spahn, 1324/152.

Gründung einer katholischen Verlagsgesellschaft stellte demnach nicht nur eine vielversprechende Möglichkeit dar, das katholische Zeitungs- und Zeitschriftenwesen stärker zu kontrollieren, sondern vor allem auch den Einfluss auf die öffentliche Meinung verstärkt ausüben zu können.

Die Initiatoren – Spahn, Fühling und Lüninck – wollten diesen Plan über Kauf oder Mehrheitsbeteiligung an verschiedenen, bereits bestehenden Zeitungsunternehmen realisieren. Auf einer Kölner Sitzung am 26. Oktober 1920 erfolgte die Gründung der WVTG, zu deren Geschäftsführer Heinz Brauweiler ernannt wurde. Auf der Sitzung wurde beschlossen, dass die Gesellschaft aus einem festen Personenkreis vornehmlich aus der Landwirtschaft (Loë, Kerckerinck, Lüninck) und des Mittelstandes bestehen sollte, die durch ihre Mitgliederbeiträge für die Finanzierung der Gesellschaft sorgen sollten.⁵⁴⁸ War der Agrarsektor von jeher Unterstützer konservativer Ansichten und Gesellschaftsmodelle, versprach man sich auch vom Mittelstand wichtige Unterstützung; hier war zwar keine große Affinität zum Katholizismus vorhanden, dennoch der Antiparlamentarismus und zu gewissem Grade auch der Ständegedanke weit verbreitet.

Bei einer Folgesitzung in Düsseldorf am 24. November 1920 wurde die Gründung der WVTG schließlich dem Präsidenten der Handwerkskammer Düsseldorf, Wilhelm Hecker, dem Vorsitzenden des Zentralverbands für Handel und Gewerbe Jansen, Arnold Middendorf, Kessler, Jessen, Bewerunge, Josef Graf zu Stolberg-Stolberg, Velden (in Vertretung für Görres) und Alexander Freiherr von Elverfeldt bekanntgegeben und zugleich das politische Programm vorgestellt, das größtenteils auf Initiative Lünincks entstanden war.⁵⁴⁹ Inhaltlich ging es hier primär um die Vertretung des Christentums als "Weltanschauungsgrundlage", der Forderung nach Unterrichtsfreiheit, einer Aufhebung der Trennung von Schule und Kirche, Kritik an der „kapitalistischen Profitgier“ und – ähnlich wie auch schon bei der Düsseldorfer Oktoberkonferenz – um gesellschaftliche Neustrukturierung auf Grundlage vermeintlich wahrer ständischer Selbstverwaltung: „Wir vertreten den Gedanken eines gesunden Ausbaus wahrer Selbstverwaltung. [...] Die formale Demokratie und den Parlamentarismus [...] lehnen wir ab. [...] Dagegen fassen wir den Staat als lebendigen Organismus auf und wünschen deshalb [...] einen ständischen Aufbau der Volksvertretung, [...] der alle Volksteile zu ihrer Macht kommen lässt.“⁵⁵⁰ Bei der Sitzung wurde auch über die Finanzierung der Gesellschaft gesprochen. Außerdem beschloss man die Bildung eines Arbeitsausschusses, dem neben Martin

⁵⁴⁸ S. hierzu auch: Hübner, Christoph: Die Rechtskatholiken, die Zentrumsparterie und die katholische Kirche in Deutschland bis zum Reichskonkordat 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Scheiterns der Weimarer Republik, Berlin 2014, S. 241ff.

⁵⁴⁹ Das politische Programm der WVTG, ohne Datumsangabe, StMG, NI Brauweiler, 15/13/191.

⁵⁵⁰ Ebd.

Spahn, Ferdinand von Lüninck und Theodor Fühling auch Wilhelm Hecker angehören sollte, der mit der Ausführung der „zunächst notwendigen weiteren Arbeiten“ betraut wurde.⁵⁵¹

Pläne zur Gründung einer solchen Verlagsgesellschaft hatte Brauweiler bereits im April 1916 erwogen, die er in einem Brief an Martin Spahn näher ausführte. Hierzu motiviert worden war er durch seine Erfahrungen aus Düsseldorf und Hagen, wo er als Chefredakteur des *Westfälischen Volksblatts* von 1911-13 tätig war. Bereits zu diesem Zeitpunkt wollte Brauweiler ein „Korrespondenzunternehmen für die katholische Presse“ gründen, dessen Aufgabengebiet die Politik mit Ausschluss jeglicher Parteipolitik sein sollte.⁵⁵² Dafür kalkulierte Brauweiler mit 25-30 mittleren katholischen Zeitungen von zentraler Bedeutung, wie der *Kölnischen Volkszeitung* oder der *Westdeutschen Arbeiterzeitung*, auf deren Grundlage er „die jüngeren wissenschaftlichen und literarischen Kräfte im katholischen Deutschland fördern und ihnen einen breiten Wirkungsbereich verschaffen“ wollte. Den verbindenden Gedanken sah er darin, „durch die mittlere katholische Presse dem übrigen Volk zu zeigen, was an Kräften im katholischen Volksteil steckt“.⁵⁵³ Dieses Ziel blieb auch bei der WVTG wegweisend.

Doch ähnlich wie beim Ketteler Bund gingen auch bei der WVTG die Arbeiten nur schleppend voran. Schuld war insbesondere eine altbekannte Problematik: die ungeklärte Finanzierung, die von Seiten der Geldgeber vor allem auf anhaltender Skepsis gegenüber der starken Ausrichtung auf den Katholizismus beruhte. Besonders der Mittelstand hatte große Bedenken. Dessen Forderung nach parteipolitischer Neutralität war zu groß, um mit größeren finanziellen Leistungen in die WVTG einzusteigen.⁵⁵⁴ Um diese „nicht [auch noch] in die Zahl der misslungenen Projekte einreihen“ zu müssen, sah Brauweilers sich dazu veranlasst, in einem Aufruf „an die Mitglieder des Arbeitsausschusses“ vom 21. Dezember 1920 mit einem Ultimatum auf das baldige Inkrafttreten der WVTG zu reagieren.⁵⁵⁵ Besondere Eile war vor allem wegen der Preußenwahl am 20. Februar 1921 geboten. Aufgrund der mangelnden Kandidatenauswahl für das rechtskonservative Lager bestand die Befürchtung, dass die Zentrumsparterie unter Anführung des linken Flügels und Erzberger versuchen würde, so viele Mandate wie möglich zu erhalten und anschließend auf die Durchführung der demokratischen

⁵⁵¹ Das politische Programm der WVTG, ohne Datumsangabe, StMG, NI Brauweiler, 15/13/191.

⁵⁵² Die Gründung von Korrespondenzbüros war ein zu Beginn der Weimarer Republik weit verbreitetes Instrument zur Interessenartikulation. Laut der Einteilung von Isabelle Voigt unterschied man zwischen offiziellen, offiziösen und unabhängigen Korrespondenzbüros. Bedenkt man, dass sowohl die offiziellen als auch offiziösen Büros von übergeordneten Stellen betrieben wurden, muss der hier erwähnte Plan Brauweilers am ehesten den unabhängigen Korrespondenzbüros zugerechnet werden, da er betonte, mit keiner besonderen Organisation in Zusammenhang zu stehen. S. Voigt, Isabell: „Korrespondenzbüros als Hilfgewerbe der Presse Entstehung, Aufgaben und Entwicklung“, in: Wilke, Jürgen: Unter Druck gesetzt. Vier Kapitel deutscher Pressegeschichte, Köln 2002, S. 82.

⁵⁵³ Brauweiler an Spahn, 24.4.1916, BArch, NI Spahn, 1324/152.

⁵⁵⁴ Unterstell, Rembert: Mittelstand in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1989, S. 72ff.

⁵⁵⁵ „An die Mitglieder des Arbeitsausschusses der Westdeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft, 31.12.1920, Dr. Brauweiler“, Archiv Ostwig, Best. Nachlass Ferdinand von Lüninck, Nr. 830.

Gesellschaftsordnung zu insistieren.⁵⁵⁶ Dass das Zentrum in seiner gegenwärtigen Form nicht weiterexistieren konnte und es früher oder später zu einer Spaltung der Partei kommen würde, stand für Brauweiler mittlerweile fest. Da bisher jedoch eine oppositionell-konservative Gruppe im katholischen Lager fehlte, die den Bestrebungen des linken Flügels nach demokratischer Ausrichtung die Vertretung und Wahrung der eigenen an den ursprünglichen Zentrumsgedanken angelehnten Ziele und Wertevorstellung des rechtskonservativen Lagers entgegenhalten könnte, war eine baldige Parteienumgruppierung zwingend notwendig.⁵⁵⁷ Konnte zum einen ein Zusammenschluss des rechten Zentrumsflügels mit der DNVP und der Christlichen Volkspartei zu einer gemeinsamen konservativen und christlichen Volkspartei hier einen möglichen Ansatz für das Legitimitätsproblem des rechten Flügels der Zentrumspartei darstellen, trat Brauweiler jedoch für eine andere Lösung ein.⁵⁵⁸

Bei der Dezemberkonferenz 1920 schlug er den anwesenden Mitgliedern des Arbeitsausschusses vor, die WVTG als ein gemeinsames Aktionszentrum zu popularisieren, das über den Weg der publizistischen Vertretung die Bildung einer Organisation für die konservativ eingestellten Zentrumskräfte vorbereiten sollte.⁵⁵⁹ Nach zwei weiteren Monaten des Abwartens, in denen aufgrund eines kurzzeitigen Gefängnisaufenthalts Lünincks „in unserer Arbeit nur wenig geschehen“ war, berichtete Lüninck Josef Graf zu Stolberg-Stolberg am 9. Februar 1921 schließlich erfreut über das „gute Voranschreiten der Gründung der Gesellschaft“, deren Konstituierung, Brauweiler zufolge, „in der Woche etwa vom 13.-20.2.“ vorgenommen werden sollte.⁵⁶⁰ Um diesmal allen Eventualitäten vorzubeugen, hatte Brauweiler einen abgeänderten und wesentlich konkreteren Vorschlag zur Arbeit und Strukturierung der Gesellschaft vorgestellt.

Im Gegensatz zum Fazit der Besprechung vom November schlug Brauweiler jetzt eine dreigliedrige Aufteilung vor. Seiner Vorstellung entsprechend sollte die zu gründende Gesellschaft aus einem Zusammenschluss von 20-30 Männern als politischer Vertretung

⁵⁵⁶ BArch, NI Spahn 1324/71. Gemeint ist die erste reguläre preußische Landtagswahl, bei der die Katholiken ihre Mehrheit behaupten konnten, SPD und DDP erheblich an Stimmen verloren und DNVP, DVP und KPD an selbigen zulegten.

⁵⁵⁷ Die Tatsache, dass das Zentrum unter der Direktion Erzbergers einen Verständigungskurs verfolgte, wurde im rechten Zentrumslager nach wie vor mit großer Skepsis und Ablehnung betrachtet und führte immer wieder zu einem Aufruf zur Parteienumgruppierung zugunsten eines rechten Schwergewichts. Dies wird u.a. auch anhand einer Aussage Eduard Stadtlers deutlich, der Spahn in einem Brief vom September 1920 schrieb, dass es „im Laufe des Winters zu einer Parteienumgruppierung“ kommen müsse, da „das Auftreten Erzbergers dazu zwingt“. Stadtler an Spahn, 10.9. 1920, BArch, NI Spahn, 1324/3.

⁵⁵⁸ Die Pläne zur Gründung einer christlich konservativen Partei stammten bereits aus dem Frühjahr 1920. S. Gründer Horst: Rechtskatholizismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Westfälische Zeitschrift, Nr. 134, 1984, S. 107-155.

⁵⁵⁹ „An die Mitglieder des Arbeitsausschusses der Westdeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft“, in: Archiv Ostwig, Best. Nachlass Ferdinand von Lüninck, Nr. 830. Zu den bei der Besprechung Anwesenden zählten sowohl Paul Stolberg als auch Auffenberg, Hoffmann, Kuester, Jansen, Ferdinand von Lüninck, Schäfer, Spahn, Hecker, Kerckerinck zur Borg und von Loë-Bergerhausen.

⁵⁶⁰ „In unserer Arbeit ist wenig geschehen. Die Herrn Freiherr Ferdinand von Fürstenberg und Freiherr Alexander von Elverfeldt schickten mir die Vollmacht, sonst habe ich noch nichts gehört oder gesehen. [...] Ich hoffe aber, daß in der Woche vom 13.-20.3 die Konstituierung geschehen kann und ich werde meinerseits alles vorbereiten.“ Brauweiler an Lüninck, Januar 1921, Archiv Ostwig, Best. Nachlass Ferdinand von Lüninck, Nr. 830.

bestehen sowie einer Art Förderer-Gesellschaft. In Überschneidung zu Ansätzen, die Brauweiler bereits bei der Planung für sein Zeitschriftenprojekt *Der Aufbau* und der Besprechung zur Düsseldorfer Oktoberkonferenz in Erwägung gezogen hatte, war außerdem die Bildung einer Gruppe von Freunden geplant; die sollten nicht zum internen Zirkel gehören, jedoch „politisch auf unserem Boden stehen und die Gesellschaft durch Jahresbeiträge fördern“.⁵⁶¹

Die Beschränkung der direkten Mitglieder auf einen kleinen, elitären Kreis, der von einer Art „externer Freundesgruppe“ unterstützt werden sollte, zeichnete sich als ein entscheidendes Merkmal ab, das auch zukünftig als probates Mittel zur Konstituierung und Finanzierung von Publikationsorganen oder Organisationen wie der WVTG herangezogen wurde.⁵⁶²

Trotz ihrer organisatorischen Ausdifferenzierung konnten im April 1921 dennoch keine praktischen Ergebnisse vorgewiesen werden; bis dato war weder ein „Kauf noch [eine] Beteiligung bei irgendwelchen Zeitungen“ gelungen. Exemplarisch verwies Lüninck, der selbst 10.000 Mark in das Projekt investiert hatte, auf das *Westfälische Volksblatt*, dessen Chefredakteur Joseph Schöningh eine nähere Kooperation mit der Westdeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft ganz plötzlich „wegen geschäftlicher Bedenken“ abgesagt hatte.⁵⁶³ Stolberg, der selbst zum engeren Kreis der WVTG gehörte und als ein entschiedener Verfechter der ihr zugrundeliegenden Idee galt, führte den ausbleibenden Erfolg vordergründig auf personelle Unstimmigkeiten zurück. Den Dreh- und Angelpunkt sah er in der Besetzung des Geschäftsführerpostens durch Heinz Brauweiler. Stolberg hielt ihn für unfähig, ein derartiges Projekt zu leiten. Diese „Unfähigkeit“ schien sich vor allem in dem von Brauweiler aufgestellten Programm und seinem permanenten Insistieren auf den schnelleren Aufbau der WVTG zu manifestieren, wozu man, Stolberg zufolge, überhaupt noch nicht reif sei. Das Hauptproblem sah Stolberg jedoch in den fehlenden Grundlagen für eine erfolgreiche und nachhaltige Erweiterung der WVTG, da allein die schiere Menge und qualitative Divergenzen der anvisierten Blätter problematisch schienen – Tatsachen, die Brauweiler seiner Meinung nach ignorierte.⁵⁶⁴

Auch wenn sich Josef Graf zu Stolberg-Stolberg dennoch bereit zeigen sollte, es bei der Gründung der WVTG auf einen Versuch ankommen zu lassen, blieb er in seiner Beurteilung Brauweilers unverändert kritisch und warnte, ihn zu stark in die Geschäfte der WVTG

⁵⁶¹ Die Zusammensetzung dieser Gruppe bildete den schließlich den Ausgangspunkt für den Ketteler Bund. Brauweiler an Lüninck, Januar 1921, Archiv Ostwig, Best. Nachlass Ferdinand von Lüninck, Nr. 830.

⁵⁶² Petzold, 1978, S. 103.

⁵⁶³ Schöningh an Spahn, BArch, NI Spahn, 1324/71.

⁵⁶⁴ Josef Stolberg-Stolberg an Lüninck, 20.4.1921, LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Archiv Westheim, Best. Nachlass Josef Graf zu Stolberg-Stolberg, Juni 1921, Nr. 328.

einzu beziehen.⁵⁶⁵ Hatte er anfangs noch zurückhaltend von dessen ungenügender Kompetenz gesprochen, so verschärften sich seine Vorwürfe mit ausbleibendem Erfolg der WVTG; welche aufgrund der fehlenden Eintragung in das Handelsregister Ende April 1921 immer noch nicht zur Entstehung gelangt.⁵⁶⁶ In diesem Zusammenhang hatte, neben dem *Westfälischen Volksblatt*, mittlerweile auch der *Rheinische Merkur* eine Anbindung an die WVTG mit der Begründung abgelehnt, lieber unabhängig und frei bleiben zu wollen. Die Absage des *Rheinischen Merkurs* führte Stolberg darauf zurück, dass Brauweiler mit seinem Einsatz für die WVTG mittlerweile „einzig und allein eine egoistische Interessenvertretung“ verfolgte, geleitet von der Hoffnung auf ein gutes „Pöstchen“.⁵⁶⁷ Da es immer offensichtlicher wurde, dass sich die großen Zeitungen „nicht mit Brauweiler liieren“ würden, sah Stolberg in ihm eine regelrechte „Gefahr“ für den Fortbestand der WVTG.⁵⁶⁸ Neben Stolberg war auch der Herausgeber des *Rheinischen Merkur*, Kaplan Dietrich Nagel, ein großer Brauweiler-Kritiker. Nagel warf Brauweiler vor, „seine Überzeugungen für Geld zu verkaufen“; in dessen ständischen „Ambitionen“ sah er reine „Zukunftsmusik“.⁵⁶⁹ Er konnte nicht verstehen, „wie ein Mann wie Brauweiler Vertrauen bei den Lünincks“ hatte finden können und warnte deshalb auch vor einer weiteren Zusammenarbeit.⁵⁷⁰ Die Vorbehalte Nagels gegenüber Brauweiler resultierten bereits aus einem anderen, zurückliegenden Zusammenhang. So war Kaplan Nagel ein Anhänger des Umberto Benigni und dessen geheimer Pius Bruderschaft gewesen, zu deren Aufdeckung Brauweiler 1915 maßgeblich beigetragen und damit deren Aktivitäten erheblich eingeschränkt hatte.⁵⁷¹

Aller Vorbehalte zum Trotz hielt Lüninck an seinem sowohl kollegialen als auch freundschaftlichen Verhältnis zu Brauweiler fest, da er in dessen Arbeit weder monetären Egoismus erkennen konnte – „sein Abgang aus einer gesicherten Stellung beim Düsseldorfer

⁵⁶⁵ Im Gegensatz zu den Arbeiten zur WVTG hatten sich die Brüder Josef und Hermann Stolberg bei der Beurteilung der Düsseldorfer Sammlungsbewegung vom Oktober/November 1918 noch wesentlich optimistischer gezeigt. In diesem Zusammenhang hatte Hermann Stolberg Brauweiler seine ganze Unterstützung für dessen Pläne zugesichert, da er die Katholiken vom Zentrum „schmählich betrogen fand.“ S. Hermann Graf zu Stolberg-Stolberg an Brauweiler, 7.11.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130. In dem oben genannten Briefwechsel sollte sich jedoch ein deutlicher Stimmungswechsel zeigen.

⁵⁶⁶ Westdeutsche Verlags- und Treuhandgesellschaft, Archiv Ostwig, Best. Nachlass Ferdinand von Lüninck, Nr. 830.

⁵⁶⁷ Josef Graf zu Stolberg-Stolberg an Lüninck, 20.4.1921, LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Archiv Westheim, Best. Nachlass Josef Stolberg-Stolberg, Nr. 328.

⁵⁶⁸ Statt das Geld in die Westdeutsche Verlags- und Treuhandgesellschaft zu investieren, riet Stolberg Lüninck dazu, seinen Einfluss geltend zu machen, „daß das Geld nicht in die Westdeutsche Verlags- und Treuhandgesellschaft“ gesteckt werden solle, sondern „direkt in den Rheinischen Merkur“, der in erheblichen Finanznöten stecke. Stolberg an Lüninck, 20.4.1921, LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Archiv Westheim, Best. Nachlass Josef Graf zu Stolberg-Stolberg, Nr. 328.

⁵⁶⁹ Nagel an Josef Graf zu Stolberg-Stolberg, 7.4.1921, LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Archiv Westheim, Best. Nachlass Josef Stolberg-Stolberg, Nr. 332; Josef Graf zu Stolberg-Stolberg an Lüninck, 20.4.1921, LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Archiv Westheim, Best. Nachlass Josef Stolberg-Stolberg, Juni 1921, Nr. 328.

⁵⁷⁰ Auch wenn hier immer wieder die zu große Politisierung Brauweilers als Rechtfertigung für die gegen ihn vorgebrachte Kritik aufgeführt wurde, war es vor allem auch Brauweilers Bestreben nach einer Nationalisierung der Arbeiterschaft, die viele Adlige als Bedrohung ihrer ohnehin stark eingeschränkten Rechte empfanden. Josef Graf zu Stolberg-Stolberg an Lüninck, 20.4.1921, LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Archiv Westheim, Best. Nachlass Josef Stolberg-Stolberg, Nr. 328.

⁵⁷¹ S. hierzu das Kapitel 1.2 zur Benigni Affäre in diesem Buch, ebenso wie das Werk von Hübner, Christoph: Die Rechtskatholiken, die Zentrumsparterie und die katholische Kirche in Deutschland bis zum Reichskonkordat von 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Scheiterns der Weimarer Republik, Erlangen 2011, S. 121ff.

Tageblatt spricht dagegen⁵⁷² – noch übereiltes Handeln oder gar Abweichen von den Grundsätzen der WVTG. Eher das Gegenteil schien ihm der Fall zu sein, da Brauweiler sich als durchaus vertraut „mit unseren Lehren gezeigt“ habe und sein „Spezialgebiet [ja schließlich auch] die im Wesen der Bewegung liegende ständische Frage“ sei.⁵⁷³ Aus diesem Grund bezog Lüninck ihn auch weiterhin in seine Planungen mit ein, die sich, nach dem ausbleibenden Erfolg der WVTG, nun verstärkt auf die „Gesellschaft der Freunde der WVTG“ zu konzentrieren begannen sowie den Plan, diesen Zusammenschluss zur Grundlage einer parteiunabhängigen Bewegung zu machen. Dieses Vorhaben sollte sich nur wenige Tage später am 3. Mai mit dem bereits dargestellten Ketteler Bund realisieren, über dessen Gründung Lüninck Stolberg bereits am 20. April schriftlich berichtet hatte.⁵⁷⁴

Dass gerade Brauweiler seine Unterstützung in den Dienst von Vereinigung wie der WVTG oder dem Ketteler Bund stellte und trotz aller Kritik maßgeblich an deren Zustandekommen mitarbeitete, war Teil eines Entwicklungsprozesses, der vor allem seiner enttäuschenden Erfahrung bei der Zentrumsparlei geschuldet war. Als Folge dessen strebte er danach, in parteiunabhängigen Zusammenschlüssen, die auf einem einvernehmlichen Meinungs austausch der einzelnen Mitglieder aufbauten, seine ideellen und programmatischen Vorstellungen eines parteiübergreifenden Sammlungsprogramms zugunsten einer anschließenden Neuorientierung im rechtskatholisch-konservativen Sinne zu verwirklichen. Diese sollten nicht mehr länger darauf abzielen, die Zentrumsparlei wieder zum Mittelpunkt der katholischen Interessenvertretung zu machen, was Brauweiler bei seiner "Anti-Erzberger"-Kampagne und der Düsseldorfer Oktoberkonferenz noch vorgeschwebt hatte. Vielmehr dachte er nun daran, den Katholizismus an sich und unabhängig von der Partei wieder stärker in den Mittelpunkt des täglichen Lebens der Bevölkerung zu rücken.

Ein weiteres attraktives Merkmal solch außerparteilicher Bündnisse wie der WVTG und dem Ketteler Bund war deren Ausrichtung auf einen kleinen, ausgesuchten Kreis von Mitgliedern als Gegenmodell zum Parlamentarismus.⁵⁷⁵ Schien der Parlamentarismus, unter Berufung auf die Volkssouveränität, vorwiegend die Einbindung der breiten Massen zu beabsichtigen, empfand Brauweiler dies als Untergrabung der elitär-konservativen Staatsführung, was ihn in seinem Bestreben einer rechtskonservativen Sammlung nur noch bestärkte. Statt weiterhin den

⁵⁷² Lüninck an Stolberg, 19.4.1921, LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Archiv Westheim, Best. Nachlass Josef Graf zu Stolberg-Stolberg, Nr. 328.

⁵⁷³ Ebd.

⁵⁷⁴ „Vorbereitung zur Gründung des Ketteler Bundes“, LWL-Archivamt für Westfalen, Dep. Archiv Westheim, Best. Nachlass Josef Graf zu Stolberg-Stolberg, Nr. 332.

⁵⁷⁵ Ähnliche Ansichten vertraten die Jungkonservativen, die ihre Vorstellung einer Neuordnung nicht auf Masse, sondern auf elitärer Auslese begründet sahen. Postert, 2014, S. 13 und S. 48ff.

„Brückenschlag zur parlamentarischen Linken“ zu vollziehen, kam es seiner Meinung nach vor allem auf eine elitäre Mitglie­derauslese an, bestehend aus den Tüchtigsten, die als Führungsspitze der Gesellschaft ein intellektuell hohes, weltanschaulich gleichgesinntes Niveau garantieren und ihre einflussreiche Stellung wiederum zugunsten der Erziehung der gesamten Gesellschaft nutzen sollten.⁵⁷⁶ Obwohl Brauweiler daran gelegen war, die Stärkung einer solchen katholisch-konservativen Interessenvertretung voranzubringen, hatte sich bei ihm schon frühzeitig die Gewissheit eingestellt, dass die von ihm herbeigesehnte gesamtheitliche und antiparlamentarische Neubegründung nicht einzig und allein vom Boden eines gestärkten Katholizismus aus realisiert werden könne. Ebenso notwendig erschien ihm auch ein konfessionsübergreifender Ansatz, weshalb er parallel zu seiner Arbeit für die WVTG und den Ketteler Bund damit begann, Pläne zu einer interkonfessionell ausgerichteten Sammlungsbewegung zu initiieren. Hiervon erhoffte er sich die Gewinnung weiterer Kreise und damit auch bessere Aussichten auf eine erfolgreiche Umsetzung der von ihm angedachten Ordnungsalternative.

In Bezug auf die Organisation einer interkonfessionellen Sammlungsbewegung griff er abermals auf die Grundlage einer Zeitschrift zurück; die sollte jedoch nicht ausschließlich auf die katholische Bevölkerung fokussiert werden, so wie es noch beim *Aufbau* oder der WVTG festgelegt wurde, sondern stattdessen einen interkonfessionellen Leserkreis ansprechen.

4. Der Versuch einer interkonfessionellen Sammlung

Das Bestreben nach einer konfessionellen Öffnung resultierte aus der Hoffnung Brauweilers, hierdurch neben der Landwirtschaft und dem Adel auch die Unterstützung der Industriellen zu gewinnen, die für die Finanzierung außerparteilicher Projekte unerlässlich waren.

Zusätzlich dazu stellte deren Kooperationsbereitschaft auch eine grundlegende Voraussetzung für die Umsetzung Brauweilers berufsständischer Neugliederungspläne dar; immerhin basierte diese Idee auf einem kooperativen Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, was die Mitarbeit beider Seiten gleichermaßen erforderlich machte. Die Tatsache, dass die meisten Industriellen konfessionell ungebunden waren und sich parteipolitisch auf das Zentrum, die Deutsche Volkspartei oder die DNVP verteilten, bedeutete folglich, dass deren Unterstützungsbereitschaft nicht zuerst durch die Verbreitung christlicher Grundsätze, sondern durch rein inhaltlich attraktive Anreize gewonnen werden konnte. Genau das wollte Brauweiler

⁵⁷⁶ Loth, 1984, S. 326.

mit seinem Konzept zum *Bund der Arbeit* erreichen, der zwar ähnlich wie der *Aufbau* auf der Herausgabe einer Zeitschrift basieren sollte, im Gegensatz dazu jedoch konfessionell ungebunden und stärker auf einen wirtschaftlichen Schwerpunkt konzentriert sein sollte.

4.1 Der *Bund der Arbeit*

Die Überlegung zu einer konfessionsübergreifenden Zeitschrift hatte Brauweiler bereits 1914 erwogen. Im Zuge der Kriegserfahrungen und des wachsenden Einflusses der SPD hatte er diese jedoch zugunsten einer Zeitschrift mit katholischer Ausrichtung verworfen. Nach dem Scheitern der Zeitschrift *Aufbau*, deren Gründung er im Zuge der Oktoberkonferenz 1918 anberaunt hatte, sollten sich seine ursprünglichen Pläne einer politischen und konfessionsübergreifenden Zeitschrift mit dem 1919 erarbeiteten Konzept zum *Bund der Arbeit* wieder wesentlich konkretisieren. Dabei handelte es sich um ein Projekt, dem kein gleichartiges Unternehmen in Deutschland gegenüberstand. Erstmals erscheinen sollte die Zeitschrift zum 1. Januar 1920, halbmonatlich und zunächst nur zwei Bogen stark, eine Beschränkung, die vor allem den hohen Satz-, Druck- und Papierkosten geschuldet war und im Falle einer Senkung beliebig angehoben werden konnte. Für den inhaltlichen Aufbau schlug Brauweiler vor sowohl ganze Aufsätze, als auch Notizen, satirische Bemerkungen, Rundschauen oder Zeitschriftenkritiken abzudrucken. Thematisch galt es neben Inhalten – wie der Kritik der Parteiendemokratie oder der Pflege des berufsständischen Gedankens – auch Platz für andere Themen, wie die Blut-, Rasse-, Juden- und Frauenfragen zu schaffen, da nur so ein politisch breites Spektrum angesprochen werden könne.⁵⁷⁷ Im Vordergrund sollte jedoch insbesondere die Problematik der anhaltenden wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe stehen, sowie die Frage, wie diesen zukünftig bestmöglich und nachhaltig vorgebeugt werden könne.

Brauweilers Glaube an den Erfolg der Werbearbeit einer überparteilichen Zeitschrift resultierte vor allem aus seiner tiefen Überzeugung, dass die Tagespresse immer stärker auf das Nachrichtenwesen ausgelegt sei. Deren Arbeit beschränke sich damit also vordergründig auf die Weitergabe allgemein anerkannter Gedanken und die Veröffentlichung eines abgestimmten Einheitsbildes, statt den wahren Stimmen oberhalb der Masse Gehör zu verschaffen. Genau diese Aufgabe sollte nunmehr vom *Bund der Arbeit* übernommen werden, der als Sammelstätte all derjenigen Kräfte fungieren sollte, die ernsthaft am Gedanken einer Neuordnung und der Beilegung der politischen und gesellschaftlichen Kämpfe interessiert waren.⁵⁷⁸

⁵⁷⁷ Entwurf zum *Bund der Arbeit*, Ende August 1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/138.

⁵⁷⁸ Dieser Ansicht widersprach u.a. A. Gilles, der die Herausgabe einer Zeitschrift für die Gelehrten zwar für gut befand, in Anbetracht der Tatsache, dass Brauweiler hiermit aber auch beabsichtige, bei den Leuten im praktischen Leben Gehör zu finden, jedoch nur geringe Erfolgchancen in Aussicht stellte. So könnten diese gar keine Zeit für das Lesen einer Zeitschrift aufbringen und würden, wenn überhaupt, nur Tageszeitungen lesen. S. Gilles an Brauweiler, 24.3.1919, StMG, NI Brauweiler 15/13/131. Ähnlich beurteilte auch Graf Schönberg-

Im Gegensatz zur Düsseldorfer Oktoberkonferenz, bei der der konfessionelle Schwerpunkt im Vordergrund gestanden hatte, war beim *Bund der Arbeit* daran gedacht worden, die „sozial-konservativ gerichteten Kreise im katholischen- und Zentrums-lager zusammenzufassen und mit den gleichgesinnten Protestanten zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen“.⁵⁷⁹ Es wurde sich folglich an „Helfer aus allen Partei- und Weltanschauungslagern“ gerichtet, „die sich zu gemeinsamer Arbeit verbünden sollten“.⁵⁸⁰ War der Appell an die Stärkung des katholischen Gedankens und der Aufruf zur „Durchdringung des ganzen Lebens mit dem christlichen Geist“ folglich nicht mehr ausreichend, eine geeignete und alle Kräfte umfassende Klammerfunktion zu übernehmen, galt es stattdessen das Eintreten für den *Bund* durch weltanschauliche Inhalte sicherzustellen. Dabei wurde kein Wert „auf einen zahlreichen und durch titelreiche Namen wirkenden Autorenkreis gelegt“.⁵⁸¹ Man beschränkte sich stattdessen auf einen ausschließlich „gebildeten Leserkreise“, mit dem es gelingen sollte, „zunächst diejenigen geistig führenden Köpfe“ zu gewinnen, die „von idealem Wollen und idealen Kräften“ getragen seien und „dann später nach unten wirken“ sollten. Statt der konfessionellen Einheitlichkeit war nunmehr die Einheitlichkeit „des Geistes und der Richtung“ ausschlaggebend.⁵⁸²

Auf einer geplanten Versendungsliste der Zeitschrift *Bund der Arbeit* waren insgesamt 113 Herren aus den Bereichen Mittelstand und Landwirtschaft verzeichnet, die, Brauweiler zufolge, von dem Gedanken des „idealen Wollens“ und der „idealen Kraft“ beseelt seien und von daher für die gemeinsamen Sache herangezogen werden könnten.⁵⁸³ Zu nennen waren hier neben altbekannten Herren wie Bewerunge, Spahn, Graf Praschma oder dem Vorsitzenden des Wirtschaftsbeirats der Zentrums-partei Rudolf ten Hompel auch eine große Anzahl Adliger wie Schorlemer-Lieser, der ehemalige Oberpräsident der Provinz Westfalen Karl Prinz von Ratibor und Corvey oder Ferdinand von Lüninck. Darüber hinaus wurde bei dem Verteiler des Bundes auch Wert darauf gelegt, Vertreter aus Industriellenkreisen zu erreichen, wie beispielsweise Gustav Krupp von Bohlen, Carl Duisberg von den Bayer Werken oder Fritz Thyssen. Auch einige Mitglieder des jungkonservativen Flügels, zu dem Brauweiler ab 1919 ersten Kontakt aufgenommen hatte, tauchten in der Verteilerliste auf: so u.a. Heinrich von Gleichen oder

Glauchau die Situation, nach dessen Erfahrung das lesende Publikum „unter Ächzen und Stöhnen seine Tageszeitungen“ liest und die geplante Zeitschrift von daher nur von einem kleinen Kreis von Gesinnungsgenossen gelesen würde, welcher der Belehrung in diesem Sinne kaum bedürftig“ sei. Schönberg an Brauweiler, 7.11.1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131.

⁵⁷⁹ Entwurf zum Bund der Arbeit, Ende August 1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/138.

⁵⁸⁰ Ebd.

⁵⁸¹ Entwurf zum Bund der Arbeit, Ende August 1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/138.

⁵⁸² In diesem Zusammenhang kann auf den Juniklub verwiesen werden, der sich ebenfalls 1919 als Sammlungsstätte der Jung- bzw. Neukonservativen bildete und bei dem es ebenso wenig um die genaue politische oder soziale Herkunft oder Einstellung der einzelnen Mitglieder ging. Entwurf zum Bund der Arbeit, Ende August 1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/138.

⁵⁸³ Petzinna, 2000, S. 70.

Eduard Stadtler, der 1918 aus dem Zentrum ausgetreten war und daraufhin, mit finanzieller Unterstützung durch die Industrie, die "Antibolschewisten Liga" ins Leben gerufen hatte.⁵⁸⁴

Bestand mit dem Aufruf an einen interkonfessionell ausgerichteten Mitgliederpool eine deutliche Differenz zur Oktoberkonferenz 1918, bei der man sich ausschließlich an das katholische Publikum gerichtet hatte, ließen sich inhaltlich jedoch einige Parallelen feststellen.⁵⁸⁵ So appellierte man auch beim *Bund der Arbeit* an den Gedanken einer „guten Demokratie“, die den Aufbau einer neuen staatlichen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung vollbringen und die parlamentarisch-demokratische Regierungsform ("falsche Demokratie") ablösen sollte; letztere bezeichnete Brauweiler als „maskierten Absolutismus der Plutokratie oder den offenen Absolutismus der Masse“.⁵⁸⁶ Entsprechend hieß es im Programm zum *Bund der Arbeit*: „Wer an eine Zukunft des deutschen Volkes glaubt, der muß seine Hoffnung auf eine neue staatliche, soziale und wirtschaftliche Ordnung und auf einen neuen Geist setzen, der diese Ordnung schaffen wird, [...] die sich auf die Grenzen der Staatsgewalt besinnen und eine Ordnung des Volksstaates anstreben soll, die auf der organischen Gliederung des Volkes beruht.“⁵⁸⁷ Daraus ging hervor, dass die neue Ordnung „aus der bürgerlichen Gesellschaft selbst heraus“ erschaffen werden müsse, da nur so die „Massen zur Ruhe kommen und ein Zustand der Ordnung und des inneren Friedens hergestellt“ werde. Statt Parteidoktrin, mittlerweile für die Meinungsbildung der Menschen gegenüber der Zukunft und ihren Aufgaben angeblich ausschlaggebend, sollte die aktive und eigenständige Willensbildung gefördert werden, nicht auf „verstandesmäßiger Überzeugung“, sondern ausschließlich „in der richtungweisenden Konstitution des Hirns und des Herzens“.⁵⁸⁸ Dafür erschien es Brauweiler als unerlässlich, die Menschen zur unabhängigen Kritikfähigkeit gegenüber den herrschenden Formen anzuleiten, sie also von dem, ihm so verhassten Massenwillen abzugrenzen und demnach einer seiner hauptsächlichen Intentionen entgegenzuführen: den Parteien und der von ihnen ausgehenden Interessenpolitik entschieden entgegenzutreten. Mit dem *Bund der Arbeit* verfolgt Brauweiler also einen erzieherischen Gesinnungswandel, der das Volk unter dem kaschierenden Appell zu mehr Eigenständigkeit und Unabhängigkeit dazu bewegen sollte, dem „formaldemokratischen“, kapitalistischen System den Rücken zuzukehren und stattdessen Brauweilers Vorstellungen einer Neuordnung zu übernehmen.

⁵⁸⁴ Die Liga war bestrebt, den Bolschewismus als vermeintliche Weltgefahr aktiv und propagandistisch zu bekämpfen und von Seiten der Industrie sowie des Handels- und Bankenwesens breite Unterstützung für dieses Vorhaben zu gewinnen.

⁵⁸⁵ Vgl. hierzu Vortrag, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁵⁸⁶ Der Bund der Arbeit, Ein Programm, Ende Juli 1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/138.

⁵⁸⁷ Der Bund der Arbeit, Ein Programm, Ende Juli 1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/138.

⁵⁸⁸ Ebd.

Anders als beim Ketteler Bund oder der Westdeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft bildete der Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung den programmatischen Schwerpunkt der Zeitschrift; sie schien als der Garant einer gesellschaftlichen Neuorientierung, von der „letztendlich alles abhing“.⁵⁸⁹ Die neue Wirtschaftsordnung durfte jedoch nicht auf der jetzigen parlamentarisch-demokratischen Staatsordnung basieren, da diese zu stark mit dem individualistisch-anorganischen Kapitalismus verfilzt zu sein schien. Stattdessen appellierte Brauweiler an die Stärkung eines „wahren Sozialismus“, der sich durch eine gerechtere Interessenvertretung im Sinne des Allgemeinwohls auszeichnen sollte. Der Vertretung egoistischer Einzelinteressen galt es nunmehr ein "Recht der Arbeit" entgegenzustellen. Hierdurch erhoffte sich Brauweiler einen sozialen Ausgleich, der dem Einzelnen den gerechten Ertrag seiner Arbeit und einen lebenswürdigen Lohn sichern sollte.⁵⁹⁰ Der „wahre Sozialismus“ umschrieb demnach eine Form des Solidarismus, auf den Brauweiler schon bei der Düsseldorfer Oktoberkonferenz eingegangen war.⁵⁹¹ Er zeichnete sich durch das „Eintreten des einen für alle und aller für einen und der durchdringenden Erkenntnis des gegenseitigen Aufeinanderangewiesenseins“ aus, sollte dabei aber die vermeintlich natürliche Ungleichheit der Menschen berücksichtigen, die sich durch Leistung, nicht jedoch durch Besitz, politische oder gesellschaftliche Herkunft ergab.⁵⁹² Dieses Konzept ähnelte dem meritokratischen Prinzip, das den Egalitarismus verwarf und stattdessen eine Herrschaftsordnung vorgab, bei der sich die hierarchischen Verhältnisse durch Leistung ergeben.

Neben seiner Vorstellung eines „wahren Sozialismus“, der „durch die geschichtliche Verbindung mit Marxismus, Sozialdemokratie und Kommunismus diskreditiert“ worden sei, attestierte Brauweiler dem Kapitalismus ein nicht durchweg schlechtes Wesen, hatte dieser doch die „große soziale Aufgabe“ erfüllt.⁵⁹³ So habe er nicht nur bewirkt, das gesunde egoistische Interesse des Unternehmers zum „Stachel des Fortschritts“ zu machen, sondern „nach dem Fortfall der früheren Gewaltverhältnisse [auch] die Arbeitspeitsche“ übernommen, „um die Menschen, die sich nicht aus moralischem Antrieb zur Arbeit bereitfanden, zur Arbeit zu zwingen“.⁵⁹⁴ Nur ein solches Prinzip, das Pflichten und Rechte in Einklang bringen und einen freien Arbeitswillen erzeugen wollte, vermochte es, den schlechten Kapitalismus

⁵⁸⁹ Der Bund der Arbeit. Arbeitsplan, 1.9.1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131. Zur inhaltlichen Gliederung hieß es hier: „1: Aufsätze – jeder möglichst für sich abgeschlossen, 2: Notizen – kritische und satirische Bemerkungen, Anregungen und Stimmungsbilder, Lesefrüchte, Zitate und dgl., 3: Rundschau und 4: Zeitschriften – Auswahl und Sortierung evtl. mit knappen kritischen Bemerkungen.“

⁵⁹⁰ Der Bund der Arbeit. Ein Programm, Ende Juli 1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131.

⁵⁹¹ Den solidarischen Gemeinschaftsgedanken hatte Brauweiler schon 1918 als Vorläufer zur Volksgemeinschaft vertreten. Hierbei galt der Solidarismus als wesentliche Stütze der ständestaatlichen Theorien. S. auch Vortrag, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁵⁹² Der Bund der Arbeit. Ein Programm, Ende August 1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131.

⁵⁹³ Hier wird die Bezeichnung „wahr“ als Ergänzung zum negativ behafteten Begriff des „Kapitalismus“ gewertet, der dadurch einen neuen Stellenwert zugesprochen bekam.

⁵⁹⁴ Der Bund der Arbeit. Ein Programm, Ende August 1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/138.

überflüssig zu machen und eine freie, aufstrebende und nationale Wirtschaft zu ermöglichen, die durch die ständische Einbeziehung von Unternehmern und Arbeitern in ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis die derzeitigen Konflikte in der Wirtschaftsordnung beilegen und sie mit dem Geist des wahren Sozialismus verbinden sollte.⁵⁹⁵ Mit seiner hier vorgenommenen Unterteilung des Kapitalismus in eine gute und schlechte Form sollte dessen zerstörerische Kraft unschädlich gemacht werden ohne die guten Elemente dabei zu erschüttern.

In diesem Zusammenhang fungierte der „gute Kapitalismus“ nicht nur als Bewertungseinheit für die Arbeitsweise einzelner Unternehmen, sondern auch als wesentliche Grundlage für den Aufbau einer ständisch strukturierten Wirtschaftsordnung, die Brauweiler bereits seit langem zum Mittelpunkt seiner Ansichten einer Ordnungsalternative erklärt hatte.⁵⁹⁶ In engem Zusammenhang stand für ihn vor allem die Neudefinition des im Kapitalismus verankerten Eigentumsrechts, das in Abgrenzung zum derzeitigen System auf keinen Fall als reines Herrschaftsverhältnis verstanden werden dürfe. Stattdessen sollte das sogenannte „Fruchtrecht“ zum geltenden Prinzip werden. Demzufolge durften nur diejenigen die Früchte der Arbeit verdient ernten, die sie auch erarbeitete hatten. Darüber hinaus sollte eine schärfere Trennung zwischen dem, „aus dem Eigentum fließenden Recht auf eine mäßige und feste Rente (Zins) und dem auf Grund des Eigentumsbesitzes möglichen reinen Konjunkturgewinn“ gezogen werden, der als Wucher streng verpönt war.⁵⁹⁷

Brauweilers Bestreben, die so verstandenen guten Elemente des Kapitalismus zu erhalten, resultierte aus der Überzeugung, dass die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine gute Ausgangsbasis für die von ihm bereits seit 1918 angedachten gesellschaftlichen Gliederungsvorschläge darstellte.⁵⁹⁸

Zum Dreh- und Angelpunkt wurde hierbei der Artikel 165 der Reichsverfassung, den Brauweiler von einer bis dato nur vorläufigen zu einer endgültigen Institution machen wollte.⁵⁹⁹

⁵⁹⁵ Kemper, 2011, S. 418.

⁵⁹⁶ Der Bund der Arbeit. Ein Programm, Juli 1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131; Kemper, 2011, S. 420.

⁵⁹⁷ S. hierzu u. a. Brauweiler, Heinz: „Die ständische Bewegung und die Arbeiterschaft“, in: Deutsche Arbeit, 1922, S. 339-344.

⁵⁹⁸ S. hierzu u. a. Brauweilers Programm zur Düsseldorfer Oktoberkonferenz. Vortrag, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁵⁹⁹ Artikel 165, Weimarer Reichsverfassung

(1) Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.

(2) Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat.

(3) Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen. Die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat sind so zu gestalten, daß alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind.

(4) Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetzesvorlagen zu beantragen. Stimmt ihnen die Reichsregierung nicht zu, so hat sie trotzdem die Vorlage unter Darlegung ihres Standpunkts beim Reichstag einzubringen. Der Reichswirtschaftsrat kann die Vorlage durch eines seiner Mitglieder vor dem Reichstag vertreten lassen.

Hierzu motiviert worden war er durch seine Überzeugung, dass durch den Ausbau und die Fortbildung des Artikels 165 „der Übergang zur ständischen Verfassung ohne Beseitigung und Antastung der Weimarer Verfassung“ möglich sei.⁶⁰⁰

Brauweilers initiale Überlegungen in Bezug auf den Einsatz eines endgültigen Reichswirtschaftsrats gingen bereits auf den Oktober 1918 zurück. Hier hatte er den Anwesenden bei der Konferenz im Düsseldorfer Industriecenter erklärt, dass die Krönung der berufsständischen Ordnung ein Wirtschaftsrat zur Entlastung der staatlichen Behörden sei.⁶⁰¹ Durch die Weiterführung dieser Ansätze sollte es nunmehr gelingen, das fehlende Gegengewicht zur parteipolitischen Volksvertretung zu etablieren, das Parteienmonopol zu brechen und stattdessen eine neue Wirtschaftsordnung zu implementieren.⁶⁰² Der Aufbau dieser neuen Wirtschaftsordnung basierend auf Berufsständen sollte zu einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit beitragen.⁶⁰³

Ein Vorbild für den Gedanken einer Umstrukturierung des Reichswirtschaftsrats sah Brauweiler in den Theorien Wichard von Moellendorffs, den er im Folgenden immer wieder als Legitimation für seine Vorstellungen zitierte. Moellendorff hatte bereits im November 1918 ähnliche Gedanken bezüglich einer wirtschaftlichen Leistungsgemeinschaft erwogen, die diesen auf Grundlage der „Verbindung mit dem Industrie- und Handelstag, dem Landwirtschaftsrat und dem Zentralarbeitsrat zu einer ökonomischen Konstituente entwickeln wollte“.⁶⁰⁴ Hatte Moellendorff die ursprüngliche Aufgabe des Reichswirtschaftsrats darin gesehen, „die Entscheidung des politischen Willens auf der einen Seite beratend zu vernünftigen, auf der anderen Seite handhabend zu verzweckmäßigen“, hatte die Reichsregierung den in Artikel 165 veranlagten Reichswirtschaftsrat nach seinem Inkrafttreten zu einer mit Vetorecht ausgestatteten, bedeutungslosen Körperschaft ohne klaren Aufgabenbereich verkommen lassen, die über eine rein beratende Funktion nicht hinaus kam.⁶⁰⁵ „Mit der geforderten Kompetenzerweiterung des Reichswirtschaftsrats“, die Brauweiler in Fortsetzung Moellendorffs vorschwebte, würde hingegen „ein entscheidender Schritt zur

(5) Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

(6) Aufbau und Aufgabe der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reichs. Siehe Wortlaut des Artikels 165, Weimarer Reichsverfassung: Verfassung des Deutschen Reiches (11.08.1919), in: documentArchiv.de [Hrsg.], URL: <http://www.documentArchiv.de/wr/wrv.html>, Zugriff erfolge am 12.6.2015.

⁶⁰⁰ Brauweiler, Heinz: „Der Weg zur ständischen Verfassung“, in: Gewissen, Nr. 40, 03.10.1921.

⁶⁰¹ Vortrag, 6.10.1918, StMG, NI Brauweiler, 15/13/130.

⁶⁰² Kemper, 2011, S. 418ff. S. hierzu auch: Brauweiler, Heinz: „Der Weg zur ständischen Verfassung“, in: Gewissen, Nr. 40, 03.10.1921.

Hier hieß es, dass der existierende Reichswirtschaftsrat die Bildung von Berufsständen vorantreiben und zugleich den Weg zeigen, „auf welchem der Übergang zur Beseitigung und Antastung der Weimarer Verfassung“ möglich sei.

⁶⁰³ Diese Motivation verfolgten auch die Industriellen, die mit dem Ausbau des Reichswirtschaftsrats eine zu starke Einmischung der Parteien in wirtschaftliche Belange vermeiden wollten. Wolff-Rohe, Stefanie: Der Reichsverband der Deutschen Industrie 1919-1925/25, Frankfurt am Main 2001.

⁶⁰⁴ Brauweiler, Heinz: Berufsstand und Staat. Betrachtung über eine neuständische Verfassung des deutschen Staates, Berlin 1925, S. 189 ff.

⁶⁰⁵ Brauweiler, Heinz: Berufsstand und Staat. Betrachtung über eine neuständische Verfassung des deutschen Staates, Berlin 1925, S. 189 ff.

Verwirklichung eines neuen Staatsgedankens und zur Überwindung der den heutigen Staat kennzeichnenden Prinzipien des Staatsabsolutismus und der Staatomnipotenz“ getan werden.⁶⁰⁶

Brauweilers Idee, Artikel 165 zum Kernbestandteil einer wirtschaftlichen Umstrukturierungsmaßnahme zu machen, fügte sich in eine verbreitete Weimarer Debatte ein, die im Kontext der vielfältigen politischen Ideen der Nachkriegszeit auch innerhalb der sozialdemokratischen Kreise Beachtung gefunden hatte.⁶⁰⁷ In diesem Zusammenhang erwähnenswert ist insbesondere der SPD-Politiker und Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrats Max Cohen. Dieser wollte mit seinen Vorschlägen für den Einsatz des Artikels 165 nicht etwa das Parlament abschaffen, sondern mittels einer einzurichtenden "Kammer der Arbeit" einer neuartigen Form von Wirtschaft und gewerblicher Interessenvertretung zu politischer Macht verhelfen.⁶⁰⁸ Die politische Rechte stimmte seinen Ansichten zu; glaubte zudem, bei Cohen eine Bestätigung ihrer antiparlamentarischen Orientierung entdecken zu können.⁶⁰⁹ Auch im Bereich des Handwerks wurde die weitere Ausarbeitung des Artikels 165 zum Fundament für eine Berufsstandspolitik erklärt, die im Gegensatz zum rein kapitalistischen Wirtschaftssystem auf Selbstverwaltung aufbauen sollte.⁶¹⁰

Doch auch wenn Brauweiler mit dem Appell an die Errichtung eines Reichswirtschaftsrats einen mehr als populären Gedanken aufgriff, sollte die Arbeit des Bundes bald erneut zu einem Stillstand kommen. Grund hierfür war vor allem die skeptische Haltung der Industriellen, die den Ausbau des Reichswirtschaftsrats zwar prinzipiell befürworteten und in diesem Zusammenhang immer stärker überparteiliche Zeitungen und Zeitschriften als Artikulationsplattform für die Durchsetzung ihrer Vorstellungen einspannten, das Brauweilersche Projekt jedoch als zu wenig aussichtsreich und unterstützenswert empfanden.⁶¹¹ Vor allem das vermeintlich starke Einschwenken auf Interessen der Arbeiterschaft stellte einen ausschlaggebenden Grund für ihre Zurückhaltung dar; in Brauweilers Konzeptionen sah man eine starke Bedrohung der eigenen unternehmerischen Machtposition. Tatsächlich kollidierten Vorstellungen Brauweilers und Konzepte des *Bundes der Arbeit* mit unternehmerischen

⁶⁰⁶ Brauweiler, Heinz: Berufsstand und Staat. Betrachtung über eine neuständische Verfassung des deutschen Staates, Berlin 1925, S. 189 ff.

⁶⁰⁷ Brauweiler, Heinz: „Der Weg zur ständischen Verfassung“, in: Gewissen, Nr. 40, 03.10.1921.

⁶⁰⁸ Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Bonn 1984, S. 201ff.

⁶⁰⁹ Nolte, 2000, S. 173. Eine der wenigen Ausnahmen stellte hierbei Martin Spahn dar, der sich im Januar 1923 Lüninck gegenüber wie folgt äußerte: „Ich bin an sich gegen die Umbildung des Reichsrats in eine Erste Kammer. Alle Ersten Kammern haben nur den Zweck, die Interessen der Bourgeoisie wahrzunehmen und zu sichern.“ Spahn an Lüninck, 3.1.1923, BArch, NI Spahn, 1324/ 71.

⁶¹⁰ Unterstell, Rembert: Mittelstand in der Weimarer Republik. Die soziale Entwicklung und politische Orientierung von Handwerk, Kleinhandel und Hausbesitz 1919-1933, Frankfurt a M. 1989, S. 72ff.

⁶¹¹ S. Mitteilungen des RDI, Nr. 269, 23.8.1919.

Interessen der Industrie, da eines der primären Ziele auch die stärkere Einbindung der Arbeiterschaft in den Staat und die Wirtschaftspolitik darstellte.

Seine Suche nach geeigneten Integrationsmechanismen der Arbeiterschaft in die sogenannte „wahre Volksgemeinschaft“ – verstanden als innenpolitisch befriedete Gemeinschaft, frei oder zumindest weitgehend entschärft von Einzelinteressen – war für Brauweiler die Eingangsvoraussetzung einer politisch-gesellschaftlichen Neugestaltung Deutschlands und damit eines seiner vordergründigen Zielsetzungen. Da seine bisherigen Erwägungen jedes Mal auf dem Niveau bloßer Planungsgespräche stecken geblieben waren, erhoffte er sich mit dem *Bund der Arbeit* auf diesem Gebiet endlich Pionierarbeit leisten zu können. Er wollte „Deutschland zum Vorbild für die ganze Welt und das deutsche Volk trotz der Niederlage zum wahren Sieger“ machen. Gelingen konnte das seiner Meinung nach jedoch nur, wenn das Volk auch wirtschaftspolitisch zur Einheit zusammenwachsen würde.⁶¹²

Die erhoffte Homogenität der Mitglieder, die Brauweiler als wesentliche Voraussetzung einer erfolgreichen Arbeit des *Bundes* sah, schlug jedoch nicht nur fehl, weil es von Seiten der industriellen Unternehmerschaft tiefe Vorbehalte gab, sondern auch aufgrund kritischer Stimmen seitens des Agrarierflügels, der bis dato eine konstante Stütze für Brauweiler und seine Vorstellung einer antiparlamentarischen Neugliederung dargestellt hatte.⁶¹³ Unter anderem lag das an den abweichenden Vorstellungen, die im Programm zum *Bund* hinsichtlich der alten Ordnung vertreten wurden. Wurde diese in den Augen der Agrarier als nicht so morsch angesehen, wie Brauweiler dies hier vorgab, wurde – mit teilweise verklärtem Blick auf das Kaiserreich – auch die Möglichkeit eines ständischen Aufbaus eher als Ideal- statt Realzustand einer künftigen Neuordnung bezeichnet.⁶¹⁴

4.2 Die Malstatt

Trotz der Gegenwehr, die dem *Bund der Arbeit* entgegengebracht wurde, hielt Brauweiler an seinem Vorhaben fest, eine von der Tages- und Parteipresse unabhängige, interkonfessionelle Zeitschrift herauszubringen, mit der er eine antidemokratische und rechtskonservative Sammlung aufbauen wollte. Entsprechend wurde dem *Bund der Arbeit* mit der Wochenschrift *Die Malstatt. Zeitschrift für das neue Deutschland* eine zusätzliche Zeitschrift zur Seite gestellt. Deren Namen machte Brauweiler, gewohnt selbstbewusst, zum Programm: so war schon im Mittelalter mit dem Namen Malstatt der "Mittelpunkt der altdeutschen Gemeinde, die Rats-,

⁶¹² „Vertraulicher Entwurf eines Programms zum Bund der Arbeit“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131.

⁶¹³ Schönburg an Brauweiler, 10.11.1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131. Dass der Bund auf Schwierigkeiten treffen würde, hatte Schorlemer Brauweiler in einem Brief vom 15. September 1919 bereits vorhergesagt. Schorlemer an Brauweiler, 15.9.1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131.

⁶¹⁴ Schönburg-Thammenhain an Brauweiler, 10.11.1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131.

Gerichts-, Versammlungs- und Opferstätte“ bezeichnet, an dem man zusammenkam, um „unter dem Zeichen deutschen Rechtes und deutscher Treue [...] Rat zu pflegen, Recht zu sprechen und sich Gesetze zu geben“. ⁶¹⁵ War die Aufgabe der Zeitschrift als zentraler Sammlungspunkt damit klar, wollte Brauweiler den Beinamen *Zeitschrift für das neue Deutschland* symbolisch für den Aufbau einer neuen, staatlichen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung im konservativen Sinne verstanden wissen. ⁶¹⁶ Die Hoffnung, das *Düsseldorfer Tageblatt* für dieses Vorhaben einzusetzen und damit die breite Masse zu erreichen, hatte Brauweiler zum Zeitpunkt der Gründung der *Malstatt*, die sich primär an das bürgerliche Lager richten und die führenden konservativen Köpfe gewinnen sollte, endgültig verworfen. ⁶¹⁷ Das wurde anhand eines Briefes von Brauweiler an Spahn deutlich, in dem er ihm mitteilte: „Düsseldorf ist aussichtslos und aussichtslos erscheint ebenso das Tageblatt. [...] Sobald die Zeitschriftengründung gestartet ist, werde ich aus meinem Chefredakteursposten beim Tageblatt ausscheiden.“ ⁶¹⁸ Ihm schwebte dabei vor, mit der *Malstatt* eine ähnliche Breitenwirksamkeit für das bürgerliche Lager zu erzielen, wie es die *Sozialistischen Monatshefte* oder die *Glocke* für die sozialdemokratischen Arbeiterführer erreichten. ⁶¹⁹

Wie beim *Bund der Arbeit* war auch die *Malstatt* als ein programmatisch-publizistischer Sammelpunkt all derjenigen Kräfte gedacht, „die die Parlamentsherrschaft und das Parteienwesen ablehnen [...] und stattdessen die territoriale Selbstverwaltung und die Organisation der Berufsstände anerkennen“. ⁶²⁰ Der Adressatenkreis sollte sich erstmal auf „eine kleine Zahl von unabhängigen Männern“ beschränken, die durch eine zielorientierte Werbearbeit jedoch dazu beitragen sollten, einen größeren Kreis von Männern und Frauen zu gewinnen. Dieser Kreis war aus Brauweilers Sicht zwar schon vorhanden, er musste jedoch erst zusammengeführt werden, da dessen einzelne Glieder „äußerst verstreut lagen und nichts voneinander wussten“. ⁶²¹

Als wesentlichstes Kriterium der Mitgliederauswahl galt die Gewinnung der „konservativen Kräfte im deutschen Volke“, „die aus mannigfachen Ursachen früher nicht genügend tatbereit waren“ und die nunmehr gemeinschaftlich „den Kampf für eine neue Ordnung“ ausführen sollten. ⁶²² Ähnlich wie beim *Bund der Arbeit* beruhte die Auffassung einer neuen Ordnung auf

⁶¹⁵ Die *Malstatt*, Zeitschrift für das neue Deutschland – Denkschrift, Oktober 1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/138.

⁶¹⁶ Ebd. Denkschrift der *Malstatt*, Oktober 1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131, Petzinna, 2000, S. 71.

⁶¹⁷ Selbst bei der Besprechung über die Gründung der Zeitschrift Aufbau hatte Brauweiler noch am Tageblatt festgehalten und wollte den Aufbau an dessen Seite stellen, was sich im Zuge seiner immer schwieriger werdenden Lage nicht erfüllen sollte.

⁶¹⁸ Brauweiler an Spahn, 4.7.1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131.

⁶¹⁹ Die *Malstatt* – zur Begründung, 15.4.1920, StMG, NI Brauweiler, 15/13/138.

⁶²⁰ Werbeblatt, Die *Malstatt*, StMG, NI Brauweiler, 15/13/127.

⁶²¹ Ebd.

⁶²² In diesem Kontext war die Bezeichnung ‚konservativ‘ nicht im parteipolitischen Sinne zu sehen, sondern als Synonym für die ‚Erhaltung und Entfaltung der Lebenskraft unseres Volkes [...] beruhend auf seinem Ahnherren, dem Freiherrn vom Stein‘, den Brauweiler als den

einer „natürlichen Gliederung“, die alle Bereiche des Zusammenlebens strukturieren sollte.⁶²³ Auch hier appellierte Brauweiler wieder an die Weckung eines sozialen Geistes: durch Überwindung des Klassenbegriffs und der Klassenidentität sollte eine komplett neue Einteilung der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelingen. Waren seine Überlegungen beim *Bund der Arbeit* noch stark auf wirtschaftliche Komponenten ausgerichtet, weitete Brauweiler diesen Radius bei der *Malstatt* auch auf politische und kulturelle Entitäten aus, die ebenso auf dem Prinzip der Selbstverwaltung beruhen sollten.

Geprägt waren sowohl die *Malstatt* als auch der *Bund der Arbeit* von den unmittelbaren Eindrücken der Novemberrevolution. Brauweiler meinte hier eine rein soziale Revolution, angestoßen durch die Sozialdemokratie, zu erkennen. Die Revolution schien keinesfalls abgeschlossen. Sie stand aus Brauweilers Sicht „vielleicht gar erst im Anfang“ ihrer Entwicklung. Deutschland, das als erstes „Kulturland“ von der Revolution erfasst worden war, schien die verantwortungsvolle Aufgabe zuzufallen, die bolschewistische „Weltrevolution“ als erstes Land zu überwinden. Ihr sollte eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung entgegengestellt werden, die nicht nur der Volksgemeinschaft, sondern auch dem Einzelnen sein Recht auf Freiheit und Arbeit gewähren sollte. Dies wollte Brauweiler mit der berufsständischen und selbstverwaltenden Gliederung, vorgebracht durch die *Malstatt*, realisieren.⁶²⁴

Auch bei diesem Projekt konnte Brauweiler wieder auf altbekannte Unterstützung beispielsweise durch Rudolf Freiherr von Fürstenberg oder Graf Schönburg zählen, die ein Darlehen in Höhe von 10.000 Reichsmark gewährten. Auch Schorlemer-Lieser zeigte erneut eine „starke und gütige Unterstützung“ für die Bestrebungen und Arbeiten Brauweilers.⁶²⁵ Von ihm erhielt Brauweiler immerhin 5.000 Mark für das Malstattprojekt und darüber hinaus auch einen besseren Kontakt zur Industrie; so z.B. zu Gustav Krupp von Bohlen, Fritz Thyssen, Otto Wiedfeldt und sogar zu Alfred Hugenberg.⁶²⁶ Gerade die potentielle Unterstützung durch den Medienmogul Hugenberg war vielversprechend, nicht nur hinsichtlich finanzieller Belange sondern auch wegen dessen Monopolstellung im Pressewesen.

„größten Staatsmann“ beschrieb, den „das deutsche Volk je besessen“ hatte. S. Die *Malstatt*, Zeitschrift für das neue Deutschland – Denkschrift, Oktober 1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131.

⁶²³ Die *Malstatt*, Zeitschrift für das neue Deutschland – Denkschrift, Oktober 1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131.

⁶²⁴ „Vertraulich“ Der Bund der Arbeit – Ein Programm, Mitte Februar 1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131.

⁶²⁵ Für die seitens Schorlemer geleistete Unterstützung bedankte sich Brauweiler in einem Brief vom 2.9.1920. In diesem hieß es: „Euer Exzellenz haben mir bisher eine so starke und gütige Unterstützung meiner Bestrebungen und Arbeiten zuteilwerden lassen, daß ich ihnen nicht genug danken kann.“ Brauweiler an Schorlemer, 2.9.1920, StMG, NI Brauweiler, 15/13/191.

⁶²⁶ So sicherten Graf Schönburg und Freiherr von Fürstenberg jeweils 10.000 Mark für die Verlagsgesellschaft zu. Graf Praschma verpflichtete sich zur Zahlung von 500 Mark. Herzog von Croy und Freiherr von Fürstenberg stellten eine Zahlung in Aussicht. *Malstatt* – Zeichnungen, Mitte März 1920, StMG, NI Brauweiler, 15/13/191.

Von Seiten der Industrie gab man sich jedoch erneut ablehnend, da man, laut Aussage Thyssens, „nicht an die Zukunft dieser Sache“ glaubte.⁶²⁷ So war man im Zweifel darüber, ob sich „mit Schriften allein“ etwas erreichen ließe, „wenn noch nicht einmal die Regierung die Möglichkeit hat, wieder zurück zur Ordnung zu kehren“.⁶²⁸ Ähnlich wie Thyssen beurteilten auch die Vertreter der Firma Krupp die Brauweilerschen Bestrebungen und erteilten der Bitte um finanzielle Unterstützung „zwecks Mangel an Mitteln“ eine klare Absage.⁶²⁹ Der Dezernent des Volksvereins für das katholische Deutschland, Emil van den Boom, setzte Brauweilers Bemühungen schließlich einen finalen Stoß, indem er ihm mitteilte, dass „die deutsche Industrie für ihr Projekt [nicht] zu begeistern“ sei.⁶³⁰ So hatte neben Thyssen auch der Ruhrindustrielle Emil Kirdorf eine Beteiligung am *Malstatt*-Projekt abgelehnt. Die gegenwärtige Situation, die man vor allem durch eine anhaltende Radikalisierung der Masse gekennzeichnet sah, machte die Investition in Projekte wie die *Malstatt* zu einem nicht unriskanten Unterfangen, wenn man sich im Falle unvorhergesehener finanzieller Belastungen ein monetäres Sicherheitsnetz bewahren wollte.⁶³¹ Im Gegensatz zu Brauweiler, der in einer Integration der Arbeiterschaft die einzige Möglichkeit für den Beginn einer Erneuerungsbewegung sah, empfand man einen solchen Schritt seitens der Industrie als Gefahr für den Erhalt der eigenen Machtposition und lehnte diesen von daher auch strikt ab.⁶³²

Auch wenn eine zuverlässige Finanzierung des *Malstatt*-Projektes damit in unerreichbare Ferne gerückt war, zeigte sich Brauweiler optimistisch. Alternativ wollte er die Eingliederung der Zeitschrift in eine bereits bestehende Verlagsgesellschaft erreichen – so zum Beispiel beim DuMont-Verlag, der jedoch „weder auf technischem noch ideellem Gebiet die Chance sah, die Zeitschrift zu drucken“.⁶³³ Um eine Finanzierung gewährleisten zu können, zog Brauweiler, ähnlich wie bei der Westdeutschen Verlags- und Treuhandgesellschaft, die Gründung einer eigenen Verlagsgesellschaft in Erwägung. Beruhend auf diesem Gedanken wurde die *Malstatt* Verlagsgesellschaft im Oktober 1919 ins Leben gerufen, deren Geschäftsführerposten Brauweiler selbst übernahm.

⁶²⁷ Thyssen an Brauweiler, 16.3.1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131.

⁶²⁸ Ebd.

⁶²⁹ „Sehr geehrter Herr Doktor (...) Von Herzen bedauere ich, daß ich (...) Ihnen, was die Mitwirkung der Firma Krupp bzw. Herrn Krupp von Bohlen und Halbachs angeht, für Ihr Unternehmen keine besseren Aussichten eröffnen kann. (...)“ Homann an Brauweiler, 2.7.1920, StMG, NI Brauweiler, 15/13/132.

⁶³⁰ Van den Boom an Brauweiler, 5.7.1920, StMG, NI Brauweiler, 15/13/132.

⁶³¹ Roeber an Brauweiler, 17.3.1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131. Hier hieß es: „Die Industriellen sind jetzt wie vor den Kopf gestoßen, die Fluten reißen alle Dämme ein. (...)“ Der „Gewaltherrschaft und dem Despotismus der Masse“ sah man sich mittlerweile ausgeliefert.

⁶³² Koszyk, Kurt: Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der deutschen Presse Teil III, Berlin 1972, S. 164/65. Den Gedanken an ein begrenztes Entgegenkommen auf die Arbeiterschaft verfolgte Brauweiler bereits seit 1917 und verstärkt seit 1918, so z.B.: bei der Oktoberkonferenz, bei der er sich für eine stärkere Integration der Arbeiterschaft aussprach.

⁶³³ Schreiben M. DuMont an Brauweiler, 23.8.1919, StMG, NI Brauweiler 15/13/131. In diesem Zusammenhang war eines der wesentlichsten Probleme, mit dem sich die deutsche Presse bis weit in die 1920er Jahre hinein zu beschäftigen hatte, die große Papierknappheit und die Kartellierung der Papierindustrie. Das waren wesentliche Faktoren dafür, dass die anfallenden Papierkosten in die Höhe schnellten. S. Dussel Konrad: Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, München 2004, S. 136.

Da sich die Finanzierung des Unternehmens – mindestens 400.000-500.000 Reichsmark und 7.000-8.000 notwendige Mitglieder waren kalkuliert worden – dennoch als schwierig gestaltete, stellte Schönberg in einem Brief an Brauweiler vom November 1919 einen Alternativplan vor, den er in Rücksprache mit Graf Schönburg und „einigen anderen Freunden“ erwogen hatte und der sich mit der weiteren Finanzierung des *Malstatt*-Projekts beschäftigte.⁶³⁴ Brauweiler wurde der Vorschlag unterbreitet, die derzeitig gegen die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen gerichteten Bestrebungen, die auch die Zeitschrift einschloss, zu sammeln und dafür eine gemeinsame Plattform zu schaffen. Schönberg schwebte vor, die *Malstatt* an die "Gesellschaft Saxonia" in Dresden anzugliedern, die als „Herausgeberin der *Sächsischen Volkszeitung* gute Chancen hatte, eine geeignete Plattform für diese Sammlung der konservativen und antidemokratischen Kräfte darzustellen“.⁶³⁵ Als Problem sollte sich hierbei jedoch der Schriftleiter der *Sächsischen Volkszeitung*, Hesslin, herausstellen, der „es geschafft hatte, den rechtskonservativen Einfluß der *Sächsischen Volkszeitung* enorm zurückzudrängen“.⁶³⁶ Mit Hilfe einer Kapitalerhöhung für die Saxonia, in die auch Brauweilers gesammelte Kapitalien für die *Malstatt* einfließen sollten, hoffte Schönberg, den rechtskonservativen Einfluss wieder stärker geltend machen zu können, die Mehrheitsparteien auseinanderzubringen und eine parteipolitische Neuorientierung einzuleiten, die in eine Stärkung des rechtskonservativen Lagers münden sollte.⁶³⁷

Auf Vorschlag Kerckerincks zur Borg, ebenfalls an der Gründung der *Malstatt* beteiligt, sollte die Finanzierung schließlich über Darlehen sichergestellt werden, „die bis zum 1. April 1930 unkündbar sind und mit 5 % verzinst werden sollten, sobald der Ueberschuß des Geschäftsbetriebs die Auszahlung gestattet“.⁶³⁸ Als potentielle Geldgeber hatte Kerckerinck zur Borg bereits einige Herren aus der Landwirtschaft vorgeschlagen, so u.a. Graf Droste, Alexander von Elverfeldt, Rudolf von Fürstenberg, Herzog von Croy, Graf von Spee, Prinz Ratibor, Fürst Salm und Freiherr von Vittinghoff-Schell, die in ähnlicher Konstellation sowohl bei der Düsseldorfer Besprechung als auch hinterher beim Ketteler Bund in Erscheinung getreten waren.⁶³⁹

⁶³⁴ Anschreiben bezüglich Malstatt, März 1920, Archiv Ostwig, Best. Nachlass Ferdinand von Lüninck, Nr. 830; Schönberg an Brauweiler, Schloss Thammenheim, 26.11.1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131.

⁶³⁵ Schönberg an Brauweiler, Schloss Thammenheim, 26.11.1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/131.

⁶³⁶ Ebd.

⁶³⁷ Ebd.

⁶³⁸ Brauweiler an Lüninck, Ende März 1920, Archiv Ostwig, Best. Nachlass Ferdinand von Lüninck, Nr. 830. Verpflichtungsscheine s. StMG, NI Brauweiler, 15/13/132; Kerckerinck zur Borg an Brauweiler, 7.2.1920 und 14.3.1920, StMG, NI Brauweiler, 15/13/132.

⁶³⁹ Kerckerinck zur Borg an Brauweiler, 7.2.1920 und 14.3.1920, StMG, NI Brauweiler, 15/13/132.

4.3 Die *Blätter für ständischen Aufbau*

Mit Hilfe der finanziellen Unterstützung durch die Landwirtschaft gelang es Brauweiler schließlich, sein Zeitschriftenprojekt im September 1920 unter dem Namen *Blätter für ständischen Aufbau* zu realisieren. Deren Aufgabe sollte sein, „Wesen, Ziel und Weg der ständischen Bewegung klarzustellen und die Vorarbeiten für die Bildung eines ihr dienenden organisatorischen Zusammenschlusses durch Werbung von Freunden der Bewegung zu unterstützen.“⁶⁴⁰ Brauweiler hatte bereits seit 1918 versucht, dem „formaldemokratischen“ System den berufsständischen Gedanken gegenüberzustellen, den er zur Grundlage der von ihm angedachten Verfassungsreform machen wollte. Mit der Herausgabe der *Blätter*, mit denen er die Verbreitung des berufsständischen Gedankens auf Basis eines organisatorischen Zusammenschlusses der Anhänger der ständischen Bestrebungen realisieren wollte, schien ihm ein erster zielführender Schritt gelungen zu sein.⁶⁴¹

Erscheinen sollte die Zeitschrift einmal wöchentlich mit jeweils einem oder mehreren Leitartikeln des Herausgebers, dem Namen der Zeitschrift gemäß programmatisch auf die ständische Frage und deren Umsetzungsmöglichkeit ausgerichtet. Hinzu kamen zahlreiche Artikel von Mitarbeitern der Zeitschrift, wie Heinrich Lübbering, Freiherr Albrecht von Rechenberg, Heinrich Herrfahrdt, Hermann und Ferdinand von Lüninck, Oberregierungsrat Kirnberger, Heinrich Freiherr von Gleichen-Rußwurm oder auch Eduard Stadtler, die sich allesamt dem ständischen Gedanken verschrieben hatten.⁶⁴² Motiviert durch die Ablehnung der Weimarer Demokratie waren sie zur Mitarbeit an der Umsetzung des ständischen Gedankens bereit.⁶⁴³

Neben einer Reihe kleinerer Artikel und Exzerpte erschienen in den *Blättern* aber auch zahlreiche Leitartikel, die sich mit Überschriften wie „Das Problem der berufsständischen Vertretung“, „Das Wesen der ständischen Vertretung“ oder „Die ständische Bewegung“ nicht nur an ein ausgewähltes Fachpublikum richteten, wie dies noch bei der *Malstatt* vorgesehen war, sondern, gemäß der wichtigsten Aufgabe der *Blätter* – die Gewinnung neuer Mitglieder für die berufsständische Bewegung – an ein möglichst breit gefächertes Publikum.⁶⁴⁴ So sollten „im deutschen Vaterland viele Freunde und Helfer“ für den ständischen Gedanken geworben werden, da nur durch „die Hilfe aller [...] die Arbeit für den Wiederaufbau unseres geliebten

⁶⁴⁰ Vereinigung für ständischen Aufbau – Denkschrift betr. Vorarbeiten und Gründung, 23.6.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

⁶⁴¹ Ebd.; Petzinna, 2000, S. 71.

⁶⁴² Stadtler und Brauweiler standen bereits seit 1916 in Kontakt und sollten auch darüber hinaus immer wieder zusammentreffen, so u.a. im Kreis der Jungkonservativen und später im Stahlhelm, dem Brauweiler 1926 beitrug. War ihr Verhältnis anfänglich noch kooperativ, sollten sie sich im Stahlhelm endgültig entzweien.

⁶⁴³ Liste der Mitarbeiter der *Blätter für ständischen Aufbau*, StMG, NI Brauweiler, 15/13/156.

⁶⁴⁴ Bezüglich der erwähnten Artikel s. Brauweiler, Heinz: „Das Wesen der ständischen Vertretung“ in: *Blätter für ständischen Aufbau*, Nr. 3, 9.1.1921; „Das Problem der berufsständischen Vertretung“ in: Ebd., Nr. 2, 12.1.1921; „Die ständische Bewegung“ in: Ebd., Nr. 10, 9.3.1921.

Vaterlandes“ möglich zu sein schien.⁶⁴⁵ Zu diesem Zweck hatte Brauweiler im September 1920 eine Werbeschrift erstellt, die unter der Überschrift „Blätter für ständischen Aufbau – Zeitschrift für das neue Deutschland“ seine Vorstellungen nochmals genau darlegen sollte. Hier hieß es u. a., dass der berufsständische Gedanke „nicht aus der Revolution oder aus der Reaktion gegen die Revolution geboren“ worden war, sondern dass seine Anfänge bereits auf das 19. Jahrhundert zurück reichten, als er als Kampfmittel gegen die „Allmacht der staatlichen Bürokratie und des Finanzkapitalismus“ eingesetzt wurde. Mit dem Ziel, „im deutschen Vaterland Freunde und Helfer“ des berufsständischen Gedankens zu finden, schloss die Werbeschrift mit dem Aufruf, dass die *Blätter* den Wiederaufbau „unseres geliebten Vaterlandes“ vorantreiben und mit Irrtümern der Vergangenheit nun endlich Schluss gemacht werden sollte.⁶⁴⁶

Thematisch knüpften die *Blätter* an die Vorgaben der *Malstatt* an; Brauweiler vertrat also auch hier das Ziel, mit Hilfe eines Verfassungsumbaus die selbst diagnostizierten Missstände aufzulösen. Im Gegensatz zu seinen Äußerungen bei der Düsseldorfer Oktoberkonferenz, bei der Brauweiler noch zögerlich eingeräumt hatte, sich auf ein „fremdes Gebiet“ zu begeben, was er als schwierig und nicht ungefährlich empfand, vertrat er mittlerweile einen wesentlich offensiveren Ton. So beispielsweise hinsichtlich der Eindämmung des Massenwillens, der in seinen Augen nichts als „zerstören, plündern [und] ersäufen“ konnte, jedoch nicht in der Lage war, „die Ernährung der städtischen Bevölkerung“ zu sichern.⁶⁴⁷ Vor diesem Hintergrund wurde der Aufbau einer, auf die Revolution folgenden „Friedensordnung“ auf Grundlage einer ständischen Kooperationsbildung und Selbstverwaltung das beherrschende Thema der *Blätter für ständischen Aufbau*.⁶⁴⁸

In diesem Zusammenhang ging Brauweiler nicht nur auf die zeitlichen Voraussetzungen ein, die mit der zerstörerischen Kraft des „Revolutionsbazillus von 1789“ einen Prozess der Zerstörung der „früheren organischen Gesellschaftsverfassung“ eingeleitet hatte. Er befasste sich vor allem mit den positiven Aspekten des ständischen Gedankens, der „als einziger die Staatsomnipotenz beenden“ konnte, „indem [er] alle gesellschaftlichen Arbeits- und Ordnungsbereiche, die nicht ihrer Natur nach zum Staat gehören, dem Volke selbst“ zuwies.⁶⁴⁹ Der darin implizierte Gedanke der Volksvertretung bedeutete jedoch, dass diese nicht auf der Gliederung der Gesellschaft aufgebaut sein durfte, sondern auf eigenständigen Rechtskörpern,

⁶⁴⁵ Brauweiler, Heinz: „Blätter für ständischen Aufbau – Festschrift für das neue Deutschland. Programm- und Werbeheft“, September 1920.

⁶⁴⁶ Brauweiler, Heinz: „Blätter für ständischen Aufbau – Festschrift für das neue Deutschland. Programm- und Werbeheft“, September 1920.

⁶⁴⁷ „Der Sinn der Revolution“, in: *Blätter für ständischen Aufbau*, Nr. 6, 9.11.1920.

⁶⁴⁸ Ebd.

⁶⁴⁹ „Die politische Bedeutung der ständischen Bewegung“, in: *Blätter für ständischen Aufbau*, Nr. 27, 6.7.1921.

wie der Familie, dem Beruf oder den Gemeinden. In Bezug auf den Aufbau der von ihm geforderten Berufsstände ging er darauf ein, dass sich diese nicht als „wirtschaftliche Interessengruppen“ verstehen durften, sondern als „natürliche Gemeinschaft“, deren Zusammenhalt sich durch gemeinsame Arbeiten und Pflichten ergab.⁶⁵⁰ Nur über diesen verbindenden Gedanken konnte es gelingen, die „von innen heraus zerfressene“ Gesellschaft wieder auf einen richtigen Weg zurückzuführen.

Standen dieser Verbindung, laut Brauweiler, immer noch die divergierenden Interessen der Arbeitnehmer und Unternehmer entgegen, die sich seiner Meinung nach nicht als wirtschaftliche Schicksalsgemeinschaft, sondern als Konkurrenten empfanden, führte Brauweiler hier den Begriff der „Betriebsfamilie“ ein. Diese sollte alle, am Betrieb beteiligten Kräfte zu einer effizienten Leistungsgemeinschaft zusammenfassen und den Ausgleich zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen erreichen.

In den *Blättern für ständischen Aufbau* ging Brauweiler erstmals auch auf die Frage einer angemessenen Führung des deutschen Volkes ein, die er zuvor immer hinter seinen Überlegungen zur Volksgemeinschaft oder zur Integration der Arbeiterschaft zurückgestellt hatte. Mit der staatlichen Republikanisierung, der vermeintlich damit zusammenhängenden, mangelnden Unterwerfung des Volkes unter die Staatsgewalt und der gleichzeitig erfolgenden Zunahme egoistischer Einzelinteressenvertretungen sah Brauweiler die rechte Zeit für etwaige Diskussionen jedoch gekommen. Entgegen seiner späteren Ansichten, denen zufolge er sich für eine aristokratische Führungsschicht bzw. eine führende, neue Adelsschicht aussprach, befürwortete er hier noch, die Führung an eine Einzelperson zu übertragen.⁶⁵¹ Folglich verlangte die „Zeit nach nichts so sehr, wie nach einem Führer“ und einem „großen Mann“, der – unabhängig von der Meinung seiner Gefolgschaft – durch fachliche Tüchtigkeit und Kompetenz statt bloß durch Lippenbekenntnisse oder falsche Versprechungen überzeugen sollte.⁶⁵² Ihm sollte gelingen, gleichermaßen Verantwortung für Staat und Volk zu übernehmen, was gerade in Fragen der Wirtschafts- und Steuerpolitik eine besondere Herausforderung bedeutete. So handelten die Politiker, Brauweilers Ansicht nach, aus Angst vor Stimmeneinbußen momentan nicht im Sinne des Allgemeinwohls, sondern nur im Interesse ihrer „meist unsachverständigen und unfachlichen“ Wählerschaft.⁶⁵³ Im Umkehrschluss bedeutete das, dass der Wille der Masse die Macht inne hatte und damit ein Teufelskreis

⁶⁵⁰ „Die ständische Bewegung und die Berufsstände“, in: *Blätter für ständischen Aufbau*, Nr. 29, 20.7.1921.

⁶⁵¹ Brauweilers Ansichten bezüglich der deutschen Führungsfrage waren keinesfalls stringent, sondern bewegten sich zwischen der Vorstellung eines einzelnen Führers und einer Führungsschicht. S. hierzu im Vergleich zum Beispiel seine Artikel in der „Schule für Politik“, die ab 1925 veröffentlicht wurden.

⁶⁵² Brauweiler, Heinz: Die ständische Bewegung, 1922, StMG, Nf Brauweiler, 15/13/211.

⁶⁵³ Brauweiler, Heinz: „Führung“, in: *Blätter für ständischen Aufbau*, Nr. 32, 28.12.1921.

angefeuert wurde, der nur durch den Aufbau einer wahren Volksgemeinschaft durchbrochen werden konnte – eine Aufgabe, die derzeit ausschließlich ein unabhängiger Führer übernehmen könnte.⁶⁵⁴

Das Verlangen nach einer Führungsperson war ein in den 1920er und 1930er Jahren weit verbreitetes Phänomen, vertreten vor allem in der antidemokratischen und nationalen Rechten. In diesen Kreisen wurden Ideologeme vertreten, die dem so verstandenen Parteienwirrwarr als populäres Gegenbild entgegenwirkten: charakterliche Vollkommenheit, Weisheit, Stärke, Charisma und seelische Güte – verschmolzen im Idealbild des politischen Führers.⁶⁵⁵ Herbeigesehnt wurde der große Staatsmann, der die Organisation der deutschen Volksgemeinschaft gegen Parteipolitiker kraft eigener Reife und Vorbildfunktion leisten sowie vielseitige Aufgaben politischer Führung allein bewältigen sollte.

Bei Brauweiler entwickelten sich Fragen nach Eigenschaft und Funktion der Führungspersönlichkeit ab 1921 zum zentralen Bestandteil seiner Neugestaltungstheorien. In seinen Notizen richteten sich seine Führervorstellungen zwar noch nicht auf eine konkrete Person, ab 1923 fungierte aber zunehmend der Reichspräsident als diese Idealfigur und Bollwerk gegen den Parteienparlamentarismus.

Obwohl die Ansätze Brauweilers in den *Blättern für ständischen Aufbau* eine zumeist positive Resonanz fanden, was z.B. aus einem Brief Schorlemers hervorging, der versicherte, mit diesem Konzept „weite Kreise“ gewinnen zu können – würde in Zeiten anhaltender Inflation und hoher Meinungsverschiedenheiten jedoch auch diesmal wieder vor allem die Finanzierung der Zeitschrift problematisch.⁶⁵⁶ Folglich musste die Herausgabe Ende 1921 nach lediglich etwas über einem Jahr eingestellt werden. Zwischen 1923 bis 1925 erschienen die *Blätter für ständischen Aufbau* nur noch als Beilage zur Wochenschrift *Gewissen*, dem Mitteilungsblatt der „Jungkonservativen“, zu denen Brauweiler ab 1919 in Kontakt stand und deren Mitglieder wie Heinrich von Gleichen bereits zum Autorenkreis der *Blätter für ständischen Aufbau* gezählt hatten.

⁶⁵⁴ Brauweiler, Heinz: „Führung“, in: *Blätter für ständischen Aufbau*, Nr. 32, 28.12.1921.

⁶⁵⁵ S. hierzu u.a. die Ansätze von Othmar Spann, Max Weber, Carl Schmitt oder Julius Binder. Letzterer verfolgte die Theorie, dass „der Führer [...] nicht gemacht [...] in diesem Sinne nicht auserlesen werden [könne]; der Führer macht sich selbst, indem er sich als Führer weiß und will.“ Schreiner, Klaus: Politischer Messianismus und die Sehnsucht nach „Führerschaft und Reich“, in: FAZ, Nr. 265, 14.11.1998.

⁶⁵⁶ Positiv äußerte sich z.B.: Prof. Schroers gegenüber den *Blättern für ständischen Aufbau*, s. StMG, NI Brauweiler, 15/13/132; Schorlemer an Brauweiler, 28.9.1920, StMG, NI Brauweiler, 15/13/132.

4.4 Die Vereinigung für ständischen Aufbau

Nachdem Brauweiler bereits mit dem *Bund der Arbeit* eine interkonfessionell-überparteiliche Sammlungsbewegung zur Durchsetzung seiner Vorstellungen einer übergreifenden Verfassungsreform auf Grundlage einer ständischen Ordnungsalternative anvisiert hatte, jedoch zunächst gerichtet an einen ausgewählten Kreis von Interessierten, wollte er 1921 die gesamten Berufsstände auf das ständische Programm vereinigen. Seine Zuversicht resultierte vor allem aus der politischen Instabilität der frühen Republik, die beispielsweise im Mai 1921 im Zuge des Rücktritts der Fehrenbach-Regierung deutlich wurde. Letztendlich gescheitert war das Kabinett an den Folgen der in Paris und London Anfang 1921 stattfindenden Reparationsverhandlungen; hier war es Fehrenbach zwar gelungen, die Reparationssumme, so wie sie in Versailles festgeschrieben worden war, zu reduzieren, nicht jedoch die Regierung durch die während des Londoner Ultimatums auftretenden Auseinandersetzungen zu führen. Das nur wenige Wochen darauf folgende Kredithilfeangebot der deutschen Wirtschaft an den Staat musste in diesem Zusammenhang als wirtschaftliche Unabhängigkeitserklärung gesehen werden, welche „die Kompetenz der Staatsgewalt und die Methoden der staatlichen Finanzwirtschaft grundsätzlich in Zweifel“ stellte und dem Staat den Spiegel seiner eigenen Handlungsunfähigkeit vor Augen hielt.⁶⁵⁷ Bedenkt man, dass die Industrie bereits seit Einführung des Hilfsdienstgesetzes von 1916 um Unabhängigkeit von staatlichen Interventionsversuchen rang, konnte mit dem Kredithilfeangebot ein deutliches Statement gesetzt werden.⁶⁵⁸

Diese politische Entwicklung stellte eine „überaus günstige Gelegenheit“ dar, „die Verfassungsreform-Ideen der ständischen Bewegung propagandistisch zu vertreten und politisch anzumelden“, weshalb Brauweiler auch umgehend mit der Planung zur Etablierung einer Vereinigung für ständischen Aufbau begann.⁶⁵⁹ Sinn und Zweck einer solchen Vereinigung: die gesamten ständischen Bestrebungen zusammenzufassen und auf ein einheitliches Ziel und ein gemeinschaftliches Arbeitsprogramm auszurichten, das durch „wissenschaftliche und kritische Untersuchungen, durch Meinungs austausch, durch Werbung [...] und durch Förderung der ständischen Bestrebungen“ den ständischen Gedanken in Wort und Schrift fördern sollte.⁶⁶⁰ Als Adressaten dieser umfassenden Werbearbeit sah Brauweiler, neben den Vertretern des Handwerks und der Landwirtschaft, in deren Kreisen „bereits seit längerem Bestrebungen im Gange sind, die ständische Bewegung als

⁶⁵⁷ Begründung, undatiert, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁶⁵⁸ Stegmann, Dirk: „Hugenberg contra Stresemann. Die Politik der Industrieverbände am Ende des Kaiserreichs“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 24, 1976, Heft 4.

⁶⁵⁹ Begründung, undatiert, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120, ebd.

⁶⁶⁰ Begründung, undatiert, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

Verfassungsreformbewegung aufzunehmen“, auch wieder die Industriellen, ohne deren Einsatz ein solches Vorhaben nur wenig erfolgversprechend erschien.⁶⁶¹

Erste konkrete Ansätze für die Gründung einer Vereinigung für ständischen Aufbau hatte Brauweiler in seiner im September 1921 erschienen Denkschrift „Die ständische Bewegung und die Landwirtschaft“ publiziert. Hier schrieb er, dass es sich für die Umsetzung einer ständischen Verfassungsreform empfehlen würde, einen „Bund für ständischen Aufbau zu gründen, der alle ständischen Kräfte, gerade auch in Wirtschaftskreisen sammeln und deren Zielsetzung einer berufsständischen Ordnung mit einem Reichswirtschaftsrat an der Spitze bündeln und verbreiten“ sollte.⁶⁶²

Besonders wichtig war eine solche Gründung aus Sicht Brauweilers aufgrund der anhaltenden Handlungsunfähigkeit des parlamentarischen Systems, das er für nicht mehr reformierbar oder verbesserungswürdig hielt. Zu stark hielt Brauweiler es von dem schädigenden Gedanken der Klassenschichtung und des Klassengedankens zerfressen. Befanden sich die Parteien folglich in einem „unaufhaltsamen Prozess“ der Selbstauflösung, was u.a. anhand der Abspaltung der BVP vom Zentrum gesehen werden konnte, sollte die von Brauweiler geforderte Vereinigung für ständischen Aufbau diesem Parteienwirrwarr ein Ende setzen und stattdessen dafür sorgen, dass der „naturnotwendige Gegensatz zwischen Staat und Volk, Regierung und Volksvertretung und Staatsgewalt und Volksrechten“ wieder implementiert sein würde.⁶⁶³

In diesem Zusammenhang betonte Brauweiler, dass es nicht darum gehe, die Stände zu einem Ersatz für den vermeintlich allmächtigen Staatsapparat zu machen; ansonsten würden „statt den Parteien bald die Berufsstände [...] um die Staatsallmacht raufen“. Allgemein gehe es vielmehr darum, „unserem Volk einen Weg zu zeigen, der Rettung, Gesundung, staatlichen, sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau verspricht“.⁶⁶⁴ In dieser wortmächtigen Programmatik, die durch ihre Allgemeingültigkeit und Substanzlosigkeit wie so oft eher einer Rettungsmystik als realisierbaren Neustrukturierungsansätzen glich, ging Brauweiler einleitend auf die generelle Aufgabe der Vereinigung für ständischen Aufbau ein: die bestand für ihn vordergründig in der Durchführung des Verfassungsreformgedankens, der einzig und allein einen „Ausweg aus dem gegenwärtigen, jeden Aufbau unmöglich machenden staatlichen Zustand zeigt und für den

⁶⁶¹ Ebd. Sowohl ihr finanzieller Rückhalt, als auch die Tatsachen, dass die Industriellen einen wesentlichen Bestandteil seiner berufsständischen Neustrukturierungspläne ausmachten und darüber hinaus einen letzten Verbindungspfeiler zu den Parteien darstellten, markierten für Brauweiler ausschlaggebende Gründe, eine Zusammenarbeit zu forcieren

⁶⁶² Die ständische Bewegung und die Landwirtschaft, Vortrag vom 1.9.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/135.

⁶⁶³ Ebd.

⁶⁶⁴ Ebd. In dem Artikel „Die Bedeutung der ständischen Bewegung“ vom 19.1.1922 erläuterte Brauweiler diesbezüglich, dass es auf keinen Fall zur Bildung von „berufsständischen Parteien“ kommen sollte, da sich dann wieder das Problem des Parteienabsolutismus einstellen würde. S. Brauweiler, Heinz: „Die Bedeutung der ständischen Bewegung“, 29.1.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

Ausbau von Staat, Wirtschaft und Volksgemeinschaft eine sichere Grundlage schafft“.⁶⁶⁵ Grundvoraussetzung für die Umsetzung einer Verfassungsreform war für Brauweiler indes ein geändertes Selbstverständnis der Parteien, die „heute zugleich Volksregierung und Volksvertretung gegenüber der Regierung“ sein wollten – ein Spagat, der aus Sicht Brauweilers nicht funktionieren konnte. Stattdessen kam es für ihn darauf an, „den politischen Willensbildungsprozeß durch die Parteien in einen nicht antagonistischen Wettstreit zu überführen und von der Wahrnehmung ökonomischer Interessen zu trennen“.⁶⁶⁶

Einen solchen Schritt wollte Brauweiler u.a. durch die Reformierung des in der Weimarer Verfassung eingerichteten Reichswirtschaftsrats realisieren, der zu einer wirkungsvollen Vertretung der Wirtschaftsstände ausgebaut werden sollte. Hatte er einen derartigen Ausbau bereits im Programm zum *Bund der Arbeit* gefordert, präziserte er diesen Ansatz in den Leitsätzen nochmals deutlich, indem er den Reichswirtschaftsrat zur Vertretung der „echten Berufsstände“ aufwertete.⁶⁶⁷ Auf diese Weise sollte nicht nur die „Staats- und Parlamentsallmacht und der bürokratische Zentralismus“ gebrochen werden, man schien gleichzeitig auch über ein Kontrollorgan über den öffentlichen Haushalt zu verfügen. Notwendig war das aus Sicht Brauweilers besonders vor dem Hintergrund der radikalen Massenstrebungen, die nur „auf die Inanspruchnahme des Staatssäckels“ ausgerichtet schienen und aufgrund der anhaltenden „Unfähigkeit des Staates“, auf diese Entwicklung angemessen zu reagieren.⁶⁶⁸ Eine Alternativlösung hätte zwar in einem umfassenden Sparkurs liegen können, die Parteien hatten diesen Schritt wohl aus Angst vor Einflusseinbußen und der Befürchtung, bei der „nächsten Wahl von der Volksgunst weggefegt“ zu werden, jedoch nicht vollzogen. Stattdessen schienen sie sich lieber darauf zu konzentrieren, ihre Wähler bei der Stange zu halten, was für Brauweiler einem Eingeständnis der staatlich-parlamentarischen Ohnmacht gleichkam und in seine Forderung nach sukzessiver Liquidierung des Systems mündete.

Mit der von ihm geforderten Kompetenzerweiterung des Reichswirtschaftsrats sollte es nunmehr gelingen, „Einfluss auf die öffentlichen Finanzen bei gleichzeitiger Freiheit von dem Einfluss des Parlaments zu erhalten“.⁶⁶⁹ Nebenbei wäre auf diese Weise „ein entscheidender Schritt getan [...] zur Verwirklichung eines neuen Staatsgedankens und zur Überwindung der

⁶⁶⁵ Leitsätze, Entwurf, 14.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁶⁶⁶ Ebd.

⁶⁶⁷ Petzinna, 2000, S.73; Verfassung des Deutschen Reiches in: documentArchiv.de (Hrsg.), URL: <http://www.documentArchiv.de/wr/wrv.html>, Zugriff erfolgte am 25.6.2015.

⁶⁶⁸ Leitsätze für die Gründung der Vereinigung für ständischen Aufbau, 14.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

⁶⁶⁹ Eröffnungsansprache zur Gründung der Vereinigung für ständischen Aufbau vom 23. 6. 1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

den heutigen Staat kennzeichnenden Prinzipien des Staatsabsolutismus und der Staatomnipotenz“.⁶⁷⁰

Neben den Planungen zur Neuausrichtung des Wirtschaftssystems auf Grundlage des Artikels 165 ging Brauweiler in den Leitsätzen erneut auf die Integration des sogenannten "vierten Standes" ein, eine Aufgabe, die er nach wie vor zur Ausgangsbasis einer jeden Erneuerungsbewegung erklärte. In Fortsetzung seiner Überlegungen zum Aufbau einer „Betriebsfamilie“ konkretisierte er in den Leitsätzen seine Integrationsforderung durch die Idee der Werksgemeinschaft, durch die der gerechte Interessenausgleich zwischen Arbeit und Kapital, also zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite, durchgesetzt werden sollte.

Das Konzept der Werksgemeinschaft war eine Weiterentwicklung der Betriebsratsidee und sollte dementsprechend als eine kooperative Zusammenfassung sämtlicher am Werk beteiligter Personen verstanden werden; getragen durch einen Gruppenvorstand aus jeweils 3 bis 15 Gesandten der im Werk vertretenen beruflichen Gruppen. Aus diesem Gruppenvorstand wurden wiederum einzelne Mitglieder in einen Werksausschuss entsandt, der als Verbindungsorgan zwischen den Arbeitern und dem, von der Kapitalgesellschaft, also den Unternehmern bestellten Vorstand fungieren und gemeinschaftlich getroffene Entschlüsse mit der Werksleitung abstimmen sollte.⁶⁷¹ Erst wenn dieser pyramidenartige, werksinterne Aufbau gelungen war und „jeder Arbeiter seinen Platz im Berufsstand und seinen Anteil am berufsständischen Recht und an der berufsständischen Ehre gefunden hat und sich ihrer bewußt geworden ist,“ konnte die Bildung eines Arbeiterstands gelingen, der „sich dem größeren Berufsstand einordnet und mit seinen besonderen Mitteln diesem zu dienen gewillt ist, der seine Ehre darin findet, in der Gesamtleistung und Gesamtverantwortung des Berufsstandes seinen Anteil zu übernehmen“.⁶⁷²

Aufgrund der negativen Erfahrungen beim *Bund der Arbeit* und der *Malstatt* – beide waren zum großen Anteil am Widerstand der divergierenden Interessen gescheitert, allen voran dem Missmut der Unternehmerschaft und deren mangelnder Finanzierungsbereitschaft – betonte Brauweiler ausdrücklich, dass es im Falle der Werksgemeinschaft nicht darum gehen könne, die unternehmerische Freiheit in irgendeiner Weise einzuschränken; ebenso wenig darum, den Arbeiter zum Mitregenten zu machen. Das wirkliche und einzige Ziel bestand darin, die gemeinschaftliche „Verantwortung, in der Unternehmer und Arbeitnehmer Volk und Staat gegenüber“ lebten, beiden Seiten gleichermaßen bewusst zu machen, was einen gewissen

⁶⁷⁰ Eröffnungsansprache zur Gründung der Vereinigung für ständischen Aufbau vom 23. 6. 1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

⁶⁷¹ Brauweiler, Heinz: „Werksgemeinschaft“, in: Deutsche Rundschau, Nr. 192, März 1923, S. 254-259.

⁶⁷² Brauweiler, 1925, S. 38.

Paternalismus erforderte, da eigene Interessen und Befürchtungen zugunsten des Allgemeinwohls zurückgestellt werden mussten.⁶⁷³

So war von den Unternehmern gefordert, „die Sicherung der rechtlichen Position des Arbeiters als Mitglied des Werkes“ anzuerkennen; durch die Werksgemeinschaft sollte der Arbeiterschaft die Einkunft eines sicheren Vermögens möglich gemacht und sie am Gewinn des Werkes beteiligt werden.⁶⁷⁴ So sollte auch der Arbeiter beginnen, sich als Teil der Gemeinschaft zu fühlen, für die er nun gleichberechtigt Verantwortung tragen und mit deren Erfolg auch die Sicherung seines eigenen Lebensstandards unweigerlich verknüpft sein sollte.⁶⁷⁵ Auf diese Weise, glaubte Brauweiler, müsse ein Gefühl der Gleichberechtigung und des Verantwortungsbewusstseins entstehen: einerseits gegenüber dem Unternehmen und dem Unternehmer sowie andererseits der Volksgemeinschaft gegenüber. Erst wenn der Arbeiter eine „sichere, rechtliche Beziehung“ innerhalb des Betriebs zugesprochen bekäme und damit der Status eines reinen Lohnverhältnisses überwunden sei, würde er damit beginnen, in dem Unternehmen ein Stück seines eigenen Schicksals zu erkennen und sich für dessen Erhaltung und Förderung verstärkt einzusetzen.⁶⁷⁶ Vorteil dieser Konzeption für die Unternehmer schien, dass sie von der Aufgabe der internen Sozialpolitik entbunden waren.⁶⁷⁷

Um die Rechte bzw. Pflichten des Arbeiters und des Unternehmers gleichermaßen zu garantieren, forderte Brauweiler die Einrichtung einer Werksverfassung, in der das Zusammenspiel von Kapital und Arbeit endgültig geregelt werden sollte. Dabei kam es Brauweiler darauf an, beide Seiten nach ihren besonderen Funktionen zu berücksichtigen mit dem Ziel, „das Recht der Arbeit gleich zu machen mit dem Recht des Kapitals“.⁶⁷⁸

Im Gegensatz zu den sehr vagen, teils undurchschaubaren inhaltlichen Richtlinien waren Brauweilers Ansätze zur Organisation deutlich klarer: die Vereinigung sollte aus einem Vorstand, getragen von einem Vorsitzenden und zwei Stellvertretern, sowie aus Verwaltungsrat, Arbeitsausschuss und Geschäftsstelle bestehen; letztere trug die Verantwortung für die Kassen- und Schriftführung. Einmal im Jahr sollte eine „ordentliche Hauptversammlung“ zur Besprechung organisatorischer Fragen und der Vorstandswahl

⁶⁷³ Brauweiler, Heinz: „Rückkehr zum deutschen Recht“, in: Arthur Moeller van den Bruck, Heinrich von Gleichen & Max Hildebert Boehm: Die neue Front, Berlin 1922, S. 249.

⁶⁷⁴ Brauweiler, Heinz: „Rückkehr zum deutschen Recht“, in: Arthur Moeller van den Bruck, Heinrich von Gleichen & Max Hildebert Boehm: Die neue Front, Berlin 1922, S. 249.

⁶⁷⁵ „Der Arbeiter will ein gesichertes Auskommen für sich und seine Familie, er will ein Heim haben, [...]. Er will für die Entfaltung seiner Kraft und die seiner Kinder Raum und Förderung haben.“ Zitiert nach: Brauweiler, Heinz: „Das soziale Grundproblem“, in: Blätter für ständischen Aufbau, Nr. 7, 16.11.1920.

⁶⁷⁶ Die ständische Bewegung, 1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/211.

⁶⁷⁷ Leitsätze, Entwurf, 14.10.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

⁶⁷⁸ Brauweiler, 1925, S. 215.

zusammentreten.⁶⁷⁹ Im Gegensatz zur Oktoberkonferenz 1918 sollte es weder einen losen Zusammenschluss von „Freunden der ständischen Bewegung“ geben, noch eine parteiunabhängige Zeitschrift als organisatorischem Mittelpunkt. Stattdessen sollte der seit langem erfolglose Sammlungsversuch jetzt auf Grundlage eines fest institutionalisierten Personenverbundes – wie eben der Vereinigung für ständischen Aufbau – angegangen werden, der sich, beruhend auf festen Leitsätzen und dem Ideal nach ohne das Verfolgen parteipolitischer oder ökonomischer Einzelinteressen, gemeinschaftlich für die festgeschriebenen Zielsetzungen stark machen sollte.⁶⁸⁰

4.5 Die Besprechungen zur Vereinigung für ständischen Aufbau

Bereits im Vorhinein bekundeten erneut die Vertreter der Landwirtschaft großes Interesse an der Gründung einer Vereinigung für ständischen Aufbau, von der sie sich die Aufrechterhaltung des bis 1918 geltenden monarchisch-adeligen Obrigkeitsstaates versprochen. Aufgrund der bereits Ende des 19. Jahrhunderts eingeführten Gliederung in Landwirtschaftskammern, die eine korporative Gemeinschaftsideologie bereits implizierten und der im Gegensatz zum industriellen Sektor kaum ausgeprägten Klassenideologie sowie nicht zuletzt der starken Verankerung des Pflichtgedankens in landwirtschaftlichen Kreisen stieß das Ideal einer ständischen Gliederung hier auf besonders fruchtbaren Boden.⁶⁸¹

Auch von Seiten des Handwerks wurde die angedachte Einführung einer ständisch aufgebauten Ordnung begrüßt: hier hatten sich ständische Organisationsformen nicht nur am ehesten in die moderne Neuzeit hinübergerettet, nach der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts – auch hier als bedrohlich wahrgenommen – schien eine auf Ständen aufgebaute Sozialordnung auch die Vertretung eigener Interessen am besten zu gewährleisten. Mit der 1921 erfolgten Planung zur Gründung einer Reichshandwerksordnung war der Grundstein für einen ständischen Aufbau bereits gelegt; so sollte neben der stärkeren Kooperation von Arbeitnehmern und Arbeitgebern vor allem eine umfassende Organisation und die Übertragung des Preisfestsetzungsrechts an die jeweiligen Innungen durchgesetzt werden. Da die Realisierung dieser Reichshandwerksordnung scheiterte, stellte die Unterstützung der Vereinigung für ständischen Aufbau eine gute Alternative dar.⁶⁸²

⁶⁷⁹ Bund für ständischen Aufbau, Satzung Entwurf, 14.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁶⁸⁰ Vorbereitung zur Konferenz Ende Oktober 1921 zwecks Gründung der Vereinigung für ständischen Aufbau, Eröffnungsansprache, 14.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁶⁸¹ „Was dem Bauernstand fehlt“, in: Blätter für ständischen Aufbau, Nr. 30, 27.7.1921.

⁶⁸² Der Versuch der Einführung einer Reichshandwerksordnung wurde 1926 schließlich endgültig ad acta gelegt. S. hierzu: Winkler, Heinrich August: Unternehmervverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 4, 1969, S. 343ff.

Neben einflussreichen Vertretern der Landwirtschaft und des Handwerks zollte auch die universitär-akademische Seite der Vereinigung Anerkennung; nicht wenige im Bildungsbürgertum sahen die demokratische Parlamentarisierung in eine Entwurzelung der Gesellschaft münden, weshalb man auch hier nach politischen Alternativen und neuen staatlich-wirtschaftlichen Gliederungsmöglichkeiten suchte.⁶⁸³

Durch die Vermittlung von Spahn und mittels Vernetzung mit dem von ihm geleiteten Politischen Kolleg in Berlin sollten darüber hinaus die Verbindungen zu industriellen Kreisen intensiviert werden.⁶⁸⁴ Mit Vertretern der Industrie war es bereits im Juli 1921 zu ersten Gesprächen gekommen. So beispielsweise mit dem persönlichen Sekretär Vöglers, Friedrich Freundt, der Brauweiler berichtete, dass „Herr Geheimrat Kirdorf [...] den Vorschlag der Gründung eines Vereins für berufsständischen Aufbau mit Herrn Generaldirektor Vögler besprochen [hatte], der diesen Fragen [...] seit langem sein Interesse entgegenbringt“.⁶⁸⁵ Darüber hinaus hatte Spahn auch den Ersten Syndikus der Essener Handelskammer Reinhold Quaatz für weitere Besprechungen gewinnen können. Quaatz hatte sich bereits seit längerem mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau auf Grundlage einer örtlich-berufsfachlichen Selbstverwaltung beschäftigt, was ihn für Brauweiler zu einem wichtigen Mitstreiter für die ständische Ordnungsgliederung machte. Zudem verfügte Quaatz über gute Verbindungen zu führenden Wirtschaftsvertretern, galt von daher als wichtiger Kontaktmann und Türöffner der industriellen Kreise. Neben Quaatz und Freundt stand Spahn auch in Kontakt mit den Referenten der Deutschnationalen für berufsständische Fragen, Dr. Wilhelm von Jecklin und Hermann von Wilamowitz-Moellendorf, die er über das Vorhaben Brauweilers – seines „alten Freundes und langjährigen politischen Gesinnungsgenossen“ - informierte.⁶⁸⁶ Da Willamowitz-Moellendorf selbst ebenfalls einen überparteilichen Industriekreis für berufsständische Fragen innerhalb der DNVP ins Leben gerufen hatte, für den bereits „ein eigener Fonds gebildet“ worden war, bestand für Brauweiler im Falle einer Zusammenarbeit die Aussicht, die eigenen Angelegenheiten rascher voranbringen zu können. Willamowitz-Moellendorf war für seine engen Kontakte zu sehr „potenten Industriekreisen“ bekannt.⁶⁸⁷ Auch mit dem Präsidiumsmitglied des RDI, Hans Kraemer, war es zu einer ersten Kontaktaufnahme gekommen.⁶⁸⁸ Kraemer vertrat die Überzeugung, dass jegliche Ansätze zu einer ständischen

⁶⁸³ Zu nennen waren hier u.a. Prof. von Below, Prof. Schemann oder auch Prof. Schmidtman. S. Vereinigung für ständischen Aufbau, Denkschrift betr. Vorarbeiten und Gründung, 23.6.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

⁶⁸⁴ Das Politische Kolleg, auf das im folgenden Kapitel noch detailliert eingegangen wird, wurde 1919 von Martin Spahn gegründet. Inhaltlich wurden nationalpolitische Seminare angeboten, mit dem Ziel, die Teilnehmer im national-konservativen Sinne zu schulen.

⁶⁸⁵ Freundt an Brauweiler, 27.8.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁶⁸⁶ Spahn an Brauweiler, 21.10.192, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁶⁸⁷ von Gleichen an Brauweiler, 29.9.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁶⁸⁸ Hans Kraemer (1870-1940), seit 1911 Generaldirektor des Tiefdrucksyndikats, stellvertretender Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Sammlungsbewegung nur durch die Kooperation mit der Industrie realisierbar sein würden. Neben der Anwerbung neuer Mitglieder erhoffte sich Spahn, wie er Brauweiler gegenüber ausführte, durch solche Kontakte auch wichtige finanzielle Zuschüsse; industrielle Kreise sollten „für 2 Jahre einen monatlichen Zuschuss [...] geben“.⁶⁸⁹

Bestand hinsichtlich der Einführung eines ständischen Systems also durchaus positive Resonanz seitens der Industrie, ging Brauweiler im Anschluss an eine kurze Vorbesprechung vom 14. Oktober – hier waren nur Männer mit unmittelbarem Interesse an der ständischen Sache eingeladen worden – an die Planung einer „Besprechung im größten Kreise“.⁶⁹⁰ Thematisch stellte diese Besprechung eine Fortsetzung der durch Revolution und Kriegsende vorzeitig beendeten Konferenz vom Oktober 1918 dar und sollte am 27. Oktober 1921 morgens um 10 Uhr im Hotel Kaiserhof in Essen stattfinden. Einladungen gingen u.a. an Clemens Freiherr von Loë-Bergerhausen, Amtmann von Borries, Baron von Gleichen, Theodor Brauer, der Vertreter der rheinisch-westfälischen Handwerksfachverbände Kükelhaus, Hermann von Wilamowitz-Moellendorf, das Vorstandsmitglied des RDI Hugo Stinnes, Emil Kirdorf, Engelbert Freiherr von Kerckerinck zur Borg, Graf Franz von Galen oder auch Reinhold Quaat.⁶⁹¹ Letzterer hatte sich anfangs noch unschlüssig über eine Teilnahme bei der Oktoberkonferenz gezeigt, stimmte dann aber doch zu, da Brauweiler „bekanntlich über gute Kenntnis des ständischen Gedankens“ verfügte und damit in „Kreisen der Landwirtschaft und des Mittelstands schon auf einige Zustimmung gestoßen war“.⁶⁹² Darüber hinaus wurde auch der Oberbürgermeister und Vorsitzende des Düsseldorfer Industrieclubs Wilhelm Marx zu einer Teilnahme bei der Konferenz gebeten, der versprach, sich an der Werbearbeit für die Vereinigung zu beteiligen.⁶⁹³ Weitere Einladungen erfolgten an Generaldirektor Albert Vögler, der sich durch seinen Sekretär Friedrich Freundt vertreten ließ, Wilhelm Rechlin, Otto Wiedfeldt von der Firma Krupp AG und den Vorsitzenden des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (VDEStI) Jakob Wilhelm Reichert. Dieser konnte zwar nicht persönlich anwesend sein, bat Brauweiler aber darum, die Herren Landtagsabgeordneten Wilhelm von Waldthausen und Jacob Goldschmidt als seine Stellvertreter einzuladen.⁶⁹⁴ Beide Herren verfügten über gute Verbindungen zum „hervorragenden Essener Industrieführer“ Alfred

⁶⁸⁹ Brauweiler an Schorlemer, 17.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁶⁹⁰ Hierzu hatte unter anderem auch der Verbandssekretär des Verbands katholischer Arbeitervereine Nord- und Ostdeutschland, Paul Richter geraten, der nachdem der Vortrag auf der Essener Tagung im Juni 1921 abgesagt worden war, die Arbeit an der ständischen Bewegung keinesfalls abebben lassen wollte. Richter an Brauweiler, 25.7.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁶⁹¹ Emil Kirdorf (1847-1938), angestellt u.a. beim Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat oder der Gelsenkirchener Bergwerks AG, war Mitglied der DNVP, ab 1927 mit Unterbrechungen bei der NSDAP.

⁶⁹² Gleichen an Brauweiler, 12.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁶⁹³ Brauweiler an Schorlemer, 17.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁶⁹⁴ S. Albertin, Lothar: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik, Düsseldorf 1972 und auch die schriftliche Einladung Brauweilers an Reichert, 17.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120 und dessen Antwort vom 20.10.1921, ebd.

Hugenberg, was für Brauweiler nicht nur aufgrund dessen guter Kontakte zur Montan- und Rüstungsindustrie von einigem Interesse war, sondern auch wegen Hugenbergs zunehmend monopolistischer Position im Pressewesen, die gerade hinsichtlich des Gedankens der Herausgabe einer parteiunabhängigen Zeitschrift einen wesentlichen Faktor darstellte.⁶⁹⁵

Doch trotz der Zusicherung Kerckerincks zur Borg, dass der Zeitpunkt für Verhandlungen mit Industriekreisen durchaus günstig sei, sagten viele der geladenen Herren ihre Teilnahme an der Versammlung aufgrund anderweitiger Verpflichtungen ab.⁶⁹⁶ So u.a. Theodor Brauer, der für längere Zeit ins Ausland musste und eine Beteiligung der christlichen Gewerkschaften ohnehin nur als rein persönlich und inoffiziell zugestand.⁶⁹⁷ Daneben auch Graf Franz von Galen und sogar Schorlemer, der eigentlich zugesagt hatte, die Leitung der Konferenz zu übernehmen, durch einen geplanten Zusammentritt des Reichswirtschaftsrats am 26. Oktober in Berlin jedoch nicht die Möglichkeit hatte, sich bereits einen Tag später zu der von Brauweiler angesetzten Besprechung in Essen einzufinden. Auf die Schwierigkeit, die geladenen Herren auf einen Termin zu einigen, hatte Schorlemer Brauweiler bereits zuvor hingewiesen. So waren „im Augenblick der großen Krisis die Mehrzahl der in Betracht kommenden Herren [...] schon derart in Anspruch genommen, dass es schwer fallen würde, dieselben noch zu einer ausgiebigen Besprechung“ über die Vorschläge Brauweilers zusammenzuführen.⁶⁹⁸ Damit war die Gefahr existent, dass es bei der Konferenz zur Konstituierung der Vereinigung nicht gelingen würde, „erheblichere Zeichnungen“ für den Aufbau und die Arbeit der Vereinigung für ständischen Aufbau zu bekommen, für die Brauweiler mittlerweile bereits 150.000 Mark kalkulierte.⁶⁹⁹ Und tatsächlich erfolgte die Konferenzabsage mangels ausreichender Anzahl an Zusagen.

Auf Anfrage Rechlins erklärte sich der Zweckverband nordwestdeutscher Arbeitsvertreter schließlich dazu bereit, Brauweiler bei einer Ende Dezember 1921 stattfindenden Sitzung der

⁶⁹⁵ Quaatz an Brauweiler, 18.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120. Hervor ging dies u.a. aus seiner Unterstützung für das politische Kolleg, der Schulungseinrichtung der Jungkonservativen, für das Hugenberg zum hauptsächlichen Geldgeber wurde. Im Folgenden sollte Hugenberg einen großen Einfluss auf Brauweilers weiteren Weg ausüben. War zum Zeitpunkt der beginnenden Planung für eine Vereinigung für ständischen Aufbau eine enge Zusammenarbeit durchaus im Sinne Brauweilers, sollte sich dieses Blatt ab Mitte der 20-er Jahre wenden. Auf diesen Zusammenhang wird im weiteren Verlauf der Arbeit eingegangen.

⁶⁹⁶ Kerckerinck zur Borg an Brauweiler, 15.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁶⁹⁷ Ähnlich ablehnend gegenüber eines Zusammentreffens äußerten sich auch die christlichen Gewerkschaften. Hatten diese, vertreten durch Stegerwald und Brauer, sich anfänglich noch für die ständischen Bestrebungen Brauweilers eingesetzt, teilte Theodor Brauer bezüglich der Vorbereitungen für die Gründung des Bundes für ständischen Aufbau mit, dass man von einer offiziellen Teilnahme nunmehr absehen würden.

⁶⁹⁸ So auch Hans Kraemer, der Brauweiler in einem Mitte Juli 1921 an ihn adressierten Brief folgendes mitteilte: „Leider haben unsere, insbesondere auch Herr Herrfahrts Bemühungen, eine Zusammenkunft maßgebender Leute aus der Industrie zustande zu bringen, bisher noch keinen Erfolg gehabt. Das liegt nicht daran, daß die Herren für den Gedanken der ständischen Bewegung kein Interesse gezeigt hätten, sondern an den äußeren Schwierigkeiten, einen Tag zu finden, an dem man wenigstens eine Handvoll von Ihnen zusammenbekommen kann.“ Kraemer an Brauweiler, 25.7.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120; Brauweiler an Schorlemer, 17.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120 und Schorlemer an Brauweiler, 25.10.1921, ebd.

⁶⁹⁹ Von Gleichen hatte für Brauweilers Berliner Büro ca. 100.000 Mark als notwendig angerechnet, zusätzlich dazu bezifferte Brauweiler 40-50.000 Mark als Reise- und Aufwandskosten. Brauweiler an Schorlemer, 17.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120 und Schorlemer an Brauweiler, 25.10.1921, ebd.

Arbeitsgemeinschaft rheinisch-westfälischer Berufsstände, die im September 1921 gegründet worden war und an der sich neben Vertretern der Landwirtschaft auch eine Vielzahl Industrieller beteiligten, die Chance zu geben, sein Vorhaben im Rahmen eines Vortrags mit dem Titel „Die verfassungspolitische Bedeutung des Angebots der Wirtschaft“ zu erörtern.⁷⁰⁰ Um die Chance auf Unterstützung seitens der Industrie zu verbessern, schlug Rechlin vor, die Arbeitsgemeinschaft zum Verwaltungsrat der Vereinigung für ständischen Aufbau zu erklären. Brauweiler begrüßte das sehr, da damit „die Sache speziell für die Industrie vollständig gewonnen werden“ könnte.⁷⁰¹

Bei der vorbereitenden Sitzung am 29. Dezember, an der neben Schorlemer auch Quaatz, Hans von und zu Löwenstein, der Repräsentant des Steinkohlebergbaus Otto von Velsen, Fabrikant Otto Delius und Martin Spahn teilnahmen, hielt man einstimmig fest, dass „die wissenschaftliche und publizistische Arbeit der ständischen Bewegung tatkräftig unterstützt werden müsse“, da bisher noch keine einheitliche Lösung für die berufsständische Frage gefunden worden sei.⁷⁰² Auf der anschließenden Sitzung der Arbeitsgemeinschaft am 30. Dezember 1921 versammelten sich neben den oben genannten Herren u.a. noch Heinrich Herrfahrdt, der Industrielle Oscar Funcke, der Gründer der West-Ostdeutschen Handelsgesellschaft Heinrich Paas, Heinrich Lübbering, Theodor Fühling, Paul Kind, Karl Neuhaus und der Vorsitzende der Essener Handelskammer und des Direktoriums der Friedrich Krupp AG Otto Wiedfeldt.⁷⁰³ Des Weiteren erschienen Generaldirektor Kükelhaus, der 1922 zum Vorsitzenden des Westfälischen Industrieclubs ernannte Assessor Ernst Brandt, der Syndikus des Langnamvereins Ernst Heinson, Wilhelm Rechlin und Albert Vögler, der selbst bereits seit langem nach einem geeigneten Weg suchte, die Einbindung der Arbeiter in den Staat zu erreichen.⁷⁰⁴

In Anlehnung an seine Vorarbeiten zum *Bund der Arbeit* und den *Blättern für ständischen Aufbau* erläuterte Brauweiler den anwesenden Herren seine Vorstellungen einer ständischen Verfassungsreform, deren Hauptbetätigungsfeld nach wie vor die Wirtschaft sein sollte. Stellte diese für ihn die „Grundlage aller sozialen und staatlichen Ordnung“ dar, die „sich als

⁷⁰⁰ Um Einfluss auf die sozialistischen Wirtschaftspläne nehmen zu können, gründeten Otto Wiedfeldt, Reinhold Quaatz und Albert Vögler 1920 den Zweckverband nordwestdeutscher Wirtschaftsvertretungen zur Erörterung aktueller Fragen und Notstände. S. Schröder, Ernst: Otto Wiedfeldt. Eine Biographie, Neustadt 1981, S. 93. Die Gründung des Arbeitsausschusses der rheinisch-westfälischen Berufsstände wurde am 23.9.1921 beschlossen. Sinn und Zweck war es, „für alle eintretenden Fälle einen Ausschuß der maßgebenden Vertreter der gesamten Berufsstände des geschlossenen Gebiets zur Verfügung zu halten“. S. Rechlin an Schorlemer-Lieser, 25.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁷⁰¹ Brauweiler an Schorlemer, 26.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁷⁰² Vereinigung für ständischen Aufbau. Geschäftsstelle. Denkschrift betr. Vorarbeiten und Gründung, 23.6.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁷⁰³ Schröder, Ernst: Otto Wiedfeldt – Eine Biographie, Neustadt/Aisch 1981.

⁷⁰⁴ Abelshäuser, Werner: Ruhrkohle und Politik, Ernst Brandt 1875-1937, Essen 2009. Freundt an Brauweiler, 27.8.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

Pflichtgemeinschaft gegenüber der ganzen Volksgemeinschaft erkennen und bekennen“ müsse, bildete die „Veränderung der verfassungsmäßigen Staatsgewalt“ den Kern seiner Reform. Hierfür sollte „der Reichswirtschaftsrat, als Vertretung der natürlichen Berufsstände, eine erhebliche Kompetenzerweiterung“ erfahren.⁷⁰⁵ Brauweiler erläuterte, dass dessen Funktion nicht mehr länger nur beratender Natur sein dürfe, sondern dieser vollberechtigt für die Lösung von Wirtschaftsfragen und die Kontrolle über den öffentlichen Haushalt zuständig sein müsse, wofür die Industrie bereits selbst erste Schritte mit der Kredithilfe an den Staat in die Wege geleitet habe.

Als Orientierungspunkt erwähnte Brauweiler die Leistungsverbände. Ähnlich wie die von ihm geplante ständische Bewegung sollten diese die Menschen zu gemeinsamem Handeln bewegen und die bestehenden Gegensätze zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber durch ein intensiviertes Zusammengehörigkeitsgefühl – vor allem der Arbeiter zu ihrem jeweiligen Unternehmen – auflösen. Die berufsständische Bewegung schien Brauweiler für diese Zielsetzung besonders geeignet, da sie das Ideal der Berufsgemeinschaft bereits voll und ganz lebte. Zustimmung zu seinem Vortrag erhielt Brauweiler unter anderem von Bergassessor von und zu Löwenstein, als auch von Dr. Kükelhaus, der die Bildung von Berufsständen „nach Auffassung des Handwerks [...] als eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk“ erklärte. Seiner Meinung nach lag die Hauptaufgabe der Berufsstände in der höheren Ausbildung des Menschen; von daher stand er auch einem „Zusammenkommen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern“ positiv gegenüber.⁷⁰⁶ Optimistisch äußerten sich auch der Geschäftsführer des Hansa-Bundes, Axel Ripke und Quatz zu den Intentionen Brauweilers; letzterer wollte die Überlegungen zur ständischen Frage von einem rein wirtschaftlichen, nicht jedoch von einem politischen Standpunkt aus betrachtet wissen.⁷⁰⁷

Die abschließende Aufforderung, die Gründung der Vereinigung für ständischen Aufbau in die Tat umzusetzen, sollte dennoch nicht zustande kommen: die korporativistischen Bestrebungen Brauweilers stießen bei den Arbeitgeberverbänden zwar hinsichtlich der dadurch bedingten Beschneidung des Parlamentseinflusses und der geforderten zweiten Kammer – ein Gesetzgebungsorgan, das die Wirtschaft besser zu repräsentieren schien – auf Zustimmung. Die „Begleiterscheinungen“, wie die Zusammenfassung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in einer Arbeits- bzw. Werksgemeinschaft, befürworteten jedoch nicht alle. Das Ergebnis war die

⁷⁰⁵ Eröffnungsansprache, 14.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁷⁰⁶ Kükelhaus an Brauweiler, 20.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁷⁰⁷ Axel Ripke (1880-1937): Pressechef der Vaterlandspartei ab 1917, ab 1919 Geschäftsführer des Hansabundes, ab den frühen 20er Jahren verstärkt Anschluss an die völkische Rechte, 1925 Mitglied der NSDAP. S. hierzu: Höffkes, Karl: Hitlers politische Generäle. Die Gauleiter des 3. Reiches. Ein biographisches Nachschlagewerk, Tübingen 1997.

Herausbildung zweier ambivalenter Pole, welche die weitere Beschlussfassung blockieren sollten. Während die Vertreter des Handwerks und des Mittelstands die Einführung des berufsständischen Systems zu einer ihrer wichtigsten Forderungen erklärten, waren die Vertreter der Schwerindustrie von der Einführung des berufsständischen Gedankens und entsprechender Vorlagen kaum zu überzeugen.⁷⁰⁸ Sie befürchteten vor allem eine ungebremste Einflusssteigerung der Arbeiterschaft, was aus ihrer Sicht mit allen Mitteln verhindert werden musste. Eine solche Entwicklung hatte man bereits von dem 1916 eingeführten Hilfsdienstgesetz befürchtet, das als Triumph der Arbeiterschaft angesehen wurde.⁷⁰⁹ Ebenso von der 1918 gegründeten „zentralen Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und -nehmer“ (ZAG).⁷¹⁰ Vor diesem Hintergrund wirkte die von Brauweiler vorgeschlagene, korporativistische Eingliederung der Arbeiter in den Betrieb wie „reiner Selbstmord“.⁷¹¹ Die Unternehmer befürchteten, dass den Arbeitern hierdurch ein fast unantastbares Recht auf Mitsprache zugesichert werden würde; und das galt es unter allen Umständen zu vermeiden.⁷¹² Die Tatsache, dass der ständische Gedanke langfristige Veränderungen bewirken sollte, bedeutete ein zusätzliches Risiko. Ein einmal implementiertes korporativistisches Ständesystem schien spontane marktadäquate Reaktionen und Entscheidungen unmöglich zu machen. Eine „lebensgefährliche Erstarrung“ wäre damit folglich vorprogrammiert, die die Schlüsselposition des Proletariats ebenso wie die damit

⁷⁰⁸ Hier als Ausnahme zu erwähnen ist vor allem Fritz Thyssen, der schon zum damaligen Zeitpunkt die Spann'sche Korporativismustheorie befürwortete und an dieser auch bis in die 30-er Jahre festhalten sollte.

⁷⁰⁹ Plumpe, Werner: Betriebliche Mitbestimmung in der Weimarer Republik: Fallstudien zum Ruhrbergbau und zur Chemischen Industrie, München 1999, S. 38.

⁷¹⁰ Initial waren mit der Einführung der ZAG die Hoffnungen auf eine Beilegung der zunehmenden Divergenzen zwischen Arbeitnehmer und -geberseite verbunden, die sich jedoch bereits zu diesem Zeitpunkt als illusorisch herausgestellt hatte. Grund hierfür war das zu krasse Aufeinanderprallen divergierender Interessen, was u. a. anhand der Diskussion um die Einführung des Achtstundentags exemplifiziert werden konnte. Betrachtete man auf Seiten der Gewerkschaften die ZAG nämlich vor allem als geeigneten Steigbügel für die vollständige, nationale Integration der Arbeiterschaft, verband die Unternehmenseite hiermit ein geeignetes Organ zur Kontrolle der Arbeiter und zu deren Instrumentalisierung für eigenen Ziele.

⁷¹¹ Ging es der Arbeitnehmerseite vordergründig um die Einlösung eines umfassenden Mitsprache- und Mitbestimmungsrechts, verbanden die Arbeitgeber hiermit eher die temporäre Gewinnung der Gewerkschaften als antirevolutionärem Bündnispartner und begannen 1921/22 bereits mit der stückweisen Revision der ZAG Forderungen. S. hierzu: Ruck, Michael: Gewerkschaften Staat Unternehmer. Die Gewerkschaften im sozialen und politischen Kräftefeld 1914 bis 1933, Köln 1990, S. 71ff; sowie Schneider, Michael: Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie des Jahre 1918 bis 1933, Bonn 1975, S. 33ff.

⁷¹² Diese Befürchtung war alles andere als unbegründet, bedenkt man, dass die Frage eines gesetzlich verankerten Mitspracherechts der Arbeiter in den Betrieben seit 1916 im Rahmen des „Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst“ diskutiert wurde. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Rohstoffmangels und des wachsenden Bedarfs an Kriegsmaschinerie etc. veranlasste die OHL die „gesetzliche Arbeitsverpflichtung“, damit also die Aufhebung der freien Wahl des Arbeitsplatzes. Im Gegenzug wurde die Einrichtung von ständigen Arbeitsausschüssen zugesichert, die über Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandeln sollten. S. hierzu: Teuteberg, Hans Jürgen: Geschichte der Industriellen Mitbestimmung in Deutschland, Ursprung und Entwicklung ihrer Vorläufer im Denken und in der Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts, Tübingen 1961, S. 508ff. Handelte es sich beim Hilfsdienstgesetz lediglich um ein Kriegsnotgesetz, blieb die Frage der Mitbestimmung nach Kriegsende weiterhin ungelöst. Das sogenannte Betriebsrätegesetz (kurz: BRG), das als Antwort auf die 1919 beginnenden Streikbewegungen erlassen wurde, sah vor, jeweils zwei Vertreter der Arbeiterschaft in die Aufsichtsräte zu schicken. Die Betriebsräte sollten Einblicke in die Bilanz erhalten und über Gewinn- und Verlustrechnungen aufgeklärt werden. Seitens verschiedener, wirtschaftlicher Interessenverbände kam es schließlich zu einer breit angelegten Kampagne, in der vor den Folgen der gleichberechtigten Teilhabe der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten gewarnt wurde. Diese sollte jedoch ihre Wirkung verfehlen, wonach der Gesetzentwurf zum 30. November 1921 in den Reichstag eingebracht und von diesem am 1. Februar 1922 verabschiedet wurde. S. hierzu: Plumpe, 1999, S. 54ff.

einhergehende Bedrohung der „Herr im Haus“ Mentalität der Industriellen dauerhaft einzufrieren drohe.⁷¹³

Brauweiler gegenüber begründete man die Ablehnung damit, erneute Unruhen in Kreisen der Arbeiterschaft durch die öffentliche Diskussion über das ständische Thema vermeiden zu wollen.⁷¹⁴ Darüber hinaus schien die Erweckung eines Gefühls der Werkszusammengehörigkeit in Kreisen der Arbeiterschaft als Unterfangen von höchst zweifelhaftem Erfolg; stattdessen, so argumentierte man gegenüber Brauweiler, könne hierdurch sogar die innere Geschlossenheit Deutschlands weiterhin gefährdet werden. Eine solche Fehlentwicklung musste gerade vor dem Hintergrund des „wachsenden Drucks von außen“ vermieden werden. „Das Ziel dieser ganzen Verfassungsreform“ beschrieb der Krupp-Direktor Dr. Wiedfeldt als zu weitgehend.⁷¹⁵ Obwohl dieser sich bei einer Sitzung der rheinisch-westfälischen Handelskammer 1920 noch für den genossenschaftlichen Gedanken in Form der Gleichberechtigung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei Regelung der Lohnfragen sowie Arbeitsbedingungen ausgesprochen hatte, meldete er mittlerweile „schwere Bedenken“ an; der „berufsständisch aufgebaute Staat“ würde zu „einer weiteren Zersplitterung des Volkes“ und damit auch der nationalen Kräfte führen – ein Risiko, das man unter keinen Umständen tragen wollte. Ähnlich argumentierte auch Oscar Funcke, der Vorsitzende der eisenverarbeitenden Industrie, der Brauweilers Vorschlag mit der Begründung ablehnte, dass dadurch „gerade in der Industrie der klaffende Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ nur noch verstärkt werden würde.⁷¹⁶

Auf Fürsprache von Quatz, Kükelhaus, Loewenstein und Brandi, der die stärkere Einbindung des Arbeiters in den jeweiligen Betrieb als Idealziel beschrieb, für welche die Arbeiterschaft allerdings noch nicht vollkommen reif schien, wurde der Vorschlag Quatz schließlich zum Anlass genommen, eine Kommunikations- und Forschungsstelle für berufsständische Fragen einzurichten. Diese sollte die wissenschaftliche Erarbeitung des ständischen Gedankens vornehmen, um auf diese Weise „das ganze Problem wissenschaftlich bearbeiten und den

⁷¹³ Eglau, Hans Otto: Fritz Thyssen, Hitlers Gönner oder Geisel, Berlin 2003. Laut der Aussage Clemens Lemmers befürchtete man seitens der Industrie eine Erstarrung der Wirtschaft durch die damit einhergehende Rücksichtnahme der großen auf die kleinen Unternehmen (Gedanke von Clemens Lemmers, Juni 1932) S. hierzu auch Weiß, Volker: Moderne Antimoderne. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus, Paderborn 2012, S. 61.

⁷¹⁴ Clemens, 1983, S. 82.

⁷¹⁵ Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses der rheinisch-westfälischen Berufsstände am Freitag, 30.12.1921 im Hotel Kaiserhof zu Essen, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁷¹⁶ Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses der rheinisch-westfälischen Berufsstände am Freitag, 30.12.1921 im Hotel Kaiserhof zu Essen, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120. Hier wird die Haltung der Industrie mehr als deutlich, die das Erstarken der Arbeitnehmerschaft verhindern wollte. Zwar hatte man sich mit dem 1920 erlassenen Betriebsrätegesetz noch offen dafür gezeigt, Reformen im Sinne des Arbeiters anzunehmen, die Tatsache, dass dieses Gesetz jedoch erst in zweiter Instanz angenommen wurde und nur unter der Prämisse, dass das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer auf die sozialen Angelegenheiten beschränkt bleiben sollte, verdeutlichte, dass von einer wirklichen Kooperationsbereitschaft nicht die Rede sein konnte. Stattdessen wurden die Befugnisse und Einflussmöglichkeiten der Betriebsräte beschränkt.

Gedanken einstweilen in der Stille propagieren zu können“.⁷¹⁷ Die Tatsache, dass hier trotz aller Reserviertheit seitens der Industrie für eine praktische Umsetzung des ständischen Gedankens votiert wurde – zumindest für seine ideell-wissenschaftliche Ausgestaltung – ging nicht zuletzt auf die Tätigkeit Hans von und zu Loewensteins in der Wirtschaftsvereinigung zur Förderung des geistigen Wiederaufbaus zurück.

Der für die Erstellung einer derartigen Forschungs- und Kommunikationsstelle notwendigerweise einzurichtende Arbeitsausschuss sollte aus Vertretern von Landwirtschaft, Handwerk und Industrie gebildet werden. Als Vertreter der Landwirtschaft hatte Brauweiler sowohl den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer der Provinz Westfalen Wilhelm von Ledebur, Kerckerinck zur Borg, Loë-Bergerhausen oder auch Schorlemer-Lieser vorgeschlagen, als Vertreter des Handwerks u.a. Karrenbrock, Kükelhaus und Lübbering und für den Bereich Handel und Industrie die Herren Vögler oder Funcke.⁷¹⁸ Sich selbst teilte Brauweiler dem Bereich Landwirtschaft zu, was sich aus seiner engen Verbindung mit Kerckerinck und Schorlemer ergab.⁷¹⁹ Zum Vorstand der Vereinigung, die zusammen mit dem Arbeitsausschuss die Gründung vornehmen sollte, benannte er Schorlemer, Kükelhaus und Vögler.⁷²⁰ Die Ergebnisse des Arbeitsausschusses sollten in den von Brauweiler seit September 1920 herausgegebenen *Blättern für ständischen Aufbau* veröffentlicht werden.

Brauweilers anfänglicher Optimismus ist in einer Niederschrift über das Ergebnis der Konferenz erkennbar, in der es heißt, dass der Vorschlag zur Gründung einer Organisation für ständischen Aufbau „allseits begrüßt“ worden sei; deutlich wurde sein Optimismus aber auch in einem Brief an Lüninck vom 31. Dezember, in dem er berichtete, dass die „Industrie sich zu grundsätzlicher Unterstützung“ in einem „harmlosen Rahmen“ bekannte und das „das alte Jahr dadurch doch einen großen Fortschritt“ gebracht habe.⁷²¹

Ein Schreiben Rechlins sollte seine Euphorie jedoch erneut zunichtemachen. In diesem informierte er Brauweiler darüber, dass die Einrichtung einer Kommunikations- und Forschungsstelle doch nicht so reibungslos erfolgen könne, wie anfangs gedacht.⁷²² Stattdessen riet Rechlin dazu, die praktische Arbeit von der wissenschaftlichen Tätigkeit zu trennen. Die hier deutlich gewordene Reserve verstärkte sich in einem zweiten Brief Ende Januar 1922. In

⁷¹⁷ Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses der rheinisch-westfälischen Berufsstände am Freitag, 30.12.1921 im Hotel Kaiserhof zu Essen, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁷¹⁸ Albert Vögler (1877-1945): ab 1925 Direktor des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats, ab 1926 Vorsitzender der Vereinigten Stahlwerke AG.

⁷¹⁹ Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses der rheinisch-westfälischen Berufsstände am Freitag, 30.12.1921 im Hotel Kaiserhof zu Essen, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁷²⁰ Niederschrift über die Sitzung des Arbeitsausschusses der rheinisch-westfälischen Berufsstände am Freitag, 30.12.1921 im Hotel Kaiserhof zu Essen, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁷²¹ Brauweiler an Lüninck, 31.12.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁷²² S. hierzu auch das Schreiben an die Mitglieder des Zweckverbandes, 20.3.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

diesem versicherte Rechlin Brauweiler zwar, dass der Zweckverband nordwestdeutscher Wirtschaftsvertretungen die Vereinigung finanziell unterstützen wolle und stellte für das Jahr 1922 30.000 Mark zur Verfügung, von einer aktiven Beteiligung wurde jedoch abgesehen.⁷²³ Stattdessen sollten die einzelnen, dem Zweckverband angeschlossenen Werke eigenständig über eine mögliche Unterstützung der Vereinigung für ständischen Aufbau entscheiden. War eine „formelle Beziehung“ damit also ausgeschlossen worden, gründete Brauweiler, ähnlich wie bereits ein Jahr zuvor mit der WVTG oder der *Malstatt*-Verlagsgesellschaft auch hier wieder eine eigene Verlagsgesellschaft für ständischen Aufbau.⁷²⁴ Diese sollte in Form einer Aktiengesellschaft realisiert werden, die Ende Februar 1922 in Kraft treten und deren Vorstand Brauweiler übernehmen wollte. Für den ersten Aufsichtsrat schlug er u.a. Ferdinand von Lüninck und Heinrich Kintzen (Rechtsanwalt, der Brauweiler auch in Gründungsfragen beriet) vor, die sich mit jeweils 1000 Mark an der Gründung beteiligten. Die *Blätter für ständischen Aufbau*, deren Erscheinen zum Jahreswechsel 1921/22 eingestellt worden war, sollten in die Verlagsgesellschaft aufgenommen werden und ab April 1922 als Monatsschrift herauskommen.

4.6 Die Gründung der Vereinigung für ständischen Aufbau

Trotz der Distanzierung des Zweckverbands, dessen Vertreter auf einer Sitzung am 13. März nochmals betonten, keine weitere feste Organisation für Berufsstände neben dem bestehenden Arbeitsausschuss rheinisch-westfälischer Berufsstände unterstützen zu wollen und der Absage Albert Vöglers, sich an dem Vorhaben Brauweilers zu beteiligen, wurde die Vereinigung für ständischen Aufbau im April 1922 dennoch ins Leben gerufen.⁷²⁵ Aufgrund der bestehenden Affinitäten traten diesem hauptsächlich Vertreter aus der Landwirtschaft, dem Handwerk und dem Mittelstand bei. Dazu zählten u.a. Schorlemer, Kerckerinck zur Borg, Heim, von Lüninck, Landeseconomierat Fühling, Kükelhaus, Lübbering, Schürholz oder Lejeune-Jung, sowie einige Mitglieder aus dem „Kreis des Politischen Kollegs und dem Kreis der Arbeitsgemeinschaft deutschnationaler Industrieller“.⁷²⁶ Im Text der Beitrittseinladung wurde festgehalten, dass die Bewegung an das von Freiherrn vom Stein aufgestellte Selbstverwaltungsprogramm und Bismarcks Wirtschaftsrat anknüpfen und die einzelnen ständischen Bestrebungen auf eine einheitliche Linie ausrichten solle. In der Satzung der Vereinigung hieß es, dass „die Vereinigung ihre Aufgabe durch wissenschaftliche, kritische Ausführung, durch Meinungs Austausch, durch Werbung für den ständischen Gedanken in Wort

⁷²³ Rechlin an Brauweiler, 31.1.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

⁷²⁴ Betr. Gründung der Verlagsgesellschaft für ständischen Aufbau, Ende Februar 1922, Archiv Ostwig, Best. Nachlass Ferdinand von Lüninck, Nr. 830.

⁷²⁵ Rundschreiben Nr.33, Betrifft: Arbeitsausschuss rheinisch-westfälischer Berufsstände, 13.3.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

⁷²⁶ Mitgliederliste: Vereinigung für ständischen Aufbau, Geschäftsstelle, Denkschrift betr. Vorarbeiten und Gründung, 23.6.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

und Schrift und durch Beratung und Förderung der ständischen Bestrebungen lösen“ wolle.⁷²⁷ Da jegliche parteipolitische oder öffentliche Bestrebung gemäß der Feststellungen bei der Essener Konferenz von vornherein ausgeschlossen blieb, fokussierte sich Brauweiler vor allem darauf, das Interesse einflussreicher Verbände und außerparlamentarischer Organisationen zu wecken, indem er durch eine Vielzahl von Gesprächen zum Beispiel mit Stegerwald, Brauer oder Röhr von den christlichen Gewerkschaften, Kriegsheim, dem Direktor des Reichslandbundes, Georg Heim, dem Führer des christlichen Bauernvereins oder auch Freundt ein grundsätzliches Einvernehmen für die ständische Bewegung zu erreichen versuchte.⁷²⁸ Gerade vor dem Hintergrund der sich als schwierig gestaltenden finanziellen Lage der Bewegung, deren Aufwendungen mittlerweile auf eine Summe von 260.000 Mark kalkuliert wurde, war es wichtig, neben Einzelmitgliedern, die „im wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Leben Einfluß haben“, auch die „wirtschaftsständischen und andere Organisationen möglichst von der Notwendigkeit des berufsständischen Gedankens“ zu überzeugen – eine Aufgabe, die sich nach wie vor als schwierig herausstellen sollte.⁷²⁹

So gingen die Vorarbeiten für die Vereinigung, die Brauweiler als seine „Lebensaufgabe“ bezeichnete, mit der er „entweder siegen oder untergehen“ wollte, trotz einer Reihe von Interessensbekundungen und Beitrittserklärungen auch weiterhin nur äußerst schleppend voran und waren immer wieder durch Rückschläge geprägt.⁷³⁰ Beispielsweise ließ der Reichslandbund, vertreten durch Kriegsheim, verlauten, dass „die Auffindung eines gangbaren Weges der ständischen Bewegung noch nachhaltiger Untersuchung bedürfe,“ deshalb also auch ein Beitritt des Reichslandbundes nicht in Frage käme.⁷³¹ Ähnlich äußerten sich die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, die trotz ihrer Affinität für einen berufsständischen Aufbau, dem volksgemeinschaftlichen Gedanken und der Umformung des Artikels 165 der Weimarer Reichsverfassung zu einem Reichswirtschaftsrat keine Teilnahme an der Vereinigung wünschten. Als Begründung führten sie wohl nicht zu Unrecht an, dass „Begriffe und Entwicklungen doch noch zu sehr im Unklaren“ lägen.⁷³² Hatte Brauweiler bis dato an der Unterstützung durch die christlichen Gewerkschaften keinen Zweifel gehabt, da er der festen

⁷²⁷ Leitsätze, Entwurf, 14.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

⁷²⁸ Petzinna, 2000, S. 75.

⁷²⁹ Denkschrift für Freiherr von Wangenheim, 12.8.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

⁷³⁰ Ebd.

⁷³¹ Obwohl der Reichslandbund nicht beitrug, schrieb dessen Direktor Kriegsheim an Brauweiler, dass er sich voll und ganz zu Brauweilers Absichten bekenne und dass auch eine Reihe von Mitgliedern einen persönlichen Anschluss an die Vereinigung für ständischen Aufbau vollziehen wollten. So erwähnte er hier u.a. Roesicke, Hepp, Graf Kalkreuth, Döberich, Hillger und Kriegsheim. Sie alle stimmten den Grundsätzen der Vereinigung, wie sie in der Schrift „Die ständischen Bewegung“ vorgegeben wurden, zu. S. Kriegsheim an Brauweiler, 12.7.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

⁷³² Der Generalsekretär des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften an Brauweiler, 8.7.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134. Ein bestehendes Interesse Stegerwalds an einer ständischen Neuorientierung blieb zweifelhaft und sollte sich nach seiner Essener Rede vom 30.12.1921 und der Absage durch Brauer endgültig zerschlagen. Besonders verwunderlich war dieses Verhalten, da Stegerwald seit längerem am Zustandekommen einer neuen christlich-konservativen Partei mit ständischem Aufbau gearbeitet hatte, an der sein Interesse jedoch bereits im Sommer 1921 stark nachgelassen zu haben schien.

Überzeugung war, sein Programm durch den Versuch der Integration des vierten Standes ganz im Sinne der Arbeiterschaft gestaltet zu haben und Stegerwald darüber hinaus bei der Oktoberkonferenz 1918 noch seine Kooperationsbereitschaft zugesichert hatte, verflüchtigte sich diese Zuversicht mit der Absage Theodor Brauers endgültig.⁷³³ Die Distanzierung der Gewerkschaften begründete Stegerwald primär mit der engen Verbindung Brauweilers zur Landwirtschaft und der damit zusammenhängenden Befürchtung einer zu starken Orientierung an agrarisch-feudalistischen Interessen.⁷³⁴ Diese Kritik hatte Stegerwald bereits 1915 dazu bewogen, zusammen mit Martin Spahn und August Pieper eine politische Neuorientierung der Zentrumsparterie anzuberaumen, die das Übergewicht des agrarischen Sektors zugunsten der christlich-nationalen Arbeiterschaft zurückdrängen sollte. Da Brauweiler vor allem einflussreiche Persönlichkeiten aus der Landwirtschaft – wie Lüninck, Kerckerinck zur Borg oder Schorlemer-Lieser – zu wichtigen Finanziers der Vereinigung für ständischen Aufbau zählte, wurden alte Befürchtungen bei Stegerwald genährt – ein wesentlicher Faktor, der zu seiner Absage führte.⁷³⁵ Darüber hinaus war jedoch auch die mangelnde Bereitschaft der Industriellen, sich auf eine stärkere Kooperation mit der Arbeiterschaft einzulassen, ein wichtiger Grund für die Ablehnung der christlichen Gewerkschaften. Hatten diese, neben dem Betriebsrätegesetz von 1920, ein noch weiterreichendes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter gefordert, sollte die Zurückhaltung der Arbeitgeberschaft Skepsis hervorrufen. So war man immer mehr im Zweifel darüber, ob die divergierenden gesellschaftlichen Interessen, die an den ständischen Aufbau gekoppelt waren, wirklich auf eine einheitliche Ausrichtung justierbar seien.

Neben den Gewerkschaften kam eine exponierte Zusammenarbeit auch mit dem Verein christlicher Mittelstand und dem Rheinischen Bauernverein nicht zustande, obwohl Assessor Stapper, als dessen Vorsitzender in einem Brief vom 1. Juni noch versprochen hatte, die Zusammenarbeit im Sinne der ständischen Bewegung stärker forcieren zu wollen.⁷³⁶

Die Begründungen der oben genannten Organisationen für die Ablehnung einer aktiven Beteiligung an der Vereinigung für ständischen Aufbau waren durchaus vielfältig. So wurde

⁷³³ In einem 1974 erfolgten Schreiben an Schmidt schreibt Brauweiler über diese Situation, dass die katholischen Arbeiterorganisationen ihm plötzlich „feindselig“ entgegentraten und er weder von Stegerwald noch Brauer irgendeine Unterstützung für seine Vereinigung erhielt. Brauweiler an Schmidt, 15.11.1973, StMG, NI Brauweiler, 15/13/186; Der Generalsekretär des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften an Brauweiler, 8.7.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

⁷³⁴ Der Generalsekretär des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften an Brauweiler, 8.7.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

⁷³⁵ Clemens, 1983, S. 93-97. Das Verhältnis Brauweilers zu den Gewerkschaften hatte sich damit eindeutig geändert. Schrieb er dem Historiker Wolfgang Stump in einem Brief vom November 1967, dass er mit den Gewerkschaften zur Zeit der Erzberger Kampagne 1917/18 noch in „ständigem freundschaftlichem Kontakt“ gestanden hatte, wirkte die hier seitens Stegerwald gegen Brauweiler geäußerte Absage an dessen Vereinigung für ständischen Aufbau wie ein Bruch. S. Der Generalsekretär des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften an Brauweiler, 8.7.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134 und im Vergleich dazu Stegerwald an Brauweiler, 7.5.1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/165.

⁷³⁶ Assessor Stapper an Brauweiler, 1.6.1922, StMG, NI Brauweiler 15/13/134.

neben dem berechtigten Vorwurf eines zu unklaren Programms und der nicht zu realisierenden Vereinheitlichung von Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Industrie auch die mögliche Beeinträchtigung der betrieblichen Selbstständigkeit sowie die zu erwartenden Einschränkungen des eigenen Einflussbereiches moniert.⁷³⁷ Darüber hinaus fürchtete man – ähnlich wie bereits seitens der Industrie geäußert – zu große Unruhen innerhalb der Betriebe – ein Zustand, den man unter allen Umständen vermeiden wollte, nachdem es seit 1919 immer wieder zu massiven Streikbewegungen gekommen war.

In Verkennung der Tatsache, dass diese Einwände durchaus berechtigt waren, zeigte sich Brauweiler jedoch weiterhin optimistisch, was seine anhaltende Werbearbeit für die Vereinigung bewies. So schrieb er Friedrich Freundt Mitte Juni, dass wenn „das Gesamtaufgebot (erst) zu übersehen“ sei und genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stünden, „mit großem Erfolg gearbeitet werden“ könne.⁷³⁸ Weiter hieß es, dass „die grossen Organisationen und ihre führenden Personen bei grundsätzlicher Zustimmung (dann auch) den Beitritt erklären“ würden.⁷³⁹ Direktor Kriegsheim gegenüber sicherte Brauweiler Ende Juli 1922 zu, dass durch die Zusammenfassung aller an der ständischen Bewegung interessierten Kräfte ein „gangbarer Weg“ der Vereinigung zu realisieren sei.⁷⁴⁰

Doch diese Zuversicht sollte sich auch im weiteren Verlauf seiner Arbeiten nicht erfüllen. Zwar appellierte Brauweiler erneut an Vöglers Sekretär Freundt, dieser solle die Industrie verstärkt dazu ermuntern, mehr Aufwand zum Gelingen der Bewegung beizutragen, da ansonsten deren Einstellung drohe und er sich einen anderen „Beruf besorgen“ müsse und auch an Quatz, der die von ihm erstellte Schrift „Die ständische Bewegung“ zur Zerstreung der anhaltenden Bedenken in Industriekreisen verbreiten sollte.⁷⁴¹ An ein Vorankommen war dennoch nicht zu denken. Auch ein letzter Vorschlag Quatz', der mangelnden Vertrauenswürdigkeit der Bewegung vor allem durch die Hinzuziehung „prominenter Leute aus der Landwirtschaft“ zu begegnen, wie zum Beispiel Georg Heim oder dem Führer des christlichen Bauernvereins Constantin Moerrenberg sowie einzelnen Mitgliedern des Reichslandbundes, wenn dieser schon nicht geschlossen beitreten wollte (Kriegsheim, Roesicke, Hepp, Döbrich ect.), sollte scheitern.⁷⁴² Die der Vereinigung für ständischen Aufbau entgegengebrachte Skepsis blieb weiterhin virulent und das nicht etwa aufgrund vermeintlicher Finanzierungsengpässe – in

⁷³⁷ S. hierzu die zahlreichen Briefe an Brauweiler in: StMG, NI Brauweiler 15/13/134; so z.B.: das Schreiben Greve-Dierfeld vom 12.8.1922, etc.

⁷³⁸ Brauweiler an Freundt, 24.6.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

⁷³⁹ Vereinigung für ständischen Aufbau. Geschäftsstelle. Denkschrift betr. Vorarbeiten und Gründung, 23.6.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

⁷⁴⁰ Brauweiler an Kriegsheim, 28.7.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

⁷⁴¹ Brauweiler an Freundt, 24.6.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁷⁴² Quatz an Brauweiler, 29.6.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

einem Brief an Philipp Schmidt sollte Brauweiler 1973 schreiben, dass „sowohl die Blätter als auch die Vereinigung für ständischen Aufbau beide an der Inflation“ starben – sondern vordergründig aufgrund der wenig aussagekräftigen und kaum vorstellbar zu realisierenden Programmatik.⁷⁴³

Auf Anraten von Vögler und Quaatz wurde die Vereinigung für ständischen Aufbau schließlich einem Plan vom Oktober 1921 folgend formal in die Arbeitsstelle für berufsständische Fragen in das Politische Kolleg eingegliedert, der Schulungseinrichtung der Jungkonservativen. Das sollte die „teilweise schwierige Finanzierung“ erleichtern.⁷⁴⁴

Die Düsseldorfer Oktoberkonferenz, der *Bund der Arbeit*, der Ketteler Bund, die *Malstatt*, die *Blätter für ständischen Aufbau* sowie die letztendlich daran anschließende Gründung der Vereinigung für ständischen Aufbau stellten die unermüdlichen Versuche Brauweilers dar, den von ihm forcierten Gedanken einer konservativen, ständisch-gegliederten Sammlungsbewegung umzusetzen, um so den Weg zu einer politisch-gesellschaftlichen Neuordnung auf antiparlamentarischer Basis zu ebneten. Die Tatsache, dass diese Vorhaben immer wieder zum Erliegen kamen, resultierte aus Brauweilers Illusion, die divergierenden Interessen aus Industrie, Landwirtschaft und Mittelstand auf einen einheitlichen Kurs auszurichten – eine Tatsache, an der das politische System der Weimarer Republik generell krankte. Stattdessen stand man sich hier oftmals diametral gegenüber; das schien Folge von Revolutionsumbruch, Inflation, Enthierarchisierung der althergebrachten gesellschaftlichen Verhältnisse zu sein und herbeigeführt durch eine aufstrebende, aber wurzellose Arbeiterschaft. Die interessengesteuerte, oftmals wenig zielorientierte Gemengelage machte die Aussicht auf den Aufbau einer Ordnungsalternative zum parlamentarischen System unmöglich.

5. Brauweiler in jungkonservativen Kreisen

Im Verlauf dieser Entwicklung kristallisierte sich für Brauweiler immer deutlicher heraus, dass es ihm vom Boden einer unabhängigen Sammlungsbewegung nicht gelingen würde, seine Ziele – also die ständische Verfassungsreform – durchzusetzen und die unterschiedlichen Ansichten auf einen einheitlichen Kurs auszurichten. Statt seine Vorstellungen jedoch kritisch auf den

⁷⁴³ Brauweiler an Schmidt, 1973, StMG, NI Brauweiler, 15/13/188 und Brauweiler an Spahn, 8.10.1925, StMG, NI Brauweiler, 15/13/182; Denkschrift für Freiherrn von Wangenheim, Betreff: Arbeitsplan für die Vereinigung für ständischen Aufbau, 12.8.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/134.

⁷⁴⁴ Dieser Vorschlag ging zurück auf die Anregung von Schorlemer-Lieser, 17.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120. Heinrich von Gleichen beglückwünschte Brauweiler zu dieser Entscheidung, die Vereinigung an das Politische Kolleg als Teil der Arbeitsstelle für berufsständische Fragen integriert zu haben. „Herrfahrt ist bereits unterrichtet.“ S. von Gleichen an Brauweiler, 12.10.1921, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

Prüfstand zu stellen, führte er seinen ausbleibenden Erfolg auf fehlende institutionalisierte Rahmenbedingungen zurück, die er mit der Distanzierung vom Zentrum eingebüßt hatte; sowie auf das mangelnde Interesse und den angeblich fehlenden Wagemut potentieller Finanzgeber. In diesem Zusammenhang hatte sich Brauweiler 1919/20, parallel zu seinen eigenständigen Bestrebungen, den Jungkonservativen angeschlossen, die mittels eines elitär-antidemokratisch ausgerichteten Klub-Netzwerks gegen den Parlamentarismus und den gesellschaftlichen Modernisierungsprozess vorgingen.⁷⁴⁵ Da die Jungkonservativen nicht nur publizistisch, sondern mittels politischer Körperschaften auch direkt organisatorisch aktiv waren und über ein weit verzweigtes Personennetzwerk verfügten, sah Brauweiler hier eine optimale Voraussetzung, um seine theoretischen Ansätze in der politischen Praxis zu verwirklichen.

5.1 Organisation und Einstellung der Jungkonservativen

Mit der Etablierung der Weimarer Demokratie sollte der „Kampf der Elemente, die sich in der Vaterlandspartei von 1917/18 zusammengefunden hatten“, nicht beendet sein, vielmehr „offen und geheim“ weitergeführt werden.⁷⁴⁶ So prophezeite der Historiker Friedrich Meinecke bereits 1918, dass die antidemokratischen Tendenzen mit Konstituierung der Republik nicht zum Erliegen kommen, sondern sich offensiv weiterentwickeln würden.⁷⁴⁷ In diesem Zusammenhang muss vor allem auf jene Bewegung verwiesen werden, die sich in Form verschiedener nationalistischer Bünde, Zirkel und Klubs als jungkonservative Abwehrbewegung gegen die Parteien und die parlamentarisch-demokratische Demokratie formierte. Aufgrund zahlreicher personeller Querverbindungen, z.B. zu einflussreichen Zeitungen und Zeitschriften, Teilen der Industrie, paramilitärischen Wehrverbänden, nationalistischen und völkisch orientierten Organisationen wie dem Deutschen Schutzbund, der Jugendbewegung wie dem Jungdeutschen Bund und schließlich zur DNVP, DVP und Zentrum, verfügten die Jungkonservativen bald über ein vielverzweigtes, rechtsoppositionelles Netzwerk.⁷⁴⁸

Die vorwiegend im protestantischen Lager verwurzelte jungkonservative Milieubewegung, von ihrem geistigen Wegbereiter Arthur Moeller van den Bruck als „Generation von 1919“ tituliert, war nicht plötzlich aus den Wehen der Nachkriegszeit entstanden – ihr ideologischer Kern hatte sich bereits im Kaiserreich entwickelt.⁷⁴⁹ Als ein maßgeblicher Gründungsimpuls zeigte sich

⁷⁴⁵ Zum Jungkonservatismus siehe: Postert, André: Von der Kritik der Parteien zur außerparlamentarischen Fundamentalopposition. Die jungkonservative Klub-Bewegung in der Weimarer Republik und ihre Auflösung im Nationalsozialismus, Baden-Baden 2014.

⁷⁴⁶ Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946, S. 52; Stegmann, Dirk: Die Erben Bismarcks, Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897-1918, Köln 1970, S. 519.

⁷⁴⁷ Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946, S. 52; Sontheimer, 1962.

⁷⁴⁸ Zur Industrie kamen Verbindungen erst ab der zweiten Hälfte der 1920er Jahre zustande.

⁷⁴⁹ Mohler, Armin: Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932: Ein Handbuch, Basel 1949, S. 67.

die Kritik gegenüber der wilhelminischen Lebensphilosophie und der bürgerlich-literarischen Intelligenz, deren Privilegien und Bildungsideale beständig von der während des 19. Jahrhunderts im Zuge der Industrialisierung herausgebildeten „Masse“ des Proletariats ausgehöhlt schienen. Aufgrund der sich abzeichnenden Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verfestigte sich bei den Jungkonservativen der Wunsch, sich von der als verknöchert und stagnierend wahrgenommenen Lebensweise zu befreien und dieser eine elitär ausgerichtete Ordnung entgegenzustellen.⁷⁵⁰

Mit dem Beginn des Kriegs verbanden die Jungkonservativen die Hoffnung, der lang ersehnte Bruch mit den als antiquiert empfundenen Lebensformen des Wilhelminismus könne endlich vollzogen werden. Die vier Jahre später erfolgende Kapitulation und die Bekanntgabe der Friedensbedingungen wirkten hingegen wie eine Ohnmacht.⁷⁵¹ Überzeugt, um Sieg und Kriegschance betrogen worden zu sein sowie als Reaktion auf die sich beginnende Konstituierung der Republik, stellten die Jungkonservativen der parlamentarisch-demokratischen Neuordnung ein eigenes staatspolitisches Konzept entgegen. Diese „wahre Ordnung“, wie sie von den Jungkonservativen beschrieben wurde, sollte an den im Mittelalter bereits veranlagten Reichsgedanken anknüpfen.⁷⁵² Dafür war es unerlässlich, sich „von den konservativen Elementen des Wilhelminismus“, den sogenannten Altkonservativen, abzugrenzen, die sich seit 1918 hauptsächlich in der DNVP sammelten und sich für eine Rückkehr zur Hohenzollernmonarchie und die Aufrechterhaltung der Machtansprüche der preußischen Führungsschichten einsetzten.⁷⁵³ Zwar war dieser Vorkriegskonservatismus, der sowohl die notwendige Ungleichheit der Menschen als auch das Prinzip der hierarchischen Ordnung betonte, auch bei den Jungkonservativen durchaus präsent. Da für sie der Konservatismus ab der Mitte des 19. Jahrhunderts jedoch kontinuierlich in eine Sackgasse geraten war, musste nun eine grundlegende Umstrukturierung in Angriff genommen werden.⁷⁵⁴

In etwaigen „Restaurationsbewegungen“ oder „der Wiederherstellung vorkriegszeitlicher Zustände“ sahen die Jungkonservativen folglich nur wenig Sinn, da der Wilhelminismus für sie

⁷⁵⁰ Gossler, Ascan: Publizistik und konservative Revolution: das „Deutsche Volkstum“ als Organ des Rechtsintellektualismus 1918-1933, Hamburg 2001.

⁷⁵¹ Mohler, 1949, S. 63ff.

⁷⁵² Jung, Edgar Julius: Deutschland und die konservative Revolution, München 1932, S.380.

⁷⁵³ Boehm, Max Hildebert: „Moeller van den Bruck im Kreise seiner Freunde“ in: Deutsches Volkstum, Nr. 14, September 1932, S. 693-697. Die Unterscheidung in Alt- und Neukonservative findet man vor allem bei Gabriele Clemens vertreten, die die zwei Begriffe zur Unterscheidung zwischen den reaktionär eingestellten Anhängern des wilhelminischen Gedankens, die sich wie bereits erwähnt 1918 in der DNVP sammelten und den Neukonservativen verwendet, deren, durch Krieg und Revolution hervorgerufenen verändertes Denken zum Ausgangspunkt einer Neuorientierung des Deutschen Reiches in politischer und sozialer Hinsicht werden sollte. S. Clemens, 1983, S. 65ff. Die „Jungkonservativen“ lehnten im Unterschied zu den sog. „Altkonservativen“ die Rückkehr zum Wilhelminismus strikt ab, sowie auch den modernen parlamentarischen Parteienstaat und forderten stattdessen eine ständisch-kooperative Ordnung. S. hierzu: Mohler, Armin: Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932: Ein Handbuch, Basel 1949, S. 115.

⁷⁵⁴ Klemperer, Klemens v.: Konservative Bewegung zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1962, S. 43.

die „Keimzelle des kulturellen Verfalls“ verkörperte.⁷⁵⁵ Dies betonte auch Max Hilbert Boehm, in dem er schrieb, dass „der fahle Glanz des wilhelminischen Zeitalters“ niemanden mehr blende, der „klein[st]e Wille oder die schlaff[st]e Sehnsucht nach Restauration“ verschwinde.⁷⁵⁶ Mit dem Appell an einen „konservativen Neubau der Gesellschaft“ verband man folglich nicht mehr die Bewahrung eines irgendwann geschaffenen Zustands oder ein Festhalten an der bestehenden Staatsform – vielmehr ging es darum, Dinge zu schaffen, „deren Erhaltung sich auch lohnt“ und mit denen die negative Modernität, die sich im Parlamentarismus auszubilden schien, aufgehalten werden konnte.⁷⁵⁷ Aus dem Bestreben nach Überwindung des alten Nationalismus entwickelte sich der Begriff der „Neuen Front“, deren Hauptstütze aber nicht die Masse sondern eine Elite bilden sollte.⁷⁵⁸ Die Favorisierung des elitären Prinzips erwuchs vor allem aus der gesellschaftlich exponierten Rolle der Jungkonservativen, die vordergründig aus akademischen Kreisen kamen – also einer Bildungselite, die sehr schnell auch zu entsprechenden Konzepten griff.⁷⁵⁹ Gerade in Zeiten des scheinbaren gesellschaftlichen Verfalls galt es, die fähigen und führenden Köpfe in der Gemeinschaft emporzuheben: die Jungkonservativen fühlten sich selbst zur Vorauswahl der künftigen politisch-aristokratischen „Führer“ berufen und wollten diese zu ihren künftigen Aufgaben auch sittlich erziehen, im Sinne gesellschaftlicher und altruistischer Normen.⁷⁶⁰

In diesem Zusammenhang wurde die Revolution zum Ausgangspunkt einer kommenden Neugestaltung Deutschlands erklärt.⁷⁶¹ Hierdurch sollte ein Bruch mit klassisch überkommenen Bildungstraditionen erfolgen und ein neues Bildungsideal entstehen, mit dem Ziel der Wiedererweckung des „deutschen Lebensstils“.⁷⁶² Schien dieser durch die Aufklärung und die zunehmende Vermassung im Zuge der Industrialisierung und des erwachenden Selbstbehauptungstriebes der Arbeiterbewegung bis dato immer stärker verwässert, kam es folglich umso mehr auf die Durchsetzung eines „neuen Stils“ an, der – geprägt auch von ästhetischen Idealen – die vermeintliche Degeneration der aristokratischen Kultur durch

⁷⁵⁵ Stadtler, Eduard: „Ruck nach rechts, Ruck nach links“, in: Gewissen, Nr. 8, 20.2.1922.

⁷⁵⁶ Boehm, Max Hildebert: „Körperschaftliche Bindung“, in: Moeller van den Bruck (Hrsg.): Die neue Front, Berlin 1922, S. 35-46, hier S. 46.

⁷⁵⁷ Moeller van den Bruck, Arthur: Das Dritte Reich, Hamburg 1931, S. 15.

⁷⁵⁸ Breuer, Stefan: Nationalismus und Faschismus, Frankreich, Italien und Deutschland im Vergleich, Darmstadt 2005, S. 168ff.

⁷⁵⁹ Postert, 2014, u. a. S. 13.

⁷⁶⁰ „Die 33-Sätze“, StMG, Nl Brauweiler, 15/13/184 oder BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/12.

⁷⁶¹ Hübinger, Gangolf: „Die politischen Rollen europäischer Intellektueller im 20. Jahrhundert“, in: Hübinger, Gangolf & Thomas Hertfelder: Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik. Stuttgart 2000, S. 142ff., Moeller van den Bruck, 1926, S. 33. In diesem Zusammenhang wurden die Jung- oder Neukonservativen auch immer wieder als „Konservative Revolutionäre“ bezeichnet – ein Begriff, der nur auf den ersten Blick widersprüchlich wirkt. S. hierzu u.a. Edgar Julius Jung, der den Begriff „Konservative Revolution“ als „Wiederinachtsetzung all jener elementaren Gesetze und Werte“ bezeichnet, „ohne welche der Mensch den Zusammenhang mit der Natur und Gott verliert und keine wahre Ordnung aufbauen kann“. S. hierzu Ishida, Yuji: Jungkonservative in der Weimarer Republik: der Ring-Kreis 1928-1933, Frankfurt am Main 1988, S. 83.

⁷⁶² Zitiert nach dem Titel von Berthold Petzinna, Erziehung zum deutschen Lebensstil, der in seinem Buch eine detaillierte Beschreibung der jungkonservativen Bewegung gibt. Den deutschen Lebensstil sieht er vor allem in den jungkonservativen Bewegungen zur Staatserneuerung verkörpert. Petzinna, 2000.

Überwindung der wilhelminischen Gesellschaft aufhalten sollte. Dem zersplitterten deutschen Reich sollte damit nicht nur zu neuer Einheit verholfen, sondern auch eine Neugestaltung der deutschen Gesellschaft erreicht werden.⁷⁶³

Umsetzen wollten die Jungkonservativen diese Idealvorstellung mit Hilfe eines umfassenden Erziehungskonzepts.⁷⁶⁴ Besagtes Programm zielte vor allem in Richtung „Überwindung der Demokratie und des undeutschen Sozialismus“ und darauf, Deutschland „dem Ziel der Vergemeinschaftung [der] durch Parteien und Klassen zerrissenen Gesellschaft, d.h. der wahren Nationalisierung und Leibwerdung des gesamten Deutschtums“ und dem nationalen Sozialismus nahezubringen.⁷⁶⁵ Folglich galt es, das Volk so vorzubereiten, „dass einmal mit ihm als Nation politisch gehandelt werden“ konnte.⁷⁶⁶ Nur so schien es möglich, aus der „deutschen Masse“ eine „wahre“ Volksgemeinschaft und damit eine „wahre“ Demokratie entstehen zu lassen.⁷⁶⁷ An deren Spitze sollten allerdings keine Parteien stehen, sondern ein „charismatischer Führer“ als „starke Zentralgewalt die Oberhand“ behalten.⁷⁶⁸

Während die Mitarbeit in Parteien strikt abgelehnt wurde, die in den Augen der Jungkonservativen die deutsche Bevölkerung für ihre sozialistische oder bolschewistische Interessenpolitik instrumentalisierten, konzentrierten sich die Jungkonservativen stattdessen auf die Bildung informeller Klubs als alternativen Sammlungs- und Austauschstätten. Der 1919 gegründete Ring-Kreis – schon der Begriff selbst war ein Symbol für das Ziel innerer Geschlossenheit – stellte die organisatorische Schaltzelle der jungkonservativen Bewegung dar. Kurz zuvor war hieraus bereits der exklusive und elitär ausgerichtete Juniklub als vielleicht bekanntester jungkonservativer Plattform hervorgegangen, der „eine Gesinnungsgemeinschaft zur Pflege politischer Bildung unter Benutzung der Klubform mit Wirtschaftsbetrieben“ verkörperte.⁷⁶⁹

Organisatorisch stellte der vornehmlich aus Männern des rechtsintellektuellen und rechtsoppositionellen Lagers gebildete Juniklub einen Zusammenschluss aus Heinrich von

⁷⁶³ Petzinna, Berthold: Die Wurzeln des Ringkreises, in: Schmitz, Walter & Clemens Vollnhans: Völkische Bewegung, konservative Revolution, Nationalsozialismus, Aspekte einer politisierten Kultur, Dresden 2005, S. 138ff.; und auch Petzinna, 2000, S. 21.

⁷⁶⁴ Stadtler, Eduard: „Ruck nach rechts, Ruck nach links“, in: Gewissen, Nr. 8, 20.2.1922.

⁷⁶⁵ Stadtler, Eduard: „Die Nationalisierung der deutschen Revolution“, in: Moeller van den Bruck (Hrsg.), 1922, S. 420. Weitere Vertreter des nationalen Sozialismus waren unter anderem Oswald Spengler, Werner Sombart und Ernst Niekitsch.

⁷⁶⁶ Petzinna, 2000, S. 77.

⁷⁶⁷ Durch die Betonung ihres ‚wahren‘ Charakters wollte man Begriffen wie Demokratie oder Volksgemeinschaft eine gewisse Abgrenzung zu den bestehenden Begrifflichkeiten verleihen.

⁷⁶⁸ Bezüglich des Führerbegriffs s. u.a. Brauweiler, Heinz: „Führung und Bindung“, in: Gewissen, Nr. 34, 23.10.1922. Die Vorstellung eines charismatischen Führers fand bei den Jungkonservativen generell weitverbreiteten Anklang, so zum Beispiel bei Moeller van den Bruck, 1926, S. 306-307 oder aber auch bei Jung, Edgar Julius: Die Herrschaft der Minderwertigen, ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein Neues Reich, Berlin 1930, S. 324-332 sowie bei Stapel, Wilhelm: Der christliche Staatsmann, Eine Theologie des Nationalismus, Hamburg 1932. Hierin ist einer der hauptsächlichsten Unterschiede zum Rechtskatholizismus zu sehen, da die Rechtskatholiken an Stelle eines Führers, wieder einen starken Monarchen an der Spitze des deutschen Reiches haben wollten. Hiervon erhofften sie sich eine bessere Garantie für die katholischen Rechte.

⁷⁶⁹ Akten Betreff Juniklub, Berlin 30. Dezember 1922, BAArch, Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, R 1507/417.

Gleichens Vereinigung für nationale und soziale Solidarität, Eduard Stadtlers Antibolschewisten Liga und dem Deutschen Schutzbund dar.⁷⁷⁰ Die geistigen Wurzeln des Juniklubs – dessen Name sollte an den im Juni abgeschlossenen Versailler Vertrag erinnern – waren vielfältig und gingen neben den oben bereits genannten Organisationen auch auf den „Bund deutscher Gelehrter und Künstler“ zurück, in dem sich Heinrich von Gleichen seit 1914 engagierte.⁷⁷¹ Der betont unpolitische Klub hatte sich der Sammlung der „geistig schöpferischen Köpfe Deutschlands“ verschrieben in dem Bewusstsein, gezielt Einfluss auf das öffentliche Leben zu nehmen.⁷⁷² Weitere personelle und programmatische Grundlagen des Juniklubs ergaben sich aus der „Deutschen Gesellschaft von 1914“, dem „Verein Kriegshilfe Ost“ oder dem „Verein deutscher Studenten“.⁷⁷³

Programmatisch war die Satzung des Juniklubs vor allem auf das Ziel gerichtet, die Aussprache und Gemeinschaftsarbeit im Dienst der politischen, kulturellen, wirtschaftlichen Erneuerung Großdeutschlands zu realisieren.⁷⁷⁴ Grundlage seiner Programmatik bildeten die „33 Sätze“, die Leitlinien des Klubs, die eher „ein Programm für die Methode der Arbeit, nicht ein Programm der Ziele“ waren.⁷⁷⁵ Die Absicht des Klubs war vor allem die Sammlung der jungen Kräfte, deren Jugendhaftigkeit sich nicht über das Alter, sondern die Einstellung definierte. Dabei kam es nicht auf geistige Uniformität an, sondern auf die „Verschiedenheit der Auffassungen“, die im Klub schließlich zu einer gemeinsamen Politik zusammengeführt werden sollten.⁷⁷⁶ Berechtig zur Aufnahme in den Klub war jeder, der das Vertrauen aller genoss und „aufbauend wirken“ wollte; abgelehnt hingegen all diejenigen, die die Mitgliedschaft als Sprungbrett zu „Konjunktur und Karriere“ benutzten oder sich durch „ihre Mitgliedschaft bei zu entschiedener Betätigung bloßzustellen“ fürchteten.⁷⁷⁷ Zwar wurde betont, dass sich die Klubmitgliedschaft auf ein elitäres Prinzip gründe, dennoch sollte es

⁷⁷⁰ Der Beginn der Weimarer Republik konnte als „Geburtsstunde der Intellektuellen“ gesehen werden, die, ihrem Selbstverständnis zufolge, eine systemkritische Position zu der Massendemokratisierung einnahmen, indem sie dieser die Propagierung der nationalen Idee entgegenhielten. S. Raullet/Gangl, 2007, S. 10. Neben linksintellektuellen Gesellschafts- und Kulturkritikern wie Ernst Troeltsch etc. war der Rechtsintellektualismus gerade auch bei den Jungkonservativen weit verbreitet. Diese setzten alles daran, eine Ordnungsalternative zum Weimarer System zu entwerfen. Zur historiographischen Aufarbeitung der Intellektuellen siehe vor allem: Hübinger, Gangolf: Kritik und Mandat: Intellektuelle in der deutschen Politik, Stuttgart 2000 oder auch Schlich, Jutta: Intellektuelle im 20. Jahrhundert in Deutschland: Ein Forschungsreferat, Berlin 2000; Muralt, Ferdinand von: „Die Ringbewegung“, in: Hochland, Nr. 29, 1931-1932, S. 289-299.

⁷⁷¹ Der Bund deutscher Gelehrter und Künstler rekrutierte sich im Zuge des Ersten Weltkriegs mit dem Ziel, „die Verleumdung unserer deutschen Kultur“ aufzuhalten und für die „geistigen Güter Deutschlands einzutreten“. Zu bedeutenden Mitgliedern des Bundes zählten u.a. Eduard Spranger, Thomas Mann, der spätere Gründer der Deutschen Hochschule für Politik Ernst Jäckh oder auch Max Plank. Petzinna, 2000, S. 51.

⁷⁷² Weitere Mitgliedern des Bundes waren Ernst Troeltsch, Max Rubner oder Peter Behrens aber auch Walther Schotte, Max Hildebert Boehm und Eduard Stadler, die sowohl beim Juniklub als auch Herrenklub beteiligt sein sollten. Postert, 2014, S. 109.

⁷⁷³ Postert, 2014, S. 110ff.

⁷⁷⁴ Protokoll der Juniklubsitzung vom 9.1.1922, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/3.

⁷⁷⁵ Notiz über die Besprechung mit Philipp Schmidt am 26.-28. August 1974, 1.9.1974, StMG, NI Brauweiler, 15/13/186.

⁷⁷⁶ Postert, 2014, S. 124.

⁷⁷⁷ „Die 33-Sätze“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/184.

langfristig gelingen, in „Beziehung zu allen Deutschen“ zu treten, „die als Einzelne den Weg gehen, wie wir als Gruppe“.⁷⁷⁸

Initiator der „33-Sätze“ war der sogenannte „13er Ausschuss“, der als Gründungsgremium des Juniklubs fungierte und dem neben Heinrich von Gleichen, Eduard Stadtler, Max Hildebert Boehm, Hans Roeseler, Wilhelm von Kries, Friedrich Röhr, Heinrich Herrfahrt, Karl Hoffmann, Rudolf Pechel, Franz Broecker, Arthur Moeller van den Bruck und Paul Lejeune-Jung auch Heinz Brauweiler angehörte.

Brauweilers Entscheidung, sich einer überparteilichen und antidemokratisch orientierten Vereinigung, wie dem Juniklub anzuschließen, war vor allem emotionsbedingt: enttäuscht von den unüberbrückbaren Gegensätzen, die sich während seiner Zeit beim *Düsseldorfer Tageblatt* zwischen der Zentrumspartei und ihm herauskristallisiert hatten, führte ihn seine konträre Einstellung zu Fragen der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Neugliederung Deutschlands zu der Einsicht, dass er sich vom Boden des Zentrums aus einer konservativen Gesellschaftsordnung nicht werde nähern können. Die Tatsache, dass auch seine eigenständigen Projekte, wie der *Aufbau* oder der *Bund der Arbeit*, nicht die erwünschte Wirkung erzielt hatten, bestärkte ihn in seinem Entschluss, parallel den Kontakt zu den Jungkonservativen auszubauen. Die entsprachen seinen Vorstellungen schon allein aufgrund des praktizierten Sammlungskonzepts, das auf ganz ähnlichen Ideen basierte, wie sie Brauweiler bereits bei der Düsseldorfer Oktoberkonferenz vorgestellt hatte. In diesem Zusammenhang fühlte Brauweiler sich vor allem von der Gruppierung um ein publizistisches Organ als organisatorischem Mittelpunkt angesprochen – ein Konzept, das er bereits seit langem ergebnislos forciert hatte und nun bei den Jungkonservativen in vollen Zügen nutzen konnte.

Zu einem seiner Hauptartikulationsfelder wurde das Zentralorgan der Jungkonservativen, das *Gewissen*. Dessen Name war eine Reminiszenz an die anhaltende „Gewissenlosigkeit“ der Gesellschaft, die zum „hervorstechendsten Merkmal unsere[r] Zeit“ erklärt wurde.⁷⁷⁹ Insgesamt engagierten sich über 178 Autoren sowohl schriftstellerisch als auch journalistisch für das *Gewissen*. Hier erhielten sie die Möglichkeit, politische Ereignisse und Entwicklungen zu kommentieren und darüber hinaus so weit wie möglich Einfluss auf die öffentliche Meinung auszuüben.⁷⁸⁰

⁷⁷⁸ „Die 33-Sätze“, StMG, Nl Brauweiler, 15/13/184.

⁷⁷⁹ Stadtler, Eduard: „Nach der Entscheidung“ in: *Gewissen*, Nr. 11, 24.06.1919.

⁷⁸⁰ Zum Thema „Gewissen“ siehe vor allem das Werk von Claudia Kemper oder auch Petzold, Joachim: *Wegbereiter des deutschen Faschismus*, S. 110 und Hörster-Phillips, Ulrike: *Konservative Politik in der Endphase der Weimarer Republik*, Köln 1982, S. 35ff. Neben dem *Gewissen* verfügten die Jungkonservativen auch über zahllose andere Zeitungen und Zeitschriften, die von den einzelnen Mitgliedern in

Neben der Verbundenheit mit dem organisatorischen Aufbau der Jungkonservativen fühlte Brauweiler sich vor allem durch die Vielzahl inhaltlicher Gemeinsamkeiten angesprochen, die sich in Anbetracht übereinstimmender Wertehorizonte zu den Jungkonservativen ergaben und die zumeist aus einer Reihe gemeinsamer Kritikpunkte am gegenwärtigen System resultierten. Hier zu nennen sind neben der Ablehnung des Parlamentarismus vor allem auch die Kritik am Kapitalismus, am vermeintlich „anorganischen“ Sozialismus und auch am Liberalismus, der für die Jungkonservativen all diejenigen Eigenschaften und Prinzipien in sich vereinte, die sie ablehnten: Rationalität, Egalität und Individualisierung.⁷⁸¹

Trotz der Vielzahl verbindender Ansichten war der Juniklub kein homogener Zusammenschluss.⁷⁸² Die verschiedenen mentalen, generationellen, konfessionellen und soziokulturellen Prägungen der einzelnen Mitglieder machten eine ideologisch-politische Einheitlichkeit nahezu unmöglich.⁷⁸³ Zwar wurde betont, dass diese Unterschiedlichkeit der Mitglieder „nicht bedauerlich“, sondern sogar „willkommen“ sei, „weil sie der Verschiedenheit des Problems“ entspreche und schließlich durch „Zusammenleben und Zusammenarbeit zu einer Gemeinsamkeit der Auffassungen auch in Einzelfragen führen“ könne. Es sollte sich jedoch recht bald zeigen, dass diese Heterogenität die Grenzen des Klubs zunehmend überschreiten sollte. Hierbei ist sich die Forschung über die Konsequenz dessen uneinig. Während auf der einen Seite immer wieder die Entstehung einer zunehmenden Flügelbildung innerhalb des Juniklubs konstatiert wurde, die schließlich zu dessen Auflösung geführt haben sollte, hielten andere diesen Ansatz für übertrieben. Stattdessen war es ihrer Meinung nach der große Erfolg des Klubs, dessen „Rahmen (...) letztlich zu klein für das Potential an Möglichkeiten wurde“.⁷⁸⁴

den Dienst der Bewegung gestellt wurden. Zu nennen sind hier neben der von Paul Fechter herausgegebenen Deutschen Allgemeinen Zeitung, auch die Preußischen Jahrbücher, die Deutsche Rundschau, der Grenzbote oder das Deutsche Volkstum, die zu wichtigen Verbindungsfeiern der jungkonservativen Zusammenarbeit wurden.

⁷⁸¹ Arthur Moeller van den Bruck sah „die Völker [am Liberalismus] zugrunde“ gehen, da er „Kulturen untergrabe [...] Religionen vernichte [...] und Vaterländer zerstöre“ und deshalb stellvertretend für die „Selbstaflösung der Menschheit“ stehe. Ähnlich argumentierten auch Othmar Spann und Ernst Jünger, der dem Liberalismus die Schwächung des staatlichen Systems vorwarf. Moeller van den Bruck, 1926; Sontheimer, 1962, S. 182; Pfahl-Traughber, Armin: Konservative Revolution und neue Rechte: rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998, S. 70ff.

⁷⁸² Zur Analyse des Jungkonservatismusbegriffs s. Lübke, Hermann: Politische Philosophie in Deutschland, Basel/Stuttgart 1963, S. 211; Lenk, Kurt, Meuter, Günter & Henrique Ricardo Otten: Vordenker der neuen Rechten, Frankfurt 1997, S. 140; Schlüter, André: „Arthur Moeller van den Bruck – Leben und Werk“, Köln 2011, S. 298f. & S. 314; und auch Brauweiler im Gespräch mit Schmidt in: Schreiben Brauweiler an Schmidt, 1973, StMG, Nr. Brauweiler 15/13/186.

⁷⁸³ Die jungkonservative Bewegung hatte gerade in der evangelischen Theologie eine herausgehobene Stellung und vereinte deshalb auch überwiegend Protestanten in ihren Reihen, wie zum Beispiel Paul Althaus, Emanuel Hirsch, Wilhelm Stapel und Friedrich Gogart. Nur etwa 10 % der Mitglieder zählten zum katholischen Lager. Hier zu nennen sind u.a. Eduard Stadtler, Martin Spahn oder Heinz Brauweiler. Siehe Kemper, 2011, S. 47. Eine weitere Differenzierung innerhalb des Jungkonservatismus beruhte auf generationellen Unterschieden. Während Arthur Moeller van den Bruck oder Martin Spahn beispielsweise zu der zwischen 1870 und 1880 geborenen „Gründerzeitgeneration“ zählten, die die Reichsgründung mehr oder weniger bewusst miterlebt hatte, mussten Boehm und Herrfahrdt der sogenannten „Kriegsgeneration“ zwischen 1890 und 1910 zugerechnet werden. Mitglieder wie Kries, Schotte, Ullmann, Kriek, Ringleb und auch Brauweiler gehörten hingegen zu der „Übergangsgeneration“ zwischen Gründerzeit- und Kriegsgeneration. S. Kemper, 2011, S. 49-51 oder auch Peukert, 1987, S. 25-31.

⁷⁸⁴ Poster, 2014, S. 143f. Die Gegenseite vertritt u.a. Kemper, 2011, S. 162f. Die Frage der Homogenität der Jungkonservativen geht auf das Engste einher mit der Diskussion um eine angemessene Begriffsbezeichnung, die u.a. auch in diesem Kapitel thematisiert wurde.

Zu einem inhaltlichen Hauptverbindungsmerkmal zwischen Brauweiler und den Jungkonservativen entwickelte sich die Favorisierung eines ständisch strukturierten Gesellschaftsaufbaus. Auch wenn dieser allgemein ein vollkommen konträres Bild zur damaligen Situation Deutschlands darstellte, galt er bei den Jungkonservativen als Inbegriff einer gelungenen, gesellschaftlichen Neuordnung, die autoritär aufgebaut sein und von einer elitären Führungsschicht anstelle der Parteien angeleitet werden sollte. Zu den bekanntesten jungkonservativen Vertretern des Ständegedankens zählten Othmar Spann, Eduard Stadtler, Martin Spahn oder auch Arthur Moeller van den Bruck, der die Stände schon 1913 in einem im *Tag* veröffentlichten Artikel als „uralte Gliederung“ bezeichnete, von der „das Leben wiederum seine Ordnung empfängt“.⁷⁸⁵

Die in jungkonservativen Kreisen verbreitete Favorisierung des Ständegedankens resultierte sowohl aus ihrer Affinität zur konservativen Denkrichtung, in der das Konzept einer hierarchischen und korporativistischen Gliederung als einzig möglicher Gesellschaftsform bereits traditionell verwurzelt war. Darüber hinaus verbanden die Jungkonservativen mit der Vorstellung einer ständischen Gliederung aber auch den aktuellen Wunsch nach der Abschaffung des Parlamentarismus und der damit einhergehenden Massenherrschaft.⁷⁸⁶ Durch die Befürwortung eines ständischen Aufbaus sollte das bereits in der „ästhetischen Opposition“ gepredigte Ideal einer spezifisch deutschen Gesellschafts- und Staatsform fortgesetzt und im Rahmen des geforderten Erziehungsauftrags schließlich an die aktuellen politischen Gegebenheiten angepasst werden.⁷⁸⁷ Nur durch die Umsetzung einer solchen „neuen alten Moderne“ schien der Bruch mit den reaktionären Traditionen möglich.⁷⁸⁸ So zweckmäßig der parlamentarische Gedanke zur Überwindung der erstarrten wilhelminischen Ordnung und zur Stabilisierung des neuen Staates temporär gewesen war, so notwendig schien nun dessen Abdankung, „damit er nicht weiterhin das politische Leben vergiftet und seine Krankheitskeime

⁷⁸⁵ Moeller van den Bruck, Arthur: „Stolz der Stände“, in: *Der Tag*, Nr. 23, 23.8.1913. In seinem Werk „Das Dritte Reich“ wertete Moeller van den Bruck diesen Gedanken jedoch ab, indem er schreibt, dass sie ständische Idee ausschließlich von Wert ist, weil sie sich gegen den Parlamentarismus richtet. S. Moeller van den Bruck, 1926, S. 229ff. Allgemein kann man nicht davon ausgehen, dass sich van den Bruck nachhaltig mit dem ständischen Gedanken befasst hat. Zum Thema Ständegedanke siehe weiterhin: Stadtler, Eduard: *Erinnerungen*, Bd. 1: *Als Antibolschewist 1918-1919*, Düsseldorf 1935. In seiner Autobiographie stellte Stadtler Thesen für die Antibolschewistische Liga auf – von Ständen etc. spricht er zwar nicht explizit, aber von Räten und von mittelalterlichen Ordnungsprinzipien. Siehe weiterhin auch: Spann, Othmar: *Der wahre Staat – Vorlesung über Abbruch und Neubau des Staates*, Berlin 1921, S. 176ff. Spahn, Martin: „Parteien, Klassen, Stände und der neue Staat“, in: *Beilage Liga zum Schutz der deutschen Kultur*, in: *Gewissen* Nr. 6, 11.2.1920; Spahn, Martin: „Der berufsständische Gedanke und der deutsche Staatsgedanke“, in: *Die Tat*, Nr. 17, Oktober 1925, S. 490-496; Clemens, 1983, S. 133-144.

⁷⁸⁶ Die Angst vor der Masse war ein in jungkonservativen Kreisen weitverbreitetes Phänomen, das sich immer wieder in ihren Schriften niederschlug. Bekannte Beispiele waren u.a. Oswald Spengler mit seinem 1923 erschienen Buch *Der Untergang des Abendlandes*, sowie Edgar Julius Jungs *Die Herrschaft der Minderwertigen* (1927) oder auch die *Ideologie der Ungleichheit* von Jose Ortega y Gasset. Der Autor beklagt hier den Verlust der Führung und die Demokratisierung der westlichen Gesellschaft. Er konstituiert die Gegenwart als Endpunkt einer Vermassung, was auf den selbstverschuldeten Verfall der alten Eliten zurückzuführen sei.

⁷⁸⁷ Petzinna, 2000, S. 82 Der euphemistisch klingende Begriff „ästhetische Opposition“ darf hier nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Jungkonservativen vor allem auch eine politische Opposition darstellten, die mit Papen am Ende sogar einen Kanzler aus ihren Reihen vorweisen konnte.

⁷⁸⁸ „Neue, alte“ Moderne beschreibt die Tatsache, dass der ständische Gesellschaftsgedanke keinesfalls ein neues Phänomen der deutschen Geschichte darstellte, sondern bereits im Mittelalter vorherrschend war. Brauweilers Vorstellung beschreibt den Versuch, diese mittelalterliche Gesellschaftsform in die „moderne“ Zeit zu transferieren und sie an die gegenwärtigen Gegebenheiten anzupassen.

auf die zarten Ansätze des neuen Staatswesens überträgt⁷⁸⁹. Zukünftig galt es, den Gedanken einer Ordnungsalternative in den Mittelpunkt zu stellen, um dem vermeintlichen Verfall Einhalt zu gebieten. Der Ständegedanke bot sich hier von vornherein an, da er zentrale Charakteristika wie die sogenannte organische Staatsauffassung, anti-egalitäre und körperschaftliche Prinzipien, die Ablehnung des Individualismus und politische Dezentralisierung vereinte und so den Fokus von der vermeintlichen Staatsomnipotenz und dem „mechanischen“ Gleichheits- und Mehrheitswillen ablenkte.⁷⁹⁰ Diese Kriterien verkörperten für die Jungkonservativen das Bild einer „wahren Demokratie“, zu der die derzeit existierende „Formaldemokratie“ einen unvereinbaren Gegensatz darstellte.⁷⁹¹

Obwohl Brauweilers Ideen kein Patentrezept für eine konkrete Umsetzung des berufsständischen Gedankens offerierten, entwickelte er sich zu einem der bekanntesten Ständetheoretiker innerhalb des jungkonservativen Lagers. Seine Ansichten galten als wichtiger Ideenpool, aus dem man den systematischen Stellenwert der Stände für die Gesellschaft plausibel ableiten konnte und der darüber hinaus innovative Denkanstöße zum weiteren Ausbau ständestaatlicher Konzeptionen bereit hielt.⁷⁹² Inhaltliche Gemeinsamkeiten mit den jungkonservativen Modellen ergaben sich u.a. aus dem Rückgriff auf das Mittelalter, prominent vertreten bei Moeller van den Bruck und Max Hildebert Boehm, als auch aus dem traumatisch empfundenen Kriegsende, das sowohl bei Brauweiler als auch den übrigen Jungkonservativen zu einem wesentlichen Katalysator für die Hoffnung einer elitär aufgebauten Ständeordnung wurde.

Im Unterschied zu anderen Jungkonservativen vertrat Brauweiler allerdings die Überzeugung, dass die Etablierung des ständischen Prinzips keine vorläufige Lösung bleiben durfte.⁷⁹³ Stattdessen schienen ihm langfristige Planungen erforderlich: mittels der Bildung unabhängiger Rechtskreise sollten die gegenwärtigen parteilichen Strukturen überflüssig und so der Weg für eine Rückkehr zum ursprünglichen, deutschen Rechtsgedanken freigemacht werden, in dem Brauweiler ein geordnetes Verhältnis zwischen Staat und Volk zu erkennen glaubte.⁷⁹⁴ Zu

⁷⁸⁹ Herrfahrdt, Heinrich: „Zukunftsfragen der Volksvertretung“, in: Arthur Moeller van den Bruck, Heinrich von Gleichen & Max Hildebert Boehm: „Die neue Front“, Berlin 1922, S. 237 oder auch Max Hildebert Boehm, der in einem ebenfalls in der Neuen Front erschienenen Artikel schrieb, dass der Parlamentarismus seine Aufgabe mit der Errichtung des Deutschen Reiches erfüllt habe und seine Voraussetzungen damit hinfällig geworden seien und er neuen Einrichtungen Platz machen müsse. In: Ebd.

⁷⁹⁰ Boehm, Max Hildebert: Ruf der Jungen: eine Stimme aus dem Kreis um Moeller van den Bruck, Freiburg 1933, S. 52.

⁷⁹¹ Der Begriff der Formaldemokratie fungierte für die Jungkonservativen nicht nur als Synonym für das Nacheifern westlicher Demokratie Modelle, sondern gleichzeitig auch als Abgrenzungstopos zu den eigenen Ansätzen.

⁷⁹² Petzinna, 2000, S. 82, Clemens, 1983, S. 137ff.

⁷⁹³ Die Überzeugung Brauweilers, nachhaltige Entwicklungen ausschließlich über langfristige Wege erreichen zu können, vertrat er nicht nur bei den Jungkonservativen, sondern später auch beim Stahlhelm, wo er weder an einen plötzlichen Umsturz noch eine radikale Abschaffung der gegenwärtigen Verhältnisse glaubte, sondern an eine langfristige Erneuerungsbewegung – ein Gedanke, der ihn schon bald in Gegensatz zum zweiten Stahlhelmführer Duesterberg und dessen Anhängerschaft bringen sollte. Siehe das Kapitel zum Stahlhelm in diesem Buch.

⁷⁹⁴ Weiß, 2012, S. 61/62. Arthur Moeller van den Bruck: „Partei“, in: Gewissen, Nr. 21, 28.05.1923, Brauweiler, Heinz: „Der ständische Verfassungsgedanke“, 1920, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

einem derartigen Vorgehen hatte Brauweiler bereits in seinem Artikel „Der ständische Verfassungsgedanke“ geraten.⁷⁹⁵ Hier betonte er, dass das berufsständische Prinzip nicht das „Verschwinden der Parteien“ bedeuten durfte, sondern dass die staatlichen Kompetenzen aufgrund der Komplexität der gesamtheitlichen Aufgaben aufgeteilt werden müssten.⁷⁹⁶ Deutete er damit bereits an, dass die „Entthronung des Staatsabsolutismus“ nur über die „Kompetenzaufteilung zwischen Staatsgewalt und Volksrechten“ fortgesetzt werden könne, setzte er diesen Gedanken in dem 1922 von Heinrich von Gleichen, Arthur Moeller van den Bruck und Max Hildebert Boehm herausgegebenen Sammelband „Neue Front“ vertiefend fort.⁷⁹⁷

Hier forderte Brauweiler – ähnlich wie er dies schon bei der Oktoberkonferenz 1918 getan hatte – die Rückkehr zum deutschen Rechtssystem mit einer klaren Trennung zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Eingriffsrechten.⁷⁹⁸ Das deutsche Recht wurde hier als ein ausgeklügeltes System von Rechten und Pflichten beschrieben, das sich durch den Staatszweck selbst beschränkte und in dem sich die einzelnen Rechtskreise unabhängig und selbstständig verwalteten. Exemplarisch verwies Brauweiler auf die Bismarcksche Reichsverfassung, die in seinen Augen eine gute Verfassung für das Kaiserreich dargestellt hatte, da sie sowohl die „politischen und gesellschaftlichen Kräfte in ausgeglichener Zusammenordnung in sich vereinigt [...] und genügend Spielraum“ gelassen hatte, „um die weitere Entwicklung des Zusammenspiels jener Kräfte ohne jegliche Schwierigkeiten aufnehmen zu können“.⁷⁹⁹ Durch den Wegfall der Monarchie hatten sich die Verhältnisse jedoch grundlegend geändert. So war man mehr und mehr zur Praktizierung des „Römischen Rechts“ übergegangen, das „einen Komplex von Berechtigungen“ darstellte, „während der Pflichtbegriff vollkommen fehlte“.⁸⁰⁰

Für Brauweiler war das Römische Recht ein Machtzeichen der westlichen Herrschaft, aus der „Absolutismus und Staatsomnipräsenz sowie der grenzenlose Individualismus“

⁷⁹⁵ Brauweiler, Heinz: „Der ständische Verfassungsgedanke“, 1920, StMG, Nf Brauweiler, 15/13/120.

⁷⁹⁶ Die Position einer langsamen Überflüssigmachung der Parteien vertrat auch der Vorsitzende der DNVP und spätere Mitbegründer der Volkspartei, Kuno von Westarp, der sich in seinem Buch „Am Grabe der Parteienherrschaft“ ebenso für eine parteilose Regierung einsetzte, sich dennoch bewusst darüber zeigte, dass diese sich nicht durch eine gängige und abrupte Abschaffung des Parteieneinflusses erzwingen lassen könne, sondern dem Prinzip einer langsamen Überflüssigmachung folgen müsse.

⁷⁹⁷ Brauweiler, Heinz: Der ständische Verfassungsgedanke, 1920, StMG, Nf Brauweiler, 15/13/120. In diesem Artikel schrieb Brauweiler, dass der „Lebenszweck und die Existenzgrundlage der Parteien die Erlangung von Macht im Staat“ sei, deren Omnipotenz nur durch die Bildung unabhängiger Rechtsgemeinschaften gebrochen werden könne. Brauweiler unterteilte die Entwicklung des Ständekonzepts in zwei zeitlich aufeinander folgende Entwicklungslinien. Beruhte die Erste auf den Ansichten Kettelers, Görres und Steins, die noch stark an dem Vorbild der alten Stände orientiert waren, setzte die zweite Entwicklungslinie 1917 mit der Herausbildung des absolutistisch-omnipotenten Staatsbegriffs ein, dem nur noch über den Weg eines berufsständisch aufgebauten Systems als autonomer Ordnungsgewalt geholfen werden könne.

⁷⁹⁸ Brauweiler, Heinz: „Rückkehr zum deutschen Recht“, in: Arthur Moeller van den Bruck, Heinrich von Gleichen & Max Hildebert Boehm: Die neue Front, Berlin 1922, S. 243-254.

⁷⁹⁹ Brauweiler, Heinz: „Rückkehr zum deutschen Recht“, in: Arthur Moeller van den Bruck, Heinrich von Gleichen & Max Hildebert Boehm: Die neue Front, Berlin 1922, S. 243-254.

⁸⁰⁰ Ebd.

hervorgegangen waren.⁸⁰¹ Das Eindringen des Fürstenabsolutismus hatte, so meinte Brauweiler, notwendigerweise zum Volksabsolutismus geführt und 1918 schließlich in die Weimarer Republik gemündet, die eine Gewaltenverbindung in denkbar absolutester Form darstellte.⁸⁰² So schienen hier nicht nur die „Zwischenkräfte, die zwischen der Zentralgewalt und dem Individuum“ standen, aufgehoben, sondern auch jegliche Kontrollinstanzen weggefallen zu sein, was dazu führte, dass „die Vertretung des Volkes zugleich Kontrolle der Regierung und Inhaber der Staatsgewalt“ war – ein zentrales Merkmal einer Demokratie, für Brauweiler jedoch ein Widerspruch in sich.⁸⁰³

Um diesem vermeintlichen Missstand künftig vorzubeugen, trat Brauweiler für die Errichtung einer doppelten Volksvertretung mit getrennten Aufgaben und Kompetenzen ein, die die Staatsgewalt auf ihre eigentlichen Aufgaben zurückdrängen sollte. Diese aus heutiger Sicht nicht vorstellbare politische Idee sah vor, dass unabhängige und sich selbstverwaltende Rechtskreise in ihrer Funktion als Unterbau der staatlichen Ordnung die Wahrung der Volksrechte und die Kontrolle der Regierung übernehmen sollten. Konnte die eine Seite ihre parteiliche Struktur entsprechend beibehalten, musste die andere Seite – Brauweiler zufolge – auf einer ständischen Volksrepräsentation basieren, die ausschließlich den „geistigen Bedürfnissen des Volkes dienen sollte“.⁸⁰⁴

Die Stände führte Brauweiler als „öffentliche Rechtspositionen“ an, die „ursprünglich und solange sie lebensfähig sind, als öffentliche Pflichtleistungsgemeinschaften“ bezeichnet werden sollten, die sich nicht von selbst, sondern durch ihre „öffentlichen Pflichtleistungsfunktionen“ legitimierten.⁸⁰⁵ In diesem Zusammenhang machte Brauweiler deutlich, dass der berufsständische Aufbau nicht gleichzeitig die Aufgabe der politischen Willensbildung ausführen könne, sondern auf die Vertretung wirtschaftlicher Interessen beschränkt bleiben müsse.⁸⁰⁶

Die wirtschaftliche Selbstverwaltung der Berufsstände sollte der Reichswirtschaftsrat koordinieren, quasi ein Gegengewicht zum Parlament. In ihrer Gegenüberstellung sollten Parlament – als politisches Instrument – und Reichswirtschaftsrat – als Instrument

⁸⁰¹ S. hierzu Brauweiler, Heinz: „Rückkehr zum deutschen Recht“, in: Arthur Moeller van den Bruck, Heinrich von Gleichen & Max Hildebert Boehm: Die neue Front, Berlin 1922, S. 243-254 & Boehm, Max Hildebert: Europa Irredenta: eine Einführung in das Nationalitätenproblem der Gegenwart, Berlin 1923.

⁸⁰² Brauweiler, Heinz: „Verfassungsfragen“, in: Kölnische Volkszeitung, 28.12.1922.

⁸⁰³ Brauweiler, Heinz: „Der Fehler in der Verfassung“, in: Blätter für ständischen Aufbau, Nr. 41, 12.10.1921.

⁸⁰⁴ Mauersberger, Volker: Rudolf Pechel und die „Deutsche Rundschau“: eine Studie zur konservativ-revolutionären Publizistik in der Weimarer Republik (1918-1933), Bremen 1971, S. 122.

⁸⁰⁵ Ein politisches Programm (handschriftliche Notiz), 14.3.1923, StMG, NI Brauweiler, 15/13/136-37.

⁸⁰⁶ Ähnlich wie Brauweiler kommentierte auch Heinrich von Gleichen. Er sah die Rückkehr zu einem gesunden, konservativen Denken nur durch den Aufbau einer zweiten Kammer gewährleistet, die die Verantwortung der Stände neu begründen, sich dabei jedoch aus den staatlichen Angelegenheiten heraushalten sollte.“ Gleichen, Heinrich von: „Oberschicht und Nation“, in: Bozi, Alfred & Alfred Riemann: Die Einheit der nationalen Politik, Stuttgart 1925, S 73; Brauweiler, Heinz, 1925, S. 249.

ökonomischer Interessenvertretung – nicht als gleichberechtigte Körperschaften auftreten. Stattdessen forderte Brauweiler mit der institutionellen Trennung von Politik und Wirtschaft die Quadratur des Kreises. Den hiermit einhergehenden Vorwurf der Schwächung der politischen Volksvertretung wies er zurück, „sofern man nicht in der Zuweisung einer eigenen unabhängigen Rechtssphäre gegenüber der durch das politische Parlament repräsentierten Staatsgewalt, also in der grundsätzlichen Beseitigung des Absolutismus und der Omnipotenz der Staatsgewalt einen unzulässigen Einbruch in ‚unveräußerliche‘ Staats- und Menschenrechte sehen will“.⁸⁰⁷

Vorschläge für diesen, in der „Neuen Front“ erläuterten und aus heutiger Sicht völlig utopisch anmutenden Aufbau der doppelten Volksvertretung stellte Brauweiler schließlich in seinem 1923 veröffentlichten „Politischen Programm“ vor, in welchem er den Unterschied zwischen notwendigen und zufälligen staatlichen Amtsaufgaben deutlich hervorhob.⁸⁰⁸ Wurden die Selbstbehauptung nach außen, die Ordnung des sozialen Zusammenlebens nach innen und die Ordnung der Herrschaftsorganisation zu notwendigen staatlichen Aufgaben erklärt, beinhaltete der staatlich verantwortliche Bereiche zusätzlich auch die Punkte Wehrverfassung, Außenpolitik, Gerichts- und Polizeihochheit.⁸⁰⁹ Gerade der letzte Punkt bezog sich dabei auf das Recht des Staates, das gesellschaftliche Leben zu überwachen und überall da einzugreifen, wo die staatlichen Notwendigkeiten gefährdet schienen.⁸¹⁰

In Gegenüberstellung zu den hier aufgeführten staatlichen Aufgaben mussten Fragen der Rechtssetzung und der Rechtsfindung strikt staatsunabhängig bleiben, ebenso wie die Aufbringung und Verwaltung der Steuern, die wirtschaftlichen Abläufe und das Kulturleben. Nur eine solche „doppelte Volksvertretung mit getrennten Aufgaben und Kompetenzen“, wie Brauweiler sie hier vorstellte, war seiner Meinung nach im Stande, die Grundlage für eine bevorstehende Neugliederung zu bilden.⁸¹¹

⁸⁰⁷ Brauweiler, 1925, S. 242. Ähnlich dem Gedanken des eben dargestellten Zweikammersystems erteilte Brauweiler auch dem von Max Hildebert Boehm oder dem von Brauweiler zitierten Professor Rein-Jena vorgeschlagenen Dreikammersystem, mit einem Kulturparlament als drittem Bestandteil, eine klare Absage, da er hier zu stark den „Interessenvertretungsgedanken“ im Vordergrund sah. Die Aufgabe des von Brauweiler abgelehnten Kulturparlaments sollte stattdessen korporativ auf die einzelnen Berufsgruppen umgelegt werden.

⁸⁰⁸ Ein politisches Programm (handschriftliche Notiz), 14.3.1923, StMG, NI Brauweiler, 15/13/136-37.

⁸⁰⁹ Der Gedanke des unabhängigen Staats- und Herrschaftswillens wurde ebenso von Edgar Julius Jung, Stapel, Martin Spahn und Heinrich Herrfahrdt vertreten, die allesamt auf eine unabhängige Staatswillensbildung drängten, bei der der Staatswille in einer separaten politischen Vertretung den Ständen als eigenständige Macht gegenüberzutreten sollte. Siehe hierzu vor allem, Petzold, Joachim: Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978 oder auch Clemens, 1983, S. 142ff.

⁸¹⁰ Brauweiler, 1925, S. 110ff.

⁸¹¹ Erste Vertiefungen fand der Gedanke der doppelten Volksvertretung bereits in den Blättern für ständischen Aufbau. So hieß es in dem Artikel „Der Fehler in der Verfassung“ vom 12.10.1921, das die Fehler des gegenwärtigen Verfassungssystems vor allem „in der fehlenden Kontrollinstanz“ lägen, wodurch die Vertretung des Volks zugleich die Kontrolle der Regierung und Inhaber der Staatsgewalt sei.“ Des Weiteren auch in dem Artikel „Der ständische Verfassungsgedanke“, in welchem Brauweiler noch mal betonte, dass das berufsständische Prinzip nicht das Verschwinden der Parteien bedeute, sondern dass aufgrund der Komplexität der Aufgaben eine Unterscheidung zwischen Staatsgewalt und Volksrecht notwendig sei. „Und das ist die große Bedeutung der berufsständischen Bestrebungen, daß sie die Schrittmacher auf diesem Wege sind.“ S. Brauweiler, Heinz: „Der ständische Verfassungsgedanke“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/201.

In Zusammenhang mit diesem Programm, das wieder einmal nur wenig Anhaltspunkte zur konkreten Umsetzung bot, ging Brauweiler auf die Realisierung des seit langem von ihm herbeigesehnten Gedankens der Volksgemeinschaft ein: dieses Ideal schien nicht nur notwendig, um die im Klassenkampf verwurzelten Gegensätze aufzulösen, sondern auch eine Grundvoraussetzung für die Etablierung der antidemokratisch ausgerichteten Neuordnung.⁸¹² Auf die Frage, wie er sich die Verwirklichung des Volksgemeinschaft-Ideals in alltäglichen Lebensabläufen, gerade im Bereich der Wirtschaft, vorstelle, reagierte Brauweiler mit der Überlegung zur Werksgemeinschaft. Diese stellte zwar ein konstitutives Merkmal nahezu aller jungkonservativen, ständestaatlichen Entwürfe dar, im Gegensatz zu den Vorstellungen beispielsweise Max Hildebert Boehms dachte Brauweiler jedoch nicht an eine reine Produktionsgemeinschaft, die Unternehmer mit Arbeitnehmern gleichermaßen vereinigen würde, sondern an eine „echte“ Interessenvertretung für die Arbeiterschaft. Deren soziale Zähmung und gesellschaftliche Einbindung hatte er bereits seit der Zeit des Kulturkampfes zum wichtigsten Ziel eines volksgemeinschaftlichen und staatlich-gesellschaftlichen Neubaus erklärt; bis dato war diese Wunschvorstellung jedoch immer wieder gescheitert, was Brauweiler mit den unterschiedlichen Interessen und Befürchtungen erklärte, die auf gesamtgesellschaftlicher Ebene mit der Integration der Arbeiterschaft verbunden waren.⁸¹³

Das 1920 gegründete Politische Kolleg als Schulungsstätte der Jungkonservativen stellte schließlich eine erfolversprechende Gelegenheit dar, die eigenen Gedanken und Vorstellungen auf elitärer und interessenzentrierter Basis weiterzuentwickeln und erstmals auch aus dem engen Zirkel heraus an ein größeres Publikum weiterzugeben.

5.2 Das Politische Kolleg

Das Politische Kolleg wurde am 1. November 1920 als Reaktion auf die von Ernst Jäckh ein Jahr zuvor gegründete Deutsche Hochschule für Politik als akademische Forschungs- und Bildungsinstitution der Jungkonservativen gegründet.⁸¹⁴ Traf die Deutsche Hochschule im Juniklub vor allem wegen ihres parteidemokratischen Ansatzes auf große Kritik, wurde beim Politischen Kolleg der über- und antiparteiliche Charakter des Schulungszentrums hervorgehoben.⁸¹⁵ Zwei Zielsetzungen sollten bei der Schulungsarbeit im Vordergrund stehen:

⁸¹² Boehm, Max Hildebert: Körperschaft und Gemeinwesen, Leipzig 1920, S. 93ff, 106ff, 142ff.; Brauweiler, 1925, S. 37f.

⁸¹³ Brauweiler, Heinz: „Werksgemeinschaft“, März 1923, StMG, NI Brauweiler, 15/13/123.

⁸¹⁴ Die „Deutsche Hochschule für Politik“ stütze sich vor allem auf die Weimarer Koalitionsparteien und wurde trotz des Angebots, dem Juniklub einen Sitz und eine Stimme im Verwaltungsrat einzuräumen, als Konkurrenzbewegung und als potentielle Gefährdung für die nationale Rechte gesehen. Über die Notwendigkeit der Gründung einer Hochschule für Politik hatte Stadler Spahn bereits im Juli 1919 schriftlich informiert. S. Schreiben Stadler an Spahn, 29.7.1919, BArch, NI Spahn, N 1324/3. Der eigentliche Aufbau erfolgte dann ein Jahr später in Form des Politischen Kollegs bzw. der Hochschule für nationale Politik.

⁸¹⁵ Der überparteiliche Charakter, der im Politischen Kolleg immer wieder propagiert wurde, zeigte sich anhand der prominenten Besucher und Zuhörer, wie Heinrich Brüning, Adam Stegerwald, Graf Westarp (Konservative), Ernst Troeltsch und Franz Oppenheimer, aber auch

zum einen die deutliche Frontstellung gegen die Demokratie und zum anderen eine Annäherung an die Grundfragen nationaler Erneuerung und Selbstfindung vom überparteilichen Standpunkt aus. Zum Hauptadressaten der Kollegarbeit wurde die politische Jugend, vor allem Studenten, die im Zentrum jungkonservativer Interessenpolitik standen.⁸¹⁶ Darüber hinaus wurden auch Lehrgänge für Jugendführer, Organisatoren der Turn- und Sportbewegung, Lehrer sowie für junge Landwirte oder Handwerker angeboten; letztere allerdings blieben in jungkonservativen Kreisen, auch in der Schulungsarbeit, ein Randphänomen.⁸¹⁷

Der Wunsch nach einer politischen Hochschule zur Schulung des politischen Bewusstseins und zur Ausbildung eines fähigen Nachwuchses für die verschiedenen politischen Tätigkeiten bestand in jungkonservativen Kreisen bereits seit 1919.⁸¹⁸ Die geistigen Wurzeln des Kollegs gingen, neben Arthur Moeller van den Bruck, auf Martin Spahns Gedanken der Errichtung eines Instituts für Außenpolitik zurück, ebenso wie auf Heinrich von Gleichen und Eduard Stadtler, denen ein ähnliches Konzept zur Vertiefung der Führerausbildung vorschwebte.⁸¹⁹ Im Jahr 1920 verdichteten sich diese Überlegungen schließlich und führten zur Gründung des Politischen Kollegs, das im Frühjahr 1921 seinen Lehrbetrieb im Spandauer Johannesstift aufnahm. Veranstaltet wurden nationalpolitische Lehrkurse und Schulungsveranstaltungen, die ein bis zwei Wochen dauerten und 30-50 Personen, meistens Mitglieder des politischen Nachwuchses der nationalen Rechten, umfassten. Dementsprechend stand das Politische Kolleg in engem Verhältnis zu einigen Jugendverbänden und zum „Deutschen Hochschulring“, da es in den Augen der Kollegsleitung nur die Jugend vermochte, die „drei Grundlehren“ des deutschen Volkes anzuerkennen und umzusetzen: dazu zählte man erstens die durch den Krieg ausgelöste Erkenntnis der sogenannten Wesenseinheit des deutschen Volkes, zweitens die Erkenntnis über die Unzulänglichkeit der deutschen Führung und der daraus resultierenden Notwendigkeit zur Bildung einer neuen Führungsschicht, drittens die Beseitigung der fortdauernden Not, angeblich nur durch Neuordnung der Gesellschaft möglich.⁸²⁰

Zu den ideologischen Leitlinien der Jungkonservativen zählten: die Idee vom ganzheitlichen Volk gegen Weimar, die Vertretung des organischen Staatsgedankens im Sinne einer ständischen Neugliederung der Nation, die Überhöhung des Grenz- und Auslandsdeutschtums, die Idee eines beherrschten Mitteleuropas unter deutscher Führung, die Wiederaufrichtung des

August Winnig und August Müller von der SPD. S. Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2003, S. 389.

⁸¹⁶ Zum Überblick über das Politische Kolleg s. BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/42, seine Geschichte, Allg. Schriftwechsel.

⁸¹⁷ Clemens, 1983, S. 156.

⁸¹⁸ Gleichen, Heinrich von: „Das politische Kolleg“, in: Deutsche Rundschau, Nr. 187, 1921,2.

⁸¹⁹ Eisfeld, Rainer: Ausgebürgert und doch angebräunt: Deutsche Politikwissenschaften 1920-1945, Baden-Baden 2013.

⁸²⁰ Gleichen, Heinrich von: „Das politische Kolleg“, in: Deutsche Rundschau, Nr. 187, 1921,2.

Staates und die Suche nach einem geeigneten politischen Führertum, dem die Bevölkerung „in der Gesinnung deutscher Mannentreue“ widerstandslos folgen sollte.⁸²¹ Organisatorisch gliederte sich das Kolleg in drei Haupt- und drei Nebenarbeitsstellen, die jeweils einen separaten Schwerpunkt vertraten. Den Hauptfokus der Kollegarbeit bildeten folglich die „Arbeitsstelle für Nationalitätenprobleme“ unter Max Hildebert Boehm, die „Arbeitsstelle für Außenpolitik“ geleitet von Martin Spahn und Karl Hoffmann, die sich u.a. mit der Propagierung von Spahns Mitteleuropaidee und der Beobachtung des pazifischen Raums beschäftigte und die von Heinrich Herrfahrdt geführte „Arbeitsstelle für berufsständische Fragen“.⁸²² Letzterer gehörte neben Reinhold Quaat, Franz Röhr und Franz Wetzler auch Brauweiler an. Hinter den Erwartungen zurück blieben hingegen die „Arbeitsstelle für Beeinflussung der Volksstimmung und öffentlichen Meinungsbildung“ von Paul Fechter, die „Arbeitsstelle für Entwicklung der Vorstellungen von Volkstum und Volksgeist“ sowie die „Arbeitsstelle für staatsbürgerliche Unterrichtsliteratur.“⁸²³

Zum Leiter des Kollegs wurde der an der Universität Köln lehrende Martin Spahn ernannt, der bereits 1919 die Bedeutung einer politischen Schulungseinrichtung für den nationalen Wiederaufstieg betont hatte.⁸²⁴ Gleichzeitig zu seiner Leitungsfunktion saß Spahn neben Rudolf von Broecker und Heinrich von Gleichen im Kollegsvorstand. Den finanziellen Rückhalt bildete ein Führungsgremium, in dem neben dem Vorsitzenden Alfred Hugenberg – zeitweise wichtigster Geldgeber des Kollegs – auch eine Reihe anderer zahlungskräftiger Herren vertreten waren: beispielsweise Albert Vögler, Ernst von Borsig als Vertreter der Industrie, Wilhelm von Gayl und Reinhold Quaat als Repräsentant der nationalen Verbände sowie Joachim von Oppen-Dannenwalde und Graf Behr, beide führende Mitglieder des Landbundes.⁸²⁵

1922 wurde das Politische Kolleg in Abgrenzung zu dessen vermeintlicher Konkurrenzinstitution in Deutsche Hochschule für nationale Politik umbenannt, die, im Geiste des Politischen Kollegs, politisches Wissen vermitteln, vor allem aber politisch erzieherisch

⁸²¹ Eisfeld, 2013, S. 61-63.

⁸²² Spahn, Martin: „Mitteilungen des Politischen Kollegs, Bericht über das politische Kolleg, seine Art und seine Tätigkeit in den Jahren 1920/25“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/191.

⁸²³ Ebd.

⁸²⁴ Die Tatsache, dass Spahn trotz seiner leitenden Funktion beim Kolleg nach wie vor in Köln wohnhaft blieb, wurde von seinem ehemaligen Schüler Eduard Stadtler kritisiert und mit schwindender Geduld bewertet. So schrieb er Spahn in einem Brief vom August 1920, dass „unsere politische Hochschule zum Oktober begonnen werden soll“ und zwar „mit ihnen oder ohne sie. Das ohne sie ist für mich ein Stich durchs Herz aber im Interesse der Sache muss ich schreiben und tun.“, S. Stadtler an Spahn, 12.8.1920, BArch, NI Spahn, Nr. 1324/ 3. Spahn sollte einen direkten Umzug nach Berlin trotz dieser mahnenden Worte Stadtlers vorerst ausschlagen. Er begründete seine Ablehnung damit, dass er in Berlin auf keine adäquate Anstellung, wie er sie in Köln hatte, zurückgreifen könne. So hatte sich sowohl die Technische Universität, als auch das Institut für Zeitgeschichte der Kaiser Wilhelm Gesellschaft gegen eine Anstellung Spahns ausgesprochen. Aus diesem Grund blieb Spahn bis zum Oktober 1922 in Köln wohnhaft und ließ sich über die Vorgänge am Kolleg lediglich brieflich auf dem Laufenden halten. S. Clemens, 1983, S. 152.

⁸²⁵ Petzold, 1983, S. 120.

wirken wollte. Im Gegensatz zu der von Ernst Jäckh gegründeten freien Hochschule für Politik kam es bei der Nachfolgeorganisation des Politischen Kollegs nicht auf die „Vermittlung von Wissen an beliebige Hörer an“, sondern auf die „geistige Forderung politisch arbeitender Menschen aus der nationalen Bewegung“, deren „politisch – nationale Grundeinstellung übereinstimmen“ musste.⁸²⁶

Im Zuge der Umstellung wurde das eher auf Lehrgänge konzentrierte Angebot des Kollegs auf einen Hochschulbetrieb mit einem allgemeinen Vorlesungsverzeichnis ausgedehnt, das „neben regelmäßig wiederkehrenden, für die politische Grundbildung notwendigen Vorlesungen“ jedes Lehrjahr auch eine größere Anzahl kürzerer Vorlesungen um das wichtigste politische Tagesgeschehen gruppieren sollte. Dem überparteilichen Charakters des Kollegs gemäß sollte die „Politik [...] nicht zum Objekt wissenschaftlicher Betrachtung werden.“⁸²⁷ Stattdessen kam es umgekehrt darauf an, „wissenschaftliche Arbeit in den Dienst praktischer Politik“ zu stellen und die Behandlung aller Probleme des nationalen Lebens in dem Lehrplan zu vereinigen.⁸²⁸

Brauweilers Involvierung hatte sich neben seiner Arbeit beim Juniklub vor allem durch die Eingliederung seiner Vereinigung für ständischen Aufbau in das Kolleg ergeben.⁸²⁹ Aufgrund der schlechten Finanzierungsmöglichkeiten und der mangelnden Erfolgsaussicht der Vereinigung hatte ihm Heinrich von Gleichen bereits 1921 zu diesem Schritt geraten. Die letztendliche Umsetzung erfolgte jedoch erst 1922, nachdem der Zweckverband nordwestdeutscher Wirtschaftsvertretungen die Unterstützung seiner Vereinigung für ständischen Aufbau für nicht länger möglich erklärt hatte. Die durch die Angliederung entstehende Etatüberschreitung war nach Rücksprache mit Vögler und Quaatz von Hugenberg genehmigt worden.⁸³⁰

Aufgrund der bestehenden thematischen Überschneidung wurde Brauweiler der Arbeitsstelle Heinrich Herrfahrdts zugeteilt, der sich in seinen Schriften, wie der 1932 veröffentlichten Aufsatzsammlung „Der Aufbau des neuen Staates“ für einen grundlegenden Bruch mit der Weimarer Verfassung einsetzte.⁸³¹ Als Mitarbeiter Herrfahrdts wollte Brauweiler seine bereits bei den Arbeiten zur ständischen Bewegung initiierten Überlegungen zu einer Umgestaltung des Reichswirtschaftsrats weiter ausarbeiten.

⁸²⁶ Hochschule für nationale Politik, 15.10.1923, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/42, Bl. 26.

⁸²⁷ Hochschule für nationale Politik, 15.10.1923, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/42, Bl. 26.

⁸²⁸ Spahn an Auhagen, 11.10.1922, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/46, Heft 1: Korrespondenzen mit Dozenten.

⁸²⁹ In dem Arbeitsplan vom 12.8.1922 ist die Angliederung an das Politische Kolleg schriftlich fixiert. StMG, NI Brauweiler, 15/13/188. Hier heißt es, „Spahn verschaffte mir 1922 eine Existenzgrundlage durch Aufnahme am Politischen Kolleg.“

⁸³⁰ Quaatz an Spahn, 7.7.1922, BArch, NI Spahn, N 1324/3.

⁸³¹ S. hierzu Postert, 2014, S. 356f., Herrfahrdt, Heinrich: Der Aufbau des neuen Staates, Berlin 1932.

Neben seiner wissenschaftlichen Forschungsarbeit stand Brauweiler dem Kolleg auch als Dozent für die unterschiedlichen Lehrgangs- und Vortragsangebote zur Verfügung. Neben allgemeinen Thematiken zählten hier größtenteils die zentralen Interessengebiete der Jungkonservativen – wie das Ständewesen, das Führungsproblem oder der Charakter der vermeintlich wahren Volksgemeinschaft – zu den Schwerpunkten des Programms.⁸³² Ein Blick in das Vorlesungsverzeichnis von 1922 verdeutlichte, dass er sich auch beim Politischen Kolleg einen Namen als Spezialist für berufsständische Fragen machte, was zahlreiche Einladungen unter anderem für die „Nationalpolitische Woche für Freunde- und Mitglieder der Sportbewegung“, für den „Kurs für die Landwirtschaft“ oder die „Kurswoche des Politischen Kollegs“ verdeutlichten, bei denen Brauweiler zu Themen wie „Der ständische Gedanke“, „die ständische Bewegung und die Landwirtschaft“ oder „die politische Selbstverwaltung“ referierte.⁸³³ Aufgrund der dadurch bedingten regelmäßigen Reisen nach Berlin, „die dringend notwendig [sind], um ihren Einfluss auf die bisherige Arbeitsstelle zu sichern“, riet Heinrich von Gleichen Brauweiler dazu, seinen Wohnort von Düsseldorf nach Berlin zu verlegen;⁸³⁴ eine Aufforderung, der Brauweiler jedoch erst 1925 nachkommen sollte.⁸³⁵ Bis dato betrachtete er es als seine Hauptaufgabe, den Standort des Kollegs im Westen weiter auszubauen und neue Mitglieder für die Lehrkurse zu gewinnen.

In diesem Zusammenhang beriefen die „westdeutschen Freunde des Politischen Kollegs“ im Oktober 1922 die sogenannte „Buldener Konferenz“ zur Gründung von „westdeutschen nationalpolitischen Lehrkursen“ ein. Ausgehend von der Arbeit des Politischen Kollegs in Berlin sollten diese Lehrkurse als Erweiterung des dort angebotenen Programms fungieren, um den Ausbau des Kollegs auch im Rheinland voranzutreiben. Im Anschluss an ein erstes vertrauliches Planungs- und Beratungsgespräch vom 14. Oktober, zu dem neben Spahn und Brauweiler auch Geheimrat Quaatz und Albert Vögler erschienen waren, fand diese Konferenz am 28. Oktober 1922 im „allerengsten“ Kreis auf Schloss Buldern statt. Neben Vertretern der Landwirtschaft wie Freiherr von Ledebur, Freiherr von Lüninck und Kerckerinck zur Borg zählten auch einflussreiche Männer der Wirtschaft wie Bergbauassessor von und zu Löwenstein, Generaldirektor Brandi, Goldschmidt, Friedrich Freundt oder Rechlin zu den

⁸³² Petzinna, 2000, S. 160.

⁸³³ Vorlesungsverzeichnis des Politischen Kollegs, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/10, Bl. 16, 20, 22.

⁸³⁴ In dem zitierten Schreiben vom 28.9.1922 klärte Heinrich von Gleichen Brauweiler ebenfalls über sein zu erwartendes Gehalt auf, über das [...] nur kurz zu sagen [wäre], dass Prof. Spahn über einen Betrag von 4000 Mark zu ihren Gunsten verfügt. Über die Erhöhung der Mittel ihrer jetzigen Vereinigung wird Ihnen Dr. von Broecker schreiben[...].“ S. BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/46.

⁸³⁵ Der letztendliche Entschluss dazu, von Düsseldorf nach Berlin zu ziehen, ist sicherlich auch in Einklang mit dem Einfall der Franzosen im Ruhrgebiet Anfang Januar 1923 zu sehen, die Brauweilers Vertragstätigkeit für die Arbeitsstelle für berufsständische Fragen fast zu einem völligen Stillstand brachte. Siehe hierzu die Akten: GeStPrK Berlin, R 174: Deutsche Hochschule für Politik-Politisches Kolleg.

geladenen Gästen; teilweise waren sie Brauweiler bereits durch die Besprechungen zur „Vereinigung für ständischen Aufbau“ bekannt.⁸³⁶

Ziel des Zusammentreffens war die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft, die die „Erhebung der nationalen Kräfte“ vorbereiten sollte.⁸³⁷ Brauweiler hatte diesbezüglich bereits ein Aktionsprogramm entwickelt, das im Gegensatz zur parteipolitischen Erziehung der „Formaldemokratie“ als Appell an das Nationalbewusstsein verstanden werden sollte. Inhaltlich umschloss das Programm sowohl außen- als auch innenpolitische Zielsetzungen. So wurde neben der Absage an den monarchischen Gedanken und der rechtlichen Eingliederung der Arbeiterschaft in den sogenannten Unternehmensorganismus vor allem zur Rückkehr zu einer dem Deutschtum angemessenen Staatsform aufgerufen. Im Bereich der Außenpolitik sollte der Schuldparagraph des Versailler Friedensdiktats revidiert und im Hinblick auf die Ruhrkrise zur Aufbietung aller diplomatischen und wirtschaftspolitischen Mittel des Widerstands aufgerufen werden. Schien die Programmatik damit zunächst auf ideologischer Linie des Kollegs und dessen Charakters als antidemokratischer Schulungseinrichtung zu stehen, stieß diese bei der Besprechung jedoch nicht auf eine einhellige Zustimmung. So kam Kritik gerade aus den Kreisen der Landwirtschaft, wie zum Beispiel von Clemens von Loë oder auch Kerckerinck zur Borg, der nach anfänglicher Zustimmung umschwenkte und das Programm als „Zusammenkochen von unreifem Zeug“ bezeichnete.⁸³⁸ Während von Loë die Publikmachung in den Lehrkursen als zu voreilig bezeichnete, kritisierte Kerckerinck zur Borg vor allem die Fülle an Inhalten, die auf eine „erschwerend ungebildete Hörschaft“ trafen und diese damit überfordern würden.⁸³⁹ Auch Ferdinand von Lüninck zeigte sich skeptisch gegenüber den Forderungen Brauweilers. So unterrichtete er diesen in einem Brief vom 24. November darüber, dass er das zugesandte Werbeschreiben der Lehrkurse nicht ohne Weiteres unterschreiben könne; seine Zurückhaltung begründete er damit, dass er „doch um eine Nuance anders eingestellt“ sei und „in der ständischen Bewegung, so große Bedeutung“ er ihr auch beimaß, „doch nur eine Unterabteilung der ganzen religiösen-kulturellen Erneuerung“ sah. Die Tatsache, dass von Lüninck in dem Unternehmen „keine erschöpfende Zusammenfassung“ seiner Auffassungen erblickte, brachte ihn schließlich dazu, sich von jeglicher führenden Rolle klar zu distanzieren.⁸⁴⁰

⁸³⁶ Besprechung in Buldern, 28. Oktober 1928, BArch, NI Spahn, N1324/152.

⁸³⁷ Ebd.

⁸³⁸ Kerckerinck zur Borg an Brauweiler, 10.10.1922, Archiv Ostwig, Best. Nachlass Ferdinand von Lüninck, Nr. 830.

⁸³⁹ Ebd.

⁸⁴⁰ Lüninck an Brauweiler, 24.11.1922, Archiv Ostwig, Best. Nachlass Ferdinand von Lüninck, Nr. 830.

In Folge der Kritik und des mangelnden Konsens über den genauen Aufbau und die Schwerpunktsetzung des ganzen Unternehmens ging die Planung der Lehrkurse nur schleppend voran, bevor sie durch die Auswirkungen des Ruhrkonflikts schließlich endgültig zum Stillstand kam.

5.3 Vom theoretischen Erziehungskonzept zur praktischen Umsetzung: Die Ruhrkrise als Antrieb zur Diktatur und die Auflösung des jungkonservativen Konsenses

Die ab Herbst 1922 aufgrund anhaltender Reparationszahlungsaufschübe seitens der Deutschen Regierung drohende Auseinandersetzung über die französische Besetzung der Ruhr sowie die Tatsache, dass die Franzosen wenig später mit „gewaltiger Heeresstärke und mitten im Frieden in ein wehrloses Land“ hineinmarschierten, markierten für die Jungkonservativen den ausschlaggebenden Punkt, sich mit aller Kraft von dem „Sklavenjoch der alliierten Fremdherrschaft“ zu befreien.⁸⁴¹ Damit einher ging auch die Vorstellung einer endgültigen „Abrechnung mit dem Parlamentarismus“, der einer Revitalisierung des „eingeborenen Geistes unseres Volkes in seiner staatlichen Einrichtung und in seiner gesellschaftlichen Ordnung“ weichen sollte.⁸⁴² Innerhalb der deutschen Bevölkerung machte sich ein Gefühl des nationalen Aufbegehrens gegen die französische Okkupation breit, dessen Energie und Elan die Jungkonservativen nun nutzen wollten, um den „Endkampf gegen den Staat“ einzuleiten.⁸⁴³ Es galt, den Ruhrwiderstand auf das gesamte Reich auszuweiten.⁸⁴⁴ Ziel war eine zweite, nationale Revolution, mit der die Fehler von 1918 bereinigt werden sollten, um „den freien und souveränen deutschen Staat“ vor der Zerstörung zu bewahren.⁸⁴⁵

Entgegen der Strategie des Reichskanzler Wilhelm Cuno, der den passiven Widerstand in Form von Arbeitsniederlegungen und Produktionsverzögerungen in den Betrieben aufbaute, gaben sich die Jungkonservativen mehrheitlich wesentlich offensiver: sie traten für eine „gewaltsame Volkserhebung“⁸⁴⁶ ein, die die „geknechtete Nation wieder zur Freiheit“ führen sollte.⁸⁴⁷ Ihr determiniertes Auftreten verdeutlichte sich vor allem anhand stilistischer Merkmale, die den Einmarsch zu einem „Volkskampf“ und den Austragungsort zum „Kriegsschauplatz“ aufpeitschten.⁸⁴⁸ Als Ausgangsbasis sollten das 1914 erwachte Nationalgefühl und die durch

⁸⁴¹ Stadtler, Eduard: „En avant“, in: *Gewissen*, Nr. 3, 22.1.1923. Weiterführende Literatur zur Ruhrkrise und deren Auswirkungen s. u.a. in: Müller, Barbara: *Passiver Widerstand im Ruhrkampf. Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen*, Berlin 1995; Schulte, Benjamin: „Das Scheitern „kultureller Demobilisierung“ nach dem Ersten Weltkrieg: die Ruhrkrise 1923, in: *Historisch-Politische Mitteilungen*, 2012, S. 109-136.

⁸⁴² Spahn, Martin: „Der Kampf geht weiter“, in: *Gewissen*, Nr. 22, 4.6.1923.

⁸⁴³ Gleichen, Heinrich von: „Der Endkampf um den Staat“, in: *Gewissen*, Nr. 37, 17.9.1923.

⁸⁴⁴ Schotte, Walther: „Freiheitskriege oder Interessenkämpfe“, in: *Gewissen*, Nr. 14, 9.4.1923.

⁸⁴⁵ Schotte, Walther: „Souveränität und Neutralisierung“, in: *Gewissen*, Nr. 6, 12.2.1923.

⁸⁴⁶ Kemper, 2011, S. 273.

⁸⁴⁷ Stadtler, Eduard: „Was ist heute nationale Politik“, in: *Gewissen*, Nr.7, 19.02.1923.

⁸⁴⁸ N.N.: „Kriegsschauplatz“, in: *Gewissen*, Nr. 2, 15.1.1923.

die wilhelminische „Burgfriedenspolitik“ beförderte Volksgemeinschaftsideologie dienen. Schien die Volksgemeinschaft in den revolutionären Umbrüchen 1918/19 empfindlich verletzt, so galt es nun durch die Entfesselung der Deutschen zum Volkskampf das Ideal endlich zur Vollendung zu bringen.⁸⁴⁹ Mit Aufrufen, wie dem Stadtlers, der nur in einer Politik „echter nationaler Gesinnung“ die Chance auf „die Geltendmachung und sieghafte Durchsetzung der staatlichen machtpolitischen Lebensrechte der in ihrem Leben bedrohten deutschen Nation“ sah, wurde der nationalistische Tenor und die Sehnsucht, den Parlamentarismus zu beseitigen, mehr als deutlich zum Ausdruck gebracht.⁸⁵⁰

Die Jungkonservativen traten somit merklich radikal auf. Auch Brauweiler folgte dieser Entwicklung, indem er sich von jeglichem konsolidierenden Vorgehen klar distanzierte: er rief dazu auf, dem französischen „Kriegsziel“, also der „Müdemachung der Deutschen, [...] bis sie bereit seien, in Zukunft als Arbeitssklaven für Frankreich Frondienste zu tun“ unter keinen Umständen mit Passivität zu begegnen.⁸⁵¹ Das, „was im Ruhrgebiet vor sich geht“, bedeutete für ihn nichts anderes „als einen reinen, schleierlosen Krieg, der folglich auch mit allen Mitteln des Kriegs“ geführt werden müsse. Diese „Mittel“ bestanden für Brauweiler nicht etwa in „Säbel und Kanonen“, sondern vor allem in der Emotionalisierung des Volkes und der Aufrechterhaltung des nationalen Zusammenhalts. Beides sah er als einzig wahre Waffen gegen den „aufgezwungenen Kampf“.⁸⁵²

Brauweiler erhoffte sich, den Ruhrkampf gleich in doppelter Hinsicht für die Durchführung seiner Ziele instrumentalisieren zu können. So ergab sich durch die einhergehende Destabilisierung der politischen Verhältnisse nicht nur ein guter Anknüpfungspunkt für die Implementierung einer, die Staatsomnipotenz beendenden „Ordnungsalternative“. Parallel dazu bestand durch den erzeugten Bedrohungszustand auch die Aussicht, die Ideologie der Volksgemeinschaft einer praktischen Verwirklichung zuzuführen, aus Brauweilers Sicht die Voraussetzung eines jeden Staatsneubaus.⁸⁵³ Die Tatsache, dass bis dato jede entsprechende Initiative ins Leere gelaufen war, führte Brauweiler vor allem auf die falsche Herangehensweise zurück: der Versuch, den Staatsbürger durch bloße Gesinnungspflege zum volksgemeinschaftlichen Denken zu erziehen, berücksichtigte, so Brauweilers Argumentation, nur unzureichend die Lösung des sogenannten „Formproblems“. Damit meinte Brauweiler ein unausgeglichenes Verhältnis zwischen Bindung und Organisation, also die Notwendigkeit, alle

⁸⁴⁹ Gleichen, Heinrich von: „Die Entfesselung der Deutschen“, in: Gewissen, Nr. 8, 26.3.1923.

⁸⁵⁰ Stadtler, Eduard: „Was ist heute nationale Politik“, in: Gewissen, Nr.7, 19.02.1923

⁸⁵¹ Brauweiler, Heinz: „Stärkung der inneren Front“, in: Gewissen, Nr.7, 19.2.1923.

⁸⁵² Ebd.

⁸⁵³ Brauweiler, Heinz: „Die politische Bedeutung der ständischen Bewegung“, in: Blätter für ständischen Aufbau, 6.7.1921 und auch der Artikel „Volksgemeinschaft“ in: Wirtschaftliche Nachrichten aus dem Ruhrbezirk, 30.09.1922.

Glieder der Gesellschaft so zu integrieren, dass sie sich bereitwillig unter einen einheitlichen Führerwillen stellen.⁸⁵⁴ Nur wenn das Zusammenspiel beider Komponenten, also Gesinnungspflege und die Lösung des „Formproblems“, geregelt wären, sei die Verwirklichung einer wahren Volksgemeinschaft sowie die Umsetzung der ständischen Alternative möglich.

Diesem Ziel stand die ungelöste Arbeiterfrage nach wie vor im Weg, die sich im Vergleich zu der Zeit vor dem Ruhrkampf sogar nochmals deutlich verschärft hatte. Diese Entwicklung resultierte hauptsächlich aus dem Umstand, dass die Arbeiterschaft die Hauptlast des Widerstands zu tragen hatte und von daher noch eindringlicher auf eine grundlegende Neubewertung ihrer Situation pochte. Brauweiler sah es nunmehr als selbstverständliche Aufgabe des Staates an, „sich dem Arbeiter wert zu machen“, indem er sich hinter diesen stellen und seine legitimen Rechte durch eine stärkere korporative Einbeziehung anerkennen sollte.⁸⁵⁵ Den Appell an eine gütliche Einigung mit der Arbeiterbewegung richtete Brauweiler diesmal direkt an die Unternehmer und Industriellen, die sich dazu entschließen sollten, die Gleichberechtigung der Arbeiter durch deren Eingliederung in eine Werksverfassung anzuerkennen.⁸⁵⁶ Auf diese Weise sollte der Arbeiter sich als wirklicher Bestandteil der nationalen Gemeinschaft fühlen und zu der Überzeugung gelangen, dass es „sein Werk ist, für das er arbeitet, daß es sein Besitz und Eigentum ist, das er mit Hungern und Opfern von Blut und Gut verteidigt“.⁸⁵⁷ Nur so schien die Volkseinheit – aus Sicht Brauweilers „die Voraussetzung für die Wiedergeburt des deutschen Staates“ – über die Grenze der temporären Ermüdung und Hoffnungslosigkeit hinaus dauerhaft gesichert.⁸⁵⁸

Doch ähnlich wie bei seinen Bestrebungen mit der *Malstatt*, dem *Bund der Arbeit* oder der Vereinigung für ständischen Aufbau sollte die erhoffte Annäherung an die Arbeiterschaft erneut ausbleiben. Ein wesentlicher Grund hierfür war einmal mehr die Zurückhaltung der Unternehmer, die sich durch die im Herbst 1923 einsetzende Verschlechterung der politisch-wirtschaftlichen Lage in ihrer Distanz zur Arbeiterbewegung bestätigt zu fühlen schienen.

Die mangelnde Bereitschaft, die eigenen Interessen zugunsten eines stärkeren, nationalen Zusammenstehens einzuschränken, war nicht nur in Unternehmerkreisen verbreitet, sondern ein derzeit weitgreifendes Problem, das den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft anhaltend schwächen sollte.

⁸⁵⁴ Brauweiler, Heinz: „Gesinnung und Form“, in: *Gewissen*, Nr. 14, 9.4.1923.

⁸⁵⁵ Brauweiler, Heinz: „Werde hart“, in: *Gewissen*, Nr. 18, 7.5.1923.

⁸⁵⁶ Brauweiler, Heinz: „Stärkung der inneren Front“, in: *Gewissen*, Nr. 7, 19.02.1923.

⁸⁵⁷ Ebd.

⁸⁵⁸ Brauweiler, Heinz: „Staat und Wirtschaft“, in: *Gewissen*, Nr. 37, 17.9.1923.

Nachdem der Regierung Wilhelm Cunos Mitte August 1923 das Vertrauen entzogen wurde, kam es zu einem Regierungswechsel und zur Bildung der großen Koalition unter Gustav Stresemann, der die Aufgabe des passiven Widerstands im September 1923 endgültig durchbrachte.

Stellten sich fast alle Parteien, bis auf Kommunisten und Deutschnationale, hinter Stresemanns Vorgehen – objektiv betrachtet die einzig sinnvolle Politik – hielt Brauweiler weiterhin an seinem Appell fest: der Widerstand sollte aufrechterhalten werden, alles andere war in seinen Augen reiner Defätismus. Hatte Brauweiler bereits in Zusammenhang mit seinem Aktionsprogramm zur Buldener Konferenz 1922 dazu aufgerufen, sich mit allen Mitteln gegen die Entente, hier vor allem die Franzosen zu behaupten, verstärkte er diese Forderung nunmehr durch zahlreiche im *Gewissen* publizierte Artikel. Diese waren gespickt mit Durchhalteparolen:⁸⁵⁹ ein erneuter Verständigungsfrieden wie der von Versailles sollte mit allen Mitteln verhindert werden, da es ansonsten unmöglich schien, „nochmals einen moralischen Abwehrkampf zu führen“.⁸⁶⁰ Stattdessen sollte der Widerstand dauerhaft fortgeführt werden, da es sich beim Ruhrkonflikt „um einen neuen Krieg handelt, dessen Dauer vorläufig unabsehbar ist“.⁸⁶¹ Die Sorge vor einem vorzeitigen Einlenken in der Ruhrkrise war für Brauweiler stark mit der schmachvollen Erinnerung an die Situation während des Ersten Weltkriegs unter dem Zeichen des Verständigungsfriedens verbunden. Doch im Gegensatz zum „Julimonat 1917 und der Verhandlungssituation 1918“ erwartete er 1923 einen für Deutschland siegreichen Ausgang der Lage.⁸⁶² Deshalb sollte solange an der Aufrechterhaltung des Widerstands festgehalten werden, bis Frankreich sich zu einer Verständigung entsprechend der deutschen Mindestforderungen bereiterklären würde.

Die Mindestforderungen bestanden für Brauweiler sowohl in der Räumung der durch die Franzosen besetzten Gebiete an Rhein und Ruhr als auch in der materiellen Wiedergutmachung und der Unabhängigkeit der deutschen Industrie vom westlichen Finanzkapital.⁸⁶³ Zwar sprach er sich vor dem Hintergrund der desaströsen Lage im Oktober 1923 kurzzeitig für einen defensiveren Umgang mit Frankreich aus, da sich die Ereignisse – wirtschaftlicher Kollaps, anhaltende Umsturzversuche von links und rechts, ausgehend von Bayern und Sachsen, sowie Erstarren der separatistischen Bewegungen – überschlugen und Deutschland an den Rande eines Bürgerkriegs führten, dieser Schritt war jedoch nicht der Erkenntnis geschuldet, auf dem

⁸⁵⁹ Brauweiler, Heinz: „Westmark und Reich“, in: *Gewissen*, Nr. 46, 19.11.1923.

⁸⁶⁰ Brauweiler, Heinz: „Werde hart“, in: *Gewissen*, Nr. 18, 7.5.1923.

⁸⁶¹ Ebd.

⁸⁶² Brauweiler, Heinz: „Werde hart“, in: *Gewissen*, Nr. 18, 7.5.1923.

⁸⁶³ Brauweiler, Heinz: „Nach einem Vierteljahr“, in: *Gewissen*, Nr. 16, 23.4.1923.

Weg des Widerstands zu stagnieren, sondern seiner Befürchtung, andernfalls das letzte bisschen deutsche Souveränität zu verlieren.⁸⁶⁴

Trotz seines Strebens, den Widerstand aufrechtzuerhalten und seiner Überzeugung, dem „Todeszucken des parlamentarischen Regierungssystems“ nunmehr mit „Gelassenheit“ entgegensehen zu können, wurde Brauweiler dennoch in immer stärkerem Maße mit der Offensichtlichkeit einer schwindenden Basis für den gemeinschaftlichen, reichsweiten Zusammenhalt konfrontiert.⁸⁶⁵ Diese Einsicht erweckte bei ihm die wachsende Befürchtung, die Aussicht auf die Errichtung einer alle Volkskräfte umfassenden Neuorientierung, ähnlich wie bereits 1918/19, erneut unverrichteter Dinge verstreichen lassen zu müssen. Hierfür machte er vor allem die gesellschaftlichen Entwicklungen im Inneren verantwortlich, die statt einer stärkeren Einheitlichkeit, zersetzende Elementen wie den Klassenkampfgedanken, den Wirtschaftsegoismus und das eigennützige Bereicherungsstreben emporkommen ließen.⁸⁶⁶ Hatte Brauweiler vergeblich darauf hingewiesen, dass „die Aufgabe der Wiedererweckung des deutschen Staates und die Wiederherstellung seiner Kraft“ von der „Anerkennung der Gemeinsamkeit des deutschen Schicksals und der Notgemeinschaft des deutschen Volkes“ abhing, die nur in „fester Geschlossenheit das sichere Fundament der Staatsgewalt“ werden konnte, sah er diese Aufgabe von Seiten der „Vereinigung der dem Staat zugewandten Kräfte unserer nationalen Industrie und unserer nationalen Arbeiterschaft“, die er für ebenso egozentriert wie die Wirtschaftsfunktionäre hielt, in immer weitere Ferne rücken.⁸⁶⁷

5.4 Die Diktatur als „letztes Rettungswerk“ Deutschlands

Nachdem Brauweilers Kampf gegen den vermeintlichen Defätismus und sein Appell zur Aufrechterhaltung des Widerstands mit der am 26. September 1923 verkündeten offiziellen Einstellung des Ruhrkampfes endgültig als gescheitert betrachtet werden mussten, ging er dazu über, noch autoritärere Maßnahmen zu fordern und mehr als sonst auf staatliche Machtpolitik zu hoffen.⁸⁶⁸ In diesem Zusammenhang setzte er seinen noch im Oktober verkündeten Gedanken eines „deutschrechtlichen Staates in neuzeitlicher Form“ mit einem Appell an die Errichtung einer „nationalen Diktatur“ gleich, die er als „letztes Rettungswerk“ für Deutschland bezeichnete.⁸⁶⁹ Diese Überlegung hatte er bereits im März desselben Jahres in seinem politischen Programm als potentielle Möglichkeit für die Errichtung eines neuen Staates dargestellt. Mittlerweile war dieser Gedanken jedoch nicht mehr optional, sondern das einzige

⁸⁶⁴ Brauweiler, Heinz: „Nach einem Vierteljahr“, in: *Gewissen*, Nr. 16, 23.4.1923.

⁸⁶⁵ Brauweiler, Heinz: „Ausnahmestand“, in: *Gewissen*, Nr. 47, 26.11.1923.

⁸⁶⁶ Brauweiler, Heinz: „Unser Unglück“, in: *Gewissen*, Nr. 24, 18.6.1923.

⁸⁶⁷ Brauweiler, Heinz: „Die deutsche Not bleibt“, in: *Gewissen*, Nr. 39, 27.9.1926.

⁸⁶⁸ Kemper, 2011, 396f.

⁸⁶⁹ Brauweiler, Heinz: „Ausnahmestand“, in: *Gewissen*, Nr. 47, 26.11.1923.

Mittel für die Beendigung des derzeitigen „Ausnahmestands“ und der notwendigen Gegenwehr gegen die von den Parteien im Sinne der Ententemächte betriebene Erfüllungspolitik.⁸⁷⁰

Den Zeitpunkt für die Einführung einer „nationalen Diktatur“ hielt Brauweiler für günstig, da sowohl die „Kräfte im Volk, auf die [die Diktatur] sich stützen kann“, vorhanden seien, als auch „die Entschlossenheit, zum Rettungswerk aufzutreten“.⁸⁷¹ Diese Überzeugung speiste sich vor allem aus der innenpolitisch aufgeheizten Stimmung, der mittlerweile zur Hyperinflation aufgestiegenen Entwertung des Geldes und der von Ebert gegebenen Vollmacht über den Rückgriff auf den Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung, in den Augen Brauweilers ein erster Schritt zur „parlamentarisch sanktionierten Diktatur“ und Anfang vom definitiven Ende des parlamentarischen Systems.⁸⁷² Ein solches Szenario hatte Brauweiler bereits bei dem 1921/22 erfolgten Kredithilfeangebot der Wirtschaft an den Staat prognostiziert, das er als „reinen Bankrott der staatlich parlamentarisch-bureaukratischen Steuergewalt“ ansah.⁸⁷³ Mit dem am 13. Oktober 1923 verkündeten Ermächtigungsgesetz hatte sich das parlamentarische System, das wenn überhaupt „fruchtbar und segensreich für die Entfaltung des politischen Gemeinlebens in einigermaßen normalen Zeitläufen“ sein konnte, in seinen Augen endgültig ab absurdum geführt.⁸⁷⁴ Folglich schien dem „täglich mit tausend Todesgefahren ringenden Deutschland“ nur noch die sofortige Einrichtung einer „einheitlich-nationalen Diktatur“ zu bleiben.⁸⁷⁵

Seinen Appell an eine nationale Diktatur wollte Brauweiler jedoch nicht als dauerhafte Lösung verstanden wissen, eher als eine Art Überbrückungsmodus, der das im Zerfall begriffene parlamentarische System von seinen angeblich maroden Strukturen in einen besseren Zustand überführen und diesen anschließend verfassungspolitisch legitimieren sollte. Brauweiler kam es schwerpunktmäßig auf die Entstehung einer „einheitlichen Exekutivgewalt für das gesamte Reich“ an, mit der nicht nur „das Kontrollrecht des Reichstags im Sinne einer starken Staatsgewalt beseitigt“, sondern auch der parlamentarische Apparat komplett überflüssig gemacht werden sollte. Während Reichswehr, Polizei und der vollständige personelle

⁸⁷⁰ Der Begriff der Erfüllungspolitik wurde vor allem ausgehend von der nationalen Rechten als diffamierende Bezeichnung für die u.a. von Erzberger und Rathenau betriebene Politik verwendet, die sich ab 1921 durch den Versuch der bestmöglichen Erfüllung der Friedensvertragsbestimmungen auszeichnete. Moeller verwendet diese Bezeichnung in „Das Dritte Reich“, indem er der Erfüllungspolitik der Parteien den Gedanken eines „volklichen Führers“ entgegensetzte. S. Moeller van den Bruck, 1926, S.107f.

⁸⁷¹ Brauweiler, Heinz: „Ausnahmestand“, in: Gewissen, Nr. 47, 26.11.1923.

⁸⁷² Schulz, Gerhard: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Berlin 1960, S. 453. War bereits zu diesem Zeitpunkt das Überleben der Demokratie empfindlich in Frage gestellt, hatten hier noch Politiker wie Stresemann und Ebert rechtzeitig eingreifen können. Broszat, Martin: Deutschlands Weg in die Diktatur – Internationale Konferenz zur Nationalsozialistischen Machtübernahme, Berlin 1983, S.129.

⁸⁷³ Brauweiler, Heinz: Die Bedeutung der ständischen Bewegung, 29.1.1922, StMG, NI Brauweiler, 15/13/120.

⁸⁷⁴ Brauweiler, Heinz: „Ausnahmestand“, in: Gewissen, Nr. 47, 26.11.1923.

⁸⁷⁵ Ebd.

Verwaltungsapparat einer diktatorischen Leitung unterstellt werden sollten, galt es, die Parteien endgültig machtpolitisch zu marginalisieren, da der „Einfluß des Parlaments [...] die Aufrichtung und Sicherung einer kraftvollen vollziehenden Gewalt“ verhinderte.⁸⁷⁶

Mit seinem Appell für eine temporäre Diktatur, mit der in Zeiten großer Halt- und Orientierungslosigkeit ein Zustand der Normalität errichtet werden sollte, verfolgte Brauweiler ähnliche Ansichten wie der bekannte Verfassungsrechtler Carl Schmitt.⁸⁷⁷ Schmitt definierte den Diktaturbegriff als eine Form persönlicher Herrschaft eines Einzelnen, die auf der Akklamation des Volkes beruhen und für die der Herrscher auf einen zentralisierten Regierungsapparat zurückgreifen sollte.⁸⁷⁸ Die Notwendigkeit einer solchen temporären Diktatur ergab sich, Schmitt zufolge, aus dem Fehlverhalten der Parteien und des Parlaments, die sich zu stark auf die Durchsetzung von Partikularinteressen bezogen hatten. Mit Hilfe der Errichtung einer temporären Diktatur, die Schmitt als eine „Idee des Übergangs“ definierte und die nur unter „dem Zwang der Verhältnisse“ in Kraft treten sollte, sollte es möglich werden, die in seinen Augen „bedrohte Ordnung“ wieder herzustellen.⁸⁷⁹

Die Erwägung einer „nationalen Diktatur“ war in rechtskonservativen Kreisen weit verbreitet und vordergründig dem „Bedürfnis nach Autorität“, Stärke und Parteienunabhängigkeit geschuldet.⁸⁸⁰ Exemplarisch erwähnt werden kann hier der kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs gegründete Frontkämpferbund Stahlhelm, der sich, vertreten durch Franz Seldte, mit der Aufforderung an Reichskanzler Stresemann richtete, eine „sofortige Errichtung einer nationalen Diktatur“ zu erwirken, „die nicht durch Parlamente, Parteien und Interessenverbände behindert ist“.⁸⁸¹ Daneben war es aber auch gerade der jungkonservative Kreis um das Politische Kolleg mit Martin Spahn an der Spitze, der sich etwaigen Bestrebungen gegenüber durch die intensivierten Beziehungen zu Bayern offen zeigte. Hier schlossen die rechten Kräfte besonders federführend gegen die Republik auf und formierten sich zu putschistischen Ausschreitungen. Aufgrund der unruhigen Lage war im September der Ausnahmezustand verhängt und von Kahr zum Staatskommissar mit diktatorischen Vollmachten ernannt worden, den viele Jungkonservative als Hoffnungsträger für einen baldigen Umsturz sahen.⁸⁸² Wurden

⁸⁷⁶ Brauweiler, Heinz: Wie kann die berufsständische Idee dargestellt werden durch länderweite Zusammenfassung verantwortlicher Gruppen?, 3.11.1923, StMG NI Brauweiler, 15/13/136.

⁸⁷⁷ Carl Schmitt unterschied zwischen einer „kommissarischen“, also vorübergehenden und einer „souveränen“ Diktatur als dauerhaftem und neuem Verfassungszustand, s. Schmitt, Carl: Die Diktatur: Von den Anfängen des modernen Souveränitätsgedankens bis zum proletarischen Klassenkampf, München 1921. In seiner Verfassungsreform von 1925 sieht Brauweiler die Diktatur als keine Lösung an. StMG, NI Brauweiler, 15/13/189.

⁸⁷⁸ Kurz, Achim: Demokratische Diktatur? Auslegung und Handhabung des Artikels 48 der Weimarer Verfassung 1919-25, Berlin 1992, S. 170.

⁸⁷⁹ Schmitt, Carl: Die Diktatur: Von den Anfängen des modernen Souveränitätsgedankens bis zum proletarischen Klassenkampf, München 1921.

⁸⁸⁰ Weiß, 2012, S. 359.

⁸⁸¹ Berghahn, Volker: Der Stahlhelm: Bund der Frontsoldaten; 1918-1935, Düsseldorf 1966, S. 43.

⁸⁸² Clemens, 1983, S. 82.

ähnliche Erwartungen auch an General von Seeckt adressiert, von dem Spahn die Errichtung einer Militärdiktatur forderte, sollten diese jedoch bereits Anfang November durch Kahr und zu Beginn des Jahres 1924 durch General von Seeckt enttäuscht werden, der die ihm übertragene Reichsgewalt niederlegte.⁸⁸³

Den für die Frage der Gestaltung der Weimarer Zeit bestimmenden Gegensatz – Demokratie oder Diktatur – umgingen die Jungkonservativen, indem sie die von ihnen favorisierte, nationale Diktatur durch die Bezeichnung als „demokratische Diktatur“ schlichtweg mit ihrem Verständnis „wahrer Demokratie“ gleichsetzten. Im Gegensatz zu der 1918 eingeführten liberalen Demokratie – ihrem Verständnis nach bloß „leerer Blanketbegriff“ – verfolgte die „demokratische Diktatur“, ihnen zufolge, eine Idee des völkischen Zusammenschlusses und die bereitwillige Unterordnung unter eine autoritäre Führerschaft, die als grundlegende Voraussetzung für die Errichtung eines wahren Volksstaates galt.⁸⁸⁴ In wie weit die gegensätzlichen Begriffe „Demokratie - Diktatur“ überhaupt namensgebend für eine neue Staatsordnung hätten sein können, ließen die Jungkonservativen jedoch weitestgehend im Unklaren – durchaus verständlich, bedenkt man die Diametralität beider Begriffe. Statt möglicher Umsetzungsvorschläge hielten sich die Jungkonservativen lieber daran, wortgewaltig Gründe für ihre Aufforderung zur Bildung einer „demokratischen Diktatur“ zu geben. In diesem Zusammenhang wurde zum einen der Vorwurf erhoben, die deutsche Regierung hätte es nicht geschafft, den sozialliberalen Kräften Einhalt zu gebieten, z.B.: hinsichtlich der Aufgabe des passiven Widerstandes im Ruhrkonflikt. Zum anderen stellte aber auch das Faschismusbild eine Rechtfertigungsgrundlage dar, das durch Mussolinis Marsch auf Rom wesentlich popularisiert und gerade in konservativen Kreisen immer flächendeckender diskutiert wurde. Mit dem „Faschismus“ verband man vor allem ein nationalistisches, strikt antiliberales und antimarxistisches Weltbild, mit dem gerade die „Frischesten und Feurigsten in unserer Jungmannschaft“ für einen gesellschaftlichen Neustart und den Aufbau eines neuen Nationalismus gewonnen werden sollten.⁸⁸⁵ Arthur Moeller van den Bruck bezeichnete den Faschismus anfänglich vor allem als eine europäisch zentrierte, konservative Gegenbewegung gegen die Ideen des 19. Jahrhunderts, basierend auf der „ureigenen Idee einer Niederzwingung des wirtschaftlichen Radikalismus“ und vor allem stellvertretend für das irredentistische Streben der europäischen Völker.⁸⁸⁶ Neben Moeller wiesen auch Carl Schmitt, Oswald

⁸⁸³ Clemens, 1983, S. 83/84. Zu den Entwicklungen in München siehe auch: Geyer, Martin H.: *Verkehrte Welten. Revolution, Inflation und Moderne: München 1914-1924*, Göttingen 1998.

⁸⁸⁴ Sontheimer, 1962, S. 277; Broszat, 1983, S. 130/31.

⁸⁸⁵ So Spahn in einem Brief an den Doktoranden Kayser, 22.12.1923, zitiert nach Clemens, 1983, S. 83.

⁸⁸⁶ Weiß, 2012, S. 349; Sontheimer, 1962, S. 130ff.

Spengler, Martin Spahn und Heinrich von Gleichen eine Affinität zu Mussolini auf; Gleichen beispielsweise meinte in ihm einen „handelnden Staatsmann“ zu erkennen.⁸⁸⁷

Nichtsdestotrotz war die Betrachtung des italienischen Faschismus ein Wechselspiel zwischen Anerkennung und Abgrenzung. Konnte auf der einen Seite ein sich teilweise stark überschneidender Ideenpool nicht geleugnet werden – vor allem im Hinblick auf charismatische Führerschaft und autoritäre Gesellschaftsideale – gab es dennoch eine Vielzahl trennender Elemente: so empfanden die Jungkonservativen weder die Massenpolitik erstrebenswert und vertraten demgegenüber eher aristokratisch-elitäre Ideale, noch den von Mussolini betriebenen Aktivismus und das systemimmanente Führerbild.⁸⁸⁸ Zwar fand das Prinzip charismatischer Herrschaft auch in jungkonservativen Kreisen weithin Anklang, gedacht war dabei jedoch nicht zwangsläufig an eine „persönliche Diktatur“ außerhalb eines verfassungsrechtlichen Rahmens.⁸⁸⁹ Vielmehr meinte man – hier wieder ähnlich dem meritokratischen Prinzip – eine Führungs- und Oberschicht, die dem „Prinzip der natürlichen Auslese“ folgend aus der Gesellschaft heraus auf dem Boden des geltenden Verfassungsrechts gebildet werden sollte.⁸⁹⁰ Diese Vorstellung wurde von Heinrich von Gleichen als „erstrebenswerter Zielzustand“ charakterisiert, in welchem die Staatsführung aus „unabhängigen Persönlichkeiten“ bestehen sollte, [...] die „den Willen hat, sich gegen die bestehende organische Massenherrschaft, gegen Parlament und Demokratie auf alle Fälle durchzusetzen“.⁸⁹¹

Auch Brauweiler beurteilte den Faschismus ambivalent: in ihm sah er sowohl positive als auch negative Kriterien veranlagt. Positiv verstand Brauweiler den Faschismus, weil er ihn als Teil einer konservativen Gegenbewegung interpretierte, die sich gegen den krisenhaften Parlamentarismus auflehnte und damit das liberale Staats- und Verfassungsbild des Liberalismus endlich entthronen konnte.⁸⁹² Darüber hinaus befürwortete er den Faschismus aufgrund der in ihm verankerten Trennung von staatlicher und gesellschaftlicher Gewalt, die er

⁸⁸⁷ Gleichen, Heinrich von: „Der Glaube an den Staatsmann“, in: *Gewissen*, Nr. 29, 20.7.1925.

⁸⁸⁸ Breuer, 1993, S. 125/26ff.

⁸⁸⁹ Heinrich von Gleichen's Artikel „Deutscher Faschismus“, den er 1927 im *Gewissen* veröffentlichte, bezeichnete die Bewegung Mussolinis zwar als „geniales Experiment“, dessen Anfang „durchaus gelungen“ sei, dennoch müsse bedacht werden, dass diese nicht von einer persönlichen Diktatur ausgehen könne, sondern nur durch die „Dreieinigkeit von Frontkämpferbewegung, nationalistischer Oberschicht und dem Symbol unseres geschichtlichen Erbes“. *S. Gewissen*, Nr. 19, 1927.

⁸⁹⁰ S. Schmitt, 1964. Lehnten Freyer, Niekisch, Schmitt und auch Schotte, Boehm und Gleichen eine Einmanddiktatur ab, zählte Oswald Spengler zu denjenigen, die das cäsaristische Prinzip vertraten, dass eine charismatische Person an der Spitze der Gesellschaft stehen sah. Sie sollte sich nicht durch Erbfolge legitimieren, sondern durch die Unterstützung aus der Gesellschaft. Martin Spahn konkretisierte diesen Gedanken, indem er ihn mit seiner Vorstellung einer deutlich traditionell-monarchistischen Theorie verband, dementsprechend forderte er also einen starken Monarchen an der Spitze der Gesellschaft.

⁸⁹¹ Postert, 2014, S. 107, Anm. 330; Breuer, 2005, S. 96ff. Ähnliche Ansätze zum Bild einer Führerschicht tauchten auch bei Edgar Julius Jung in seinem Artikel „Zur Verfassungsreform“ auf und auch bei Wilhelm Rosenberger, der die „staatspolitische Führung [als] eine Angelegenheit weniger“ bezeichnete.

⁸⁹² Petzold, 1978, S. 141. Diese Einstellung vertritt Brauweiler schon 1922, als er in einem Brief an Fritz Schneider Mussolini für diesen Schritt bewundert. S. Brauweiler, Heinz: „Um den Faschismus – kritische Betrachtungen I“ in: *Gewissen*, Nr. 34, 19.8.1928. Bezüglich der möglichen Übertragung des italienischen Faschismus auf Deutschland sah Brauweiler die „Bejahung einer staatsrechtlichen Ordnung [...], in welcher die entscheidende staatliche Willensbildung nicht dem Parlament, daher der Legislative, sondern der Exekutive zufällt“, als positiv an, da damit die zunehmende Handlungsunfähigkeit des Parlaments hätte aufgehalten werden können. Brauweiler, Heinz: „Verfassungsrecht und Politik“ in: *Der Ring*, Nr. 51, 22.12.1929.

als wesentliche Voraussetzung für eine Rückführung auf den ursprünglichen deutschen Rechtsgedankens und damit als Grundlage für die von ihm geforderte Ordnungsalternative zum parlamentarischen System ansah. In diesem Zusammenhang betonte er besonders das von Mussolini vorangetriebene Kooperationsgesetz, das die Wahl von Abgeordneten ausgehend vom faschistischen Rat und nicht vom Volk festlegte und damit als eine Vorstufe zu einem System galt, in welchem die Wahl der Volksvertretung in den Händen der Berufsverbände lag. Doch auch wenn Brauweiler die faschistischen Gedankengänge des machtbesessenen Mussolini als theoretisch richtig bezeichnete, was den Grad seines antidemokratischen Denkens einmal mehr verdeutlichte, konnte das italienische Faschismusbild – „wenn man es ernsthaft überdenkt“ – in praktischer Hinsicht dennoch nicht auf die deutschen Verhältnisse übertragen werden.⁸⁹³ Das zeigte sich schon bei der Legitimation einer berufsständischen Ordnung mittels staatlicher Gewalt, was Brauweiler für „ausserordentlich gefährlich und wenig erfolgversprechend“ hielt.⁸⁹⁴ So wurde hiermit nicht nur dem organischen Selbstverwaltungsbegriff grundlegend widersprochen, auch das Klassendenken schien ihm durch ein derart aufoktroiertes Vorgehen nicht überwindbar.

Als weiteren wesentlichen Kritikpunkt sah Brauweiler den faschistischen Anspruch auf Aufbau und Realisation eines Massenverbandes. Zwar plagte auch ihn das Schreckbild einer bindungslosen Masse, die sich rücksichtslos die Macht im Staat aneignete. Deren Integration sollte jedoch mittels volksgemeinschaftlicher Ideale erreicht werden, angeführt von einer Führungs- und Oberschicht als quasi natürlicher Verbindung zwischen Politik und Volk. Die neue Führungs- und Oberschicht durfte aus Sicht Brauweilers nicht aus vorrangig adligen Kreisen stammen, so wie es ihm im Italien Mussolinis der Fall zu sein schien.⁸⁹⁵ Vielmehr sollte

⁸⁹³ Diese absurd klingende Aussage Brauweilers bezog sich auf das Fehlen der Mussolini zur Verfügung stehenden „drei großen Grundbewegungen [...] nämlich die Frontsoldaten-, die syndikalische und die geistige Bewegung“, die der italienische Diktator als Voraussetzung für die Durchsetzung seiner Politik im Gegensatz zu Deutschland hatte. Die geistige Bewegung in Italien lehnt den Liberalismus klar ab, was als Grundvoraussetzung für die Durchführung einer faschistischen Gesellschaftsordnung galt. Außerdem konnte Mussolini auf eine starke Kooperation von Heer, Kirche etc. zurückgreifen, so dass sich ihm auch niemand in den Weg stellte, was in Deutschland sicherlich anders aussehen würde. Der Faschismus hatte hier also gute Voraussetzungen – eine direkte Übertragung auf deutsche Verhältnisse konnte jedoch nicht stattfinden. Brauweiler, Heinz: „Um den Faschismus – kritische Betrachtungen I“ in: *Gewissen*, Nr. 34, 19.8.1928. Ähnlich skeptisch zeigten sich auch Ernst Niekisch und Ernst Jünger, der nach anfänglichem Enthusiasmus einer direkten Übertragung des italienischen Faschismus auf Deutschland skeptisch gegenüber stand. Auch bei Moeller van den Bruck konnte ein ähnlicher Umschwung festgestellt werden. Dieser zeigte sich anfänglich zwar ebenso fasziniert vom Faschismus, in dem er vor allem dessen nationalistische Elemente hervorhob. Diese Stimmung revidierte er jedoch bald wieder, indem er ihn klar zur Sache der Italiener erklärte. Verstand er den deutschen Nationalismus als „Bewegung in einer Nation“, konnte diese Bewegung jedoch nicht mit dem Begriff eines deutschen Faschismus gleichgesetzt werden, da der Faschismus antirevolutionär war und von daher für die nationalistische Erhebung, wie sie die Jungkonservativen forderten, nicht in Betracht gezogen werden konnte. S. u.a. Moeller van den Bruck, Arthur: „Italia docet“, in: *Gewissen*, Nr. 37, 6.11.1922.

⁸⁹⁴ Briefkontakt Fritz Schneider mit Heinz Brauweiler, 23.3.1928, StMG, NI Brauweiler, 15/13/180. Brauweiler, Heinz: Bemerkungen zum organischen Staatsgedanken, 15.7.1930, StMG, NI Brauweiler 15/13/105.

⁸⁹⁵ Bezüglich der Zusammensetzung der Führungsschicht sah Heinrich von Gleichen, ähnlich wie Edgar Julius Jung, die Führung durch Adel und Aristokratie „als natürliche lebendige Form der Führung“, S. Gleichen, Heinrich von: „Führung und Oberschicht“, in: *Gewissen*, Nr. 28, 14.7.1924.

sie auf breiter gesellschaftlicher Grundlage aufgebaut sein, als „Träger der ganzen geistigen Tradition des Volkes [...] ein Vorbild für die niederen Schichten“.⁸⁹⁶

Entgegen seiner Anfang der 20er Jahre in den *Blättern für ständischen Aufbau* noch vertretenen Ansicht kam es ihm mittlerweile nicht mehr auf die absolute Diktatur eines Einzelnen an, sondern auf die Bildung einer neuen Aristokratie, institutionalisiert in einer Art Oberhaus, in der die Verbindung zwischen dem Wissen und der Kunst des politischen Handelns mit dem „tiefen Gefühl der Verantwortung für das Schicksal des Staates und des Volkes“ geleistet werden sollte.⁸⁹⁷ Nur auf Grundlage eines verbindenden Zusammengehörigkeitsgefühls zwischen Führern und Geführten hielt er die wahre Volksgemeinschaft für möglich und damit den „Gesundungsprozess der Gesellschaft“ auf natürlicher, hierarchischer Gliederung.⁸⁹⁸

Ähnliche Überlegungen zur Bildung eines Oberhauses verfolgten auch andere jungkonservative Vertreter, beispielsweise Walther Schotte oder der spätere Reichsinnenminister von Gayl. Ihrer Vorstellung nach sollte das Oberhaus als Sammlungsstätte einer konservativen Elite dienen, das – anders als die Parteien – wieder für politische Stabilität und die Rückkehr staatspolitischer Verantwortung Sorge tragen sollte.⁸⁹⁹ Der Faschismusbegriff lässt sich bei Brauweiler als metapolitischer Ausdruck verstehen, stellvertretend für eine strikt nationalistische Ausrichtung.⁹⁰⁰ Als konkreter organisatorischer Ansatz für die von ihm vorgeschlagene Ordnungsalternative schien der italienische Faschismus jedoch nicht geeignet.

Mit der 1924 erfolgten Ratifizierung des Dawes-Plans – für Brauweiler die Aufrichtung einer „fremden Wirtschaftshoheit“, mit der die nationale Wirtschaft zur „ersten Kolonie“ der internationalen Finanzmärkte würde und das Ende der deutschen Unabhängigkeit eingeleitet sei – scheiterten seine an das Krisenjahr 1923 geknüpften Erwartungen endgültig.⁹⁰¹ Den ständischen Umbruch durch aggressive Revisionspolitik gegen den Versailler Vertrag zu erreichen, war nun nahezu unmöglich geworden.⁹⁰² Mehr und mehr sah Brauweiler sich mit der republikanischen Stabilisierung konfrontiert, die vordergründig auf dem Entradikalisierungskurs des Kabinetts Marx fußte. Dessen Strategie bestand zwar nach wie vor in einem harten innenpolitischen Kurs – Festsetzung der Beamtengehälter, verlängerte

⁸⁹⁶ Brauweiler, 1925, S. 247.

⁸⁹⁷ Schoeps, Manfred: Der deutsche Herrenklub. Ein Beitrag zur Geschichte des Jungkonservatismus in der Weimarer Republik, Erlangen 1974, S. 85; Postert, 2014, S. 162.

⁸⁹⁸ Brauweiler, 1925, S. 249.

⁸⁹⁹ Ähnlich argumentierte auch der DVP Politiker und Mitglied des Berliner Herrenklubs, Heinrich Rogge, der dazu riet sich am englischen Parlamentarismus mit seiner Einteilung in ein Ober- und Unterhaus zu orientieren. Postert, 2014, S. 162.

⁹⁰⁰ Weiß, 2012, S. 357.

⁹⁰¹ Brauweiler, Heinz: „Nationale Wirtschaft“, in: *Gewissen*, Nr. 30, 28.7.1924.

⁹⁰² Der Dawes-Plan regelte die Reparationszahlungen Deutschlands an die Alliierten, die Frage nach der genauen Höhe der Gesamtschuldenlast wurde dabei ausgeklammert. Vorteil war, dass die Zahlungen an der Zahlungsfähigkeit des Reiches orientiert waren und die wirtschaftliche Trennung des besetzten Gebiets aufgehoben werden sollte. S. Schulze, Hagen: Weimar. Deutschland 1917-1933, Berlin 1982, S. 274/75.

Arbeitszeitgesetze, Personalabbau und Steuernotverordnungen – gleichzeitig wurde jedoch allmählich eine Entspannungspolitik eingeleitet. Die offenbarte sich spürbar u.a. im sozialen Bereich durch sinkende Arbeitslosenzahlen und in der politischen Sphäre durch abnehmenden Zuspruch für die radikalen Parteien NSDAP und KPD, was der Vergleich der Ergebnisse der Reichstagswahlen vom Sommer und Winter 1924 verdeutlichte.⁹⁰³ Im Bereich der Außenpolitik folgte mit dem Dawes-Plan und dem Londoner Abkommen gleichsam eine deutliche Beruhigung.

Auch innerhalb der nationalen Opposition setzte eine psychologische Beruhigung ein. Diese war geprägt von der Überzeugung, sich auf den Konsolidierungskurs einzustellen, da das weitere Verharren in den oppositionellen Reihen kein Garant mehr für die Durchsetzung der eigenen Interessenpolitik darzustellen schien.⁹⁰⁴ Nunmehr erhoffte man sich, mithilfe eines *modus vivendi*, die angestrebte Veränderung im Rahmen des Weimarer Systems dauerhaft durchsetzen zu können.⁹⁰⁵ Neben Teilen der Industriearbeiterschaft, der Unternehmer und der Landwirtschaft war dieses Einschwenken auf den Konsolidierungskurs vor allem bei der DNVP zu beobachten, die, entgegen ihrer bisherigen ablehnenden Einstellung, bei der entscheidenden Fraktionsabstimmung am 29. August 1924 für die Ratifizierung des Dawes-Plans stimmte.⁹⁰⁶ Ihr Umschwenken resultierte nicht nur aus der Hoffnung, über diesen Weg die am Rande einer Existenzkrise stehende DNVP regierungsfähig halten zu können, man verband mit einem solchen Schritt auch die einzige Aussicht darauf, die ausländischen Kreditanleihen weiterhin zu gewähren, die im Falle einer Ablehnung unverzüglich eingestellt worden wären und sich ein innenpolitisches Mitspracherecht zu erhalten. Folglich hatten sich die Deutschnationalen binnen weniger Wochen von einer systemoppositionellen zu einer regierungsstützenden Partei entwickelt und damit die Vertretung und Abgrenzung des konservativen Gedankens gegen die demokratischen Einflüsse enorm in Frage gestellt.⁹⁰⁷

Generell übte die DNVP auf die Jungkonservativen einen entscheidenden Einfluss aus, was vor allem mit Alfred Hugenberg zusammenhing, der seine finanziellen Mittel für die Beeinflussung der jungkonservativen Bewegung nutzte. Der Zeitpunkt für ein solches Vorhaben schien

⁹⁰³ Winkler, Heinrich August: Weimar 1918-1933: Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 244-284.

⁹⁰⁴ Flemming, Jens: Führersammlung, politische Schulung und neue Aristokratie, in: Führer, Karl Christian: Eliten im Wandel, Münster 2004, S. 129ff.

⁹⁰⁵ Hier zu erwähnen ist u.a. der Reichsverband der deutschen Industrie, dessen Präsident Carl Duisberg sich für ein Bekenntnis zur Republik ausgesprochen hatte. Auch der rheinische Industrielle Paul Silverberg verfolgte einen Kurs, der sich ebenfalls zum „Neuen Staat“ bekannte und die tatkräftige Mitarbeit der Arbeiterschaft am republikanischen Regierungssystem als unumgängliche Voraussetzung für diesen Schritt bezeichnete. S. Dorpelt, Andreas: Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966, S. 115.

⁹⁰⁶ Diehl, James M.: Von der Vaterlandspartei zur nationalen Revolution. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands 1922-1933, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg., 33, 1985, Heft 4, S. 617-639.

⁹⁰⁷ Über die Entwicklung innerhalb der DNVP zu dieser Zeit s. Weiss, Hermann (Hrsg.): Quaat, Reinhold: Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik : aus dem Tagebuch von Reinhold Quaat 1928-1933, München 1989, S. 12 ff., Holzbach, Heidrun: Das System Hugenberg. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981, S. 168 ff., Breuer, Stefan: Anatomie der konservativen Revolution, Darmstadt 1993, S.118.

durchaus günstig, da sich die Finanzierung des Kollegs durch den anhaltenden Rückzug vieler Großunternehmer und Industrieller, wie Friedrich von Winterfeldt oder Ernst von Borsig, als ein immer schwierigeres Unterfangen herausstellte. Über diese Entwicklung war Spahn als Leiter des Kollegs bereits in einem Schreiben vom 4. Juni 1924 informiert worden. Hierin hieß es, dass sich die Kreise, die bisher die Mittel für das Politische Kolleg aufbrachten, nicht mehr in der Lage sähen, „für längere Zeit die Einrichtung in dem bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten“. ⁹⁰⁸ Zwar hatte man seitens der Industriellen lange Zeit gehofft, die politische Situation durch die Stärkung der „rechten Abwehrfront“ zu den eigenen Gunsten entscheiden zu können; diese Zuversicht schien jedoch seit dem Jahreswechsel 1923/24, also während der Hochphase der Ruhrkrise, endgültig widerlegt. Stattdessen begannen die Großunternehmer in Hinblick auf den weiteren Ausbau ihrer Unternehmen, auf den Konsolidierungskurs des Reichs einzuschwenken, um so ein erträgliches Auskommen sicherzustellen. Der Kollegsleitung schlug man deshalb vor, „vorerst für den zunächst zulässigen Tag das gesamte Personal des Kollegs“ zu kündigen. ⁹⁰⁹ Den finanziellen Engpass nahm Hugenberg zum Anlass, das Kolleg „auf einer den veränderten Verhältnissen angepassten Art“ nach seinen Vorstellungen umzugestalten. Für ihn bedeutete das vor allem eine Distanzierung zum Juniklub, den er als zu stark von der grundsätzlichen Parteienkritik – auch an der DNVP – durchdrungen sah. Zwar sicherte Hugenberg Spahn gegenüber zu, die monatliche Zahlung von 6200 Mark an das Kolleg weiterhin aufrechterhalten zu wollen, er koppelte hieran jedoch die Bedingung, dass das Kolleg schärfer als bisher vom Juniklub getrennt werden müsse. ⁹¹⁰

Mit dieser Forderung spielte er hauptsächlich auf die finanzielle Unterstützung des *Gewissen* an, das vom Kolleg mit einer monatlichen Zahlung von 600 Mark bedacht wurde. ⁹¹¹ Die Antipathie Hugenbergs resultierte auch aus seiner Kritik an Heinrich von Gleichen, dessen elitär-aristokratische Vorstellungen ihm in Hinblick auf die Ausrichtung des Kollegs ein Dorn im Auge waren. Spahn, seit 1921 selbst Mitglied der DNVP und ab 1924 immer deutlicher für die Partei engagiert, informierte von Gleichen umgehend darüber, dass man sich seitens der Kollegsleitung, „infolge der wirtschaftlichen Lage“ dazu gezwungen sehe, „den Ring-Verlag einschließlich *Gewissen* und Buchhandlung vom 1.10 an nicht mehr mit Zuschüssen durch

⁹⁰⁸ Zu den bekannten Finanziers des Kollegs zählten vor allem Vertreter des Großgrundbesitzes und der Industrie, wie zum Beispiel Friedrich von Winterfeldt, Albert Vögler, Hugo Stinnes und Ernst von Borsig, für die nationalen Verbände Wilhelm von Gayl, Reinhold Quatz für die DVP, für den Reichslandbund Joachim von Oppen-Dannenwalde und natürlich auch Alfred Hugenberg. Petzold, 1983, S. 115ff. und auch Clemens, 1983, S. 162/63.

⁹⁰⁹ Hugenberg an Spahn, 17. Juni 1924, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/36, Bl. 27. Bis dato hatte das Politische Kolleg insgesamt 29 Lehrkurse mit insg. 1190 Teilnehmern organisiert, u.a. in Spandau, Buckow oder Treptow. Unter den anwesenden Lehrgangsteilnehmern waren 134 Landwirte, 188 Volksschullehrer, 596 Studenten, 24 Schriftleiter, 95 Kaufleute, 16 Handwerker etc. S. BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/53, Bl. 2.

⁹¹⁰ Briefwechsel zwischen Spahn und Hugenberg, 20. und 29.12.1924, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/36, Bl. 19-20.

⁹¹¹ Ebd.

unsere bisherigen Geldgeber versorgen zu können“.⁹¹² Weiter hieß es: „Schon vorher wird eine empfindliche Beschränkung der Zuschüsse unvermeidlich sein. Ich stelle ihnen anheim, Kündigungen des Personals rechtzeitig vorzunehmen.“⁹¹³

War für Männer wie Moeller, von Gleichen oder auch Brauweiler die Verbindung des Kollegs zu einer Partei, wie der DNVP, so lange unproblematisch, wie diese sich auf das rein materielle beschränkte, gab die Tatsache, dass Spahn immer deutlicher dem Versuch Hugenberg zuarbeitete, das Kolleg zu einer außerparteilichen Schulungsstätte des konservativen Deutschnationalen Flügels umzufunktionieren, berechtigten Anlass zu der Befürchtung, dass das Kolleg zu einem politischen Arm der Partei verkümmern könne.⁹¹⁴ Aus diesem Grund entschied sich von Gleichen dazu, sowohl dem Juniklub als auch dem Politischen Kolleg endgültig den Rücken zuzukehren.⁹¹⁵

Seine Entscheidung war letztes Indiz für eine bereits seit längerem andauernde Zersetzung innerhalb der jungkonservativen, außerparlamentarischen Opposition; deren eigentlicher Ursprung lag nicht im Jahr 1924, sondern war Resultat eines Entfremdungsprozesses innerhalb des jungkonservativen Lagers.⁹¹⁶ So waren von Kries und Pechel schon 1923 aus dem Juniklub ausgeschieden, den sie „in der heutigen Form [als] entartet und kompromittiert“ empfanden.⁹¹⁷ Und auch zwischen den beiden zentralen Protagonisten des Klubs Stadtler und von Gleichen war es schon frühzeitig zu Konflikten über die Frage gekommen, ob der Juniklub auf Massenagitation ausgerichtet oder als neo-aristokratische Gruppenbildung der Oberschicht verstanden werden sollte. Vertrat von Gleichen hier eher eine elitär-konservative Position, nahm Stadtler den entgegengesetzten Standpunkt ein, indem er die Mobilisierung breiter Kreise der Bevölkerung mittels Propaganda und organisatorischer Präsenz erhoffte.⁹¹⁸

⁹¹² Spahn an von Gleichen, 25.6.1924, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/35, Bl. 92.

⁹¹³ Ebd.

⁹¹⁴ Man drängte seitens der DNVP (Lejeune Jung etc.) immer stärker darauf, dass Spahn die Kontakte zu Gleichen lösen sollte. S. Petzinna, 2000, S. 138, Clemens, 1983, S. 162ff.

⁹¹⁵ Schoeps, 1974; Holzbach, Heidrun: System Hugenberg, Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981, S. 154ff.

⁹¹⁶ Loesch an Spahn, 17.12.1923, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/36. Da die „Mehrheit der Mitglieder“ im Begriff war, aus dem Club auszutreten, „da der Club in der heutigen Form entartet und kompromittiert ist“ und er seinen Ursprung als „überparteiliche Vereinigung nationaler Männer aller Lager und Berufe“ verloren habe, schlug Loesch in einem Brief an Martin Spahn vor, das Gewissen, das sich zusehends in die rechte Ecke manövriert hatte, völlig vom Klub zu trennen. Auch eine Namensänderung „scheint unvermeidlich“. Mit diesen Vorschlägen versuchte der Leiter des Schutzbundes den Juniklub bereits 1923 vor seinem Zerfall zu bewahren.

⁹¹⁷ Pechel war vor allem die starke Rechtswendung des Gewissens ein Dorn im Auge, da es nicht mehr dem ursprünglichen Prinzip einer „überparteilichen Vereinigung nationaler Männer aller Lager und Berufe“ entsprach, sondern sich zu einem „machtpolitischen Instrument unverantwortlicher Kräfte“ entwickelt hatte, das immer mehr „in die Nähe der ganz dumm nationalistischen Blättchen“ rückte. Pechel beklagte sich darüber, dass „seiner Arbeit zur Abwehr der Franzosen viel Misstrauen entgegengebracht“ worden war, „weil man mich mit der Richtung des Gewissens gleichzusetzen können glaubte, und zwar Misstrauen bei Männern auf deren Urteil und Zuverlässigkeit ich größten Wert lege“. Deshalb sah er sich zu dem persönlichen Entschluss veranlasst, aus der „Gesellschaft der Freunde des Gewissens“ auszutreten und begründete seinen Austritt damit, dass die „Haltung des Gewissens seit geraumer Zeit“ sich nicht mehr mit seinen Ansätzen deckte. S. Pechel an von Gleichen, 11.5.1923, BArch, NI Pechel, N 1160/144.

⁹¹⁸ Gleichen an Spahn, 8.12.1923, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/35, Bl. 106. Gleichen warf Stadtler vor, sowohl im Hinblick auf sein Verhalten innerhalb des Clublebens, als auch bei der Herausgabe des Gewissens eine Richtung eingeschlagen zu haben, mit der von Gleichen sich immer weniger arrangieren konnte. Als Lösung unterbreitete er den Vorschlag, „die persönliche Herausgeberschaft für

Bei der anlässlich der Auflösung des Juniklubs einberufenen, außerordentlichen Mitgliederversammlung wurde einstimmig festgehalten, dass die „Gegensätze hauptsächlich in der unterschiedlichen Beurteilung der Aufgaben einer nationalen Opposition lagen. So hatten sich im Laufe der Zeit Gruppen im Club herausgebildet, für die der gemeinsame Rahmen zu eng geworden war“.⁹¹⁹ Damit einher ging, dass die „Mitgliederzahl des Klubs zu groß geworden“ und dadurch „der Kreis an Geschlossenheit und innerem Zusammenhalt“ verloren gegangen war.⁹²⁰ Als mögliche Nachfolge des Juniklubs wurde die Bildung eines Klubs mit neutralerem Rahmen beschlossen, der „mit einem neuen Namen“ eine Alternative zum Juniklub darstellen sollte.⁹²¹ Die Tatsache, dass von Gleichen hier als Hauptunterzeichner auftrat, sollte jedoch schon einen deutlichen Hinweis auf die Konstitution dieser „Folgebewegung“ geben, die mit der nur kurz darauf erfolgten Gründung des Herrenklubs alles andere als einen neutralen Rahmen darstellte. Stattdessen setzte von Gleichen hiermit ein deutliches Zeichen der Gegenwehr, das den Bruch im jungkonservativen Lager offiziell einläutete. Mit dem Freitod der Identifikationsfigur des Ring-Kreises, Moeller van den Bruck, war die Auflösung des Juniklubs endgültig besiegelt.

das Gewissen wegfallen zu lassen und an dessen Stelle die sachliche Bezeichnung „Kampfblatt der Ringbewegung“ zu bringen“ – ein Vorschlag der bei Stadler auf wenig Interesse stoßen sollte. Die Ablehnung Stadlers konnte von Gleichen nicht nachvollziehen, da Stadler seiner Meinung nach sattsam bewiesen habe, dass er überall, wo er eine Verantwortung übernehme, versagt habe und sich auf die ihm gegebenen Aufgaben der nationalen Agitation beschränkte. Gleichen drohte, dass wenn er seine Illoyalität weiter fortsetze, eine Zusammenarbeit ausgeschlossen werde und man sich trennen müsse.

⁹¹⁹ Protokoll vom 2.5.1924 über die ausserordentliche Besprechung zur Auflösung des Juniklubs, BArch, NI Pechel, N 1160/144; von Gleichen an Pechel, 2.5.1924, BArch, NI Pechel, N 1160/144.

⁹²⁰ Von Gleichen an Pechel, 2.5.1924, BArch, NI Pechel, N 1160/144.

⁹²¹ Protokoll vom 2.5.1924 über die ausserordentliche Besprechung zur Auflösung des Juniklubs, BArch, NI Pechel, N 1160/144. Im Folgenden kam es zur Herausbildung einer Vielzahl von Nachfolgeklubs. So entstand zum einen das Berliner Zentrum der Jungkonservativen Vereinigung, der Jungkonservative Club, der unter der Leitung Heinrich von Gleichens die jüngeren Kräfte im Lande erfassen und im nationalpolitischen Sinne in Einklang mit der Traditionspflege des Ringkreises beeinflussen sollte. Gedacht war hierbei an eine Art „Arbeitsklub“, der im Anschluss an den politischen Arbeitskreis des Juniklubs seinen Mitgliedern aus der nationalen und völkischen Bewegung die Gelegenheit zur Erörterung politischer Tagesfragen, der politischen Methode und der geistigen Grundlage des deutschen Volkslebens und der deutschen Staatsgestaltung geben sollte. Durch „regelmäßige Informationen über politische, wirtschaftliche und geistige Ereignisse, durch Veranstaltungen von Vorträgen und gesellschaftlichen Abenden und durch die engere Verbindung mit führenden Persönlichkeiten des praktischen Lebens“ sollten die Mitglieder zu politischer Betätigung angehalten und ihr „Eintritt in das aktive politische Leben“ erleichtert werden. S. Werbeschrift „Der Jungkonservative Club – ausgegeben im Frühjahr 1927“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/181. Ähnlich wie der Juniklub hatte sich auch der Jungkonservative Club einen 13er-Ausschuss als Vorsitz gegeben, dem neben Brauweiler, auch Max Hildebert Boehm, Carl Düssel, Adalbert Erler, Hans Freyer, Freiherr von Gleichen, Hans Käding, Ulrich von Pufendorf, Wilhelm Rosenberger, Walther Schulz, Wolf von Stumpfheldt und Friedrich Vorwerk angehörten. Neben der Leitung des Clubs war der 13er-Ausschuss auch für die Wahl neuer Mitglieder verantwortlich. Außerdem gab es einen jeden Dienstag stattfindenden Clubabend, bei dem aktuelle Anlässe oder generelle Fragen im direkten Austausch besprochen wurden. Eine weitere Gemeinsamkeit ergab sich aus dem Vorschlag von Gleichens, „der Bewegung eine laufende informatorische Korrespondenz mit beigefügtem Material“ zur Seite stellen zu wollen, was ein wesentliches Merkmal nicht nur des Juniklubs, sondern der jungkonservativen Zirkelbildungen generell darstellte. Gleichen an Spahn, 10.10.1924, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/35, Bl. 75. Da sich Suche nach einem Verlag als kompliziert darstellen sollte – da Schmidt (Reimar Hobbing Verlag), trotz zugesicherter 1000 Abonnenten, die Herausgabe in seinem Verlag endgültig ablehnte, da der Inhalt der Briefe zu stark rechtsgerichtet, geschäftlich zu unbedeutend und das Projekt durch frühere Fehlunternehmen doch schon belastet sei – schlug Gleichen vor, dass Projekt im Ring Verlag herauszubringen. BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/35, Bl. 70. Neben dem Jungkonservativen Club kam es auch zur Gründung des Volksdeutschen Klubs, der zwar ebenfalls eine Nachfolgeorganisation des Juniklubs darstellte, sich allerdings von seiner strukturellen Organisation im Hinblick auf dessen Mitgliederrekrutierung und dessen Selbstverständnis unterschied. Im Gegensatz zum überparteilichen Charakter des Juniklubs wurde beim Volksdeutschen Klub, trotz dessen Bezeichnung als nichtpolitischer Verein, eine wesentlich stärkere Anlehnung an die Politik gesucht, die sich allerdings vordergründig auf eine außenpolitische Orientierung bezog.

5.5 Brauweilers Entlassung aus dem Politischen Kolleg und die Gründung der Arbeitsstelle für Spar- und Wirtschaftspolitik

Die inneren Gegensätze im jungkonservativen Lager, die im Laufe der Jahre 1923/24 stark zunahmen und sich hauptsächlich zwischen der aristokratisch-überparteilich orientierten Gruppe um Heinrich von Gleichen und Walther Schotte einerseits und dem auf Hugenberg und die Mitwirkung der DNVP eingeschworenen Kreis um Spahn andererseits abspielten, nahm Brauweiler zum Anlass, sich deutlich vom Politischen Kolleg – auch von Martin Spahn – zu distanzieren. Bis dato hatten sie nicht zuletzt aufgrund der Zusammenarbeit im Rahmen der Anti-Erzberger Kampagne und der Düsseldorfer Oktoberkonferenz in einem engen kollegialen Verhältnis gestanden. Ausschlaggebend hierfür war sicherlich sein Festhalten am antiparlamentarischen Gedanken, der für Brauweiler nach wie vor an der Spitze eines jeden Handelns stand und mit Hugenberg als „Brötchengeber“ des Kollegs, zumindest hinsichtlich einer weiteren Beschäftigung Brauweilers beim Politischen Kolleg, kaum noch durchzuhalten war.

In diesem Zusammenhang blieb eine Anfrage Martin Spahns vom Juni 1925 von Brauweiler unbeantwortet, der ihn trotz finanziell heikler Situation des Kollegs darum bat, im „Rahmen unseres Vorlesungswesens im nächsten Winter an der Hochschule für nationale Politik eine Vorlesung“ zu einem seinem Arbeitsgebiet entsprechenden Thema zu übernehmen.⁹²² Brauweilers ausbleibende Reaktion brachte wenige Wochen später den Konflikt zwischen Spahn und ihm offen zum Ausbruch, vordergründig wegen der Frage der nachlassenden Intensität von Brauweilers Engagement im Politischen Kolleg. Nun war Brauweiler entschieden bemüht, nach seinem Austritt aus dem Kolleg, die Vorwürfe zu relativieren. So schrieb er Spahn, dass er sich von „Anfang an nicht als zugehörig zum Politischen Kolleg“ empfunden habe, sondern als eigenverantwortlich Handelnder, der sich in Kollegskreisen zum Thema der ständischen Bewegung geäußert, ansonsten aber keinerlei Arbeitsaufträge von diesem erhalten habe. Damit meinte er u.a. sein 1924 fertig gestelltes und 1925 veröffentlichtes Buch „Berufsstand und Staat“, das er nicht als Projektarbeit im Rahmen des Kollegs, sondern als eigenständiges und unabhängiges Projekt bewertet wissen wollte. Da Brauweiler, zwecks politischem Neuanfang, seine geistige Unabhängigkeit zu wahren versuchte, bat er Spahn sogar darum, ihn aus dem Mitgliederverzeichnis des Kollegs zu streichen. Auf diesen Wunsch reagierte Spahn mit großer Empörung.⁹²³ Zwar schrieb er Brauweiler, dass sich seine Meinung „in der Wurzel mit ihrer Auffassung [deckte], da sie nicht eine ständige Stellung als Leiter einer

⁹²² Spahn an Brauweiler, 27. Juni und 6. August 1925, BArch, Hochschule für nationale Politik, R118/46, Heft 1.

⁹²³ Brauweiler an Spahn, 8.10.1925, BArch, NI Spahn, N 1324/71; Spahn an Brauweiler, 13.10.1925, BArch, NI Spahn, N 1324/71.

Arbeitsstelle bei uns hatten“; Brauweilers Verhältnis zum Kolleg sah Spahn dennoch als wesentlich verbindlicher, als dieser es nachträglich anzuerkennen bereit war. Diese Verbindlichkeit leitete Spahn nicht zuletzt aus der Tatsache ab, dass Brauweiler sich neben seiner Mitwirkung an den Lehrgängen zur berufsständischen Frage oder dem Verfassungsleben des Staates und der Veröffentlichung der *Blätter für ständischen Aufbau* als Beilage zum *Gewissen*, voll und ganz seinem Buch „Berufsstand und Staat“ hatte widmen können und dabei sogar das Doppelte der sonst üblichen Monatszahlung von Spahn und Broecker erhalten hatte. Unter diesen Umständen hatte Brauweiler „nie das geringste Bedenken dagegen eingewandt als Mitglied der berufsständischen Arbeitsstelle geführt und draussen mit dem Politischen Kolleg zusammen genannt“ zu werden.⁹²⁴ Für Spahn leitete sich hierdurch die Legitimation ab, „Berufsstand und Staat“ in die Liste der Kollegsveröffentlichungen aufzunehmen.

Darüber hinaus sollte Brauweiler auch weiterhin als Mitarbeiter für die Tätigkeit der Hochschule für nationale Politik eingespannt werden, die 1926 die finanzielle Krise dank der Unterstützung Hugenbergs auf den ersten Blick überwunden zu haben schien; tatsächlich aber erreichte sie auch zukünftig nicht mehr die altbekannte Präsenz, was u.a. an dem starken Rückgang der Hörerzahlen deutlich wurde.⁹²⁵ Spahn beendete seine Philippika an Brauweiler mit dem Aufruf, dass „ein Mann von ihrem Ruf [...] nicht an unseren Veranstaltungen mitwirken und sich zugleich von uns fernhalten kann“ und hoffte damit auf Brauweilers Verständnis zu stoßen, um so „das vorübergehend enge, auch formelle Verhältnis [...] in Zukunft wieder aufleben“ lassen zu können.⁹²⁶

Die Distanzierungsbestrebungen Brauweilers gegenüber seines langjährigen Weggefährten Spahn auch im Hinblick auf seine Mitgliedschaft im Kolleg resultierten insbesondere aus Spahns enger Verknüpfung mit den Deutschnationalen.⁹²⁷ Die Tatsache, dass man die Beziehung zu den Jungkonservativen deutlich intensiviert und Hugenberg seine Hoffnung nicht verhehlte, sich mit der Unterstützung des Politischen Kollegs neue Einflussmöglichkeiten in jungkonservativen Kreisen erschließen zu können, fasste Brauweiler als eine zu starke parteipolitische Verstrickung auf, die nicht mit seiner antiparteilichen Bestrebung zu vereinbaren war. Aus seiner Sicht heraus konnte er auch Spahn nicht mehr länger unterstützen,

⁹²⁴ Spahn an Brauweiler, 13.10.1925, BArch, NI Spahn, N 1324/71.

⁹²⁵ Petzinna, 2000, S. 215f.

⁹²⁶ Spahn an Brauweiler, 13.10.1925, BArch, NI Spahn, N 1324/71.

⁹²⁷ Brauweiler schrieb in seinen nach dem Krieg persönlich angelegten Notizen, Spahn bereits seit seinem Eintreten in den Reichstag gekannt zu haben. Der Streit mit Graf Oppersdorff während der Integralismusdebatte „machte ihn mir sympathisch.“ Über Brauweilers Eintreten für Spahns Artikel „Deutsche Lebensfragen“ von 1914 kam es ab diesem Zeitpunkt zur Mitarbeit Spahns beim Düsseldorfer Tageblatt, für das Spahn einige Artikel verfasste. Intensiviert wurde der Kontakt während der Düsseldorfer Oktoberkonferenz zu der Spahn und Brauweiler 1918 gemeinschaftlich aufgerufen hatten und schließlich durch die Angliederung der Vereinigung für ständischen Aufbau an das Politische Kolleg, die Spahn zusammen mit Albert Vögler und Reinhold Quaatz befürwortet hatte. Als letztmalige Zusammenarbeit erwähnt Brauweiler die Arbeit am 1925 erschienenen Tat-Sonderheft. S. StMG, NI Brauweiler, 15/13/156. S. hierzu auch den Brief Brauweilers an Schmidt, 15.11.1973, StMG, NI Brauweiler, 15/13/186.

da sich dieser zu einer immer wichtigeren Klammer zwischen den jungkonservativen Einrichtungen und den Einflussbestrebungen Hugenbergs entwickelte. Mit diesem Verhalten verdeutlichte Brauweiler einmal mehr, wie vehement seine Bestrebungen waren, sich endgültig von den Parteien zu distanzieren. Hatte er dies wenige Jahre zuvor bereits in Zusammenhang mit der Zentrumspartei klar zum Ausdruck gebracht, hatte sich seine Haltung mittlerweile soweit verstärkt, dass er selbst persönliche Verbindungen, wie die zu Martin Spahn, dem Wunsch nach parteipolitischer Neutralität unterordnete.

Es lag in der Konsequenz dieser Entwicklung, dass Brauweiler bald darauf mit der Suche nach neuen Betätigungsfeldern begann: So zeigte er nicht nur eine rege Aktivität in den Nachfolgeorganisationen des Juniklubs – wie dem Jungkonservativen Club, dessen 13er-Ausschuss er neben Boehm und anderen angehörte. Er versuchte parallel dazu auch wieder verstärkt autonome Wege zu gehen, indem er beispielsweise an seine 1922 gescheiterte Vereinigung für ständischen Aufbau anzuknüpfen gedachte. Diese wiederbelebte Vereinigung sollte „einen festen Ausgangspunkt [...] für die Bemühungen um die Verfassungsreform“ darstellen, die, Brauweiler zufolge, „im Laufe des Winters eine erhöhte und vielleicht schon aktuelle Bedeutung erhalten“ könne.⁹²⁸ Hinsichtlich der Umsetzung schwebte Brauweiler ihr Ausbau zu einer überparteilichen Vereinigung für nationale Wirtschaftspolitik vor. Die deutliche Verschiebung auf einen mehr wirtschaftlichen Schwerpunkt als Ausgangspunkt zu einer vermeintlich übergreifenden Erneuerungsbewegung knüpfte an seinen seit langem konstant vorgetragenen Appell für eine Reformierung des Wirtschaftsapparates an. So hatte Brauweiler schon in seinem Arbeitsprogramm zum *Bund der Arbeit* nicht verhehlt, dass er neben der Religion vor allem in der Veränderung der Wirtschaftsordnung den Keim für die Etablierung einer alternativen Gesellschaftsordnung sah und dass sich nur so die Beilegung sozialer Konflikte betreiben ließe.⁹²⁹

Organisatorisch sollte sich die Vereinigung für nationale Wirtschaftspolitik wieder verstärkt auf „repräsentative Persönlichkeiten der Landwirtschaft und der christlich-nationalen Arbeiterschaft“ stützen, bevor „nahestehende Industriekreise“ hinzugenommen werden konnten. Nachdem Brauweiler sowohl vom Vorsitzenden des Reichslandbundes, Graf Kalkreuth, sowie vom Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes und späteren Reichskanzler Heinrich Brüning die notwendige Unterstützung für sein Vorhaben zugesichert bekommen hatte und sich Unterstaatssekretär Wichard von Moellendorff sogar bereit erklärte, den Vorsitz der Vereinigung zu übernehmen, wandte sich Brauweiler erneut an Ferdinand von

⁹²⁸ Brauweiler an Spahn, 23.12.1925, BArch, NI Spahn, N 1324/71.

⁹²⁹ Der Bund der Arbeit. Ein Programm, Ende Juli 1919, StMG, NI Brauweiler, 15/13/138.

Lüninck. Der hatte ihm im Zuge der Arbeit an den Westdeutschen Lehrkursen des Politischen Kollegs 1922 zwar verdeutlicht, dass er sich inhaltlich nicht vollständig mit der ständischen Bewegung identifizieren könne, die Tatsache, dass von Lüninck jedoch bereits beim Ketteler Bund und der Vereinigung für ständischen Aufbau mitgewirkt hatte und mittlerweile als Vorsitzender des von jungkonservativen Ideen geprägten Westfalenbundes tätig war, ermutigte Brauweiler dazu, ihn um Unterstützung zu bitten.⁹³⁰

Seine Überlegungen zum Ausbau einer Vereinigung für nationale Wirtschaftspolitik realisierten sich schließlich in der Arbeitsstelle für Spar- und Wirtschaftspolitik, die in das Politische Kolleg eingegliedert werden sollte. Das erklärte Ziel der Arbeitsstelle war es, der „in ihrer ganzen Schwere erst in nächster Zeit fühlbaren Finanznot“ durch einen „Abbau des staatlichen Verwaltungsapparates“ vorzubeugen – eine Überlegung, ein vielversprechend klingendes Ziel, dessen genaue Ausführung, wie so oft in jungkonservativen Kreisen jedoch keine weitere Präzision erfuhr.⁹³¹ Ausgangspunkt der Überlegung zu einer solchen Arbeitsstelle stellte die seit 1924 anhaltende Stabilisierungskrise und die damit zusammenhängende Strukturschwäche der deutschen Wirtschaft dar, die sich nach der Aufgabe des passiven Widerstands bei der Ruhrbesetzung nicht nur durch den Anstieg von Konkursen oder Betriebsschließungen aufgrund des fehlenden Betriebskapitals seitens der Unternehmer heraus entwickelt hatte, sondern vor allem auch durch die steigende Arbeitslosenquote. Allein unter den Gewerkschaftsmitgliedern war diese im Zeitraum zwischen Oktober und Dezember 1923 um fast 10 % auf 28.2 % angewachsen.⁹³² Eine Lösung des Problems, mit dem immer mehr gesellschaftliche Divergenzen und Spannungen drohten, sollte die dafür zuständige Arbeitsstelle entwerfen, von der Brauweiler sich gleichsam eine Intensivierung seiner Kontakte zu Industriellenkreisen versprach, die er seit langem vergeblich für seine Vorhaben zu aktivieren versucht hatte.

Bei einer von Brauweiler einberufenen Besprechung Ende Dezember 1925 wurde die genaue Ausformung der Arbeitsstelle für Spar- und Wirtschaftspolitik thematisiert. Hierzu hatte er zahlreiche Persönlichkeiten aus der Wirtschaft und dem Bankenwesen eingeladen, wie Präsident Schwartz von der Preussischen Bodenkredit A.G, den Unternehmer Erich Rabbethge,

⁹³⁰ Brauweiler an Lüninck, 17.12.1924, Archiv Ostwig, Bestand Nachlass Ferdinand von Lüninck, Nr. 830.

⁹³¹ An Spahn schrieb Brauweiler, dass er „gern in der gleichen Art, wie andere Herren, als Mitarbeiter des Politischen Kollegs und insbesondere bei der Hochschule für Nationale Politik tätig sein werde.“ [...] „Ich bin zur Zeit daran, meine alte Vereinigung für ständischen Aufbau wieder ins Leben zu rufen, um einen festen Ausgangspunkt zu gewinnen für die Bemühungen um die Verfassungsreform, die ich wie ich annehme, im Laufe des Winters eine erhöhte und vielleicht schon aktuelle Bedeutung erhalten können. Ich halte es für möglich, und wünschenswert, als dann mit dem Politischen Kolleg eine fruchtbare Arbeitsbeziehung zu pflegen. Sobald ich über die Möglichkeiten dazu klarer sehe, darf ich vielleicht einer persönlichen Aussprache diese mit Ihnen besprechen.“ Brauweiler an Spahn, 3.11.1925, BArch, NI Spahn, N 1324/71. Siehe auch Bozi, Alfred: Die Einheit der nationalen Politik, Stuttgart 1925.

⁹³² Ambrosius, Gerold: „Öffentliche Unternehmen in der Inflation 1918-1923. Der Konflikt zwischen der betrieblichen Finanzwirtschaft der städtischen Werke und den fiskalpolitischen Ansprüchen der Kommunen, in: Feldman, Gerald D.: Die Anpassung an die Inflation, Berlin 1986, S. 289.

Kerckerinck zur Borg, Fürst Isenburg, Graf Kalkreuth, den Großgrundbesitzer Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe und den Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrats Ernst Brandes. Diese Persönlichkeiten sollten in stetiger Verbindung mit großen Wirtschaftsorganisationen stehen, gleichzeitig aber auch wichtige Personen aus der Landwirtschaft rekrutieren, um so möglichst alle Bereiche des ökonomischen Lebens abzudecken.⁹³³ Gerade der Landwirtschaft maß Brauweiler eine große volkswirtschaftliche Bedeutung bei, da sie sowohl die nationale Deckung des Ernährungs- und Rohstoffbedarfs betreiben wie auch die Gewinnung neuer Arbeitsplätze und die Ausführsteigerung bei gleichzeitiger Einfuhrverminderung leisten sollte. Damit schien ihr eine wesentliche Aufgabe bei der Verbesserung der volkswirtschaftlichen Gesamtsituation zuzukommen.⁹³⁴

Als Ergebnis der Besprechung wurde beschlossen, dass die Arbeitsstelle, deren Leitung Brauweiler übernahm, ab dem 1. Januar 1926 ihre Arbeit aufnehmen sollte – mit dem Ziel, ein rigides Sparprogramm aufzustellen. Inhaltlich sollte dieses Sparprogramm über die „verwaltungsorganisatorischen Fragen unter Zugrundelegung der bestehenden politischen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse“ hinausgehen sowie ergänzend konkrete Handlungsansätze zur Verminderung der öffentlichen Belastung erarbeiten, z.B.: durch Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, Rationalisierung der Volkswirtschaft, Regelung der Außenhandelspolitik und Ordnung der Werksverfassung. Durch diesen wirtschaftlichen Ausgleich, dessen genaue Durchführung wieder einmal mehr im Unklaren belassen wurde, erhoffte sich Brauweiler die seit langem von ihm forcierte Überwindung des Klassenkampfes und die Herstellung des sozialen Friedens – seiner Meinung nach beides Grundvoraussetzungen für die Schaffung einer „Ordnungsalternative“ zum parlamentarischen System.⁹³⁵ Darüber hinaus sollte das Sparprogramm auch noch im Einklang mit durchgreifenden Veränderungen der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse stehen und einen einheitlichen Willen innerhalb der Wirtschaftskreise etablieren. In Summe wohl eher eine utopische Vorstellung. Brauweiler hielt es allerdings für möglich, den sozialen Hauptproblemen, z.B.: der hohen Arbeitslosigkeit, beizukommen und eine höhere ökonomische Effizienz durch Verminderung der öffentlichen Belastungen und der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung zu erreichen.⁹³⁶

⁹³³ Zu den geladenen Gästen zählten aus der Landwirtschaft die Herren Brandes, Fürst Isenburg, Graf Kalkreuth und Freiherr von Kerckerinck zur Borg, aus Industrie und Bankenwesen Generaldirektor Dr. Canaris, Präsident Schwartz von der preussischen Bodenkredit A.G., Dr. Richard Franck, Dr. Rabbethge, Dr. von Waldthausen Essen, Dr. Goldschmidt Essen, von Mutius, Dr. Meydenbauer, von Zengen, Dr. Sogemeier, sowie ferner Prinz-Hohenzollern Namedy, Baron Fölckersam, Ferdinand von Lüninck, Werner von Alvensleben und der Großgrundbesitzer Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe.

⁹³⁴ „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung“, 22.6.1926, StMG, NI Brauweiler, 15/13/191.

⁹³⁵ Brauweiler, Heinz: Arbeitsplan der „Arbeitsstelle für Spar- und Wirtschaftspolitik“, 22.12.1925, StMG, NI Brauweiler, 15/13/191.

⁹³⁶ Besprechung mit Kastl und Schwarz, 23. 1. 1926, StMG, NI Brauweiler, 15/13/191.

Neben dem Abbau finanzieller Belastungen versprach sich Brauweiler von der Einrichtung der Arbeitsstelle auch die Realisierung des seit langem herbeigesehnten Prinzips wirtschaftlicher Selbstverwaltung, die als alternative Gliederungsstruktur der Wirtschaft und als rettender Ausweg aus der finanziellen Notlage propagiert wurde.

Vorschläge über den personellen Aufbau der Arbeitsstelle erläuterte Brauweiler dem geschäftsführenden Präsidiumsmitglied des Reichsverbands der Deutschen Industrie Ludwig Kastl bei einer Ende Januar 1926 von ihm einberufenen Aussprache. Er schlug vor, neben der Leitung auch eine Art Beraterstab einzurichten, bestehend aus 12–13 möglichst in Berlin ansässigen Persönlichkeiten aus Landwirtschaft, Bankenwesen, Industrie und Handel.⁹³⁷ Für die Regelung der Finanzierung, für die Brauweiler monatlich 2000 Reichsmark veranschlagte, sollte Spahn Rücksprache mit Hugenberg aufnehmen, denn trotz bestehender Differenzen zwischen Brauweiler und dem Kolleg war daran gedacht, die Arbeitsstelle in das Kolleg einzugliedern.⁹³⁸ Da das Politische Kolleg jedoch nach wie vor in einer finanziellen Notlage steckte und der Etat für Brauweiler bereits 1923/24 gestrichen worden war, sollte die Aktivität der Arbeitsstelle schon bald ins Stocken geraten.⁹³⁹

Ob die erschwerte Finanzierung auch eine bewusste Steuerung persönlicher Befindlichkeiten ausgehend von Hugenberg war, lässt sich zwar nicht eindeutig nachprüfen; es erscheint jedoch naheliegend, da Brauweiler hinsichtlich der Vermischung des Kollegs mit parteipolitischen Akzenten und seinem Festhalten an dessen elitärem Charakter eine ähnliche Einstellung wie Heinrich von Gleichen vertrat. Hatte der „Schatzmeister“ des Kollegs, Alfred Hugenberg, von Gleichen aufgrund dessen anti-parteilicher Einstellung schon frühzeitig den Geldhahn abgedreht und damit dessen Abwendung vom Juniklub bewirkt, ließ seine Zurückhaltung im Fall Brauweiler auf eine ähnliche Motivation schließen. Zwar fielen auch andere Arbeitsstellen den Sparmaßnahmen des Kollegs zum Opfer, wie ein Kollegsbericht vom 4. Februar 1926 verdeutlichte; hier wurde festgelegt, dass die „am 31.12.1925 [...] von Dr. Boehm geleitete „Arbeitsstelle für Nationalitätenprobleme“ sowie das [ihr im] Frühjahr 1922 angegliederte akademische Heim [...] aus der Rahmenorganisation des Politischen Kollegs ausgeschieden und verselbstständigt“ werden sollten.⁹⁴⁰ Da das Kolleg dennoch weitere Finanzierungsbeihilfe

⁹³⁷ Besprechung mit Kastl und Schwarz, 23. 1. 1926, StMG, NI Brauweiler, 15/13/191.

⁹³⁸ Brauweiler, Heinz: Arbeitsplan der „Arbeitsstelle für Spar- und Wirtschaftspolitik“, 22.12.1925, StMG, NI Brauweiler, 15/13/191.

⁹³⁹ Spahn schrieb an Brauweiler: „Sie wissen, dass ich sachlich ihre Arbeiten auf diesem Gebiet mit der lebendigsten Teilnahme begleite. Nun sind freilich die Beträge, die ihnen 1923/24 zugewiesen wurden bei der neuen Ordnung unseres Etats zum 1.10 nicht mehr einkalkuliert worden. Ich werde aber sofort nach Zusammentritt des Reichstags mit Hugenberg über die Angelegenheit Rücksprache nehmen.“ Spahn an Brauweiler, 31.12.1925, BArch, NI Spahn, N 1324/71.

⁹⁴⁰ Spahn an Szagun, 5.2.1926 und Entwurf vom 4.2.1926, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/48, Bl. 68-69 und Bl. 71-73. „Die Besinnung“ anonym, in: Gewissen, Nr. 17, 28.4.1924. Das Ausscheiden der Arbeitsstelle für nationale Probleme und des im Frühjahr 1922 angegliederten akademischen Heims aus der Rahmenordnung des Kollegs war kein Resultat der finanziell schwierigen Lage, sondern ging auf langwierige persönliche Auseinandersetzungen zwischen Boehm und Spahn zurück. Boehm gründete daraufhin 1926 das Institut für

in Form einer monatlichen Zahlung von 750 Reichsmark aufrechterhielt, mit der es gelang, die „Arbeitsstelle für Nationalitätenprobleme“ als „Institut für Grenz- und Auslandsstudien“ formell neu zu begründen, konnte angenommen werden, dass Hugenberg über den Weg einer gezielten Finanzierung einzelner Arbeitsstellen strategische Zielsetzungen für seine eigene Interessenpolitik verfolgte.⁹⁴¹

Enttäuscht von der abermaligen Ablehnung einer Finanzierungshilfe intensivierte Brauweiler seine Verbindung zu Heinrich von Gleichen, der sich schon frühzeitig vom Kolleg abgewandt hatte. Gleichen veranlasste, dass das Erbe des Politischen Kollegs – die „Arbeitsstelle für Spar- und Wirtschaftspolitik“ – schließlich als Forschungsstelle des Deutschen Herrenklubs, der wichtigsten Nachfolgeorganisation des Juniklubs, weiter fortbestehen sollte. Neben sporadischer Tätigkeiten beim Kolleg, das 1927 an die Konkurrenzeinrichtung Deutsche Hochschule für Politik angegliedert wurde, entfaltete Brauweiler im Herrenklub eine weitaus stärkere Aktivität.⁹⁴² Im Gegensatz zum Politischen Kolleg fühlte er sich hier inhaltlich, strukturell und politisch besser aufgehoben.⁹⁴³ So war es nicht zuletzt der antiparteiliche Charakter des Herrenklubs, der Brauweiler faszinierte und ihn zu einer stärkeren Zusammenarbeit motivierte.

5.6 Der Herrenklub

Der 1924 von Heinrich von Gleichen ins Leben gerufene Herrenklub galt als erster erfolgreicher Sammlungsversuch der Rechten in der Nachkriegszeit, dessen Mitglieder bestrebt waren, die Arbeit des Juniklubs auf „parteipolitisch neutralem“ Boden fortzusetzen.⁹⁴⁴ Das Ideal der organischen Volksgemeinschaft, die Bildung einer neuständischen Verfassung und die Einschränkung der Befugnisse des Reichstags stellten die programmatischen Schwerpunkte dar, die den Herrenklub gleichzeitig zum Vermächtnis der 1918 gescheiterten Vaterlandspartei machten.⁹⁴⁵

Erste Überlegungen zur Gründung des Herrenklubs, der als eine Vereinigung exklusiver und einflussreicher Persönlichkeiten aus Adel und gehobenem Bildungsbürgertum, Großgrundbesitz, Finanzkapital, politischen Institutionen und Beamtenstand geplant war, trug

Grenz- und Auslandsstudien, das auch weiterhin finanziell vom Politischen Kolleg mit monatlich 750 Mark unterstützt wurde. Hugenberg an Spahn, 17.6.1924, Brief Spahn an Hugenberg, 8.12.1924, BArch, NI Spahn, N 1324/36.

⁹⁴¹ Hugenberg an Spahn, 17.6.1924, Brief Spahn an Hugenberg, 8.12.1924, BArch, NI Spahn, N 1324/36.

⁹⁴² „Die Ring Arbeit“, Vertraulich, Januar 1926, in: BArch, NI Pechel, N 11601/ 144; s. auch: Ishida, 1988, S. 61.

⁹⁴³ Im August 1935 beantragte Spahn die Streichung des Politischen Kollegs aus dem Vereinsregister. Als Begründung gab er an, dass „die Aufgaben, für die das Politische Kolleg ins Leben gerufen wurde, dadurch, daß Adolf Hitler die Führung des deutschen Volkes übernommen hat, hinfällig geworden“ waren. S. BArch, NI Spahn, N 1324/152.

⁹⁴⁴ Stegmann, Dirk: Die Erben Bismarcks – Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897-1918, Köln 1970, S. 520.

⁹⁴⁵ Stegmann, 1970, S. 520.

Heinrich von Gleichen bereits auf der Krisensitzung des Juniklubs am 23. April 1924 vor.⁹⁴⁶ In Hinblick auf die unsichere Zukunft des Juniklubs und seine mögliche Auflösung schlug er vor, einen neuen „stilmässig und anständig eingerichteten Klub“ ins Leben zu rufen, der „auch einen gesellschaftlichen Erziehungszwang auf die Jüngeren“ ausüben sollte.⁹⁴⁷ Bereits bei dieser Besprechung hatten etwa 20 Personen ihren Beitritt in Aussicht gestellt, unter ihnen auch der Leiter der Handelskammer, von Wrochem, der sich zukünftig sowohl für die Finanzen, als auch für die Aufrechterhaltung der Verbindung zum Industriellenlager verantwortlich zeigen sollte.⁹⁴⁸

Fungieren sollte der Herrenklub als ein überparteilicher, lockerer Zusammenschluss von Vertretern aus nationalkonservativen Kreisen, die für eine strikte und absolute Ablehnung des Parlamentarismus, des Rechtsstaatsprinzips, des Völkerbunds und für eine Stärkung des konservativen, antibolschewistischen und antiparlamentarischen Staatsideals mit einer starken Führung eintraten, die vor allem elitär jedoch weniger politisch motiviert sein sollte.⁹⁴⁹ Basieren sollte diese Führung auf einem ausgesprochenen Elite-Ideal. Waren Doppel- oder Mehrfachmitgliedschaften in verschiedenen Organisationen des nationalen Spektrums durchaus erwünscht, wurde auch in den Reihen des Herrenklubs immer wieder betont, dass es nicht darauf ankomme, die einzelnen Mitglieder auf eine bestimmte Programmatik festzunageln. Vielmehr sollte die Sammlung und der gemeinschaftliche, gedankliche Austausch im Vordergrund der Klubarbeit stehen – Forderungen, die durchaus in das Konzept der Jungkonservativen passten.⁹⁵⁰

Um den Fehlern des Juniklubs vorzubeugen, richtete sich der Fokus beim Herrenklub auf einen neoaristokratischen Aufbau.⁹⁵¹ Die Intention war, einen Auslesepool für die „aus adligen und bürgerlichen Teilgruppen neu komponierte Führungsschicht“ bereitzustellen.⁹⁵² Dementsprechend richtete sich der Herrenklub auch nicht mehr an die „breite Masse“, wie dies dem Juniklub von Seiten der Gleichen-Sympathisanten vorgeworfen wurde, sondern blieb lediglich einigen wenigen Herren vorbehalten, die nur durch Zahlung eines hohen

⁹⁴⁶ Zu den bekanntesten Mitgliedern des Herrenklubs zählten Emil Kirdorf, Paul Silverberg, Edmund Stinnes, Hjalmar Schacht, Haniel, Fritz Thyssen, Arnold Rechberg, Graf Finck von Finckenstein, Graf von der Schulenburg, Fürst zu Stolberg-Roßla, Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen oder Graf von Alvensleben. Zum Herrenklub s. u. a.: Schoeps, Manfred: Der Deutsche Herrenklub. Ein Beitrag zur Geschichte des Jungkonservatismus in der Weimarer Republik, Nürnberg 1974, S. 18.

⁹⁴⁷ Von Gleichen an Pechel, 2.5.1924, BArch, NI Pechel, N 1160/144.

⁹⁴⁸ Als wichtigste Finanzgeber des Herrenklubs galt die Ruhrlade – ein rheinisch-westfälischer Industriellenkreis um Fritz Springorum und Thilo von Wilmowsky. S. Ishida, 1988, S. 65ff. Da beim Herrenklub vor allem die unternehmerische Seite im Vordergrund stand, sollte sich die Gewinnung führender Wirtschaftsvertreter als wesentlich einfacher gestalten, als dies noch beim Juniklub der Fall war, der zum großen Teil von den Nachkriegskonzeptionen Brauweilers, Stadtlers und Boehms beherrscht wurde. Bei ihnen stand vor allem die Arbeiterfrage im Vordergrund. Petzinna, 2000, S.231.

⁹⁴⁹ Schoeps, 1974, S. 18; Kemper, 2011, S. 169.

⁹⁵⁰ Herbert, Ullrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 2011, S. 51.

⁹⁵¹ Petzinna, 2000, S. 224, Schoeps, 1974. In Zusammenhang mit dem Fokus auf die Schicht der Adligen vgl. Brauweiler, Heinz: „Neuer deutscher Adel“, in: Gewissen, Nr. 15, 14.4.1924.

⁹⁵² S. Richtlinien für den deutschen Herrenklub vom 11.11.1924, in: BArch, R 118/35; Schoeps, 1974.

Mitgliederbeitrags am Klubleben partizipieren durften. Damit in Einklang war die Gruppenbildung innerhalb der Oberschicht als Ziel auch in der Satzung des Deutschen Herrenklubs vom 11. November 1924 verankert; der parlamentarischen Massenmobilisierung wurde konsequenterweise eine klare Absage erteilt.⁹⁵³ Gerade der gesellschaftliche Verkehr auf klubmäßiger Basis schien für die eigenen Ziele gut geeignet: „ein angeregtes Clubleben“ sollte mit entsprechender Führung die „Pflege der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen führenden Persönlichkeiten der nationalen Bewegung“ befördern, wobei der Wille zur Solidarität und nicht die Frage der parteipolitischen Zugehörigkeit von ausschlaggebender Bedeutung sein sollte.⁹⁵⁴

Bei den regelmäßig stattfindenden Dienstagstreffen des Herrenklubs stand ein breites Spektrum verschiedener Themen im Fokus, die sich vordergründig auf innenpolitische Zusammenhänge bzw. Fragen zur angemessenen Verfassung, wirtschaftliche Selbstverwaltung oder Prinzipien aristokratischer Oberschichtenpolitik bezogen und den Einfluss kapitalistischer und liberaler Strömungen hinterfragten. Außenpolitische Kontexte wurden ebenso angesprochen.

In den Reihen des Politischen Kollegs wurde die Bildung des Herrenklubs skeptisch beäugt, da man eine Art Konkurrenzbewegung zum Kolleg befürchtete. Zwar gab Spahn gegenüber Gleichen vor, die Gründung des Klubs zu begrüßen und trat diesem sogar als Mitglied bei. Von diesem Schritt versprach er sich jedoch einzig und allein eine bessere Kontrolle und Übersicht über die Interna des Herrenklubs und parallel dazu die Neuordnung des Kollegs auf reduzierter finanzieller Basis vorantreiben zu können.⁹⁵⁵ Auch wenn beide Seiten vereinbarten, sich laufend über die gegenseitigen Arbeiten informieren zu wollen und von Gleichen Spahn zusicherte, dass das Kurswesen, „auch im Lande draussen“, dem Politischen Kolleg vorbehalten bleiben sollte, hielt die Distanzierung zwischen Herrenklub und Kolleg unvermindert an.⁹⁵⁶ Spahns Austritt aus dem Herrenklub im Oktober 1926 war vor diesem Hintergrund logische Konsequenz.⁹⁵⁷

⁹⁵³ S. Richtlinien für den deutschen Herrenklub vom 11.11.1924, in: BArch, R 118/35.

⁹⁵⁴ Siehe die Kapitel zum Herren- und Juniklub bei Postert, 2014, S. 107ff. & S. 144ff.

⁹⁵⁵ Clemens, 1983, S. 164.

⁹⁵⁶ Aus einem Schreiben Spahns an von Gleichen wird ersichtlich, dass von Gleichen zum einen den, im Zuge des fünfjährigen Bestehens organisierten Feierlichkeiten ferngeblieben war, zum anderen wurde ihm der Vorwurf gemacht, sich negativ über das Politische Kolleg geäußert zu haben. Von Gleichen warf Spahn hingegen die Bindung an die DNVP vor, die er als Ursache der Auseinandersetzungen im Kreis der Jungkonservativen darstellte. Weitere Zwistigkeiten zwischen Spahn und von Gleichen hatten sich bereits im Vorhinein um die Zuständigkeit von Politischem Kolleg und Ring ergeben. S hierzu: Spahn an Gleichen, 18.11.1924 & Gleichen an Spahn, 25.11.1924, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/35, Bl. 54 & 48-51. Weitere Angaben hierzu s. in: BArch, Kleine Erwerbungen, Nr. 402, Bl. 4.

⁹⁵⁷ Die Reserviertheit Spahns gegenüber dem Herrenklub kritisierte Alvensleben in einem Brief an selbigen. Von Alvensleben an Spahn, 25.1.1926, BArch, NI Spahn, N 1324/184. In einem Antwortschreiben vom 3.2.1926 rechtfertigte Spahn seinen Austritt gegenüber von Alvensleben mit dem Austritt Quaat, der „natürlich auch mein Verhältnis zum Herrenklub“ erschwert hatte, sowie mit der Haltung von Gleichens im Herrenklub, der die Vertretung einer eigenen parteipolitischen Position unmöglich mache. Spahn an von Alvensleben, 3.2.1926, BArch, NI Spahn, N 1324/184.

Zur Rechtfertigungsgrundlage für seine öffentliche Distanzierung führte Spahn den exklusiven Charakter des Herrenklubs an; so sei ein unüberbrückbarer Gegensatz zu den Grundwerten des Juniklubs entstanden. Während im Juniklub noch betont worden war, in eine Art „Beziehung zu allen Deutschen von Wert“ treten zu wollen, sah Spahn im Herrenklub das Bild eines „Luxusclubs“, das schon prinzipiell einem „Motto der nationalen Vereinigung“ zu widersprechen schien.⁹⁵⁸ Dem Herrenklub verweigerten Spahn und sein Kreis die Unterbringung in der Motzstraße. Von Gleichen widersprach diesen Vorwürfen vehement, indem er vorgab, dass „der Club [...] so einfach wie möglich gehalten werden [soll], das niemand [...] daran Anstoß nehmen kann“.⁹⁵⁹ Das hohe Eintrittsgeld rechtfertigte er damit, dass sich die Industrie im Zuge der Konsolidierung der Republik von der finanziellen Unterstützung etwaiger Organisationen wie dem Herrenklub distanziert hatte. Es durfte von daher also nicht als exklusive Eintrittskarte verstanden werden, sondern lediglich als Möglichkeit, die anfallenden Kosten zu decken. Verleugnet wurde nicht, dass damit der positive Nebeneffekt verbunden schien, gleichzeitig „unerwünschte Elemente“ vom Klub fernzuhalten und einen elitär-aristokratischen Charakter zu garantieren.⁹⁶⁰ Zusätzlich zu dem hohen Eintrittsgeld wurde eine Obergrenze der Mitgliederzahl von 500 festgelegt.⁹⁶¹

Wie erwähnt kam Brauweiler über die Eingliederung der Arbeitsstelle für Spar- und Wirtschaftspolitik zum Herrenklub, in dessen Reihen er eine deutlich höhere Aktivität als beim Politischen Kolleg entfaltete. Neben organisatorischen Gemeinsamkeiten – wie der elitären Ausrichtung und der Bezugnahme auf einen neoaristokratischen Organisationsansatz – waren es vor allem wirtschaftspolitische Inhalte und im Herrenklub verstärkt thematisierte ökonomisch-programmatische Fragen, die Brauweiler interessierten. Zudem sah Brauweiler im Herrenklub die Möglichkeit, ein deutliches Zeichen der Gegenwehr zu setzen, all denen gegenüber, die sich trotz ähnlicher Gesinnung dem Parlamentarismus hingaben. Einmal mehr spielte Brauweiler mit dieser Aussage auf Spahn und das Politische Kolleg an, das sich mit Hugenberg und der DNVP unbotmäßig zu verstricken schien. Die Haltung Brauweilers stellte für Heinrich von Gleichen eine günstige Gelegenheit dar, ihn verstärkt in den Ausbau des Herrenklubs einzubeziehen. Er betonte, Brauweiler nach dem Austritt aus dem Politischen Kolleg und dem Zerfall des Juniklubs eine Chance geben zu wollen, „sich nach wie vor in

⁹⁵⁸ Spahn an Gleichen, 14.4.1924, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/35, Bl. 103.

⁹⁵⁹ Gleichen an Spahn, 16.4.1924, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/35, Bl. 102.

⁹⁶⁰ Ebd.

⁹⁶¹ Durch die Gründung einer Vielzahl von Herrengesellschaften sollte diese Beschränkung jedoch im Verlauf der folgenden Jahre schnell überstiegen werden. Bis 1932 konnten in den verschiedenen Herrengesellschaften ca. 5000 Mitglieder gezählt werden, ein Zuwachs, hinter dem andere Nachfolgeorganisation des Juniklubs, wie der Jungkonservative Club mit nur 60 Mitgliedern weit zurück blieb. Anhand des sprunghaften Anstiegs der Mitgliederzahlen des Herrenklubs lässt sich schlussfolgern, dass die seit langem bestehende Hoffnung auf einen elitären Zusammenschluss dem Bedürfnis breiter Kreise entsprach, die im Herrenklub erstmals Aussicht auf eine realistische und den Vorstellungen entsprechende Umsetzung finden sollte. S. hierzu: Petzinna, 2000, S. 226.

unserem Kreis zu betätigen“, da seine finanziellen Ansprüche „doch ausserordentlich bescheiden“ waren und man gewisse „Verpflichtungen“ ihm gegenüber behalten habe.⁹⁶² Diese „Verpflichtungen“ bezog er u.a. auf den weiteren Ausbau der Arbeitsstelle für Spar- und Wirtschaftspolitik, die als eine der drei Forschungsstellen galt, die der Deutsche Herrenklub laut eines vertraulichen Berichts von 1926 besonders fördern wollte.⁹⁶³

Neben seinem Engagement für die Arbeitsstelle betraute von Gleichen Brauweiler zusätzlich mit der Herausgabe der Unterrichtsbriefe *Schule für Politik*, die als politische Korrespondenz des Herrenklubs fungieren sollte. Erste Pläne zu einer solchen Herausgabe erwog von Gleichen bereits im Oktober 1924 mit den *Selbstunterrichtsbriefen*. Da er für diese aufgrund des zu stark rechtsgerichteten Charakters keinen geeigneten Verlag finden konnte, stellte die *Schule für Politik* eine Alternative zu seinen vorangegangenen Plänen dar.⁹⁶⁴ Ursprünglich war der Mitbegründer des Juniklubs und Autor des *Gewissens* Karl Hoffmann für die Herausgabe vorgesehen. Da dieser das Angebot jedoch abgelehnt hatte, wurde Brauweiler schließlich mit dieser Aufgabe betraut.⁹⁶⁵ Er galt hierfür als „besonders geeignet“, da er bereits im Vorhinein „viel Passion für [...] die Herausbringung einer Korrespondenz“ entwickelt hatte, deren Bearbeitung eigentlich das sei, dass „ihm am besten passe“.⁹⁶⁶ Die Unterrichtsbriefe sollten insbesondere der „Schulungsarbeit der vaterländischen Bestrebungen“ dienen, die kritische Hinterfragung des Staatsaufbaus bewirken und dabei helfen, „eine gemeinsame Grundeinstellung zu vermitteln, um dadurch zu selbstständiger Urteilsbildung zu gelangen und eine gemeinsame politische Sprache“ zu erstellen.⁹⁶⁷ Dass diese gemeinsame politische Sprache nur auf ein Ziel, nämlich den antiparteilichen und elitären Staatsaufbau nach Gusto der Jungkonservativen anstelle gemeinschaftlicher Gestaltungsansätze und Partizipation ausgelegt war, stand außer Frage. Vor diesem Hintergrund wirkten Ausdrücke wie „selbstständige Urteilsbildung“ und „kritische Hinterfragung“ als bedeutungslose Euphemismen.

⁹⁶² Gleichen an Spahn, 25.10.1924, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/35, Bl. 70.

⁹⁶³ Daneben war es noch die „Außenpolitische Studiengesellschaft“ unter Leitung Walther Schottes, die sich der Information und Propaganda annehmen sollte, sowie die Arbeitsstelle für die „Bearbeitung der europäischen Nationalitätenfrage“, die unter Leitung Max Hildebert Boehms Studien über das Grenz- und Auslandsdeutschum anlegen sollte.

⁹⁶⁴ Gleichen an Spahn, 25.10.1924, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/35, Bl. 70. Gleichen informierte Spahn über seinen „Plan einer laufenden politischen Korrespondenz mit unseren jüngeren Freunden, die der Jungkonservativen Vereinigung beitreten sollen, in einer Form, die den damals geplanten Selbstunterrichtsbriefen nach der praktischen Seite nahekommt“. Herr Schmidt (Reimar Hobbing) hatte ihm dazu geraten, „den Selbstunterrichtsbrief wieder aufzunehmen.[...] Da Schmidt trotz zugesicherter 1000 Abonnenten die Herausgabe in seinem Verlag endgültig ablehnte, da der Inhalt der Briefe zu stark rechtsgerichtet, geschäftlich zu unbedeutend und das Projekt durch frühere Fehlunternehmen doch schon belastet sei“, wollte von Gleichen sie unter dem Namen „Schule der Politik – Unterrichtsbriefe für die deutsche Schulungsarbeit“ im Ring Verlag herausbringen.

⁹⁶⁵ Notiz über die Besprechung mit Schmidt, 26-28.8.1924, StMG, NI Brauweiler, 15/13/188.

⁹⁶⁶ Gleichen an Spahn, 25.10.1924, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/35, Bl. 70; Notiz über die Besprechung mit Schmidt, 26-28.8.1924, StMG, NI Brauweiler, 15/13/188.

⁹⁶⁷ Auch wenn hier von einer gemeinsamen Grundeinstellung die Rede ist, zeichnete sich der Herrenklub doch gerade durch die Vertretung vieler unterschiedlicher Ansätze und Denkrichtungen aus, statt sich auf eine bestimmte Linie festzulegen. S. Brauweiler, Heinz: *Schule der Politik. Unterrichtsbriefe. Ausgabe für den Stahlhelm*, Berlin 1928.

Durch eine verstärkte Partizipation im Herrenklub erhoffte sich Brauweiler, seine theoretischen Erkenntnisse, die er während seiner Zeit beim Juniklub durch die Arbeit zu seinem Buch „Berufsstand und Staat“ gewonnen hatte, im Sinne einer von ihm angestrebten Verfassungsreform nun auch praktisch umsetzen zu können.

5.7 Exkurs: Die Versammlung im Herrenhaus 1925

Ein erster Ansatzpunkt zur oben genannten Umsetzung der Erkenntnisse aus „Berufsstand und Staat“ bot sich Brauweiler bei der erwähnten Versammlung im Herrenhaus am 28.2.1925, bei der eine Vielzahl von Mitgliedern des Herrenklubs anwesend war. Brauweiler sollte hier einen Vortrag halten. Thematisch ging er auf das vermeintlich „ruinöse“ Wahlrecht ein, das er bereits während des Ersten Weltkriegs in ein sogenanntes Pluralwahlrecht mit Zusatzstimmen für Alter und Anzahl der Kinder erweitert wissen wollte.⁹⁶⁸ Darüber hinaus sollte auch die seit langem von ihm geforderte „sinnvolle und baldige Änderung der Verfassung“ Erwähnung finden – ein Ziel, das mit den republikanischen Konsolidierungserscheinungen ab 1924 noch unwahrscheinlicher als zuvor wurde. So schien in „Rechtskreisen ein opportunistisches Denken sehr stark geworden, welches da sagt: wir müssen mit der gegenwärtigen Verfassung rechnen, und genau gesehen ist sie gar nicht so schlimm“.⁹⁶⁹ Brauweiler relativierte seine Position, indem er zugestand, dass prinzipiell zwar mit jeder Verfassung regiert werden könne, demnach auch mit dem Weimarer Modell, hierfür allerdings gewisse Grundvoraussetzungen zutreffen mussten: ein starker Reichspräsident, stabile parlamentarische Mehrheiten und Gewissheit, dass die Parteien von nichts anderem als dem Gemeinwohl geleitet werden würden.

Da die Weimarer Verfassung keine dieser Grundvoraussetzungen vorwies und stattdessen für ihn eher ein „überzüchtetes Produkt“ darstellte, „reif zum Abbruch“, führte Brauweiler mit dem Gedanken einer systematischen Gewaltenteilung in Form eines Zweikammersystems seine bereits seit langem popularisierte Vorstellung einer doppelten Volksvertretung fort.⁹⁷⁰ Diese Überlegung vertrat er bereits 1922 in seinem Artikel in der „Neuen Front“, 1923 in seinem politischen Programm und schließlich 1925 in „Berufsstand und Staat“. Ähnlich wie bei der hier angesprochenen Trennung von staatlichen und wirtschaftlichen Aufgaben sollte die Aufteilung des politischen Institutionengefüges in ein Zweikammersystem das Machtmonopol des Reichstags brechen, um es auf andere Organe aufzuteilen. Hierdurch sollte die Weimarer Verfassung, die aus Sicht Brauweilers nur auf „politisch schönes Wetter“ eingestellt und

⁹⁶⁸ Ishida, 1988, S. 98f. Auch wenn Pläne zu einer Wahlrechtsreform in jungkonservativen Kreisen bereits seit langem kursierten – vgl. Schottes Ansätze, der sowohl eine Anhebung des Mindestalters forderte, als auch ein indirektes Wahlsystem – wurde die Wahlrechtsreform als solche im Wesentlichen erst ab 1932 im Zuge der Papen-Regierung wirklich publik gemacht.

⁹⁶⁹ Vortrag zur Verfassungsreform im Herrenhaus, 28.2.1925, StMG, NI Brauweiler, 15/13/189.

⁹⁷⁰ Ebd.

zwischen präsidentiellen und parlamentarischen Machteinflüssen hin- und hergerissen war, langfristig aus den Angeln gehoben werden.⁹⁷¹

Bei der Herrenhausversammlung konkretisierte Brauweiler diese Ansätze durch den Vorschlag zum Ausbau des Reichsrats, den er zu einer Ersten Kammer umfunktionieren wollte. Da der Reichsrat als Vertretung der politischen Kräfte innerhalb der Weimarer Verfassung eine nur schwache Stellung gegenüber dem Reichstag inne hatte, galt es nunmehr, diesen durch unabhängige Führung von der Omnipotenz des Reichstags abzuheben und gleichzeitig dessen parlamentarische Rechte erheblich einzuschränken.⁹⁷² Die Überlegung, den Reichsrat als bereits vorhandenes politisches Organ zu einer Ersten Kammer zu ändern, verdeutlichte, dass Brauweiler einen, „aus den Gegebenheiten unseres verfassungspolitischen Lebens organisch zu entwickelnden“ Aufbau anstrebte, der seine letztendliche Legitimation schließlich auf berufsständischer Grundlage finden sollte.⁹⁷³

Mit der angestrebten Errichtung einer ersten Kammer ging die sowohl vom linken als auch rechten politischen Spektrum oft diskutierte Frage einer starken Führung an der Spitze der deutschen Gesellschaft einher. Diese hatte Brauweiler bereits während des Ruhrkampfes gefordert. Gemäß seiner radikal-konservativen Vorstellungen konnten die zu „wirklicher Führung“ Berufenen nicht die von den Parteien oder Verbänden entsandten Vertreter sein, sondern Menschen, „die etwas sind, etwas können und etwas geschaffen haben“ und die den Blick „nicht auf das Geschrei der Interessen, noch Berufe, noch Herkommen“ richten, sondern auf „das große Ganze“.⁹⁷⁴ Was er wollte, war eine Führungsschicht, die „das politische Schicksal des Volkes und der Nation“ verantwortungsbewusst regelte.⁹⁷⁵ In diesem idealisierten Bild präsidentieller Macht sah Brauweiler den einzig wirksamen Ansatz zur schrittweisen Ablösung des parlamentarischen Systems und der darauf folgenden Errichtung einer umgestalteten Reichsverfassung.⁹⁷⁶

⁹⁷¹ Die Vorstellung eines Zweikammersystems verfestigte sich im Zuge des Zusammenbruchs der großen Koalition 1930 und der daran anschließenden Einrichtung der Präsidialkabinette. Hier hatten sich vor allem der zeitweilige DNVP-Führer Kuno von Westarp und Gottfried Reinhold Treviranus tonangebend gezeigt, ähnlich wie auch Walther Schotte, der in seinem am 4.8.1929 im Ring veröffentlichten Artikel „Eine zweite Kammer?“ diesen Gedanken ebenfalls aufgriff. Auch Freiherr von Aretin trat dafür ein, dass eine demokratische Regierungsform zwei Kammern bräuchte, sowie ein über dem Parlament und der Regierung stehendes Staatsoberhaupt. S. Freiherr von Aretin: „Das Zweikammersystem“, in: Der Ring, 23.10.1931. Unter der Regierungszeit von Papens wurde dieser Gedanke weiter fortgesetzt, S. Ishida, 1988, S. 98.

⁹⁷² Schoeps, 1974, S. 90/91. Der Gedanke des Zweikammersystems wurde im Kabinett Papens entschieden aufgegriffen und weiterentwickelt. So sah Papen in der ersten Kammer vor allem ein Instrument zur Vertretung der „Amts- und Leistungselite“, die eine „Antinomie zwischen Regierung und Volksvertretung“ darstellen sollte. Ähnlich argumentierte Reichsinnenminister Wilhelm von Gayl in seinem Manuskript „Gesichtspunkte für den Staatsneubau“, in dem er die Erste Kammer als „tragende Stütze der Regierung“ bezeichnete, die aus den „bewährtesten Männern der Nation“ bestehen sollte. S. Ishida, 1988, S. 92; Schoeps, 1974, S. 98.

⁹⁷³ Dieser Schritt, eine Reform der Verfassung auf Grundlage ihrer eigenen Bestandteile zu erwirken, hatte Brauweiler bereits in Zusammenhang mit seinen Überlegungen zum Reichswirtschaftsrat erwogen, wofür er den Ausbau des in der Verfassung beinhalteten Artikel 165 instrumentalisieren wollte.

⁹⁷⁴ Brauweiler, Heinz: Schule der Politik. Unterrichtsbriefe. Ausgabe für den Stahlhelm, Berlin 1928.

⁹⁷⁵ Ebd.

⁹⁷⁶ Siehe hierzu auch Carl Schmitt: Legalität und Legitimität, Berlin 1968.

Die von Brauweiler forcierte Verfassungsreform bestand aus zwei unterschiedlichen Aspekten: Erstens die Wiederherstellung unabhängiger Staatsgewalt durch die Einführung von Zwischengewalten, zweitens die Aufstellung einer gestärkten und unabhängigen Führungsgewalt an der Spitze des deutschen Staates.⁹⁷⁷ Schien bei den Wahlen mit mehreren Parteien nichts herauszukommen, „außer der Bestätigung der Führungsunfähigkeit einer aus dem Parlament gebildeten Regierung“, bedurfte es in den Augen Brauweilers mittlerweile einer „plebiszitären, also direkten Demokratie“.⁹⁷⁸ Diese vermochte es allein, „die Kräfte der Nation lebendig zu machen“.⁹⁷⁹ Die politischen Entscheidungen sollten demnach verstärkt unmittelbar vom Volk (z. B. in Volksversammlungen und durch Volksabstimmung) ausgehen, nicht jedoch von den Parteien. Hierin sah Brauweiler eine Form direkter, politischer Machtausführung, die den Volkswillen so unverfälscht wie möglich wiedergab. In dieser Hinsicht bekräftigte er die Einflussweiterung der Rechte des Reichspräsidenten.⁹⁸⁰ Dessen Amt durfte nicht mehr länger als eine dem Reichstag gleichgestellte Instanz und dementsprechend gleichberechtigte Verkörperung der Volkssouveränität bestehen, sondern musste sich deutlich von dieser abgrenzen.⁹⁸¹ Ein solches Vorgehen offerierte nicht nur die Aussicht auf die gewünschte Verfassungsreform, sondern stellte gleichzeitig auch einen guten Legitimationsansatz für die Verschmelzung der demokratischen mit der diktatorischen Machtform dar, die bis dato immer wieder miteinander konkurrierten und nun zu einer autokratischen Form der politischen Machtausübung vereint werden sollten.⁹⁸²

Während der bekannte, heute umstrittene Staatsrechtler Carl Schmitt in Reichspräsidenten, Reichskanzler, Kabinett und Reichstag insgesamt vier mögliche Führungstypen in der Reichsverfassung verankert sah, beriefen sich die Mitglieder des Herrenklubs parallel zur 1925 erfolgten Wahl Paul von Hindenburgs schwerpunktmäßig auf den Ausbau einer quasi-monarchischen Stellung des Reichspräsidenten.⁹⁸³ Brauweilers Ansichten trafen hier also auf

⁹⁷⁷ S. Brauweiler, Heinz: „Selbstverwaltung und Staat“, in: Deutsche Rundschau, Januar 1923; Brauweiler, Heinz: „Stand und Staat“, in: Deutsche Rundschau, Sonderabdruck, August 1922.

⁹⁷⁸ Kritisiert wurde vor allem das Regieren mit Notverordnungen, die als Teil der Weimarer Verfassung ursprünglich dafür gedacht waren, soziale Unruhen beizulegen. Mehr und mehr wurde der Artikel 48 im Verlauf der Jahre jedoch zur politischen Legitimation für einzelne Gesetzesvorlagen der jeweiligen Präsidialkabinette instrumentalisiert. Allein in der Ära Brüning wurden 109 Notverordnungen erlassen, im Gegensatz dazu aber nur lediglich 29 ordentliche, vom Reichstag erlassene Gesetze verabschiedet. S. Marcowitz, Reiner: Weimarer Republik: 1929-1933, Darmstadt 2012.

⁹⁷⁹ Brauweiler, Heinz: „Parlamentarische oder plebiszitäre Demokratie“, in: Der Ring, Nr. 10, 1930, S. 183-84.

⁹⁸⁰ Hier kann auf das Kapitel zum Stahlhelm in diesem Buch verwiesen werden und das darin thematisierte Volksbegehren, das Brauweiler im Zuge seiner Arbeit beim Stahlhelm und als direkter Vorläufer des von Hugenberg initiierten Volksbegehrens gegen den Youngplan 1928 initialisierte. Thematisch standen hierbei die bereits im Zuge der vorgeleisteten Arbeit beim Herrenklub stehenden Überlegungen, die er nunmehr in Kreisen des Stahlhelms weiter ausführen wollte.

⁹⁸¹ Brauweiler, Heinz: „Parlamentarische oder plebiszitäre Demokratie“, in: Der Ring, Nr. 10, 1930, S. 183-84.

⁹⁸² Für Brauweiler bot weder der Parteienpluralismus noch die Diktatur eines Einzelnen staatliche Stabilität. Viel geeigneter war die Aufstellung einer Führungsschicht, die wie in einer Art Oberhaus dem Reichstag entgegenwirken sollte. Postert, 2014, S. 161/162.

⁹⁸³ Einen Hauptansatzpunkt für die Stärkung des Reichspräsidenten sahen die Mitglieder des Herrenklubs vor allem in dem in der Verfassung enthaltenen Artikel 48, der den Reichspräsidenten dazu ermächtigte, die Regierung unter Verweis auf den Ausnahmezustand handlungsunfähig zu erklären und die Exekutivgewalt stattdessen selbst in die Hand zu nehmen. War der Gebrauch des Artikels 48 in den ersten Jahren der Weimarer Republik vornehmlich als Mittel zur Bewahrung oder Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung eingesetzt worden, sollte dessen Einsatz mit dem Beginn der Wirtschaftskrise und dem einsetzenden Ruhrkonflikt immer inflationärer

offene Ohren, da Hindenburg, im Gegensatz zu seinem republikanisch eingestellten Vorgänger Ebert, viel eher dem Idealbild eines Staatsoberhauptes zu entsprechen schien. Hatte Hindenburg bei seinem Amtsantritt betont, dass er vor allem der „überparteilichen Zusammenfassung aller arbeitsfähigen und aufbauenden Kräfte unseres Volkes dienen“ wolle,⁹⁸⁴ sollte mit ihm an der Spitze der Schritt aus der gegenwärtigen „Krisis des Parlamentarismus“ hin zu einem autoritären und vor allem parteifreien Staat vollzogen werden.⁹⁸⁵ Dieser sollte sich keinesfalls durch einen Putsch legitimieren, wie es 1920 und 1923 versucht worden war, sondern durch den freien Willen des mehrheitlichen deutschen Volkes im Rahmen der von Brauweiler forcierten Verfassungsreform.⁹⁸⁶

Der Gedanke, die Stärkung des Reichspräsidenten per Verfassungsumformung durchzusetzen, war bereits in den 1918/19 geäußerten Überlegungen Friedrich Meineckes, Max Webers oder Theodor Heuss' enthalten. Von dort aus fand er immer wieder den Weg auf die politische Bühne – hier vor allem ausgehend von den rechtskonservativen Kreisen, in denen man sich von der Wahl des konservativ eingestellten Hindenburg sowohl die Überwindung der vermeintlichen Führungskrise als auch die Besserung der politisch-gesellschaftlich chaotischen Zustände versprach. In diesem Zusammenhang sind nicht nur die Vertreter rechtskonservativer Parteien wie der DNVP zu nennen, die unter dem Motto „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“ für den verfassungsmäßigen Ausbau seiner Stellung eintraten, sondern auch diejenigen der rechtskonservativ und national eingestellten Verbände, allen voran der 1928 gegründete Bund zur Erneuerung des Reiches, der sich neben der Neugliederung der Länder vor allem für die Stärkung des Reichspräsidenten auf Kosten des Parlaments einsetzte.⁹⁸⁷ Der zur DVP

gebraucht werden. Mit dem Amtsantritt Hindenburgs mündete die Anwendung des Artikels 48 schließlich in eine regelrechte „Diktaturgewalt des Reichspräsidenten“, die die Jungkonservativen für ihre Zwecke instrumentalisieren wollten. Es wurde zwar betont, dass man das Ideal der „Macht des Volkes für das Volk“ nach wie vor aufrechterhalten wolle, unter Hinweis auf die unbedingte Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit sollte gleichzeitig jedoch die Legitimation für die Anwendung des Artikels 48 gegeben werden, mit der die Parteiomnipresenz aus den Angeln gehoben und die Machtbefugnisse stärker auf den Reichspräsidenten zentriert werden sollten. Diese Hoffnung wurde vor allem von konservativen Wirtschaftseliten geteilt. Hierbei ist u.a. der 1926 erfolgte Zusammenschluss des Vorsitzenden des VDESt Reichert mit von Borsig, als Vorsitzendem der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und Groebler zu nennen, die hier über die Entmachtung des Reichstags und die Möglichkeit, aufgrund eines Ermächtigungsgesetzes zu regieren, diskutierten, s. Stegmann, Dirk: „Silverbergkontroverse 1926“, in: Wehler, Hans-Ulrich: Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, Göttingen 1974, S. 600 und auch Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik, München 1993, S. 82-85.

⁹⁸⁴ Hubatsch, Walther: Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966, S. 77.

⁹⁸⁵ Die Bezeichnung „Krisis des Parlamentarismus“ entwickelte sich ab 1926 und wurde zu einem festen Topos in der Parlamentarismuskritik der späten 20er Jahre. Geprägt wurde dieser Begriff vor allem durch Carl Schmitt, s. hierzu u.a. Schmitt, Carl: „Zur Frage der Staatsführung in der Weimarer Republik“ in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 7, 1959, Heft 1, S.85ff; oder Quaritsch, Helmut: Positionen und Begriffe bei Carl Schmitt, Berlin 1991.

⁹⁸⁶ Gemeint sind hier der Kapp-Lüttwitz und der Hitler Putsch. Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2000; sowie Ishida, 1988, S. 94.

⁹⁸⁷ Plädierte diesbezüglich der bis 1928 amtierende Partei- und Fraktionsführer Kuno von Westarp dafür, die Stellung des Reichspräsidenten mithilfe einer Verfassungsrevision auszubauen, sah sein Nachfolger Hugenberg durch die Stärkung des Reichspräsidenten sogar die Möglichkeit einer kompletten Destruktion der Weimarer Republik. Daneben argumentierten auch andere Vertreter der nationalen Opposition für eine Stärkung des Reichspräsidenten. Die Unterscheidung in konservative und nationale Opposition geht auf eine Unterscheidung Papens zurück, die dieser in der Standarte vom 5. Oktober 1929 darlegte. So beschrieb er die konservative Opposition als „eine vom lebendigen nationalen Gewissen und von den Grundsätzen wahrhafter christlicher Gesinnung erfüllte“ Opposition, während die nationale Opposition, die nur für einen „Zeitabschnitt maßgeblich sein wird“ und die sich bereit erklären könne, „die Führung jederzeit und mit allen Konsequenzen zu übernehmen“. S. Bach, Jürgen: Franz von Papen in der Weimarer Republik. Aktivitäten in Politik und Presse 1918-1932,

übergetretene Siegfried von Kardorff entwickelte sich hier zu einem der ersten Fürsprecher dieses Gedankens; ebenso der Reichswehrminister Otto Geßler, der in einer „starken Zentrale“ wie einem mit besonderen Rechten ausgestatteten Reichspräsidenten den einzigen Weg sah, derartige Krisen, „[...] wie wir sie heute sehen“, unmöglich zu machen.⁹⁸⁸

Auch wenn die Stärkung des Reichspräsidenten anfangs vor allem als Reservat konservativer Gedankenkonstrukte galt, sollte die im letzten Drittel der 1920er Jahre immer offensichtlicher werdende Blockade des parlamentarischen Systems diesen Gedanken mehr und mehr in den Mittelpunkt allgemeiner parteipolitischer Diskussionen rücken – so auch innerhalb des sozialdemokratischen und liberalen Milieus.⁹⁸⁹ Hier zu erwähnen sind u.a. der von der DDP stammende Erich Koch-Weser oder Willy Hugo Hellpach sowie die Sozialdemokraten Ernst Fraenkel, Hermann Heller oder Carlo Mierendorff; sie plädierten ebenfalls für eine Stärkung der Exekutive auf Kosten des Reichstags. Im Unterschied zu den Rechten verbanden sie mit dieser Forderung jedoch nicht die Hoffnung auf die Abschaffung der demokratisch-parlamentarischen Ordnung. Ihnen kam es stattdessen auf die Stärkung des politischen Willens und des verloren gegangenen Vertrauens der Bevölkerung in die demokratische Regierung an. Dementsprechend ging es bei ihnen nicht um den Ruf nach einem starken Mann und den dafür notwendigen Ausbau der präsidentiell-autoritären Stellung Hindenburgs – der bereits bei seiner Amtseinführung 1925 von Seiten der SPD als Gefahr für die Demokratie gesehen wurde – sondern vordergründig um die staatliche Stabilisierung zur arbeitsfähigen Demokratie, ein Übergang vom derzeit „schlechten“ zu einem „besseren Parlamentarismus“.⁹⁹⁰

Da sich die verschiedenen politischen Lager in Fragen der Führungskompetenz des Reichspräsidenten deutlich voneinander unterschieden, verharrte die Diskussion zumeist auf einer rein theoretischen Ebene. Diese Tatsache veranlasste Brauweiler dazu, die Stärkung des Reichspräsidenten noch nachdrücklicher zu fordern. Er schlug vor, das Volk – nicht etwa die Parlamentarier – entscheiden zu lassen. Die Idee eines Volksbegehrens war nicht neu. Bereits 1926 hatte die SPD ein Volksbegehren zur Fürstenenteignung eingebracht, was eine allgemeine

Düsseldorf 1977, S. 178f. S. hierzu vor allem auch Berghahn, Volker: „Das Volksbegehren gegen den Youngplan und die Ursprünge des Präsidialregimes: 1928-1930“, in: Stegmann, Dirk: Industrielle Gesellschaft und politische Systeme, Beiträge zur politischen Sozialgeschichte, Festschrift für Fritz Fischer zum siebzigsten Geburtstag, Bonn 1978, S. 434; oder auch Ohnezeit, Maik: Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“: Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918-1928, Düsseldorf 2011, S. 172.

⁹⁸⁸ Schulz, 1987, S.237. Bezüglich der grundlegenden Ansichten Otto Geßlers ist u.a. sein Werk „Die Träger der Reichsgewalt“ zu sehen. S. Geßler, Otto: Die Träger der Reichsgewalt, Hamburg 1931.

⁹⁸⁹ Zum Thema: Einbruch der Diktatur in das sozial-liberale Milieu s. u.a. Mommsen, Hans: „Regieren ohne Parteien, Konservative Pläne zum Verfassungsumbau am Ende der Weimarer Republik“, in: Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Die deutsche Staatskrise 1930-1933, München 1992, S. 3ff. Llanque, Markus: „Die Diktatur im Horizont der Demokratieidee. Zur verfassungspolitischen Debatte der Zwischenkriegszeit“, in: Gusy, Christoph (Hrsg.): Demokratie in der Krise: Europa in der Zwischenkriegszeit, Baden-Baden 2008, S. 52-85.

⁹⁹⁰ Winkler, Heinrich August: Der Weg in die Katastrophe, 1930-1933, Bonn 1990, S. 802/803; Heß, Jürgen C.: „Das ganze Deutschland soll es sein.“ Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1987, S. 327.

Aufwertung des Volksbegehrens als politischem Instrument nach sich gezogen hatte.⁹⁹¹ Das am schweizerischen Vorbild der plebiszitären Demokratie orientierte und in Artikel 73 der Weimarer Reichsverfassung verankerte Instrument stellte für Brauweiler die einzige Möglichkeit zur Umsetzung seiner Vorstellungen dar. So bestand hier die Möglichkeit einer direkten Einflussnahme auf die Gesetzgebung ohne Umwege über das parlamentarische System, von dem sich Brauweiler keinen entsprechenden politischen Rückhalt versprach.⁹⁹² Im Rahmen seiner Tätigkeit beim Stahlhelm, zu dem er 1926 auf Empfehlung Heinrich Mahnkens und Ferdinand von Lünincks gekommen war, schien Brauweiler die richtige Plattform gefunden zu haben, um sein Vorhaben eines Volksbegehrens auszuarbeiten und durchführen zu können.

6. Brauweilers „Gastspiel“ im Stahlhelm

Seine Tätigkeit im Frontkämpferbund Stahlhelm, in dem Heinz Brauweiler zwischen 1926 und 1931 aktiv war, sollte er später lediglich als „Gastspiel“ bezeichnen – laut Definition also als einen kurzen Besuch oder Gastauftritt. Der Fragen, in wie weit diese Bezeichnung als realistisch und angemessen zu sehen ist, soll im folgenden Kapitel nachgegangen werden.⁹⁹³

6.1 Die Entwicklung des Stahlhelms bis 1926

Der Stahlhelm wurde am 25. Dezember 1918 von Franz Seldte als nationalkonservativer und konterrevolutionärer Veteranenverband gegründet, dem „jeder Soldat, der an der Front vor dem Feinde gestanden hatte, ohne Rücksicht auf Rang und Stand, Religion und Parteizugehörigkeit“ beitreten sollte.⁹⁹⁴ Hauptaufgaben des Stahlhelms wurden die Sammlung der Frontsoldaten und deren Interessenvertretung sowie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung; vor allem letzterem schien vor dem Hintergrund der revolutionären Ereignisse des Jahres 1919 eine besonders große Bedeutung zuzufallen. Bewusst sollte eine gegenrevolutionäre Stimmung erzeugt werden, durch die Aufforderung, sich, trotz allgemein hin anerkannter Überparteilichkeit, auf den Boden der neuen Zeit zu stellen. Neben seiner Doppelfunktion als Kriegerverein und Landesverteidiger hatte der Stahlhelm auch eine unmittelbar politische Funktion: Zwar verfügte die Organisation über kein politisches Programm, allerdings wurde in Form des sogenannten Vier-Punkte-Plans eine klare Haltung formuliert. Diese beruhte sowohl auf der Propagierung von Volkseinheit und starkem Staat, als auch auf der Revision des

⁹⁹¹ Schiffers, Reinhard: Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem, Düsseldorf 1971, S. 214.

⁹⁹² Schulz, 1987, S. 275.

⁹⁹³ „Meine Tätigkeit im Stahlhelm, Korrespondenz mit Volker Berghahn“, 22.12.1965, StMG, NI Brauweiler, 15/13/119.

⁹⁹⁴ Dem vorangegangen war eine Besprechung Seldtes mit einigen Frontkameraden Mitte November 1918 in Magdeburg.

Versailler Vertrags und einer wehrhaften Nation.⁹⁹⁵ Ging die Initiative zur Gründung des Stahlhelms gerade mal auf eine Handvoll Männer zurück, die in einem „Fabriklaboratorium beschlossen hatten, diese Schweinerei von Revolution nicht weiter so hinnehmen zu wollen“, sollte die im Versailler Vertrag festgelegte Beschränkung der Reichswehr auf 100.000 Mann und das ebenfalls 1919 erlassene Verbot der Freikorps schließlich dazu führen, dass sich immer mehr ehemalige Frontkämpfer ihre neue „Heimat“ in den Wehrverbänden oder den paramilitärischen Verbänden suchten.⁹⁹⁶ Dies löste einen sprunghaften Anstieg der Mitgliederzahlen des Stahlhelms aus.⁹⁹⁷ Bald schon war er zum größten der nationalkonservativen Wehrverbände in der Weimarer Republik und ab Mitte der 1920er Jahre sogar zum Mittelpunkt der „nationalen Opposition“ aufgestiegen.⁹⁹⁸ Hatte es noch im März 1919 lediglich 30 lokale Stahlhelmgruppen gegeben, verzehnfachte sich diese Zahl bis Ende 1921. Im Juni 1922 verfügte die Organisation über etwa 500 Ortsgruppen in insgesamt 18 Gauen.⁹⁹⁹ Der organisatorische Erfolg des Stahlhelms ging mit einer stetigen Radikalisierung einher, nicht nur eine Folge zunehmender Verbitterung über die Versailler Friedensbedingungen, sondern vor allem auch eine Konsequenz der Enttäuschung über die „Ausrangierung“, die viele ehemalige Frontkämpfer empfanden. War ursprünglich daran gedacht worden, mit dem Stahlhelm eine neue Lebensanschauung zu propagieren, die auch nach dem Ende des Kriegs den einzelnen Frontsoldaten als den wesentlichen Bestandteil des Staates begreifen sollte, zeigte sich im Anschluss an die Entwicklungen der Jahre 1919 eine andere Realität: statt einer Anerkennung für ihre geleisteten Dienste zu erhalten, sahen sie sich mit den Demilitarisierungsplänen der Alliierten konfrontiert.¹⁰⁰⁰ Weder war ihre einheitliche Übernahme in die Reichswehr noch die Aufnahme in eine Nachkriegsarmee vorgesehen; stattdessen standen viele ehemalige Frontsoldaten vor dem Aus ihrer beruflichen Laufbahn, waren mit existenzieller und materieller Not konfrontiert. Als Gegenreaktion auf die ernüchternden Aussichten breitete sich unter ihnen eine zunehmende Unzufriedenheit und Desillusionierung aus. Hieran konnte auch der kurzzeitige Aufschwung 1923 während des Ruhrkonflikts nichts ändern. Stattdessen sollten die Einstellung des Ruhrwiderstands, die daran

⁹⁹⁵ Seldte, Franz: Der Stahlhelm: Erinnerungen und Bilder, Bd.1, Berlin 1932. Der Stahlhelm zählte mit insgesamt ca. 500.000 Mitgliedern zu der stärksten Gruppe innerhalb der Rechtsbewegung, neben der andere, nationalkonservative Verbände wie der Jungdeutsche oder die Vereinigten Vaterländischen Verbände weitaus weniger Mitgliederzahlen vorweisen konnten.

⁹⁹⁶ Seldte, Franz: Der Stahlhelm: Erinnerungen und Bilder, Bd.1, Berlin 1932, S. 26ff.

⁹⁹⁷ Die Freikorps, die 1918/19 noch zur Bekämpfung der revolutionären Umsturzversuche eingesetzt und im Frühjahr 1919 zunehmend in die Reichswehr überführt wurden, sahen sich aufgrund der im Versailler Vertrag festgelegten Maximalgröße des Heeres auf 100.000 Mann mit den Folgen einer zunehmenden Abrüstung konfrontiert.

⁹⁹⁸ Diese Anforderung, die Mitte der „nationalen Opposition“ zu sein, wurde vor dem Hintergrund der Radikalisierung auf Seiten der Rechtsparteien für den Stahlhelm im Verlauf der Jahre 1927-1930 immer schwerer einzuhalten. Klotzbücher, Alois: Der politische Weg des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der „Nationalen Opposition“ 1918-1933, Tübingen 1964, S. 6.

⁹⁹⁹ Diehl, James A.: Paramilitary Politics in Weimar Germany, Bloomington 1977, S. 97.

¹⁰⁰⁰ Seldte, Franz: Der Stahlhelm: Erinnerungen und Bilder, Bd.1, Berlin 1932; Kleinau, Wilhelm: Franz Seldte – ein Lebensbericht, Berlin 1933.

anschließende Konsolidierung der Republik und die Erklärung des Staates, von nun an selbst die Verantwortung für seine Verteidigung übernehmen zu können, das ohnehin schon angespannte Verhältnisses zwischen Staat und Stahlhelm noch stärker belasten.

Ab diesem Zeitpunkt begann man, den ursprünglichen Charakter als Wehrverband und Selbstschutzorganisation allmählich aufzugeben und einen neuen Kurs einzuleiten, der – entgegen der Beteuerung Seldtes, sich nach wie vor auf den Boden des Staates stellen zu wollen – vor allem offen antirepublikanisch war. Über die zu Tage tretenden Wandlungen des Verbandes gibt ein Protokoll der Bundesvorstandssitzung und Mitgliederversammlung vom 19. und 20. März 1927 Aufschluss: hier hieß es, dass man es beim Stahlhelm „ursprünglich mit einer reinen Selbstschutzorganisation zu tun gehabt“ habe, die dann aber zu einem „Bund der Frontsoldaten“ geworden sei und sich demgemäß als Wehrverband zu betätigen versucht habe, bevor man schließlich zur „großen nationalen Freiheitsbewegung“ geworden war.¹⁰⁰¹ Diese programmatische Umformung war vor allem durch eine zunehmende Politisierung geprägt, die von nun an die Entwicklung des Bundes maßgeblich bestimmen sollte. Zwar betonte Seldte, dass man sich im alten Sinne auf einer gemäßigten Linie bewegen wolle und für „neue Männer mit neuen Flötentönen“ kein Platz sei; der Grundstein für eine radikale Distanzierung gegenüber dem republikanisch-parlamentarischen Staat war ab 1925 dennoch gelegt.¹⁰⁰² Die Republik war ohnehin nur toleriert, nie jedoch akzeptiert worden – nun war es Zeit, aktiv in den politischen Verlauf einzugreifen.

6.2 Die zunehmende Politisierung des Stahlhelms ab 1926

Folgte die Forderung einer stärkeren Politisierung einem in den Reihen des Stahlhelms größtenteils anerkannten Prinzip, sollte der in den Stahlhelmgrundsätzen verankerte Überparteilichkeitsanspruch jedoch zunehmend Anlass zu Auseinandersetzungen geben, was vor allem mit dem veränderten Auftreten von DNVP und DVP zusammenhing.¹⁰⁰³ Waren beide Parteien als konservativ eingestellte Exponenten der Überparteilichkeitsidee lange Zeit Hand in Hand gegangen und darauf ausgerichtet, ihre parlamentarische Arbeit gleichermaßen in den Dienst der antirepublikanischen „Rechtsfront“ und der Bewahrung ihrer nationalen Interessen zu stellen, änderte sich diese Ausrichtung ab Mitte der zwanziger Jahre.¹⁰⁰⁴ Auslöser hierfür waren nicht nur die veränderten außenpolitischen Gegebenheiten, also die konsolidierenden Verhandlungen über den Dawes-Plan und die Locarno-Verträge, sondern auch die relative

¹⁰⁰¹ S. Protokoll der Bundesvorstandssitzung Magdeburg, 19/20.3.1927, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/7, Bl. 131.

¹⁰⁰² Ebd.

¹⁰⁰³ „Zum Prinzip der Überparteilichkeit“, in: Der Stahlhelm, Nr. 27, 3.7.1924.

¹⁰⁰⁴ Berghahn, Volker. Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Bonn 1966, S. 68ff.

ökonomische Verbesserung der Gesamtlage. Aufgrund dieser Entwicklung setzten DNVP und DVP auf eine Regierungsbeteiligung auf Reichsebene im ersten Lutherkabinett und brachten damit ihre, wenn auch nur vorübergehende Bereitschaft zum Ausdruck, an der Gestaltung der Republik aktiv mitzuwirken.¹⁰⁰⁵ Diese Entwicklung war vor allem von den gouvernementalkonservativen Vertretern der Wirtschaft und des Agrarsektors mit Nachdruck befürwortet worden, die in einer Anbindung an die Regierung die einzig aussichtsreiche Möglichkeit sahen, die ausländischen Kreditanleihen zu sichern und die Rechtsparteien regierungs- und mitsprachefähig zu halten.¹⁰⁰⁶ Im Gegensatz dazu stieß diese Entwicklung im Lager der außerparlamentarischen „Rechtsfront“, auch beim Stahlhelm, auf große Kritik. Hier fühlte man sich zusehends mit der Tatsache konfrontiert, auf die anhaltende Entwertung des Überparteilichkeitsprinzips und die wachsende Kooperationsbereitschaft der Rechtsparteien mit dem Staat reagieren zu müssen. War es bis dato ausreichend gewesen, den eigenen Standpunkt durch allgemein gehaltene Parolen jenseits der Parteiprogramme zu vertreten, konnte die gegenwärtige Entwicklung fortan nicht mehr mit dem Gedanken daran hingenommen werden, dass es tausendmal mehr auf den „Körper des Staats“ ankomme, als darauf, welchen „Rock“ dieser trägt.¹⁰⁰⁷ Stattdessen begann man mit der Entsendung erprobter Stahlhelmkameraden ins Parlament selbst aktiv zu werden.¹⁰⁰⁸ Deren Hauptaufgabe bestand darin, eine einheitliche Haltung bezüglich der großen nationalen Fragen zu erzielen und darüber hinaus auch die Gefahr der Bildung einer reinen Linksmehrheit oder einer Mehrheit der Weimarer Koalition bei einer der kommenden Reichstagswahlen zu verhindern, da nur so die Vertretung der Stahlhelminteressen dauerhaft garantiert werden konnte.¹⁰⁰⁹ War man dafür notfalls bereit, „den letzten Mann“ zur Wahlurne heranzubringen, waren der hier veranschlagten Verbindung von überparteilichen und parlamentarischen Agitationen bereits zahlreiche Versuche zur Bildung und Festigung einer außerparlamentarischen Rechtsfront

¹⁰⁰⁵ Das Luther Kabinett I (Januar 1925-Januar 1926) war ein Minderheitenkabinett bestehend aus Zentrum, DVP, DDP und BVP, also ein Bürgerblockkabinett, dass den Vorstellungen der Bundesführung weder in seiner personellen noch programmatischen Zusammensetzung entsprach.

¹⁰⁰⁶ Die bereitwillige Anbindung an das Kabinett prägte die Bezeichnung als „Vernunftsrepublikaner“. Dieser Begriff wurde dem Tagungsbericht des Theodor Heuss Kolloquiums von 2006 entnommen. Damit wird die Forderung nach Reduzierung des Erwartungshorizonts, Akzeptanz von gesellschaftlicher und politischer Komplexität, Anerkennung der Langsamkeit, Feststellung der strukturellen Reformfähigkeit, Achtung demokratisch-parlamentarischer Spielregeln, Bereitschaft zur aktiven Mitgestaltung der Republik sowie die Erstellung einer organischen Volksgemeinschaft beschrieben, wofür man sich auch bereitwillig auf den Boden der gegenwärtigen Entwicklungen zu stellen bereit war. S. hierzu: Tagungsbericht „Vernunftsrepublikanismus“ in der Weimarer Republik. Wissenschaft, Politik und Literatur (Theodor-Heuss-Kolloquium 2006) 03.10.2006-05.10.2006, Stuttgart, in: H.-Soz.-Kult, 5.11.2006, [http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsbericht/id=135/Zugriff erfolgte am 11.6.2011](http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsbericht/id=135/Zugriff%20erfolgte%20am%2011.6.2011).

¹⁰⁰⁷ Bundesvorstandssitzung mit Stahlhelm-Abgeordneten im Herrenhaus am 27.11.1925, vorm. 10 Uhr, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/4, Bl. 5.

¹⁰⁰⁸ 1928 waren für die DNVP z.B. 33 der 78 Mitglieder des Reichstags vom Stahlhelm. S. Fricke, Dieter (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte: Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), Bd.4, Köln 1986, S. 151.

¹⁰⁰⁹ Berghahn, 1966, S. 69, Anm. 1.; Brauweiler, Heinz: „Der Stahlhelm und die kommenden Wahlen“, in: Der Stahlhelm, Nr. 7, 15.2.1925, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/48, Bl. 84ff.

vorausgegangen.¹⁰¹⁰ Diese hatten in erster Linie dazu gedient, das Verhältnis zu den Parteien neu zu justieren und den außerparlamentarischen Oppositionskräften ein wirksames Mitsprache- und Einflussrecht zu sichern. Stellvertretend kann hier die Bildung des Nationalausschusses genannt werden, der am 30. Januar 1925 als Versuch der Zusammenfassung der nationalen Kräfte ins Leben gerufen wurde und dessen Aktionsprogramm den nationalen Parteien unterstützend zur Seite gestellt werden sollte. Zu den Mitbegründern zählte neben Artur Mahraun vom Jungdeutschen Orden, Fritz Geissler und Willi Dietrich auch Franz Seldte, der jedoch schon nach zwei Monaten den Austritt des Stahlhelms aus dem Nationalausschuss bekannt gab.¹⁰¹¹

Da die bisherigen Sammlungsversuche der außerparlamentarischen Kräfte immer wieder gescheitert waren, schien der drohende Einflussverlust des Stahlhelms nur durch eine geänderte Selbstdarstellung aufgehoben werden zu können, dem Motto „über die Organisation zur Macht“ folgend.¹⁰¹² So reichte es aufgrund der Konsolidierung der Republik und der Beilegung des passiven Widerstands aus der Zeit des Ruhrkonflikts nicht mehr aus, sich auf die ausschließliche Position als Frontkämpferbund und Reserve der Reichswehr zu beschränken. Wollte man den Charakter einer nationalpolitischen Freiheitsbewegung annehmen und damit die eigene Existenzberechtigung weiterhin behaupten, musste die ideologische Ausweitung gegen den sogenannten Massenstaat auf breiterer Grundlage vollzogen werden.¹⁰¹³

Dementsprechend war es bereits frühzeitig zur Gründung des Jungstahlhelms gekommen, der nachkommende Mitglieder für den Stahlhelm requirieren sollte, um diesen nicht zu einer Organisation alter Kriegsveteranen verkommen zu lassen.¹⁰¹⁴ Außerdem wurden die Aufnahmebedingungen gelockert. Zukünftig wurde nun auch Nicht-Frontsoldaten der Beitritt ermöglicht; unter der Voraussetzung, dass diese entweder mindestens 2 Jahre die Schulung des Jungstahlhelms durchlaufen hatten, eine dreijährige Zugehörigkeit zur Reichswehr oder Schupo vorweisen konnten oder im Besitz des deutschen Sportabzeichens waren. Ein weiterer

¹⁰¹⁰ Den ersten Versuch für die Bildung einer gemeinsamen Rechtsfront stellte die „Vereinigung Vaterländischer Verbände“ dar, die die Funktion einer Dachorganisation für die rechtsgerichteten und patriotischen Organisationen übernahm. War es in diesem Zusammenhang zu ersten Zusammenschlussenden im Zuge des Dawes Plans gekommen, bei dem sich anfänglich auch die rechten Parteien beteiligen wollten, stellte die Ratifizierung des Locarno Pakts den ersten aussichtsreichen Ansatz zur Bildung einer außerparlamentarischen Rechtsfront dar. Hier schlossen sich sowohl der Tannenberg-Bund als auch der Stahlhelm mit den VVVD zu einem Aktionsausschuss zusammen, der jedoch im Zuge der Stabilisierung der auswärtigen Beziehungen erneut scheitern sollte. War es 1927/28 im Zuge der Reichstagswahlen nochmals zum Versuch einer Blockbildung gekommen, scheiterte diese erneut aufgrund der Unfähigkeit der Ausrichtung der unterschiedlichen Teilnehmer auf einen einheitlichen Kurs. S. hierzu: Eley, Geoff: Reshaping the German right: radical nationalism and political change after Bismarck, New Haven 1980 oder Diehl, James: Von der „Vaterlandspartei“ zur „Nationalen Revolution“: Die „Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands“ 1922-1932, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 33, 1985, S. 617-639. Zur Absage des Stahlhelms an eine Unterstützung der Bildung eines national-völkischen Oppositionsblocks s. auch Klein an Brauweiler, 11.1.1928; BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/48, Bl. 67; Kloppe in Auftrag des Wehrwolfs an die Landesführer und selbstständigen Gau Führer, 10.12.1927, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/34, Bl. 234.

¹⁰¹¹ Hornung, Klaus: Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958, S. 60.

¹⁰¹² Berghahn, 1966, S. 64.

¹⁰¹³ Diehl, James A.: Paramilitary politics in Weimar Germany, Bloomington 1977, S. 210.

¹⁰¹⁴ Mommsen, Hans: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918-1933, Berlin 1989, S. 241.

Organisationswandel ergab sich durch die Ausdifferenzierung organisatorischer Strukturen und die kleinteiligere Gliederung des Verbandsapparats. Exemplarisch kann hier sowohl auf den Ausbau des Stahlhelm-Studentenrings oder die Stahlhelm-Selbsthilfe verwiesen werden; letztere fungierte als eine Art internes Versicherungswesen, die eine stärkere Einflussnahme auf das öffentliche Leben der Mitglieder ermöglichen sollte. Auch das publizistische Netzwerk und die politische Abteilung wurden weiter ausgebaut, die mit der Aufstellung eigener politischer Programme an die Öffentlichkeit traten, wodurch die, Mitte der zwanziger Jahre beginnende Transformation des Stahlhelmprofils von einer ursprünglichen Selbstschutzorganisation zu einem politischen Wehrverband endgültig erreicht war.

Anfänglich lagen die zunehmende Öffnung des Bundes für die politischen Geschehnisse und der Aufruf zur stärkeren Machtbeteiligung noch im Interesse beider Stahlhelmführer Seldte und Duesterberg. Die nach außen gezeigte Geschlossenheit erhielt jedoch bereits nach kurzer Zeit erste Risse.¹⁰¹⁵ So einig man sich in der Bundesführung über das Ziel war, aufgrund des Konsolidierungskurses der Rechtsparteien mit der Regierung stärker als bisher die Führung der politischen Rechten zu übernehmen und darüber hinaus zunehmend politischen Einfluss ausüben zu müssen, so uneins war man sich über den dafür notwendigerweise einzuschlagenden Weg.¹⁰¹⁶ Einstimmigkeit bestand zwar darüber, nach wie vor am revisionistischen Kurs und der angestrebten Transformation des Stahlhelms in eine nationalistische Sammlungsbewegung festzuhalten, die hiermit einhergehende stärkere Verstrickung mit der parlamentarischen Politik führte jedoch zur Konfrontation mit den eigenen überparteilichen Idealen: es blieb unklar, ob sich die Organisation zukünftig als überparteilicher Wehrverband oder parteipolitischer Akteur positionieren sollte.¹⁰¹⁷

Im Folgenden kam es zur Herausbildung zwei gegenüberliegender Pole, die sich um die beiden Stahlhelmführer gruppierten. Ihr interner Gegensatz sollte mikroskopisch wiedergeben, was sich auf Reichsebene bereits deutlich zeigte, nämlich die zunehmende Spaltung innerhalb der „nationalen Opposition“. Der ideologisch gemäßigt wirkende Block um Franz Seldte wollte den ursprünglichen Gründungsgedanken des Bundes zwar aufrechterhalten, sämtliche Verbindungen zu den Parteien wurden jedoch unter dem fast schon euphemistisch klingenden

¹⁰¹⁵ Zu Reibereien zwischen Duesterberg und Seldte war es nicht erst ab Mitte der 20er Jahre gekommen, sondern bereits früher. Berghahn, 1966, S. 64ff.

¹⁰¹⁶ Bezüglich der Frage der unterschiedlichen Vorstellungen über die Politisierung des Stahlhelms siehe das Kapitel „Vorstöße in die Politik“ in: Berghahn, Volker: Der Stahlhelm: Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966, S. 64ff.

¹⁰¹⁷ Niekisch, Ernst: Gewagtes Leben: Begegnungen und Begebnisse, Köln 1958, S. 162. In diesem Zusammenhang verkörperte Brauweiler dieses neue „Stahlhelmimage“, da er trotz der Tatsache, kein Frontsoldat gewesen zu sein, ein ranghohes Amt innerhalb des Bundes innehatte, das er sich in erster Linie durch seine politisch-diplomatischen Fähigkeiten erworben hatte. Hierzu sagte Brauweiler Duesterberg gegenüber, dass man „um das Wesen des Stahlhelms und seine Art kennenzulernen [...] gewiss nicht längere Zeit im Stahlhelm tätig gewesen zu sein“ müsse, sofern man nur „mit den geschärften Augen des Politikers die Bewegung zu verfolgen in der Lage war“. S. Duesterberg an Brauweiler, April 1927, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/33, Bl. 41-50.

Begriff der „Überparteilichkeit“ zurückgewiesen. Seldte demonstrierte seine antiparlamentarische Haltung durch seinen Austritt aus der DVP.

Dem gegenüber stand der Block um Theodor Duesterberg, der sich selbst als Verfechter der „scharfen Richtung“ bezeichnete und sich im Gegensatz zu Seldte zusehends stärker auf eine Zusammenarbeit mit den politisch extremen, deutschnationalen Kräften fokussierte – folglich also einen radikal-deutschnationalen Kurs verfolgte.¹⁰¹⁸ Duesterbergs parteipolitische Verwurzelung mit dem extremen Flügel der Deutschnationalen, deren Landesverband Halle-Merseburg er seit 1918 als Geschäftsführer vorsaß, bewirkte, dass dem Stahlhelm zunehmend das Image einer radikalen Rechtsorganisation statt eines „nationalen“ Veteranenverbandes beigemessen wurde.¹⁰¹⁹ Diese Entwicklung wurde besonders von Leuten, wie Alfred Hugenberg begrüßt, der nicht nur seine Position innerhalb der DNVP ausbauen, sondern diese auch auf ihren ursprünglich oppositionellen Kurs zurückführen wollte, den die Partei im Zuge der außenpolitischen Konsolidierung ab 1924 zeitweilig aufgegeben zu haben schien. Die wachsende Kraft des Stahlhelms in den Provinzen und großagrarischen Kreisen im Osten kam der Durchführung seiner Pläne dabei sehr zugute – deren Stimmen sah man als essentiell für die Erstellung einer entschiedenen Opposition der DNVP zum gegenwärtigen System an.¹⁰²⁰

Anfänglich befürwortete auch Seldte eine nähere Fühlungnahme zwischen Stahlhelm und DNVP; hiervon versprach er sich zum einen die Stärkung seiner Position innerhalb der „nationalen Opposition“, zum anderen eine mediale und finanzielle Aufwertung des Stahlhelms. Seine Hoffnung wich allerdings im Zuge der 1924 erfolgenden Konsolidierung der Republik, die den Einfluss der Wehrverbände zugunsten einer wachsenden Ausrichtung auf politische Belange zurückdrängte. Statt sich von Hugenberg weg hin zu den eher moderat-konservativen Kräften innerhalb der DNVP zu orientieren, wie Treviranus oder Westarp, distanzierte sich Seldte weiter von den Parteien. Er befürchtete, dass der ursprünglich antiparlamentarische Stahlhelm durch die parteiliche Infiltrierung in Richtung eines politischen Vereins verschoben werden könnte.¹⁰²¹

¹⁰¹⁸ Duesterberg an Brauweiler, 8.4.1927, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/33, Bl. 37-39. Die Unterscheidung zwischen der Seldte und Duesterberg Richtung in einen moderaten und radikalen Flügel hängt von dem Betrachtungswinkel bzw. Standpunkt ab. Will man die Unterscheidung vor dem Hintergrund der antidemokratischen Einstellung der Stahlhelmführer sehen, ist sicherlich Duesterberg der moderatere von beiden, sucht er doch den Anschluss an die Parteien etc. Dem gegenüber steht Seldte, der sämtliche Verbindungen zu den Parteien unter dem Begriff „überparteilich“ grundsätzlich zurückweist. Seldte ist es auch, der später in das Hitler-Kabinett eintritt, weil er glaubt, dass man so das Parteien-System zerschlagen könne, während Duesterberg im Konzentrationslager inhaftiert wird. Berücksichtigt man jedoch die personellen Verbindungen Duesterbergs zur DNVP – hier allen voran Hugenberg und die späteren Verstrickungen mit der NSDAP und Seldte auf der anderen Seite, der eine Annäherung an das Brüning Kabinett versuchte, unterliegt die Einteilung in radikal und gemäßigt sicherlich einer entgegengesetzten Definition.

¹⁰¹⁹ Klotzbücher, 1964, S. 23.

¹⁰²⁰ Holzbach, Heidrun: Das System Hugenberg. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981, S. 239.

¹⁰²¹ Diehl, James A.: „Von der Vaterlandspartei zur Nationalen Revolution: Die Vereinigten Vaterländischen Verbände (1922-1932)“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr.4, 1985, S. 619ff.

Unter dem Motto „Hinein in den Staat“ begann man deshalb damit, den Stahlhelm zu einer eigenständigen, politischen Bewegung zu machen, mit der man den Staat von innen heraus erobern wollte.¹⁰²² Nur so schien es möglich, „unabhängig wie bisher, unabhängig von jeder Parteibindung, weiter[zu]kämpfen für ein politisch, kulturell und wirtschaftlich freies Deutschland, für das einst im Weltkrieg fast zwei Millionen unserer Kameraden ihr Leben geopfert haben“; was man wollte war also der Ausbau der nationalen und antirepublikanischen Opposition, die Aushöhlung der Republik und deren Transformation in einen autoritären Staat.¹⁰²³ Diese Hoffnungen waren Bestandteil einer generellen Änderung außerparlamentarischer oder auch nationaler Organisationen in Bezug auf deren Positionierung gegenüber dem parlamentarischen System. Nach den gescheiterten staatsstreichförmigen Umsturzversuchen von 1920 und 1923 strebte man nunmehr einen autoritär angelegten Verfassungsumbau und eine Mobilisierung der außerparteilichen Kräfte an.¹⁰²⁴

Wie sich ein solches Vorhaben ohne direkte Beteiligung an den parlamentarischen Prozessen realisieren lassen sollte, führte jedoch zu altbekannten Kollision zwischen den antagonistischen Strömungen im Stahlhelm um Seldte und Duesterberg.¹⁰²⁵ Während Seldte einen „stillen Verfassungswandel“ forderte, sah Duesterberg hierin ein drohendes Hindernis für den von ihnen vorgeschlagenen Obstruktionskurs unter Mithilfe der radikalen Kräfte.¹⁰²⁶ Hier zu nennen sind sowohl der von Kapitän Erhard geführte Bund Wiking als auch die Nationalsozialisten.¹⁰²⁷

Diese Konfrontationen führten zu einer weiteren Abkühlung des Verhältnisses innerhalb der Stahlhelmführungsspitze, die durch den Aufstieg Duesterbergs zum zweiten Bundesführer und

¹⁰²² Diese Vorhaben verkündete Seldte auf einer Vorstandssitzung am 7.10.1926 in Berlin. Zur näheren Erläuterung der „Hinein in den Staat“ Formel siehe sowohl Kotzbücher, 1964, S. 96f. als auch Berghahn, 1966, S. 103ff. und Diehl, S. 220ff. sowie Terhalle, Maximilian: Deutschnational in Weimar. Die politische Biographie des Reichstagsabgeordneten Otto Schmidt (-Hannover) 1888-1971, Köln 2009, S. 166.

¹⁰²³ Protokoll der Versammlung der Führer der Landesverbände und selbstständigen Gaue des Stahlhelm, B.d.F., in Magdeburg, 2. und 3. Oktober 1926, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R. 72/ 5, Bl. 31.

¹⁰²⁴ Mommsen, 1989, S. 239.

¹⁰²⁵ Diehl, 1977, S. 220ff.

¹⁰²⁶ Der Begriff des „stillen Verfassungswandels“ war bereits 1925 im Zuge der Diskussion um die Stärkung des Reichspräsidenten verwendet worden und galt hier vor allem als Kontrast zu den Umsturzversuchen, die darauf ausgerichtet waren, die Weimarer Verfassung ad hoc aus den Angeln zu heben. Stattdessen wurde u.a. von Seiten des Herrenklubs immer wieder darauf gedrängt, das System über den eigenen Verschleiß abzuschaffen. Die Parteien sollten mehr und mehr entbehrlich gemacht werden, bis sie irgendwann gar nicht mehr gebraucht werden würden. Die Tatsache, dass auch Seldte hier einen solchen, „stillen Verfassungswandel“ als positives Kriterium des weiteren Vorgehens ansah, spricht für seinen weniger destruktiven, jedoch nicht minder antiparteilichen Kurs, den er im Stahlhelm vertrat. Der Begriff an sich wird sowohl bei Kolb, 1984, S. 81 (in der Neuauflage von 2013 auf S. 85) als auch bei Heinrich August Winkler in seinem Buch: Der lange Weg nach Westen, München 2000, S. 461 verwendet.

¹⁰²⁷ Der Vorsitzende des Bund Wiking, Kapitän Erhard, hatte bereits im März 1926 zu einer stärkeren Zusammenarbeit mit dem Stahlhelm aufgefordert und war dem Bund beigetreten. Diese Zusammenarbeit sollte jedoch nur von kurzer Dauer sein. So kam es nie zu einer kompletten Überführung des Bundes in den Stahlhelm, da Erhard sich zu einem solchen Schritt nicht durchringen konnte. Stattdessen gab er Ende November 1927 seinen Austritt bekannt und begründete diesen Schritt damit, sich nicht mit den, im Stahlhelm vertretenen Zielen einverstanden erklären zu können. Gleichsam verstärkten sich die Kontakte zwischen Stahlhelm und Bund Olympia. S hierzu: Diehl, 1977, S. 237. Im Gegensatz zu Seldte hatte Duesterberg bereits Anfang der 20er Jahre ein wesentlich engeres Verhältnis zu den Nationalsozialisten, was sich u.a. 1926 deutlich zeigte, als er zum Weimarer Parteitag der NSDAP eingeladen worden war. Berghahn bezeichnet die unterschiedliche Betrachtung der Nationalsozialisten als „potentiellen Sprengstoff“ für einen neuen Konflikt zwischen den beiden Stahlhelmführern. S. Berghahn, 1966, S. 126. Ab Beginn der 30er Jahre sollte sich dieses Verhältnis jedoch schlagartig abkühlen. War Duesterberg anfänglich für einen Posten im Arbeitsministerium vorgesehen, sollte dessen nicht eindeutig zu belegende arische Herkunft für dessen Inhaftierung in das KZ Dachau sorgen und Seldte stattdessen auf den Posten des Reichsarbeitsministers setzen.

dessen Wunsch, sich Seldte als gleichberechtigtem Partner in der Bundesführung zu entledigen, zusätzlich verstärkt wurden.¹⁰²⁸

6.3 Der Weg Brauweilers zum Stahlhelm

Brauweiler wurde im Herbst 1926 von Generalmajor a.D. Eduard Kreuter und dem Führer des Stahlhelm-Landesverbandes Rheinland, Heinrich Mahnken, als Nachfolger Friedrich Wilhelm Heinz' für die Position des Schriftleiters der Stahlhelmzeitung vorgeschlagen.¹⁰²⁹ Der Exponent des Ehrhardt-Kreises und Anhänger des Kapp-Putsches, Heinz, war aufgrund republikfeindlicher Äußerungen in seinem impulsiven Artikel „Der Ungeist von Weimar“ negativ aufgefallen, in dessen Folge das Blatt für sechs Wochen verboten wurde. So waren es vor allem Äußerungen wie „Der Weg zu Deutschlands Freiheit geht nur über die Leiche der Weimarer Verfassung“, die dem Stahlhelmorgan den Stempel eines Hetzblatts aufdrückten.¹⁰³⁰ War es darüber hinaus zu einem drastischen Rückgang der Bezugszahlen der Stahlhelmzeitung von ursprünglich 135.000 auf 85.000 gekommen, galt es nunmehr möglichst schnell einen Nachfolger für Heinz zu suchen.¹⁰³¹ Brauweiler schien für diese Position genau der Richtige zu sein, da er nicht nur als kluger und besonnener Politiker galt, sondern auch als ausgezeichnete Journalist, der aufgrund seiner jahrelangen praktischen Erfahrungen über „beste Beziehungen zu allen möglichen Politikern, Industriellen und den großen berufsständischen Verbänden“ verfügte.¹⁰³² Neben seiner journalistischen Kompetenz brillierte er, laut Empfehlung seiner langjährigen Weggefährten Ferdinand von Lüninck und Heinrich Mahnken, die bereits seit

¹⁰²⁸ Unter anderem wurde Seldte seine vermeintliche Nähe zum Reichskanzler Stresemann vorgeworfen. So hieß es, er führe den Stahlhelm „stresemannlich“ und sei damit ein „Verfechter der Erfüllungspolitik“. Im Zuge der Abschwächung der „Hinein in den Staat“ Methode verfestigte sich der Wunsch nach Entledigung vom „Bremsklotz“ Seldte. S. BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/93, Bl. 175. Zu Versuchen war es diesbezüglich bereits bei der Bundesvorstandssitzung am 29.5.1924 gekommen, bei der Duesterberg einen Antrag auf Rücktritt des Kam. Seldte von dem Posten des ersten Bundesvorstandssitzenden eingebracht hatte, den er durch den General der Infanterie, Sixt von Arnim, ersetzen wollte. Diese „Idee“ bezeichnet Seldte als „barock.“ In diesem Zusammenhang äußerte sich auch der bayrische Stahlhelmführer Major Carl von Wäninger, der erklärte, sein Landesverband stünde „restlos zu Seldte“. Veranlassung für die Kritik Duesterbergs bildete die Hauptversammlung der Gauführer des Stahlhelms am 9. März 1924, bei der einstimmig festgelegt wurde, dass Seldte im Amt des Ersten Vorsitzenden bestehen bleiben sollte. Entwurf für das Protokoll der Bundes-Vorstandssitzung am 29.5.1924, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, R 72/4, Bl. 89ff.

¹⁰²⁹ Kreuter an Seldte, 8.8.1926: „Ich hörte durch Mahnken, der bei Ihm anfragte, daß er sich frei machen kann und zur Übernahme der Hauptschriftleitung des Stahlhelms bereit sei. Zweifellos sind erhebliche Gegenkräfte vorhanden, die für sich selber nach der Hauptschriftleitung streben. [...] Unter Dr. Brauweiler würde sie gute Arbeit leisten können.“ Des Weiteren auch Herr von Cossel an Bendziula, 14.9.1926: „Nach meiner Kenntnis des Herrn Dr. Brauweiler verbindet dieser mit einem klaren objektiven Urteil eine gewandte Form der Feder und ich glaube, daß er nach seiner Einstellung die Belange des Stahlhelm sehr gut vertreten wird. Als schätzenswerte Eigenschaft kommt hinzu, daß Brauweiler nicht den Ehrgeiz hat, seine Person in den Vordergrund zu schieben und über die Sachen zu stellen.“ Lüninck an Mahnken, 17. 9 1926: „Ich möchte nicht unterlassen meinerseits zum Ausdruck zu bringen, daß ich diese Wahl für besonders glücklich halten würde, weil ich der Ansicht bin, daß Herr Brauweiler mit außerordentlich klarem Blick das wesentliche an historischen Entwicklungen zu sehen in der Lage und daher die Dinge auch richtig zu beurteilen imstande ist.“ Der hier aufgeführte Schriftwechsel befindet sich in: BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/33, Bl. 30-32. S. diesbezüglich auch Bl. 33: Heinrichsbauer an Studienrat Ludwig, 18.9.1926; auch Duesterberg spricht sich hier noch für eine Einstellung Brauweilers aus: „Falls Herr Brauweiler, den ich im Gewissensring kennengelernt habe, diesen Anforderungen entspricht, trete ich selbstverständlich der Befürwortung des Landesverbandes Westfalen-Niederrhein bei.“ Duesterberg an Bundesleitung, 18.9.1926, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/33, Bl. 34.

¹⁰³⁰ Berghahn, Volker: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966, S. 79-80; Breuer, Stefan: Nationalismus und Faschismus. Frankreich, Italien und Deutschland im Vergleich, Darmstadt 2005, S. 173.

¹⁰³¹ Protokoll der Versammlung der Führer der Landesverbände und selbstständigen Gaue des Stahlhelm, B.d.F., in Magdeburg, 2. und 3. Oktober 1926, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/5, Bl. 14.

¹⁰³² Heinrichsbauer an Ludwig, 18.9.1926, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/33, Bl. 33.; s. hierzu auch: von Cossel an Bendziula, 14.9.1926, in ebd., Bl. 31.

seiner Zeit beim *Düsseldorfer Tageblatt* in engen Kontakt mit ihm standen, darüber hinaus auch durch eine gute „politische Urteilsfähigkeit“ und „eine hervorragende Menschenkenntnis“, die auf eine förderliche Politikführung im Sinne des Stahlhelms hoffen ließen.¹⁰³³ Neben besagten Fähigkeiten schienen aber auch die praktischen Voraussetzungen für eine Einstellung gegeben, da Brauweiler nach Fertigstellung seines Buches „Berufsstand und Staat“ und seinem Austritt aus dem Politischen Kolleg über die nötige Zeit für eine Anstellung beim Stahlhelm verfügte.

In der Hoffnung, vom Boden des Stahlhelms aus seine Bemühungen um die Wiederaufrichtung des deutschen Staatsgedankens als Grundlage einer gesellschaftlichen Neuordnung endlich umsetzen zu können, stimmte Brauweiler einer Anstellung beim Stahlhelm zu. Weitere Parallelen zum Stahlhelm ergaben sich für Brauweiler durch die Ablehnung des Versailler Vertrags, der Opposition zum politischen System der Weimarer Republik und der, dem Selbstverständnis des Stahlhelm folgenden Ansicht, eine Vereinigung aller national eingestellten Kräfte zu sein. Die Tatsache, dass der Stahlhelm sich der Lösung der noch immer ungeklärten nationalen Arbeiterfrage annahm, indem er deren stärkere emotionale Einbindung forderte, markierte einen weiteren Anreiz für ihn, dem Stahlhelm beizutreten. So hieß es in einem Schreiben des Landesverbands Mitteldeutschland, dass die Arbeiterfrage nicht mehr länger außerhalb des Bundes behandelt werden dürfe, sondern dass man „selbst Hand ans Werk“ legen müsse, da „ohne den deutschen Arbeiter [...] der Befreiungskampf nicht durchzuführen“ sei.¹⁰³⁴ Die Integration der Arbeiterschaft hatte Brauweiler bereits seit 1917 gefordert, da diese für ihn als Grundvoraussetzung einer erfolgreichen gesellschaftlich-politischen Neugliederung galt. Die im Stahlhelm festgefügt institutionalisierten und programmatischen Rahmenbedingungen sah er hierfür als erfolgversprechenden Ansatz.

Für Seldte war es vor allem der von Brauweiler gleichsam geforderte „stille Verfassungswandel“, der eine Anstellung im Stahlhelm unumgänglich machte, um ein weiteres, wirksames Gegengewicht gegen die ab 1926 verstärkt auftretende Einmischung des Duesterberg Flügels zu schaffen. Verband sich mit der Anstellung Brauweiler also vor allem

¹⁰³³ Mahnken an Seldte, 20.9.1926, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/33, Bl. 35. Bekannt war Brauweiler einzelnen Mitgliedern des Stahlhelms bereits von der Zusammenarbeit im Ring, wo er die Position des Wirtschaftssachverständigen vertrat. Aufgrund der Bestrebung des Stahlhelms, sich intensiver als bisher mit den wirtschaftlichen Fragen des deutschen Volkes befassen zu wollen, stellte Brauweiler von daher einen wichtigen Ansprechpartner dar, dessen kompetentes Auftreten auch für die Arbeit im Stahlhelm als schätzenswert angesehen wurde

¹⁰³⁴ Im Sinne der Hamburger Botschaft hieß es hier weiter: „Der Stahlhelm erkennt, dass das Schicksal des Arbeiters abhängig ist von dem Schicksal der Nation. Der Stahlhelm, der um die deutsche Freiheit ringt, kämpft deshalb für den deutschen Arbeiter. Aber er zeigt ihm nicht allein das Zukunftsziel der nationalen Befreiung, sondern leistet auch planmäßig soziale Gegenwartsarbeit. Als weitaus stärkste nationale Organisation ist allein der Stahlhelm imstande, die soziale Frage im völkischen und nationalwirtschaftlichen Sinne zu lösen.“ Vom Landesverband Mitteldeutschland, Stahlhelm-Selbsthilfe, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/9, Bl. 149.

eine taktische Überlegung des ersten Bundesführers, sollte die Beförderung Brauweilers zum politischen Berater Seldtes in die Abteilung Ia diese Vermutung bestätigen.¹⁰³⁵

Von nun an war Brauweiler verantwortlich für die komplette Abwicklung der politischen Geschäfte – eine Aufgabe, der gerade vor dem Hintergrund der ab 1926 beginnenden Politisierung des Stahlhelms und dem immer deutlicher werdenden Auseinanderklaffen der unterschiedlichen Ansichten und Positionen innerhalb des Frontkämpferbundes eine zunehmend einflussreichere Bedeutung beigemessen werden musste.¹⁰³⁶ So unterhielt der politische Berater nicht nur ein besonders persönliches Vertrauensverhältnis zum ersten Bundesführer, er vertrat ressortmäßig auch das innenpolitische Referat des Bundes und führte in dessen Namen die innenpolitisch entscheidenden Verhandlungen mit anderen politischen Akteuren. Seine Ansichten und Einstellungen waren demnach auch für das Auftreten des Bundes nach außen bedeutend.

Zu einer seiner ersten Aufgaben als politischer Berater Seldtes zählte die Ausarbeitung einer politischen Programmatik. Zwar waren etwaige Richtlinien für interne Zwecke bis dato schon des Öfteren formuliert, nie jedoch als feststehendes Bundesprogramm fixiert worden. Auf diesen Zustand hatte Seldte bereits im Oktober 1926 bei einer Versammlung der Landesverbandsführer aufmerksam gemacht; die Notwendigkeit, ein politisches Programm zum jetzigen Zeitpunkt einzuführen, ergab sich jedoch vordergründig als Reaktion auf den stärkeren Politisierungsdruck des Stahlhelms. Brauweiler sah hierin eine willkommene Gelegenheit, seine seit langem gehegten Vorstellungen einer gesellschaftlichen Neuordnung wieder aufzugreifen, die er bereits 1925 im Rahmen eines Vortrags zur Verfassungsreform im Herrenhaus entwickelt hatte: den Aufruf zu einer starken, verantwortlichen Staatsführung, die Herstellung einer innigen Verbundenheit zwischen Staatsführung und Volk, die Gewinnung einer wirtschaftlichen Arbeitsordnung und eine „soziale Friedensordnung, unter der sich das

¹⁰³⁵ Seldte an die Führer der Landesverbände und selbst. Gau, 23.2.1927, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/34, Bl. 73-76; oder auch Klotzbücher, 1964, S. 109. Brauweilers „Beförderung“ sollte jedoch bald schon zu ersten Missstimmungen innerhalb der Stahlhelmführungsspitze führen. Ähnlich war es bei Brauweilers Vorgänger Ludwig, der trotz seiner erst wenige Wochen zuvor erfolgten Beförderung zum Vorsitzenden des im November 1926 gegründeten sozial-politischen Ausschusses im Februar 1927 bereits entlassen wurde. Dieses mehr als plötzliche Ereignis führte Seldte vor allem auf die enge Beziehung Ludwigs zur DVP zurück, als deren Generalsekretär er jahrelang tätig gewesen war und dessen Nähe zu Stresemann, als dessen „intimer Freund“ er galt. Bedenkt man, dass die Beziehung des Stahlhelms zum DVP-Vorsitzenden derzeit alles andere als positiv war, wollte man sich Ludwig seitens des Duesterbergflügels schnell entledigen. Ein von Freiherrn Grothe und Ritter gegen Ludwig beantragtes Ehrengerichtsverfahren, einberufen für den 17.3. sollte den Prozess beschleunigen. In einem Artikel im Volksblatt, Nr. 52 mit der Überschrift: „Der Kampf im Stahlhelm – Der Anhang Stresemanns wird ausgeschifft“ hieß es: „Unter dem Druck, Leopolds, der auch Geldgeber großen Stils für den Stahlhelm ist, ist das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Stahlhelm Studienrat Ludwig, frühere Generalsekretär der DVP, Anfang Februar plötzlich entlassen worden. So plötzlich, dass er weder bei der richtungweisenden Entscheidung über den Jungdeutschen noch über die französischen Wehrverbände beschlossen worden sind.“ Damit schien die „intransigente Richtung im Stahlhelm“ gesiegt zu haben. S. auch: Der Stahlhelm, Nr. 10, 13.3.1927 & Nr. 13, 4.3.1927. Duesterberg zeigte sich über die Entlassung Ludwigs mehr als erfreut – die Nachfolge durch Brauweiler bedeutete für ihn jedoch den Teufel mit Beelzebub auszutreiben, da Brauweiler hier einen ähnlichen Kurs weg von den radikalen Parteien zu betreiben schien.

¹⁰³⁶ Die politische Abteilung Ia war ein Teil des Generalsekretariats, neben dem es noch eine Abteilung für allgemeine Organisationsfragen, das Referat für Jungstahlhelm und Stahlhelm-Landsturm, eine Presse- und Wirtschaftsabteilung gab. Die Arbeit der Abteilung Ia wurde in Folge eines Zusammentreffens der Sozialreferenten der Stahlhelmdienststelle, zu dem Seldte Ende November 1926 eingeladen hatte, von einem sozial-politischen Ausschusses unter Vorsitz des Stahlhelmfunktionären Hans Ludwig geleitet.

Volk als schicksalsverbundene Einheit fühlen kann“.¹⁰³⁷ Seine Fundamentalkritik an der vermeintlich verfehlten, politischen Ordnung der Weimarer Republik verhehlte er auch hier nicht. So hieß es: „Die parlamentarische Demokratie, die bei uns verwirklicht ist, bedeutet nicht Beherrschung der Massen für den Staat, sondern Herrschaft der Massen über den Staat oder, was noch schlimmer ist, Herrschaft staatsfeindlicher Mächte über den Staat durch das Mittel der Betörung der Masse und der Ausnutzung ihrer minderwertigen Antriebe. Diese Demokratie lehnen wir ab, weil sie den Staat entehrt und die Nation korrumpiert.“¹⁰³⁸ Die Tatsache, dass Brauweiler auch hier, wie schon so oft zuvor, keine konkreten Handlungsanweisungen zur Umsetzung seiner Neuordnungskonzepte gab, rechtfertigte er damit, dass es dem Stahlhelm nicht obliege, „Konstruktionsschemata und Rezepte“ für eine Neuordnung zu entwerfen. „Werdendes Leben“ könne schließlich noch gar keinen Namen haben und „wer es nicht fühlt“, dem sei es ohnehin auch nicht mit Worten zu erklären.¹⁰³⁹ Auch hier versuchte er wenig aussagekräftige Inhalte hinter gewohnten Allgemeinplätzen zu verstecken, indem er großspurig dazu aufrief, die bestehende Machtverteilung und Ordnung nicht als gegeben und unabänderlich hinzunehmen. „Unter Ausnutzung aller gegebenen Möglichkeiten“ sollte stattdessen versucht werden, an die Macht heranzukommen, um so einen eigenen Anteil zu einer politischen Neuordnung beizutragen.¹⁰⁴⁰

Auch wenn Brauweiler anfänglich noch für eine stärkere politische Aktivität des Stahlhelms und eine entsprechende Verständigung zwischen Wehrverband und Partei eingetreten war, sollte er – ähnlich wie Seldte – diese Meinung in Anbetracht der politischen Entwicklung schnell revidieren.¹⁰⁴¹ Die bei seinem Eintritt noch vorhandenen „Anzeichen für eine geschlossene politische Einheit“ und der proklamierte überparteiliche und defensive Charakter des Bundes entwickelten sich zunehmend in Richtung einer Annäherung an die radikale, deutschnationale Opposition – ein unweigerliches Abrücken vom ursprünglichen Stahlhelmgedanken ging damit zwangsläufig einher.¹⁰⁴² Dieser Umschwung wurde von Brauweiler, der aus seiner antiparteilichen Einstellung seit der Friedensresolution 1917 und

¹⁰³⁷ Vortrag zur Verfassungsreform im Herrenhaus, 28.2.1925, StMG, NI Brauweiler, 15/13/139/40 sowie „Stahlhelm und Politik“ in: Kettner, Walther & Heinrich Hildebrandt: Der Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten-Stahlhelm-Handbuch, Freiburg/Berlin 1927, StMG, NI Brauweiler, 15/13/106.

¹⁰³⁸ „Stahlhelm und Politik“ in: Kettner, Walther & Heinrich Hildebrandt: Der Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten-Stahlhelm-Handbuch, Freiburg/Berlin 1927, StMG, NI Brauweiler, 15/13/106.

¹⁰³⁹ Ebd. Hier tritt erneut die Inhaltsarmut auf, die André Postert bereits bei den Jungkonservativen konstatiert hat. S. Postert, 2014, S. 36ff.

¹⁰⁴⁰ In einigen Auszügen aus dem Stahlhelmprogramm hieß es: „Wir erstreben deshalb eine Regelung der Gesetzgebung und Rechtsordnung, die ebenso den Vorrang der staatlichen und nationalen Interessen vor allen Einzelinteressen garantiert [...]“, s. „Stahlhelm und Politik“ in: Stahlhelm und Politik in: Kettner, Walther & Heinrich Hildebrandt: Der Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten-Stahlhelm-Handbuch, Freiburg/Berlin 1927, StMG, NI Brauweiler, 15/13/106.

¹⁰⁴¹ Die Aussage, eine Verständigung zwischen Wehrverband und Partei herstellen zu wollen, quittierte die katholische Wochenzeitung „Das deutsche Volk“ mit der Bezeichnung Brauweilers als „ausgesprochen unpolitischer Geist“, dessen „politische Unwissenheit“ hier klar hervorgetreten war. S. „Umschau“ in: das deutsche Volk: Katholische Wochenzeitung für das gesamte deutsche Volkstum, 31.10.1926.

¹⁰⁴² Bundesvorstandssitzung, 15.12.1928, Archiv Ostwig, Best. Ferdinand von Lüninck, Nr. 769.

seinem Rücktritt vom Posten des Chefredakteurs des Tageblatts 1920 keinen Hehl gemacht hatte, immer kritischer beäugt.¹⁰⁴³

Als einen der Hauptverursacher dieser Entwicklung erachtete Brauweiler den zweiten Bundesführer Duesterberg, der die Nähe der nationalistischen Parteien, allen voran der DNVP suchte. In einem, im März 1927, an Ferdinand von Lüninck adressierten Brief warnte Brauweiler davor, Duesterberg noch mehr Macht zukommen zu lassen, den er für führungsunfähig hielt und dessen weitere Unterstützung das sichere Ende des Bundes bedeuten würde.¹⁰⁴⁴ Statt sich dieser „Radau Politik“ hinzugeben, versuchte Brauweiler weiterhin den Stahlhelm von den Parteien zu distanzieren.¹⁰⁴⁵ Bei einer „streng vertraulichen“ Sitzung des Bundesvorstandes vom 10. März 1928 in Magdeburg bezeichnete er „die Zusammenarbeit mit den Parteien [als] nicht zufriedenstellend [...], da diese es nicht verstehen, uns als ihren stärksten Rückhalt zu betrachten“.¹⁰⁴⁶ Im Gegensatz zu den Linksparteien, die sich „restlos auf die Zusammenarbeit mit dem Reichsbanner geeinigt“ hatten, würden die Mitglieder des Stahlhelm von den Rechtsparteien „[lediglich] als Wahlhelfer betrachtet,“ die sich „ausnahmslos sehr ärgerlich darüber“ zeigten, „daß der Stahlhelm einen eigenen politischen Willen“ bekunde.¹⁰⁴⁷ Hieß es in dem von Brauweiler verfassten Artikel im Stahlhelmhandbuch noch, dass durch „ein tatkräftiges Eingreifen [...] in die Wahlkampfbewegung gewisse Sicherungen dafür“ geschaffen werden könnten, dass „die von uns unterstützen Parteien in den Fragen, die die wichtigsten nationalen Belange berühren [...] in eine einheitliche Front gebracht werden“ könnten, sollte seine Hoffnung, hierdurch die Interessen des Bundes angemessen vertreten zu können, rasant schwinden.¹⁰⁴⁸ So würden, laut Brauweilers Prognose, von 50 Stahlhelmabgeordneten im Parlament lediglich 10 % „mit uns durch dick und dünn“ gehen und „20 % zwischen den Forderungen des Stahlhelm und der Partei einen Ausgleich“ versuchen, die verbleibenden 70 % sich jedoch „kaum um den Stahlhelm besonders kümmern“.¹⁰⁴⁹ Brauweiler fühlte sich dadurch in seiner Meinung bestätigt, dass „die Grundlagen, auf denen das Parteiwesen beruht, ganz verschieden sind von den Grundlagen des Bundes und seiner

¹⁰⁴³ Bei einer Bundesvorstandssitzung am 22. und 23.9.1928 in Magdeburg ließ Brauweiler verlauten, dass „mit den Parteien nichts zu erreichen“ sei. BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V, R 72/9, Bl. 60-62.

¹⁰⁴⁴ Diese Befürchtung verdeutlichte Brauweiler in einem Schreiben an Ferdinand Freiherrn von Lüninck vom 16.3.1927. S. hierzu Brauweiler an Lüninck, 16.3.1927, Archiv Ostwig, Best. Ferdinand von Lüninck, Nr. 768.

¹⁰⁴⁵ Brauweiler an Lüninck, 16.3.1927, Archiv Ostwig, Best. Ferdinand von Lüninck, Nr. 768.

¹⁰⁴⁶ Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung des Bundesvorstandes am 10.3.1928, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V, R 72/9, Bl. 264-269, hier S. 264.

¹⁰⁴⁷ Bei der Bundesvorstandssitzung im März 1928 hatte Brauweiler bereits deutlich zum Ausdruck gebracht, dass „unsere Zusammenarbeit mit den Parteien immer noch nicht zufriedenstellend“ sei, „da diese es nicht verstehen, uns als ihren stärksten Rückhalt zu betrachten. S. Streng vertraulich – Protokoll über die Sitzung des Bundesvorstandes am 12. und 13.5.1928, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V, R 72/9, Bl. 219/20.

¹⁰⁴⁸ Ebd.

¹⁰⁴⁹ Vertrauliche Niederschrift der Bundesführerbesprechung am Donnerstag den 10.5.1928, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/9, Bl. 250. Dazu auch die Bundesführerbesprechung am 27.3.1928, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V, R 72/9, Bl. 175, in der Brauweiler lediglich im Westen, in Brandenburg, in Halle/Merseburg, Magdeburg/Anhalt und lediglich auch in Bayern günstige Stahlhelmkandidaturen prognostizierte, sonst allgemeinhin aber nur sehr geringe Berücksichtigung durch die Parteien bemängelte.

politischen Arbeit“.¹⁰⁵⁰ Bestärkt in dem Wunsch nach einer überparteilichen Interessenvertretung galt für ihn nunmehr, jegliche Machtzentrierung weg von den Parteien und hin zu einem gestärkten Reichspräsidenten zu forcieren.

6.4 Das Stahlhelm Volksbegehren

Der Gedanke, die „Gesundung des Volkskörpers“ über den Weg der politischen und wirtschaftlichen Machtentfaltung eines starken Repräsentanten der Staatshoheit und der einheitlichen Ausrichtung auf eine Exekutivgewalt zu realisieren, beschäftigte Brauweiler seit Mitte der 1920er Jahre.¹⁰⁵¹ Da alle bis dato unternommenen Versuche einer politischen Einflussnahme bei gleichzeitiger parteipolitischer Neutralität gescheitert waren und sich das parlamentarische System weiterhin unfähig zu zeigen schien, die gesellschaftlichen und sozialen Konflikte zu lösen, empfand Brauweiler die Stärkung des Reichspräsidenten als eine der dringlichsten Aufgaben der Zeit. Diese Forderung glaubte er nur mittels einer „verfassungsmäßigen Verfassungsgegnerschaft“ ausführen zu können, also einer per Volksbegehren legitimierten Einschränkung des parlamentarischen Systems.¹⁰⁵² Im Vordergrund standen hierbei seine beim Herrenklub bereits erarbeiteten Ansätze zur Stärkung des Reichspräsidenten, die er nunmehr in Form eines durch die Verfassung legitimierten Volksbegehrens für eine Verfassungsänderung erneut aufgriff und vertiefte. Dieses Volksbegehren, das nicht die Verbesserung des Systems zum Ziel hatte, sondern als „Sturm“ auf die Verfassung gedacht war, sollte neben der Führungsproblematik gleichzeitig auch einen wesentlichen Beitrag zu der seit langem von Brauweiler forcierten nationalen Sammlung leisten.¹⁰⁵³ Die sich abzeichnende Weltwirtschaftskrise, deren Ausprägung sich vor allem durch die ansteigende Massenarbeitslosigkeit ankündigte, nahm Brauweiler zum Anlass, seine Forderungen zu intensivieren. In diesem Zusammenhang beschrieb er die fehlende Führung der Deutschen und die Not der Nation als „schöpferischen Zwang zur Bildung einer echten Staatsform“, die nur durch einen starken Reichspräsidenten angeführt werden könne.¹⁰⁵⁴

Zum Dreh- und Angelpunkt des Volksbegehrens wurde der immer wieder von Seiten der Rechten thematisierte Artikel 54 der Reichsverfassung. Brauweiler sah hierin die „Wurzel der

¹⁰⁵⁰ Bundesführerbesprechung, 27.3.1928, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/9, Bl. 175.

¹⁰⁵¹ S. hierzu: Brauweiler, Heinz: „Ausnahmestand“, in: Gewissen, Nr. 47, 26.11.1923; Brauweiler, Heinz: „Gesinnung und Form“, in: Gewissen, Nr. 14, 9.4.1923.

¹⁰⁵² Brauweiler, Heinz: „Meine Herren vom Reichstag. Der deutsche Parlamentarismus am Ende. Die Notwendigkeit der Verfassungsreform“ in: Der Stahlhelm, Nr. 9, 26.2.1928. Diesbezüglich hatte Brauweiler den Plan der Schaffung eines Rechtsblocks bereits mit seinem Stahlhelm Volksbegehren zur Verfassungsänderung einleiten wollen.

¹⁰⁵³ Berghahn, 1966, S. 121; Protokoll der Sitzung der Stahlhelm Führung und des Landbundes am 18.10.1928, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/49, Bl. 29.

¹⁰⁵⁴ „Das Stahlhelm Volksbegehren“, in: Der Ring, 11.12.1928.

Grundsünden des parlamentarischen Systems“.¹⁰⁵⁵ Der Artikel 54 enthielt die Regelung, dass sowohl Reichskanzler als auch Reichsminister vom Vertrauen des Reichstags abhängig seien und im Falle eines vom Reichstag ausgesprochenen Misstrauensvotums zum Rücktritt verpflichtet wären. Dem Reichstag als hauptsächlichem Träger der Reichsgewalt war es demnach möglich, dem Reichspräsidenten auf Augenhöhe entgegenzutreten. In der Auswahl der zu ernennenden bzw. vorzuschlagenden Personen war der Reichspräsident zwar formell frei, materiell blieb er jedoch an den Art. 54 gebunden, da „er niemanden zum Reichskanzler oder Minister ernennen darf, von dem von vornherein anzunehmen ist, daß er das Vertrauen des Reichstags nicht besitzt, d.h. alsbald zum Rücktritt gezwungen werden wird“.¹⁰⁵⁶ Brauweiler sah in der Entmachtung des Artikels 54 die Möglichkeit, das parlamentarische System der schrankenlosen Parteienwirtschaft, mit ihrer angeblich staats- und volksaussaugenden Interessenpolitik nunmehr durch eine „starke, verantwortungsbewusste Staatsführung“ abzulösen.¹⁰⁵⁷ Wäre es ohne „den gesunden Menschenverstand und den nüchternen Willen des Reichspräsidenten, [...] der „mit ernstem Wort „die notdürftige Arbeitsfähigkeit des Reichstags und der Reichsregierung“ sicherte, schon längst zu einem völligen politischen Chaos gekommen, dessen einziger Ausweg in einem „Bürgerkrieg“ und den daraus entstehenden „neuen politischen Gewalten“ gelegen hätte, sollte die auf dem Boden der Verfassung erfolgende Reform den Reichspräsidenten dazu ermächtigen, „die Zügel selbst in die Hand“ zu nehmen und dem „Schulbubengeraufe“, das sich im Reichstag abzuspielen und Deutschland „hart an den Rand des Abgrundes“ zu führen drohte, ein endgültiges Ende zu setzen.¹⁰⁵⁸ Statt wie bisher „von einem Hauch von Mehrheitsstimmen im Parlament“ weggefegt werden zu können, sollte der Reichspräsident die Regierung selbst zusammenstellen und notwendige Entscheidungen auch ohne Zustimmung des Reichstags treffen.¹⁰⁵⁹ Die Präsidentschaft

¹⁰⁵⁵ Der Inhalt des Artikels 54 lautet: „Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muss zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluss sein Vertrauen entzieht.“ S. u.a.: Das Stahlhelm Volksbegehren, Vortrag in Oldenburg, 2.8.1928, StMG, Nr. Brauweiler, 15/13/110; Brauweiler, Heinz: „Nach dem Volksbegehren“, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 506/7, 1.11.1929, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/733, Bl. 42.

¹⁰⁵⁶ S. Anschütz, Gerhard: Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, Berlin 1933, S. 319.

¹⁰⁵⁷ Die Behebung der Grundsünden des gegenwärtigen Systems – Brauweiler sah diese sowohl im Bereich der Außenpolitik, die viel zu stark von der Angst vor früheren Feinden bestimmt wurde, als auch in der Korruption innerhalb des Staat hinsichtlich der Personalpolitik, die nur unter parteipolitischen Gesichtspunkten entschieden wurde und den staatssozialistischen Tendenzen, die den Einzelnen abhängig machen von den jeweiligen Machthabern – sollte in erster Linie als „Basis der Entstehung einer breiten Rechtsfront“ fungieren. S. Brauweiler, Heinz: „Die Grundsünden des parlamentarischen Systems“, 30.09.1928, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/10.

¹⁰⁵⁸ Auszug aus der im Stahlhelm Nr. 9 abgedruckten Rede: „Das Ende des deutschen Parlamentarismus ist noch nicht da, aber es scheint nahe zu sein. [...] Der nächste Reichstag wird im Großen und Ganzen dieselbe Zusammensetzung aufweisen, wie sie der jetzige Reichstag hat, und das bedeutet, daß auch er nächste Reichstag keine arbeitsfähige Mehrheit und keine kraftvolle Regierungsgewalt besitzen wird. Es wird also das widerwärtige Spiel weiter getrieben, daß wir in den letzten Jahren erlebt haben. Und es wird der Reichspräsident, ob er will oder nicht, in steigendem Maße gezwungen werden, die notwendige Arbeitsfähigkeit des Reichstags und der Reichsregierung dadurch zu sichern, daß er die Zügel selbst in die Hand nimmt und der Reichsregierung und dem Reichstag seinen Willen aufzwingt. [...] Daß auf irgendeine Weise eine Entscheidung auf die derzeitigen Unzulänglichkeiten des deutschen Parlamentarismus gesucht werden musste“, „das ist eine Überzeugung, die mit jedem Tag im Volke weiter greift. Und wie im Einzelnen diese Entscheidung auch fallen sollen wird: unter allen Umständen enthält sie das Todesurteil über den deutsche Parlamentarismus und das Verdammungsurteil über diese jämmerlichen Träger der Souveränität, diesen Reichstag.“ „Meine Herren vom Reichstag. Der deutsche Parlamentarismus am Ende. Die Notwendigkeit der Verfassungsreform“ in: Der Stahlhelm, Nr. 9, 26.2.1928.

¹⁰⁵⁹ Stadtler, Eduard: Seldte – Hitler – Hugenberg. Die Front der Freiheitsbewegung, Berlin 1930.

Hindenburgs kam Brauweilers Plänen besonders zugute; der amtierende Reichspräsident hatte sich seit längerem für eine „gesunde Entwicklung nach rechts“ und Verhandlungen über die „Bildung einer Konzentrationsregierung“ ausgesprochen, an deren Spitze er sich stellen wollte.¹⁰⁶⁰ In seiner Osterbotschaft vom 11. April 1925 hieß es bereits, dass der „parlamentarisch regierte Staat“ zwar als „notwendig“ erachtet werde, das „Staatsoberhaupt aber über ihm stehen und unabhängig von [den Parteien] für jeden Deutschen walten“ müsse.¹⁰⁶¹ Die Einleitung seines Volksbegehrens erachtete Brauweiler von daher als Möglichkeit zur Etablierung einer autoritäreren Verfassung unter starker Schirmherrschaft eines konservativ eingestellten Volksrepräsentanten.

Neben der Abschaffung des Artikels 54 enthielt das Volksbegehren als zweiten wesentlichen Bestandteil die Forderung nach einer Änderung des im Artikel 37 verankerten Immunitätsrechts der parlamentarischen Abgeordneten,¹⁰⁶² die – statt aus denjenigen, die die „ministeriale Immunität gegen Eingriffe der Justiz ausnutzen“ – lieber aus den Besten des deutschen Volkes gebildet werden sollten.¹⁰⁶³ Tauchten hier bereits bekannte Denksätze Brauweilers auf, sollte er seine Überlegungen zur berufsständischen Verfassungsreform jedoch vorerst hinten anstellen.¹⁰⁶⁴ Stattdessen galt es, den Stahlhelm zur „Kern- und Stossgruppe“ des Volksbegehrens zu erklären, der nicht nur wieder „ein eigenes politisches Gesicht“ außerhalb der Parlamente bekommen, sondern vor allem das Prinzip der „Überparteilichkeit“ als wesentlichstem Leitgedanken der Stahlhelmarbeit revitalisieren sollte.¹⁰⁶⁵ Die Stahlhelmkameraden sollten lernen, „ihre politische Parole wieder von der Bundesführung

¹⁰⁶⁰ Hatte er bereits in seinen Überlegungen 1925 die Ermächtigung einer Führungsschicht anstelle des heute Staat und Gesellschaft regierenden Dreibundes (der Bürokratie des Staates, der Parteien und der Wirtschaftsorganisationen) als Grundvoraussetzung für die Beseitigung der Grundgebrechen des gegenwärtigen Verfassungszustands attestiert, der Aussicht auf die Stärkung des Reichspräsidenten jedoch nur geringe Erfolgchancen in Aussicht gestellt, beurteilte Brauweiler die Voraussetzung hierfür 1928 weitaus optimistischer. S. hierzu: Vortrag zur Verfassungsreform, 28.2.1925 im Herrenhaus, StMG, NI Brauweiler, 15/13/139/40 sowie „Stahlhelm-Volksbegehren!“ in: Der Stahlhelm, Nr. 40, 30.09.1928, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/1618, Bl. 175.

¹⁰⁶¹ „Osterbotschaft“ des Generalfeldmarschalls von Hindenburg an das deutsche Volk, 11.4.1925, in: Hubatsch, 1966, S. 187ff. Hier sagte er, dass er „immer die ganze Nation im Auge gehabt [hatte], nicht die Parteien. Sie sind in einem parlamentarisch regierten Staat notwendig, aber das Staatsoberhaupt muß über ihnen stehen“.

¹⁰⁶² Artikel 37 der Weimarer Reichsverfassung lautete: „Kein Mitglied des Reichstags oder eines Landtags kann ohne Genehmigung des Hauses, dem der Abgeordnete angehört, während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, es sei denn, daß das Mitglied bei Ausübung der Tat oder spätestens im Lauf des folgenden Tages festgenommen ist. Die gleiche Genehmigung ist bei jeder anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit erforderlich, die die Ausübung des Abgeordnetenberufes beeinträchtigt. Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied des Reichstags oder eines Landtags und jede Haft oder sonstige Beschränkung seiner persönlichen Freiheit wird auf Verlangen des Hauses dem der Abgeordnete angehört, für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.“ Artikel 37, WRV, Die Verfassung des Deutschen Reichs, vom 11. August 1919, auf: www.documentArchiv.de/wr/wrv.html, Zugriff erfolgte am 1.8.2015.

¹⁰⁶³ „Gegen die Parlamentsherrschaft – Stahlhelm verkündet den Wortlaut des Volksbegehrens“, in: Der Stahlhelm, Nr. 46, 18.11.1928.

¹⁰⁶⁴ Protokoll der Sitzung der Stahlhelm Führung und des Landbundes am 18.10.1928, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/49, Bl. 29-30.

¹⁰⁶⁵ „Stahlhelm und Parlamentarismus“, in: Der Stahlhelm, Nr.4, 29.1.1928; sowie Klotzbücher, 1964, S. 173ff.

anstelle der Parteien“ entgegenzunehmen.¹⁰⁶⁶ Nur so könne eine Änderung der Verfassung vorgenommen werden.¹⁰⁶⁷

Die Verfassungsreform vom Boden des Stahlhelms umzusetzen, war ein Gedanke, der Brauweiler bereits seit 1927 beschäftigte.¹⁰⁶⁸ Zwar waren seine Bemühungen zu dem damaligen Zeitpunkt noch ergebnislos geblieben, im Herbst 1928 schienen die Voraussetzungen jedoch erfolversprechender. So hatten sich nicht nur die gesellschaftlichen, sondern auch die politischen Verhältnisse durch den Ausbruch der Agrarkrise, die labile Wirtschaftslage, die wachsende industrielle Konzentration, die steigenden Arbeitslosenzahlen und die Ergebnisse der Maiwahl 1928 zugunsten der linken, politischen Kräfte geändert.¹⁰⁶⁹ Die konservativen Kräfte hatten stattdessen erhebliche Stimmeneinbußen hinnehmen müssen.¹⁰⁷⁰ Die Erstellung eines populären Leitgedankens als gemeinsamer Plattform wurde demnach ein immer notwendigeres Mittel zur einheitlichen Positionierung der außerparlamentarischen Kräfte.¹⁰⁷¹

Bei einer im Oktober 1928 stattfindenden Sitzung der Stahlhelmführung und des Landbundes stellte Brauweiler den Anwesenden seine Vorstellungen über das geplante Volksbegehren vor. Als einer der Ersten stimmte Kriegsheim den Ausführungen Brauweilers zu, indem er versicherte, dass das Unternehmen das Interesse aller nationalen Kreise verdiene. Auch Seldte hielt dazu an, mit der Durchführung des Volksbegehrens nicht länger zu warten, da ansonsten eine unkontrollierbare Radikalisierung einsetzen würde. Brauweiler schloss sich den Bedenken Seldtes an. Zwar wollte er die Vorbereitung aus taktischen Gründen noch ein wenig verzögern, dennoch durfte nicht zu lange gewartet werden. Als Hauptadressaten nannte Brauweiler die

¹⁰⁶⁶ Bei der Bundesführerbesprechung vom März.1928, bei der neben Brauweiler auch Seldte, Duesterberg, Morosowicz, Stephani, Brückner, Czettritz und Ausfeld zusammenkamen, wurde das Verhältnis zu den Parteien geklärt. Die Notwendigkeit hierfür ergab sich vor allem aus dem Verhältnis zu den Nationalsozialisten, „denen nicht mehr länger mit der bis dato bekannten Reserve gegenüberzutreten“ werden konnte. Protokoll zur Bundesführerbesprechung, 27.3.1928, StMG, NI Brauweiler, 15/13/110.

¹⁰⁶⁷ In der Tagespresse wurde das Volksbegehren zur Verfassungsänderung vor allem als Mittel zum Zweck gesehen, den Stahlhelm aus seiner Stagnation zu befreien. So titelte die Sächsische Staatszeitung am 27.9.1928, dass das Volksbegehren den Abschluss des „Ringens im Stahlhelm“ darstellte. Der Vorwärts bezeichnete das Volksbegehren hingegen als „Sanierung“, da die Republik fest stehe, der Stahlhelm hingegen verkümmert sei. Ähnlich argumentierten auch die Vossische Zeitung vom 6.10.1928 und das Berliner Tageblatt vom 5.10.1928, dass das Volksbegehren als „verschämtes Signal zum Rückzug“ diffamierte. S. Volksbegehren Flugblätter, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V, R 72/ 1618.

¹⁰⁶⁸ Protokoll der Sitzung der Stahlhelm Führung und des Landbundes am 18.10.1928, 11. Uhr, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V, R 72/49, Bl. 29.

¹⁰⁶⁹ Die DNVP hatte 1928 im Vergleich zu den Reichstagswahlen 1924 einen Stimmenabbau von 20,5 % auf 14,2 % hinzunehmen. Die Wahlen stellten jedoch für die gesamten bürgerlichen Parteien eine große Niederlage dar. Als klare Gewinner gingen hier neben der SPD und KPD vor allem die Splitterparteien hervor, die von 7,7 % der Stimmen bei den Wahlen 1924 auf insgesamt 13,2 % der Stimmen stiegen. Im Gegensatz zu den Reichstagswahlen 1924 war der Stimmenanteil der DNVP von 19,5 auf 14,4 % gefallen, während die SPD einen Stimmenanstieg von 20,5 % bei der Wahl 1924 auf 29,8 % der Stimmen in 1928 verzeichnen konnte.

¹⁰⁷⁰ Timm, Helga: Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der Großen Koalition im März 1930, Düsseldorf 1982, S. 80.

¹⁰⁷¹ Um den Zusammenhalt der nationalen Kräfte noch zu intensivieren, plädierte Mahnken, ähnlich wie Graf zu Eulenburg und Franz Seldte bei der Bundesvorstandssitzung für die Bildung von „Freundeskreisen.“ Dies war ein oft gewähltes Mittel, um außerparlamentarischen Organisationen einen festen Mitgliederkreis zu sichern, ohne auf parteiliche Strukturen zurückgreifen zu müssen. Auch Brauweiler hatte bereits etwaige Freundeskreise gebildet, so z.B.: bei der Vereinigung für ständischen Aufbau. In Bezug auf den Stahlhelm sollten sich sowohl Graf Loë, als auch Klein gegen einen solchen Schritt aussprechen. Ihre Ablehnung begründeten sie damit, „dass diese den Zustrom zu den Ortsgruppen“ beeinträchtigen könnten. Bundesvorstandssitzung am 22. und 23. September 1928 in Magdeburg – „streng vertraulich“, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V, R 72/ 9, Bl. 77-79.

Bauern, die er über deren Hauptinteresse – den Schutz des Privateigentums – für die Zustimmung zum Volksbegehren gewinnen wollte.¹⁰⁷²

Brauweilers Hoffnung, die rivalisierende Rechte auf Grundlage einer breiten Zustimmung zu einem Volksbegehren auf einen gemeinsamen Kurs einzuschwören und ab September mit dem praktischen Kampf beginnen zu können, sollte jedoch nach kurzer Zeit schwinden.¹⁰⁷³ Zwar wurde bei einer Besprechung am 29. November 1928 im Nationalclub Hamburg noch die Bildung eines Vorbereitungsausschusses für das Volksbegehren beschlossen, in dem Vertreter der unterschiedlichen Lager der „nationalen Opposition“ vertreten waren, wie z.B.: Geheimrat Cuno, General von der Goltz, Exzellenz von Gebattel, Hans Bodo von Alvensleben, Admiral von Levetzow, Baron von Viettinghoff-Scheel oder Major Wagner – die weiteren Arbeiten kamen jedoch schon bald zu einem Stillstand.¹⁰⁷⁴

Im Gegensatz zu außerparteilichen Organisationen oder Interessenverbänden wie dem V.V.V.D., der Deutschen Adelsgenossenschaft, dem Niedersachsenring oder des Ostmarkenvereins sollten sich Vertreter des Alldeutschen Verbands, Teile des Wehrwolfs, des Königin Luise Bunds, der Völkischen Freiheitsbewegung, des Bund Oberlands oder des Jungdeutschen Ordens ablehnend gegenüber einer Teilnahme am Volksbegehren äußern.¹⁰⁷⁵ So hielten Vertreter des Wehrwolfs „das parlamentarische Mittel eines Volksbegehrens“ für nicht geeignet, um „das bestehende System zu erschüttern und zu zerstören“.¹⁰⁷⁶ Stattdessen forderten sie eine gesamtheitliche Änderung des Systems, womit die Frage einherging, ob das Volksbegehren eine Politik im Sinne der rechtsoppositionellen Kräfte betreibe oder eher rein parlamentarisch orientierte Parteipolitik „Arm in Arm“ mit der DNVP, die „zu einer

¹⁰⁷² Da die Forderung nach verstärktem Schutz des Privateigentums formell nicht in das Petikum des Volksbegehrens übernommen werden konnte, musste es umso deutlicher in der Begründung des Volksbegehrens betont werden. Duesterberg stimmte dem zu. Protokoll der Sitzung der Stahlhelm Führung und des Landbundes am 18.10.1928, 11. Uhr, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/ 49, Bl. 32.

¹⁰⁷³ So war die Ausführung des Volksbegehrens erst auf Oktober, dann auf unbestimmte Zeit nach Weihnachten verschoben worden und das obwohl Seldte bei der Bundesführerbesprechung vom November 1928 noch darauf hingewiesen hatte, dass „das Stahlhelm Volksbegehren bereits in seinem gegenwärtigen Stadium der Vorbereitung [...] Erfolg in der politischen Öffentlichkeit“ erzielt habe. So berichtete die Deutsche Tageszeitung vom 4.10.1928, dass „sehr weite Kreise des Deutschen Volkes, parteimäßig bis in die Linke hinein, von der Reformbedürftigkeit der augenblicklichen Verfassungsverhältnisse allgemein überzeugt“ seien. Dennoch gelang es nicht, die verschiedenen Kreise der Rechtsfront auf das Volksbegehren des Stahlhelms zu vereinigen, was letztendlich zu dessen Scheitern führte. Aus der Niederschrift über die Bundesvorstandssitzung am 24. und 25. November 1928, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/9, Bl. 5ff.; Bundesvorstandssitzung am 16. und 17.2.1929, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/11, Bl. 240ff.; Niederschrift über die Bundesvorstandssitzung vom 27. und 28. April 1929, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/11, Bl. 199ff. oder auch Berghahn, 1978, S. 434.

¹⁰⁷⁴ Besprechung vom 29.11.1928 im Nationalclub von 1919 in Hamburg, BArch, Alldeutscher Verband, R 8048/261, Bl. 5.

¹⁰⁷⁵ Die Anfang Oktober vom Stahlhelm versuchte Verständigung mit dem Wehrwolf war zwar gescheitert, dennoch sollte es zu einem weiteren Vermittlungsversuch Anfang Januar 1929 ausgehend von Dr. Bühling kommen, nachdem der Stahlhelm die Kampfansage des Wehrwolfs mit einer deutlichen Distanzierung quittiert hatte. Aufgrund des Einflusses des Stahlhelms, dessen Verlust man nicht riskieren wollte, erklärten sich Teile der Wehrwolführung schließlich zu Verhandlungen bereit. So kam es zu Gesprächen zwischen Bühling und Studienrat Kloppe über eine Unterstützung des Volksbegehrens. Im Vorhinein hatte Brauweiler jedoch darauf hingewiesen, dass es schlichthin unmöglich sei, „eine neue solche Verständigung auf gleicher Basis anzubieten“. So sollte dem Wehrwolf im Falle einer erfolgreichen Verhandlung über die Zusammensetzung des Reichsausschusses lediglich repräsentative Bedeutung zukommen.

¹⁰⁷⁶ „Der Wehrwolf gegen Volksbegehren – Eine Erklärung der Wehrwolf-Führerschaft“, in: Der Jungdeutsche, 25.10.1928, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/1618, Bl. 217.

gemeinsamen Arbeit mit dem Stahlhelm selbstverständlich bereit war“.¹⁰⁷⁷ Auch der Jungdeutsche Orden lehnte eine Unterstützung des Volksbegehrens aufgrund der Nähe zur DNVP ab.¹⁰⁷⁸ Hatten sich dessen Vertreter nicht zuletzt aufgrund ihres eher auf körperliche Ertüchtigung und Grenzlandarbeit statt militärischer Ausbildung angelegten Charakters bereits des Öfteren in Opposition zum Stahlhelm begeben, sollte dieser Zustand nunmehr auch im Zuge des Volksbegehrens 1928 offensichtlich werden.¹⁰⁷⁹ In diesem Fall resultierte die Kritik vor allem aus der intensivierten Beziehung zwischen dem Stahlhelm und den Vertretern der DNVP, allen voran Hugenberg, der vom Jungdo-Führer Artur Mahraun, als „Inbegriff der plutarischen und reaktionären Kräfte“ beschrieben wurde.¹⁰⁸⁰ Mit der angestrebten Zusammenarbeit im Falle des Volksbegehrens verstärkte sich die Befürchtung, der potentiellen Herausbildung eines „Hugenberg Trusts“ zuzuarbeiten.¹⁰⁸¹ Auch wenn Brauweiler, der bereits seit Juniklubzeiten ein kooperatives Verhältnis zum Jungdo pflegte, bei einer Sitzung der Verbände im Herbst 1928 den Vorwurf, der Stahlhelm sei zu tief in das „Fahrwasser der DNVP“ geraten, negierte, änderte das nichts an den bestehenden Vorbehalten.¹⁰⁸² Ebenso wie Wehrwolf und Jungdo distanzierte sich auch der Führer des Landesverbandes der Einwohnerwehren Georg Escherich von einer Zustimmung zum Volksbegehren, der die Bitte Brauweilers, das Volksbegehren als „Ostergeschenk für das deutsche Volk“ zu unterzeichnen, mit der Begründung ausschlug, dass „die[se] Art des politischen Kampfes abträglich für den Stahlhelmgedanken“ sei.¹⁰⁸³

Doch nicht nur Teile der Verbände zeigten sich ablehnend dem Volksbegehren gegenüber, auch die zuvor unterstützenden Parteien wurden von der allgemeinen „Interessenlosigkeit“ ergriffen.¹⁰⁸⁴ Hier allen voran die DVP, die das Volksbegehren als „große Torheit“

¹⁰⁷⁷ Laut Entschließung der DNVP vom 7.12.1928 konnte die Aufforderung des Stahlhelms, gemeinsam ein Volksbegehren auf Verfassungsänderung vorzubereiten „nur mit Freude begrüßt werden“, da die DNVP ihren letzten Wahlkampf selbst unter der Parole „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“ geführt hatte. S. Artikel in der Germania mit der aufschlussreichen Überschrift: „Arm in Arm“ in: Germania, Nr. 447, 26.9.1928, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/1618, Bl. 291.

¹⁰⁷⁸ „Das Echo des Stahlhelm-Volksbegehren – Parteipolitik oder bündische Politik?“ in: der Jungdeutsche, 3.10.1928, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/1618, Bl. 218.

¹⁰⁷⁹ Mommsen, Hans: Die verspielte Freiheit: der Weg der Republik von Weimar in den Untergang: 1918 bis 1933, Berlin 1989, S. 240 Das distanzierte Verhältnis zum Jungdo beschrieb Duesterberg eindrücklich bei der Bundesführerbesprechung vom November 1928. Hier sagte er, dass „es ausser dem Stahlhelm keine Bünde gebe, denn die betreffenden bestehenden kleinen Gebilde hätten keine Bedeutung mehr. Mit der Jungdoführung kann unser Weg nicht mehr zusammenführen“.

¹⁰⁸⁰ Der Jungdo hatte sich 1921 unter Artur Mahraun als „klar antibolschewistischer und antisemitischer, aber nicht unbedingt durchweg verfassungsfeindlicher“ Bund in Kassel gegründet. Verfolgte dieser das Ziel eines wahren demokratischen Staatsaufbaus, geriet er dadurch in Gegensatz zu den Obstruktionsplänen der nationalen Rechten, von der er sich nicht nur durch den Austritt aus dem Reichsausschuss, sondern auch durch seinen Zusammenschluss mit der Deutsch Demokratische Partei zur Deutschen Staatspartei distanzierte.

¹⁰⁸¹ Diehl, 1977, S. 266. Zu einer unabhängigen Blockbildung auf Initiative des Jungdo war es im August 1928 mit der Gründung der „Neuen politischen Reichsvereinigung“ gekommen, die in Verdacht stand, eine Rolle im Kampf des Jungdo gegen den Stahlhelm zu spielen. Zwar sollte Brauweiler diese Vermutung für unbegründet halten, dennoch behielt er sich vor, „wenn die Polemik mit dem „Jungdeutschen“ fortgesetzt werden muss, diese Dinge in der Öffentlichkeit klar zu legen“. Brauweiler an das Bundesamt Magdeburg, ohne Datum, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/48, Bl. 282/83.

¹⁰⁸² Die Distanz zwischen Parteiarbeit und Stahlhelm hatte neben Brauweiler auch Seldte bei einer Tagung des Frankfurter Stahlhelms am 5.10.1928 deutlich gemacht, indem er betonte, dass der Stahlhelm vollkommen unabhängig von Personen und Parteien sei und von niemandem finanziert werde, sondern sich aus seinen eigenen Beiträgen erhalte. S. „Seldte zum Volksbegehren des Stahlhelms“ in: Deutsche Tageszeitung, 6.10.1928; Klotzbücher, 1965, S. 182.

¹⁰⁸³ Brauweiler an Escherich, 23.3.1929 sowie Antwort Escherich an Brauweiler 25.3.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹⁰⁸⁴ Bundesvorstandssitzung am 16. und 17.2.1929, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/11, Bl. 240ff.; oder auch Berghahn, 1966, S. 125.

bezeichnete.¹⁰⁸⁵ Als Erklärung wurde u.a. die vom brandenburgischen Stahlhelmführer Elard von Morosowicz im September 1928 gehaltene Fürstenwalder Hassbotschaft und das Anwachsen des fundamentaloppositionellen Flügels um Hugenberg aufgeführt.¹⁰⁸⁶ Eine Übereinkunft mit einem Bund, der den augenblicklichen Staatsaufbau „mit ganzer Seele“ hasste und sogar so weit ging, „all diejenigen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonlichkeiten“ zu bekämpfen, die „für einen wirtschaftlichen oder politischen Vorteil“ bereit waren, „Kompromisse mit dem von uns bekämpften System“ zu machen, war schon allein aufgrund der Funktion Stresemanns als Außenminister unmöglich und konnte deshalb auch von der DVP nicht akzeptiert werden.¹⁰⁸⁷ Laut des DVP Reichstagsabgeordneten Erich von Gilsa hatte der Stahlhelm einen zu autoritären Charakter angenommen, weshalb „das Tischtuch zwischen uns und dem Stahlhelm zerschnitten“ war.¹⁰⁸⁸ Eine Unterstützung seitens der DVP im Falle des Volksbegehrens wurde abgelehnt.¹⁰⁸⁹

Ein ähnliches Verhalten zeigte sich auch in DNVP Kreisen, die nach anfänglich optimistischer Haltung einer Beteiligung plötzlich ablehnend gegenüber standen. In Gegenüberstellung zu dem Notprogramm Hugenbergs, in welchem bereits frühzeitig die Abschaffung des Artikels 54 und das Motto „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“ als Grundvoraussetzung für die „deutsche Gesundung“ diskutiert wurde, erschien das Stahlhelm Volksbegehren als zu lasch.¹⁰⁹⁰ Gerade vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Maiwahl 1928 forderte man seitens der DNVP drastischere Maßnahmen.¹⁰⁹¹

¹⁰⁸⁵ Berghahn, 1966, S. 120. Siehe auch die Erklärung, die im Nachrichtendienst der Deutschen Volkspartei für den Wahlkreisverband Magdeburg-Anhalt am 20.10.1928 veröffentlicht wurde. Hier hieß es, dass der Wahlkreisvorstand der Deutschen Volkspartei einstimmig die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten der DVP Walter Kulenkampff über den Austritt der Abgeordneten der Deutschen Volkspartei in Reichstag und Landtag aus dem Stahlhelm billigte. So wurde dem Stahlhelm vorgeworfen, dass dieser selbst nicht wisse, was er wolle. S. Abschrift Nachrichtendienst der Deutschen Volkspartei Wahlkreisverband Magdeburg-Anhalt, 20.10.1928, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/43, Bl. 69.

¹⁰⁸⁶ Der Stahlhelm, Nr. 37, 9.9.1928.

¹⁰⁸⁷ Ebd.

¹⁰⁸⁸ Trotz der Tatsache, dass die Mehrheit der DVP Reichstagsfraktion für eine Unterstützung des Stahlhelm Volksbegehrens stimmte, hielt Stresemann an seiner Ablehnung fest. Sein Verhalten stand in Zusammenhang mit einer generellen Distanzierung vom Stahlhelm. So war es DVP Mitgliedern, die nicht an ein bestimmtes politisches Amt gebunden waren, zwar nach wie vor möglich im Stahlhelm zu bleiben, DVP Abgeordnete mussten jedoch aus diesem austreten. S. Richter, Ludwig: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933, Düsseldorf 2002, S. 508ff.

¹⁰⁸⁹ Erich von Gilsa fasste das Volksbegehren als Widerspruch zur Stahlhelmgrundidee auf. Einer zukünftigen guten Beziehung zum Stahlhelm stand jedoch nach wie vor die Tür offen. Berghahn, 1966, S. 119. Siehe hierzu auch den Artikel „Deutsche Volkspartei und Stahlhelm.“ Hier heißt es: „Die abweichende Haltung der DVP zum Volksbegehren steht dem nicht entgegen, umso weniger, wenn sie dazu beitragen würden, die Leitung des Stahlhelms in letzter Stunde vor übereilten Schritten zu bewahren.“ BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/53, Bl. 272.

¹⁰⁹⁰ Schulz, Gerhard: Zwischen Demokratie und Diktatur. Die Periode der Konsolidierung des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919-1930, Berlin 1987, S. 581/82. „Mehr Macht dem Reichspräsidenten ist der Grundgedanke und das Kernstück des deutschnationalen Programms zur Verfassungsreform ebenso wie des Stahlhelmsvolksbegehrens. Dieser Gedanke soll durch Beseitigung des Artikels 54 der Verfassung verwirklicht werden.“ Denkschrift „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“, von Tresckow-Ibenhorst, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/41, Bl. 153ff.

¹⁰⁹¹ Die Forderung nach drastischeren Maßnahmen sah Brauweiler jedoch als vorgeschobenen Grund für die Distanzierung. Nicht die mangelnde Schlagkraft des Volksbegehrens war für ihn ausschlaggebend für die Ablehnung der DNVP, sondern deren „großer Ärger“ über die Tatsache, dass ihnen „der Stahlhelm mit dem Volksbegehren zuvor gekommen“ war. Die letztendliche Absage der DNVP sollte allerdings erst im Juni 1929 durch Freytagh-Lovringhoven erfolgen. Aus der Niederschrift über die Bundesvorstandssitzung am 24. und 25. 11.1928, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/9, Bl. 6.

Zu den größten Kritikern avancierten jedoch die Nationalsozialisten, die, trotz ihrer Zusicherung, die Herstellung eines „guten Verhältnisses begrüßen zu wollen“, das Volksbegehren als „kümmerliche Fassadenpolitik“ bezeichneten.¹⁰⁹² Adolf Hitler begründete seine Haltung in einer an die Bundesleitung des Stahlhelms adressierten Denkschrift. Hierin hieß es, dass das „Unglück Deutschlands“ nicht in den Mängeln seiner heutigen Verfassung liege, wie Brauweiler diese in seiner Herrenklub Rede 1928 vorgetragen hatte, sondern in dem Fehlen einer gesunden Staatsauffassung und Staatsidee.¹⁰⁹³ Diese konnte Hitler zufolge nicht über die Bildung einer neuen Staatsautorität oder eine „etappenweise Besserung“ erreicht werden. Wollte man ernsthaft den „ganzen parlamentarischen Schwindel [...] mit Stumpf und Stiel“ beseitigen, bedurfte es stattdessen viel eher einer abrupten und schlagkräftigen Veränderung, angeführt durch einen starken Mann – Hitler selbst – der sich über die lächerlichen Kompetenzen einer Verfassung hinwegsetzen und „damit sein Volk aus dem Ruin führen“ sollte.¹⁰⁹⁴ Hindenburg in dieser Position schloss er von vornherein aus, da dieser als bereits zu stark vom parlamentarischen System beherrscht angesehen wurde.¹⁰⁹⁵

Neben grundsätzlichen Bedenken hielt Hitler das Volksbegehren jedoch auch aus taktischen Gründen für „verfehlt und unter Umständen sogar gefährlich.“ Er kritisierte zum Beispiel dessen hohe inhaltliche Abstraktion. Eignete sich ein Volksbegehren immer nur für diejenigen Fragen, die „die gesamte Nation bereits bis ins Tiefste aufgewühlt“ hatten und „von Millionen von Menschen innerlich schon beantwortet wurden“, vermochte es das Stahlhelm-Volksbegehren nicht, eine Mobilisierung der Massen zu bewirken.¹⁰⁹⁶ Die mit der Änderung des Artikels 54 einhergehende Stärkung des Reichspräsidenten kritisierte Hitler ebenfalls, indem er auf die freilich unwahrscheinliche Gefahr eines marxistischen Nachfolgers Hindenburgs hinwies, der gemäß seiner politischen Façon dann „rücksichtslos, brutal, gerissen und gemein“ handeln würde. Des Weiteren hielt er auch die „Beschränkung der Immunität“ aus „taktischen Gründen“ für falsch.¹⁰⁹⁷ Damit war dem Volksbegehren selbst von rechtsradikaler Seite eine Legitimation eindeutig abgesprochen.

¹⁰⁹² Niederschrift der Festsitzung des Bundesvorstandes am 1.6.1929 in München, Hotel „Bayrischen Hof“, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/11, Bl. 109 und Niederschrift über die Bundesführerbesprechung 24. und 25.11.1928, in BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/9, Bl. 20. „Der Stahlhelm als Verschwörungsverein“, in: Der Völkische Beobachter, Nr. 302, 6.10.1928.

¹⁰⁹³ Hitler, Adolf: Denkschrift an die Bundesleitung des Stahlhelms, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹⁰⁹⁴ Hitler, Adolf: Denkschrift an die Bundesleitung des Stahlhelms, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹⁰⁹⁵ „Der Stahlhelm als Verschwörungsverein“, in: Der Völkische Beobachter, Nr. 302, 6.10.1928; Denkschrift Hitlers an die Bundesleitung des Stahlhelms, Doc.Center Berlin (A.25), 863. Der Versuch, sich Hindenburg zu entledigen geschah im Zuge des wenige Monate später auf den Weg gebrachten Volksbegehrens gegen den Youngplan, das die kollektive Bestrafung all derjenigen vorsah, die sich zur Unterstützung des Youngplans bekannten, was in diesem Falle auch Hindenburg einschloss.

¹⁰⁹⁶ Gerade dieser Vorwurf war ein besonders kritischer Punkt, der auch von Seiten der DVP geteilt wurde. S. hierzu: Hitler, Adolf: Denkschrift an die Bundesleitung des Stahlhelms, StMG, NI Brauweiler 15/13/114.

¹⁰⁹⁷ Ebd.

Auch wenn Hitler am Ende seiner Denkschrift eine zukünftige Zusammenarbeit nicht ausschloss, zerschlug sich diese Aussicht bereits wenige Wochen später aufgrund eines in Zusammenhang mit dem Volksbegehren stehenden Manipulationsvorwurfs.¹⁰⁹⁸ Die Stahlhelm-Bundesführung wurde bezichtigt, voreilige Zusicherungen über eine nationalsozialistische Beteiligung am Volksbegehren veröffentlicht zu haben. In einem an die Bundesleitung adressierten Schreiben vom 27. April 1929 hieß es, „dass aus verschiedenen Teilen des Reiches“ fälschlicherweise die Meldung erhoben worden sei, „daß bei der Aussprache zwischen Herrn Hitler und den führenden Herren des Stahlhelms [...] ersterer zugesagt“ habe, „die Aktion des Stahlhelms hinsichtlich des Volksbegehrens“ auf jeden Fall unterstützen zu wollen.¹⁰⁹⁹ Diese vermeintliche Zusage hatte angeblich zu „erheblichen Unruhen“ in „weiten Kreisen [...] der NSDAP“ geführt, da diese nach „der jahrelangen Erziehung ihres Denkens durch die NSDAP von sich aus die Volksbegehren-Aktion ablehnten und ihnen auch bekannt war, dass bisher der Führer der NSDAP sie selbstverständlich ebenso ablehnte.“¹¹⁰⁰ Hitler stilisierte diesen „Zwischenfall“ schließlich nicht nur zum ausschlaggebenden Grund, dem Volksbegehren eine endgültige Absage zu erteilen, sondern sich darüber hinaus auch von einer weiteren Zusammenarbeit mit dem Stahlhelm generell zu distanzieren, die man „erstmal nicht wie ursprünglich geplant vertiefen“ wollte.¹¹⁰¹

Anstatt der zu hohen Abstraktion, etwaigen Manipulationsvorwürfen oder der fingierten Gefahr eines links gerichteten Hindenburg Nachfolgers sah Brauweiler die wahren Beweggründe für die Absage jedoch an anderer Stelle.¹¹⁰² Viel einleuchtender erachtete er die Befürchtung der Nationalsozialisten, dass mit dem Volksbegehren der „Weg zum Aufziehen einer großen Front nach der Mitte hinein geebnet werden“ könne und die Nazis damit auf einen Randplatz abgedrängt wären.¹¹⁰³ Von der geforderten Aufhebung der Immunität der Reichstagsabgeordneten durch den Artikel 37 wären darüber hinaus auch zahlreiche NSDAP-Mitglieder betroffen gewesen, was einen weiteren Grund für die Absage bedeuten könnte.¹¹⁰⁴

¹⁰⁹⁸ „An die Bundesführer des Stahlhelms“, 27.4.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/110.

¹⁰⁹⁹ Ebd.

¹¹⁰⁰ Ebd.

¹¹⁰¹ Das Volksbegehren wurde von den Nazis als unsinnig befunden. Suggestierten sie hinsichtlich des Volksbegehrens gegen den Youngplan ihre prinzipielle Unterstützungsbereitschaft, distanzierten sie sich im Juli 1929 endgültig vom dem, auf eine Verfassungsänderung ausgelegten Volksbegehren, von dem sie sich direkt betroffen fühlten. S. Klein an Abteilung Ia, Brauweiler, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹⁰² Gegen den Vorwurf eines womöglich linksgerichteten Nachfolger Hindenburgs hatte Brauweiler bereits bei der Bundesvorstandssitzung am 24./25.11.1928 die dort Anwesenden darüber aufgeklärt, dass im Falle eines erfolgreichen Volksbegehrens auch der spätere Reichspräsident kein linksgerichteter sein werde und selbst im Falle dessen „die formale Steigerung seiner Rechte keine tatsächliche Machtvergrößerung“ bedeuten würde. An die Mitglieder des Bundesvorstandes, aus der Niederschrift über die Bundesvorstandssitzung am 24. und 25.11.1928, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/9, Bl. 6.

¹¹⁰³ Vorbereitungsausschuss zur Bildung des Reichsausschusses Oktober 1928 bis Juli 1929, BArch, Alld deutscher Verband, R 8048/ 261, Bl.57; Berghahn, 1966, S. 128ff.

¹¹⁰⁴ Ebd.

Auch wenn Brauweiler nicht unbedingt an einer nationalsozialistischen Kooperation gelegen war, schien deren Beteiligung für die Einhaltung des Überparteilichkeitscharakters des Volksbegehrens dennoch eine unverzichtbare Notwendigkeit.¹¹⁰⁵ Aus diesem Grund richtete sich Brauweiler am 22. Mai 1929 schriftlich an Hitler. Ihm gegenüber betonte er, dass die Verfassung, trotz demokratischer Grundlage, verbesserungswürdig und der Kampf gegen die Demokratie hauptsächlich gegen ihre „schädigenden“ Elemente, beispielsweise den Marxismus, gerichtet sei, der mit den Mitteln des legalen Verfassungskampfes beseitigt werden müsse.¹¹⁰⁶ Die Aufgabe des Volksbegehrens sei es also, „die Macht des Staates und seiner Repräsentanten über und gegen die Wirtschaft zu sichern“, wofür als einziges loyales und brauchbares Mittel das Volksbegehren gelte.¹¹⁰⁷

Doch auch diese Kontaktaufnahme sollte keinerlei Wirkung zeigen. Da das Volksbegehren nach wie vor auf allgemeines Desinteresse stieß, schwand Brauweilers Optimismus, eine Verfassungsänderung auf Grundlage des Volksbegehrens erreichen zu können.¹¹⁰⁸

6.5 Das Volksbegehren gegen den Youngplan

Da nicht alle erforderlichen Unterschriften für die Umsetzung des Volksbegehrens eingegangen waren, sollten die Verhandlungen im Sommer 1929 schließlich zu einem endgültigen Stillstand kommen.¹¹⁰⁹ Anstelle dessen gewann ein anderes Projekt an Popularität, das auf die Ablehnung des 1929 eingebrachten Youngplans abzielte.

Der Youngplan zur Neuregelung der deutschen Reparationszahlungen war unter Vorsitz des amerikanischen Finanzspezialisten Owen D. Young im Sommer 1929 zustande gekommen. In diesem wurde nicht nur erstmalig die zu zahlende Gesamtreparationssumme auf 112 Milliarden Reichsmark beziffert, sondern auch ein auf 59 Jahre festgelegter Rückzahlungsplan vorgelegt.¹¹¹⁰ Bezeichnete Hindenburg den Youngplan als einen „erheblichen politischen Schritt vorwärts“, mit dem es nicht nur gelingen sollte, „die politischen Fesseln des Versailler Vertrags abzustreifen“ sondern auch die „finanziellen Lasten desselben zu erleichtern“, fand diese Ansicht jedoch keine einhellige Zustimmung. Es waren gerade jene Kreise, die den

¹¹⁰⁵ Stadler an Seldte, 2.5.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹¹⁰⁶ Brauweiler, Heinz: Gegen Hitlers Denkschrift, 22.5.1929, StMG, NI Brauweiler 15/13/116.

¹¹⁰⁷ Ebd.

¹¹⁰⁸ Niederschrift der Festsitzung des Bundesvorstandes am 1.6.1929 in München, Hotel „Bayrischen Hof“, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/11, Bl. 109-111.

¹¹⁰⁹ Das wurde anhand der Presseberichte über das Volksbegehren deutlich. S. hierzu: „Das Stahlhelm Volksbegehren – Verzicht auf die Durchführung?“, in: Sonderbrief der Münchner Neuesten Nachrichten, 22.6.1929, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/1618, Bl. 331; „Volksbegehren Wirrwarr“ in: Der Deutsche, 22. 6.1929, in: ebd. Hier hieß es lapidar, dass es mit dem „viel gerühmten Stahlhelm-Volksbegehren“ nichts werde.

¹¹¹⁰ Vorgesehen war eine Annuitätszahlung von 2 Milliarden Reichsmark statt der bisher zu leistenden 2,5 Milliarden, die die Deutschen in Anbetracht der Gesamtschuldenlast von 112 Milliarden Reichsmark auf einen Zahlungszeitraum von 59 Jahren festlegte. Darüber hinaus sicherten die Alliierten zu, unter Voraussetzung der Annahme des Youngplans, das besetzt Rheinland vorzeitig zu räumen und die ausländischen Kontrollorgane, wie beispielsweise den Reparationsausschuss, abzuziehen.

Reichspräsidenten lange Zeit unterstützt hatten, die nunmehr einen „Sturm der Beleidigung“ auslösten und Hindenburg von der Annahme des Youngplans mit allen Mitteln abhalten wollten.¹¹¹¹ Unter ihnen befand sich auch der mittlerweile zum Vorsitzenden der DNVP ernannte Alfred Hugenberg, der in einem Volksbegehren gegen den Youngplan einen geeigneten Ansatzpunkt für eine Sammlung im Sinne der gemeinsamen nationalen Abwehrfront gegen das parlamentarische System sah. Im Vergleich zum Stahlhelmvolksbegehren blieb die Forderung nach der Delegitimierung des parlamentarischen Systems zwar nach wie vor bestehen, jedoch sollte die unter dem Namen „Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes“ publizierte Grundsatzschrift für das Volksbegehren noch weit darüber hinaus gehen.¹¹¹² So wurde nicht verheimlicht, dass man neben der Ablehnung der Übernahme neuerlicher Reparationsverpflichtungen und der radikalen Revision des Versailler Vertrags vor allem die vollkommene Destruktion des bestehenden Verfassungssystems anstrebte, was eine deutliche Verlagerung des politischen Schwerpunkts nach rechts implizierte. In diesem Zusammenhang sollte das Volksbegehren als Plattform für den Ausbau der „nationalen Opposition“ fungieren, wofür die Mitarbeit aller Rechtskräfte, inklusive der sich im Aufbruch befindlichen Nationalsozialisten erforderlich war.¹¹¹³ Als „operative Schaltzelle“ des Volksbegehrens sollte der bereits zugunsten des Stahlhelmvolksbegehrens geplante Reichsausschuss fungieren, dem neben den bereits genannten national gesinnten Mitgliedern aus Wirtschaft, Politik, Verbandswesen und Industrie auch erstmals Mitglieder der NSDAP beitraten, die bis dato einen Beitritt strikt verweigert hatten.¹¹¹⁴ Bei einer im Mai 1929 stattfindenden Vorbesprechung zwischen Seldte, Hugenberg, Duesterberg und Schiele wurde der genaue Aufbau des Reichsausschusses besprochen. Dieser sollte aus einem Hauptbüro unter der Leitung des Duesterberg Vertrauten Jenö von Egan-Krieger bestehen, sowie aus drei separaten Sonderausschüssen, die für die Klärung aller juristischen Fragen, das Finanzwesen sowie die Presse- und Propagandatätigkeit zuständig sein sollten. Der Vorsitz der beiden ersten Ausschüsse ging an den Stahlhelm, der Brauweiler zum Leiter der juristischen Abteilung machte und Dr. Lübbert die Verantwortung für die Finanzfragen übertrug.¹¹¹⁵ Als übergeordnete Einrichtung fungierte ein sogenanntes Präsidium, in dem die Vertreter der

¹¹¹¹ Zaun, Harald: Paul von Hindenburg und die deutsche Außenpolitik 1925-1934, Köln 1999, S. 466/67.

¹¹¹² Das „Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes“ war ursprünglich vom NS-Reichstagsabgeordneten Frick entworfen worden. S. Michalka, Wolfgang & Gottfried Niedhart: Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918-1933, München 1980, S. 263f.

¹¹¹³ Terhalle, Maximilian: Deutschnational in Weimar. Die politische Biographie des deutschnationalen Abgeordneten Otto Schmidt (- Hannover), Köln 2006, S. 215.

¹¹¹⁴ Vertrauliche Mitteilung von Seldte und Duesterberg, 27.3.1929, BArch, Alldeutscher Verband, R 8048/261, Bl. 31. Der Gründung des Reichsausschusses war eine Besprechung zwischen Hugenberg, Seldte, Duesterberg und dem Vorsitzenden des Reichslandbundes Schiele im Mai 1929 vorausgegangen, bei der man gemeinschaftlich beschloss, „einen Arbeitsausschuss zu bilden, der das Volksbegehren vorantreiben sollte“. Terhalle, 2006, S. 220.

¹¹¹⁵ Schoeps, 1974, S. 118.

jeweiligen Organisationen der „nationalen Opposition“ zusammenkamen. Hierzu gehörten u.a. Martin Schiele (Reichslandbund), Franz Seldte, Theodor Duesterberg und General von Below (Stahlhelm), Rüdiger Graf von der Goltz (Vaterländische Verbände), Alfred Hugenberg (DNVP-Vorsitz), Friedrich von Winterfeld (DNVP), Karl Hepp (Christlich Nationale Bauern- und Landvolkpartei, Präsident des RLB), Adolf Hitler und Strasser (NSDAP), Friedrich Döbrich (Christlich Nationale Bauern- und Landvolkpartei), Freiherr von Gebattel, Justizrat Heinrich Claß (Alldeutscher Verband), Annagret Lehmann (DNVP), Dr. Fritz Thyssen und Freiherr von Lüninck (Präsident der Hauptlandwirtschaftskammer der Rheinlande).¹¹¹⁶ So einig man sich über den organisatorischen Aufbau des Reichsausschusses war, so uneinig war man sich hingegen in inhaltlichen Fragen, z.B. hinsichtlich der Behandlung des Brauweilerschen Volksbegehrens. Appellierte Seldte an den initialen Gedanken des Reichsausschuss, der „zwecks der Befreiung unseres Volkes von den Schäden des heutigen parlamentarischen Systems“ überhaupt erst zustande gekommen sei und von daher also auch das vom Stahlhelm vorbereitete Volksbegehren zur ersten gemeinsamen Aufgabe erklären müsse, stieß er mit dieser Meinung bei anderen Mitgliedern des Reichsausschusses auf wenig Zustimmung.¹¹¹⁷ Hier zu erwähnen sind neben den Anhängern Hugenbergs vor allem die Nationalsozialisten, die von Anfang an klarstellten, dem Reichsausschuss nur für die Durchführung des Volksbegehrens gegen den Youngplan angehören zu wollen und „für die Frage des später möglicherweise kommenden Stahlhelm-Verfassungsvolksbegehrens sofort wieder“ aus diesem auszutreten.¹¹¹⁸ Obwohl der Zusammenschluss im Reichsausschuss von Beginn an auf wackligem Fundament stand, gab Hugenberg dessen Inkrafttreten Ende Juni 1929 feierlich bekannt.

Brauweiler äußerte sich anfänglich noch positiv gegenüber dem Volksbegehren gegen den Youngplan, das er als „eine politische Waffe“ zur Bildung der „grossen nationalen Oppositionsfront“ bezeichnete.¹¹¹⁹ Seiner Ansicht nach war es mit dem Volksbegehren erstmalig gelungen, eine fest institutionalisierte und außerparlamentarische Sammelstätte der antirepublikanischen Rechten zu konstituieren, die im Stande schien, „sich über die Parteigrenzen hinauszusetzen“ und die Bildung einer wahren Rechtsregierung als Grundlage einer neuen Politik einzuleiten.¹¹²⁰ Diese Überlegung war besonders vor dem Hintergrund der vermeintlichen Regierungskrise und der folgenden Reichstagsauflösung von großer Bedeutung, mit der Brauweiler „höchstwahrscheinlich bis zum nächsten Frühjahr“ rechnete. Boten die daran anschließenden Neuwahlen die Chance, die bestehende demokratische Koalition ab- und

¹¹¹⁶ Seldte, Franz: Der Stahlhelm, Erinnerungen und Bilder, Bd. 23, Berlin 1955, S. 41/42.

¹¹¹⁷ Rundschreiben Seldte, 23.5.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹¹⁸ Klein an den Stahlhelm, Abteilung Ia, 25.7.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹¹⁹ Brauweiler an die Mitglieder des Bundesvorstandes, 2.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹²⁰ Ebd.

stattdessen eine Rechtsregierung einzusetzen, galt ihm das Volksbegehren gegen den Youngplan als „beste Vorbereitung“ für eine „neue Politik“ im Sinne der „nationalen Opposition“.¹¹²¹

Als Hauptansatzpunkt für die Durchführung eines Volksbegehrens fungierten die Artikel 72 und 73 der Weimarer Reichsverfassung. Durch sie sollte die Verkündung eines Reichsgesetzes, wie dem für die Annahme des Youngplans, nicht nur hinausgezögert, sondern auch das Votum des Reichstags und des Reichsrats umgangen und stattdessen die weitere Entscheidungshoheit an den Reichspräsidenten übergeben werden. Laut Artikel 72 oblag es diesem dann, allein über die Aussetzung der Verkündung des Gesetzes zu entscheiden. So war er laut Art. 73 Abs.1 und 2 RV dazu befugt, entweder der Forderung der Opposition zu entsprechen und das aufgeschobene Gesetz einer Volksentscheid zu unterwerfen oder es der Opposition im Reichstag zu überlassen, mit Unterstützung eines Zwanzigstel der Stimmberechtigten ein Volksbegehren einzuleiten. Es hing also maßgeblich am Reichspräsidenten, eine Trennung von der gegenwärtigen Regierung und die Bildung einer neuen Regierung im Sinne der „nationalen Opposition“ einzuleiten. Die Ehrenmitgliedschaft Hindenburgs im Stahlhelm sah Brauweiler als günstige Voraussetzungen weg vom derzeitigen Konsolidierungskurs und hin zur Opposition.¹¹²² Auf diesem Weg verbanden sich für Brauweiler mit dem Volksbegehren zwei wesentliche Zielsetzungen: eine Politik im Sinne der Rechten und die seit langem von ihm forcierte Stärkung des Reichspräsidenten und damit die Aussicht auf ein plebiszitär abgestütztes Hindenburgkabinett.

Mit der Ankündigung Hugenbergs, nach dem Volksbegehren gegen den Youngplan noch ein weiteres Volksbegehren gegen die Kriegsschuldfrage einleiten zu wollen, endete Brauweilers anfänglicher Optimismus jedoch abrupt, sah er hierin doch eine zu starke Konkurrenzbewegung zu dem von ihm im Oktober 1928 auf den Weg gebrachten Stahlhelmvolksbegehren zur Verfassungsänderung. Nachdem Brauweiler hinsichtlich der Veröffentlichung seines Volksbegehrens bereits im Oktober 1928 auf einen Termin im März oder April des folgenden Jahres vertröstet worden war, sollte die Ankündigung des Volksbegehrens gegen die

¹¹²¹ Brauweiler an die Mitglieder des Bundesvorstandes, 2.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹²² Über das genaue Vorgehen gab Brauweiler in einem Bericht des Vorsitzenden des juristischen Ausschusses von 23. August 1929 näheren Aufschluss. Hier schrieb er, dass „für den Kampf gegen den Youngplan [...]“ die Möglichkeiten der Artikel 72 und 73 der Weimarer Reichsverfassung genutzt werden sollten, was für die juristische Beurteilung „ohne besondere Schwierigkeiten“ realisierbar sei. „Der Ausgang ist zu nehmen von einem Beschluss des Reichstags, durch welchen der Youngplan deutsches Gesetz werden soll. Dann tritt die parlamentarische Opposition auf mit dem Antrag auf Aussetzung der Verkündung des Gesetzes“, wofür ein Drittel der Stimmen notwendig war. „Reichstag und Reichsrat können dagegen mit einfacher Mehrheit die Verkündung des Gesetzes beschliessen. Die nächste Entscheidung liegt beim Reichspräsidenten, der dann nach ausdrücklicher Bestimmung im Artikel 72 frei entscheiden kann, d.h. auch gegen den Willen der Reichsregierung, die Verkündung auszusetzen. Entschliesst er sich dazu, der Forderung der Opposition zu entsprechen, so kann er entweder das Gesetz zum Volksentscheid bringen, [...] oder er kann der Opposition überlassen durch ein erleichtertes Volksbegehren mit 2.1 Millionen Stimmen den Kampf weiter zu treiben.“ S. Bericht des Vorsitzenden des juristischen Ausschusses, Berlin, 23.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

Kriegsschuldfrage eine Umsetzung erneut auf unbestimmte Zeit verzögern. Zwar war immer wieder betont worden, dass das Stahlhelm-Volksbegehren „nicht gänzlich zurückgestellt“ werde, sondern lediglich zu einem „zweckmäßigeren Zeitpunkt zum Einsatz kommen“ und bis dahin in der „Vorbereitung“ bleiben solle, wann genau dieser zweckmäßige Zeitpunkt sein würde, lag inzwischen jedoch nicht mehr im Ermessen des Stahlhelms, sondern hing vor allem vom Reichsausschuss ab. Dessen radikale Vertreter schienen die Federführung zu übernehmen.¹¹²³

Bei dem Zusammentreffen führender Funktionäre der „nationalen Opposition“ am 8. Juli 1929 im Hotel Esplanade wurde dem Stahlhelm-Volksbegehren schließlich eine klare Absage erteilt. So forderte nicht nur der DNVP Abgeordnete Axel von Freytagh-Lovringhoven die endgültig Zurückstellung des Stahlhelm-Volksbegehrens, auch Hugenberg machte keinen Hehl daraus, dass er dieses trotz des Widerspruchs der überwältigenden Mehrheit des Reichsausschusses am liebsten ganz unter den Tisch fallen lassen würde.¹¹²⁴ Ausschlaggebend für seine Absage machte Hugenberg vor allem die von den Nationalsozialisten ausgehende Austrittsdrohung aus dem Reichsausschuss im Fall der Übernahme des Stahlhelm-Volksbegehrens.¹¹²⁵ Obwohl Brauweiler versicherte, dass Hitler auch im Falle seines Nichtbeitritts zum Reichsausschuss kaum in der Lage sein würde, den Kampf gegen den Youngplan zu sabotieren, wurde bei der an die Sitzung anschließenden Zusammenkunft im Herrenhaus zwar die Durchführung des Volksbegehrens gegen den Youngplan als erste Aktion des Reichsausschusses bekanntgegeben, das Volksbegehren zur Verfassungsänderung blieb jedoch erneut unerwähnt.¹¹²⁶

Neben dem Ärger über den, auf unabsehbare Zeit vertagten Aufschub der Ausführung seines Volksbegehrens sah Brauweiler von dem „Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes“ auch eine Gefahr für die Sammlung der „nationalen Oppositionsfront“ unter Einhaltung der legalen Ordnung ausgehen. Hugenberg hatte deutlich gemacht, dass es ihm mit dem Volksbegehren vor allem auf die Durchführung einer radikalen Destruktionspolitik und einer dogmatischen Generalabrechnung mit dem gegenwärtigen System ankam, weshalb es

¹¹²³ Dieser „zweckmäßigere Zeitpunkt“ wurde in Folge einer Besprechung zwischen Seldte und Hugenberg am 20.10.1928 auf oben genannten Zeitraum gelegt. Brauweiler hielt es zwar nicht für sinnvoll, gegen diese Festlegung vorzugehen, sah auf der anderen Seite aber auch keine Veranlassung dazu, sich gegenüber dem DNVP Vorsitzenden festzulegen, da vom Stahlhelm von Anfang an erklärt worden war, „dass er die Wahl des richtigen Zeitpunktes sich vorbehalten“ wolle, in: Der Stahlhelm, Nr. 39, 29.9.1929; Aktennotiz Brauweilers vom 25.10.1928, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/43, Bl. 72.

¹¹²⁴ Brauweiler an die Mitglieder des Bundesvorstandes, 2.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹²⁵ Entgegen der Zusicherung des im Reichsausschuss agierenden Arbeitsausschusses, [...] „die Aufgabe des Stahlhelmsvolksbegehrens auf einer Sitzung am 8. Juli 1929“ nochmals zu thematisieren, lehnte Hugenberg eine erneute Beschäftigung mit dem Volksbegehren Brauweilers von vornherein ab.

¹¹²⁶ Brauweiler an die Mitglieder des Bundesvorstandes, 2.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

unerlässlich sei, die rechtskonservativen Kräfte unter seine Kontrolle zu stellen.¹¹²⁷ Diesen Schritt wollte er mithilfe der durch das Volksbegehren ausgelösten Radikalisierung erreichen, zu deren Dreh- und Angelpunkt die immens diskutierte Kriegsschuldfrage erhoben wurde. Für die Durchführung seiner Volksbegehrenspläne erachtete Hugenberg den Rückgriff auf die Art. 72,73 Abs. II der Reichsverfassung (RV) als wenig erfolgversprechend. Zum einen hielt er die Aussicht, die in Art. 72 festgelegten 30 % der Stimmen der parlamentarischen Opposition für eine Aussetzung der Ankündigung der Youngplangesetze zu bekommen für unrealistisch, da neben den 78 Mandatsstimmen der DNVP und den 46 Stimmen von NSDAP, CNBLP, Volksrechts- und Wirtschaftspartei hierfür auch die 54 Stimmen der Kommunistischen Fraktion notwendig wären, die einer Zusammenarbeit jedoch ablehnend gegenüberstanden. Zum anderen glaubte Hugenberg auch nicht daran, die in Art. 72 Abs. I und II RV verankerte Aussetzung der Gesetzverkündung durch Hindenburg erwirken zu können, was eine Entscheidung auf gouvernementaler Basis schließlich von vornherein sinnlos machte. Stattdessen plädierte er für den Einsatz des wesentlich offensiveren Artikels 73 Abs. 3 RV, der für einen Volksentscheid die Verschiebung auf einen rein plebiszitären und außerparlamentarischen Ausgangspunkt vorsah.¹¹²⁸ Hiernach reichte ein Zehntel der Stimmberechtigten aus, um den durch den Reichstag abgelehnten Gesetzentwurf zum Volksentscheid zu stellen. Hugenberg versprach sich von einem solchen Vorgehen, neben der Absage an den Youngplan, eine gebündelte Sammlung aller rechtsoppositionellen Kräfte, die dann geschlossen den Plänen Hindenburgs eine Absage erteilen sollten.

Diese Hoffnung sollte sich jedoch als wenig realistisch erweisen, da das Volksbegehren gegen die Kriegsschuldfrage bei den Mitgliedern des Reichsausschusses keine einhellige Zustimmung fand. So zeigten sich nicht nur die Vertreter der christlichen Bauernpartei oder der Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Aufklärung von vornherein skeptisch, sondern auch die im Reichsausschuss vertretenen Mitglieder des Reichslandbundes, was in Anbetracht seiner zahlenmäßigen Größe ein Problem darstellte.¹¹²⁹ Diesbezüglich hatte Brauweiler sich als Vorsitzender des extra für die Durchführung des Volksbegehrens gegründeten juristischen Ausschusses, dem daneben auch Lübbert, Lehmann, Baron Vietinghoff-Scheel, Regierungsrat Wenzel, Major Egan-Krieger und der Nationalsozialist Dr. Frick angehörten, mit führenden Persönlichkeiten der einzelnen Verbände zu Sondierungsgesprächen zusammengefunden.

¹¹²⁷ Mommsen, 1990, S. 267ff.

¹¹²⁸ Ebd., S. 284/85. S. hierzu den Inhalt des Artikels 73. Abs. 3: „Ein Volksentscheid ist ferner herbeizuführen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzesentwurfs stellt. Dem VB muß ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zugrunde liegen. Er ist von der Regierung unter Darlegung ihrer Stellungnahme dem Reichstag zu unterbreiten. Der VE findet nicht statt, wenn der begehrte Gesetzentwurf im RT unverändert angenommen worden ist.“ S. Anschütz, Gerhard: Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis, Aalen 1987, S. 383.

¹¹²⁹ Vorbereitende Sitzung des Arbeitsausschusses Anfang Juli 1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

Deren Resultat bestand darin, dass man im Gegensatz zu den „sonst in Aussicht genommenen Volksbegehren, [denen] weitestgehende Unterstützung gewährt werden“ konnte, im Falle des Volksbegehrens gegen den Youngplan keine Bereitschaft zeigen würde, „über den Beschluss vom 8. Juli hinauszugehen“.¹¹³⁰ Sah dieser Beschluss lediglich den „Kampf gegen den Youngplan“ vor, sollte über etwaige weitere Aktionen, wenn überhaupt, erst später Beschluss gefasst werden.¹¹³¹ Die gezeigte Zurückhaltung speiste sich vor allem aus den zu erwartenden Konsequenzen, die ein verfehltes Volksbegehren hinsichtlich der Kriegsschuldfrage auslösen würde. Diese beschränkten sich nicht, wie im Falle anderer gescheiterter Volksbegehren, auf die Feststellung des „Versagens eines letzten verfassungsmässigen Mittels“ oder den Verlust „des aufgewandten Geldes und der aufgebrauchten Mühe“; hier stand „ausserordentlich viel mehr auf dem Spiel“.¹¹³² So drohte der ganzen Bewegung, welche die „Kriegsschuldwiderlegung zum Hebel für den Umsturz des Versailler Diktats“ machen wollte, im Falle einer Niederlage die „große Gefahr“, dass diese sofort „durch die äußerst geschickten Politiker unserer Feinde mit Unterstützung durch zahlreiche Helfershelfer zu einem symbolhaften Schuldbekennnis der Mehrheit des deutschen Volkes gestempelt“ werden würde.¹¹³³ Fernerhin waren die Prognosen auch für den Fall der Durchsetzung des Volksbegehrens eher schlecht. So würde die „jetzige Regierung dem Volksentscheid zwar Folge leisten müssen, sie würde aber sicher irgendeinen Weg suchen und auch zu finden wissen, auf dem der erzwungene formelle Widerruf sachlich unwirksam gemacht wird“.¹¹³⁴ Die hier deutlich zum Ausdruck gebrachten Bedenken gegenüber dem Volksbegehren gegen die Kriegsschuldfrage, die auch vom gemäßigten Flügel des Stahlhelms geteilt wurden, der die eigentliche Funktion des Volksbegehrens, als „Vehikel für die Sammlung der Rechten“ immer mehr in Frage gestellt sah, bestätigte Brauweiler in Anbetracht des steigenden Einflusses der Radikalen, an dessen Ablehnung festzuhalten.¹¹³⁵

Das Thema der Kriegsschuldfrage war bereits frühzeitig vom Vorsitzenden der Abteilung Ie des Stahlhelms, Dr. Bochow, an Brauweiler herangetragen worden. Dieser hatte Mitte Dezember 1926 den Plan erwogen, „ein Volksentscheid über ein Gesetz“ zu initiieren, „das materiell auf der Kriegsschuldbehauptung“ aufbauen sollte.¹¹³⁶ Konnte der „entschiedene Wille einer nationalen Opposition mit nichts deutlicher, als einem Aufrollen der Kriegsschuldfrage“

¹¹³⁰ „Bemerkungen zur Lage“, 23.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹³¹ Ebd.

¹¹³² Görcke, Max: „Aufruf der Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Aufklärung“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹³³ An die Deutschnationale Volkspartei im Juli 1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹³⁴ Ebd.

¹¹³⁵ Brauweiler an Hugenberg, 15.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹³⁶ Denkschrift über die Tätigkeit der Abtlg. Ie von Mitte Dezember 26 - März 27 von M. Bochow, 15.3.1927, BArch, Alldeutscher Verband, R 8048/266, Bl. 154ff.

demonstriert werden, widersprach Brauweiler dieser Ansicht. Seine Ablehnung erklärte er damit, dass er die propagandistische Wirkung eines solchen Gesetzentwurfs für unmöglich halte, da heute „auch von scharfen politischen Gegnern [...] eine Alleinschuld Deutschlands nicht mehr behauptet wird, womit dieser Gesetzentwurf verspätet ist und ins Leere trifft“. ¹¹³⁷ Die Wahrscheinlichkeit, dass die Signaturmächte des Versailler Vertrags sich auf etwaige Erklärungen seitens der deutschen Regierung einlassen würden, die auf Anraten Bochows immer wieder beteuern sollte, dass „der Feststellung namhafter Wissenschaftler aus aller Welt“ zufolge die Kriegsschuldbehauptung eine Lüge sei, hielt Brauweiler für ausgeschlossen. Müssten „bei einem derartigen Kampfgesetz die Tatbestandsmerkmale soweit juristisch einwandfrei herausgearbeitet werden, dass das Gesetz tatsächlich praktisch angewandt“ werden könne, fehlte Brauweiler hierfür der geeignete Resonanzboden. ¹¹³⁸ Weder die Parteien, noch die Regierung oder die Presse würde ihm zufolge bei einem solchen Vorhaben mitmachen, ebenso wenig der einzelne Bürger, der vor allem Ruhe wolle. ¹¹³⁹

An dieser Kritik hielt Brauweiler auch im Januar 1929 fest, als er auf eine Anfrage Kurt von Bredows hin ein Vorgehen gegen die Kriegsschuldfrage als diplomatische Aktion abstempelte, die „nicht in Form eines Volksbegehrens angeschnitten werden“ könne. ¹¹⁴⁰ Brauweiler hatte für seine ablehnende Haltung bereits herbe Kritik einstecken müssen. Ihm wurde nicht nur vorgeworfen, den „entschiedenen nationalen Widerstandswillen“ zu lähmen, sondern diesen regelrecht zu untergraben und mit seiner Realpolitik, die von Joseph Wirth über Rathenau zu Stresemann führe, die gesamte nationale Politik infrage zu stellen. ¹¹⁴¹ Nichtsdestotrotz hielt Brauweiler an seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Wirksamkeit eines Volksbegehrens gegen die Kriegsschuldfrage auch in Zusammenhang mit der Aktion Hugenberg fest, mit der er sich im August 1929 schließlich in aller Deutlichkeit an den Bundesvorstand des Stahlhelms wandte. Hier führte er aus, dass „der Stahlhelm zwar den Kampf gegen den Youngplan begrüße und dazu beitragen wolle, dass der Reichsausschuss sich auch für diesen Kampf zur Verfügung

¹¹³⁷ Der Vorsitzende der Abteilung Ie des Stahlhelms, Dr. Bochow, hatte bereits Mitte Dezember 1926 den Plan erwogen, „ein Volksentscheid über ein Gesetz“ anzuberaumen, „das materiell auf der Kriegsschuldbehauptung“ aufbauen sollte. Auf diesem Weg sollte es erreicht werden, dass der Stahlhelm als Initiator des Volksbegehrens von seiner Stellung als bloßer Befehlsausführer befreit werden und darüber hinaus allen politischen Gruppen, „die sich [...] zur nationalen Bewegung und damit einer [...] scharfen Opposition bekennen, dabei aber krampfhaft bemüht sind, ihre Selbständigkeit zu wahren“, die Einfügung in ein großes Arbeitsprogramm erleichtert werden sollte.

¹¹³⁸ Sitzung am 4.3.1927 in Berlin. S. hierzu u.a. Brauweiler, Heinz: „Der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage“, in: Der Stahlhelm, Nr. 28, 17.7.1927 und auch die Denkschrift über die Tätigkeit der Abtlg. Ie von Mitte Dezember 26-März 27 von M. Bochow, 15.3.1927, BArch, Alldeutscher Verband, R 8048/266, Bl. 154ff.

¹¹³⁹ Denkschrift über die Tätigkeit der Abtlg. Ie von Mitte Dezember 26-März 27 von M. Bochow, 15.3.1927, BArch, Alldeutscher Verband, R 8048/266, Bl. 154ff.

¹¹⁴⁰ Brauweiler an Bredow, 18.1.1929, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/37, Bl. 223.

¹¹⁴¹ „Die Ansicht des politischen Chefs Dr. Brauweiler und die Ansicht der Abteilung Ie in Bezug auf politischen Kampfwillen und -ziel stehen sich zunächst unversöhnlich gegenüber. Ie will Kampf, um das Äusserste an aussenpolitischer Wirkung herausholen und innenpolitisch den Stahlhelm zum Zentralpunkt und Vorkämpfer des unversöhnlichen nationalen Befreiungswillens machen. Dr. Brauweilers Einwendungen sind formal-juristischer Natur und stehen etwa auf einer Ebene mit der umstrittenen nationalen Realpolitik, die von Joseph Wirth - Rathenau zu Stresemann führte.“ Denkschrift über die Tätigkeit der Abtlg. Ie von Mitte Dezember 26-März 27 von M. Bochow, 15.3.1927, BArch, Alldeutscher Verband, R 8048/266, Bl. 159/169.

stelle, dass [er] dagegen die Bedenken gegen ein Volksbegehren in der Kriegsschuldfrage“ aufgrund der Konsequenzen bei einem Fehlschlag als „außerordentlich gross“ einschätze.¹¹⁴² Schon bei einer indirekten Ablehnung müsste, laut Brauweiler, damit gerechnet werden, dass „die politische Entwicklung unter Umständen die Waffe gegen den Angreifer richten kann“.¹¹⁴³ Zwar hatte der Stahlhelm 1926/27 ebenfalls den Artikel 231 des Versailler Vertrags abgelehnt, ein Volksbegehren vor dem Hintergrund des zum jetzigen Zeitpunkt „fast unausweichlich sicheren Misserfolgs“ wäre Brauweiler zufolge jedoch nur möglich, wenn „der Herr Reichspräsident und damit die Haltung der amtlichen Stellen“ sowie die nationalen Arbeiterorganisationen geschlossen für ein Volksbegehren in der Kriegsschuldfrage gewonnen werden könnten.¹¹⁴⁴ Da der Reichspräsident sich jedoch immer kompromissbereiter gegenüber den Verhandlungspartnern und immer offensiver gegen die Kritik aus den eigenen Reihen zeigte und der Stahlhelm nicht den Eindruck erwecken wollte, sich bereitwillig „unter die Fittiche Hugenberg“ nehmen zu lassen, erwartete Brauweiler von der Übernahme des Volksbegehrens gegen die Kriegsschuldfrage ein „starkes Befremden“ unter den Stahlhelmkameraden.¹¹⁴⁵

Zu diesem Zeitpunkt glaubte Brauweiler noch stellvertretend für den ganzen Stahlhelm zu sprechen. Bei einer Mitte August 1929 stattfindenden Besprechung führender Stahlhelmfunktionäre (Czettritz, Wagner, Duesterberg, Brauweiler) in Halle zeigte sich jedoch, dass eine Einmütigkeit in der Frage des Volksbegehrens nicht bestand. So waren die Vertreter des radikalen Flügels (Czettritz, Wagner, Duesterberg, Morosowicz, Eulenburg-Wicken) aufgeschlossen gegenüber den Plänen Hugenberg. Das verdeutlichte neben Duesterberg, der bereits im Zuge des Dawes-Plans gegen eine Kooperation mit den Konsolidierungskräften, allen voran Stresemann, opponiert hatte, auch der ebenfalls dem radikal nationalistischen Stahlhelmflügel nahestehende, stellvertretende Bundeskanzler des Stahlhelms, Siegfried Wagner. Trotz anfänglicher Zurückhaltung sah er den Entwurf zum Volksbegehren plötzlich weitaus „klarer und volkstümlicher“.¹¹⁴⁶

¹¹⁴² Schoeps, 1974, S. 119 & Brauweiler, Heinz: An den Bundesvorstand des Stahlhelms, Archiv Ostwig, Best. Nachlass Ferdinand von Lüninck, Nr. 769.

¹¹⁴³ „Bericht des Vorsitzenden des juristischen Ausschusses“ 23.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹⁴⁴ „Es wurde wörtlich gesagt, [...] dass die Wirkung eines Fehlschlages äusserst ernst zu bewerten sein werde. Wenn es gelänge, sowohl den Herrn Reichspräsidenten und damit die Haltung der öffentlichen Stellen für ein Volksbegehren in der Kriegsschuldfrage zu gewinnen, wenn weiter die nationalen Arbeiterorganisationen für ein Volksbegehren in der Kriegsschuldfrage zu haben wären, dann sei vielleicht möglich, die aussenpolitischen Bedenken wegen des möglichen – oder, angesichts der Tücken des Volksentscheidverfahrens fast unausweichlich sicheren Misserfolgs – in Kauf zu nehmen, weil nämlich auf der anderen Seite die Bildung der inneren Front dann ein erhebliches Stück gefördert sei.“ Brauweiler, Heinz: „An die Mitglieder des Bundesvorstandes“, 2.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹⁴⁵ In die Kritik war Hindenburg auch bei vielen ehemaligen Kameraden aus dem Ersten Weltkrieg geraten, so z.B.: dem Nationalverband deutscher Offiziere. Diesen entgegnete er in einem Schreiben vom 9.2.1929, dass er sich ein solches Verhalten, „auf Grund ungeprüfter einseitiger, oft tendenziöser Zeitungsnachrichten“ nicht länger gefallen lassen wolle, fügte wenig später jedoch hinzu, dass „sachlich begründete Beschwerden“ bei ihm „stets ein geneigtes Ohr finden“ würden. S. Hubatsch, 1966, S. 108/09. S. auch: Brauweiler, Heinz: „An die Mitglieder des Bundesvorstandes“, 2.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹⁴⁶ Wagner an Duesterberg: „Bericht über Kissingen“, 19.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114. Wagner war 1928 zum stellvertretenden Bundeskanzler des Stahlhelms ernannt worden. Er galt als Anhänger des Duesterbergflügels.

Die angebliche Einheit der „nationalen Front“ erwies sich damit als Chimäre. Im Folgenden verschärfte sich die bereits beschriebene Herausbildung zweier diametraler Blöcke, die mittlerweile nicht mehr nur auf den Stahlhelm, sondern auf die „nationale Opposition“ generell übergriff und deren Polarisierung begünstigte.¹¹⁴⁷ War der eine Block hierbei maßgeblich vom radikalisierten deutsch-nationalen Duesterberg-Hugenberg-Flügel bestimmt, der auf die schnellstmögliche Umsetzung des Volksbegehrens und die sofortige Abschaffung des gesamten Systems mit allen Mitteln drängte, stand diesem ein um Brauweiler und Seldte gesammelter Block gegenüber. Mit dem Wunsch nach einem schrittweisen, „stillen“ Verfassungswandel verfolge man hier einen anderen politischen Stil, der aufgrund der strikten Antiparteilichkeit und dem Willen zur Ablösung der parlamentarischen Demokratie zwar inhaltlich nicht minder radikal, vom Ablauf aber weitaus defensiver angelegt war.

Die Diskussion um den § 4 des Volksbegehrens (Zuchthausparagrafen), der die summarische Bestrafung all derjenigen forderte, die sich zu einer Vertragsunterzeichnung des Youngplans bereiterklärten, was neben dem Reichskanzler und den Reichsministern also auch den Reichspräsidenten einschloss, führte schließlich die endgültige Polarisierung der „nationalen Opposition“ herbei.¹¹⁴⁸ So begannen sich neben dem Reichslandbund, dessen Vertreter „den Strafparagraph im Entwurf [als] unannehmbar“ bezeichneten und die Ingangsetzung neuer Verhandlungen forderten, auch die in der Ruhrlade versammelten Vertreter der Schwerindustrie, des Jungdeutschen Ordens, des Bund Oberlands und des Wehrwolfs gegen eine Unterstützung des Volksbegehrens auszusprechen.¹¹⁴⁹ Als Erklärung wurde angeführt, dass dieses immer mehr den Anschein einer „diktatorisch bestimmten Maßnahme“ erwecke und den eigentlichen Zweck einer Sammlung der nationalen Front vollends zu negieren schien.¹¹⁵⁰

Auch wenn Hugenberg selbst sich nicht gänzlich unbeeindruckt von der Kritik gegen den § 4 zeigte, bestätigte ein persönliches Zusammentreffen mit Hitler in München jedoch seine Vermutung, dass mit einem Entgegenkommen der Nationalsozialisten nicht zu rechnen war,

¹¹⁴⁷ Berghahn, 1978, S. 440.

¹¹⁴⁸ Brauweiler an Hugenberg, 23.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹⁴⁹ Die Zurückhaltung des Reichslandbundes begründet sich vor allem durch die Rücksichtnahme auf das Zentrum, das den Kurs der Nationalkonservativen nicht mittragen wollte. Schiele hatte in diesem Zusammenhang bereits vor den Gefahren der politischen Radikalisierung gewarnt, die sich hiermit anbahnten und die auch im weiteren Verlauf verstärkt auftreten sollten. S. Merkenich, Stephanie: Grüne Front gegen Weimar: Reichslandbund und agrarischer Lobbyismus, 1918-1933, Düsseldorf 1998, S. 302. In einer schriftlichen „Stellungnahme gegen den § 4 des Gesetzesvorschlages gegen die Versklavung des deutschen Volkes“, den der Reichslandbund am 17.9. an den Reichsausschuss schickte, hieß es, dass in Hinblick auf die juristischen Gründe ein Strafgesetz keine rückwirkende Kraft habe und das das „Zeichnen der Verträge“ nicht die politischen und moralischen Verantwortlichen für den Youngplan treffe, sondern nur nach ihrer Amtsstellung verpflichtete Bevollmächtigte. Darüber hinaus wurde als politische Begründung für die Ablehnung des §4 anheimgestellt, dass dieser die Werbekraft des Volksbegehrens mindere und stattdessen zu einer vollkommenen Verhetzung im politischen Kampfe führen würde. S. BArch, Alldeutscher Verband, R 8048/263, Bl. 100-104.

¹¹⁵⁰ Dahingehend äußerte sich beispielsweise auch der Vorsitzende des Bund Oberland, Kapitän Erhard, der das Volksbegehren einen „unsinnigen Streich“ nannte, um die „sich bildende nationale Front“ zu erledigen. S. Schulz, Gerhard: Der Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt am Main 1975, S. 464.

diese im Gegenteil sogar für eine Verschärfung des Strafparagrafen plädierten.¹¹⁵¹ Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Mitarbeit der Nationalsozialisten war eine nachträgliche Änderung oder Streichung des § 4 also nicht mehr möglich und „mit Gefahren für die Gemeinsamkeit des Vorgehens verknüpft.“¹¹⁵² Dementsprechend legte Hugenberg fest, den vielseitig kritisierten Gesetzentwurf als kleineres Übel bei der nächsten Sitzung des Präsidiums am 28. August den dort Anwesenden zu unterbreiten, wofür es unerlässlich sei, sich einflussreiche Gegenspieler vom Hals zu schaffen. Angesprochen war hiermit auch Brauweiler, der ein Zusammengehen mit Hugenberg und Hitler aufgrund deren skrupellosem Radikalismus deutlich negierte.

Die Tatsache, dass er als Vorsitzender des juristischen Ausschusses die Möglichkeit hatte, die Ausschreibung des Volksbegehrens aufgrund rechtlicher Bedenken zu verzögern und damit der Regierung die Ratifikation des Youngplans vor Ausschreibung des Gesetzes zum Volksbegehren zu ermöglichen, riet Wagner dazu, die „notwendigen technisch-juristischen Vorarbeiten“ ganz aus der Verantwortung Brauweilers zu nehmen, der als ein zunehmend größeres Hindernis für die Bildung einer radikalen Rechtsfront gesehen wurde. Hugenberg leistete diesem Ratschlag Folge, indem er auf Ebene des Reichsausschusses gezielte „personelle Umstrukturierungsmaßnahmen“ vornahm.¹¹⁵³ So beauftragte er seinen engen Parteifreund und Mitglied des juristischen Ausschusses, Julius Friedrich Lehmann, sich „schleunigst der vielen Formalien anzunehmen, die in Bezug auf das Volksbegehren vorbereitet werden müssen, damit wir nur auf den Knopf zu drücken brauchen, um innerhalb weniger Tage das Volksbegehren an die Öffentlichkeit zu bringen und die Listen dafür auszulegen.“¹¹⁵⁴ Damit war Lehmann zum Alleinverantwortlichen für die Angelegenheiten des Volksbegehrens erklärt worden, was sämtliche juristische Beratung über den Gesetzentwurf durch Brauweilers entkräftete.¹¹⁵⁵ Über diese entscheidende Maßnahme wurde Brauweiler erst kurz vor der geplanten Verkündung des Gesetzentwurfs durch den Hauptgeschäftsführer des Reichsausschusses, Egan-Krieger, informiert.¹¹⁵⁶

¹¹⁵¹ Hugenberg war aufgrund einer näheren Diskussion um den § 4 zu Hitler nach München gefahren, um mit diesem eine eventuelle Streichung des Artikels zu diskutieren. Hitler lehnte dies jedoch – wie nicht anders zu erwarten – ab und forderte stattdessen sogar eine Radikalisierung des Gesetzentwurfs.

¹¹⁵² Hugenberg an Schiele, September 1929, in: Friedenthal, Elisabeth: Volksbegehren und Volksentscheid über den Youngplan und die deutschnationale Sezession, Tübingen 1957.

¹¹⁵³ Wagner an Duesterberg: „Bericht über Kissingen“, 19.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹⁵⁴ Julius Friedrich Lehmann war ein, der rechten Ortsgruppe der DNVP angehörender Verleger, der Hugenberg nahe stand, sich im Unterschied zu diesem jedoch bald zu einem radikalen Antisemiten entwickelte und 1931 schließlich der NSDAP beitreten sollte. S. Holzbach, 1981, S. 118; Rösch, Mathias: Die Münchner NSDAP 1925-1933. Eine Untersuchung zur inneren Struktur der NSDAP in der Weimarer Republik, München 2002; Egan-Krieger an Brauweiler, 15.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹⁵⁵ Lehmann bezeichnete den Youngplan als Bestandteil einer „vertragswidrigen Erfüllungspolitik“ zugunsten der „völligen Ausschachtung Deutschlands“. Lehmann an Brauweiler, 7.10.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/110.

¹¹⁵⁶ Egan-Krieger an Brauweiler, 15.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

Brauweiler reagierte prompt, indem er Hugenberg nicht nur deutlich auf die gegenwärtigen Hierarchieverhältnisse innerhalb des juristischen Ausschusses hinwies, sondern auch auf die Tatsache, dass „eine nutzbringende Tätigkeit der Fachausschüsse“ nur möglich sei, wenn „alle in den Bereich des Fachausschusses fallenden Arbeiten grundsätzlich unter Leitung des [gesamten] Fachausschusses“ vorgenommen würden.¹¹⁵⁷ Das Übergehen des juristischen Ausschusses durch die oben genannten personellen Veränderungen bedeutete folglich einen Verstoß gegen die Richtlinien. Auch wenn Hugenberg dem Einwand Brauweilers „formal“ zustimmte, betonte er dennoch, dass „formelle Bedenken [derzeit] nicht beachtet werden“ und der Einwand Brauweilers in Anbetracht der gebotenen Eile, mit der die Veröffentlichung des Gesetzesentwurfs vorangetrieben werden müsse, keine Berücksichtigung finden könne.¹¹⁵⁸ Trotz Gegenwehr Brauweilers, sich mit der Übergehung des Fachausschusses unter keinen Umständen einverstanden erklären zu wollen, wollte Hugenberg den Gesetzentwurf für ein Volksbegehren ohne Vorabüberprüfung des juristischen Ausschusses vorlegen.¹¹⁵⁹ Auf Grund der gebotenen Eile wandte Brauweiler sich noch am selben Tag an die Bundesleitung des Stahlhelms – General Czetriz, Seldte, Duesterberg, Stadtler, Wagner, Lüninck und Bünger – die er zum Widerstand gegen den von Hugenberg angekündigten Gesetzentwurf aufrief. Gewiss könne das Hugenberg-Projekt als eine mögliche Aktion in Erwägung gezogen werden, dennoch bezeichnete Brauweiler es als „politisch falsch und gefährlich [...] eine Beschlussfassung oder gar Verkündung jetzt vorzunehmen, [da] der Ausgang der Verhandlungen in Haag wahrscheinlich nicht die Annahme des Youngplans bedeuten“ würde und selbst im Falle dessen eine „richtige Formulierung“ ohne Bekanntgabe des eigentlichen Regierungsentwurfs „nahezu unmöglich“ sei.¹¹⁶⁰ Beruhte das derzeit dem Reichsausschuss entgegengebrachte Vertrauen hauptsächlich darauf, dass hier „keine Parteisache“ getrieben werde, „sondern eine überparteiliche-außerparlamentarische Front und Aktion außerhalb der Parteien“, sah Brauweiler dieses Prinzip durch Hugenberg als verfehlt, dessen Erfolg „mehr im Abstoßen als im Sammeln und Zusammenhalten“ lag.¹¹⁶¹ In diesem Zusammenhang warf er Hugenberg vor, durch eine Mehrheit im Präsidium die anderen im Reichsausschuss vertretenen Gruppen zu

¹¹⁵⁷ Brauweiler an Hugenberg, 23.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹⁵⁸ Hugenberg versuchte durch ein beschleunigtes Einbringen des Gesetzentwurfs nicht nur den anhaltenden Torpedierungsversuchen der Gemäßigten die Diskussionsgrundlage zu entziehen, sondern auch der Gefahr vorzubeugen, „durch Abwarten in eine passive Rolle“ gedrängt zu werden“. Friedenthal, 1957, S. 72; Wagner an Duesterberg: „Bericht über Kissingen, 19.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹⁵⁹ Brauweiler an Hugenberg, 23.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹⁶⁰ Bericht des juristischen Ausschusses, 23.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹⁶¹ Der DNVP wurde im Reichsausschuss ein nur geringes Vertrauen entgegengebracht. Die Tatsache, dass im Präsidium den „neun Mitgliedern der Hugenberg Gruppe nur acht ihr nicht zugehörige Personen aller anderen Gruppen“ gegenüberstanden und „die Vorschläge zur Zuwahl weiterer Mitglieder zu Zweidritteln ebenfalls aus der Hugenberg Gruppe“ stammten, bestärkte dieses Misstrauen zusätzlich. Brauweiler an Duesterberg, General Czetriz und Wagner, „Bemerkungen zur Lage“, 23.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

majorisieren und das „nur schwach entwickelte innere Zusammengehörigkeitsgefühl“ des nationalen Lagers für die eigenen „besonderen Parteizwecke“ auszunutzen.¹¹⁶²

Um das sukzessiv erfolgende Bröckeln der „nationalen Opposition“ aufzuhalten, nahm Brauweiler schließlich erneut Kontakt mit einzelnen Partnern des Reichsausschusses auf.¹¹⁶³ So u.a. zu den Mitbegründern der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei (CNBLP), Günther Guericke und Karl Hepp. Beide sahen sich aufgrund ihres zögerlichen Verhaltens gegenüber dem Gesetzentwurf mit immer heftigeren Übergriffen seitens der DNVP-Vertreter im Reichsausschuss konfrontiert.¹¹⁶⁴ Auch wenn die Deutschnationalen wiederholt aufgefordert wurden, sich „umgehend und in öffentlicher Form“ von etwaigen Angriffen zu distanzieren, verschärfte ein auf Veranlassung Hugenbergs arrangiertes Zusammentreffen mit Hepp am 4. September die ohnehin angespannte Situation im Reichsausschuss. Hugenberg erklärte hier den Verzicht auf die seitens der CNBLP geforderte Prüfung des Gesetzentwurfs durch den juristischen Ausschuss und die einwandfreie Zustimmung zu diesem zur Ultima ratio einer weiteren Tolerierung der CNBLP im Reichsausschuss.¹¹⁶⁵ Auf die damit von Hugenberg heraufbeschworene Gefahr eines Zusammenbruchs des Reichsausschusses reagierte Brauweiler mit der Ankündigung einer Sitzung des juristischen Ausschusses am 19. September. Hier sollte der politisch und juristisch unhaltbare Entwurf, der mittlerweile zum Markstein für die weitere Existenz des Reichsausschusses und damit der „nationalen Opposition“ geworden war, eingehend thematisiert werden.¹¹⁶⁶

Diese Ankündigung fasste man im radikalen Lager als eindeutige Kampfansage auf und veranlasste Hugenberg zu einem entschiedenen Vorgehen gegen Brauweiler. Aus diesem Grund wandte Hugenberg sich schließlich an Duesterberg. Der zweite Bundesführer hatte Brauweilers Anstellung im Stahlhelm zwar erst ermöglicht, die Beförderung Brauweilers zum politischen Berater Seldtes brachte Duesterberg jedoch zu einer Revision seiner anfänglich

¹¹⁶² Anschreiben an die Herrn Mitglieder des Bundesvorstandes vom 2.8.1929; Bemerkungen zur Lage, 23.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹⁶³ Hier beispielsweise bei der Bundesvorstandssitzung vom 24.11.1929, bei der er von Alvensleben und Duesterberg gegenüber sagte, dass es hinsichtlich der kommenden Arbeit darauf ankomme, mehr außerhalb der Parlamente zu arbeiten und das sich eine zu enge Kontaktnahme mit den einzelnen Parteien nicht mit dem Überparteilichkeitsprinzip des Stahlhelms und des von ihm mitgetragenen Reichsausschusses vereinbaren ließe. S. u.a. Bundesvorstandssitzung, 24.11.1929, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/11, Bl. 22 oder auch Wagner an Duesterberg „Bericht über Kissingen“, 19.8.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹⁶⁴ Vollmers unterrichtete Seldte am 18.8.1929 darüber, dass seine Partei von dem Vorsitzenden des Landesverbandes der DNVP für die Provinz Sachsen, Dr. Schiele, als Banausenpartei bezeichnet und mit Negerweibern verglichen wurde. S. Abschrift an den Vorsitzenden des Arbeitsausschusses für das deutsche Volksbegehren Herr Bundesführer Franz Seldte, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/43, Bl. 120.

¹¹⁶⁵ Hepp hatte Wagner im Anschluss an das Zusammentreffen mit Hugenberg gesagt, dass Hugenberg selbst die Schwäche seiner Aktion erkannt habe und nun einen „Sündenbock“ suche, der den Reichsausschuss sprengt. S. Wagner an Duesterberg, 5.9.1929, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/43, Bl. 112.

¹¹⁶⁶ Brauweiler an Duesterberg, 5.9.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114. Das Treffen war u.a. auf Anraten Egan-Kriegers einberufen worden, der Brauweiler als Vorsitzenden des juristischen Ausschusses bat, eine Begründung vorzubereiten, „die vom Hauptbüro bei der nächsten Präsidialsitzung vorgelegt werden“ sollte. „Gleichzeitig bitte ich [...] um Fertigstellung eines juristisch einwandfreien Entwurfs des Volksbegehrens.“ Egan-Krieger an Brauweiler, 14.9.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

noch aufgeschlossenen Haltung Brauweiler gegenüber. Seine geänderte Einstellung hing mit Brauweilers antiparteilicher Einstellung zusammen und Duesterbergs Befürchtung aufgrund dessen keinen „angemessenen Kontakt“ mit den radikalen Kräften aufnehmen zu können. Auslöser für diese Befürchtung war eine Besprechung, zu der Brauweiler eine Reihe Abgeordneter der verschiedenen Stahlhelmgruppen eingeladen hatte, „ohne die beiden von Duesterberg vorgeschlagenen Kandidaten Leopold und Jahnke“ als Vertreter der Stahlhelmgruppe Mitteldeutschland und Halle-Merseburg mit einzubeziehen.¹¹⁶⁷ Beide repräsentierten den rechtsgerichteten, deutlich radikalisierten Stahlhelmflügel, dem auch Duesterberg angehörte.¹¹⁶⁸ Duesterberg sah in diesem Verhalten eine klare Absage an „unsere Linie“ und einen Widerspruch zu den festgelegten Obrigkeitsverhältnissen innerhalb des Bundes.¹¹⁶⁹ Zwar versuchte Brauweiler zu besänftigen, indem er Duesterberg gegenüber erklärte, ebenso an dem Aufbau einer gemeinsamen Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit der „nationalen Opposition“ interessiert zu sein. Gleichzeitig betonte er jedoch auch, dass diese nicht erreicht werden könne, wenn „ich, der ich als Politiker von einigem Ruf und nicht ganz ohne Erfolg eine geachtete Stellung habe [...] in einer Tonart behandelt werde, welche militärischen Subordinationsverhältnissen entsprechen mag“.¹¹⁷⁰ Indizierte dieser Konflikt die zunehmende Anspannung innerhalb des Stahlhelms, sah Duesterberg das Gesetz gegen die „Versklavung des deutschen Volkes“ als willkommenen Ansatzpunkt, seine Missstimmung gegen Brauweiler erneut aufzugreifen und mit der nationalen Opposition im Hintergrund gegen ihn vorzugehen. Zwar betonte er Brauweiler gegenüber, seine Position und Ansicht als politischer Referent durchaus ernst nehmen zu wollen, ließ jedoch keinen Zweifel daran, dass sein Einfluss keinesfalls als entscheidend angesehen und demzufolge auch seine Einwände gegen den kritischen Strafparagrafen nicht berücksichtigt werden könnten. Mit diesem Verhalten hatte Duesterberg nicht nur Brauweiler zur Handlungsunfähigkeit verdammt, sondern sich auch eindeutig gegen den ersten Bundesführer Seldte und dessen Flügel

¹¹⁶⁷ Bernhard Leopold war u.a. Vorsitzender des Halleschen Bergbauvereins und gleichzeitig Vorsitzender der deutschnationalen Industriegruppe Halle. Duesterberg an Brauweiler, 8.4.1927, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/33, Bl. 37-38.

¹¹⁶⁸ Die Ortsgruppe Halle ist stellvertretend für den radikal nationalistischen Stahlhelmflügel zu sehen, mit dem es bereits seit Mitte der 20er Jahre immer wieder Konflikte gegeben hatte. Repräsentierte Seldte hier die Magdeburger Gruppe, stand Duesterberg als Vorsitzender der Ortsgruppe Halle den Bestrebung Seldtes kritisch gegenüber. Duesterberg an Brauweiler, 8.4.1927, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/33, Bl. 37-39.

¹¹⁶⁹ Diesem Angriff konterte Brauweiler in einem Brief an Duesterberg, indem er darauf verwies, dass Kamerad Leopold trotz einer an ihn ergangenen Einladung nicht anwesend war, demnach also auch nicht „zurate gezogen werden konnte“. Darüber hinaus sprach er sich auch von dem Vorwurf einer bestehenden Opposition zum radikalen Flügel frei, indem er darauf verwies in seiner politischen Linie genügend gefestigt zu sein, „um mich einer Beeinflussung erwehren zu können“. Er schloss mit dem Hinweis darauf, dass Duesterberg entweder anerkennen solle, „dass ich im Stahlhelminteresse arbeiten will und kann, und dann sollte man dieses Vertrauen bestätigen, oder aber Sie erklären, dass Sie den politischen Referenten durch einen Mann Ihres besonderen Vertrauens ersetzen wollen“. S. Brauweiler an Duesterberg, 12.4.1927, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/33, Bl. 41-50.

¹¹⁷⁰ Brauweiler an Duesterberg, 12.4.1927, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/33, Bl. 41-50.

ausgesprochen.¹¹⁷¹ Das kam einer Stärkung der radikalen Rechtsfront um Hugenberg entgegen.¹¹⁷²

Unter der Leitung Hugenbergs wurde der Gesetzentwurf zum Volksbegehren trotz der angekündigten Gegenwehr des juristischen Ausschusses und „ohne Wissen des Hauptbüros“ schließlich einen Tag früher als geplant, am 11. September von der deutschnationalen Pressestelle anstatt dem eigentlich dafür zuständigen Reichsausschusses publik gemacht.¹¹⁷³ War hierdurch nicht nur die Presse- und Propagandaabteilung des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren übergangen worden, sondern auch dem Ergebnis der Besprechung des juristischen Ausschusses vom 19. September vorweggegriffen, rechtfertigte Hugenberg diesen Schritt in einem am 15. September an die Mitglieder des Präsidiums des Reichsausschusses für das Volksbegehren gesandten Schreiben. In diesem hieß es, dass die vorgezogene Veröffentlichung einvernehmlich mit den dafür verantwortlichen Personen am 10. September verabredet worden sei und das weitere Eingehen auf kritische Stimmen, mit denen er angeblich gar nicht gerechnet habe, die „unmittelbare Gefahr einer Auflösung des Reichsausschusses“ in sich geschlossen hätte.¹¹⁷⁴

So unerbittlich sich Hugenberg bei der Umsetzung des Volksbegehrens zeigte, der den Zusammenhalt der nationalen Front nicht um den Preis des Volksbegehrens aufrechterhalten wollte, so unerbittlich zeigte sich auch Brauweiler in seiner Forderung nach Einstimmigkeit bei der Beschlussfassung in seinem Sinne. Deshalb hielt er an dem Termin für das geplante Zusammentreffen des juristischen Ausschusses am 19. September fest.¹¹⁷⁵ Den dort anwesenden Herren unterbreitete er den Vorschlag, eine Abänderung des Wortlautes des § 4 vorzunehmen.¹¹⁷⁶ In Anlehnung an die vom Reichslandbund ausgearbeitete Stellungnahme vom 17. September plädierte Brauweiler dafür, das in § 4 verankerte Strafmaß lediglich auf den

¹¹⁷¹ Berghahn, 1978, S. 440.

¹¹⁷² Der Stahlhelm hatte sich am 18.9 schließlich offiziell für den § 4 ausgesprochen, gleichzeitig aber deutlich gemacht, eine nochmalige Debatte in der Präsidialsitzung führen zu wollen. S. Bericht über die Sitzung des Juristischen Ausschusses am 19.9.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹⁷³ Egan-Krieger an Brauweiler, 12.9.1929 & 14.9.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114. Formal hatte Hugenberg sein Fehlverhalten zu überdecken versucht, indem er am Abend des 10. September ein Rundschreiben an alle Mitglieder des Präsidiums versandt hatte, das einen leicht abgeänderten Entwurf des Gesetzes enthielt. Eine Stellungnahme oder Kritikbekundungen waren aber von vornherein nicht zu gewährleisten, da der Text bereits am 11. den Redaktionen zur Veröffentlichung zugesandt wurde.

¹¹⁷⁴ Hugenberg rechtfertigt sein Verhalten in einer Ergänzung zum Rundschreiben vom 12.9.1929 und einem Mitteilungsbrief an die Mitglieder des Präsidiums des Reichsausschusses für das Volksbegehren vom 15.9.1929. In beiden Schreiben hieß es, dass von den ursprünglich sachlichen Bedenken keine Rede mehr gewesen wäre und ein neues Bedenken nicht aufgetaucht sei. „Nachdem die Ausschüsse zugestimmt hatten, konnte ich auf die Aufwerfung neuer Einzelfragen nicht mehr gefasst sein, konnte auch nicht voraussetzen, dass solche überhaupt [...] Gegenstand der Erörterungen in der Bundesvorstandssitzung sein würden. Ich musste deshalb Mittwoch, den 11. d. M. nachm. 1 Uhr 30 die Anordnung der Veröffentlichung geben, was [...] der letzte Termin war.“ Die Tatsache, dass die Ergebnisse der Besprechung des Bundesvorstandes des RLB erst am 11. um 5 Uhr Nachmittags eintrafen, unterstützt die Vermutung, dass Hugenberg über eine schnelle Veröffentlichung etwaige Gegenstimmen von vornherein im Keim ersticken wollte. BArch, Alldeutscher Verband, R 8048/263, Bl. 72/73.

¹¹⁷⁵ Zu dem Zusammentreffen des Juristischen Ausschusses erschienen neben Baron Vietinghoff-Scheel, Lehmann, Regierungsrat Wenzel und Egan-Krieger auch Major Nagel, Bethke und Graf Pfeil in Vertretung für die Herren Baron Freytag, Dr. Frick und Dr. Wendhausen.

¹¹⁷⁶ Bericht über die Sitzung des juristischen Ausschusses am 19.9.1929, nachmittags 6.15 bis 9.15, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

Reichskanzler und den Reichsminister sowie deren Bevollmächtigten zu beschränken. Damit wäre automatisch ausgeschlossen, „dass auch der Reichspräsident von der Strafandrohung betroffen sein könnte“ und damit sein Plan einer gestärkten Stellung Hindenburgs, den er seit langem anstrebte, ohne Risiken seitens der radikalen Kräfte durchführbar. Doch wie nicht anders zu erwarten, hielten Lehmann, Baron Vietinghoff-Scheel und Nagel an dem Widerstand gegen Brauweilers durchschaubaren Plan fest, indem sie „ein Verbot ohne Strafbestimmung“ als wirkungslos bezeichneten. Sie interpretierten die Abänderung oder gar Streichung des § 4 als „wohl überlegten Überfall“ einer ganz anders orientierten politischen Gruppe, die mit ihren Einwänden nicht nur den in Gang befindlichen Zulassungsantrag, sondern auch die ganze nationale Bewegung hinfällig mache und stattdessen die Aktivierung einer nationalen Mitte anstreben würde.¹¹⁷⁷ Die Vertreter der NSDAP hatten ihren Unmut über die Einwände gegen den § 4 bereits vor der eigentlichen Sitzung zum Ausdruck gebracht, indem sie gar nicht erst zu dieser erschienen und schriftlich darüber informierten, dass „bei Aufrechterhaltung des Widerspruchs gegen § 4 die einheitliche Front“ als zerbrochen angesehen würde.¹¹⁷⁸

War man in diesem Zusammenhang an ein Patt gekommen, hatte Brauweiler bereits Überlegungen für den Fall getroffen, dass auch bei der für den 21. September anberaumten beschlussfassenden Präsidialsitzung keine allgemeine Zustimmung über den Wortlaut des Gesetzes gegen die „Versklavung des deutschen Volkes“ zustande kommen und ein neuer Gesetzentwurf notwendig sein würde.¹¹⁷⁹ Gemäß seines Grundsatzes, die einmütige Beschlussfassung als Basis für einen neuen, nach seinen Vorstellungen abgeänderten Gesetzestext zu nehmen, stand für Brauweiler fest, dass dieser nur aus einem einzigen Paragraphen bestehen durfte. Dieser sollte auf dem Wortlaut beruhen, dass „die Durchführung der am 30. August 1929 in Haag unterzeichneten Verträge“ verboten sei.¹¹⁸⁰ Entgegen seiner Bedenken gelang es bei besagter Präsidialsitzung jedoch tatsächlich die vorgeschlagene Abwandlung des Zuchthausparagraphen durchzusetzen.¹¹⁸¹ Demnach schloss der am 28. September 1929 beim Reichsinnenministerium eingereichte Gesetzentwurf Hindenburg als Ehrenmitglied des Stahlhelms von der Strafandrohung aus.¹¹⁸² Am 30. September ließ

¹¹⁷⁷ Hugenberg an Duesterberg, 14.9.1929 & Nagel an Generalmajor a.D. Hell, 17. 9.1929, BArch, Alldeutscher Verband, R 8048/263, Bl. 56-59.

¹¹⁷⁸ Über die Drohung der Nationalsozialisten informierte Hugenberg in einem Schreiben an Duesterberg vom 16.9.1929, s BArch, Alldeutscher Verband, R 8048/ 262, Bl. 60ff.

¹¹⁷⁹ Berghahn, Volker: „Das Volksbegehren gegen den Youngplan und die Ursprünge des Präsidialregimes, 1928-1930“, in: Stegmann, Dirk: Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert, Festschrift für Fritz Fischer zum 75. Geburtstag und zum 50. Doktorjubiläum, Bonn 1983, S. 441.

¹¹⁸⁰ Bericht über die Sitzung des juristischen Ausschusses, 19. September 1929, nachmittags 6.15-9.15 Uhr, StMG, NI Brauweiler 15/13/114.

¹¹⁸¹ Schiele an Kielmannsegg, 23.9.1929, BArch, Alldeutscher Verband, R 8048/263, Bl. 126.

¹¹⁸² Jonas, Erasmus: Die Volkskonservativen 1928-1933, Düsseldorf 1965, S. 46. S. auch Wagner an den Landesverband Pommern-Grenzmark, 17.9.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

Reichsinnenminister Carl Severing das Volksbegehren zu, dessen Eintragungsfrist auf den Zeitraum zwischen dem 16. und 29. Oktober festgelegt wurde.¹¹⁸³

Brauweilers erneute Hoffnung, im Falle der Diskussion um den Youngplan einen offiziellen Triumph für seine politischen Vorstellungen einer zusammenstehenden „nationalen Opposition“ erreicht zu haben, sollte sich jedoch schon bald als Trugschluss erweisen. Stattdessen gingen die Machtkämpfe innerhalb der „nationalen Opposition“ unvermindert weiter, deren Auswirkungen Brauweiler alsbald deutlich merken sollte.

6.6 Nach dem Volksbegehren

Obwohl das Volksbegehren gegen den Young Plan nach anfänglich knappem Erfolg seine politische Intention aufgrund der nicht erforderlichen Mindestanzahl an Stimmen beim anschließenden Volksentscheid im Dezember 1929 verfehlen und die Reichsregierung im Januar 1930 schließlich den Youngplan als „neuen Plan“ unterzeichnen sollte, wurde die Zielsetzung der Vereinheitlichung der „nationalen Front“ aufrechterhalten.¹¹⁸⁴ Das Präsidium des Reichsausschusses beschloss die bisher geleistete Vorarbeit als Grundlage für einen „Block des nationalen Widerstands“ umzufunktionieren. Dieser Block sollte die begonnene „Aufklärungsarbeit“ in allen Gegenden des Reiches unvermindert fortsetzen, um sich den „drohenden aussenpolitischen und wirtschaftlichen Gefahren“ zu widersetzen, mit denen man sich in Anbetracht der „fortschreitenden Bolschewisierung des öffentlichen Lebens“ konfrontiert sah.¹¹⁸⁵ Diese wortmächtigen Phrasen vermochten jedoch nicht darüber hinwegzutäuschen, dass das Auseinanderbrechen der „nationalen Front“ durch die Abwanderung „gerade der Kreise, die eigentlich zur Mitarbeit gewonnen werden sollten“, unvermindert anhielt.¹¹⁸⁶ Anzeichen dafür war zum einen der bereits im Dezember 1929 erfolgte Austritt des Reichslandbundes und des Landvolks aus dem Reichsausschuss – trotz der noch Mitte September gegebenen Zusicherung, im Reichsausschuss bleiben zu wollen.¹¹⁸⁷

¹¹⁸³ Jung, Otmar: Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle „Aufwertung“, „Fürstenenteignung“, „Panzerkreuzerverbot“ und „Youngplan“, Frankfurt 1989, S. 116.

¹¹⁸⁴ Die Tatsache der nicht ausreichenden Stimmenanzahl für das Volksbegehren war eine Befürchtung, die bereits am 30. Oktober 1929, also einen Tag nach Ablauf der Eintragungsfrist, geäußert wurde. Als Begründung wurde vor allem die mangelhafte organisatorische Durchführung erwähnt, der zufolge nicht genügend örtliche Ausschüsse hervorgebracht worden waren. BArch, Aldeutscher Verband, R 8048/263, Bl. 173.

¹¹⁸⁵ Rundschreiben Nr. 9 an alle Mitglieder des Reichsausschusses, BArch, Aldeutscher Verband, R 8048/263, Bl. 244.

¹¹⁸⁶ Vertraulicher Brief Mahnkens an die Bundesführer, 14.9.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114. Zu diesem Zusammenhang hatte sich die Germania am 7.1.1930 geäußert, in deren Spalten es hieß, dass „der Reichslandbund und die Landvolkpartei aus dem Ausschuss bereits ausgetreten sind, die Entscheidung darüber, ob der Reichsausschuss überhaupt noch existiert, wird demnach entschieden von Hugenberg, Seldte und Hitler. [...] Das ursprüngliche Ziel des Ausschusses, die Gründung einer nationalen Front ist nicht erreicht worden“. S. „Der Reichsausschuss beginnt rasant zu bröckeln“, in: Germania, Nr. 8, 7.1.1930, BArch, Aldeutscher Verband, R 8048/265, Bl. 48.

¹¹⁸⁷ S. „Die Katastrophe beginnt. Kampf im Reichsausschuß“, in: Der Jungdeutsche, Nr. 215, 14.9.1929. Hier hieß es noch, dass die Vertreter des Reichslandbundes und der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei versuchen würden, „innerhalb des Reichsausschusses [...] eine Aenderung des Gesetzentwurfes herbeizuführen“. „Ein Ausscheiden des Reichslandbundes aus der nationalen Oppositionsfront kommt nicht in Frage“. S. Berliner Lokalanzeiger, Nr. 432, 13.9.1929. In diesem Zusammenhang sollte ihre ambivalente Haltung für Missstimmung sorgen. So wurde hier seitens der Jungdeutschen die Frage aufgeworfen, „wie man sich für ein Gesetz einsetzen [könne], dem man mit seinem wesentlichen Teile nicht zustimmt.“ S. „Landvolk und Reichsausschuß“ in: Der Jungdeutsche, Nr. 226, 27.9.1929. Das letztendliche Ausscheiden aus dem Reichsausschuss wurde von Hepp, Schiele und Bethge am 23.12.1929 schriftlich an Hugenberg und Seldte übermittelt.

Ebenso genannt werden muss hier die Abspaltungsbewegung innerhalb der DNVP. Ihre Mitglieder hatten sich in der Vergangenheit zwar durchaus offen gegenüber einer aktiven Teilnahme an verschiedenen Volksbegehren gezeigt, das von Hugenberg angedachte Vorhaben in Bezug auf den Youngplan verfolgte jedoch eine radikale Taktik, die der gemäßigte DNVP-Flügel nicht mittragen wollte. Mit der Erklärung, dass die Sammlung aller christlichen und staatspolitisch konservativ eingestellten Kreise in einer politischen Kampffront nur funktionieren könne, wenn man sie außerhalb des starren Parteienschemas zusammenfasse, schlossen sich Parteimitglieder wie Hans Erdmann von Lindeiner-Wildau, Hans Schlange-Schöningen, Walther Lambach oder Gottfried Reinhold Treviranus im Januar 1930 schließlich zur Volkskonservativen Vereinigung zusammen.¹¹⁸⁸ Diese war moderat-konservativ eingestellt und vertrat die Überzeugung, dass eine Gemeinschaft nicht auf Zwang aufbauen könne, wie dies im Fall der Polarisierung innerhalb der „nationalen Opposition“ geschah; stattdessen sei der bis dato missglückte Versuch einer aktiven Regierungsbeteiligung zugunsten eines „Blocks der Mitte“ nur über den Weg innerer Verbundenheit umzusetzen.¹¹⁸⁹ Darüber hinaus kam es auch unter den Industriellen zu immer heftigerer Gegenwehr, ausgehend beispielsweise von Gustav Heinrichsbauer,¹¹⁹⁰ Freiherr von Oppenheim,¹¹⁹¹ Dr. Paul Silverberg oder Paul Reusch, dem Vorsitzenden der Ruhrlade; letzterer brachte öffentlich zum Ausdruck, „nicht einen roten Heller für diese Sache zur Verfügung stellen“ zu wollen.¹¹⁹² Zwar hätte man sich auch im industriellen Lager lieber heute als morgen vom Weimarer Parteienstaat losgesagt,

Hier hieß es, dass der Reichslandbund nach Abschluss des Volksentscheids am 22.12.1929 seine Mitgliedschaft im Reichsausschuss als beendet ansehe. S. StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹¹⁸⁸ Laut Westarps Chronologie der Spaltung von 1929 gehörten zu dieser Gruppe (neben den bereits genannten) sowohl Martin Schiele, der 1930 aus der DNVP und dem Reichstag ausschied, der Mitbegründer der Volkskonservativen Vereinigung Moritz Klönne, Walther Rademacher, Gustav Hülsler, Walter v. Keudell, Gottfried von Dryander, Reinhard Mumm, Kurt Wilhelm Fromm, der bayrische Reichstagsabgeordnete Hermann Strathmann, Jakob Wilhelm Reichert – ebenfalls einer der Gründer der Volkskonservativen Vereinigung – sowie Emil Hartwig, der sich dem Christlich-Sozialen Volksdienst anschloss. Aus der Volkskonservativen Vereinigung entstand dann im Sommer 1930 unter Beteiligung von Kuno von Westarp die Konservative Volkspartei.

¹¹⁸⁹ S. Flemming, Jens: „Konservatismus als national-revolutionäre Bewegung“, in Stegmann, Dirk: Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert, Festschrift für Fritz Fischer zum 75. Geburtstag und zum 50. Doktorjubiläum, Bonn 1983, S. 325/26. In diesem Zusammenhang zur Beschreibung der Ansichten Schieles genutzt, aber auch für die Einstellung der Volkskonservativen generell zutreffend. S. Meissner, Otto: Ebert, Hindenburg, Hitler. Erinnerungen eines Staatssekretärs, 1918-1945, Hamburg 1991, S. 176.

¹¹⁹⁰ Der Berliner Verbindungsmann der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie Gustav Heinrichsbauer richtete sich am 16.9.1929 schriftlich an Brauweiler, den er darüber informierte, dass es seiner Überzeugung nach das Beste sei, „die ganze Aktion nach Möglichkeit jetzt abzdrehen“. S. Heinrichsbauer an Brauweiler, 16.9.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹¹⁹¹ Die bedeutendsten Führer des Kölner Wirtschaftslebens hatten sich auf einen Aufruf gegen das VB geeinigt, in dem sie das VB, „insbesondere bei der schwierigen Lage der deutschen Wirtschaft, nicht als einen geeigneten und richtigen Weg zur Behandlung der Reparationsfrage“ bezeichneten und deshalb „dringend davon abrieten, dem Volksbegehren zuzustimmen“. S. „Aufruf der Wirtschaft“ abgedruckt in der Vossische Zeitung, 18.10.1929.

¹¹⁹² Die Industrie zeigte sich durchaus gespalten gegenüber den Plänen zur Neuregelung der Reparationen. Waren sowohl Heinrichsbauer als auch Paul Reusch, der das Volksbegehrens gegen die Kriegsschuldfrage für eine „große Dummheit“ hielt und auch Robert Bosch und Hermann Bücher gegen eine Unterstützung des Volksbegehrens, galten Albert Vögler und Fritz Thyssen als begeisterte Anhänger der Hugenberg Pläne. S. Spiller, Jörg-Otto: Reformismus nach rechts. Zur Politik des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in den Jahren 1927-1930 am Beispiel der Reparationspolitik, in: Mommsen, Hans (Hrsg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik: Verhandlungen des internationalen Symposiums in Bochum vom 12.-17. Juni 1973, Düsseldorf 1974, S. 597/98ff. In diesem Zusammenhang wandte Thyssen sich bei einer internen Besprechung in Düsseldorf, bei der führende Industrielle mit den Stahlhelmführern aufeinandertrafen, entschieden gegen Brauweiler. Hier sagte er, dass die Regierung keinesfalls nach der Mitte tendieren dürfe und dass eine Umstellung der Wirtschaft auch mithilfe des Youngplans nicht zu erreichen sei. S. BArch, Alldeutscher Verband, R 8048/ 269, Bl.195.

nichtsdestotrotz wollte man sich mit der radikal nationalistischen Art Hugenberg nicht einverstanden erklären.

Ähnlich ablehnend gegenüber den Entwicklungen im Reichsausschuss, der mittlerweile zusehends einen nationalistisch-revanchistischen Kurs verfolgte, zeigte sich auch der Ringkreis. Dessen Mitglieder sahen einen immer größeren Riss in der nationalen Opposition. Unterschied man im Ring zwischen den radikal negativen Kräften um Hugenberg und den konservativ aufbauenden Kräften um u.a. die Volkskonservative Vereinigung, war es doch vor allem der außerparlamentarische Sammlungsgedanke, der von den Jungkonservativen zur ultima ratio für ihre Mitarbeit an der „nationalen Front“ erklärt wurde.¹¹⁹³ Hugenberg's Versuch einer stärkeren Anbindung an DNVP und NSDAP signalisierte die Unterschiedlichkeit der Politikmodelle und die damit verbundene Tatsache einer deutlichen Blockbildung innerhalb der „nationalen Opposition“. War man im Ringkreis verstärkt zu der Ansicht gekommen, Abstand vom Hugenberg Kurs zu nehmen, galt es stattdessen an der Vertretung eines „wahren Konservatismus“ festzuhalten.¹¹⁹⁴ Dieser bezog sich in erster Linie auf die Ablehnung der verhassten Parteien und den Wunsch nach überparteilicher Oppositionsbildung.¹¹⁹⁵ Zwar thronten auf einer im Stahlhelm veröffentlichten Liste der Unterstützer des Volksbegehrens auch eine beachtliche Anzahl namhafter Vertreter des Rings, in Anbetracht der Philosophie des Kreises, der die Wahl des „politischen Standorts“ den einzelnen Mitgliedern selbst überließ, warnte Heinrich von Gleichen jedoch davor, dies als ein geschlossenes und ganzheitliches Bekenntnis für das Volksbegehren und damit die Unterstützung des Hugenberg Kurses zu sehen.¹¹⁹⁶ Hatte dieser es bereits beim Politischen Kolleg und dem Juniklub durch die Bereitstellung finanzieller Mittel geschafft, einen gesteigerten Einfluss auf die mit dem euphemistisch klingenden Begriff der Überparteilichkeit werbenden jungkonservativen Vereinigungen zu gewinnen, gab sein Versuch, in Folge der zu geringen Schlagkraft der Vaterländischen Verbände, nunmehr auch die anderen Kreise der „nationalen Opposition“ und den eigentlich überparteilichen Reichsausschuss für seine Zwecke einzuspannen, den entscheidenden Impuls zur Bildung einer regelrechten Anti-Hugenberg-Front im

¹¹⁹³ Die Begriffe „aufbauend“ und „radikal“ sind hier mit Distanz zu sehen, da sie die Sichtweise der Jungkonservativen wiedergeben. Allgemein hin ging es bei dieser hier vorgenommenen Differenzierung um eine politische Haltung, die vordergründig antiparteilich war. Gerade der „Ring-Kreis“ unterstützt die Volkskonservative Vereinigung, weil sie anfänglich gar nicht Partei sein wollte, sondern eine überparteiliche Sammlung. Als die VKV zur konservativen Volkspartei übergeht, feindet man die Sezessionisten wieder an, weil man ihnen vorwirft, Partei zu sein.

¹¹⁹⁴ Der sogenannte „wahre Konservatismus“ wurde vor allem als „toleranter“ und im Gegensatz zu Hugenberg's „geistlosem Nationalismus“ und dem darin implizierten „geistigen Schrumpfungsprozess“ als fähig beschrieben, „die Leitung des Staates ohne ‚Katastrophen Experimente‘ in die Hand zu nehmen“. S. Ishida, 1988, S 127/28.

¹¹⁹⁵ Gleichen, Heinrich von: „Staat, Opposition und Nation“, in: Der Ring, Nr. 1, 1928.

¹¹⁹⁶ Konservative Opposition, in: Der Ring, Nr. 38, 22.9.1929. Eine Liste mit denjenigen Jungkonservativen, die sich ebenfalls vom Volksbegehren distanzieren ist zu finden in: Politik und Gesellschaft, 30.12.1930, S. 26-28.

jungkonservativen Lager.¹¹⁹⁷ Hier war man bestrebt, dem Mangel an „verantwortlicher und unabhängiger Führung“ durch die Zurückdrängung Hugenbergs zu begegnen.¹¹⁹⁸ Zwar stand auch im Ringkreis die Bildung einer „Opposition gegen das System“ nach wie vor außer Frage, diese sollte jedoch nicht auf dem Status eines „negativen Störungserfolgs“ verharren, sondern sich vor allem auf positive Ziele, wie den „Aufbau einer nationalen Regierung, die nicht für wirtschaftliche und soziale Interessen, sondern für irrationale Werte und Ideale, für Ehre und Freiheit“ stand, ausrichten.¹¹⁹⁹

Ähnlich wie beim Ringkreis beurteilte man die im Zuge der Diskussion um das Volksbegehren zusehends entwertete Suggestionskraft der „nationalen Opposition“ auch im antiparteilich eingestellten Flügel des Stahlhelms. War es in diesem Zusammenhang zu einer scharfen Grenzlinie zwischen konstruktiver und absoluter Opposition gekommen, sah Brauweiler sich dazu veranlasst, mit dem Austritt des Stahlhelms aus dem Reichsausschuss zu drohen.¹²⁰⁰ Ein Abrutschen auf den Hugenberg Kurs sollte dadurch verhindert werden. In einem Artikel im *Ortsgruppenführer* rechtfertigte er diese Überlegung mit der wachsenden Erkenntnis, „daß aus den Parteien und aus ihrer parlamentarischen Arbeit heraus weder die theoretische noch die praktische Lösung der Aufgaben zu erwarten ist [...]. Die zunehmende Zersplitterung [...] macht es weiterhin kaum noch möglich, daß der Stahlhelm bei der alten Parole der überparteilichen Sammlung der antimarxistischen Kräfte bleibt“.¹²⁰¹ Ließ Brauweiler es hier dahin gestellt, welche Folgerung sich daraus für den Stahlhelm ergeben würde, wurde zum anderen gerade auch das Auftreten des radikalen Flügels Hindenburg gegenüber, der als Ehrenmitglied in enger Verbindung zum Stahlhelm stand und gegen den das Volksbegehren gegen den Youngplan als immer aggressivere Misstrauenskundgebung instrumentalisiert wurde, zu einem zunehmend wichtigeren Anlass für seine Infragestellung der weiteren Teilnahme des Stahlhelms im Reichsausschuss.¹²⁰²

¹¹⁹⁷ Terhalle, 2006, S.240.

¹¹⁹⁸ Ishida, 1988, S. 134/35.

¹¹⁹⁹ „Konservative Opposition“, in: *Der Ring*, Nr. 38, 22.9.1929.

¹²⁰⁰ Über Brauweilers Vorhaben berichtet der folgende Artikel im *Jungdeutschen*: „Dagegen hat [...] die im Stahlhelm vorhandene Strömung für ein Ausscheiden aus dem Reichsausschuß noch nicht diesen Schritt erreichen können[...]. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der erste Bundesführer Seldte und der politische Referent Dr. Brauweiler lieber ausgetreten wären. Sie haben ja auch schon die Möglichkeit einer eigenen Stahlhelm-Partei in die Diskussion geworfen. Sie sind aber ihres eigenen Bundes nicht Herr. Die Verbindungen mit dem Hugenberg-Kreis sind so stark, daß vernünftige politische Regelungen bald totgeschlagen werden.“. S. „Fast vollzählig versammelt. Der zerfallene Reichsausschuß“, in: *Der Jungdeutsche*, Nr. 7, 9.1.1930.

¹²⁰¹ *Der Ortsgruppenführer*, 11. Januar 1930.

¹²⁰² Die Ablehnung Hindenburg war im nationalen Lager weit verbreitet. Deutlich wurde dies anhand der Vielzahl von Briefen und Kundgebungen, die nicht nur von Seiten der Alldeutschen, wie Tirpitz, Fürst Salm-Horstmar oder den radikalen Mitglieder der DNVP um Hugenberg auf Hindenburg einprasselten, sondern auch von dessen ehemaligen Unterstützern aus dem Offizierslager, wie beispielsweise Oldenburg-Januschau. In diesem Zusammenhang war es vor allem auch das Verhalten der Nationalsozialisten, deren „führender Abgeordneter [...] Dr. Goebbels den Reichspräsidenten von Hindenburg in einer Weise beleidigt hat, die Hindenburg zwang, entgegen seiner bisherigen Gewohnheit die Gerichte anzurufen.“ Görnitz, Walter: *Gustav Stresemann*, Heidelberg 1947, S. 307.

In diesem Zusammenhang war es neben Hugenberg vor allem auch die „Waffenbrüderschaft mit den Nationalsozialisten, die auf viele Stahlhelmmitglieder abgefärbt hatte“ und die, aus Sicht Brauweilers dafür sorgte, dass auch beim Stahlhelm die gleiche „negative Phrasenpolitik“ betrieben wurde.¹²⁰³ Auch wenn Brauweiler immer wieder versuchte, die „nationale Front“ an die antiparteiliche Richtung im Stahlhelm anzubinden, wurde diese Bestrebung aus den eigenen Reihen heraus konterkariert, indem man den Verbleib im Reichsausschuss zum „Ausgangspunkt der gesamten weiteren Freiheitsbewegung“ erklärte und jeglichen Forderungen nach einem sofortigen Ausscheiden des Stahlhelms aus der „tagespolitischen Kampflinie nach Beendigung des Kampfes um den Volksentscheid“ eine klare Absage erteilte.¹²⁰⁴ Hatte man sich in Anbetracht des „dauernden Abbröckelns des Reichsausschusses“ damit offensichtlich „von der Realität in das Gebiet hoffnungsloser Illusionen“ begeben, war Mitgliedern wie Brauweiler, Seldte, Wedel oder von Stephanie dadurch unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass die Anbindung an die politisch extremen Kräfte fortgesetzt werden sollte.¹²⁰⁵ Die politische Rechte konnte damit den Reichsausschuss noch stärker als zuvor für die eigene Machtexpansion und Interessenvertretung instrumentalisieren.¹²⁰⁶

Von dieser Entwicklung profitierten vor allem die Nationalsozialisten.¹²⁰⁷ Ihnen war hierdurch nicht nur der bis dato verwehrte Zutritt zu den höheren Kreisen aus Politik und Wirtschaft verschafft, was hinsichtlich der Finanzierung der NS-Bewegung von großer Bedeutung werden sollte, sondern auch die Möglichkeit, ihrer Propagandaarbeit eine noch breitere mediale Basis zu verschaffen, indem sie sich Ideologemen und kommunikativer Netzwerke der Konservativen

¹²⁰³ „Fast vollzählig versammelt. Der zerfallene Reichsausschuß“ in: Der Jungdeutsche, Nr. 7, 9.1.1930.

¹²⁰⁴ Bericht über die Führertagung des Stahlhelms am 11.1.1930 in Magdeburg in: Deutsche Zeitung, 11.1.1930; „Der Stahlhelm für die große Rechte – Sein Verbleib im Reichsausschuß bestätigt“ in: Kreuzzeitung, Nr. 24, 12.1.1930.

¹²⁰⁵ Friedenthal, 1998, S. 145ff.; „Stahlhelm und Reichsausschuss“, 6.1.1930, in: B.B.Z., Nr. 8, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/733, Bl. 39. Aufgrund der vielen Absagen an den Reichsausschuss stellte „Der Deutsche“ am 18.1.1930 die Frage, wer überhaupt noch hinter dem Reichsausschuss stehe, da sowohl in der DNVP ein „dauerndes Abbröckeln“ stattfinde und auch beim Stahlhelm „wachsende Opposition“ zu verzeichnen sei. Demnach blieben also nur „Hitler und die Nationalsozialisten“. In einem Artikel in der Roten Fahne, Nr. 81, vom 5.4.1930 stand unter der Überschrift „Bis zum bitteren Ende“, dass die Passivität im Stahlhelm immer größer würde „aber andererseits Hitler und Goebbels einen von „Geist beseelten“ Frontkämpfer nach dem anderen wegschnappen“.

¹²⁰⁶ Über das weitere Vorgehen des Stahlhelms innerhalb des Reichsausschusses s. „Der Stahlhelm für die große Rechte“ – Sein Verbleib im Reichsausschuß bestätigt“ in: Kreuzzeitung, Nr. 24, 12.1.1930. In der hier abgedruckten Beschlussfassung hieß es, dass „der Bundesvorstand die Aufrechterhaltung des Reichsausschusses“ billige. S. hierzu auch „Der Stahlhelm“, Nr. 3, 19.1.1930.

¹²⁰⁷ Zwar müssen hier u.a. auch die günstigen äußeren Umstände einkalkuliert werden, wie die 1928 hereinbrechende Agrarkrise und die 1929 beginnende Weltwirtschaftskrise, die einen fruchtbaren Boden für den Ausbau der NSDAP von der einstmaligen Splitterpartei zu einer Massenpartei darstellten, die Zusammenarbeit im Reichsausschuss kann jedoch als Initialzündung gesehen werden. Berghahn, 1966, S. 143ff.; Jasper, Gotthard: Die gescheiterte Zähmung, Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930-1934, Frankfurt am Main 1986, S. 52; Bracher, Karl- Dietrich: Die Deutsche Diktatur. Entstehung Folgen Struktur des Nationalsozialismus, Köln 1993, S. 176. Die Diskussion um den Auslöser für das Anwachsen der Nationalsozialisten ist in der Historiographie jedoch nicht einstimmig. Der Feststellung, die NSDAP hätte durch die Verhandlungen in Zusammenhang mit dem Youngplan eine entscheidende Aufwertung erhalten und sei dadurch erst hoffähig gemacht worden, widerspricht beispielsweise Otmar Jung, der den Erfolg des Volksbegehrens gegen den Youngplan für die Nazis als lediglich „mäßig“ beschreibt und den eigentlichen Durchbruch der Nazis in den Reichstagswahlen 1930-33 sieht. S. Jung, 1989, S. 132. Dieser Meinung ist auch Reinhard Schiffers, der die Auswirkungen der Teilnahme am Volksbegehren gegen den Youngplan als „weniger spektakulär“ bezeichnet, da „der Trend zugunsten der NSDAP bei den Landtags- und Kommunalwahlen [...] bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1929, vor dem Volksbegehren vom September desselben Jahres, eingesetzt“ hat. S. Schiffers, Reinhard: „Schlechte Weimarer Erfahrungen?“ in: Heußner, Hermann K. & Otmar Jung: Mehr direkte Demokratie wagen, München 2001, S. 82. Klar ist jedoch, dass der Aufstieg der Nazis von vornherein nur durch das für sie glückliche Zusammenspiel verschiedener innen- und außenpolitischer Faktoren möglich war, die die soziale, politische und wirtschaftlich verunsicherte Bevölkerung für nationalsozialistische Expansionsbestrebungen anfällig machte.

bedienen konnten.¹²⁰⁸ Die wachsende Bereitschaft Duesterbergs und Hugenbergs, der 1928 noch kleinen Partei (2,6 % der Stimmen) eine einflussreiche Position in der Koalition der antirepublikanischen Rechten einzuräumen, stellte damit also eine regelrechte Kapitulation der rechtskonservativen Kräfte dar, deren Führungsspitzen den nationalsozialistischen Allmachtsanspruch verkannten.¹²⁰⁹ Unterstützt wurde diese Entwicklung mittlerweile nicht mehr ausschließlich aus der Beamtenschaft und dem Militär, sondern aus immer breiteren gesellschaftlichen Schichten, wie der Jugend- und Studentenbewegungen oder weiten Teilen des „entthronten“ Mittelstands, der sich immer stärker von nationalistisch geprägten Emotionen leiten ließ.¹²¹⁰ Mit ihrem Aufruf gegen Klassenkampf und für allgemeine Solidarisierung im Zeichen der Volksgemeinschaft schafften es die Nationalsozialisten, sich immer offensiver an die Spitze der nationalen Bewegung zu stellen.¹²¹¹

Für Brauweiler bedeutete das Volksbegehren gegen den Youngplan eine klare Zurückdrängung des antiparteilichen Charakters des Stahlhelms, der als maßgebliches Kriterium der Stahlhelmphilosophie gegolten hatte. Auch wenn Brauweiler im August 1929 noch die „Bildung der grossen, nationalen Oppositionsfront“ als entscheidende Zielsetzung vertreten hatte, stellte die Tatsache, dass diese mittlerweile von den radikalen Vertretern der Rechtsparteien, allen voran der NSDAP, immer offensichtlicher als Schaubühne ihrer Einflusstesigerung und als Austragungsfeld für Führungskämpfe benutzt wurde, eine untragbare Entwicklung für ihn dar.¹²¹² Das von ihm auf den Weg gebrachte Volksbegehren, das Brauweiler ursprünglich als eine Art Unabhängigkeitserklärung den Parteien gegenüber verstanden wissen wollte, erzielte durch den Einfluss Hugenbergs also einen genau gegenteiligen Effekt, der für Brauweiler von der Annäherung der DNVP an die Nazis ausgelöst und anhaltend begünstigt wurde. Der Stahlhelm, den man seitens Hugenberg als verlässlichen Bundesgenossen anpries, war ebenso in den hier demonstrierten Radikalisierungsprozess hineingezogen worden und zunehmend von rechtsextremen Einflüssen bestimmt.¹²¹³

¹²⁰⁸ Von dieser nationalsozialistischen Unterwanderung waren nicht nur die Mittelparteien betroffen, sondern vor allem auch die Rechtsparteien, wie die DNVP, die herbe Wählerstimmeneinbrüche zugunsten der NSDAP zu verzeichnen hatte. Die Landtagswahlen in Baden und Thüringen sollten dafür sprechen, bei denen die Nazis große Wahlerfolge einfahren konnten. Die Reichstagswahlen 1930 waren ein endgültiges Zeichen dafür, dass es die NSDAP von einer eher unbedeutenden, bayrischen Randpartei zu einer beachtlichen Beteiligung auf Reichsebene geschafft hatte.

¹²⁰⁹ Bracher, Karl Dietrich: Die deutsche Diktatur, Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1980, S. 177.

¹²¹⁰ Gerade der Mittelstand hatte sich lange Zeit vordergründig auf die Vertretung ideeller Ansichten gestützt, z. B.: Ehrlichkeit, Fleiß oder Strebbarkeit. Die Weltwirtschaftskrise und die Erinnerungen an den „Schandfrieden“ von 1919 führten jedoch zu o.g. stärker nationalistischen Sichtweisen. Lepsius, Rainer: Demokratie in Deutschland, soziologisch-historische Konstellationsanalyse; ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1993, S. 59; Dann, Otto: Rechter Nationalismus in der Weimarer Republik, in: Hömig, Herbert: Konservatismus im Umbruch: Wandlung des Denkens zwischen Reichsgründung und Widerstand, Aachen 1991, S. 20.

¹²¹¹ Der eigentliche kometenhafte Aufstieg zeichnete sich erst ab 1930 ab, war durch die vorangegangenen Entwicklungen jedoch vorbereitet worden. So wurden sehr gute Wahlergebnisse vor allem in den protestantischen Gebieten mit ländlich kleinstädtischem Charakter verzeichnet, z.B. in Schleswig-Holstein, wo die NSDAP 27 % der Stimmen erreichte. Bracher, 1979, S. 178.

¹²¹² Brauweiler an ein unbenanntes Mitglied des Bundesvorstandes, 2.8.1929, Archiv Ostwig, Bestand Ferdinand von Lüninck, Nr. 769.

¹²¹³ Terhalle, 2006, S. 233.

Zu einem weiteren Kritikpunkt wurde die durch rechtsradikale Einflüsse gesteigerte Entwertung des Konservatismusbegriffs.¹²¹⁴ Nach Meinung Brauweilers war es vor allem die ideologische Ausrichtung auf einen augenblicklichen Sturz der Republik statt auf einen Zusammenschluss der konservativen Elite und die Orientierung an den radikalen Kräften statt den konservativen Werten, die die Sammlung um den konservativen Gedanken immer unmöglicher machten. Aufgrund seiner einflussreichen Stellung im Stahlhelm fühlte Brauweiler sich umso mehr dafür verantwortlich, die „nationale Opposition“ von diesen Einflüssen fernzuhalten. Bei einer Mitte Februar 1930 stattfindenden Tagung der Stahlhelm-Landesgeschäftsführer artikulierte er seine Bedenken offen, indem er sowohl auf die innere Abhängigkeit der Stahlhelmführung von den radikalen Kräften verwies, als auch auf die zunehmende Sympathie der Stahlhelmgefolgschaft zu den Nationalsozialisten – was einer Negation des Überparteilichkeitsanspruchs gleichkam. Erklärte sich diese Entwicklung für ihn durch die von den Nationalsozialisten ausgehende Suggestionskraft, hielt er eine Sammlung der nationalen Kräfte nur noch durch die Rückbesinnung auf das ursprünglich von ihm initiierte Stahlhelm-Volksbegehren für möglich. Hatte der Stahlhelm „in den letzten Monaten immer wieder das Auseinanderbrechen der nationalen Opposition verhindert“, galt es nun, die verstreuten Kräfte zu sammeln und „das Denken unserer Kameraden auf das Zusammenhalten und das Zusammenfassen einer breiten Front vorzubereiten“, die als Basis eines neuen Staatsführungssystems fungieren sollte.¹²¹⁵ Vor dem Hintergrund der Einflusstesigerung der Nationalsozialisten, der Zurückdrängung der konservativen Einflüsse und dem sich abzeichnenden Kollaps der „nationalen Opposition“ wirkte diese Forderung zwar wie reine Utopie, die im März 1930 erfolgende Ernennung Heinrich Brünings zum Reichskanzler sollte Brauweiler dennoch zuversichtlich stimmen.

Sein Optimismus ergab sich vor allem aus der Position Brünings als Leiter des ersten echten Präsidialkabinetts, was eine deutliche Einschränkung der parteipolitischen Omnipräsenz und eine weitere Stärkung der Position des Reichspräsidenten versprach – beides Forderungen, die Brauweiler seit langem vehement vertrat. Seine Sympathie für die Ernennung Brünings zum Reichskanzler hatte aber auch persönliche Gründe; so kannten sich beide bereits aus dem Politischen Kolleg, dem Juniklub und der Vereinigung für nationale Wirtschaftspolitik, die Brauweiler 1925/26 ins Leben rufen wollte.¹²¹⁶ Auch wenn Brüning wesentlich konservativer und rechtsorientierter als sein Vorgänger Müller galt, war sein Auftreten – gemessen am Grad

¹²¹⁴ Ebd., S. 232.

¹²¹⁵ In diesem Zusammenhang dachte Brauweiler bereits an die kommenden Präsidentschaftswahlen.

¹²¹⁶ Terhalle, 2006, S. 232.

der Radikalisierung eines Hugenberg, Hitler oder Stadtler – durch seinen Wunsch nach einem evolutionären statt revolutionären Verfassungswandel dennoch moderat. Diese Haltung hatte Brauweiler bereits bei dem resignierten Reichskanzler Bethmann Hollweg lobend hervorgehoben. Mit Brüning sah er nun die Gelegenheit, einen Mittelweg zwischen totaler Opposition und begrenzter Bereitschaft zur systemimmanenten Zusammenarbeit politisch zu realisieren und den Aufbau einer nationalen Regierung voranzutreiben, in der demokratische und diktatorische Elemente produktiv und im Sinne der „konservativen Ordnungsalternative“ vereint werden sollten.¹²¹⁷ Brauweiler warb deshalb dafür, Brüning eine Chance zu geben.¹²¹⁸

Nicht nur Brauweiler, auch Seldte war ein Befürworter der Kanzlerschaft Brünings, den er nicht nur wegen seines Einsatzes als Frontsoldat anerkannte. Auch seine Hoffnung, durch ihn eine Wiederannäherung an die politische Mitte zu realisieren, war von Bedeutung. Unter der Voraussetzung einer Erweiterung seines Kabinetts nach rechts und der Lockerung des Kontakts zur SPD sicherte Seldte Brüning deshalb die volle Unterstützung des Stahlhelms zu.¹²¹⁹

Seine Zusage sollte jedoch schon bald für Unmut in den Reihen des Stahlhelms sorgen, dessen rechter Flügel die moderate Politik Brünings als ein klares Hindernis für den Aufbau einer „nationalen Oppositionsfront“ empfand. Zeichnete sich diese vor allem durch mangelnde Kompromiss- statt Diskussionsbereitschaft und Obstruktions- statt Konsolidierungspolitik aus, war man sich schnell darüber einig, die sofortige Ausschaltung des Brüning-freundlichen Flügels im Stahlhelm erwirken zu müssen. Da man nicht direkt bei Seldte ansetzen konnte, der als Gründungsvater des Stahlhelms eine nahezu unantastbare Position in diesem innehatte, richtete sich der Fokus vor allem auf Brauweiler. Als engster Vertrauter Seldtes wurde er zum Bauernopfer. Die im Folgenden dargestellte Stadtler-Attacke gegen Brauweiler zeigte, wie subtil der radikale Stahlhelmflügel sich gegen vermeintliche Gegenspieler zur Wehr setzte, um die von Hugenberg und Hitler angestrebte Wahrung der nationalen Front nicht zu gefährden.

6.7 Die Stadtler-Attacke im Kaiserhof

Die bis dato gezeigte Haltung Brauweilers gegenüber den Vertretern der radikalen Opposition, sein Verhalten im Reichsausschuss und seine lautstark vertretene Intention, den Stahlhelm wieder auf seinen ursprünglich überparteilichen – soll heißen antiparteilichen Charakter festzulegen und zu diesem Zweck nicht nur die revolutionären Mittel der Nazis abzulehnen,

¹²¹⁷ Obwohl Brüning deutlich konservativer eingestellt war als sein Vorgänger Müller, war er in den Augen der nationalen Opposition dennoch zu lasch und nicht in der Lage, den gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

¹²¹⁸ Klein an Brauweiler, 8.5.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/108; „Brauweilers Glück und Ende im Stahlhelm“, in: Der Völkische Beobachter, Nr. 132, 5.6.1930; „Der Reichsausschuss beginnt rasant zu bröckeln“, in: Germania, Nr. 8, 7.1.1930, in: BArch, Alldeutscher Verband, R 8048/265, Bl. 48.

¹²¹⁹ Berghahn, 1966, S. 143ff.

sondern auch die Bereitschaft zur „Unterstützung jeder nationalen Regierung“ zu zeigen, endeten schließlich wenige Wochen später mit der Bekanntgabe seines Rücktritts als Schriftleiter und Politischem Berater Seldtes.¹²²⁰ Dem vorausgegangen war eine Attacke des Hugenberg-Anhängers und Stahlhelm-Studentenbundesleiters, Eduard Stadtler, der Brauweiler bei einer am 26. April 1930 im Kaiserhof stattfindenden Besprechung maßgeblich anging.¹²²¹

Zu dieser Besprechung hatte die Stahlhelmbundesführung die verschiedenen Vertreter der „nationalen Opposition“ zwecks Analyse der aktuellen politischen Entwicklungen eingeladen.¹²²² Vor allem die anhaltende Zersplitterung auf Seiten der „nationalen Opposition“ und die damit einhergehende Schwächung der antimarxistischen Parteien wurden als „sehr besorgniserregende“ Zustände bezeichnet, denen dringend Abhilfe geschaffen werden musste.¹²²³ Bereits im Vorhinein wurde die Hoffnung, bei diesem Treffen die divergierenden Ansichten auf ein gemeinsames Vorgehen ausrichten und damit der „nationalen Opposition“ zu der seit langem vermissten Einheitlichkeit verhelfen zu können, durch eine Reihe von Absagen enttäuscht, die nicht nur von den Nationalsozialisten ausgingen, sondern auch von den gemäßigten Kräften, wie Treviranus, Schiele oder Hepp.¹²²⁴ Nichtsdestotrotz sprach Brauweiler hier unbeeindruckt davon, dass die kommende Neuordnung des Staates vom Boden der Legalität aus zu betreiben sei und jede zukünftige Politik auf dem Vertrauen des Reichspräsidenten und dem von ihm eingesetzten Kabinett aufbauen müsse. Mit dieser Aussage stellte sich Brauweiler offensichtlich gegen die extremen Kräfte, die seit dem Volksbegehren gegen den Youngplan noch kompromissloser als zuvor eine radikale Frontenbildung – also ein Bündnis mit den Nazis – anpeilten.

Auf diese Aussagen Brauweilers reagierte Stadtler mit dem Vorwurf, Brauweiler unterstütze die Politik der „Freiheitsfront“ nicht aus vollem Herzen, sondern würde durch „sein politisches

¹²²⁰ Denkschrift für die Besprechung am 26.4.1930 im Kaiserhof, StMG, NI Brauweiler, 15/13/108.

¹²²¹ Brauweiler und Stadtler kannten sich bereits seit Juniklubzeiten und Brauweilers Mitarbeit beim Gewissen. Ab Januar 1928 war Stadtler auch offiziell für den Stahlhelm tätig. Hier übernahm er ein Referat beim Bundesamt „und zwar eine politische Beratungsstelle für Vertragswesen und politische Lehrgänge. Diese Arbeitsstelle ist der Abt. Ia (Dr. Brauweiler) angegliedert und die Arbeit soll im engsten Einvernehmen mit der politischen Abteilung beim Bundesamt stehen“. Unbekannter Verfasser an Eulenburg, 21.12.1927, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/34, Bl. 206. Hieraus hervor geht also, dass Brauweiler und Stadtler auch beim Stahlhelm aufgrund ihrer unmittelbaren Zusammenarbeit ein durchaus enges Verhältnis zueinander hatten, was sich infolge der unterschiedlichen Positionierungen Hugenberg gegenüber jedoch spätestens 1930 merklich abgekühlt hatte. Stadtler an Seldte, 2.5.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹²²² Einladung an die führenden Persönlichkeiten der parlamentarischen Rechten, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/14, Bl. 116ff.

¹²²³ Zu einer „vertraulichen“ Besprechung über die gespaltene Lage innerhalb der nationalen Opposition waren u.a. Joseph Goebbels, Franz Ritter von Epp, Ernst Oberfohren, Alfred Hugenberg, Kuno von Westarp, Gottfried Treviranus, Hans Erdmann von Lindeiner-Wildau, Karl Hepp, Friedrich Döbrich, Hermann Drewitz, Günther Gereke, Arno Kriegsheim und auch Adolf Hitler eingeladen. In einem Anschreiben hieß es: „Die unterzeichnenden Bundesführer des Stahlhelms haben mit Sorge die politische Entwicklung der letzten Zeit beobachtet, die offenbar einen Zustand der Zersplitterung innerhalb des Lagers der antimarxistischen Parteien herbeigeführt hat. [...] auf unserer Seite ist weder der Wille zur Einigkeit, noch der Wille zur Macht sichtbar. Sollte in absehbarer Zeit eine RT Neuwahl oder eine Reichspräsidentenwahl stattfinden müssen, so wäre ein glatter Sieg der Marxisten als sicher anzunehmen, wenn es nicht gelingt, die Gegenwehr vorher zu organisieren. Die Bundesführung des Stahlhelms ist der Überzeugung, dass damit sofort begonnen werden muss, und sie bittet deshalb euer Hochwohlgeboren, an einer vertraulichen Besprechung der Lage teilnehmen zu wollen“. Vertrauliche Einladung an Hitler vom 15.4.1930, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/14, Bl. 118. Hitler ließ jedoch durch Heß am 17.4. absagen.

¹²²⁴ Ebenso abgesagt hatten alle Mitglieder der NDSAP, Hugenberg oder auch Kriegsheim.

Wesen und Tun Schuld an dem Zusammenbruch der Front tragen“, die sich sowohl gegen die von alliierter Seite aufoktroierte „Versklavung des deutschen Volkes“ auflehnte als auch für eine Befreiung der Staatsführung einsetzte und von daher als essentiell für ein Vordringen der nationalen Kräfte gesehen werden musste.¹²²⁵ Auch wenn Stadtler im weiteren Verlauf die „Schuldverantwortung für den Zusammenbruch der Front des Freiheitskampfes“ verallgemeinernd auf einen nicht näher definierten „Teil der Bundesleitung des Stahlhelms“ bezog, war aufgrund der vorangegangenen Äußerungen klar, dass Brauweiler gemeint war, dem vorgeworfen wurde, es aus seiner Position als Leiter der Innenpolitik des Stahlhelms heraus nicht geschafft zu haben, den Führungsanspruch der Rechtsfront durch seinen Beitrag zu einer produktiven Stahlhempolitik zu festigen.¹²²⁶ In einer 25 Seiten umfassenden Anklageschrift, die er der Bundesleitung am 2. Mai 1930 vorlegte, präzisierte Stadtler seine Vorwürfe gegen Brauweiler.¹²²⁷

Die Härte und Eindringlichkeit, mit der Stadtler vorging, ergab sich vor allem aus der exponierten Stellung Brauweilers, der als einer der „einflussreichsten politischen Köpfe des Bundes“ galt.¹²²⁸ So war er „für den wesentlichen Fortgang der Innenpolitik des Stahlhelms formell, ressortmäßig, faktisch und moralisch verantwortlich“, was ihn nicht nur dazu ermächtigte, innenpolitische Entscheidungen von großer Tragweite im Namen des Stahlhelms treffen zu können, sondern ihn auch unmittelbar in die Entscheidungsprozesse der Bundesführung einbezog. Diese exponierte Stellung setzte gerade in Bezug auf den anhaltenden Dualismus zwischen Seldte und Duesterberg – ein Dualismus zwischen „stillem Verfassungswandel“ und Obstruktionskurs – ein hohes Maß an Objektivität, Loyalität und Verantwortungsbewusstsein voraus – Eigenschaften, die Brauweiler, Stadtler zufolge, jedoch nicht hatte. Hätte Brauweiler in seiner Position als politischer Leiter hier eigentlich die Rolle des „positiven Vermittlers“ übernehmen müssen, „um so den bestehenden Dualismus zu einer in höchstem Maße schöpferischen Gemeinschaft zu entfalten“, warf Stadtler ihm stattdessen vor, den Konflikt innerhalb der „nationalen Opposition“ weiter anzufeuern. Gemeint waren hierbei vor allem die angeblichen Machenschaften Brauweilers gegen den zweiten Bundesführer Duesterberg, den er, Stadtler zufolge, durch eine „Umwandlung“ der Bundesführung ersetzen wollte.¹²²⁹ Gedacht hatte Brauweiler hier wohl an den Führer des

¹²²⁵ Stadtler an Seldte, 2.5.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹²²⁶ Brauweiler an Croedell, 30.8.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111. Der Vorwurf, das Versagen der Bildung der nationalen Front verantworten zu müssen, war in Anbetracht der Tatsache, dass diese bereits seit langem immer wieder einen gescheiterten, dennoch aber doch dringlich herbei gesehten Wunsch der nationalen Rechtskräfte darstellte, eine besonders schwere Anschuldigung.

¹²²⁷ Stadtler an Seldte, 2.5.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹²²⁸ S. hierzu Spahn an Brauweiler, 13.10.1925, BArch, NI Spahn, Nr. 1324/71.

¹²²⁹ Stadtler an Seldte, 2.5.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

Brandenburgischen Stahlhelms Elhard von Morosowicz, den er angeblich an Stelle Duesterbergs in der Bundesführung sehen wollte.¹²³⁰ Die Tatsache, dass Morosowicz auf Anfrage des Amtsgericht vom Mai 1930 mitteilte, sich an eine derartige Unterredung beim besten Willen nicht erinnern zu können, da er im Falle dessen „ganz bestimmt jede Zusammenkunft sofort unter Protest verlassen hätte, wenn es sich dabei um Machenschaften gegen den zweiten Bundesführer gehandelt hätte“, stellte – aller Akribie und Unnachgiebigkeit Brauweilers bei der Durchsetzung seiner Vorstellung einer „nationalen Opposition“ zum Trotz – die Wahrhaftigkeit dieses Vorwurfs berechtigterweise in Frage.¹²³¹

Weiterhin kritisierte Stadtler auch das von Brauweiler „vollkommen überraschend und zudem noch langsam und schlecht vorbereitete Volksbegehren.“ Von diesem sah er eine erhebliche Schwächung des Bundes und darüber hinaus der „nationalen Opposition“ ausgehen, da Brauweiler das Volksbegehren weder inhaltlich umgesetzt, noch eine unter Führung des Stahlhelms agierende Kampffront im Sinne des Volksbegehrens ins Leben gerufen hatte. Das von Stadtler attestierte Unvermögen Brauweilers sollte auch bei der Umsetzung des Volksbegehrens gegen den Youngplan zum Vorschein kommen. Hatten die verschiedenen Führelemente des Stahlhelms hier „alles erdenkliche getan, um die neue Aktion in jeder Weise zu fördern“, wäre dieser Versuch beinah erneut am Widerstand Brauweilers gescheitert, der die Nationalsozialisten trotz ihrer Schlüsselposition im Reichsausschuss und ihrer Bereitschaft, an der Erstellung einer „brauchbaren Front“ mitzuarbeiten, als „kompromittierend“ für den Bund bezeichnete.¹²³² Bedenkt man, dass das einer Absage gegenüber den Nationalsozialisten gleichkam – die hier nicht als Gegenwehr gegen nationalsozialistische Ideologien gewertet werden darf, sondern als Gegenwehr gegen deren parteilichen Charakter – hatte Brauweiler dies just in dem Augenblick kundgetan, als die Front sich in Form des Reichsausschusses gerade im Begriff war, „feierlich“ zu bilden.¹²³³

¹²³⁰ Verwies Stadtler darauf, dass Brauweiler den von ihm stilisierten Gegensatz zu Duesterberg „in den letzten Jahren bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck“ gebracht hatte, sollte er dies wenige Wochen später gegenüber Amtsgerichtsrat Croedell nochmals deutlich in den Vordergrund stellen. In diesem Zusammenhang berichtete er von seinem Zusammentreffen mit Brauweiler und Morosowicz am 27.11.1929, bei dem Brauweiler seinen Plan zur Umwandlung der Bundesführung vorgetragen haben sollte. Hier hatte er angeblich vorgeschlagen, den zweiten Bundesführer zu stürzen und stattdessen Morosowicz mit dessen Amt zu betrauen. Stadtler an Croedell, 9.8.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹²³¹ Morosowicz an Oberregierungsrat Croedell, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111; Tüllmann an Wagner, 31.5.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹²³² In seiner Anklageschrift bezichtigte Stadtler Brauweiler, sich selbst „eher als ein Gegner als ein Anhänger des Bündnisses mit Hitler“ zu bezeichnen. „Diese Haltung entsprach ganz jener Stellungnahme, die bei dem Aufziehen der für das Brauweilersche Volksbegehren gedachten Front den Kameraden Brauweiler bewogen hatte, zu sagen, es wäre ihm lieber, dass die Nationalsozialisten nicht mitmachen.“ Stadtler an Seldte, 2.5.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/110. Wie wichtig jedoch eine gute Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten zu diesem Zeitpunkt für einige der Stahlhelmmitglieder war, wird deutlich, wenn man den an die Bundesführung adressierten Brief des bayrischen Stahlhelmführers Lenz liest, der davon berichtete, dass die Nazis sich „vorbildlich für uns eingesetzt“ haben. Statt eine weitere Polarisierung voranzutreiben, bat er von daher dringend, etwaige Schwierigkeiten zwischen Stahlhelm und Nationalsozialisten von vornherein zu vermeiden, da er „auf die Freundschaft der Nationalsozialisten“ mehr angewiesen sei als irgendjemand sonst, „da ein großer Teil meiner Leute zumindest dem Herzen nach nationalsozialistisch eingestellt“ war. Lenz an das Bundesamt des Stahlhelms, 24.6.1929, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹²³³ Stadtler an Seldte, 2.5.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

Doch nicht nur Brauweilers schlechtes Verhältnis zu den Nationalsozialisten, auch seine Einstellung Hugenberg gegenüber wurde von Stadtler kritisiert. Hiervon sah er eine regelrechte Aufmunterung für Gleichgesinnte ausgehen, die sich in dem sicheren Wissen, innerhalb des Stahlhelms auf einen einflussreichen Verbündeten zurückgreifen zu können, ebenfalls vermehrt gegen eine Kooperation mit dem Hitler-Hugenberg-Flügel auszusprechen begannen und dies mit ihrem Austritt aus dem Reichsausschuss bekundeten.¹²³⁴ Exemplarisch verwies Stadtler auf den Reichslandbund, der „ohnehin nur zögernd unter dem Druck der Stahlhelmbewegung, sowie unter dem Druck der Deutschnationalen Partei zum Mitmachen gedrängt worden war“.¹²³⁵ Deren Führung hatte sich bereits während der Arbeiten zum Volksbegehren gegen den Youngplan für eine Loslösung von der Front ausgesprochen. Die Äußerungen Brauweilers, der bei einem Zusammentreffen des christlich-nationalen Bauernvereins Anfang Januar 1930 dazu aufgefordert haben sollte, den Reichsausschuss für die Durchführung des Volksbegehrens zu verlassen, wirkte vor diesem Hintergrund jedoch als Legitimation für die Abkehr von der „nationalen Opposition“.¹²³⁶ Für Stadtler bedeutete das einen Aufruf zum Boykott der rechten Blockpolitik, von der nicht nur der Reichslandbund, sondern auch die Hugenbergkritiker innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei verstärkt ergriffen wurden, die – bestärkt in ihrer Ansicht – an die Errichtung einer „bürgerlich-nationalen Koalition“ und den „Eintritt in eine von dieser Koalition getragenen Reichsregierung“ appellierten.¹²³⁷

Kurzum, Stadtler diffamierte Brauweiler öffentlich als „Verräter der nationalen Front“.¹²³⁸ Seinen Vorwurf begründete er unberechtigterweise mit dem offiziellen Austritt Hitlers aus dem Reichsausschuss, der zu einer Verletzung der in den Statuten des Reichsausschuss festgesetzten Überparteilichkeitsklausel und damit zum Auseinanderbrechen des Reichsausschusses geführt haben sollte.¹²³⁹ War es aufgrund dieser Vorfälle nicht mehr möglich, „ein gutes Verhältnis zur Hitlerfront, noch zur Hugenberg Politik“ zu bekommen, schlug Stadtler Seldte einen Wechsel seines politischen Beraters vor.¹²⁴⁰

¹²³⁴ Stadtler an Seldte, 2.5.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹²³⁵ Ebd.

¹²³⁶ Duesterberg an Brauweiler, 16.1.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/108.

¹²³⁷ Hierbei war vor allem der Austritt des Reichslandbundes ein großes Problem, der mit seinen annähernd 6 Millionen Mitgliedern den größten der Interessenverbände der Weimarer Republik darstellte. Stadtler an Seldte, 2.5.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹²³⁸ Stadtler an Seldte, 2.5.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹²³⁹ Der Austritt Hitlers aus dem Reichsausschuss begründete sich hauptsächlich durch die Ablehnung des Misstrauensvotums gegen Brünnings Reformprogramm durch die mehrheitliche DNVP. Hatte Quatz am 30.3.1930 noch geschrieben, dass es sicher sei, „dass wir nicht pro Kabinett stimmen“, führte der am 3.4.1930 erfolgte Meinungsumschwung dazu, dass Hitler einen weiteren Verbleib im Reichsausschuss als „sinnlos“ erachtete und von daher aus diesem austrat. S. Weiss, Hermann (Hrsg.): Quatz, Reinhold: Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik : aus dem Tagebuch von Reinhold Quatz 1928-1933, (hier die Einträge zum 31.3.1930 und 3.4.1930), München 1989.

¹²⁴⁰ Die Forderung, Brauweiler aus seinem Amt im Stahlhelm zu entlassen, war bereits im Zuge der Diskussion um das Volksbegehren gegen den Youngplan aufgekommen. Hatten sich hier sowohl Duesterberg als auch Wagner den Plänen Hugenbergs angeschlossen, Brauweiler die Geschäfte als Vorsitzendem des juristischen Ausschusses aus der Hand zu nehmen und in die des Hugenberg Anhängers Lehmann zu geben, von dem man sich eher eine Politik im Sinne der radikalen Rechtsfront versprach, stand man wenige Monate später erneut vor dieser

Sehr zum Unmut Stadtlers stellte sich Seldte jedoch schützend hinter Brauweiler. Da er Stadtler für nicht berechtigt hielt, „derartige Kritiken an der einheitlichen politischen Führung des Stahlhelms und an der Person eines politischen Leiters zu üben“, forderte er Brauweiler auf, diesen gegen ihn gerichteten Affront „in ganz großer Form“ anzufassen und „energisch auszubrennen“.¹²⁴¹ Schließlich müsse die politische Arbeit nach außen hin eine einheitliche Linie aufweisen.¹²⁴² In einem an das Bundesamt Magdeburg gerichteten Schreiben leitete Brauweiler deshalb eine ehrengerichtliche Untersuchung ein, um in Bezug auf die ungerechtfertigte „Darstellung meiner politischen Auffassung“ eine restlose Klarstellung zu erwirken.¹²⁴³ Hatte er sich bereits am 4. Mai 1930 schriftlich an die Bundesführung des Stahlhelms gewandt, um diese darüber aufzuklären, dass er weder „eine Aktion zum Sturz des zweiten Bundesführers“ vorgenommen noch ein verschwörerisches „Spiel mit Kriegsheim - Schiele - Treviranus getrieben“ oder gegen Hugenberg gearbeitet habe, wies er hier erneut alle Beschuldigungen Stadtlers zurück und forderte eine Nachprüfung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe.¹²⁴⁴ Seine Einwände richteten sich dabei nicht nur gegen Stadtler und dessen „schwere Beleidigungen“, sondern auch gegen Duesterberg. Ihn bezichtigte Brauweiler, vorab über Stadtlers Pläne informiert worden zu sein und diese billigend in Kauf genommen zu haben. Gemäß der Ehrenschutzordnung zog Brauweiler es bis zur weiteren Klärung aller Einzelheiten vor, sich von seinem Posten als Leiter der innenpolitischen Abteilung des Bundes und als Chefredakteur der Stahlhelmzeitung beurlauben zu lassen, später dann zurückzutreten.¹²⁴⁵

Die Beteuerungen Stadtlers, keine persönlichen Befindlichkeiten gegen Brauweiler zu haben, hielten Seldte und Brauweiler aus mehrerlei Gründen für eine Farce.¹²⁴⁶ So erhärteten die Tatsachen, dass bis zum April 1930 keinerlei ernsthafte Veranlassung gezeigt worden war, gegen Brauweiler vorzugehen, bereits im Vorhinein „starke persönliche und sachliche Gegensätze innerhalb der Führerschaft“ gegen Brauweiler bestanden hatten und seine Abkanzelung zeitgleich mit der Ernennung Brünings zum Reichskanzler, seinem Anschluss an die Politische Arbeitsstelle und dem Austritt Hitlers aus dem Reichsausschuss stattfand, den Verdacht, dass die ganze Aktion doch „übelriechende Ingredienzien eines parteipolitischen

Überlegung, die seitens der Vertreter der radikalen Obstruktionslösung nicht wieder verschoben, sondern endgültig in die Tat umgesetzt werden sollte. Seldte an Brauweiler, 16.5.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹²⁴¹ Ebd.

¹²⁴² Seldte an Morosowicz, 7.5.1930, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/25, Bl. 276.

¹²⁴³ Brauweiler an die Bundesführung, 4.5.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹²⁴⁴ Ebd.

¹²⁴⁵ Hier hieß es, dass Brauweiler wegen der Angriffe Stadtlers eine ehrengerichtliche Untersuchung eingeleitet habe, dass er deshalb von seinem Posten als Leiter der Innenpolitik des Bundes zurücktrete und das er durch Major Wagner a. D. für die Dauer der Überprüfung ersetzt werden würde. Aufruf Czetztritz an alle Landesführer und Mitglieder des Bundesvorstandes, 21.5.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111; Brauweiler an Wagner, 4.6.1930, ebd.

¹²⁴⁶ Stadtler an Seldte, 2.5.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

Kampfes“ gewesen sein mussten.¹²⁴⁷ Dieser Kampf wurde zunehmend von den Nationalsozialisten angefeuert, die die Tatsache, dass sich Brauweilers anfängliches Ideal der Überparteilichkeit mittlerweile zu einer handfesten Parteiferne entwickelt hatte, nicht akzeptieren wollten.¹²⁴⁸ In dieser Hinsicht wurde der Stahlhelm zu einem immer entscheidenderen Einflussfaktor, nicht nur für den Fortbestand der „nationalen Front“ generell, sondern auch für die Nationalsozialisten, die in derartigen Bündnissen eine immer willkommenere Möglichkeit erkannten, ihre Ansichten einer Massenbasis zugänglich zu machen. Enger Kontakt und zunehmende Kooperationsbereitschaft seitens des Stahlhelms lagen also durchaus im nationalsozialistischen Interesse.¹²⁴⁹ Wurde Brauweiler als das Zünglein an der Waage für „das fatale Umfallen des Stahlhelms zugunsten einer Unterstützung der Youngplanregierung“ dargestellt, sollte sein Aufruf zur Unterstützung des Brüning-Kabinetts die Nationalsozialisten in ihrer Auffassung bestätigen, Brauweiler als wesentlichen Mitverursacher des Einsturzes der „nationalen Opposition“ schnellstmöglich loswerden zu müssen.¹²⁵⁰ Nur so konnte es gelingen, den Stahlhelm ganz von seinem überparteilichen Kurs abzulösen, an dem Brauweiler nach wie vor festhielt und auf die Politik einzuschwören, „die ein Bund der Frontsoldaten einzig und allein treiben kann: Die Politik der NSDAP und ihres Führers Adolf Hitler“.¹²⁵¹ Aufgrund der Unvereinbarkeit beider Mitgliedschaften wurden die Stahlhelmer, die sich bis dato indifferent in ihrer Haltung gegenüber der NSDAP gezeigt hatten, offen vor die Wahl gestellt, zukünftig entweder „die Erfüllungspolitik des Drückebergers Brauweiler“ zu billigen oder sich „der Frontradition gemäß [...] einzureihen in die Widerstandsfront und Kampfpolitik der Armee Adolf Hitlers“.¹²⁵² Der Vorwurf,

¹²⁴⁷ Brauweiler an Wagner, 30.8.1930 & Esleben an Brauweiler, 15.8.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹²⁴⁸ Hierbei muss vor allem auf das bereits thematisierte problematische Verhältnis zwischen Brauweiler und den Nationalsozialisten verwiesen werden, die darauf bedacht waren, „die Schädlichkeit von Brauweilers Einfluss [...] für die nationale Opposition“ mit allen Mitteln einzudämmen. In diesem Zusammenhang exemplifizierte Stadler diesen Vorwurf in seiner Denkschrift an Seldte vom Mai 1930 nicht nur anhand Brauweilers Tätigkeit als politischer Berater des Stahlhelms, sondern auch in seiner Funktion als Leiter der Stahlhelm Bundeszeitung, die er angeblich dafür benutzte, gegen die Nazis in Form „polemisch-advokatorische[r] Auseinandersetzung“ vorzugehen und diesen eine „einzige Absage“ zu erteilen. So hatte er hier weder die „überaus positive Stellungnahme des führenden Organs der Nationalsozialisten, dem Völkischen Beobachter“ in Bezug auf den erfolgreichen Münchner Frontsoldatentag von 1928 hervorgehoben, „obwohl gerade dieser politische erfreuliche Umstand den Stahlhelmkameraden im ganzen Reich als ein besonders positives Ergebnis [...] erschienen war“, noch hatte er es für notwendig befunden, in seiner „politischen Übersicht“ die Bildung der nationalen Front unter Teilnahme der Nationalsozialisten angemessen zu würdigen, was Stadler in seiner Annahme bestätigte, dass Brauweiler eher ein „Gegner als ein Anhänger des Bündnisses mit Hitler“ war. Stadler an Seldte, 2.5.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹²⁴⁹ Bundesvorstandssitzung, 24.11.1929, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/11, Bl. 19ff.

¹²⁵⁰ Dies manifestierte sich in einer Flut von Zeitungsartikeln in der nationalsozialistischen Presse, die sich im Wesentlichen darauf fokussierten, gegen Brauweiler Stimmung zu machen. So bspw. der Artikel „Verneblungsmanöver“, in: der Nationale Sozialist, Nr. 44, 11.4.1930 oder auch in: „Wie der Stahlhelm das Kabinett Brüning aus der Taufe hob“, in: ebd. Nr. 46, 14.4.1930. In diesem Artikel hieß es, dass „der dementierwürdige Brauweiler“ bereits vor der entscheidenden Reichstagsabstimmung im Stahlhelm die Unterstützung des Erfüllungskabinetts Brüning zugesagt habe.

¹²⁵¹ „Brauweiler abgesagt: Des schwarzen Missionars Glück und Ende“ in: der Nationale Sozialist, Nr. 85, 3.6.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/108.

¹²⁵² Mit der Bezeichnung als „Drückeberger“ spielten die Nazis auf die Tatsache an, dass Brauweiler aufgrund seiner Tätigkeit als Journalist vom dem Einzug an die Front im Ersten Weltkrieg befreit war. Hier sprang der „Stahlhelm“ mit einem Artikel vom 13.4. für Brauweiler in die Bresche, indem er darauf verwies, dass der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Frick in dieselbe Kategorie eingegliedert werden müsste, „sofern es wirklich eine Unehre wäre, während des Krieges denjenigen Posten inne gehabt zu haben, den die militärischen Stellen für den einzelnen bestimmt hatten“. S. „Abwehr gegen Lügenmeldungen“ in: Der Stahlhelm, 13.4.1930, BArch, Alldeutscher Verband, R 8048/269, Bl. 15. S. auch „Stahlhelm rettet Brüning“, in: Der Nationale Sozialist, 8.4.1930, BArch, Alldeutscher Verband, R 8048/269, Bl. 12.

Erfüllungspolitik zu betreiben, bezog sich auf Brauweilers Unterstützung für Brüning, als dessen „wärmster Befürworter“ er in nationalsozialistischen Kreisen galt.¹²⁵³ Zwar war es schon frühzeitig zu nationalsozialistischen Angriffen auf Brauweiler gekommen, diese waren jedoch lediglich ein Vorgeschmack auf die nun folgenden Angriffe, die durch die Attacke Stadtlers – in Stahlhelmkreisen bereits als passionierter „Propagandaredner“ bekannt – salonfähig gemacht wurden.¹²⁵⁴ In der nationalsozialistischen Presse wurde Brauweiler mit Angriffen überhäuft, die ihn nicht nur als „böse[n] Geist“ oder „edle[n] Drahtzieher der Stahlhempolitik“ diffamierten, sondern in Anbetracht seiner Unterstützung des Zentrumspolitikers Brüning auch immer wieder als „schwarzen Missionar“ oder „Verfechter der Zentrumspolitik“.¹²⁵⁵

Ein an die Bundesführung gerichtetes „vertrauliches Schreiben“ vom Juli 1930 sollte die bis dato geäußerten Mutmaßungen über das weitere Vorgehen des radikal antirepublikanischen Flügels erstmals konkretisieren.¹²⁵⁶ Hier hieß es, dass Brauweiler aller Wahrscheinlichkeit nach unbescholten aus dem Ehrenverfahren hervorgehen würde. Deshalb könne die geplante Ausschaltung des Brüning-freundlichen Seldte Flügels nur durch die Unterordnung der gesamten Abteilung Ia – damit also der kompletten, politischen Abteilung des Stahlhelms – unter den Einflussbereich Wagners erreicht werden. Weiter hieß es: „Der zweite Schlag des Kampfes, der sich in Wahrheit gegen Seldte richtet, wobei man Brauweiler zuerst treffen muss,

¹²⁵³ Ebd., Berghahn, 1966, S. 148.

¹²⁵⁴ Besprechung 30.9.1927 in Berlin, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/7, Bl. 19.

¹²⁵⁵ Der Vorwurf, dass Brauweiler von vornherein eine engere Bindung an den Zentrumspolitiker Brüning habe, speiste sich vor allem durch die Tatsache seiner jahrelang aktiven Mitgliedschaft im Zentrum, erschien jedoch vor dem Hintergrund, dass er bereits seit 1920 alle Ämter, die in Zusammenhang mit der Politik der Zentrumspartei standen, niedergelegt hatte, als überspitzt. S. „Brauweiler abgesägt: Des schwarzen Missionars Glück und Ende“ in: Der Nationale Sozialist, Nr. 85, 3.6.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/108.

¹²⁵⁶ Auszug aus einem vertraulichen Schreiben über die Situation im Stahlhelm, 17.7.1930 über die Situation im Stahlhelm, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/41, Bl. 67. Hierin hieß es: „Aus dem Ehrenverfahren dürfte Brauweiler gerechtfertigt hervorgehen, was den Ausschluss Stadtlers, der von den beiden Gruppen gleichermassen fallen gelassen wird, nach sich ziehen dürfte. Dieses ist aber nur das Vorspiel, wobei sich die Duesterberg-Gruppe Stadtlers als Sturmbock bedient. Anschliessend wird die Gruppe Duesterberg – Wedel – Wagner verlangen, dass die Abteilung Ia, also die politische Abteilung, dem Bundeskanzler unterstellt wird. Und zum Bundeskanzler will die Gruppe Wagner machen. Auf diese Weise würde Brauweiler, der ja nunmehr nur noch Untergebener Wagners wäre, ausgeschaltet. Der zweite Schlag des Kampfes, der sich in Wahrheit gegen Seldte richtet, wobei man Brauweiler zuerst treffen muss, weil er vor Seldte steht, soll dann so geführt werden, dass man den Bundeskanzler verantwortlich auch für die Stahlhempolitik macht, worüber er dem Bundesführer nur noch Bericht zu erstatten hat. Dadurch will Seldte repräsentative Figur, dem die Führung umso mehr aus der Hand genommen würde, weil Duesterberg beabsichtigt, nach Berlin überzusiedeln und Morosowicz, der von der Duesterberg Gruppe dadurch gewonnen werden soll, dass man ihn zum dritten Bundesführer macht, als politisch geschicktester und klügster der Führer sowie Wagner völlig beeinflusst. Erwähnt werden muss, dass aller Wahrscheinlichkeit nach der ganze Vorstoss in Verabredung mit Hugenberg oder doch seiner nächsten Umgebung gemacht wird, dem ja auch das Ergebnis zugutekommen würde. Was wird von Seiten Seldte-Brauweiler dagegen unternommen? Brauweiler arbeitet eine offizielle Denkschrift über die Stahlhempolitik der letzten Jahre aus, in der die ganze Sabotierung der offiziellen Politik, insbesondere durch Duesterberg dargestellt wird. Entscheidend aber bleibt, ob Seldte sich genügend hart zeigt, und vor den Drohungen Duesterbergs nicht mehr wie in den letzten Jahren zurückweicht. Eine Lösung in unserem Sinne kann nur erreicht werden, wenn Duesterberg und Wedel-Pommern gezwungen werden, ihre Ämter im Stahlhelm niederzulegen. Der grösste Teil der Landesführer steht also auf Seite Seldtes. Seldte will den Bund als überparteilichen Wehrverband erhalten, der sich politisch hinter Hindenburg und die Reichswehr stellt, mit der Richtung auf Präsidialregierung. Duesterberg usw. werden in praxi den Stahlhelm zu einer SA der Deutschnationalen oder genauer gesagt des Hugenberg Flügels machen. Das besondere wäre damit vernichtet, ebenso wie der Bund selbst starke Risse erhalten würde. Die Situation im Stahlhelm lässt sich mit der innerhalb der Reichswehr im Jahre 1920 vergleichen, wo die reaktionären Militärs, die auf Restauration der alten Verhältnisse ausgingen, durch einen Gewaltstreich sich durchsetzen wollten. Gerade wir haben kein Interesse daran, das reaktionär denkende Element zu schützen (...).“ Über den Verfasser dieses Schreibens besteht keine Klarheit. Man vermutet von Seiten Wagner jedoch, dass es einer aus den Kreisen der Standarte war. S. Wagner an die Bundesführer 30.7.1930. Wagner schreibt hier, dass „obwohl der Verfasser der ganzen Intrige sehr schlecht orientiert ist, möchte ich doch aus der Tatsache, dass überhaupt im Bunde mit derartigen Fragen intrigiert wird, den Schluss ziehen, dass die Ehrensache des Kam. Dr. Brauweiler jetzt nach Abschluss der Urlaubszeit bis zur völligen Klärung durchgeführt werden muss.“ S. Wagner an die Bundesführer, 30.7.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

weil er vor Seldte steht, soll dann so geführt werden, dass man den Bundeskanzler verantwortlich auch für die allgemeine Stahlhelmpolitik erklärte.“¹²⁵⁷ Bedenkt man, dass Wagner im Sommer 1930 tatsächlich mit den Aufgaben Brauweilers betraut wurde, trafen diese „Umstrukturierungsmaßnahmen“ nicht nur Brauweiler an sich, sondern auch Seldte, der damit einen seiner wesentlichen Vertrauten im Stahlhelm verloren hatte. Damit hatten sich die ursprünglichen Ziele rechter Sammlungspolitik – die einheitlichen Ausrichtungen der oppositionellen Kräfte auf einen gemeinsamen Kurs und die Konkretisierung auf ein gemeinsames politisches Programm – als endgültig illusorisch herausgestellt.¹²⁵⁸ Stattdessen war man dazu übergegangen, etwaige Abweichler bei Seite zu drängen und durch linientreue Kräfte aus den eigenen Reihen zu ersetzen.¹²⁵⁹

In dem Vorgehen gegen Brauweiler sah Duesterberg eine willkommene Gelegenheit, um von seiner eigenen „Schaukelpolitik“ gegenüber der Brüning-Regierung abzulenken, die er zwar nicht aktiv unterstützte, sich ihr gegenüber jedoch auch nicht gänzlich verschloss.¹²⁶⁰ Seine Unentschlossenheit resultierte aus der Überzeugung, dass Brüning auf der einen Seite zwar einen wichtigen Partner für den Stahlhelm darstellte, beispielsweise in Bezug auf die Aufhebung des Stahlhelmverbots im Rheinland und Westfalen. Auf der anderen Seite befürchtete Duesterberg von einer Unterstützung Brünings jedoch das weitere Auseinanderdriften der „nationalen Opposition“. Damit befand er sich im Zwiespalt, ob er als Sprachrohr des radikalen Stahlhelmflügels in grundsätzlicher Gegnerschaft zum Brüning Kabinett der Mitte verharren oder den Versuch wagen sollte, eine Rechtswendung des Kabinetts durch eine Beteiligung an selbigem herbeizuführen. Die Stilisierung Brauweilers zum Sündenbock kam Duesterberg also gerade recht, um sich der wachsenden Bedrängungen ihm gegenüber zu entziehen.¹²⁶¹ Um sämtlichen Eventualitäten vorzubeugen, erklärte er bereits Anfang Juni 1930 die sofortige Absetzung Brauweilers zur Ultima Ratio für seinen eigenen Verbleib im Stahlhelm. Bestärkt in dem Bewusstsein, dass es in Anbetracht des stark angestiegenen Einflusses des radikalen Flügels nur eine zu seinen Gunsten ausfallende Antwort geben konnte, gab Duesterberg deshalb bereits vor der Verkündung des Ehrengerichtsurteils

¹²⁵⁷ Auszug aus einem vertraulichen Schreiben über die Situation im Stahlhelm, 17.7.1930 über die Situation im Stahlhelm, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/41, Bl. 67-68.

¹²⁵⁸ Breuer, Stefan: Die radikale Rechte in Deutschland 1871-1924, Stuttgart 2010, S. 170/71.

¹²⁵⁹ Dies war auch im Reichsausschuss versucht worden, indem man Brauweiler durch Hans Lehmann ersetzen wollte.

¹²⁶⁰ Die Bezeichnung „Schaukelpolitik“ wurde von Volker Berghahn als Beschreibung für den politischen Weg des Stahlhelms zwischen 1930 und 1933 verwendet und bezog sich auf das Unvermögen der Bundesführung vor dem Hintergrund der immer radikaleren und reaktionären Rechtsfront den eigenen Charakter aufrechtzuerhalten und sich stattdessen in einem stetigen Hin- und Herschwanke zwischen Zugeständnis und Ablehnung um die eigene Stärke brachten. S. Berghahn, 1966, S. 276/77.

¹²⁶¹ Tüllmann an Wagner, 10.5.1930, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/41, Bl. 257/58.

und wohl wissentlich, dass Brauweiler sich zu diesem Zeitpunkt noch im Urlaub befand, dessen baldigen Austritt aus dem Bundesamt offiziell bekannt.¹²⁶²

Auch wenn Brauweiler anfänglich noch berechnete Aussicht auf eine schnelle Rehabilitierung seines Rufes hatte – das Ehrengericht hatte ihm weder eine „der offiziellen Bundespolitik entgegengesetzte Politik“, noch einen „Verrat an der Sache des Bundes“ oder eine „Überschreitung der ihm vorgegebenen Befehle“ nachweisen können – sollte eine zweite gegen ihn gerichtete Klage vom Januar 1931 diese Hoffnung zunichtemachen.¹²⁶³ Inhaltlich bezog sich diese erneute Anklage auf ein Rundschreiben vom 30. Dezember 1930, in welchem Brauweiler Duesterberg ein „unkameradschaftliches Verhalten“ vorgeworfen hatte, da dieser „ohne die Prüfung einer Anklage abzuwarten, meine sofortige Entlassung verlangt und damit die Hinaustragung der internen Bundesangelegenheiten in die breite Öffentlichkeit hervorgerufen hatte“.¹²⁶⁴ Diese Äußerung nahm Duesterberg zum Anlass, Brauweiler einen „schweren Bruch mit der Stahlhelmdisziplin“ vorzuwerfen.¹²⁶⁵ Brauweiler versuchte anfänglich den gegen Duesterberg erhobenen Vorwurf zu verteidigen, räumte wenig später aber ein, dass seine Aussage „über das Ziel hinausgeschossen“ sei.¹²⁶⁶ Doch auch wenn Brauweiler den Vorwurf der Unkameradschaftlichkeit „mit dem Ausdruck des Bedauerns“ zurücknahm, hielt Duesterberg an seinem Oppositionskurs fest und rückte nicht davon ab, die sofortige Entlassung Brauweilers zu forcieren. In deutlich überspitzter Form stilisierte er diesen Vorfall zu einer Generalabrechnung mit Brauweiler, dessen Verhalten er als „untragbar für den Stahlhelm“ bezeichnete und in dessen Politik er „das Vertrauen endgültig verloren“ hatte.¹²⁶⁷ Um diesmal allen Eventualitäten vorzubeugen, wurde die Möglichkeit einer erneuten ehrengerichtlichen Beurteilung von vornherein ausgeschlossen und stattdessen ein disziplinarisches Verfahren gefordert.¹²⁶⁸ In dessen Zuständigkeitsbereich fielen auch die zuvor vom Ehrengericht zurückgewiesenen Tatbestände.¹²⁶⁹

¹²⁶² Während Brauweiler sich im Urlaub befand, hatte Duesterberg hier bekanntgegeben, dass „die innere Politik im Stahlhelm von jetzt ab der stellvertretende Bundeskanzler, Kam. Wagner, [übernehmen würde]. Dr. Brauweiler hat auf Grund der gegen ihn erfolgten Angriffe eine Untersuchung gegen sich beantragt. Dem Antrag ist stattgegeben.“ Brauweiler an Wagner, 30.12.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹²⁶³ Seine anfängliche Hoffnung auf besagte Rehabilitierung schrieb er seinem Freund und langjährigem Weggefährten Eisele bereits Mitte Juni. Hier hieß es: „Die Meldungen der nationalsozialistischen Presse [entsprechen] zwar dem Wunsch ihres Verfassers, nicht jedoch der Wahrheit“ weshalb Brauweiler sich „auf gar keinen Fall dazu veranlasst sehe, seinen Platz im Stahlhelm zu räumen.“ Brauweiler an Eisele, 20.06.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111. Wenige Monate später sollte jedoch sein Austritt aus dem Stahlhelm folgen.

¹²⁶⁴ Brauweiler an Wagner, 30.12.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹²⁶⁵ In einem Brief Wagners an die Bundesführung hieß es, Brauweiler habe damit nicht nur eine „ehrenrührige Anschuldigungen gegen einen Bundesführer“ erhoben, sondern sich mit diesem Vorwurf „direkt an die Bundesvorstandsmitglieder“ gewandt, was einem Privatmann gestattet sei, nicht jedoch einem Stahlhelmkameraden, bei dem dieses Verhalten „ein Vergehen gegen die Stahlhelmdisziplin“ darstelle. Unterstützung sollte Duesterberg hier vor allem durch Czetztritz, Wagner und den Landesführer des ostpreußischen Stahlhelms, Major Graf zu Eulenburg-Wicken erhalten, der am 12.1.1931 Brauweilers Verhalten, für das er keinerlei Berechtigungsgrundlage sah, als „eine Folge von Verstößen gegen die Stahlhelmsucht“ bezeichnete. S. Eulenburg an Brauweiler, 12.1.1931, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111 oder auch Wagner an Bundesführung, 20.1.1931, StMG, NI Brauweiler, 15/13/110.

¹²⁶⁶ Brauweiler an die Rechtsabteilung des Bundesamtes des Stahlhelms, 25.1.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/110.

¹²⁶⁷ Duesterberg an Seldte, 15.1.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹²⁶⁸ Seldte, der gemäß seiner Position als erstem Bundesführer ebenso eine Verletzung der Disziplin seitens Brauweilers feststellte, musste Brauweiler aus diesem Grund einen Verweis erteilen. S. Seldte an Brauweiler, 27.2.1931, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹²⁶⁹ Duesterberg an Seldte, 15.1.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

Für Brauweiler, der bereits „nach dem Zwischenspiel“ im Kaiserhof seinen Verbleib im Stahlhelm nur für möglich erklärte, wenn er „grundsätzliche Zustimmung [...] erhalte“, leiteten die erneuten Vorwürfe vom Januar 1931 seinen endgültigen Rücktritt aus den aktiven politischen Stahlhelmgeschäften ein. Damit hatte sich der rechte Stahlhelmflügel eines „Gefolgsmanns Seldtes und eines unbequemen Ratgebers im Bundesamt“ zugunsten des radikal-oppositionellen und reaktionären Hugenberg-Kurses entledigt.¹²⁷⁰ Zwar sollte Brauweiler noch als „einfaches Mitglied“ im Stahlhelm bleiben und nach wie vor „in persönlich freundschaftlichem Verhältnis zu Seldte“ stehen, mit der vom „Kampfblock schwarz-weiss-rot“ initiierten Präsidentschaftskandidatur Duesterbergs im Februar 1932 ließ er jedoch sämtliche Aktivitäten ruhen.¹²⁷¹ Als Erklärung sagte er Seldte gegenüber, dass er die vom Kampfblock ausgehende politische Entwicklung für falsch und verhängnisvoll halte, „sowohl für das Gesamtvolk wie für den Stahlhelm insbesondere.“¹²⁷² Neben der Unvereinbarkeit zwischen politischem Auftreten des Stahlhelms und seiner antiparteilichen Einstellung waren es aber auch die persönlichen Differenzen, die zwischen Brauweiler und dem Duesterberg Flügel bestanden und die bei ihm eine innere Ablehnung hervorriefen, die er nicht mehr länger mit der Aufrechterhaltung einer aktiven Mitgliedschaft im Stahlhelm vereinbaren konnte und wollte. Mit der Eingliederung des Stahlhelms in die SA 1934 erklärte Brauweiler seine Tätigkeit Seldte gegenüber als endgültig überflüssig.¹²⁷³

Vor dem Hintergrund der hier geschilderten Zusammenhänge und der Prüfung der Quellen ist Brauweilers Selbsteinschätzung seiner „Gastspielrolle“ beim Stahlhelm nicht haltbar. Im Gegenteil, als rechte Hand Seldtes hatte er hier eine durchaus einflussreiche Stellung erworben, die er für seine Zielsetzungen einer nationalen und antiparteilichen Oppositionsbildung einzusetzen bestrebt war. Wie bereits so oft zuvor zeigte sich Brauweiler auch hier lange Zeit beharrlich und gänzlich unbeeindruckt von jeglichen Widerständen, die ihm auch im Stahlhelm und hier weitaus stärker als zuvor, entgegengehalten wurden. Sein Wunsch nach einer antiparlamentarischen Ordnungsalternative ging ihm über alles. Kompromisse waren dabei von vornherein ausgeschlossen.

¹²⁷⁰ Siehe in diesem Zusammenhang die Äußerung Eiseles, der mit Brauweiler bereits seit langem bekannt war und der in einem an ihn gerichteten Brief seiner Hoffnung Ausdruck verlieh, dass er es hätte schaffen können, „den Stahlhelm von unfruchtbarem Radikalismus fernzuhalten“. Stattdessen schien der Stahlhelm seiner Meinung nach mehr und mehr „ein Spielball für Leute wie Stadler zu werden [...]“, den Eisele hier als „unklaren und wirren Kopf“ bezeichnete. Eisele an Brauweiler, 13.6.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/113.

¹²⁷¹ Hiervon berichtet Brauweiler seinem Freund Eisele in einem Brief vom Mai 1931, s. StMG, NI Brauweiler, 15/13/114).

¹²⁷² Duesterberg wurde vom "Stahlhelm" und von der DNVP zum Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten nominiert und trat damit gegen die Nationalsozialisten mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Adolf Hitler an. Im Folgenden wurde Duesterberg von diesen aufgrund "nichtarischer" Vorfahren im nationalen Lager diskreditiert. Nach seinem Misserfolg im ersten Wahlgang mit lediglich 6,8 Prozent Stimmenanteil zog Duesterberg seine Kandidatur zurück. Im Folgenden zog er sich ganz aus den Stahlhelmgeschäften zurück. Seinen vorgeschlagenen Posten im 1933 erstellten Hitler Kabinett lehnte er ab und wurde schließlich durch Seldte ersetzt.

¹²⁷³ Brauweiler an Seldte, 30.1.1938, StMG, NI Brauweiler, 15/13/143.

Seine Aktivitäten im Stahlhelm sind aber nicht nur hinsichtlich der persönlichen Analyse Brauweilers interessant, sondern auch vor dem Hintergrund der generellen innen- und außenpolitischen Verworrenheit der Jahre 1926-30 und dem darin impliziten Auseinanderdriften innerhalb des rechtsoppositionellen Lagers in einen radikal-antirepublikanischen, reaktionären und einen eher moderaten, weniger impulsiven Flügel mit dem Ziel einer Präsidialregierung. Der Stahlhelm war in diesem Zusammenhang eine Nahtstelle zwischen den beiden Positionen, die der 1926 einsetzenden Politisierung und der anhaltenden Unterhöhlung durch die im Stahlhelm agierenden Rechtskräfte schließlich nicht mehr standhalten und 1930 endgültig aufplatzen sollte.¹²⁷⁴ In diesem Prozess ist der näheren Analyse Brauweilers eine charakteristische Bedeutung für den Werdegang des Stahlhelms beizumessen, gibt sie doch mikroskopisch wider, was sich auf Ebene des Frontkämpferbundes ereignete. So erfolgte Brauweilers Aufstieg zum politischen Berater Seldtes nicht nur einhergehend mit der stärkeren politischen Partizipation des Bundes und ist damit als stellvertretend für dessen anhaltenden Politisierungskurs zu sehen. Sein 1931 quasi erzwungener Rückzug von der aktiven Stahlhelmarbeit bedeutete auch den endgültigen Ausschlag zugunsten einer rechtsradikaleren Politik unter Anbindung der Nationalsozialisten. Hatte Brauweiler sich bis dato immer für eine Eindämmung dieser Richtung und die Aufrechterhaltung des antiparteilichen Prinzips eingesetzt, ermöglichte sein Rückzug den „Totengräberkräften, die schon so viel in Deutschland zerstört“ hatten, nunmehr den einst überparteilichen Stahlhelm vollends in den Strudel der Nationalsozialisten und damit parteipolitischer Interessenpolitik zu ziehen.¹²⁷⁵ Ihm zufolge hatte der Stahlhelm 1930 somit „seine letzte Chance preisgegeben, eine eigene selbstständige politische Rolle zu spielen und im Bunde mit Reichspräsident, Reichsregierung und Reichswehr auf die Gestaltung des politischen Schicksals des deutschen Volkes einen [...] noch möglichen günstigen Einfluss zu nehmen.“ „Seldte [...] und der Stahlhelm [waren] seitdem in dem Teufelskreis zusammen mit [...] Hugenberg und Hitler gefangen, aus dem sie sich nicht mehr befreien konnten.“¹²⁷⁶ Die Einsicht darüber trat bei den Verantwortlichen erst ein, nachdem der Stahlhelm über den Weg der 1931 zusammengetretenen „Harzburger Front“ direkt ins „Dritte Reich“ und die damit verbundene Auflösung geführt worden war.¹²⁷⁷ Hatten sich viele Stahlhelmer der Illusion hingegeben, man könne Hitler in

¹²⁷⁴ Berghahn, 1978, S. 444.

¹²⁷⁵ In diesem Zusammenhang ist hier auf einen Brief Eiseles hinzuweisen, der Brauweiler als Reaktion auf die in der Presse veröffentlichte Kundgebung seines Austritts aus dem Stahlhelm schrieb, dass er diese Tatsache sehr bedauern würde, „denn ich habe gerade deine ruhige sachliche Art, dein kluges politisches Urteil beim Stahlhelm als besonderen Vorzug eingeschätzt und immer gehofft, daß es dir mit diesen Eigenschaften gelingen werde, den Stahlhelm von unfruchtbarem Radikalismus fernzuhalten“. Eisele an Brauweiler, 13.6.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹²⁷⁶ Brauweiler, Heinz „Mein Tätigkeit im Stahlhelm“, 22.12.1965, StMG, NI Brauweiler, 15/13/119.

¹²⁷⁷ Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik, Königsstein 1978, S. 124. Hatte Seldte, nach der erzwungenen Entlassung Duesterbergs 1933 versucht, den Stahlhelm am Leben zu halten, indem er möglichst viele Kameraden in die NSDAP und SA einschleuste, sollte sich dieser Versuch mit der endgültigen Entmachtung des Bundes 1934 als gescheitert herausstellen. S. hierzu auch

einem konservativ dominierten Kabinett einrahmen und damit kontrollieren, war diese Entwicklung jedoch maßgeblich auf Seldte zurückzuführen, der den Stahlhelm um jeden Preis aufrechterhalten wollte.¹²⁷⁸

7. Brauweiler als Wanderer zwischen den Welten

Auch wenn Brauweilers Rückzug aus den aktiven Stahlhelmgeschäften erst 1931 erfolgen sollte, war die Möglichkeit, von dessen Boden aus Einfluss auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen nehmen zu können, mit der Stadtler-Attacke im Frühjahr 1930 faktisch beendet. Seither musste Brauweiler eine alternative Artikulationsplattform für die Vertretung seiner Vorstellung eines Systemwechsels suchen. Auch wenn die Bildung des Präsidialkabinetts Brüning sein Ende beim Stahlhelm besiegelt hatte, schienen dennoch Chancen vorhanden, um die mit seinem Volksbegehren verbundenen Forderungen nach einer größeren Unabhängigkeit vom Reichstag umzusetzen.¹²⁷⁹

7.1 Die Gründung der Politischen Arbeitsstelle und Brauweilers Festhalten am Präsidialkabinett Brüning

Gedanken zur Bildung einer überparteilichen Regierung existierten bereits seit 1925 und waren von bürgerlichen Rechtskräften, Mitgliedern einflussreicher Wirtschaftskreise sowie industriellen und agrarischen Interessenverbänden unterstützt worden. Erhoffte man sich über diesen Weg die praktische Entmachtung des Parlaments und die Umwandlung in einen autoritärer geprägten Staat, entsprach die Einführung des ersten Präsidialkabinetts unter Heinrich Brüning genau diesen Forderungen. So war hiermit nicht nur die Stärkung des Reichspräsidenten gegeben, der die anstehenden Kabinettsbildungen nunmehr ohne Absprache mit den Reichstagsfraktionen entscheiden und den Reichskanzler nach dem eigenen Gutdünken ernennen konnte, es bedeutete gleichsam auch die sukzessive Entmachtung der parlamentarischen Demokratie. Der sich hierbei abzeichnende „stille Verfassungswandel“ entsprach den jungkonservativen Vorstellungen, die eine Regierung ohne Parteien beruhend auf einer starken Exekutivgewalt seit jeher gefordert hatten.¹²⁸⁰

Brauweiler, Heinz: „Meine Tätigkeit im Stahlhelm“, 22.12.1965, StMG, NI Brauweiler 15/13/119, sowie Schreiben ohne Verfasser, 7.4.1933, StMG, NI Brauweiler, 15/13/107.

¹²⁷⁸ Bereits ab 1933/34 begann die Gleichschaltung des Stahlhelms, der erst in die SA eingegliedert und in 1935 dann endgültig aufgelöst wurde.

¹²⁷⁹ Die Diskussion um die Abschaffung des Artikels 54 der Reichsverfassung wurde u.a. von Reichsinnenminister Wilhelm Freiherr von Gayl fortgesetzt, der damit ebenfalls wie Brauweiler die Abhängigkeit von der Reichstagsmehrheit abschaffen wollte. Außerdem fokussierte sich auch Edgar Julius Jung weiterhin auf dieses Vorhaben, der in einem Artikel in der Deutschen Rundschau schrieb, dass die Überwindung der völkischen Schwäche der Deutschen nur über die Trennung von Führung und Volksabstimmung gelingen könne, was bis dato u.a. durch den Artikel 54 nicht möglich war. S. Petzinna, 2000, S. 267.

¹²⁸⁰ Koops, Tilmann (Bearb.): Kabinett Brüning I und II, März 1930-Februar 1931, in: Erdmann, Karl Dietrich: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Boppard am Rhein.

Hätte mit der Ernennung des konservativ und national eingestellten Brüning, der bereits häufig an Veranstaltungen des Juniklubs, des Politischen Kollegs und des Herrenklubs teilgenommen hatte, ihr Ziel als erfüllt angesehen werden können, stieß der zum Geschäftsführer der christlichen Gewerkschaften und zum Fraktionsvorsitzenden des Zentrums gewählte Brüning im jungkonservativen Lager auf teils heftige Ablehnung. Grund hierfür: der Vorwurf mangelnder Distanz zum parlamentarischen System. Statt „einer autoritären Führung“ wurde Brüning vorgeworfen, „auf parlamentarischem Leim“ zu kriechen, da er noch zu viel von „der Rettung der Demokratie“ spreche und es bevorzuge, seine Politik auf ein parlamentarisches Minderheiten- statt auf ein echtes Hindenburg-Kabinett zu stützen.¹²⁸¹

Ähnlich ablehnend äußerten sich auch andere Vertreter des jungkonservativen Lagers, wie z.B. Edgar Julius Jung, der Brüning als „geschicktesten Taktiker des deutschen Parlamentarismus“ beschrieb, der „das Weimarer System künstlich am Leben erhalten“ wolle.¹²⁸² Hierbei war es vor allem Brünings vermeintlich zu enge Beziehung zur SPD. Diese Annahme hatte sich maßgeblich durch das Verhalten der SPD genährt, die den Erhalt der preußischen Koalition bestehend aus Zentrum, DDP und SPD als letzter Machtbastion gegen die antiparlamentarischen und autoritären Bestrebungen der Regierung schützen wollte und dafür bereit war, das Brüning-Kabinett durch einen Tolerierungskurs zu unterstützen. Das daraus abzuleitende mangelnde Durchgreifen gegen die „sozialistische Herrschaft in Preußen“ und die Tatsache, dass Brüning nunmehr von „der Gnade der Sozialdemokratie lebte“, damit also auch keine vollständige Ausschaltung parlamentarischer Einflüsse auf seine Politik erwirkt hatte, brachte ihm den Vorwurf ein, zu stark an den „parlamentarisch-demokratischen Methoden“ zu haften.¹²⁸³ Die mangelnde Konsensfähigkeit der Parteienregierung empfand man als zunehmende Bestätigung der eigenen Ablehnung des Parlamentarismus und als Aufforderung zur Herausbildung einer starken Führung. Daneben war es aber auch die vermeintlich starke Abhängigkeit Brünings von den Gewerkschaften, die vor allem ausgehend von der Ernennung Stegerwalds zum Reichsarbeitsminister befürchtet wurde und die in den Augen von Gleichens einer weiteren Verknüpfung von konservativen und sozialistischen Merkmalen gleichkam.

Die kritische Beurteilung Brünings, dessen „Hamlet Natur“ zwar als geeignet für die Außenpolitik angesehen wurde, „wo die parteipolitische Bindung nichts schadet“, nicht jedoch für die bereits seit 1929 im Ring postulierte Durchsetzung zur „Großen Reform“, die nicht nur als „Sicherung der Regierungsunabhängigkeit“, sondern auch als „Sicherstellung einer Finanz-,

¹²⁸¹ Siehe hierzu die Artikel im Ring: Rosenberger, Wilhelm: „Präsidialkabinette“, in: Der Ring, Nr. 38, 21.9.1930; Gleichens, Heinrich von: „Autorität der Regierung“, in: Der Ring, (ohne weitere Datumsangabe) 1930; „Um den Reichspräsidenten“, in: Der Ring, Nr. 12, 23.3.1930.

¹²⁸² Zitierte nach Sontheimer, 1978, S. 159.

¹²⁸³ Der Ring, 14.9.1930

Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik“ verstanden wurde, teilten jedoch nicht alle Mitglieder des jungkonservativen Lagers.¹²⁸⁴ So zeigten sich beispielsweise die Anhänger der Volkskonservativen Vereinigung, die 1930 als Ergebnis der Flügelbildung innerhalb der DNVP und parallel zur Gründung des ersten Präsidialkabinetts entstanden war und die sich geprägt von den Grundgedanken des Juniklubs und des Ringkreises ebenfalls der Sammlung der konservativen Kräfte und der Stärkung des Reichspräsidenten auf Grundlage der Reichsverfassung verschrieben hatte, optimistischer in ihrer Beurteilung dem Reichskanzler gegenüber. Positiv empfanden sie vor allem die Verhaftung Brünings mit dem jungkonservativen Gedankengut, dem er sich nicht erst Ende der 1920er Jahre, sondern bereits seit seiner Studentenzeit in besonderer Weise verpflichtet gefühlt hatte. Seine Position als Reichskanzler stellte von daher eine Möglichkeit dar, die eigenen Ansätze weiter zu entwickeln. Genährt wurde diese Hoffnung auch durch die Ernennung Gottfried Treviranus' zum neuen Reichsminister. Als Mitbegründer der Volkskonservativen Vereinigung und enger Freund Heinrich Brünings konnte er als geeignetes Bindeglied zwischen dem Reichskanzler und den Volkskonservativen fungieren und zu einer Intensivierung ihres gegenseitigen Verhältnisses beitragen.¹²⁸⁵

Die 1929 von Treviranus und Schlange-Schöningen gegründete Volkskonservative Vereinigung hatte sich aufgrund der zunehmenden Flügelbildung innerhalb der DNVP als eine Abspaltungsbewegung im deutschnationalen Lager entwickelt und sich 1930 nach dem Anschluss weiterer DNVP Funktionäre wie Hans-Erdmann von Lindeiner-Wildau, Paul Lejeune-Jung oder Walther Lambach in „Konservative Volkspartei“ umbenannte.¹²⁸⁶ In Anlehnung an die im Juniklub vertretenen Prinzipien verfolgte die Volkskonservative Vereinigung, die den einzigen Versuch der Jungkonservativen darstellte, sich parteilich zu organisieren, die Sammlung aller konservativen Elemente. Sie forcierte sowohl eine starke Stellung des Reichspräsidenten als auch einen „langfristigen“ Verfassungsumbau, dessen Basis sich vor allem auf die Einschränkung der Staatsomnipotenz durch die körperschaftliche Selbstverwaltung beziehen sollte.¹²⁸⁷ Auch wenn Brauweiler mit der Konservativen

¹²⁸⁴ Maurer, Ilse: Politik und Wirtschaft in der Krise: 1930-1932; Quellen zur Ära Brüning, Düsseldorf 1980, S. 679-681; s. auch: „Kein Bruderkrieg“, in: Der Ring, Nr. 31, 28.7.1930.

¹²⁸⁵ Treviranus wurde 1930 erst Reichsminister für die besetzten Gebiete, bevor er im Sommer 1930 nach dem Abzug der französischen Besatzer aus dem Rheinland dem Kabinett als Minister ohne Geschäftsbereich angehörte. Hatte Brauweiler schon 1916 die Arbeiterschaft als Schlüssel zur Errichtung einer deutschen Ordnungsalternative gesehen und die Nationalisierung der SPD als Grundvoraussetzung für die Durchsetzung seiner antiparlamentarischen Zielvorstellungen, verfolgte er diesen Leitgedanken nach wie vor auch 1930 bei der brennenden Diskussion im Lager des Herrenklubs, wie auf die Kanzlerschaft Brünings reagiert werden sollte.

¹²⁸⁶ Hans-Erdmann von Lindeiner-Wildau, Paul Lejeune-Jung, Gottfried Reinhold Treviranus und Hans Schlange-Schöningen zählten zur Gruppe der sogenannten „Jugend“ in der DNVP zu der Hugenberg Mitte der 20er Jahre verstärkten Kontakt gesucht hatte. Holzbach bezeichnet diese als die „Schützlinge“ Hugenbergs. S. Holzbach, Heidrun: „Das System Hugenberg“, die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981, S. 130.

¹²⁸⁷ Petzinna, 2000, S. 244.

Volkspartei eine Reihe gemeinschaftlicher Interessen verband, wie den Appell an die Überwindung der Staatsomnipotenz durch die körperschaftliche Selbstverwaltung, das Prinzip der Selbstverwaltung, die Ablehnung der Klassenspaltung, die langsame Überflüssigmachung der Parteien anstelle deren plötzlicher Abschaffung, die Stärkung der Rechte des Reichspräsidenten und vor allem auch die Affinität zu Brüning, kam eine parteiliche Angliederung für ihn jedoch auch in diesem Fall nicht in Frage.¹²⁸⁸ Zwar räumte er ein, deutliche Sympathien für die Volkskonservativen und deren Politik zu empfinden, seine strikt antiparteiliche Einstellung, die er bereits seit 1917 vertrat, ließ jedoch keinerlei Ausnahme zu.¹²⁸⁹

Da sich die Möglichkeit der politischen Einflussnahme bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des von ihm vertretenen Überparteilichkeitsanspruchs als ein zunehmend schwierigeres Unterfangen herausstellen sollte, bedeutete die Kanzlerschaft Brünings für Brauweiler einen erfolversprechenden Ansatz, den autoritären mit dem überparteilichen Kurs verbinden und gleichzeitig auch den katholischen Gedanken pflegen zu können.¹²⁹⁰ Sein Einsatz für die von den Nationalsozialisten abwertend titulierte „Youngplanregierung“,¹²⁹¹ für die er noch im Mai 1932 mit seinen Bemühungen um ein gemeinsames Brüning-Kabinett mit Seldte und Schleicher an der Spitze eintrat,¹²⁹² veranlassten Brauweiler schließlich dazu, der im Oktober 1931 von Adolf Morsbach und Friedrich Vorwerk gegründeten überparteilichen Politischen Arbeitsstelle beizutreten.¹²⁹³ Diese bildete sich als Reaktion auf die Differenzen innerhalb des Ringkreises bezüglich der Beurteilung der Politik Brünings und wurde von ihren Mitgliedern als Instrument zur Sammlung gleichgesinnter und parteipolitisch unabhängiger Führungspersönlichkeiten betrachtet, die „insbesondere aus der jüngeren Generation“ stammen sollten. Bei regelmäßigen Zusammentreffen wurden politische Probleme und Geschehnisse unter konservativen Gesichtspunkten diskutiert mit dem Ziel, das „Verständnis für eine sachliche nüchterne realpolitisch abgesteckte konservative Politik“ zu wecken, um langfristig eine

¹²⁸⁸ Diese Forderungen teilte Brauweiler mit dem Leiter der Volkspartei, Kuno von Westarp, der sich in seinem Buch *Am Grabe der Parteienherrschaft* zwar ebenso für eine parteilose Regierung einsetzte, sich dennoch bewusst darüber zeigte, dass sich diese nicht durch eine gänzliche und abrupte Abschaffung des Parteieneinflusses erzwingen lassen könne, sondern - dem Prinzip einer langsamen Überflüssigmachung folgend - entwickeln müsse. Diese Meinung vertrat auch Brauweiler, der entgegen der mehrheitlich im jungkonservativen Lager vertretenen Ansicht immer wieder darauf verwies, dass nur über den Weg des langsamen Einflusstzugs das Ziel einer überparteilichen Staatsform erreicht werden könne. Aus diesem Grund war also auch ein Eintritt in die Volkspartei für ihn undenkbar. Stattdessen war es eine der erklärten Zielsetzungen, dem Überparteilichkeitsprinzip treu zu bleiben, das Brauweiler strikt vertrat.

¹²⁸⁹ In diesem Zusammenhang ist auf einen Brief Brauweilers an Philipp Schmidt zu verweisen. Hier schrieb er, dass er niemals einer anderen Partei beigetreten sei, seine Sympathie aber der Volkskonservativen Partei galt. S. Notiz über die Besprechung mit Philipp Schmidt am 26.-28. August 1917, StMG, NI Brauweiler, 15/13/186.

¹²⁹⁰ Hömig, Herbert, 1991, S. 37/38.

¹²⁹¹ Dr. von Leers: „Verratene Armee – Ein Wort an die Frontkameraden vom Stahlhelm“, in: *Der nationale Sozialist*, Nr. 43, 10.4.1930 BArch, Aldeutscher Verband, R 8048/269, Bl. 13.

¹²⁹² Pünder, Hermann: *Politik in der Reichskanzlei, Aufzeichnungen aus den Jahren 1929-1932*, Stuttgart 1961, S. 131.

¹²⁹³ Adolf Morsbach wurde 1927 zum Direktor der Kaiser Wilhelm Gesellschaft ernannt und amtierte gleichzeitig als Generalsekretär des DAAD. S.a.: Kohl, Ulrike: *Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus*, Berlin 1997, S. 47- 49; Friedrich Vorwerk war zuvor enger Mitarbeiter Heinrich von Gleichens beim Ring.

„parteiunabhängige Staatsführung“ zu erreichen.¹²⁹⁴ Um dem möglichen Vorwurf einer weiteren Zersplitterung des Ringkreises durch die Gründung dieser Arbeitsstelle vorzubeugen, wies man darauf hin, sich nicht nur auf Brüning konzentrieren zu wollen, sondern auf einen grundsätzlichen Neuanfang.¹²⁹⁵ Vordergründig ging es also um die Suche nach einem Gegenmodell zur parlamentarischen Demokratie, das auf Grundlage einer unabhängigen Staatsform die Existenz von Parteien und die damit verbundenen interessengebundenen Machtkämpfe negieren sollte. Diese Forderung war keinesfalls ein Novum, sondern hatte bereits beim Juni- und Herrenklub bestanden, was die Aussage, einen „grundsätzlichen Neuanfang“ einleiten zu wollen, fragwürdig erscheinen ließ.¹²⁹⁶ Ähnlich war es auch bei den weiteren Zielen der Arbeitsstelle: die körperschaftliche Selbstverwaltung, die Errichtung einer staatsunabhängigen Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik, die Wiederaufrichtung eines Staatsaufbaus über die Führerschulung und die Stärkung des Reichspräsidenten – die so oder in ähnlicher Weise schon des Öfteren formuliert worden waren. Nichtsdestotrotz sah Brauweiler nach unzähligen vorangegangenen Versuchen in der Arbeitsstelle eine geeignete Plattform für die Vertretung seiner Neuordnungspläne.

Zur Keimzelle der Politischen Arbeitsstelle entwickelte sich der sogenannte Berliner Kreis.¹²⁹⁷ Zu dessen Mitgliedern zählten vorrangig Persönlichkeiten aus bündischen und jungakademischen Organisationen, „aus denen wiederum Führer und Unterführerkreise gebildet werden sollten, die auf sachliche Probleme in Politik, Wirtschaft und Kulturfragen geschult werden sollten“.¹²⁹⁸ Hier zu nennen sind neben Brauweiler, Boehm und Broecker auch Ullmann, Glatzel und Röhr als Mitglieder des Ringkreises, Vorwerk und die Reichsminister Treviranus und Schlange-Schöningen von der Volkskonservativen Vereinigung, Geßler und Luther als Vertreter des Bundes zur Erneuerung des deutschen Reiches sowie Carl Schmitt. Da der Politischen Arbeitsstelle keine institutionalisierte Organisation zu Grunde lag, erfolgten die Vernetzung und die Weitergabe von Informationen, ähnlich wie auch bei den anderen Zusammenschlüssen der Jungkonservativen, hauptsächlich über publizistische Organe; der *Wöchentliche Bericht zur politischen Lage* beispielsweise, an dem auch Brauweiler für den Bereich Innenpolitik mitarbeitete, verfehlte die Öffentlichkeitswirkung jedoch völlig.¹²⁹⁹

¹²⁹⁴ Morsbach an Rittmeister, 7.11.1932, StMG, NI Brauweiler, 15/13/101.

¹²⁹⁵ Vertrauliches Schreiben von Rüdiger Robert Beer, 8.9.1931, StMG, NI Brauweiler, 15/13/101.

¹²⁹⁶ Haar, Ingo: „Anpassung und Versuchung. Hans Rothfels und der Nationalsozialismus“, in: Hürter, Johannes & Hans Woller: Hans Rothfels und die deutsche Zeitgeschichte, München 2005, S. 63-82.

¹²⁹⁷ Petzinna, 2000, S. 255.

¹²⁹⁸ Morsbach an Rittmeister, 7.11.1932, StMG, NI Brauweiler, 15/13/101.

¹²⁹⁹ Petzinna, 2000, S. 255/56.

7.2 Die Ernennung Franz von Papens zum Reichskanzler und die Arbeit der Politischen Arbeitsstelle

Mit der Ablösung des Reichskanzlers Heinrich Brüning durch Franz von Papen am 1. Juni 1932 schienen alle Bemühungen zur Ersetzung der seit nunmehr 13 Jahren im Todeskampf befindlichen Weimarer Republik endlich erreicht zu sein. So versprach die Programmatik des im Juni 1932 aus der Zentrumspartei ausgetretenen Papen nicht nur die Herstellung einer „wahrhaft unparteiischen nationalen Staatsführung“, sondern implizierte darüber hinaus auch einen allgemeinen politischen Wandel.¹³⁰⁰ In Bezug auf seine politische Façon machte von Papen klar, dass der Wert der Persönlichkeit wieder vor dem Wert der Partei stehen müsse und dass die Wiedergeburt der Nation nur durch den endgültigen Bruch mit der kulturellen Entwicklung Deutschlands seit dem Ende des Ersten Weltkriegs vollzogen werden könne. Sein Hauptziel, das er in seiner Regierungserklärung vom 4. Juni 1932 verdeutlichte, bestand in der Sammlung aller nationalen Kräfte, die gegen die Demoralisierung des deutschen Volkes vorgehen und eine konservativ-nationale und vor allem überparteiliche Regierungsform etablieren sollten.¹³⁰¹ Die Jungkonservativen versicherten Papen ihre „geistige Mitarbeit“.¹³⁰² Papens „Kabinetts der Barone“ wurde zugutegehalten, das hier erstmalig keinerlei Abhängigkeit zu etwaigen Parteien bestand.¹³⁰³ Wichtig schienen den Jungkonservativen die weitere Distanzierung zu den Mittelparteien sowie die Notwendigkeit zu einer umfassenden Kulturreform. Hierdurch hielten sie einen offensiven Bruch mit der gegenwärtigen parlamentarischen Entwicklung und den Auftakt zur Etablierung einer nationalen Diktatur für realisierbar.¹³⁰⁴ Gestützt auf die autoritäre Stellung des Reichspräsidenten sollte diese den Beginn der seit langem geforderten Verfassungsreform einläuten. Des Weiteren sollten die „bisher vom Staat betreuten Sozial- und Kulturaufgaben in die Selbstverwaltung der Gesellschaft“ übertragen werden, die sich nicht mehr aus den Wünschen der Masse ergeben, sondern nach Kriterien wie „Sollen und Können“ zustande kommen sollte.¹³⁰⁵

Schien mit der Ernennung Papens also der nötige „Abstand zur Vergangenheit“ gegeben und damit der Weg für die Verwirklichung der eigenen Zielsetzung frei, nahmen die Mitglieder der Politischen Arbeitsstelle zugleich konkrete Planungen für den bevorstehenden und seit langem

¹³⁰⁰ S. das Vorwort von Papens, das dieser für das Werk von Walther Schotte „Der neue Staat“ verfasst hatte. Hier waren bereits im Herrenklub diskutierte Ideen einer antidemokratischen Neuordnung aufgegriffen, z.B.: die Umformung der Weimarer Demokratie zu einer autoritär-präsidentialen Regierung und die Einflusserschmälerung der Rechte des Reichstags. S. Schotte, Walther: Der neue Staat, Berlin 1932.

¹³⁰¹ Zitiert nach Petzinna. 2000, S. 258.

¹³⁰² Ishida, 1988, S. 199.

¹³⁰³ Im Gegensatz dazu beschrieb das Brüning Kabinett, trotz dessen Auftaktcharakter als erster autoritärer Regierungsbildung, gleichsam eine Phase eines anhaltenden Machtverlusts, da es bis zuletzt vom mehrheitlichen Reichstag, hier allen voran der SPD, toleriert worden war. Das Papen Kabinett sollte alle parteilichen Anbiederungsversuche von vornherein negieren.

¹³⁰⁴ Marcowitz, 2004, S. 105

¹³⁰⁵ Schotte, Walther: Der neue Staat, Berlin 1932, S. 88ff.

erwarteten Verfassungsumbau in Angriff.¹³⁰⁶ Da die Gefahr eines „Rückfalls ins parlamentarische System“ auf jeden Fall verhindert werden musste und die „wirkliche Wandlung zu autoritärer Führung des Staates und einer körperschaftlichen Gliederung“ weiterhin umkämpft war, wurde bei einer Sitzung am 16. Juni 1932 deshalb ein besonderer Verfassungsausschuss bestehend aus zwei Arbeitsgruppen gebildet.¹³⁰⁷ Thematisch beschäftigte sich die erste Arbeitsstelle, der u.a. Karl Lohmann, Ernst Rudolf Huber, Albert Mirgeler und der Historiker Horst Michael angehörten, schwerpunktmäßig mit der Reichsratproblematik, während sich die zweite Gruppe der Frage nach der Bedeutung des berufsständischen Gedankens für den Neubau des Reiches annahm.¹³⁰⁸ Ihr gehörte neben Friedrich Crantz und Giselher Wirsing auch Heinz Brauweiler an, der – obwohl er die Beschäftigung mit dem Ständegedanken seit 1925 hatte ruhen lassen – nach wie vor zu einem der bekanntesten Ständetheoretiker des rechtskonservative Lagers zählte.¹³⁰⁹ Neben Fragen wie dem genauen Aufbau einer berufsständischen Ordnungsstruktur und deren Trägerschaft, ging es grundlegend darum, der „potestats [...] die positive Bedeutung des berufsständischen Gedankens und der ständischen Opposition bei dem Neubau des Reiches“ deutlich zu machen.¹³¹⁰

Der Zeitpunkt für die intensiviertere Popularisierung des berufsständischen Gedankens schien so günstig wie nie zuvor. Die immer akuter werdende Massenarbeitslosigkeit, die anhaltende Wirtschaftsproblematik und die Verschärfung der Führungskrise intensivierten den Wunsch nach der Ablösung des bestehenden Systems gerade auch im konservativen Lager, wo man immer bereitwilliger auf bereits bestehende Konzepte, wie das Brauweilersche, zurückgreifen wollte. Zwar gab es auch diesmal wieder skeptische Stimmen; hier hauptsächlich aus Kreisen der Großindustrie, die ihre Reserve bereits 1922 in Zusammenhang mit der von Brauweiler gegründeten Vereinigung für ständischen Aufbau deutlich gemacht hatten; die Mitglieder der Politischen Arbeitsstelle hielten dennoch an ihren Zielen fest.

Neben der Suche nach einer alternativen Ordnung zum bestehenden System und der damit verbundenen Suche nach Lösungsansätzen für die kritisierte gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation begann man sich in der Politischen Arbeitsstelle zunehmend mit den

¹³⁰⁶ Petzinna, 2000, S. 263ff.

¹³⁰⁷ Vertrauliches Schreiben von Friedrich Crantz an von den Horst, 26.6.1932, StMG, NI Brauweiler, 15/13/102.

¹³⁰⁸ Als Unterstützung der Arbeitsstelle sollte auch der Kontakt zu den christlichen Gewerkschaften und dem Deutschen Handlungsgehilfenverband intensiviert werden, aus dessen Reihen ein Vertreter in den Arbeitsausschuss entsandt werden sollte. Petzinna, 2000, S. 261.

¹³⁰⁹ Giselher Wirsing war Mitherausgeber der Tat, wo er bereits des Öfteren Pläne für ein ständisch–autoritär geführtes Großdeutschland publiziert hatte. In seinem 1932 erschienen Buch „Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft“ vertiefte er diese Ansichten. S. Wirsing, Giselher: Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, Jena 1932.

¹³¹⁰ Vertrauliches Schreiben von Friedrich Crantz an von den Horst, 26.6.1932, StMG, NI Brauweiler, 15/13/102.

Entwicklungen im nationalsozialistischen Lager zu beschäftigen – und das aus gutem Grund. Die Ergebnisse der Septemberwahl 1930 hatten der NSDAP einen enormen Stimmenzuwachs beschert. Darüber hinaus bildete sich 1931 die Harzburger Front, die, bestehend aus NSDAP, DNVP, dem Alldeutschen Verband, dem Reichslandbund und Teilen des Stahlhelms, als eines der ersten einflussreichen Bündnisse antidemokratischer Nationalisten galt. Gesamtheitlich betrachtet war es den lange Zeit unterschätzten Nationalsozialisten zu Beginn der 30er Jahre also gelungen, ihre politischen Einflussmöglichkeiten dahingehend auszuweiten, dass man die Erfüllung eigener Forderungen – wie die sofortige Auflösung des Reichstags, die Aufhebung des SS- und SA-Verbots oder die Beseitigung der preußischen Landesregierung – zum Gradmesser der Tolerierung gegenüber der Regierung machte.¹³¹¹ Aufgrund dieser Entwicklung stand die am 16. Juni 1932 stattfindende Verfassungsausschusssitzung der Politischen Arbeitsstelle unter dem Vorzeichen der „präventiven“ Ausschaltung des Plebiszits „für eine gewisse Zeit und für eine ganz bestimmte politische Aufbauarbeit.“¹³¹² Bedenkt man, dass Brauweiler die politische Artikulation des Volkes noch mittels seines Volksbegehrens 1928 als einzige Möglichkeit gesehen hatte, politische Zielvorstellungen an dem parlamentarischen Mehrheitswillen vorbeizuführen, verfolgte er als Mitglied der Politischen Arbeitsstelle zum Schutz der anstehenden politischen „Reformarbeit“ nunmehr eine genau entgegengesetzte Intention. Demnach galt es, „dem Gewicht der nationalsozialistischen Bewegung mit der ungeheuren Wucht ihrer auf dem Plebiszit beruhenden Massenwirkung“ ein „natürliches Gegengewicht“ in Form einer neuen Volksordnung entgegenzustellen, die das Volk nicht mehr „in der Jeweiligkeit seiner politischen Meinung und Bewegung zum Ausdruck“ bringen sollte, wie dies derzeit bei der „Drohung durch die NSDAP-Massenbasis“ beobachtet werden konnte, sondern „in der Ständigkeit seiner durch sachliche Notwendigkeit bedingten Arbeit“.¹³¹³

¹³¹¹ Die Sicherung der Stellung des Kabinetts Papen, das sich nach dem Beispiel Brüning nunmehr von einem Regieren mithilfe von Notverordnungen distanzieren wollte, um seine Macht dauerhafter und fundierter verankern zu können, bedurfte der Tolerierung durch die Rechten. Man versprach sich deshalb von einer stärkeren Anbindung an die NSDAP auch ein Nachrücken der Deutschnationalen oder der Volkspartei und damit eine dauerhafte parlamentarische Mehrheit für das Papen Kabinett. S. Schulz, Gerhard: Zwischen Demokratie und Diktatur: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems, 1930-1933, Berlin 1992, S.953.

¹³¹² Weitere Zielsetzungen der Verfassungsausschusssitzung waren die Verdeutlichung der positiven Bedeutung des berufsständischen Gedankens gegenüber der „potestas“, Michael an v.d. Horst: Vertrauliches Schreiben, 17.6.1932, StMG, NI Brauweiler, 15/13/102; Vertrauliches Schreiben von Friedrich Crantz an von den Horst, 26.6.1932, StMG, NI Brauweiler, 15/13/102

¹³¹³ „Das Gewicht der nationalsozialistischen Bewegung mit der ungeheuren Wucht ihrer auf dem Plebiszit beruhenden Massenwirkung erfordert als natürliches Gegengewicht eine Volksordnung, in der nicht das Volk in der Jeweiligkeit seiner politischen Meinung und Bewegung zum Ausdruck kommt, sondern in der Ständigkeit seiner durch sachliche Notwendigkeit bedingten Arbeit. Sollte also der potestas klar sein, dass der unabhängigen Reichsgewalt von den nationalsozialistischen Massen auch Gefahr drohen kann, so wird es ihr nicht schwer werden, darüber nachzudenken, wie man die politischen Reformarbeiten der Regierung [...] vor dem unruhigen Meere des Plebiszits, des Volkswillens sichern kann, in dem man nötigenfalls die plebiszitäre Grundlage der Staatsordnung für eine gewisse Zeit und für ganz bestimmte politische Aufbauarbeiten ausschaltet.“ Horst Michael an v.d. Horst. Vertrauliches Schreiben, 17.6.1932, StMG, NI Brauweiler, 15/13/102; Vertrauliches Schreiben von Friedrich Crantz an von den Horst, 26.6.1932, StMG, NI Brauweiler, 15/13/102. S. auch: Petzinna, 2000, S. 262.

In diesem Zusammenhang kann Brauweilers Einsatz für die Arbeitsstelle weder als Kontinuität noch als Kurswechsel seiner politischen Einstellung gesehen werden. Sein Hin- und Herschwenken zwischen Ein- und Ausschaltung des Plebiszits war vielmehr ein Signum für seinen unbedingten Willen zu Durchsetzung seiner politischen Ziele. Diesen Willen hatte er bereits in der Vergangenheit immer wieder zum Ausdruck gebracht, so also auch 1932, als der Machtgewinn der Nationalsozialisten seine Vorstellung einer politischen Neuordnung zunichtezumachen drohte. Akut wurde dieser Gedanke wegen des überdurchschnittlich guten Ergebnisses der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932. Hier erreichten sie mit 37,2 % ihren bis dato größten Wahlerfolg. Hitler fühlte sich dadurch gestärkt genug, um in einem Gespräch mit der Reichsregierung am 13. August 1932 deutlich zu machen, dass er seine Partei auf keinen Fall für die von der Regierung und Papen vorgeschlagene Stützfunktion hergeben wolle. Stattdessen kündigte er an, selbst das Amt des Reichskanzlers übernehmen zu wollen.¹³¹⁴

Im Zuge des nationalsozialistischen Machtzuwachses und dem damit einhergehenden Konfrontationskurs mit der Papen-Regierung sollten sich die Vorstellungen der Politischen Arbeitsstelle über ihr weiteres Vorgehen immer mehr konkretisieren. Da man hier weder das radikalisierte Auftreten der Nationalsozialisten, noch deren programmatische Schwammigkeiten, politischen Aktionismus und Führerkult akzeptieren wollte und darüber hinaus in deren massenorientiertem Adressatenbezug eine vollkommene Negation des elitären Führungskonzepts sah, fanden die Zusammentreffen der Arbeitsstelle in immer kürzeren Abständen statt.¹³¹⁵ Als Reaktion auf die am 12. September 1932 erfolgte Reichstagsauflösung und die Ankündigung der November-Neuwahlen, gingen die Mitarbeiter der Arbeitsstelle schließlich unverzüglich daran, ein Verfassungsprogramm auszuarbeiten. Dieses wies eine Vielzahl an Parallelen zu dem Verfassungsreformvorschlag Brauweilers von 1925 auf. So wurde hier nicht nur erneut die Umsetzung einer Wahlrechtsreform gefordert, sondern auch die Trennung der rechtlichen Einflussbereiche von Reichspräsidenten und Volk betont.¹³¹⁶ Dieser Aspekt gewann durch die nationalsozialistische Gegnerschaft Hindenburg gegenüber neuen Antrieb, der Hitlers Forderungen nach dem Reichskanzlerposten vehement negierte und dadurch in zunehmenden Konflikt mit den Nationalsozialisten kam. Weiter wurde im Verfassungsprogramm die Bildung einer ständischen Kammer gefordert, die aufgrund ihrer repräsentativen Funktion der einzelnen Körperschaften nicht zu suspendieren sein sollte und

¹³¹⁴ Begleitet waren die Forderungen Hitlers, die wortlos aber tatenvoll darauf abzielten, die gesamte Staatsgewalt auf sich zu vereinigen, von einer nationalsozialistischen Terrorwelle, die die ganze Radikalität der lange Zeit verkannten Nationalsozialisten deutlich zum Vorschein bringen sollte.

¹³¹⁵ Herbert, Ullrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 2011.

¹³¹⁶ Ähnliche Forderungen hatte Brauweiler schon 1916 und in seinem Vortrag zur Verfassungsreform von 1925 erhoben.

die vor allem die Trennung zwischen Volks- und Staatsrechten zementieren würde. Jedoch sollte berücksichtigt werden, dass nicht alles, „was mit dem Anspruch auftritt, als ständisch anerkannt zu werden, einer solchen Anerkennung“ fähig war.¹³¹⁷ Vielmehr galten als wesentliche Kriterien eines wahren ständischen Aufbaus die Entwicklung einer Standesehre – ein weiterer Begriff Brauweilers, der wie so oft undefiniert bleiben sollte – und einer Standespolizei sowie die Anerkennung eigener Pflichten des Standes.¹³¹⁸ Brauweiler, der aufgrund seiner jahrelangen Bestrebungen zur Durchsetzung des berufsständischen Gedankens als Fachmann galt, sah Vorbilder für die berufsständischen Vorstellungen vor allem in den christlichen Gewerkschaften, die er als „notwendigen Ausgangstyp ständischer Organisation [bezeichnete,] da sie die innere und technische Bereitschaft“ und damit die grundsätzlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer ständischen Ordnung erfüllt hatten, weshalb alsbald Kontakt zu diesen aufgenommen werden sollte.¹³¹⁹

Doch trotz der intensivierten Tätigkeit der Arbeitsstelle gelang es dem Verfassungsausschuss auch diesmal nicht, den hochtrabend wirkenden, theoretischen Vorhaben Taten folgen zu lassen. Statt die Schuld hierfür in den übersteigerten, idealistischen Ansätzen zu sehen, wurde Papen vorgeworfen, sich gegenüber den aufbegehrenden Rechtskräften in falscher Zurückhaltung zu üben. Seine mangelnde Bereitschaft zum „umstürzenden Eingreifen“ wurde schließlich als ausschlaggebend für die Unzulänglichkeit der Reformvorschläge erklärt, die sich weder in Hinblick auf die Stärkung des Reichspräsidenten noch in Bezug auf den Ausbau einer ständischen Kammer durchsetzen konnten, sondern im Gegenteil mit der zunehmenden Festigung der Nationalsozialisten zu einem immer illusorischeren Ansatz verkümmerten.¹³²⁰

Parallel zur Politischen Arbeitsstelle blieb Brauweiler auch in den Reihen des Herrenklubs aktiv, an dessen alljährlichen Treffen er weiterhin teilnahm. Nach der verfehlten Arbeit der Politischen Arbeitsstelle sah er hier einen wichtigen Einflussfaktor, um Unterstützung für seinen Plan zur Stärkung des Reichspräsidenten und dem von ihm geleiteten Präsidialkabinett als überparteilicher Regierungsform zu erhalten. In seiner Schrift „Generäle in der deutschen Republik“ verwies er auf die mit dem Einfluss des Reichspräsidenten einhergehende Zentralgewalt der Reichwehr, die in der gegenwärtigen Notlage einen wesentlichen Faktor zum Schutz des Präsidialkabinetts darzustellen schien. Ob man in diesem Zusammenhang „die heutige Regierungsweise verschleierte Diktatur [...] oder Notsystem der parlamentarischen

¹³¹⁷ S. F. Crantz an die Mitarbeiter des berufsständischen Ausschusses, 3.7.1932, StMG, NI Brauweiler, 15/13/102.

¹³¹⁸ Ebd.

¹³¹⁹ S. F. Crantz an die Mitarbeiter des berufsständischen Ausschusses, 3.7.1932 & Vertrauliches Schreiben vom 24.7.1932, StMG, NI Brauweiler 15/13/102.

¹³²⁰ Petzinna, 2000, S. 262ff.

Demokratie“ nennen sollte, ließ Brauweiler dahingestellt. Ihm kam es vor allem darauf an, dass die „im Reichspräsidenten verkörperte Zentralgewalt“ tatsächlich regieren sollte, deren Bedeutung für den „politischen Zustand des deutschen Reiches“ gar nicht hoch genug eingeschätzt werden könne.¹³²¹

In Anknüpfung an seine Zeit als Dozent beim Politischen Kolleg, aus dem er 1924/25 aufgrund persönlicher Auseinandersetzungen mit Martin Spahn um dessen Übertritt zu den Deutschnationalen und den allgemeinen Rationalisierungsmaßnahmen hatte austreten müssen, übernahm Brauweiler ab dem Sommersemester 1932 zusätzlich zu seiner Arbeit bei der Politischen Arbeitsstelle einen Lehrauftrag als Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik. Diese galt als ein Zusammenschluss aus der ursprünglich von Martin Spahn gegründeten Hochschule und der von Ernst Jäckh gegründeten Deutschen Hochschule für Politik. Auch wenn die Hochschule seitens der Mitglieder des Politischen Kollegs immer wieder als eine Parteieinrichtung der Linken titulierte wurde, war ihr Leiter, Arnold Wolfers, nach außen hin energisch darum bemüht, diese als eine rein wissenschaftlich orientierte Lehrstätte zu etablieren, bei der qualitative Aspekte anstelle parteipolitischer Interessen im Vordergrund stehen sollten.¹³²² Nur so konnte die Hochschule für Politik, den Initiatoren zufolge, konkurrenzfähig zu den staatlichen Einrichtungen gehalten und die Degradierung zu einem bloß eingetragenen Verein vermieden werden. In diesem Zusammenhang plädierte Brauweiler für den Ausbau der Hochschule zu einer reichseigenen Reichshochschule für Politik. In Bezug auf den dafür in Frage kommenden Lehrkörper schlug er vor, sich auf altbekannte Kollegen aus der Zeit der Hochschule für nationale Politik zu verlassen, wie Max Hildebert Boehm, Karl Hoffmann oder Heinrich Rogge. Als Vorteil dieser Zusammensetzung des Lehrkörpers nannte Brauweiler die Tatsache, dass dieser nicht erst neu eingespielt werden müsse; dass seine „Personalempfehlungen“ für eine „rein wissenschaftliche“ Lehranstalt hier dennoch eine klare Politisierung erkennen ließen, erscheint nicht weiter verwunderlich. Ähnlich wie bei der „Empfehlung“ des Personals riet Brauweiler auch dazu, den strukturellen Aufbau der alten Hochschule zu übernehmen. Demzufolge sollte sich die Reichshochschule in fünf Abteilungen untergliedern, die sowohl den Bereich der „allgemeinen Politik“ abdecken sollten, als auch die Außen- und Innenpolitik, sowie die Rechts- und Wirtschaftsgrundlagen der Politik. Darüber

¹³²¹ Brauweiler, Heinz: Generäle in der deutschen Republik. Groener/ Schleicher/ Seeckt, Berlin 1932, S. 71-75.

¹³²² Zur Hochschule gab es aber auch kritische Stimmen, u.a. aufgrund der späteren Arbeitsgemeinschaft zwischen Hochschule und Politischem Kolleg, der finanziellen Unterstützung durch die DNVP, die 1927 statt der DDP in die Reichsregierung eintrat und dem damit verbundenen Wandel des Lehrpersonals aufgrund von Dozenten wie Martin Spahn oder Otto Hoetzsch, die einen deutlich konservativeren Kurs vertraten. Auch hinsichtlich der inhaltlichen, akademischen Qualität sollte es kritische Stimmen geben. So beschreibt Wilhelm Bleek in seinem Buch „Geschichte der Politikwissenschaften in Deutschland“ die Hochschule wohl mehr als einen „Ort volksbildend[e]m] Gelegenheitsstudiums“ und einer „Volksschule für Gelehrtenshörer“, als eine „akademische Institution auf dem Weg zum Universitätsfach“. S. Bleek, Wilhelm: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München 2001, S. 214ff.

hinaus plädierte Brauweiler für die Einrichtung eines Instituts für Zeitungs- und Kriegswissenschaften, wie es ähnlich bei der Berliner Universität existierte, hier jedoch nur wenig Erfolg vorweisen konnte. Lehnte sich dieser Aufbau zum großen Teil an das alte Hochschulkonzept an, schien es jedoch erforderlich, die Leitung der einzelnen Abteilungen neu zu ordnen sowie eine Reihe an neuen und jungen Kräften in den Lehrkörper hereinzuholen. Hier verwies Brauweiler auf seine Kollegen der Politischen Arbeitsstelle, wie Michael, Lohmann oder Mirgeler, die er sich in einer Position an der Hochschule gut vorstellen konnte. Neben seinen Erwägungen zur Umstrukturierung der Hochschule für Politik zur Reichhochschule für Politik gestaltete Brauweiler auch den regulären Vorlesungsablauf mit.¹³²³ Er hielt eine Reihe an Vorlesungen, die sich schwerpunktmäßig mit Themen wie den Möglichkeiten zur Überwindung der Klassengesellschaft, den berufsständischen Bestrebungen oder der Gewerkschaftsbewegung beschäftigten.¹³²⁴ Seine Aktivitäten im Ablauf der Hochschule sorgten nicht nur dafür, dass Brauweiler nach kurzer Zeit schon zum festen Bestandteil des Dozentenkollegs gehörte und ab Herbst 1932 sogar zum Leiter der Abteilung „Innenpolitik“ aufstieg, es war ihm auch gelungen, die Vertretung seiner politischen Interessen und Zielsetzungen zum festen Bestandteil des Hochschulablaufs zu machen.

Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler endete die wissenschaftliche Laufbahn Brauweilers an der Hochschule schlagartig, aus der er – ohne Nennung von Gründen – fristlos entlassen wurde.¹³²⁵ Hatten sich Teile der führenden Köpfe der jungkonservativen Bewegung – Eduard Stadtler, Martin Spahn, Max Hildebert Boehm, Heinrich von Gleichen oder auch Kleo Pleyer – früher oder später und mit unterschiedlichen Motivationen zu einem Eintritt in die NSDAP entschlossen und sich dadurch ein berufliches Fortkommen gesichert, war die plötzliche Entlassung Brauweilers Konsequenz des unterkühlten Verhältnisses, das zwischen ihm und den Nationalsozialisten mittlerweile herrschte.¹³²⁶ Diese Entwicklung war kein Ergebnis punktueller Entscheidungen der Jahre 1932/33, sondern reichte bis in die Mitte der zwanziger Jahre zurück. Schon während seiner frühen Phase beim Stahlhelm hatte Brauweiler keinen Hehl daraus gemacht, dass er die NSDAP als ein „Unglück für Deutschland“ ansah.¹³²⁷

¹³²³ Denkschrift über die „Notwendigkeit einer Reichshochschule für Politik“, 5. Mai 1932, StMG, NI Brauweiler, 15/13/192.

¹³²⁴ S. unterschiedliche Vorlesungsskripte in: StMG, NI Brauweiler, 15/13/192.

¹³²⁵ Brauweiler an Riedel, 7.1.1949, StMG, NI Brauweiler, 15/13/192.

¹³²⁶ Der Beitritt zur NSDAP bedeutete keine zwangsläufige Identifikation mit den nationalsozialistischen Denkansätzen und Ideologien, sondern war oftmals pragmatischen Gründe geschuldet. So löste die Machtübernahme Anfang 1933 in den Reihen der Jungkonservativen, die sich ebenfalls kritisch gegenüber den Nazis gezeigt hatten, anfangs noch Skepsis und Ablehnung aus, da man die eigenen politischen Denkmodelle akut in Frage gestellt sah. Mit der Ankündigung Hitlers, Franz von Papen mit dem Amt des Vizekanzlers betrauen zu wollen, verband sich zwar die Hoffnung, die Hitler-Papen Regierung für die Durchsetzung der eigenen Ziele instrumentalisieren zu können, spätestens ab 1934 wurde jedoch klar, dass sich die jungkonservative Bewegung im NS-Staat endgültig aufgelöst hatte. Bei André Postert heißt es hierzu, dass die „breite Mehrheit nun gänzlich und vollständig auf das NS-Regime einschwenkte, Kritik sehr bald verstummte und einstige Ideale durch eine trostlose Fügsamkeit ersetzt“ wurden. Postert, 2014, S. 497.

¹³²⁷ Brauweiler an den Braunschweiger Landesverband vom Mai 1927, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

Anstelle des konservativen Gedankens schienen sie ihm nur das Prinzip der „Massenschmeichelung“ zu artikulieren.¹³²⁸ Deshalb riet er dazu, „sich von [der Partei] möglichst fernzuhalten“.¹³²⁹ Seine Kritik an den Nationalsozialisten resultierte aus deren politischem Auftreten, hier vor allem deren Massenkundgebungen, der übermächtigen Propagandamaschinerie und deren unablässigem Aktionismus, alles Faktoren, die seinen elitär-konservativ ausgerichteten Vorstellungen mitnichten entsprachen.¹³³⁰ Vordergründig war es aber natürlich der Parteicharakter der NSDAP und die vermeintliche Nähe zum System, die Brauweiler in seiner Ablehnung einer näheren Fühlungnahme mit den Nationalsozialisten bestätigten.¹³³¹

Verblendet von dem Glauben, in dem Prozess einer kontrollierten Rechtsentwicklung die führende Oberhand zu behalten, verkannten viele Vertreter der Rechtsopposition ihre sukzessive Degradierung zu Handlangern der NS-Bewegung. Brauweiler hielt hingegen an seinem Kurs einer „gemäßigten Radikalisierung“ fest. So plädierte er zwar für eine autoritäre Staatsführung und die Abschaffung der gegenwärtigen, politischen Verhältnisse zugunsten einer antiparteilichen Ausrichtung, den Kontakt zum radikalen Flügel der nationalen Opposition, allen voran der NSDAP und der DNVP, lehnte er jedoch nach wie vor strikt ab. Dabei muss berücksichtigt werden, dass sich eben genannte Ablehnung nicht auf politische Programmatiken etc. bezog, sondern auf den bei den Nationalsozialisten vernachlässigten, elitären Sammlungsgedanken und, an erster Stelle, das Antiparteienprinzip, das Brauweiler seit 1917 strikt vertrat und trotz nationalsozialistischem Druck im Stahlhelm etc. nicht freiwillig aufzugeben gewillt war.

8. Brauweiler im Nationalsozialismus

Mit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten sollten sich die Wege Brauweilers jedoch ändern – der Frage nach seiner Verortung im NS-Staat wird im folgenden Kapitel nachgegangen. War er ein Widersacher des Systems und hat seine Kritik auch offen zum Ausdruck gebracht, oder war er im Gegenteil ein überzeugter Verfechter nationalsozialistischer

¹³²⁸ Ring, 20.10.1929.

¹³²⁹ „Punkt 1 der Tagesordnung: Politische Lage“, BArch, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V., R 72/11, Bl. 22.

¹³³⁰ Neben der NSDAP sollten diese Verhaltensmuster auch immer öfter von der DNVP übernommen werden, deren Entwicklung seit dem Amtsantritt Hugenberg zum Parteivorsitzenden immer deutlicher auf die Umformung zu einer rechtsradikalen Massenbewegung abzielte. Brauweiler sah darin eine Vernachlässigung des konservativen Prinzips und damit einen Kontrast zu seinen Vorstellungen über die weitere Entwicklung innerhalb Deutschlands. S. Mommsen, Hans: Von Weimar nach Auschwitz: zur Geschichte Deutschlands in der Weltkriegsepoche: ausgewählte Aufsätze, Stuttgart 1999, S. 124.

¹³³¹ In der Stahlhelmzeitung vom 25.8.1929, in der Brauweiler auf den gegen ihn gerichteten Artikel „Römische Kuckuckseier im Stahlhelm“ einging, schrieb er: „Der Einsender (...), (hat) drei Tatsachen über mich zutreffend angegeben (...), nämlich erstens, daß ich lebe, zweitens, daß ich Katholik bin und drittens, daß ich nicht Nationalsozialist bin (...).“ S. hierzu den oben genannten Artikel in StMG, NI Brauweiler, 15/13/112.

Ideologien? Wo genau Brauweilers Rolle zwischen 1933 und 1945 einzuordnen ist, wird folgend mittels dreier Fragestellungen beantwortet. So wird zunächst untersucht, ob und wie Brauweiler Kritik am Nationalsozialismus übte. Zweitens wird der Frage nachgegangen, ob er sich am NS-System beteiligte bzw. dieses aktiv unterstützte. In einem dritten und letzten Punkt wird untersucht, ob Brauweiler sich auch innerlich den Überzeugungen nationalsozialistischer Ideologien hingegeben hat.

8.1 Art und Umfang der Kritik Brauweilers am nationalsozialistischen System

Generell kann festgehalten werden, dass Brauweiler bis 1933 Hitler und dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstand.¹³³² Diese Ablehnung resultierte vordergründig aus dem Auftreten der Nazis, die für Charakteristika wie Vermassung und mangelnde geistige Größe, anstatt für den von Brauweiler und den Jungkonservativen propagierten Elitismus standen.¹³³³ Auch wenn hier zwei unterschiedliche Ansichten aufeinanderzuprallen schienen, revidierte Brauweiler im Sommer 1933 in „einem Prozess hastiger Anpassung“ seine bis dato schon zur Fundamentalopposition angewachsene antiparteiliche Einstellung und die Kritik am NS-Staat.¹³³⁴ So zum Beispiel in einigen von ihm publizierten Artikeln, wie der Kreuzzeitung, dem Organ der konservativen und radikal-antidemokratischen Kräfte, dessen stellvertretenden Chefredakteursposten er ab 1932 kurzzeitig übernommen hatte. Hier beschrieb er den von den Nationalsozialisten eingeleiteten, der Forderung nach der totalen Mobilmachung entwachsenen totalen Staat, der keine „Gegenkräfte in seinem Herrschaftsraum bestehen lässt“ und in dessen Folge „die Vernichtung der Parteien und der Gewerkschaften eine Konsequenz dieser Selbstverständlichkeit“ war, plötzlich als den „nationalen Höchsta Ausdruck zur Befreiung des deutschen Volkes“ und als „politische Lebenswirklichkeit“.¹³³⁵ Die antijüdische Gesetzgebung beschrieb Brauweiler unreflektiert als „neue Rechtszuweisung und Befestigung des neuen Rechtszustandes“, welche „für Abkömmlinge jüdischen Stammes“ die „Möglichkeit des nationalpolitischen Erziehungsprozesses“ möglich machen sollte.¹³³⁶ Ein ähnlicher Umschwung zeigte sich hinsichtlich seiner Tätigkeit beim Stahlhelm, dem er im Oktober 1932

¹³³² Ein Indiz dafür kann u.a. in einem Hugenberg vorliegenden Bericht gesehen werden, laut dem Brauweiler gesagt haben sollte, „Hitler unschädlich“ machen zu wollen. S. Brief an Hugenberg, 12.7.1929, BArch, Alldeutscher Verband, R 8048/262. S. hierzu auch Stadler an Seldte, 2.5.1930, StMG, NI Brauweiler, 15/13/111.

¹³³³ Postert, 2014, S. 427ff.

¹³³⁴ Eisfeld, 2013, S. 68.

¹³³⁵ Brauweiler, Heinz: „Der Stahlhelm im nationalsozialistischen Staate“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/107.

¹³³⁶ „Die strenge Rassentheorie kann keinen Unterschied machen, in welcher Generation das fremde Blut zugeflossen ist. Die Rechtsordnung muss eine Grenze ziehen und damit anerkennen, daß für die späteren Generationen die vollkommene Verbindung mit dem deutschen Volkstum angenommen wird. Das neue Recht eröffnet also die Möglichkeit des nationalpolitischen Erziehungsprozesses.“ Brauweiler, Heinz: Rasse und Recht, 26.8.1933, in: Kreuzzeitung Nr. 201, StMG, NI Brauweiler, 15/13/107. Bedenkt man, dass bereits ab April 1933 erste Boykotte gegen jüdische Ärzte, Rechtsanwälte oder Kaufleute erlassen wurden, ist die Aufforderung zur Akzeptanz der neuen Rechtsordnung mehr als fragwürdig. S. zu Brauweilers Umschwung auch: Eisfeld, Rainer: Ausgebürgert und doch angebräunt, Deutsche Politikwissenschaft 1920-1945, Baden-Baden 2013, S. 68.

wieder beigetreten war und dessen Presseabteilung er fortan leitete.¹³³⁷ Hatte er bis 1930, unter Verweis auf den überparteilichen Charakter des Stahlhelms, immer wieder daran appelliert, den Stahlhelm vor nationalsozialistischen Einflüssen freizuhalten, was sich unter anderem an seiner Zurückhaltung gegenüber einer Beteiligung der Nationalsozialisten an dem von ihm auf den Weg gebrachten Stahlhelm-Volksbegehren, seiner Reserviertheit gegenüber dem Youngplan-Volksbegehren und der Harzburger Front deutlich gezeigt hatte, beschrieb er eine etwaige Zusammenarbeit oder gar Verschmelzung beider Organisationen nunmehr als Notwendigkeit, die er mit der im Stahlhelm propagierten Bereitschaft zur Unterordnung unter eine „machtvolle, nationale Staatsführung“ begründete.¹³³⁸

Sein vermeintlicher Sinneswandel im Sommer 1933, der in ähnlicher Weise auch von Seldte vollzogen wurde und der wie eine Kapitulation vor den Nationalsozialisten wirkte, sollte bei Teilen des Stahlhelms auf große Kritik stoßen. So unter anderem bei seinem Stahlhelmkameraden, dem kaiserlichen Korvettenkapitän a.D., Hans von Krohn, der ihm vorwarf, mit seiner Forderung nach Verschmelzung der beiden Organisationen einen „Verrat an den Kameraden“ begangen und damit das sichere Ende des Stahlhelms hervorgerufen zu haben.¹³³⁹ So würden hierdurch die „dem Stahlhelm angehörenden Offiziere [...] zum allergrößten Teil, wenn nicht alle austreten [...] und das kameradschaftliche Band zwischen Offizieren und Mannschaft damit endgültig zerschnitten“ sein.¹³⁴⁰

Fragt man, ob Brauweiler den Nationalsozialismus kritisierte oder nicht, kann festgehalten werden, dass Kritik vor 1933 zwar durchaus vorhanden war; diese verstummte jedoch schlagartig nach 1933 mit der Machtergreifung.

8.2 Aktive Unterstützung des NS-Systems

Während der Zeit des NS-Regimes brachte sich Brauweiler im Staatsgeschehen der Nationalsozialisten in mehrerlei Hinsicht ein. So verfasste er einige größere Abhandlungen, die sich hauptsächlich mit der Frage eines sozialen Nachkriegsprogramms beschäftigten.

¹³³⁷ Hier leitete er die Presseabteilung des Bundes, die Ende 1933 „mit der Umorganisation des Bundes“ wegfiel. S. Personalien Dr. Heinz Brauweiler, Tätigkeit seit 1.1.1932, StMG, NI Brauweiler, 15/13/143.

¹³³⁸ In seinem Artikel „Das Notwendige“ hieß es: „Es ist im Sinne [...] des Stahlhelm[s], Bund der Frontsoldaten, daß die staatsrechtlich entscheidende Repräsentation der Reichsregierung durch den Reichskanzler Adolf Hitler anerkannt ist. [...] Die Lösung [kann] nur in einem Verschmelzungsprozess bestehen.“ in: Brauweiler, Heinz: „Das Notwendige“ in: Kreuzzeitung, Nr. 112, 23.4.1933, StMG, NI Brauweiler, 15/13/107. S. hierzu auch Brauweiler, Heinz: „Der Pakt Hitler-Seldte“, in: Kreuzzeitung, Nr. 165, 25.6.1933, StMG, NI Brauweiler, 15/13/107.

¹³³⁹ S. hierzu die verfasserlose Notiz vom April 33 bezüglich der Gleichschaltung des Stahlhelms: „Der Stahlhelm steht vor der Frage, ob er eingeschaltet oder ausgeschaltet sein soll. Wenn er eingeschaltet sein soll, ergeben sich folgende Notwendigkeiten: 1. Reichsminister Franz Seldte tritt in die nationalsozialistische Reichstagsfraktion ein. 2) Die Angehörigen des Stahlhelms werden aufgefordert, in die NSDAP einzutreten. (...) 3) Der Stahlhelm B.d.F bittet den Reichskanzler Adolf Hitler, die Schutzherrschaft anzunehmen, (...) Bundesführer Duesterberg tritt zurück. (...)“ in: StMG, NI Brauweiler, 15/13/107. Trotz der Tatsache, dass Seldte umgehend der NSDAP beitrug und als Reichsarbeitsminister in die Reichstagsfraktion eintrat, wurde der Stahlhelm in den Gleichschaltungsprozess hineingezogen. So wurde er anfänglich der SA unterstellt, 1935 jedoch endgültig aufgelöst.

¹³⁴⁰ von Krohn an Brauweiler, 27.4.1933, StMG, NI Brauweiler, 15/13/107.

Schwerpunktmäßig war Brauweiler jedoch an wirtschaftsprogrammatischen Ausarbeitungen sowie Plänen zur Arbeitsbeschaffung beteiligt. Vor allem die soziale Absicherung der Arbeiterschaft war ein Thema, das Brauweiler seit Beginn seiner politischen Laufbahn immer wieder beschäftigte. Hierzu hatte er bereits im Zuge seiner Arbeiten zur ständischen Bewegung aber auch schon während des Gewerkschaftsstreits Stellung genommen. Da die Arbeiter nicht nur „die grössere Hälfte der Soldaten, der Staatsbürger, der Steuerzahler oder der Familienväter“ darstellten, war es unumgänglich, deren Integration stärker zu fördern, da nur so Frieden in der sozialen Frage und gleichzeitig Durchsetzung der eigenen Neuordnungsvorstellungen möglich schienen.¹³⁴¹ Da es mit dem New Yorker Börsencrash 1929 nicht nur zu einem Produktionsrückgang von über 40 % bis zum Jahr 1932 gekommen war, sondern auch zu einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf insgesamt 6 Millionen, stellte die Beschäftigung mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu dieser Zeit ein mehr als lukratives Betätigungsfeld dar.¹³⁴² Im Gegensatz zu vergangenen Reichskanzlern, wie Brüning, Papen oder Schleicher, die dieser desolaten Entwicklung mit einem straffen Sparkurs begegneten, hatten die Nationalsozialisten bei ihrer Machtübernahme kein Konzept zur wirtschaftlichen Konsolidierung. Stattdessen wiesen bestehende Maßnahmen eher machtpolitischen Charakter auf, wie anhand der Forderungen nach Auflösung aller Arbeiter- und Unternehmerorganisationen oder der Einführung eines neuen „Kartellgesetzes zur weiteren Förderung der Wirtschaftskonzentration“ deutlich wurde.¹³⁴³ Die Erstellung eines NS-Wirtschaftsprogramms stellte für Brauweiler eine geeignete Nische dar, um seine Weiterbeschäftigung nach 1933 vorerst sicherzustellen.

Im Sommer 1933 entwarf er nicht nur einen „Wirtschaftsplan für die nationale Regierung“, sondern in seiner Funktion als Mitglied des Kommissariats für Arbeitsbeschaffung zusammen mit Pieper, Seesemann und E. Schubert auch einen „Arbeitsbeschaffungsplan“. Dieser war als Vierjahresplan gedacht, mit dem es gelingen sollte, die Wirtschaft wieder „in Ordnung“ zu bringen, die nicht in der Lage schien, die Arbeitslosigkeit zu bezwingen. Sogenannte Arbeitsbeschaffungspläne wurden gerade im Nationalsozialismus zur Durchsetzung wehrpolitischer und militärischer Ziele instrumentalisiert. Im Schatten der erklärten Ziele, Vollbeschäftigung erreichen und damit Not und Elend vermeiden zu wollen, galt es jedoch vor allem, im Rahmen der nationalsozialistischen „Blut und Boden Ideologie“, neue Siedlungsmöglichkeiten im Osten zu schaffen. Da es zur Aufbereitung besagten

¹³⁴¹ „Aufstellung von Grundsätzen für die Sozialpolitik der Nachkriegszeit“, 29.3.1945, StMG, NI Brauweiler, 15/13/194.

¹³⁴² Schönamsgruber, Hans-Jürgen: Die Wirtschaftspolitik im Nationalsozialismus, auf: www.glasnost.de/autoren, Zugriff erfolgte am 25.2.2013.

¹³⁴³ Das Kartellgesetz vom Juli 1933 gab dem Wirtschaftsminister die Verfügungsgewalt über das gesamte Kartellsystem.

siedlungsfähigen Landes neuer Straßen, Verkehrswege, Elektrifizierung, Wirtschafts- und Wohngebäuden bedurfte, sah man hier eine gute Gelegenheit, den entstandenen Überschuss an Arbeitskräften gewinnbringend einzusetzen und die Arbeitslosigkeit, die Brauweiler als „Zentralproblem der deutschen Wirtschaft“ bezeichnete und „zur zentralen Aufgabe der Wirtschaftssteuerung“ erklärte, damit zu reduzieren.¹³⁴⁴ In einer 1934 veröffentlichten „Denkschrift über die wirtschaftspolitische Lage“ definierte Brauweiler schließlich weitere potentielle Lösungsansätze für den Plan einer organischen Arbeitsbeschaffung bzw. -verteilung. Es galt, die bestehenden Strukturen so zu ändern, dass die Arbeitsmöglichkeiten besser auf die deutsche Arbeiterschaft verteilt werden konnten.¹³⁴⁵ Gelingen sollte das durch: Dezentralisation der Industrie, Unterbindung des Bodenwuchers und zentrale Leitung des Kreditvergabewesens. Die Wirtschaftssteuerung sollte in „eine Hand“ gelegt werden, „die mit diktatorischen Befugnissen ausgestattet werden muss, damit sie ungehindert ihren Plan durchführen kann“.¹³⁴⁶ Die Schaffung von Heimstätten für die breite Masse der Bevölkerung und die Förderung von Bauernsiedlungen stellten weitere inhaltliche Forderungen dar, die gleichsam ein Bestandteil der „Blut und Boden Ideologie“ waren. Durch die Idealisierung bäuerlicher Lebensformen als Gegengewicht zum städtischen Leben sollte es zu einer zunehmenden Verbäuerlichung der Gesellschaft kommen.¹³⁴⁷ Damit wurde künstlich der Bedarf für mehr Lebensraum geschaffen, den es im Osten zu erobern galt. So trug letztendlich auch Brauweilers Wirtschaftskonzept zu einer Legitimation der nationalsozialistischen Territorialpolitik bei.

Neben seinen Überlegungen zu einem Wirtschaftsprogramm, mit denen sich Brauweiler in die Ideologie der Nationalsozialisten eingereiht hatte, begann er zusätzlich mit der Planung zur Errichtung einer nationalsozialistischen Wirtschaftshochschule zwecks Förderung des

¹³⁴⁴ Hierfür ging man von einer zu beschaffenden Summe von jährlich 1 Milliarde Reichsmark als Ausgangskapital aus. Er sah vor, dass „die laufende Beschäftigung von rund 2 Millionen Menschen, jährlich für rund 300.000 Menschen, im Verlauf der 4 Jahre also für 1,2 Millionen Menschen, eine neue Existenz“ schaffen sollte und die „Wirtschaft, die in ihrer bisherigen Struktur die vorhandenen Arbeitskräfte nicht mehr zu beschäftigen mag, von diesem Überschuss an Arbeitskräften befreien sollte. Arbeitsbeschaffungsplan vorgelegt von Dr. Brauweiler, Dr. Pieper, Seesemann, E. Schubert, 23.5. 1933, StMG, NI Brauweiler, 15/13/143.

¹³⁴⁵ Die Frage der Arbeitsbeschaffung spielte für die Nationalsozialisten eine entscheidende Rolle, da sie in unmittelbarem Zusammenhang mit ihrem hauptsächlich militärischen Ziel, der Wiederaufrüstung und ihrer Territorialpolitik stand. In diesem Zusammenhang war vorgesehen allein bis zum Jahresende 1933 durch öffentliche Arbeit eine beträchtliche finanzielle Summe von knapp 3.1 Milliarden Reichsmark aufzubringen. Diese damit einhergehende Steigerung der dafür benötigten Arbeitskraft zog eine sofortige Verringerung der Arbeitslosenzahl nach sich, die bis 1934 auf 2,7 Millionen absank Barkai, Avraham: Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der historische und ideologische Hintergrund 1933-1936, Köln 1977, S. 126.

¹³⁴⁶ Entwurf einer Denkschrift über die wirtschaftspolitische Lage, StMG, NI Brauweiler, 15/13/143.

¹³⁴⁷ In seinem Artikel „Bemerkungen zum Siedlungsproblem“ hatte Brauweiler wenige Jahre zuvor noch geschrieben, dass Deutschland kein Bauernland werden könne, da das Land zu groß sei. Den Satz, dass Deutschland bald wieder ein Bauerland sein würde, titulierte er als Kampfansage an den Großgrundbesitz. Zwar hieß es, dass manche Bauernstellen, die im vorigen Jahrhundert gelegt worden seien, wieder hergestellt werden könnten, dennoch bedürfe dies einer Fall zu Fall Prüfung. „Wir [haben] keine Freude an schematisierenden staatlichen Siedlungsgesetzen und an den zu ihrer Ausführung bestellten Organisationen, in der das staatlich-bürokratische Element stark überwiegt. Landsicherungsverbände, Kulturämter, Siedlungsgesellschaften teilen sich heute die Arbeit, deren Erfolg wenig befriedigend ist. Man sollte das, was zu tun ist, der Selbstverwaltung übertragen, der berufsständischen Selbstverwaltung, der Landwirtschaft in Verbindung mit der Selbstverwaltung der Gemeinden, Kreise und Provinzen.“ Diese Aufgabe könne nicht vom Staat, sondern nur von der Landwirtschaft als Berufsstand ausgeführt werden. Brauweiler, Heinz: „Bemerkungen zum Siedlungsproblem“, 1923/24, in: Gewissen, BArch, Hochschule für nationale Politik, 10.12.1923, BArch, Hochschule für nationale Politik, R 118/34, Bl. 17-22.

Nachwuchses. Konkret ging es dabei um die Ausbildung einer Führerschicht, die für eine bessere und effizientere nationalsozialistische „Wirtschaftspolitik“ herangezogen werden sollte. In wie weit hier der Begriff „Wirtschaft“ ein Synonym für „Wehr“ oder „Militär“ war, lässt sich zwar anhand der Quellen nicht einwandfrei belegen, aufgrund der vorangegangenen Planungen lag es jedoch nahe, dass Sinn und Zweck dieser sogenannten „Reichsführerhochschule“, die Brauweiler als Modell für eine umfassende Hochschulreform andachte, die Ausbildung junger und vor allem gut ausgebildeter Menschen auf ihre späteren Aufgaben als höhere Wirtschaftsbeamte vorantreiben sollte. Ihr Charakter sollte der einer wahrhaften Hochschule sein, die nach „besten wissenschaftlichen Grundsätzen und Methoden [...] das Wissen von der nationalsozialistischen Weltanschauung, die Lehre von Volk und Rasse, das Wesen und die Einrichtung des nationalsozialistischen Staates“ an die Hörschaft weitergeben sollte.¹³⁴⁸ Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Brauweiler die Nationalsozialisten in mehrerlei Hinsicht durch sein territorialpolitisches Wirtschaftsprogramm und den Aufbau der Reichsführerhochschule aktiv unterstützte.

8.3 Brauweilers nationalsozialistische Überzeugung

Wie oben bereits beschrieben, versuchte sich Brauweiler ab 1933 mit dem NS-System zu arrangieren. Zu Beginn schien es, als ob Brauweiler sich über ständestaatliche Ideologien mit dem NS-Staat identifizieren konnte. Im nationalsozialistischen Parteiprogramm von 1920 waren diese schließlich unter Punkt 25 fest verankert. Darin hieß es, dass die Schaffung einer starken Zentralgewalt, sowie die Bildung von „Stände- und Berufskammern, zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten“ gefordert würden.¹³⁴⁹ Auch wenn hier auf vermeintlich ideologische Gemeinsamkeiten geschlussfolgert werden könnte, sollte sich die vorgenommene Eingrenzung des ständestaatlichen Gedankens für die einzelnen Bundesstaaten im Folgenden zu einem der wesentlichsten Streitpunkte mit Vertretern der Universalismustheorien Othmar Spanns und den Ambitionen vieler anderer Konservativer, wie auch Brauweiler entwickeln. Sahen diese den Ständegedanken auf korporativistischer Grundlage, wurde diese Sichtweise von den Nazis zunehmend weniger geteilt. Zwar wurde 1933 unter Führung Fritz Thyssens noch ein „Institut für Ständewesen“ in Düsseldorf gegründet, dies konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bereitschaft der Nationalsozialisten, den ständischen Gedanken als politisches Strukturierungselement

¹³⁴⁸ „Betreff: Deutsche Hochschule für Politik“ 26. März 1933 und „Vorschlag über den Aufbau einer nationalsozialistischen Wirtschaftshochschule“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/192.

¹³⁴⁹ Das 25-Punkte-Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei [vom 24. Februar 1920], auf: <http://www.documentarchiv.de/wr/1920/nsdap-programm.html>, Zugriff erfolgte am 11.8.2015.

anzuerkennen, immer rasanter abnahm.¹³⁵⁰ Auslöser hierfür war die Tatsache, dass der totalitäre Führerstaat aufgrund seines Alleingeltungsanspruchs keine ständische Durchgliederung oder gar ein berufsständisches Parlament neben sich dulden wollte und das Bild des totalen Staates nicht mit dem solidarischen Gedanken der Volksgemeinschaft zusammenpassen konnte.¹³⁵¹ Die Distanz zum Ständegedanken wurde durch die von Dietrich von Hildebrandt herausgegebene Zeitschrift *Der christliche Ständestaat* nochmals vergrößert. In dieser österreichischen Exilzeitschrift wurde nicht nur Stimmung gegen den Nationalsozialismus gemacht, sondern der Ständegedanken auch als Gegenthese zum „Dritten Reich“ propagiert.¹³⁵² Hatte Hitler sämtliche Diskussionen um den berufsständischen Gedanken, die er als „nutzloses Palaver“ empfand, für aufgeschoben erklärt und Hess am 7. Juli 1933 sogar die parteiinternen Erörterungen untersagt, kam der gegen Brauweiler erhobene Vorwurf, die NSDAP auf den ständischen Gedanken festlegen zu wollen, einer öffentlich proklamierten Ablehnung der nationalsozialistischen Weltanschauung gleich.¹³⁵³ Ihm wurde sogar der „hinterlistige Versuch“ vorgeworfen, eine Annäherung an die berufsständische Ordnung erreichen und damit vom Inneren des Systems heraus gegen die nationalsozialistische Weltanschauung arbeiten zu wollen.¹³⁵⁴ In diesem Zusammenhang sollte eine, von Brauweiler 1933 in der *Europäischen Revue* veröffentlichte Betrachtung zum Thema „Gewerkschaften und ständische Ordnung“ den angeblichen Beweis dafür liefern, dass sich Brauweiler „zu stark an die katholische Auffassung einer berufsständischen Ordnung“ angelehnt hatte und „die NSDAP auf den ständischen Gedanken“ festlegen wollte.¹³⁵⁵ Brauweiler erwehrte sich dieses Vorwurfs, indem er auf eine

¹³⁵⁰ Barkai, Avraham: Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der historische und ideologische Hintergrund 1933-1936, Köln 1977, S. 95ff.

¹³⁵¹ Nolte, Paul: „Ständische Ordnung im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit. Zur Ideengeschichte einer sozialen Utopie,“ in: Hardtwig, Wolfgang: Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit, München 2003, S. 233-255, hier S. 253. Zwar meinte der ehemalige NSDAP Politiker und Reichsorganisationsleiter Georg Strasser, dass sich die NSDAP von Anfang ihrer Geschichte an eng mit dem ständischen Gedanken verbunden fühlte, sich deswegen jedoch nicht mit den bestehenden Vorarbeiten und Vorschlägen auf diesem Gebiet identifizieren könne. Strasser, Georg: Kampf um Deutschland, München 1932, S. 308ff.

¹³⁵² Seefried, Elke: „Der christliche Ständestaat“ in: Grunewald, Michel & Uwe Puschner: Das katholische Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1871-1963), Bern 2008, S. 415/16.

¹³⁵³ „Tatsachen und Anhaltspunkte dafür, dass Brauweiler sich zur nationalsozialistischen Weltanschauung bekennt, sind nicht bekannt geworden. Es wird ihm im Gegenteil zum Vorwurf gemacht, dass er [...] sich der katholischen Auffassung über eine berufsständische Ordnung genähert hat und seinerzeit bestrebt war, die NSDAP auf den ständischen Gedanken festzulegen.“ Bormann an Seldte, 11.12.1937, StMG, NI Brauweiler, 15/13/143. Der ständische Gedanke spielte im nationalsozialistischen Lager nach 1933 wenn überhaupt nur noch als Organisationsmöglichkeit für die Wirtschaft eine Rolle, bevor 1936 jede weitere Diskussion darüber komplett untersagt wurde. Mai, Gunter: Europa 1918-1939: Mentalitäten, Lebensweisen, Politik zwischen den Weltkriegen, Stuttgart 2001.

¹³⁵⁴ Mit diesen Vorwürfen war Brauweiler bereits des Öfteren konfrontiert gewesen und das nicht nur während seiner Zeit beim Stahlhelm, sondern auch als er 1933 kurzzeitig für die Neue Wirtschaft publizierte. Ihr Herausgeber, Kurt Seesemann, hatte sich persönlich an Brauweiler gewandt, den er darüber unterrichtete, dass seine Arbeit u.a. seitens des Bergbauvereins sabotiert werden würde. Dieser zählte während der Endphase der Weimarer Republik zu den am stärksten politisch aktiven Wirtschaftsverbänden und unterhielt enge Verbindungen zu den radikalen Parteien, allen voran der DNVP. Da Hugenberg den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden des Bergbauvereins innehatte, konnte wohl kaum von Zufall gesprochen werden, wenn hier die bereits aus Stahlhelmtagen bekannten Vorwürfe einer angeblichen Unterstützung des Zentrums gegen Brauweiler aufkeimten. Hatte Seesemann Brauweiler hier bereits vorhergesagt, dass „die üblichen Zentrumsverdächtigungen etc.“ sicherlich bald wieder kommen würden, sollte sich seine Prognose bei besagter Bewerbung Brauweilers im Reichsarbeitsministerium schließlich bewahrheiten. Seesemann an Brauweiler, 9.2.1933, StMG, NI Brauweiler, 15/13/143.

¹³⁵⁵ Die Europäische Revue wurde unter Leitung von K.A. Prinz Rohan seit 1925 herausgegeben. Dieser hatte mit Brauweiler bereits in Zusammenhang mit der ständischen Bewegung gearbeitet. Inhaltlich bezog sich die Arbeit der Europäischen Revue vor allem auf die Erstellung einer neuen Europaidee, die sich frei von der Bedrohung durch den Linksliberalismus und den Bolschewismus auf eine ständisch-hierarchische und neoaristokratische Ebene fokussierte. Seit 1931 erfolgte hier eine Annäherung an den Nationalsozialismus, dessen Sprachrohrfunktion man für das europäische Ausland ab 1933 übernahm. S. Kraus, Hans-Christof: Konservative Zeitschrift zwischen

1934 veröffentlichte Publikation „Wirtschaftsordnung und Ständegedanke“ verwies. In diesem Artikel relativierte Brauweiler den von den Nazis abgelehnten ständischen Gedanken deutlich. So hätte dieser zwar „während des parteienpluralistischen Systems der Weimarer Republik als einzige bestehende Ordnungsalternative“ seine Berechtigung gefunden, war nun aber überflüssig, da mittlerweile „der Führer grundsätzlich seine Hand über allem hatte“.¹³⁵⁶

Auch wenn Brauweiler sich deutlich von seinen bisherigen ständestaatlichen Theorien distanzierte, die bisher sein Hauptbetätigungsfeld dargestellte hatten, sollte sein Versuch, mit der Veröffentlichung mundgerechter Artikel nach Gusto der Nationalsozialisten die Rehabilitierung seines „geschädigten Rufes“ zu erwirken, fehlschlagen. So scheiterte er mehrfach mit Stellenbewerbungen im nationalsozialistischen Staat und tat sich mit der Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit im System außerordentlich schwer. Beispielsweise verlor er, wie erwähnt, seine Dozentenanstellung bei der Hochschule für Politik und auch die Verhandlungen über seine weitere Beschäftigung bei dem von Theodor Adrian von Renteln herausgegebenen *Wirtschaftspolitischen Dienst* (WPD) verliefen äußerst schleppend.¹³⁵⁷ Auf die Anfrage nach einer Referentenanstellung Brauweilers im Reichsarbeitsministerium schrieb der Stellvertreter des Führers und Reichsminister Rudolf Hess, dass er nicht beabsichtige, Brauweiler eine beamtete Stelle im Ministerium zu geben. Stattdessen wurde er mit der Begründung hingehalten, er sei schließlich für einen Lehrauftrag über Sozialverwaltung an der Wirtschaftshochschule vorgeschlagen worden.¹³⁵⁸ In diesem Zusammenhang erachtete es sogar Hitler für richtig, „noch einige Zeit“ mit einer Anstellung Brauweilers zu warten.¹³⁵⁹ Hätte mit der Ablehnung Brauweilers in der 1937 zur unmittelbaren Reichsanstalt erklärten nationalsozialistischen Hochschule der Weg für eine Beschäftigung im Ministerium frei sein müssen, sollte diese Option jedoch erneut ausgeschlagen werden. Als Begründung wurden diesmal keine anderweitigen Verpflichtungen Brauweilers aufgeführt, sondern seine angeblich

Kaiserreich und Diktatur, fünf Fallstudien, Berlin 2003, S. 10. Der besagte Artikel Brauweilers erschien in der Ausgabe Jahrgang IX, 6. Heft, S. 323 und 327. S. weiter: Seldte an Hess, 11.6.1937, StMG, NI Brauweiler, 15/13/143.

¹³⁵⁶ Der Führer hat eine „konstruktive Gestaltung der ständischen Ordnung abgelehnt [...]. Statt dem werksgemeinschaftlichen Gedanken gab es nunmehr neue sozialrechtliche Institutionen, wie den Reichsnährstand oder die Deutsche Arbeitsfront, die nicht mehr paritätisch gegliedert waren. Im Falle auftretender Fehlentwicklungen „wird kaum ein großer Schaden entstehen können, denn das Führerprinzip bleibt so fest verankert, daß sehr rasch ein Eingreifen möglich ist“. Brauweiler, Heinz: „Wirtschaftsordnung und Ständegedanke“ in: *Wirtschaftspolitischer Dienst* (WPD), Nr. 181, 12.12.1934.

¹³⁵⁷ In der Redaktion des WPD war Brauweiler erst im April 1934 angestellt worden. Im Folgejahr wartete er mehrere Monate vergeblich auf eine neue Vereinbarung seiner Mitarbeit, die still gelegt worden zu sein schien. Brauweiler an Eckhardt, 27.7.1935 sowie Renteln an Brauweiler, 23.4.1935 und 20.11.1934, StMG, NI Brauweiler, 15/13/158.

¹³⁵⁸ Die Bewerbung Brauweilers erfolgte bereits im November 1935. Hildebrandt an Abteilung Ia, betr. Bewerbung Heinz Brauweiler, 25.11.1935, StMG, NI Brauweiler 15/13/143. Die wiederholte Ablehnung einer Anstellung lässt sich vordergründig auf das vorbelastete Verhältnis zwischen den Nationalsozialisten und Brauweiler zurückführen. So hieß es bereits in einem Anschreiben an Claß vom 13.8.1929, dass die „Quertreibereien Brauweilers“ Hitler sehr „ärgerlich“ machten. Eine Abrechnung sollte alsbald erfolgen. S. Schreiben an Claß, 13.8.1929, BArch, Alldeutscher Verband, R 8048/262.

¹³⁵⁹ Seldte an Hess, 11.6.1937, StMG, NI Brauweiler, 15/13/143. Grundsätzlich schienen seitens des Führers jedoch keine Vorbehalte gegen Brauweiler zu bestehen. So hieß es in einem Personalbogen über Brauweiler: „Laut Schreiben Bormann (8.1.1936) wird Br. von Parteigenossen abgelehnt. Bescheid steht in Widerspruch zur Stellung des Führers hinsichtlich Br. – Nachprüfung deshalb erwünscht.“ StMG, NI Brauweiler 15/13/143.

engen Beziehungen zum Zentrum, Freimaurertum, Jesuitenorden und seine sozial-reaktionäre Einstellung.¹³⁶⁰ Weitere Vorwürfe ergaben sich u.a. aus seiner Mitgliedschaft im Herrenklub und der Unterstützung des zentrumsaffinen Brüning, den die Rechtskräfte wegen seines moderaten Kurses immer wieder bekämpft hatten. Mit der Aussage, ihm keine Beschäftigung geben zu wollen, solange über seine politische Vergangenheit und Haltung nicht vollkommene Klarheit herrsche, blieb man auch in dem Fall der erneuten Bewerbung Brauweilers dabei, dessen Beschäftigung im ministeriellen Apparat für untragbar zu halten.¹³⁶¹

Hätte man aufgrund der vielen gegen ihn gerichteten Vorbehalte auf eine bestehende Distanz zum Nationalsozialismus schließen können, gab es sogar in den höchsten Führungsetagen der Nationalsozialisten dennoch Protégés Brauweilers. Allen voran der mittlerweile zum Reichsarbeitsminister ernannte Franz Seldte, zu dem Brauweiler seit Stahlhelmtagen eine enge Verbindung pflegte und dem sehr daran gelegen war, Brauweiler „im Sinne der nationalsozialistischen Bewegung“ einen Posten im Reichsarbeitsministerium zu verschaffen.¹³⁶² Seldte leitete gleich mehrere Bewerbungen Brauweilers an die dafür verantwortlichen Stellen im Reichsarbeitsministerium, Abteilung Ia, weiter, mit der Bitte um Prüfung für eine Anstellung als Referent.¹³⁶³ Auf die immer wieder entgegengebrachte Ablehnung seitens des Ministeriums, vorgetragen durch Hess – später Bormann – reagierte Seldte mit Unverständnis. So stünde Brauweiler weder in engem Kontakt zum Jesuitenorden, noch zum Zentrum, aus dem er bereits 1920 „nach erbittertem Kampf gegen den damals allmächtigen Erzberger“ ausgetreten war, „um sich fortan den Unsicherheiten und Wechselfällen des Kampfes in der nationalen Bewegung“ hinzugeben.¹³⁶⁴ Auch an Brauweilers sozialpolitischer Einstellung könne kein Zweifel bestehen. Mit der Beteuerung, Brauweiler sei ein „ordentlicher und zuverlässiger Mann“, der auch im „neuen Deutschland positiv mitarbeiten“ würde und sich praktisch nur nach einer Möglichkeit sehne, für die Pflege der „theoretischen und historischen Zusammenhänge [...] eine wünschenswerte Ergänzung“ darzustellen, bat Seldte schließlich um eine zumindest „lose Arbeitsverbindung,“ die sich vorerst auch auf eine „informativische Beschäftigung in der Seldte unterstellten Verwaltung“ beziehen könne.¹³⁶⁵

¹³⁶⁰ Seldte an Hess, 24.1.1936, StMG, NI Brauweiler, 15/13/143.

¹³⁶¹ Ebd.

¹³⁶² Seldte an Hess, 11. Juni 1937, StMG, NI Brauweiler, 15/13/143. Dem vorausgegangen war ein Schreiben Seldtes an Hess vom Dezember 1936. In diesem hatte er, nach Rücksprache mit dem Führer, Hess gebeten, „den früheren Referenten des Stahlhelm, Dr. Heinz Brauweiler, in meiner Verwaltung zu beschäftigen“. S. hierzu: Entwurf eines Schreibens von Minister Seldte an Minister Hess, 24.1.1936, StMG, NI Brauweiler 15/13/143.

¹³⁶³ Bewerbung Brauweiler beim Reichsarbeitsministerium, Abteilung Ia, 25.11.1935, StMG, NI Brauweiler, 15/13/143.

¹³⁶⁴ Entwurf eines Schreibens von Minister Seldte an Minister Hess, 24.1.1936, StMG, NI Brauweiler 15/13/143.

¹³⁶⁵ Der Reichs- und preußische Arbeitsminister Seldte, Januar 1936, StMG, NI Brauweiler, 15/13/143.

Nach einiger Überzeugungsarbeit seitens Seldte, der nochmals versicherte, dass Brauweiler weder mit der Zentrumsparlei noch mit Brüning in engerem Kontakt gestanden habe – wurde schließlich die Zustimmung für eine zivilmäßige Beschäftigung in Seldtes Verwaltungsbereich gewährt.¹³⁶⁶ Auf ausdrücklichen Wunsch Seldtes stieg Brauweiler im September 1939 schließlich zum Verantwortlichen für die Schriftleitung des *Reichsarbeitsblattes* auf.¹³⁶⁷ Dies geschah „nach Rücksprache mit dem Stellvertreter des Führers“ höchstpersönlich, was die Verbindungen und Unterstützung von allerhöchster Ebene des nationalsozialistischen Staates verdeutlicht.¹³⁶⁸

Obwohl Brauweiler nichts unversucht ließ, um eine Anstellung im Reichsarbeitsministerium zu bekommen und in Seldte sogar einen mächtigen Fürsprecher hatte, ist dennoch festzuhalten, dass er nie NSDAP-Mitglied wurde.¹³⁶⁹ Diese Feststellung ist umso bedeutender bei der Untersuchung Brauweilers innerer Überzeugung, wenn man bedenkt, welche pragmatischen Vorteile sich hierdurch für ihn hätten ergeben können. Für Brauweiler schien die Frage zwischen parlamentarischer Partei und außerparlamentarischer Bewegung klar beantwortet zu sein, was als ein Indiz dafür gesehen werden kann, dass er in gewissem Maße an seinen Maximen entgegen der Widerstände doch innerlich festhielt.

Auch wenn Brauweiler kein NSDAP Mitglied war – für die Belange der Nationalsozialisten war er dennoch aktiv. Grund hierfür war jedoch kaum die Verankerung im politischen Denkmodell der Nazis; seine Motivation ergab sich erst aus „temporärer Taktik“, später dann aus wirtschaftlicher Notwendigkeit und karrieristischer Ambition.

Mit dem Begriff „temporäre Taktik“ ist die Einstellung Brauweilers gemeint, der ähnlich wie viele andere Zeitgenossen, davon überzeugt war, dass eine begrenzte Unterstützung der Nazis lediglich eine Entscheidung für ein notwendiges, zeitlich jedoch limitiertes Übel sei.¹³⁷⁰ Im Gegensatz zu seinem Freund Eisele, der nicht daran glaubte, dass es nach den Wahlen am 5. März 1933 gelingen würde, gegen einen Göring, Hitler und Frick anzukommen, zeigte Brauweiler sich optimistischer.¹³⁷¹ Zwar war er davon überzeugt, dass „das Kabinett in seiner

¹³⁶⁶ Hildebrandt an Brauweiler, 28.1.1938, StMG, NI Brauweiler, 15/13/143.

¹³⁶⁷ Entwurf eines Schreibens von Minister Seldte an Minister Hess, 24.1.1936, StMG, NI Brauweiler, 15/13/143.

¹³⁶⁸ Hildebrandt an Brauweiler, 28.1.1938, StMG, NI Brauweiler 15/13/143.

¹³⁶⁹ Das ergab die Überprüfung der Mitgliederkarteien der NSDAP. In der Sammlung des Berlin Document Centers befindet sich eine Akte zu Heinz Brauweiler, die jedoch lediglich einen Artikel Brauweilers sowie eine kurze biographische Eintragung enthält. S. hierzu BArch, R 9361-II/111198. Die Recherche in den Akten der Reichskulturkammer zur Person Heinz Brauweiler verlief ebenfalls negativ. Dr. Werner, Wolfram und Tim Storch (Bearb.): Reichsschrifttumskammer R 56-V (1922, 1928), 1933-1945.

¹³⁷⁰ So unter anderem Walther Schotte und auch andere Jungkonservative, die überzeugt waren, dass der Erfolg der NSDAP nur von kurzer Dauer sein würde. Spätestens ab März 1933 sollte sich diese Überzeugung jedoch ändern und zu einem Umschwenken auf einen mehr und mehr konformistischen Kurs führen. Ähnlich war dies auch bei den Mitgliedern der Fichte Gesellschaft, die die NSDAP lediglich als Übergangserscheinung ansah. Postert, 2014, S. 429ff. Auch viele Stahlhelmer gaben sich 1933 der Illusion hin, man könne Hitler in einem konservativ dominierten Kabinett einrahmen.

¹³⁷¹ „Seit unserem letzten Zusammensein haben sich die Dinge im politischen Leben mit einem wahren Renntempo entwickelt. Ich glaube, dieses Tempo geht weiter, und bei der nächsten Kurve werden wohl die, die Mitfahrer im Auto sind, hinausgeschleudert werden. Ich denke, die nächste Kurve wird am 5. oder 6. März genommen werden.“ Eisele an Brauweiler, 21. Februar 1933, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114

jetzigen Zusammensetzung“ nach wie vor bestehen bleiben und die Nationalsozialisten mit den Deutschnationalen eine gemeinsame Diktatur ausüben würden, die Brauweiler als „Übergang zu einem grob kapitalistisch eingestellten Faschismus“ definierte.¹³⁷² Da dieser Zustand „Monate, vielleicht auch zwei Jahre dauern“ könne, war es aus Sicht Brauweilers dennoch wichtig, diese Zwischenzeit möglichst positiv dafür zu nutzen „die sozialen Kräfte neu zu entwickeln und zu stärken“.¹³⁷³ In diesem Zusammenhang sprach Brauweiler auch von der Stellung Seldtes, die er als immer schwieriger bezeichnete.¹³⁷⁴

Glaubte Brauweiler hier noch an die Möglichkeit, das nationalsozialistische System in seinem Sinne nutzen zu können, sollte sich diese Vorstellung im Zuge der beginnenden Gleichschaltung des politischen und gesellschaftlichen Lebens schnell ad absurdum führen. Auch die jungkonservativen Organisationen waren von diesem Prozess betroffen. Der Herrenklub wurde beispielsweise in „Deutscher Klub“ umbenannt mit den führenden Köpfen des nationalsozialistischen Regimes auf den Deckblättern des *Rings*.¹³⁷⁵

Für Brauweiler bedeutete das ein Umdenken, konnten die bisher gehaltenen Visionen einer außerparlamentarischen Bewegung in einem von der NSDAP zersetzten System nicht mehr länger fortgeführt werden. Statt sich in offene Opposition zu begeben, hielt es Brauweiler ähnlich wie viele andere Zeitgenossen, die das „eigene Werk“ durch konformistische Äußerungen schützen wollten und deshalb „Frieden mit dem Nationalsozialismus“ schlossen.¹³⁷⁶ Der spätere Mitbegründer der Freien Universität Berlin, Emil Dovifat, verwendete hierfür die Bezeichnung „Märzhasen“ – gemeint waren Menschen, die sich 1933 lieber der NSDAP anschlossen, als berufliche Nachteile hinzunehmen.¹³⁷⁷ Zu dieser Gruppe konnte sicherlich auch Brauweiler gezählt werden, den neben karrieristischen Motiven vor allem auch finanzielle Engpässe umtrieben. So befand sich Brauweilers Familie mittlerweile nach eigenen Angaben in einer „ausserordentlich grossen wirtschaftlichen Not“.¹³⁷⁸ Zwar war er auch in der Vergangenheit immer wieder mit finanziellen Engpässen konfrontiert gewesen – denkt man an sein Ausscheiden aus dem *Düsseldorfer Tageblatt* oder die fehlgeschlagenen Gründungsversuche hinsichtlich des Ketteler Bundes oder der Vereinigung für ständischen

¹³⁷² „Es spricht im Moment alles dafür, dass der 5. März nicht die Bedeutung der Kurve haben wird[...].“ Brauweiler an Eisele, 27.2.1933, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114

¹³⁷³ Brauweiler an Eisele, 27.2.1933, StMG, NI Brauweiler, 15/13/114.

¹³⁷⁴ Seldte war 1933 in die NSDAP eingetreten und wurde wenig später zum Reichsarbeitsminister ernannt. Sein 1935 eingereichtes Rücktrittsgesuch wurde abgelehnt. Er blieb bis 1945 im Amt, auch wenn er hier nur mäßigen Einfluss haben sollte. Bevor es zu einer Verurteilung in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen kommen konnte, starb Seldte 1947 in amerikanischer Gefangenschaft.

¹³⁷⁵ Postert, 2014, S. 436.

¹³⁷⁶ Brauweiler an Schmidt, 10.9.1975, StMG, NI Brauweiler, 15/13/186.

¹³⁷⁷ Söseemann, Bernd: „Historische Orientierung: Reichsverband der Deutschen Presse auf NS-Kurs, auf: www.Pressechronik1933.dpmu.de/, Zugriff erfolgte am 6.2.2016; Söseemann Bernd & Gunda Stöber (Hrsg.): Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk, Berlin 1998.

¹³⁷⁸ Entwurf eines Schreibens von Minister Seldte an Minister Hess, 24.1.1936, StMG, NI Brauweiler 15/13/143.

Aufbau – seit dem Erstarren der nationalistischen, rechtsgerichteten Kräfte allen voran der NSDAP war es für Brauweiler jedoch deutlich schwerer geworden, sich beruflich zu behaupten.

9. Brauweiler nach 1945 – ein Nachspiel

Drohte das Ende des Nationalsozialismus Brauweilers berufliches und damit auch finanzielles Auskommen erneut ernsthaft in Frage zu stellen, sah er in den ab 1948 aufkommenden Gesprächen über die Neugründung der „alten“ deutschen Hochschule für Politik die Gelegenheit, an seine berufliche und ideelle Situation vor 1933 anzuknüpfen. Aufgrund seiner Involvierung in den Nationalsozialismus und seiner nach wie vor strikt antidemokratischen Einstellung sollten sich seine Bemühungen, in einer „neuen Demokratie“ beruflich Fuß zu fassen, jedoch berechtigterweise als schwierig herausstellen.

Die Hochschule für Politik, an der Brauweiler zwischen 1932 und 1933 tätig war, wurde im Frühjahr 1933 in den Prozess der Gleichschaltung hineingezogen, da das nationalsozialistische Regime den Weiterbestand als freie und überparteiliche Hochschule nicht duldete. Stattdessen wurde eine neue Anstalt ins Leben gerufen, die 1937 zur unmittelbaren Reichsanstalt erklärt wurde und ausschließlich dem Nationalsozialismus genehme Lehrkräfte übernehmen sollte. Brauweiler fiel nicht darunter. Im Anschluss an das Ende des Kriegs wurde seitens des Kulturpolitischen Ausschusses, der ein internes Gremium der West Berliner SPD darstellte, über eine Neugründung der Hochschule diskutiert. Etwaige Überlegungen gingen vor allem auf die Ansichten Walter Jaroschowitz zurück, der am 14. Oktober 1947 einen Entwurf vorlegte, der sich eng an die Konzeption der Weimarer Hochschule anlehnte. So wurden hier sowohl die organisatorische Unterteilung in 12 Fachinstitute vorgeschlagen, als auch Vorschläge für die anzusprechende Hörschaft, die sich vordergründig aus politischen Funktionären zusammensetzen sollte.¹³⁷⁹

In Verkennung der Tatsache, dass das Jahr 1945 „Bruch gegenüber Kontinuität“ bedeutete, sah Brauweiler die Ankündigung der Wiedergründung der Hochschule für Politik als Gelegenheit, an seine vorangegangene Lehrtätigkeit anzuknüpfen.¹³⁸⁰ Überschwänglich beschrieb er die Gründung der Hochschule als unumgängliche Notwendigkeit, nicht nur weil deren „Arbeitsgebiet und Arbeitsweise [...] so vortrefflich“ waren, sondern vor allem weil „so viele Einzelgebiete“ verblieben, „auf denen Forschung und Erziehung dringliche Aufgaben sind, daß neben den anderen Hochschulen eine besondere ihnen gewidmete Einrichtung heute ebenso

¹³⁷⁹ Göhler, Gerhard & Bodo Zeuner: Kontinuitäten und Brüche in der Deutschen Politikwissenschaft, Baden-Baden 1991, S. 146.

¹³⁸⁰ Eisfeld, 2013, S. 208ff.

oder vielleicht noch mehr zu wünschen ist, wie in der Zeit vor 1933“.¹³⁸¹ Hierbei schwebte ihm die Verbindung mit dem kommunalwissenschaftlichen Institut vor, das unter dem Namen Institut für Kommunalverwaltung und Soziologie den Grundstein für den weiteren Ausbau einer neuen Hochschule liefern sollte.

Liefen ab Sommer 1948 ausgehend vom Kulturpolitischen Ausschuss die Vorarbeiten für die Neubegründung der Hochschule für Politik an, bat Brauweiler Professor Joachim Tiburtius, der 1948 den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität erhielt, um die Berücksichtigung seiner Person bei den anstehenden Gesprächen um die Zusammenstellung eines geeigneten Dozentenkollegs.¹³⁸² Mit dem Hinweis, einer der einzigen gegenwärtig noch in Berlin lebenden Dozenten der „alten“ Hochschule für Politik zu sein, wollte Brauweiler seiner Bewerbung besondere Gewichtung verleihen. Das erschien sinnvoll, da sich der Gründungsausschuss darauf geeinigt hatte, den Aufbau der neuen Hochschule an dem Gründungskonzept der alten DHfP zu orientieren – demnach also eine Kombination aus Volkshochschule und Universität.¹³⁸³ Implizierte Brauweilers Aussage also, dass mit ihm ein Mann mit tiefgehenden Kenntnissen über den Ablauf und Aufbau der „alten“ Hochschule an deren Neugründung beteiligt sein könne, ging er gleichzeitig auch auf seine thematischen Schwerpunkte ein. Er berichtete Tiburtius sowohl über sein bis dato verfolgtes Arbeitsgebiet im Bereich der Staats- und Gesellschaftslehre, als auch über den thematischen Schwerpunkt seiner zuletzt gehaltenen Vorlesung mit dem Beitrag „Wehrverfassung und Gewaltenteilung“.

Brauweilers Optimismus hinsichtlich einer Wiedereinstellung zerschlug sich jedoch schnell. So wurde ihm in einem Schreiben vom 28. Juli 1948 mitgeteilt, dass „die Voraussetzung für eine Berufung an die geplante neue Hochschule“ derzeit nicht bestünde.¹³⁸⁴ Als Begründung wurde das Argument angeführt, Brauweiler sei „Kollaborateur des Naziregimes“ gewesen, eine Aussage, die für ihn selbst zwar einer an den Haaren herbeigezogenen Unterstellung glich, in Anbetracht seiner Tätigkeit im Reichsarbeitsministerium jedoch nicht ganz unberechtigt schien.¹³⁸⁵ Um allen Anschuldigungen vorzugreifen, verwies Brauweiler darauf, dass er bereits mehrfach betont habe, weder Mitglied der NSDAP, noch hoher Beamter in einem Ministerium gewesen zu sein.¹³⁸⁶ Außerdem fügte er hinzu, dass sowohl eine persönliche Rückfrage oder auch ein schneller Blick in das 1932 von Sigmund Neumann publizierte Buch „Die Deutschen

¹³⁸¹ Denkschrift über die Gründung einer neuen Hochschule für Politik, 25.6.1947, StMG, NI Brauweiler, 15/13/192.

¹³⁸² Joachim Tiburtius hatte zusammen mit Eduard Stadtler, Heinrich von Gleichen und Paul Schiemann der Vereinigung für nationale und soziale Solidarität angehört. Die Hochschule für Politik wurde Ende der 1950er Jahre in die Freie Universität Berlin integriert.

¹³⁸³ Göhler, Gerhard & Bodo Zeuner: Kontinuitäten und Brüche in der Deutschen Politikwissenschaft, S. 148.

¹³⁸⁴ Tiburtius an Brauweiler, 28.7.1948, StMG, NI Brauweiler, 15/13/192.

¹³⁸⁵ Brauweiler an Riedel, 7.1.1949, StMG, NI Brauweiler, 15/13/192.

¹³⁸⁶ Ebd.

Parteien“ genügen würde, um über seinen politischen Standort Auskunft zu geben. Hier hieß es bezüglich der Konservativen Volkspartei, für die Brauweiler nach seinem Ausscheiden aus dem Stahlhelm deutliche Sympathien empfand, dass man stets an dem „Einsatz für eine legale Ordnung“ interessiert war und dass man in der geistigen Grundhaltung „nie einen starren dogmatischen Konservatismus“ vertrat, sondern ein Bemühen um die „Zeitproblematik“. ¹³⁸⁷ Statt diesen Vorwurf als Anstoß zur kritischen Reflektion der eigenen Denkmodelle und Handlungsweisen zu nehmen, führte Brauweiler die ihm entgegengebrachte Ablehnung darauf zurück, dass mit der Neubegründung „der Hochschule nicht die Tradition unserer alten freien Hochschule, sondern die Tradition der nationalsozialistischen Einrichtung mit adaptiertem Titel gemeint sei, mit dem Unterschied, dass an die Stelle der einen staatstragenden Partei die drei von der Besatzungsmacht lizenzierten neuen Staatsparteien“ treten sollten. ¹³⁸⁸

Am 5. Januar 1950 kam es zu einem weiteren Zusammentreffen der einzelnen Mitbegründer der Hochschule, dem späteren Direktor der Hochschule Otto Heinrich von der Gablentz, dem späteren regierenden Bürgermeister von Berlin Otto Suhr, Joachim Tiburtius und Emil Dovifat, die hier u.a. erneut über die Möglichkeiten einer Einstellung Brauweilers diskutierten. ¹³⁸⁹ Im Anschluss daran konnte Dovifat Brauweiler zwar berichten, dass die Besprechungen nicht negativ verlaufen seien, dass es nunmehr jedoch gelte, „einen Platz zu finden, an dem [Brauweiler aus seiner] wissenschaftlichen Grundhaltung und [seinem] Fachgebiet her erfolgreich arbeiten“ könne. ¹³⁹⁰ Versprach Dovifat alles in seinen Kräften stehende zu tun, um Brauweiler an der Hochschule unterzubringen, sollte der wenig später erfolgende, finale Einspruch Gablentz, Brauweiler „nicht für eine politische Lehrtätigkeit an der Hochschule vorschlagen“ zu wollen, sämtliche Hoffnungen zunichtemachen. Als Begründung führte Gablentz, der sich 1940 dem Kreisauer Kreis angeschlossen hatte und sogar zum Kreis der Juliattentäter 1944 gezählt wurde, Ausschnitte aus dem von Brauweiler 1936 verfassten Buch „Sozialverwaltung“ auf. ¹³⁹¹ Unter der Überschrift „Die Sozialordnung im Nationalsozialismus“ ging Brauweiler hier vordergründig auf die Volksgemeinschaft ein, die er seit langem als Gegenmodell zu Einzelwillen und Individualismus angepriesen hatte. Der Totalitarismus des Nationalsozialismus schien nun diese Forderung zu realisieren. In der damit einhergehenden Gleichschaltung aller Lebensbereiche sah Brauweiler weder „Vergewaltigung“ noch „Tyrannei“, vielmehr eine Innovation, „die den politischen Bereich nicht mehr auf eine gewisse

¹³⁸⁷ Neumann, Sigmund: Die Deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Krieg, Berlin 1932, S. 67ff.

¹³⁸⁸ Brauweiler an Riedel, 7.1.1949, StMG, NI Brauweiler, 15/13/192.

¹³⁸⁹ Prof. Emil Dovifat (1890-1969) war Mitbegründer der Freien Universität Berlin und lehrte zugleich an der Deutschen Hochschule für Politik.

¹³⁹⁰ Dovifat an Brauweiler, 5.1.1950, StMG, NI Brauweiler, 15/13/192.

¹³⁹¹ Gablentz an Brauweiler, 26.1.1950, StMG, NI Brauweiler, 15/13/192. Eine direkte Verbindung Gablentz konnte von den Nationalsozialisten jedoch nicht nachgewiesen werden.

Sphäre neben der gesellschaftlichen und privaten Sphäre, die früher als apolitisch galten“, beschränkte, „sondern so weit reicht, wie die Volksgemeinschaft und ihre Belange reichen.“¹³⁹² Die Gleichschaltung der Gewerkschaften titulierte Brauweiler hier als „sozialpolitische Maßnahmen“ und die „politische Neuordnung“ vom 30. Januar 1933 als Botschaft der Befreiung aus einer Zeit der „geistigen und wirtschaftlichen Not“, die alle Gebiete des deutschen Lebens ergriff und umgestaltete.¹³⁹³ Des Weiteren wies Gablentz auch auf Brauweilers Veröffentlichung in der von Karl Anton Prinz Rohan herausgegebenen, konservativen Zeitschrift *Europäische Revue* hin.¹³⁹⁴ In dem hier veröffentlichten Artikel „Gewerkschaften und ständische Ordnung“ von 1933 ging Brauweiler ebenfalls auf die Gleichschaltung der Gewerkschaften zur Deutschen Arbeitsfront ein, die als einzige „Lösung“ für die gesellschaftliche „Zersplitterung durch Berufs-, Klassen- und Standes-Egoismus“ gesehen wurde. Auch wenn die Nationalsozialisten bezüglich genauerer Organisation noch keine konkrete Antwort gegeben hatten, hielt Brauweiler das Lob für das entstandene Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit für berechtigt.¹³⁹⁵ Sowohl Artikel als auch Buch stellten Gablentz zufolge eine deutliche Grenzüberschreitung der als Notwendigkeit zu rechtfertigenden Anpassung an die Nationalsozialisten dar und waren mit dem Ansatz der Hochschule, der Erziehung zur Demokratie, kaum zu vereinen.¹³⁹⁶ Die Tatsache, dass Brauweiler nach wie vor stark in antidemokratischen Denkmustern verhaftet war, sollte eine Einstellung auch für die Zukunft also unmöglich machen.

Auf die Absage reagierte Brauweiler mit dem Rückzug seiner Bewerbung von der Hochschule für Politik, die für ihn immer stärker den Charakter einer „Fach- und Berufsschule für angehende Funktionäre und Politiker“ vertrat, anstelle der Grundgedanken der ursprünglichen Hochschule.¹³⁹⁷ Der hier fast schon durchklingende Zynismus verdeutlichte, wie wenig Brauweiler die Kritik an seiner bisherigen Einstellung verstand und auch seine mangelnde Bereitschaft, diese zu reflektieren und ggf. den neuen Umständen anzupassen.

Neben einer Dozentenstelle an dem Sozialen Seminar Kolping hatte Brauweiler sich gleichsam dem Aufbau des Katholischen Sozialsekretariats gewidmet.¹³⁹⁸ Ausgehend von den

¹³⁹² Brauweiler, Heinz: Sozialverwaltung, Hamburg 1936, S. 59/60.

¹³⁹³ Ebd., S. 64/65.

¹³⁹⁴ Knoll, Joachim K.: „Der autoritäre Staat. Konservative Ideologie und Staatstheorie am Ende der Weimarer Republik, in: Diwald, Hellmut: Lebendiger Geist, Hans Joachim Schoeps zum 50. Geburtstag von Schülern dargebracht, Köln 1959, S. 200-224, hier S. 208ff.

¹³⁹⁵ Brauweiler, Heinz: „Gewerkschaften und ständische Ordnung“, in: Rohan, Karl Anton (Hrsg.): Europäische Revue, IX Jg, Januar-Juni 1933.

¹³⁹⁶ Gablentz an Brauweiler, 26.1.1950, StMG, NI Brauweiler, 15/13/192.

¹³⁹⁷ Antwortschreiben Brauweiler, StMG, NI Brauweiler, 15/13/192. Tatsächlich wurde die Hochschule 1959 in das Otto-Suhr Institut der Freien Universität Berlin eingegliedert

¹³⁹⁸ 1945 noch als ein lockerer Arbeitskreis von Männern und Frauen wirkend, die über aktuelle Tagesfragen diskutierten, entschieden sich die Mitglieder des katholischen Sozialsekretariats dazu, Anfang der 50er Jahre eine dauerhafte Einrichtung ins Leben zu rufen. Die konstituierende Sitzung fand am 22. Januar 1951 in Berlin statt.

Bestrebungen des Sozialsekretariats, einen Zusammenschluss sämtlicher katholischer Arbeitnehmer in ganz Berlin zusammenzustellen, wurde bei einer Konferenz im November 1954 von den dort Anwesenden der Plan zur Gründung einer katholischen Akademie beschlossen. Diese sollte die Grundlage einer echten Forschungs- und Lehrstätte darstellen, die repräsentativ für die katholische Wissenschaft wirken und sich vordergründig sowohl philosophischen, als auch soziologischen und anthropologischen Themen zuwenden sollte. Betont wurde, dass dabei an kein Konkurrenzunternehmen zu den staatlichen Hochschulen gedacht war, sondern eher an eine Art Forschungsstätte, die die Möglichkeit zur Abhaltung von Lehrkursen gewähren sollte.

1958 sollte dieses Vorhaben mit der Gründung der Berliner Akademie schließlich realisiert werden, deren inhaltlicher Fokus vor allem auf der Intensivierung der politischen Kommunikation betreffend der Wiedervereinigung und der geistigen Wiederaufbauarbeit für den mitteldeutschen Raum lag. In diesem Zusammenhang wurde in einer von Brauweiler erstellten Denkschrift explizit betont, dass „das Wirken des Hauses auch glaubhaft“ sein müsse für Menschen, „die heute noch uns fern stehen“.¹³⁹⁹ So konnte die Tatsache, dass für die Gründung der Berliner Akademie die Erfahrungen des Katholischen Sozialsekretariats in Berlin seit dem Jahr 1950 herangezogen worden waren, die Schlussfolgerung nahe legen, dass auch bei der Berliner Akademie eigentlich an die Gründung einer katholischen Akademie gedacht sei. Verbot sich dieser Gedanke, da man mit einer konfessionell gebundenen Akademie das wahre Anliegen einer tiefergehenden Zusammenarbeit im Sinne der Wiedervereinigung von Ost und West nicht erreichen zu können glaubte, appellierte Brauweiler stattdessen an die Betonung einer christlichen Basis. Dafür galt es Fühlungnahme zu den Vertretern beider Konfessionen aufzunehmen, da nur so eine erfolgversprechende Arbeit auf partei- und konfessionell-neutralem Boden gewährleistet werden könne.¹⁴⁰⁰

In den folgenden Jahren sollte Brauweiler noch weiterhin für das Katholische Sozialsekretariat tätig sein, bevor er schließlich in der Zeit von 1953 bis 1962 die Geschäftsführung des Katholischen Ausschusses in Berlin übernahm.

In der Gesamtschau war die Zeit nach 1945 eine Zeit des Verarbeitens, des Neuanfangs, der Ratlosigkeit und der Suche nach einem Sinn und Zweck. Alles hatte sich geändert, die Uhren waren auf null gestellt und eine neue Zeitrechnung hatte begonnen. Diesen Umbruch schien Brauweiler nicht mitvollzogen zu haben. Statt sich schließlich und letztendlich auf den Boden

¹³⁹⁹ Entwurf einer Denkschrift betr. „Berliner Akademie“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/202.

¹⁴⁰⁰ Entwurf einer Denkschrift betr. „Berliner Akademie“, StMG, NI Brauweiler, 15/13/202.

des in der Entstehung begriffenen, demokratischen Staates zu stellen, blieb er hinter seinem Dogmatismus zurück. Statt seine eigenen Gedanken und Vorstellungen an neuen Maßstäben zu messen, versuchte er an die Zeit vor 1933 anzuknüpfen. Statt seine mangelnde Popularität in der neu entstehenden Bundesrepublik kritisch zu hinterfragen, blieb Brauweiler auch nach 1945 ein überzeugter Katholik und Antidemokrat, der seiner illusorischen, antimodernen Vorstellung einer alternativen Gesellschaftsordnung beständig nachjagte.

Resümee

Was bleibt nun von der Person Brauweiler, der sich im Festhalten am antiparlamentarischen Gedanken beständig zeigte, obwohl die jüngste Vergangenheit die potentiellen Gefahren dessen in grausiger Deutlichkeit gezeigt hatte?

Zunächst hat es die biographische Aufarbeitung der Person Heinz Brauweiler ermöglicht, tiefere Einblicke in das antidemokratische Handeln und Denken zu gewinnen und damit das Bild des antidemokratischen Lagers, das in der Einleitung als lückenhaft beschrieben wurde, weiter zu komplettieren.

Brauweiler lehrt uns vor allem auch, die Entwicklungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Grundlage unserer Gegenwart weiter zu erforschen – nicht nur anhand der großen, wortmächtigen Gestalten dieser Zeit, sondern gleichsam auch an jenen, die sich nur schwer in schwarz oder weiß, gut oder böse einstufen ließen. Jene Hintermänner der neueren Geschichte, die keinen stringenten Weg entlang eines politischen Lagers gingen, sondern die sich mal rechts, mal links bewegten, sich mal konform oder oppositionell zeigten, gleichsam Sand im Getriebe oder Zünglein an der Waage sein konnten.

Des Weiteren lehrt uns die Studie über Brauweiler die Möglichkeiten, aber auch Grenzen oppositionellen Verhaltens kritisch zu betrachten. Wie viel Opposition ist gut, wann müssen ihr Grenzen gesetzt werden? Fragen, die nicht nur damals, sondern auch heute aktuell gestellt werden müssen.¹⁴⁰¹ Zwar hat sich das Feindbild des oppositionellen Lagers im Vergleich zur Weimarer Zeit geändert – so geht es weniger um Parlamentarismus, als vielmehr um Europa und die Angst vor dem Verlust der eigenen, nationalen Identität – die Vorgehensweise ist jedoch noch immer dieselbe. Es wird Stimmung gegen das Bestehende gemacht, ohne einen Fahrplan für das danach kommende aufzeigen zu können. Stichwort: Europaskepsis, AFD und

¹⁴⁰¹ Ähnlich konkludiert auch Postert, 2014, S. 499/500.

Populismus. Alles aktuelle Tendenzen, die den Traditionslinien der neuen Rechten auch in der heutigen Zeit zur ungewissen Fortsetzung verhelfen können, mit dem Unterschied, dass diese heute weniger in geheimen Clubs und Bünden außerhalb des parlamentarischen Lagers argumentieren, sondern aus dessen Mitte heraus.

Philip Schmidt, ein Mitglied des Jungkonservativen Clubs und ein Verfechter der Moellerschen Ideen, der gerade in der Zeit nach 1945 in engerem Kontakt mit Brauweiler stand, sagte einmal: „Wie bezeichnend, daß auch nicht einer auf die Spur Heinz Brauweilers gestoßen ist. Daß nicht einer sich die Mühe machte, sich desselben durch intensive Lektüre zu erschließen, um die Entdeckung zu machen, welches Feuer hinter dessen schlichtem, nüchternen, ja trockenem Juristenstil glüht: eine faszinierende, bezwingende Logik. Um die wahrhafte Entdeckung zu machen, wie sich bei der Lektüre Satz um Satz eine hieb- und stichfest Konzeption herauschält (...).“¹⁴⁰² Dieses Feuer, von dem Schmidt hier spricht, ist vermutlich die Fundamentalopposition zum Parlamentarismus, die Brauweiler sowohl vom Boden der Zentrumsparterie aus zeigte, als auch später als Verfechter ständestaatlicher Ideen. Retrospektiv weist dieses jedoch ebenfalls nur wenig Konzeptionelles, wenig Konstruktives auf. Zu diffus waren Brauweilers Ansichten bezüglich einer gesellschaftlichen Neugestaltung, zu wortmächtig die Theorien, zu wenig praktikabel die Möglichkeiten zur Umsetzung. Getrieben von dem Gedanken daran, das Gegenwärtige abzuschaffen, gab Brauweiler, wie auch viele andere des oppositionellen Lagers – damals wie heute – zu wenig Klarheit darüber, was auf die Eindämmung des Feindbildes eigentlich folgen sollte. Stattdessen erging man sich auch hier darin, Stimmung gegen das zerbrechliche, politische Gebilde zu machen, was sich Demokratie nannte und damit den Weg in die Katastrophe unmittelbar zu ebnet.¹⁴⁰³

Wurde im Ausgang die Frage gestellt, ob Brauweiler ein Anhänger jener Katastrophe – dem NS – war und wo genau er im System zu verorten sei, kann festgehalten werden, dass er sich immer wieder zwischen aktiver Beteiligung und innerer Distanz zum NS Regime bewegte. Es scheint zutreffend, ihn als ideologisch nicht überzeugten Beteiligten am System zu bezeichnen. Hierfür spricht die Tatsache, dass er ein auf territorialpolitischen Zielen des NS aufbauendes Wirtschaftskonzept ausarbeitete und später im Reichsarbeitsministerium angestellt war. Weiterhin revidierte er nach außen seine bis 1933 geübte Kritik am Nationalsozialismus und passte selbst seine Thesen zum Ständestaat zunehmend dem nationalsozialistischen Modell an.

¹⁴⁰² Schmidt an Brauweiler, 20.10.74, StMG, NI Brauweiler, 15/13/184.

¹⁴⁰³ In seiner Rede am 6.3.1946 sagte Bundeskanzler Konrad Adenauer, dass die tieferen, die wirkenden Ursachen der Katastrophe weit zurück vor das Jahr 1933 reichten. Das der Nationalsozialismus zwar unmittelbar in die Katastrophe hineingeführt hatte, dieser aber in Deutschland nie hätte zur Macht kommen können, „wenn er nicht in breiten Schichten der Bevölkerung vorbereitetes Land für seine Giftsaat gefunden hätte.“ Rede über den NWDR am 6.3.1946, www.konrad-adenauer.de/biographie/zitate/de

Auch ist zu berücksichtigen, dass er Kontakte und Fürsprecher in den höchsten Regierungskreisen hatte. Dabei ist ihm zugute zu halten, dass er trotz vieler dadurch möglicher Annehmlichkeiten scheinbar nie NSDAP-Mitglied war. Weiterhin sind seine Schwierigkeiten, eine Anstellung im politischen Deutschland der Nationalsozialisten einzunehmen, ein Indiz für eine Distanz zwischen Brauweiler und dem NS Staat. Seinem Versuch, sich retrospektiv als „erbitterter“ Gegner Hitlers darzustellen, muss dennoch widersprochen werden.¹⁴⁰⁴ So waren es doch gerade diejenigen, die sich mit dem System zu arrangieren versuchten, die dem Nationalsozialismus zu seiner gefährlichen Stärke verhalfen.

¹⁴⁰⁴ Brauweiler an Schmidt, 10.4.1975, StMG, NI Brauweiler, 15/13/186.

Quellen- und Literaturverzeichnis

I) Archivalische Quellen

Bundesarchiv Lichterfelde = BArch

R 118: Hochschule für nationale Politik
R 72: Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V.
R 1501: Reichsministerium des Inneren
R 1507: Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung
R 8048: Alldeutscher Verband

Bundesarchiv Koblenz = BArch

Nachlass Matthias Erzberger (N 1097)
Nachlass Rudolf Pechel (N 1160)
Teilnachlass Martin Spahn (N 1324)
Nachlass Theobald von Bethmann Hollweg (N 1549)

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz = GStA PK

Nachlass Wolfgang Kapp (VI. HA)

Stadtarchiv Mönchengladbach = StMG

Nachlass Heinz Brauweiler (15/13)

Vereinigte Westfälische Adelsarchive e.V.

Nachlass Clemens Freiherr von Kerckerinck zur Borg (Bor.NEK),
Nachlass Clemens Freiherr von Schorlemer-Lieser
Nachlass Ferdinand Freiherr von Lüninck (Ost. NLü)
Nachlass Josef Graf zu Stolberg-Stolberg (Whm. N.Jo)
Nachlass Hermann Graf zu Stolberg-Stolberg (Whm. N.He)

II) Literatur

Abelshauer, Werner: Ruhrkohle und Politik, Ernst Brandt 1875-1937, Essen 2009.

Albertin, Lothar: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik, Düsseldorf 1972.

Anschütz, Gerhard: Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, Berlin 1933.

Aretz, Jürgen [u.A.]: Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd.4, Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, 1980.

Aretz, Jürgen [u.A.]: Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd.8, Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, 1997.

- Bach, Jürgen: Franz von Papen in der Weimarer Republik. Aktivitäten in Politik und Presse 1918-1932, Düsseldorf 1977.
- Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Bd.7, Aalen 1968.
- Backes, Uwe: Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart, Köln 2003.
- Barkai, Avraham: Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der historische und ideologische Hintergrund 1933-1936, Köln 1977.
- Berghahn, Volker: Der Stahlhelm: Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966.
- Bialas, Wolfgang & Burkhard Stenzel: Die Weimarer Republik zwischen Metropole und Provinz. Intellektuellendiskurs zur politischen Kultur, Köln 1996.
- Bleek, Wilhelm: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München 2001.
- Boeckh, Katrin: Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg: Kleinstaatenpolitik und ethnische Selbstbestimmung auf dem Balkan, München 1996.
- Boehm, Max Hildebert: Ruf der Jungen: eine Stimme aus dem Kreis um Moeller van den Bruck, Freiburg 1933.
- Bohn, Sascha: Die Idee vom deutschen Ständestaat. Ständische, Berufsständische und Korporative Konzepte zwischen 1918 und 1933, Hamburg 2011.
- Bösch, Frank: Das konservative Milieu: Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900-1960), Göttingen 2002.
- Bozi, Alfred & Alfred Riemann: Die Einheit der nationalen Politik, Stuttgart 1925.
- Brauweiler, Heinz: Berufsstand und Staat. Betrachtung über eine neuständische Verfassung des deutschen Staates, Berlin 1925.
- Brauweiler, Heinz: Die Brüder im Weltkrieg, Düsseldorf 1917.
- Brauweiler, Heinz: Generäle in der deutschen Republik. Groener/ Schleicher/ Seeckt, Berlin 1932.
- Brauweiler, Heinz: Schule der Politik. Unterrichtsbriefe für die Schulungsarbeit der vaterländischen Bewegung, Berlin 1925.
- Breuer, Stefan: Anatomie der konservativen Revolution, Darmstadt 1993.
- Breuer, Stefan: Nationalismus und Faschismus: Frankreich, Italien und Deutschland im Vergleich, Darmstadt 2005
- Bruendel, Steffen: Volksgemeinschaft oder Volksstaat, die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003.

Bröckling, Ulrich: Katholische Intellektuelle in der Weimarer Republik. Zeitkritik und Gesellschaftstheorie bei Walter Dirks, Romano Guardini, Carl Schmitt, Ernst Michel und Heinrich Mertens, München 1983.

Broszat, Martin: Deutschlands Weg in die Diktatur: Referate und Diskussionen: Ein Protokoll, Berlin 1983.

Brunner, Otto, Conze, Werner & Reinhart Koselleck: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart 1990.

Buchanan, Tom & Martin Conway: Political Catholicism in Europe 1918-1965, Oxford 1965.

Bussche, Raimund von dem: Konservatismus in der Weimarer Republik. Die Politisierung des Unpolitischen, Heidelberg 1998.

Clemens, Gabriele: Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik, Mainz 1983.

Delbrück, Hans: Regierungs- und Volkswille. Eine akademische Vorlesung, Berlin 1914.

Diwald, Hellmut: Lebendiger Geist, Hans Joachim Schoeps zum 50. Geburtstag von Schülern dargebracht, Köln 1959.

Dunk, Hermann Walther: Auf dem Weg zum modernen Parteienstaat, zur Entstehung, Organisation und Struktur politischer Parteien in Deutschland und den Niederlanden, Melsungen 1986.

Dupeux, Louis: La Revolution conservatrice allemande sous la Republique de Weimar, Paris 1992.

Dussel Konrad: Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004.

Eglau, Hans Otto: Fritz Thyssen. Hitlers Gönner und Geisel, Berlin 2003.

Eley, Geoff: Reshaping the German right: radical nationalism and political change after Bismarck, New Haven 1980.

Eisfeld, Rainer: Ausgebürgert und doch angebräunt: Deutsche Politikwissenschaften 1920-1945, Baden-Baden 2013.

Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962.

Erdmann, Karl Dietrich: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Boppard am Rhein.

Faber, Richard: Roma aeterna: zur Kritik der "Konservativen Revolution", Würzburg 1981.

Feldman, Gerald D.: Die Anpassung an die Inflation, Berlin 1986.

Ferber, Walter: Deutsche Reformkatholiken, Sachseln, 1980.

Fetz, Bernhard: Die Biographie: Zur Grundlegung ihrer Theorie, Berlin 2009.

Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands, 1914/18, Düsseldorf 1962.

Flemming, Jens: Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie: ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890-1925, Bonn 1978.

Fricke, Dieter (Hrsg.): Die bürgerlichen Parteien, Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Leipzig 1970.

Fricke, Dieter (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, Leipzig 1983.

Friedenthal, Elisabeth: Volksbegehren und Volksentscheid über den Youngplan und die deutschnationale Sezession, Tübingen 1957.

Forster, Bernhard: Adam Stegerwald (1874-1945), christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumsolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien, Düsseldorf 2003.

Führer, Karl Christian: Eliten im Wandel, gesellschaftliche Führungsschichten im 19. und 20. Jahrhundert; für Klaus Saul zum 65. Geburtstag, Münster 2004.

Fulda, Bernhard: Press and Politics in the Weimar Republic, Oxford 2009.

Gerstenberger, Heide: Der revolutionäre Konservatismus. Ein Beitrag zur Analyse des Liberalismus, Berlin 1969.

Gerster, Alexandra: Neuer Adel. Aristokratische Elitekonzeptionen zwischen Jahrhundertwende und Nationalsozialismus, Darmstadt 2008.

Geßler, Otto: Die Träger der Reichsgewalt, Hamburg 1931.

Geyer, Martin H.: Verkehrte Welten. Revolution, Inflation und Moderne: München 1914-1924, Göttingen 1998.

Göhler, Gerhard & Bodo Zeuner: Kontinuitäten und Brüche in der Deutschen Politikwissenschaft, Baden-Baden 1991.

Gossler, Ascan: Publizistik und konservative Revolution: Das „Deutsche Volkstum“ als Organ des Rechtsintellektualismus 1918-1933, Münster 2001.

Graf, Rüdiger: Die Zukunft der Weimarer Republik, Krisen und Zukunftsaneignung in Deutschland 1918-1933, München 2008.

Grunewald, Michel & Uwe Puschner: Das katholische Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1871-1963), Bern 2006.

Haffert, Claus: Die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands in der Weimarer Republik, Essen 1994.

Hagenlücke, Heinz: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs, Düsseldorf 1997.

- Halder, Winfried: Innenpolitik im Kaiserreich 1871-1914, Darmstadt 2003.
- Hardtwig, Wolfgang: Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit, München 2003.
- Hehl, Ullrich von: Wilhelm Marx: 1863-1946: eine politische Biographie, Mainz 1987.
- Heinen, Ernst: Zentrumsprelle und Kriegszioldiskussion unter besonderer Berücksichtigung der „Kölnischen Volkszeitung“ und der „Germania“, Köln 1962.
- Heller, Hermann: Gesammelte Schriften 1: Orientierung und Entscheidung, Tübingen 1992.
- Herbert, Ullrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 2011.
- Hering, Rainer: Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890-1939, Hamburg 2003.
- Herrfahrdt, Heinrich: Der Aufbau des neuen Staates, Berlin 1932.
- Heß, Jürgen C.: „Das ganze Deutschland soll es sein“, demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1987.
- Heußner, Hermann K. & Otmar Jung: Mehr direkte Demokratie wagen, München 2001.
- Hoepke, Klaus-Peter: Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus: ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Berlin 1968.
- Höffkes, Karl: Hitlers politische Generäle. Die Gauleiter des 3. Reiches. Ein biographisches Nachschlagewerk, Tübingen 1997.
- Holzbach, Heidrun: Das System Hugenberg. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981.
- Hömig, Herbert: „Konservatismus im Umbruch, Wandlungen des Denkens zwischen Reichsgründung und Widerstand, Aachen 1991.
- Hornung, Klaus: Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958.
- Hörster-Phillips, Ulrike: Konservative Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Köln 1982.
- Hubatsch, Walther: Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Göttingen 1966.
- Hübinger, Gangolf & Thomas Hertfelder: Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik, Stuttgart 2000.
- Hübner, Christoph: Die Rechtskatholiken, die Zentrumsparlei und die katholische Kirche in Deutschland bis zum Reichskonkordat von 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des Scheiterns der Weimarer Republik, Berlin 2014.

Hunkel, Andreas: Eduard Dietz (1866-1940) – Richter, Rechtsanwalt und Verfassungsschöpfer, Heidelberg 2008.

Hürten, Heinz: Deutsche Katholiken 1918-1945, Paderborn 1992.

Hürter, Johannes & Hans Woller: Hans Rothfels und die deutsche Zeitgeschichte, München 2005.

Ishida, Yuji: Jungkonservative in der Weimarer Republik. Der Ring-Kreis 1928-1933, Frankfurt am Main 1988.

Jasper, Gotthard: Die gescheiterte Zähmung, Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930-1934, Frankfurt am Main 1986.

Jöhr, Walter Adolf: Ständische Ordnung, Geschichte, Idee und Neuaufbau, Leipzig 1937.

Jonas, Erasmus: Die Volkskonservativen 1928-1933, Düsseldorf 1965.

Jung, Edgar Julius: Deutschland und die konservative Revolution, in: Deutsche über Deutschland. Die Stimme des unbekanntenen Politikers, München 1932.

Jung, Edgar Julius: Herrschaft der Minderwertigen, ihr Zerfall und ihre Ablösung, Berlin 1927.

Jung, Otmar: Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle „Aufwertung“, „Fürstenenteignung“, „Panzerkreuzerverbot“ und „Youngplan“, Frankfurt 1989.

Keinemann, Friedrich: Vom Krummstab zur Republik. Westfälischer Adel unter preußischer Herrschaft 1802-1945, Bochum 1997.

Keller, Thomas: Deutsch- französische Dritte-Weg-Diskurse, München 2001.

Kemper, Claudia: Das "Gewissen" 1919-1925 : Kommunikation und Vernetzung der Jungkonservativen, München 2011.

Kettner, Walther & Heinrich Hildebrandt: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten - Stahlhelm-Handbuch, Freiburg/Berlin 1927.

Klein, Christian: Grundlagen der Biographik, Theorie und Praxis des biographischen Schreibens, Stuttgart 2002.

Klemperer, Klemens von: Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, Wien 1967.

Klotzbücher, Alois: Der politische Weg des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der „Nationalen Opposition“ 1918-1933, Tübingen 1965.

Kolb, Eberhard: Demokratie in der Krise: Parteien im Verfassungssystem der Weimarer Republik, München 1997.

Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik, München 1984 (2013).

- Kondylis, Panajotis: Konservatismus, geschichtlicher Gehalt und Untergang, Stuttgart 1986.
- Kraus, Hans-Christof: Konservative Zeitschriften zwischen Kaiserreich und Diktatur, fünf Fallstudien, Berlin 2003.
- Kruse, Wolfgang: Der Erste Weltkrieg, München 2014.
- Kurz, Achim: Demokratische Diktatur? Auslegung und Handhabung des Artikels 48 der Weimarer Verfassung 1919-25, Berlin 1992.
- Langer, Albrecht (Hrsg.): Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, München 1985.
- Lenk, Kurt, Meuter, Günter & Henrique Ricardo Otten: Vordenker der neuen Rechten, Frankfurt 1997.
- Llanque, Markus: Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg, Berlin 2000.
- Longerich, Peter: Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik; Handbuch zur Geschichte, Hannover 1995.
- Longerich, Peter: Heinrich Himmler. Biographie, München 2008.
- Loth, Wilfried: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Bonn 1984.
- Lüdders, Marc: Die Suche nach einem Dritten Weg. Beiträge der deutschen Nationalökonomie in der Zeit der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 2004.
- Mai, Gunter: Europa 1918-1939: Mentalitäten, Lebensweisen, Politik zwischen den Weltkriegen, Stuttgart 2001.
- Malinowski, Stephan: Vom König zum Führer. Deutscher Adel und Nationalsozialismus, Berlin 2003.
- Mann, Golo: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 2002.
- Marcowitz, Reiner: Weimarer Republik: 1929-1933, Darmstadt 2012.
- Mauersberger, Volker: Rudolf Pechel und die „Deutsche Rundschau“: eine Studie zur konservativ-revolutionären Publizistik in der Weimarer Republik (1918-1933), Bremen 1971.
- Maurer, Ilse: Politik und Wirtschaft in der Krise: 1930-1932; Quellen zur Ära Brüning, Düsseldorf 1980.
- Mausbach, Joseph: Die katholische Moral und ihre Gegner, Köln 1921.
- Mehring, Reinhard: Carl Schmitt. Aufstieg und Fall. Eine Biografie, München 2009.

- Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946.
- Meissner, Otto: Ebert, Hindenburg, Hitler. Erinnerungen eines Staatssekretärs, 1918-1945, München 1991.
- Merkenich, Stephanie: Grüne Front gegen Weimar: Reichslandbund und agrarischer Lobbyismus, 1918-1933, Düsseldorf 1998.
- Metzger, Franziska: Die Schildwache, eine integralistisch-rechtskatholische Zeitung 1912-1945, Freiburg 2000.
- Michalka, Wolfgang & Gottfried Niedhart: Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918-1933, München 1980.
- Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf: Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.
- Mohler, Armin: Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932: Ein Handbuch, Basel 1949.
- Moeller van den Bruck, Arthur: Das dritte Reich, Berlin 1926.
- Moeller van den Bruck, Arthur (Hrsg.): Die neue Front, Berlin 1922.
- Mommsen, Hans: Die verspielte Freiheit: der Weg der Republik von Weimar in den Untergang; 1918 bis 1933, Berlin 1989.
- Mommsen, Hans: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik: Verhandlungen des internationalen Symposiums in Bochum vom 12.-17. Juni 1973, Düsseldorf 1974.
- Mommsen, Hans: Von Weimar nach Auschwitz: zur Geschichte Deutschlands in der Weltkriegsepoche: ausgewählte Aufsätze, Stuttgart 1999.
- Morsey, Rudolf: Die deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966.
- Morsey, Rudolf (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts, Bd.1, Mainz 1973.
- Müller, Barbara: Passiver Widerstand im Ruhrkampf. Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen, Berlin 1995.
- Müller, Dirk H.: Arbeiter – Katholizismus – Staat, Der Volksverein für das katholische Deutschland und die katholischen Arbeiterorganisationen in der Weimarer Republik, Bonn 1996.
- Neitzel, Sönke: Weltkrieg und Revolution 1914-1918/19, Bonn 2008.
- Neumann, Siegmund: Die Deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Krieg, Berlin 1932.

- Niekisch, Ernst: Gewagtes Leben: Begegnungen und Begebnisse, Köln 1958.
- Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte, Bd.1: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990.
- Nipperdey, Thomas: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.
- Nipperdey, Thomas: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992.
- Nipperdey, Thomas: Religion im Umbruch, Deutschland 1870-1918, München 1988.
- Nolte, Paul: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft – Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000.
- Ohnezeit, Maik: Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“: Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918-1928, Düsseldorf 2011.
- Patemann, Reinhard: Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964.
- Petzinna, Berthold: Erziehung zum deutschen Lebensstil. Ursprung und Entwicklung des jungkonservativen „Ring“- Kreises 1918-1933, Berlin 2000.
- Petzold, Joachim: Wegbereiter des Deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1983.
- Pfahl-Traugher, Armin: „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998.
- Plamper, Jan: Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte, München 2012.
- Plumpe, Werner: Betriebliche Mitbestimmung in der Weimarer Republik: Fallstudien zum Ruhrbergbau und zur Chemischen Industrie, München 1999.
- Postert, André: Von der Kritik der Parteien zur außerparlamentarischen Fundamentalopposition. Die jungkonservative Klub-Bewegung in der Weimarer Republik und ihre Auflösung im Nationalsozialismus, Baden-Baden 2014.
- Pünder, Hermann: Politik in der Reichskanzlei, Aufzeichnungen aus den Jahren 1929-1932, Stuttgart 1961.
- Quaritsch, Helmut: Positionen und Begriffe bei Carl Schmitt, Berlin 1991.
- Reidegeld, Eckart: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland, Bd.1: Von den Ursprüngen bis zum Untergang des Kaiserreichs 1918, Wiesbaden 2006.
- Reif, Heinz: Adel im 19. und 20. Jahrhundert, München 1999.
- Reif, Heinz (Hrsg.): Adel und Bürgertum in Deutschland II. Entwicklungslinien und Wendepunkte im 20. Jahrhundert, Berlin 2001.
- Reif, Heinz & Rene Schiller: Elitenwandel in der Moderne, II, Berlin 2001.

Ribhegge, Wilhelm: Konservative Politik in Deutschland, Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart, Darmstadt 1989.

Ribhegge, Wilhelm: Preussen im Westen, Kampf um den Parlamentarismus in Rheinland und Westfalen 1789-1947, Münster 2008.

Richter, Ludwig: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933, Düsseldorf 2002.

Riedel, Hannspeter: Der Rätegedanke in den Anfängen der Weimarer Republik und seine Ausprägung in Art. 165 WRV, Frankfurt am Main 1991.

Rietzler, Kurt & Karl Dietrich Erdmann: Tagebücher, Aufsätze, Dokumente, Göttingen 2008.

Ritter, Emil: Der Weg des politischen Katholizismus in Deutschland, Breslau 1934.

Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973.

Ritter, Gerhard A.: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918, München 1980.

Rösch, Mathias: Die Münchner NSDAP 1925-1933. Eine Untersuchung zur inneren Struktur der NSDAP in der Weimarer Republik, München 2002.

Ruck, Michael: Gewerkschaften Staat Unternehmer. Die Gewerkschaften im sozialen und politischen Kräftefeld 1914 bis 1933, Köln 1990.

Schauff, Johannes: Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik : Untersuchungen aus dem Jahre 1928, Mainz 1975.

Schauff, Johannes: Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei, eine politisch-statistische Untersuchung der Reichstagswahlen seit 1871, Köln 1928.

Schieder, Theodor & Ernst Deuerlein: Reichsgründung 1870/71, Tatsache, Kontroversen, Interpretationen, Stuttgart 1970.

Schiffers, Reinhard: Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem, Düsseldorf 1971.

Schlich, Jutta: Intellektuelle im 20. Jahrhundert in Deutschland: Ein Forschungsreferat, Berlin 2000.

Schlüter, André: Arthur Moeller van den Bruck: Leben und Werk, Köln 2010.

Schmidt, Manfred G.: Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, Wiesbaden 2005.

Schmitt, Carl: Die Diktatur, Von den Anfängen des modernen Souveränitätsgedankens bis zum proletarischen Klassenkampf. München 1921.

Schmitz, Walter & Clemens Vollnhals: Völkische Bewegung, Konservative Revolution, Nationalsozialismus, Aspekte einer politischen Kultur, Dresden 2005.

- Schneider, Michael: Die christlichen Gewerkschaften: 1894-1933, Bonn 1982.
- Schoeps, Manfred: Der Deutsche Herrenklub. Ein Betrag zur Geschichte des Jungkonservatismus in der Weimarer Republik, Nürnberg 1974.
- Schotte, Walther: Der neue Staat, Berlin 1932.
- Schrenck-Notzing, Caspar von: Lexikon des Konservatismus, Graz 1996.
- Schröder, Ernst: Otto Wiedfeldt. Eine Biographie, Neustadt 1981.
- Schulz, Gerhard: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Berlin 1960.
- Schulz, Gerhard: Zwischen Demokratie und Diktatur: Deutschland am Vorabend der großen Krise, Berlin 1987.
- Schulze, Hagen: Weimar. Deutschland 1917-1933, Berlin 1982.
- Schwierskott, Hans-Joachim: Arthur Moeller van den Bruck und die Anfänge des Jungkonservatismus in der Weimarer Republik. Eine Studie über Geschichte und Ideologie des revolutionären Nationalismus, Göttingen 1960.
- Shortland, Michael & Richard Yeo: Telling lives in science. Essays on scientific biography, New York 1996.
- Sieferle, Rolf Peter: Die Konservative Revolution : fünf biographische Skizzen (Paul Lensch, Werner Sombart, Oswald Spengler, Ernst Jünger, Hans Freyer), Frankfurt am Main 1995.
- Siemann, Wolfram: Metternich. Stratege und Visionär. Eine Biografie, München 2016.
- Song, Seog-Yun: Politische Parteien und Verbände in der Verfassungsrechtslehre der Weimarer Republik, Berlin 1996.
- Sonthheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962.
- Sösemann Bernd & Gunda Stöber (Hrsg.): Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk, Berlin 1998.
- Stadtler, Eduard: Als politischer Soldat 1914-1918. Düsseldorf 1935.
- Stadtler, Eduard: Die Weltkriegsrevolution, Vorträge, Leipzig 1920.
- Stadtler, Eduard: Seldte – Hitler – Hugenberg. Die Front der Freiheitsbewegung, Berlin 1930.
- Stadtler, Eduard: Werden und Vergehen des Bismarck'schen Reiches, Berlin 1926.
- Stapel, Wilhelm & Albrecht Erich Günther (Hrsg.): Deutsches Volkstum, 1932/2.

Stegmann, Dirk, Wendt, Bernd-Jürgen & Peter-Christian Witt (Hrsg.): Deutscher Konservatismus im 19. Und 20. Jahrhundert, Festschrift für Fritz Fischer zum 75. Geburtstag und zum 50. Doktorjubiläum, Bonn 1983.

Stegmann, Dirk: Die Erben Bismarcks, Parteien und Verbände in der Spätphase des wilhelminischen Deutschlands; Sammlungspolitik 1897-1918, Köln 1970.

Stegmann, Dirk, Wendt, Bernd-Jürgen & Peter-Christian Witt (Hrsg): Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte, Festschrift für Fritz Fischer zum siebzigsten Geburtstag, Bonn 1978.

Stehkämper, Hugo: Der Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx, Köln 1968.

Stöber, Rudolf: Deutsche Pressegeschichte: Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Konstanz 2005.

Strötz, Jürgen: Der Katholizismus im deutschen Kaiserreich 1871 bis 1918. Strukturen eines problematischen Verhältnisses zwischen Widerstand und Integration, Wilhelminische Epoche und Erster Weltkrieg, Hamburg 2005.

Stapel, Wilhelm: Der christliche Staatsmann, Eine Theologie des Nationalismus, Hamburg 1932.

Stump, Wolfgang: Geschichte und Organisation der Zentrumspartei in Düsseldorf 1917-1933, Düsseldorf 1971.

Taylor, Henry McKean: Rolle des Lebens. Die Filmbiographie als narratives System, Marburg 2002.

Terhalle, Maximilian: Deutschnational in Weimar. Die politische Biographie des deutschnationalen Abgeordneten Otto Schmidt (-Hannover), Köln 2006.

Teuteberg, Hans Jürgen: Geschichte der Industriellen Mitbestimmung in Deutschland, Ursprung und Entwicklung ihrer Vorläufer im Denken und in der Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts, Tübingen 1961.

Thimme, Friedrich: Bethmann Hollwegs Kriegsreden, Stuttgart und Berlin 1919.

Thimmer, Friedrich & Carl Legien: Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland, Leipzig 1915.

Timm, Helga: Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der Großen Koalition im März 1930, Düsseldorf 1982.

Tönnies, Ferdinand: Gemeinschaft und Gesellschaft, Abhandlung des Communismus und Socialismus als empirischer Culturform, Leipzig 1887.

Troeltsch, Ernst: Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22, Tübingen 1924.

Unterstell, Rembert: Mittelstand in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1989.

Verhey, Jeffrey: Der "Geist von 1914" und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000.

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2003.

Wehler, Hans-Ulrich: Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1968.

Wehler, Hans-Ulrich: Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, Göttingen 1974.

Weisbrod, Bernd: Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978.

Weiss, Hermann (Hrsg.): Quatz, Reinhold: Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik : aus dem Tagebuch von Reinhold Quatz 1928-1933, München 1989.

Weiss, Volker: Moderne Antimoderne. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus, Paderborn 2012.

Wendt, Siegfried (Hrsg.): Gesellschaft in Geschichte und Gegenwart: Beiträge zu sozialwissenschaftlichen Problemen: eine Festschrift für Friedrich Lenz, Berlin 1961.

Wernecke, Klaus & Peter Heller: Der vergessene Führer, Alfred Hugenberg, Pressemacht und Nationalsozialismus, Hamburg 1982.

Wilke, Jürgen: Pressepolitik und Propaganda: historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg, Köln 1997.

Wilke, Jürgen: Unter Druck gesetzt. Vier Kapitel deutscher Pressegeschichte, Köln 2002.

Winkler, Heinrich August: Der Weg in die Katastrophe, 1930-1933, Bonn 1990.

Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München 2000.

Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Die deutsche Staatskrise 1930-1933, München 1992.

Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin/ Bonn 1984.

Wirsing, Giselher: Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, Jena 1932.

Wolf, Hubert: Antimodernismus und Modernismus in der katholischen Kirche, München 1998.

Wolf, Huber: „In wilder zügelloser Jagd nach Neuem“: 100 Jahre Modernismus und Antimodernismus in der katholischen Kirche, München 2009.

Wolff-Rohé, Stephanie: Der Reichsverband der Deutschen Industrie 1919-1924/25, Frankfurt am Main 2001.

Woods, Roger: *The conservative revolution in the Weimar Republic*, London 2006.

Zaun, Harald: *Paul von Hindenburg und die deutsche Außenpolitik 1925-1934*, Köln 1999.

Zobel, Andreas: *Frankreichs extreme Rechte vor dem Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der „Action Française“*. Ein empirischer Beitrag zur Bestimmung des Begriffs Präfaschismus, Berlin 1982.

III) Bildquellen

Bild Heinz Brauweiler, *StMG*, NI Brauweiler, 15/13/143.

IV) Artikel

Beilner, Helmuth: „Reichsidee, ständische Erneuerung und Führertum als Elemente des Geschichtsbildes der Weimarer Zeit“, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 28, 1977.

Birke, Adolf M.: *Nation und Konfession. Varianten des politischen Katholizismus im Europa des 19. Jahrhunderts* in: *Historisches Jahrbuch*, Nr. 116, 1996.

Diehl, James M.: „Von der Vaterlandspartei zur Nationalen Revolution“, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 33, 1985, Heft 4.

Dülmen, Richard van: „Der deutsche Katholizismus und der Erste Weltkrieg“, in: *Francia* 2, 1974.

Epstein, Klaus: *Der interfraktionelle Ausschuss und das Problem der Parlamentarisierung 1917-1918*, in: *Historische Zeitschrift*, Nr. 191, 1960.

Gleichen, Heinrich von: „Das politische Kolleg“, in: *Deutsche Rundschau*, Nr. 187, 1921.

Gründer, Horst: „Rechtskatholizismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung des Rheinlands und Westfalens“, in: *Westfälische Zeitschrift*, Nr. 134, 1984.

Gleichen, Heinrich von: „Die junge nationale Opposition in Deutschland“, in: *Baltische Blätter*, 1924.

Gutsche, Willibald: „Bethmann Hollweg und die Politik der Neuorientierung. Zur innenpolitischen Strategie und Taktik der deutschen Reichsregierung während des ersten Weltkrieges“, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Nr. 13, 1965.

Hehl, Ulrich von: „Wilhelm Marx“, in: *Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein*, Nr. 186, Bonn 1983.

Jones, Larry E.: "Catholic Conservatives in the Weimar Republic. The Politics of the Rhenish Westphalian Aristocracy, 1918-1933", in: *German History*, 18, 2000.

Mommsen, Wolfgang: „Bethmann Hollweg und die öffentliche Meinung 1914-1917“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 17, 1969, Heft 2.

Schreiner, Klaus: „Politischer Messianismus und die Sehnsucht nach „Führerschaft und Reich“, in: FAZ, Nr. 265, 14.11.1998.

Schröder, Georg: „von Gleichen und der Herrenclub“, in: Die Welt, Nr. 182, 8.8.1959.

Schmidt, Gustav: „Innenpolitische Blockbildung am Vorabend des Ersten Weltkriegs“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 20, 1972.

Schmitt, Carl: „Zur Frage der Staatsführung in der Weimarer Republik“ in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 7, 1959, Heft 1.

Schulte, Benjamin: „Das Scheitern „kultureller Demobilisierung“ nach dem Ersten Weltkrieg: die Ruhrkrise 1923, in: Historisch-Politische Mitteilungen, 2012.

Spahn, Martin: „Das preußische Wahlrecht und die ständische Neugliederung der Nation“, in: Hochland, 15, 1918.

Stegmann, Dirk: „Zwischen Repression und Manipulation : konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910-1918; ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP“, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 12 (1972).

Stegmann, Dirk: „Hugenberg contra Stresemann. Die Politik der Industrieverbände am Ende des Kaiserreichs“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 24 (1976), Heft 4.

Sontheimer, Kurt: „Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 5 (1957), Heft 1.

Winkler, Heinrich August: „Unternehmerverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 17 (1969), Heft 4.

Zechlin, Egmont: „Friedensbestrebungen und Revolutionsversuche; deutsche Bemühungen zur Ausschaltung Russlands im Ersten Weltkriege“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" B 25/61, 21 Juni 1961.

V) Onlineliteratur

Artikel 165, WRV, in Verfassung des Deutschen Reiches in: documentArchiv.de (Hrsg.), auf: <http://www.documentArchiv.de/wr/wrv.html>

Historische Ausstellung des Deutschen Bundestags, Wahlen im Kaiserreich 1871-1918, auf: https://www.bundestag.de/blob/190454/782a532c7e19aa9cd5119e62ca77a260/wahlen_kaiserreich-data.pdf
www.digital-b.staatsbibliothek-berlin.dedigitale_bibliothek/digital.php?id=20&gruppe=zeitung

Kritische Online-Edition der Nuntiaturreportage Eugenio Pacellis (1917-1929); auf: www.pacelli-edition.de/ Schlagwort/6041 Dokument Nr. 225.

Leicht, Robert: „Patriot in der Gefahr“, in: Die Zeit, Nr. 34, 18.8.2011, auf: www.zeit.de/2011/34/Erzberger

„Reichswirtschaftsrat und Berufsständischer Gedanke Friederich von Oppeln-Bronkowski: auf: www.edoc.hu-berlin.de/ebind/indok/h/45_oppeln/xml/index.html

Schenck, Guntram von: „Erzberger – Wegweiser für die Zukunft“, November 2008, auf: www.guntram-von-schenck.de

Sösemann, Bernd: „Historische Orientierung: Reichsverband der Deutschen Presse auf NS-Kurs, auf: www.Pressechronik1933.dpmu.de/

Tagungsbereich „Vernunftsrepublikanismus“ in der Weimarer Republik. Wissenschaft, Politik und Literatur (Theodor – Heuss – Kolloquium 2006) 03.10.2006-05.10.2006, Stuttgart, in: H.-Soz.-Kult, 5.11.2006, auf: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsbericht/id=135/>